Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ C 1664 D

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 92 JANUAR 1992 50 Pfennig

Genschers Balkan-Putsch in der EG

Großdeutsches Euro-Reich

„Wir würden im Rahmen der Neuordnung Europas ein selbständiges Kroatien vorsehen, wenn der jugoslawische Staat an seinen Fehlern zugrunde geht." Klingt bekannt? Dies stammt nicht von Hans-Dietrich Genscher, sondern von Ribbentrop, dem Nazi-Außenminister, aus einem Schreiben an seinen Botschafter in Zagreb vom 31. März 1941. Zehn Tage später wurde der „unabhängige Staat Kroatien" unter der Nazi-Marionette Poglavnik (Ustascha-Führer) Pavelic ausgerufen, als die Wehrmacht auf Belgrad marschierte. Slowenien war bereits dem Dritten Reich einverleibt worden. Zusammen mit ihrem Verbündeten, dem Italien des Duce, haben die von den Nazis unterstützten faschistischen Ustaschi, deren Grausamkeit selbst die hartgesottenen Typen von Wehrmacht und SS abstieß, Hunderttausende Serben und andere Slawen, Juden und Roma ermordet, bevor der von Kommunisten geführte Aufstand Jugoslawien aus der Hölle der faschistischen Völkermordmaschine befreite.

Der wiedervereinigte deutsche Imperialismus verläßt sich auf die Macht seiner Banken statt seiner Panzer ... im Moment. Aber wenn es irgendeinen Zweifel gab, wer bei der „Neuen Europäischen Ordnung", die im Dezember beim EG-Gipfeltreffen in Maastricht verkündet wurde, das Sagen hat, dann wurde dies ein paar Tage später klargestellt über die Frage der Anerkennung der von

Fortgesetzt auf Seite 18

Zerstückelung der Sowjetunion heißt Desaster

8. Januar - Ende Dezember hat Boris Jelzin offiziell den Kreml übernommen und Michail Gorbatschow im Namen der russischen Nation ausgebootet. Damit hat er die letzten Überbleibsel der sowjetischen Zentralregierung abgeschafft. Eine Woche später „liberalisierte" er die Preise und senkte damit über Nacht den Lebensstandard der Werktätigen radikal um 75 Prozent. Die Imperialisten in Wall Street und Washington, Berlin und Tokio verkündeten den totalen Sieg im Kalten Krieg gegen den „Kommunismus".

Auf dem Papier ist die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken durch eine „Gemeinschaft Unabhängiger Staaten" ersetzt worden. Aber in der Realität hinterläßt die Zerstückelung der UdSSR keine abgeschlossene kapitalistische Konterrevolution, sondern einen Riesenschlamassel. Nach sechs Jahren Perestroika à la Gorbatschow

Fortgesetzt auf Seite 15



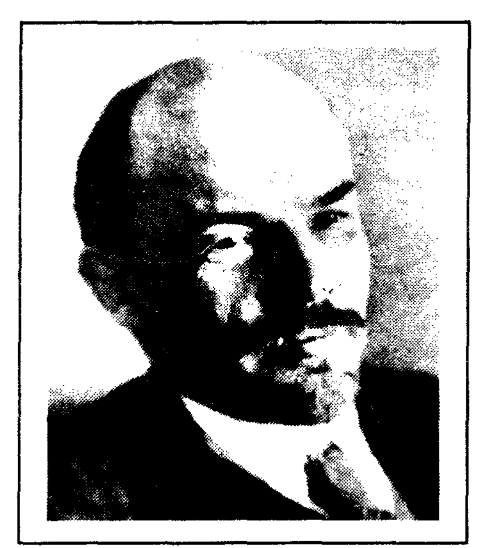


Der Spiegel

Jelzins Marktreform: Festnahme eines Zuckerdiebes in Kiew (links); Marktfrau in Moskau. Für Arbeiterkomitees zur Kontrolle der Lebensmittelversorgung, verbunden mit Arbeitermilizen!

Sowjetische Arbeiter brauchen eine bolschewistische Partei!

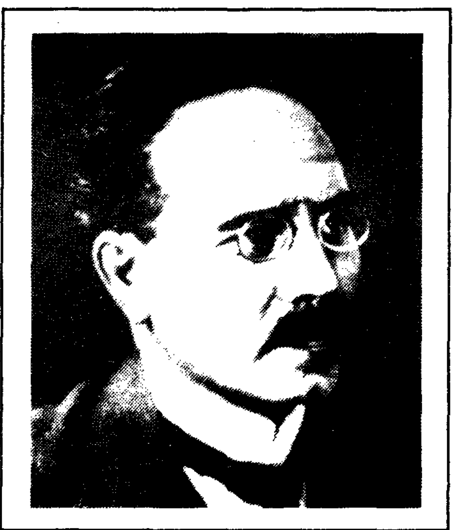
Für den Kommunismus der Drei L!



W.I. Lenin Progress Publishers



Rosa Luxemburg Dietz Verlag Berlin



Karl Liebknecht Dietz Verlag Berlin

In der Tradition der frühen kommunistischen Bewegung ehren wir Trotzkisten im Januar die Drei L — W. l. Lenin, der am 24. Januar 1924 gestorben ist, und Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die beide im Auftrag der Sozialdemokratie am 15. Januar 1919 ermordet wurden. Gegen das bürgerliche Triumphgeschrei über den „Tod des Kommunismus" verkörpern diese drei Führer der Arbeiterbewegung die revolutionäre Einheit der sowjetischen, polnischen und deutschen Arbeiter. Die Internationale Kommunistùche Liga (Vierte Internationalisten) kämpft für das Programm des proletarischen Internationalismus, das diametral entgegengesetzt ist zum nationalistischen Dogma vom „Sozialismus in einem Land", dem Grundpfeiler des zusammengebrochenen Stalinismus. Wir kämpfen für eine internationale bolschewistische Partei in der Tradition der Drei L, die die Arbeiterklasse und alle Unterdrückten im Kampf gegen das Vierte Reich und Jelzins Konterrevolution zum Sieg führt.

Nachstehend drucken wir einen Auszug aus dem „Brief an die amerikanischen Arbeiter" ab, den Lenin am 20. August 1918 geschrieben hat:

„Wir wissen, Genossen amerikanische Arbeiter, daß Ihr uns wohl noch nicht so bald zu Hilfe kommen werdet, denn die Entwicklung der Revolution in den verschiedenen Landern vollzieht sich in verschiedenen Formen und in verschiedenem Tempo (und kann sich auch nicht anders vollziehen). Wir wissen, es kann auch so kommen, daß die europäische proletarische Revolution nicht in den nächsten Wochen ausbricht, so schnell sie auch in letzter Zeit heranreift. Wir bauen darauf, daß die internationale Revolution unausbleiblich ist; das bedeutet aber keineswegs, daß wir törichterweise damit rechnen, die Revolution werde unbedingt innerhalb einer *bestimmten* kurzen Frist beginnen. Wir haben in unserem Lande zwei große Revolutionen erlebt, 1905 und 1917, und wir wissen, daß Revolutionen weder auf Bestellung noch auf Verabredung gemacht werden. Wir wissen, daß die Umstände, die *unsere,* die russische Abteilung des sozialistischen Proletariats vorgeschoben haben, nicht auf unsere Verdienste zurückzuführen sind, sondern auf die besondere Rückständigkeit Rußlands; wir wissen, daß *vor* dem Ausbruch der internationalen Revolution eine Reihe von Niederlagen einzelner Revolutionen möglich ist.

Und dennoch sind wir fest davon überzeugt, daß wir unbesiegbar sind, denn die Menschheit wird durch das imperialistische Gemetzel nicht gebrochen werden, sondern sie wird es überwinden. Und das erste Land, das die Zwangsketten des imperialistischen Krieges *zerrissen* hat, war *unser* Land. Wir haben die schwersten Opfer gebracht, um diese Ketten zu sprengen, und wir *haben* sie *gesprengt.* Wir stehen *außerhalb* der imperialistischen Abhängigkeitsverhältnisse, wir haben vor der ganzen Welt das Banner des Kampfes für den völligen Sturz des Imperialismus entrollt.

Wir befinden uns gleichsam in einer belagerten Festung, solange uns nicht andere Abteilungen der internationalen sozialistischen Revolution zu Hilfe kommen. Aber diese Abteilungen sind *vorhanden,* sie sind *zahlreicher* als die unsrigen; sie wachsen, reifen heran und erstarken, je länger die Bestialitäten des Imperialismus fortdauern. Die Arbeiter brechen mit ihren Sozialverrätern, mit den Gompers, Henderson, Renaudel, Scheidemann, Renner. Langsam, aber unentwegt, kommen die Arbeiter zur kommunistischen, bolschewistischen Taktik, zur proletarischen Revolution, die allein imstande ist, die Kultur, die Menschheit vor dem Untergang zu retten.

Mit einem Wort, wir sind unbesiegbar, denn unbesiegbar ist die proletarische Weltrevolution."«

SPARTAKIST



herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEIDEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Marianne Clemens, Toralf Endruweit, Michael Jäger, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes (Produktion), Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur), Kurt Weiss, Fred Zierenberg
VERTRIEB: J. Pfeiffer

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11, Fax (040)3301 54
Postfach 51 0655, 1000 Berlin 51, Fax (030)491 1479
Redaktion Spartakist: Tel. Westberlin 491 4548, Korrespondenz über Verlagsanschrift
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 11988-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ50010060
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 92 **Januar 1992**

Sieg der Antifaschisten in Moabit



Spartakist

Berlin, 4. Dezember: Vor dem Amtsgericht Tiergarten zeigten Linke, Immigranten, Schüler, Antifaschisten ihre Solidarität mit den Antifaschisten von Moabit. Am Megaphon der im Prozeß freigesprochene Michael Philippsen, links hinter ihm Renate Dahlhaus, deren Verfahren eingestellt wurde

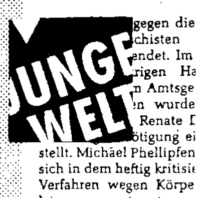
Nach einer fast dreijährigen Verteidigungskampagne wurde von einem Berliner Gericht das Verfahren gegen Renate Dahlhaus, die Sprecherin der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD), eingestellt und der SpAD-Unterstützer Michael Philippsen freigesprochen. Was auf dem Spiel stand, war das Recht auf Selbstverteidigung gegen Nazi-Terror. Dieser bedeutende Sieg für alle Antifaschisten wäre nicht möglich gewesen ohne die Mobilisierung von breiter öffentlicher Unterstützung, darunter fast 300 Organisationen und Einzelpersonen, die die Einstellung der Verfahren forderten. Bezeichnend für die „Justiz" des Vierten Reichs sind die von der SPD angeführten Hexenjagd-Prozesse gegen ehemalige DDR-Führer, Grenzsoldaten und PDS-Funktionäre, die alle in genau dem gleichen Gerichtsgebäude wüten, wo man jetzt auch Honecker aufspießen will.

Fortgesetzt auf Seite 4

Antifaschistischer Sieg in der Presse

Verfahren eingestellt

»Antifaschisten von Moabit« wurden freigesprochen



... gegen die ...chisten ...endet. Im ...rigen Ha... ...n Amtsge... ...n wurde ... Renate D... ...ötigung ei... stellt. Michael Phellipfen sich in dem heftig kritisie... Verfahren wegen Körpe... letzung verantworten s... wurde freigesprochen. E...

WAHLKAMPF

Freispruch für Antifas

Berlin ... nen sc... gleitet... des P... Micha... kist«. P. wurde freigesprochen von ...

die tageszeitung
5. Dezember 1991

Aufruf zu antifaschistischer Kundgebung:

Es geht im Moabit-Prozeß um das Recht, sich gegen Nazi-Terror zu verteidigen

(ND). Das Komitee zur Verteidigung der Antifaschisten von Moabit ruft zu einer Kundgebung am kommenden Mittwoch, 4. Dezember, um 13 Uhr, vor dem Amtsgericht Tiergarten, Turmstraße 91, auf. Dort stehen zur gleichen Stunde im Saal B 136 Spartakist-Sprecherin Renate Dahlhaus und Michael Philippsen wieder vor Gericht. In einer Erklärung verweist das von 350 Organisationen und Personen unterstützte Komitee darauf, daß es in dem Moabit-Prozeß um das Recht geht, sich gegen ...

Veranstaltung gegen einen bewaffneten Überfall der Republikaner verteidigt. Die Folge: Renate Dahlhaus und Michael P... de der Prozeß gemac... 1991 begann der ... mit einer Provokat... Antifaschisten, als ... ge, Carsten Pagel, d... angeführt hatte, mit einem Leibgarde-Trupp durch einen Geheimgang in den Verhandlungssaal marschierte, der normalerweise für Häftlinge reserviert ist. Die Richterin weigerte sich, die Identität der ...

stellten daraufhin Befangenheitsanträge, die inzwischen vom Amtsgericht abgelehnt wurden.

... Nazi-Terror markiere, und erinnert an die Worte von Andrej Hermlin vom Berliner PDS-Landesparteivorstand bei der Kundgebung am 24. Mai vor dem Amtsgericht Tiergarten: „Es wäre schon eine bittere ... is vor ...ahren ...huldi-

Neues Deutschland
29. November 1991

Gerichts-
bericht

Es ging um mehr als Strafbefehle

Ex-Reps in der Rolle von Biedermännern

Vorbei sind die Zeiten, als der Berliner Rep-Chef im Abgeordnetenhaus seine ausländerfeindlich eingefärbten Reden halten konnte. Vorüber gegangen sind die Skandälchen um tätliche Auseinandersetzungen in den Fraktionsräumen der Superrechtspartei, wobei es um Einfluß und Pfründe ging. Doch - auch wenn Rep-Chef Carsten Pagel das Handtuch geworfen und den Vorsitz ...

... Dezember im Saal B 136 des Amtsgerichts Tiergarten als Zeugen gegen Spartakist-Sprecherin Renate Dahlhaus und Spartakist-Sympathisant Michael Philippsen aus Hamburg. Beide Antifaschisten hatten Berufung gegen Strafbefehle eingelegt, weil sie am späten Abend des 14. Februar 1989 Rep-Leute attackiert haben sollen. Der Hintergrund: In einer Moabiter Pizzeria, die als Treff der Linken und der Immigranten einen guten Ruf genießt, fand eine antirassistische Veranstaltung mit Filmvorführungen statt. Vor dem Lokal rottete sich eine Kleberkolonne der Reps - es war die heiße Phase des Wahlkampfes für das Westberliner ... zusammen und ... ckeren Man... Pagel höchst- ... nte das Ge... ündiger Ver... dfrei klären, ... Tür, weil die ... Provokation ... nach Verfahrenseinstellungen der Prozeß gegen Renate Dahlhaus und Michael Philippsen. Die Belastungszeugen, samt und sonders Leute aus der rechten Szene, freilich mit erheblich unterschiedlichen Aussagen. Die Beschreibungen der "Täter" paßten auf alle und jeden und dann doch wiederum nicht. Zu den peinlichen Verwechslungen gehörte die Zuordnung nach Lenin- und Trotzki-Bärten. Verteidiger Rüdiger Jung konnte sich den lockeren Scherz nicht verkneifen, die Beschreibung passe auf den Herrn Staatsanwalt. Erinnerungslücken nach fast drei Jahren sind erklärlich, doch was die Belastungszeugen anboten, mußte dazu führen, daß Michael Philippsen freigesprochen und das Verfahren gegen Renate Dahlhaus eingestellt wurde.

Der Mann mit der Pistole

Zum Triumph haben Antifaschisten freilich keinen Anlaß. Auch wenn die Reps zur Zeit zersplittert und zerstritten erscheinen, sind sie doch nicht weniger gefährlich angesichts des Auftriebs an Ausländerfeindlichkeit und faschistischen Provokationen. Vor diesem Hintergrund muß auch gesehen werden, daß sich diese Kreise durchaus der Sympathie mancher Polizisten gewiß sein können. Die Gaspistole beispielsweise, mit der Bernd Handschuhmacher im Februar 1989 herumgefuchtelt hatte, legte er sich auf Empfehlung der Polizei zu. Zum ersten Prozeß gegen die beiden Antifaschisten im Mai dieses Jahres wurden dem REP-Chef Carsten Pagel eine Eskorte von Polizisten in Zivil beigegeben, die den Rechtsaußen durch einen Sondereingang in den Gerichtssaal führte. Nicht zu vergessen: Bernd Handschuhmacher steht vor einer juristischen Karriere, und Rechtsanwalt Carsten Pagel gilt, wie verlautete, unter rechtsradikalen Skinheads als eine gute Adresse für den Fall der Fälle...

In einer Erklärung des Komitees zur Verteidigung der Antifaschisten von Moabit wird Renate Dahlhaus zitiert. Auf einer antifaschistischen Demonstration in Halle hatte sie am 9. November gesagt, die breiteste Mobilisierung aller Antifaschisten sei erforderlich.

Gerhart Keller

BerlinerLinke:
Dezember 1991

... ten und ... rant in ... mehrere ... stischen

Wahl-Nachlese vor Gericht

Trotzkisten sollten Republikaner mit Leiter bedroht haben

Wahlkampf 1989: In Alt-Moabit liefern sich Trotzkisten und Republikaner, die Wahlplakate aufhängen, eine Prügelei auf der Straße. Gestern, fast drei Jahre nach der Auseinandersetzung, stehen Renate Dahlhaus und Michael Philippsen, damals Mitglieder der Trotzkisten-Liga Deutschlands, auf der Anklagebank. Die 31jährige Angestellte soll am 14. Januar 1989 mi... auf den damaligen La... den der Republikaner... gel, losgegangen sein. ... ker Philippsen soll R... Mitglied der Republik... gen haben. Körperve... Nötigung lautet der V...

Alle Plätze im Saal B 136 des Moabiter Amtsgericht sind belegt. Zum zweiten Mal stehen die Angeklagten vor Gericht. Doch diesmal verläuft der Prozeß ohne Eklat. Vor einem halben Jahr war Pagel unter Polizeischutz im Saal erschienen. Die Verteidiger hatten damals vergeblich einen Befangenheitsantrag gegen die Richterin gestellt, da sie von dem Polizeischutz gewußt haben soll.

Bei dem gestern wieder aufgerollten Prozeß belastet Pagel die Angeklagten schwer. Renate Dahlhaus sei diejenige gewesen, die ihn mit einer Leiter bedroht habe. Philippsen ... und gibt an, Philippsen sei der „Anführer der Angreifer" gewesen.

Das Verfahren gegen Renate Dahlhaus wurde eingestellt, Michael Philippsen freigesprochen.

Sigrid Averesch

Berliner Zeitung
5. Dezember 1991

Rache für Mete Eksi - Opfer von faschistischem Terror

Nach einem brutalen faschistischen Angriff von Westberliner Skinheads starb am 13. November 1991 der 19jährige Student Mete Eksi, nachdem er drei Wochen im Koma gelegen hatte. Er war mit einem Baseball-Schläger umgebracht worden. Am 15. November antworteten die Berliner Immigranten mit einem Trauermarsch, organisiert vom Türkischen Elternverein, nach dessen Einschätzung mehr als 10000 Menschen teilgenommen haben. Darunter waren viele Afrikaner, Asiaten, Türken, Kurden und andere trauernde Demonstranten aus dem Nahen Osten. Die SpAD trug Plakate, auf denen gefordert wurde: „Die Arbeiterklasse wird Mete Eksi und Ufuk §ahin rächen!" und „Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten!"

Der Protestmarsch sollte mit einer Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus enden, dem ehemaligen Regierungssitz von Westberlin. Noch ehe auch nur der erste Redner beginnen konnte, begann die Polizei aus drei Richtungen anzugreifen und in militärischer Formation gegen die Menge vorzugehen, unter der auch viele Frauen, ältere Menschen, Babys in Kinderwagen und in den Armen ihrer Mütter waren. Die Bullen für die neue Hauptstadt des Vierten Reichs schlugen einige junge Immigranten zu Boden mit ähnlichen Waffen, wie sie die Faschisten benutzt hatten, um Mete zu erschlagen.

Mitglieder der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands wurden aus nächster Nähe Zeuge dieses völlig unprovozierten rassistischen Polizeiüberfalls. Wir verurteilen diesen Angriff und die Versuche des Polizeisprechers, die Opfer für diese Brutalität verantwortlich zu machen, durch die zumindest ein Kind schwer verletzt wurde. Wir drücken unser tiefempfundenes Beileid aus für die Familie von Mete Eksi und die Trauernden, die zum Opfer des Polizeiterrors geworden sind. Wir verpflichten uns, auch weiterhin zu kämpfen für die Mobilisierung der organisierten Arbeiterklasse, um den faschistischen Abschaum von der Straße zu fegen.»

Moabit...

Fortsetzung von Seite 3

Symbolisch für die breite Unterstützung der Antifaschisten waren die 90 Unterstützer, die zur Kundgebung vor dem Prozeß kamen, unter ihnen Vertreter der PDS, der Kommunistischen Partei Deutschlands (Roter Morgen), der iranischen linken Organisation Rahe Kargar und von Cuba Si sowie ein Block von Oberschülern und ein Block von SpAD-Unterstützern, Immigranten und antifaschistischen Veteranen aus Hamburg. Es wurde auch eine Protesterklärung, die die Ostberliner Jüdische Frauenorganisation ans Gericht geschickt hatte, verlesen. Sie erklärte: „Wir dürfen nicht ängstlich zurückweichen, auch wenn jede Protestaktion als ‚Rowdytum', »Linksradikalismus', ‚Stasi-Mitarbeit' usw. verurteilt wird und die Justiz Gewalttäter, nicht deren Opfer schützt! ... Als Juden in Deutschland haben wir genügend bittere Erfahrungen gemacht und erkennen die entsetzliche Gefahr, die Gerichtsverfahren, wie das gegenwärtig in Moabit, anzeigen. Handeln wir *gemeinsam* dagegen."

Dahlhaus und Philippsen (zusammen mit sechs anderen, gegen die das Verfahren schon früher eingestellt wurde) waren angeklagt, weil sie sich und andere Gäste eines Restaurants im Arbeiterbezirk Moabit, das häufig von Immigranten und Linken besucht wird, gegen einen Angriff der Nazi-Republikaner verteidigt haben, bei dem diese, mitten in ihrer rassistischen „Wahlkampagne vom Januar 1989, mit einer Pistole herumfuchtelten. Der Haupt„zeuge" des Staates war der Berliner Nazi-Führer Carsten Pagel, der den bewaffneten Angriff der Republikaner 1989 angeführt hatte. Das Gerichtsverfahren begann am 24. Mai mit einer üblen Provokation, als der Faschist Pagel in Begleitung einer dreiköpfigen Leibwache in den Gerichtssaal marschierte, deren Identifizierung die Richterin ablehnte. Die Anwälte von Dahlhaus und Philippsen reagierten mit Anträgen, die Richterin wegen Befangenheit abzulehnen, daraufhin wurde der Prozeß vertagt.

Das Gericht lehnte die Anträge ab, doch das nützte dem Staat nichts, seine Anklage fiel genau in dem Moment in sich zusammen, als das Verfahren am 4. Dezember wieder aufgenommen wurde. Die drei Nazi-„Zeugen" logen und widersprachen sich ganz offensichtlich. Sie behaupteten, der Angeklagte sei ein großer Mann mit einem kleinen Bart - oder vielleicht ein kleiner Mann mit einem großen Bart, oder nach Pagel war es ein Bart, wie ihn „Lenin und Trotzki trugen". Oder vielleicht war es ein Bart wie der vom Staatsanwalt, schlug schließlich ein Rechtsanwalt vor. Der beim Moabit-Überfall mit einer Schußwaffe bewaffnete Nazi Handschuhmacher sagte, ihm sei von den Bullen geraten worden, eine Pistole zu tragen. Handschuhmacher, der als Beruf „Jura-Student" angab, nannte Moabit ein für Faschisten „feindliches" Pflaster und sagte, es wäre eine „Provokation" gewesen, wenn sie ihre Wahlplakate mit ihrem rassistischen „Ausländer raus" vor ein Fenster des Restaurants gehalten hätten. „Natürlich haben wir das getan", prahlte Pagel, der als seinen Beruf „Rechtsanwalt" angab. Und der faschistische Macho-Abschaum hatte noch mehr Schwierigkeiten, zu „beschreiben", wie eine Frau von 1,65 m den *Möchtegern-Führer* der „Herrenrasse" — Pagel — mit einer drei Meter langen Leiter „bedroht" hat. Nach seiner „Zeugenaussage" verkündeten Staatsanwalt und Richter erschöpft den Freispruch und die Einstellung des Verfahrens gegen die Antifaschisten von Moabit.

Deren Sieg folgt dem Sieg von Ayhan Öztürk auf dem Fuße: der junge türkische Arbeiter verteidigte sich und seine türkischen und deutschen Freunde im November 1990 auf dem Weg zu einer Disco in Berlin gegen einen bewaffneten Republikaner-Überfall. Dabei verloren die Nazi-Terroristen einen Mann. Öztürk wurde unter Mordanklage vor Gericht gestellt (der Rechtsanwalt der Nazis war Pagel) und freigesprochen, weil er nur sein Recht auf Selbstverteidigung wahrgenommen hatte.

Die kapitalistische Wiedervereinigung des Deutschen Reichs hat die Schleusentore für offiziellen staatlichen Rassismus weit geöffnet, mit einem All-Parteien-Angriff auf Flüchtlinge; gleichzeitig hat sie in der ehemaligen DDR das Wirtschaftsleben zerrüttet und eine Massenarbeitslosigkeit hervorgerufen. Dies hat mörderischen faschistischen Terror geschürt: von Brandanschlägen bei „Nacht und Nebel" auf die schäbigen Wohnheime, in die Bonn die Flüchtlinge einsperrt, bis zum sechs Tage dauernden rassistischen Pogrom in der Bergarbeiterstadt Hoyerswerda nahe der Grenze zu Polen. Wie Renate Dahlhaus auf der Unterstützerkundgebung vor ihrem Prozeß sagte: „Als bekannt wurde, daß die Nazis die Reichspogromnacht in der Arbeiterstadt Halle .feiern' wollten, schlugen wir eine auf die Gewerkschaften konzentrierte Mobilisierung vor, um diese ungeheuerliche Provokation zu stoppen. Unser Vorschlag wurde zunächst von den SPD/DGB-Bürokraten aufgegriffen und dann sabotiert. Aber hier, in der organisierten Arbeiterbewegung, liegt die soziale Macht, die die Faschisten von der Straße fegen und die kapitalistische Offensive, die den Nazi-Terror nährt, zurückschlagen kann.".

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Kämpferische 13tägige Betriebsbesetzung gewann breite Unterstützung in ganz Deutschland. Sie wurden ausverkauft von der Brandenburger SPD und IG-Metall-Bürokratie. Schmeißt die Bürokraten raus, entfesselt die Macht der Arbeiter!



Spartakist

Hennigsdorf: SPD/IGM-Ausverkauf nach hartem Kampf

13 Tage lang, vom 22. November bis zum 4. Dezember 1991, besetzten die 5000 Hennigsdorfer Stahlarbeiter ihren Betrieb an der Havel gegenüber von Berlin, um die von der Treuhand verordneten Entlassungen zu verhindern. Betriebsrat und IG-Metall-Bürokraten schoben Überstunden, um den Kampf der Arbeiter in deutsch-protektionistisches Fahrwasser zu lenken. Sie trommelten für eine deutsche kapitalistische Lösung, für die Übernahme von Hennigsdorf durch ein Stahl-Konsortium von Thyssen und den Badischen Stahlwerken. Die Treuhand dagegen favorisierte den italienischen Riva-Konzern. Doch die Arbeiter ließen sich über den angeblich „großzügigeren" Abwicklungsdeal des Thyssen-Konsortiums nicht lange täuschen, sie brauchten nur einen Blick aufs Ruhrgebiet zu werfen, wo die Elefantenhochzeit von Krupp und Hoesch 10000 Arbeitsplätze kosten soll. Die mutige, bittere Hennigsdorfer Besetzung richtete sich gegen die Treuhand von Kohl und SPD, und sie ging um die Verteidigung der Arbeitsplätze und das Überleben des Werks.

Die Besetzung dominierte national die Schlagzeilen und ermutigte eine Reihe von gewerkschaftlichen Aktionen in mehreren ostdeutschen Städten. So blockierten am 25. November Metaller aus Halle und Leipzig das Schkeuditzer Autobahnkreuz und mauerten die Leipziger Treuhandanstalt ein, am 27. November demonstrierten Brandenburger Stahlwerker gemeinsam mit den Hennigsdorfer Kollegen in Potsdam, drei Tage später gingen Stahlarbeiter aus dem Walzwerk Finow und der TAKRAF-Kranfabrik in Eberswalde auf die Straße. Arbeiter aus verschiedenen Industrieorten marschierten im Protest zur Treuhandzentrale in Berlin.

Besorgt über die rasante Ausbreitung des Streiks, stellte die *Frankfurter Rundschau* am 27. November fest: „Und plötzlich liegt Rheinhausen in Brandenburg". Solidaritätstelegramme von westdeutschen Stahlarbeitern und Geldspenden aus Nordrhein-Westfalen gaben ein Bild der explosiven Stimmung, wo bei Bergbau und Stahl Zigtausende von Arbeitsplätzen bedroht sind. Doch es gelang den Sozialdemokraten mit ihrem Aufgebot von Betriebsräten und Gewerkschaftsbonzen bis zur Brandenburger Arbeitsministerin Hildebrandt und Ministerpräsident Stolpe (der im Verwaltungsrat der Treuhand sitzt), den Kampf lokal zu begrenzen. Die Hennigsdorfer Besetzung hätte zum Fanal für einen nationalen Stahlarbeiterstreik gegen *alle* Entlassungen werden können. Diese Losung hatte die Spartakist-Arbeiterpartei auf ihre Plakate geschrieben, um dem Vernichtungsfeldzug der Kapitalisten entgegenzutreten.

Doch die Arbeiter wurden von den Irreführern der SPD ausverkauft gegen das Versprechen, die Entlassungen auf etwas langsamere Gangart durchzuführen. Am Ende übernahm die Treuhand eine zeitweilige finanzielle „Garantie" bis Ende 1993 für die 4000 Hennigsdorfer Arbeiter, die nicht vom italienischen Stahlkonzern Riva übernommen werden, sowie für Auffanggesellschaften für 4000 der insgesamt etwas über 5000 Arbeiter im Stahlwerk Brandenburg. Für die kämpfenden Stahlarbeiter ist das ein Hohn: Das „Zurück zur Arbeit" wird für die meisten der entwürdigende Abbau des eigenen.Betriebes bedeuten, wo allein in Hennigsdorf in DDR-Zeiten 9000 Kollegen beschäftigt waren; die betriebseigenen Sozialeinrichtungen wie Kindergärten, Klubräume und die werkseigene Klinik wurden bereits „abgewickelt". Steinkühlers *metall-Zeitung* bejubelt dagegen am 13. Dezember die Treuhand-„Garantie" für ABM und ABS und schreibt: „Die Privatisierung geht ohne Massenentlassungen ab." Zynisch erkennt sie einige Seiten weiter an: „Zu den offiziell als arbeitslos gemeldeten müssen noch die Arbeitnehmer gerechnet werden, die in ‚arbeitsmarktpolitischen' Maßnahmen versteckt sind: ABM, Fortbilden und Qualifizieren, Kurzarbeit, Altersübergangsgeld, Vorruhestand." Wenn man dazu noch die Frauen zählt, die aus dem Erwerbsleben zurück in den Haushalt gestoßen wurden, beträgt die Arbeitslosigkeit in der Ex-DDR heute über 50 Prozent. Und in der Reichshauptstadt

Fortgesetzt auf Seite 6

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ



Edition Deutschland Archiv

17. Juni 1953: Ostberliner Arbeiter marschierten durch Westberlin und forderten: „Räumt ihr den Mist in Bonn jetzt aus, in Pankow säubern wir das Haus"

Hennigsdorf...

Fortsetzung von Seite 5

Berlin und ihrem industriellen Gürtel soll die gesamte Metall- und Stahlindustrie plattgemacht und der proletarische Kern zerstört werden.

Werft die Bürokraten raus und macht die Gewerkschaften zu Klassenkampforganisationen!

Die Hennigsdorfer Besetzer hätten sich sofort mit dem Kampf der Hoesch-Stahlarbeiter gegen den Arbeitsplatzschlächter Cromme von Krupp und seinen Verbündeten Johannes Rau verbinden müssen und damit einen kräftigen Auftakt zum jetzt anstehenden harten Stahl-Tarifkampf gegen den Lohnraubangriff der Bosse gegeben. Beim Kampf für die Ausweitung zu einem nationalen Stahlarbeiterstreik können vor allem die eingewanderten Arbeiter eine strategische Rolle spielen, die sich zu Recht von der nationalistischen Gewerkschaftsbürokratie nicht vertreten fühlen und die bei den harten Klassenauseinandersetzungen wie in Rheinhausen das Rückgrat bildeten.

Um das Leben der Werktätigen erträglicher zu machen und genügend Wohnungen, Autos und Eisenbahnen zu bauen, hätten die Stahlarbeiter alle Hände voll zu tun. Eine wichtige Forderung zur Herstellung der Klasseneinheit im Kampf um die Arbeitsplätze ist „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" — also 100 Prozent, sofort — und die Aufteilung der Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohnausgleich, die durch eine gleitende Skala der Arbeitszeit verwirklicht werden kann, verknüpft mit einem groß angelegten Programm öffentlicher Arbeiten bei vollem Tariflohn.

Doch dieser gemeinsame Kampf kann nur gegen den massiven Widerstand der sozialdemokratischen Gewerkschaflsbonzen durchgesetzt werden, die die Arbeiter in Ost und West gegeneinander ausspielen und mit der aniikommunistischen Stasi-Hexenjagd den Schlag der Kohl-Regierung zur Vernichtung des ostdcuischen Proletariats ausführen. Zuerst zerschlugen sie den FDGB. um dann die auf Klassenversöhnung und Friedenspflicht eingeschworenen Betriebsräte zu etablieren, die jetzt für die kapitalistischen Bosse die Drecksarbeit machen. Um die ganze Macht der Arbeiterklasse gegen den geballten Angriff der Herrscher des Vierten Reichs zu mobilisieren, müssen wir den Würgegriff der sozialdemokratischen Arbeiterverräter brechen. Der Schlüssel dafür ist der Aufbau einer revolutionären Partei, die gegen den Nationalismus der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung für die Unabhängigkeit der Arbeiterklasse kämpft, mit einem Programm für den Kampf um die Macht der Arbeiter.

Protektionismus ist Gift für die Arbeiterklasse

Weil die deutsche Bourgeoisie wegen ihres Protektionismus in der Stahlindustrie bei ihren Konkurrenten in der EG unter Druck gerät, was ihren Ambitionen nach einer politischen Vormachtstellung schadet, haben Treuhand und Kohl sich entschieden, noch schnell vor dem Maastrichter Gipfel die Hennigsdorfer und Brandenburger Stahlwerke an den italienischen Stahlkonzern Emilio Riva zu verkaufen. Doch es waren die Sozialdemokraten im Betriebsrat, in den oberen Etagen der Gewerkschaft und in der Landesregierung, die energisch für die deutschen Kapitalisten des Konsortiums Thyssen/Badische kämpften. Laut *Spiegel* vom 2. Dezember überließ der Hennigsdorfer Betriebsrat dem Vorstandschef der Badischen Stahlwerke, Horst Weitzmann, praktisch sein Büro, der dann versuchte, durch den Betriebsrat die Besetzung zu dirigieren. „In der Treuhand gibt es eine Spaghetti-Connection", verspritzte Weitzmann sein chauvinistisches Gift.

Es ist der Gipfel an Heuchelei, wenn die Treuhand *die Arbeiter* als Rassisten beschimpft. Wie ein Stahlarbeiter bei der Demonstration in Eberswalde zu den Spartakisten sagte: „Die Nazis haben alles kaputtgemacht. Ich bin nach der Gefangenschaft hierher und habe das Werk aufgebaut, und jetzt kommen die Söhne der Nazis und enteignen uns und schlagen wieder alles kaputt." Vielen älteren Arbeitern ist der Name Thyssen noch gut in Erinnerung, der als erster Großindustrieller Hitlers Nazis mit Geld vollgepumpt hat.

Die Hennigsdorfer Stahlarbeiter haben eine reiche Geschichte des Klassenkampfes, angefangen bei ihrem Widerstand gegen die Faschisten in der Weimarer Republik, bis zu ihrer Vorreiterrolle beim Aufstand der ostdeutschen Arbeiter gegen die stalinistische Bürokratie im Juni 1953, für die sie bekannt sind. Dies spielte auch eine wichtige Rolle dabei, daß ihre Besetzung einen so starken Widerhall unter den Arbeitern im DDR-Gebiet fand. Das war auch den Betriebsräten und Gewerkschaftsbürokraten klar, die ihren Kampf in eine prokapitalistische Richtung umfälschen wollen, ohne die wirkliche Geschichte zu erzählen, wie Tausende Hennigsdorfer Stahlarbeiter damals durch Westberlin marschierten und sich einem Massentreffen von 15000 Ostberliner Stahlarbeitern im Walter-Ulbricht-Sta-

---

Veranstaltung der SpAD in Hamburg

Für die revolutionäre Einheit der deutschen, polnischen und sowjetischen Arbeiter!

Ehrt Lenin, Luxemburg, Liebknecht!

Mittwoch, 15. Januar, 19.30
Halkevi (Volkshaus der Türkei)
Neuer Kamp 31, 2000 Hamburg 36

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ



Hoesch-Stahlarbeiter kämpfen um ihre Zukunft. Wenn die Metallarbeiter Ost und West gemeinsam kämpfen, können sie gewinnen und die Arbeitsplätze von Hennigsdorf und Dortmund retten

Spartakist

dion anschlössen, die eine *Metallarbeiterregierung* forderten. Damals hielten die Arbeiter im deformierten Arbeiterstaat DDR die Betriebe in ihren eigenen Händen, sie führten ihren Kampf um *die politische* Macht. Heute geht es darum, den konterrevolutionären Vormarsch zu stoppen und den Kampf für den Sturz der kapitalistischen Klasse zu organisieren. Dringend notwendig dafür ist der Aufbau einer revolutionären trotzkistischen Führung.

In der kurzen Zeit, seit die PDS die DDR an die Bourgeoisie von Auschwitz ausverkauft hat, hat sie eine lange Geschichte des Streikbruchs entwickelt. Schon 1990, als die Kumpel in Rottleberode ihre Zeche besetzten, um für ihre Arbeitsplätze zu kämpfen, eilte Hans Modrow wieselflink zu den Kumpeln, um sie zu überzeugen, ihre Besetzung aufzugeben. Einer der ersten, der die Hennigsdorfer Besetzung besuchte, war Gregor Gysi. Die Marzahner Bezirkszeitung der PDS schrieb darüber: „Einer erzählte mir von ‚Spartakisten', die am Tag zuvor da waren — mit Zeitungen, Flugblättern und Forderungen. Die mag er nicht und war nun auch uns gegenüber skeptisch. Ich erwiderte, daß auch wir überlegt hätten, ob wir Material mitnehmen. Wir hätten uns dann doch lieber für heißen Kaffee und Buletten entschieden und für uns selbst. So fand er das in Ordnung — er ist Mitglied der SPD." Die PDS hatte also Kaffee anzubieten (bei den Gewerkschaftsbürokraten gab es wenigstens Schnaps) zum Trost gegen die Misere der Massenarbeitslosigkeit, die SpAD dagegen ein Programm zum Kampf.

So war es auch nicht überraschend, daß die PDS in den Chor der SPD-Betrüger einfiel und den Ausverkauf der Stahlkocher als „Sieg" feierte. Noch am 6. November hatte *Neues Deutschland* erklärt: „IG Metall und Betriebsrat hingegen favorisieren aus sehr erklärlichen Gründen das Gebot des deutschen Konsortiums". Doch unter dem Titel „Lichtblicke" lobte *Neues Deutschland* dann am 7. Dezember die Treuhand für die ABM-Almosen, die diese den Arbeitern als „Ausgleich" für die fette Beute hingeschmissen hat. Die vorgeblich kommunistische DKP, die unter den Arbeitern im Ruhrgebiet gewisse Wurzeln hat, hat genauso während der Hennigsdorfer Besetzung das Lied der SPD-Zentrale mitgesungen: „Getrennt kämpfen, getrennt verlieren". Die Kommunisten der SpAD haben etwas anderes vor. Bewaffnet mit unserem revolutionären Programm, kämpfen wir darum, eine Partei aufzubauen, die die Arbeiterklasse an die Macht führen kann. Dafür intervenieren wir in Arbeiterkämpfe, von Hennigsdorf über Halle und Hamburg bis an die Ruhr. •

Kampf den Entlassungen...

Fortsetzung von Seite 24

wurde von der Treuhand ein Stopp der Investitionen verfügt und die Ölraffinerie Leunas zusammen mit den Minol-Tankstellen zum Verkauf angeboten. Allen ist klar, daß dies ein tödlicher Schlag gegen den Betrieb ist. Die Raffinerie ist auf tausenderlei Art in den Produktionszyklus des Werkes integriert, sie stellt das Rohmaterial für viele Produktionslinien her und versorgt das Werk mit Energie, zusätzlich stellt sie den (im Süden einzigen) Endpunkt einer Pipeline zu den sowjetischen Ölfeldern dar. Zweifellos eine strategische Position. Es sieht also so aus, als wollte die Treuhand den Ölsektor an ein Konsortium von Thyssen, BP und Frankfurter Metallgesellschaft verscherbeln und den Rest sterben lassen. Oder hat hier die blutrünstige IG Farben ihre Finger im Spiel?

Nachdem die von Kohl und SPD kontrollierte Treuhand als Instrument der Konterrevolution bereits die ganze Ex-DDR in eine Industriebrache verwandelt hat, scheint sie jetzt den Mut zu finden, sich die Arbeiter der Chemiegiganten vorzunehmen. Zu diesem Zweck will sie einen Keil zwischen die Arbeiter der Raffinerie und die Kollegen in den anderen Anlagen treiben. Aber die über 50 000 Arbeiter des Chemiedreiecks könnten ein Brocken werden, an dem sie sich verschlucken. Die Stimmung der Arbeiter ist gekennzeichnet von der bitteren Erkenntnis, jetzt um ihre Existenz zu kämpfen.

Die im vergangenen Jahr vorgenommenen Rationalisierungen haben die Brigaden der im 3-Schichtbetrieb rund um die Uhr arbeitenden großen chemischen Anlagen in einem Maße verdünnt, daß jede weitere Entlassung oder Rationalisierung zum Zusammenbruch von Produktions-

Fortgesetzt auf Seite 8

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Kampf den Entlassungen...

Fortsetzung von Seite 7

linien und/oder sehr ernsten Sicherheitsproblemen führen muß. Schon heute muß einer die Arbeit von fünf Kollegen machen. Einfach gesagt: „Wenn einer mal raus muß, fliegt der Kessel in die Luft".

Lieber Leuna besetzen als zum Arbeitsamt hetzen!

Die geplante Kundgebung der Chemiearbeiter am 18. Januar kann der Ausgangspunkt zu entschiedenen Aktionen der Arbeiter gegen Massenentlassungen sein. Die für den gleichen Tag angekündigte Versammlung der gewerkschaft-



Spartakist

Rottleberode. Kurz vor dem Anschluß treten 500 Bergleute in Hungerstreik. PDS-Modrow verkaufte sie aus wie die ganze DDR

liehen Vertrauensleute muß daran gemessen werden, ob sie bereit ist, entschlossene Aktionen gegen den Kahlschlag der Region zu beschließen und sofort in die Tat umzusetzen. Eine Betriebsbesetzung der Leuna-Werke würde die Arbeiterklasse in der ganzen Region mit sich reißen. Wie bei der Besetzung des Hennigsdorfer Stahlwerks kann es diesmal ein Signal für Hunderttausende sein, die nach einem Ausweg aus ihrer Verelendung suchen. Die Hennigsdorfer Stahlwerker haben sich eine kleine Frist erkämpft, aber ihr Ziel, die Massenentlassungen zu stoppen, haben sie nicht erreicht, weil die sozialdemokratischen IG-Metall-Bürokraten eine Ausweitung verhinderten und so ihre Besetzung ausverkauften.

Entscheidend für den Erfolg des Kampfes wird sein, daß die Arbeiter von Leuna, Buna, Bitterfeld und Wölfen gemeinsam in Aktion treten. Ein Auftakt dazu könnte eine Massenkundgebung am Halleschen Markt sein, wo sich schon Kanzler Kohl einen feuchten Eierregen holen mußte. Von Anfang an müssen wir aktiv die Solidarität der Arbeiter besonders in den großen westlichen Chemiebetrieben in Hoechst und Leverkusen mobilisieren. Wenn Busse mit Hunderten von Arbeitern ihre Chemie-Kollegen im Westen auf die Straße holen, werden sich Friedenspflicht und sonstige sozialdemokratische Knebel des Klassenkampfes als wertlose Fetzen Papier erweisen. Dabei müssen wir uns gerade an die kampferfahrenen türkischen und kurdischen Kollegen wenden, denen alle Bürgerrechte verweigert werden. Straßenbesetzungen und symbolische Aktionen werden nicht reichen, wir brauchen die Macht und Kraft der Arbeiterklasse — da, wo es den Kapitalisten besonders weh tut — im Westen.

Die SPD steht an vorderster Front, um einen gemeinsamen Kampf der Arbeiter in West und Ost zu verhindern. Im Westen kochen schon vor Beginn der großen Tarifauseinandersetzungen die Arbeiter vor Wut darüber, wie ihnen SPD und Kohl-Regierung unter dem Vorwand der „Solidarität mit dem Osten" in die Lohntüte greifen, damit die Gewinne der Banken in den Himmel steigen. Gleichzeitig wird die Ex-DDR plattgemacht und die um ihre Existenz gebrachte DDR-Arbeiterklasse zum Schicksal billiger Wanderarbeiter verurteilt. Mit der Stasi-Hexenjagd soll ein Klima von Angst und Denunziation geschaffen werden, um jeden Widerstand zu erstikken. Heute stellen sich die gleichen Gewerkschaftsbürokraten hin, die im April 1991 die Leipziger Arbeiterdemonstrationen abwürgten, und machen neue Versprechungen über „Aufschwung Ost" — wie der IG-Chemie-Vorsitzende Rappe, der sich selbst zum Vorstand der Treuhand aufgeschwungen hat und in den Vorstandssesseln etlicher Chemiebetriebe sitzt, von wo aus er Massenentlassungen dirigiert.

Besonders schnell hat die PDS von ihren SPD-Vordenkern gelernt; ihr erstes Prinzip heißt absolute Loyalität zur Treuhand. So rät *Neues Deutschland* (8. Januar) den wütenden Arbeitern, sie sollten statt zu kämpfen „abwarten, was die Treuhand auf den Tisch legt. Kann sein, ihr gelingt es schon von sich aus, eine ‚Filetierung' von Leuna zu verhindern." Kritik übt sie nur an deren „Geheim- und Hinhaltetaktik", die „die Vorstände und Betriebsräte in eine denkbar schlechte Position" bringt. Schlecht für ihre Dienste als Kettenhund des Kapitals — immerhin könnten die Betriebsräte die Arbeiterkämpfe noch viel besser abwiegeln, wenn sie an *allen* schmutzigen Treuhand-Geschäften teilnehmen würden.

Um zu gewinnen, brauchen wir ein Programm für den Sieg. Das wird man nicht von denen hören, die im Interesse ihrer Brötchengeber die Interessen der Arbeiter verkaufen und das Elend des Kapitalismus schönreden. Wir brauchen eine revolutionäre Gewerkschaftsführung, die die Arbeiter mobilisiert im gemeinsamen Kampf in Ost und West — Immigranten, Männer und Frauen — und die Jugendlichen und Arbeitslosen einbezieht, um gegen die Entlassungen zu kämpfen, mit einem Programm für die Aufteilung der Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohnausgleich. Weg mit der Spaltung der Gewerkschaften: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Durch ein umfassendes Programm öffentlicher Arbeiten können die Aufgaben angegangen werden, die vor allem im Osten Deutschlands durch die bankrotte Politik der Stalinisten und jetzt auch durch die Zerstörungswut der kapitalistischen Konterrevolution vor uns stehen: preiswerte Wohnungen, soziale Einrichtungen wie Kindertagesstätten und gut ausgestattete Polikliniken. Wir Trotzkisten der Spartakist-Arbeiterpartei kämpfen dafür, eine revolutionäre Arbeiterpartei aufzubauen, die den Kampf für eine wirkliche Arbeiterregierung führt, um ein solches Programm im Interesse der Werktätigen zu verwirklichen.«

Schluß mit dem Schauprozeß gegen Karl Kielhorn und Gerhard Bögelein!

Folgende Protesterklärung wurde am 18. Dezember 1991 vom Komitee für soziale Verteidigung an Richter Diethelm Erdmann beim Hamburger Landgericht geschickt, wo die beiden Antifaschisten Karl Kielhorn und Gerhard Bögelein angeklagt sind.

Karl Kielhorn und Gerhard Bögelein stehen heute vor Gericht als Opfer eines dreißigjährigen Rachefeldzugs, der in der SPD-Hochburg Hamburg gegen sie geführt wird, weil 1947 der Nazi-Militärrichter Erich Kallmerten umgebracht wurde, der 100 Todesurteile gegen sowjetische Partisanen und Wehrmachtsoldaten verhängt hatte. Begonnen wurde ihre Verfolgung von dem berüchtigten Richter Steckel, der jetzt von den Anwälten der Antifaschisten als Ankläger eines NS-Sondergerichts entlarvt wurde. Doch erst heute, nach dem kapitalistischen Anschluß der DDR, kann der selbsternannte Nachfolgestaat des Dritten Reichs die Schlinge um den Hals der beiden Antifaschisten legen.

Irgend jemand hat also damals diesem Nazischwein Kallmerten eine sehr einfache Form von Justiz zuteil werden lassen, eine Tatsache, die wirkliche Antifaschisten begrüßen. Aber Kielhorn und Bögelein werden verfolgt, weil sie heldenhafte Antifaschisten sind: Kielhorn, weil er der Leiter der antifaschistischen Gruppe in einem sowjetischen Kriegsgefangenenlager in Litauen war, wo dieser Nazihenker seinen reehtschaffenden Tod fand, und Bögelein, weil er zur Roten Armee überlief und gegen Hitlers Besetzung des Baltikums und die faschistische Vernichtungsmaschine kämpfte. Jetzt verwendet die SPD, die für den ersten Kriegsetat des Dritten Reichs stimmte, die Methoden Freislers, um seine Mittäter zu rächen. Sogar vor Folter scheuen sie nicht zurück: Bögelein wurde in Handschellen und mit Drogen vollgepumpt in den Gerichtssaal geführt. Genau wie die Massenarbeitslosigkeit und der anwachsende rassistische Terror ist dieser Prozeß Ausdruck des wieder erstarkten Vierten Reichs. Wie gegen Honecker, dabei tritt die SPD als die heilige Inquisition der Konterrevolution auf.

Das Komitee für soziale Verteidigung fordert: Weg mit den Anklagen gegen Kielhorn und Bögelein! Nieder mit dem Schauprozeß des Vierten Reichs! Sofortige Freilassung von Gerhard Bögelein! Sofortiger Schadenersatz für Kielhorn und Bögelein!

Für das Komitee für soziale Verteidigung
Carola Rosen

Besiegt die Konterrevolution von Jelzin und Gorbatschow!

Der Lenin-Trotzki-Fonds braucht Dein Geld!

Die Ressourcen der Internationalen Kommunistischen Liga sind bescheiden, unsere augenblicklichen Aufgaben riesig. Wir haben die russische Übersetzung von „Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt Jelzins/Bushs Konterrevolution!" (siehe *Spartakist* Nr. 89, September 1991) mit einer Auflage von 70000 gedruckt. Wir drucken jetzt gerade das erste russischsprachige *Spartacist Bulletin* „Was ist Trotzkismus" nach, von dem wir schon 25 000 in der ganzen Sowjetunion verkauft haben. Hunderte Exemplare wurden von Genossen und Anhängern der SpAD bereits in Deutschland an die sowjetischen Streitkräfte verkauft. Prosozialistische Arbeiter, Soldaten und Offiziere haben ein großes Interesse an trotzkistischer Literatur, aber die wirtschaftlichen Realitäten diktieren, daß wir unsere Publikationen massiv subventionieren müssen, damit sie noch bezahlbar bleiben. Am Jahrestag der Oktoberrevolution verkauften Unterstützer der IKL allein in Moskau 4750 Exemplare unserer russischen Übersetzung von „Zerschlagt Jelzins/Bushs Konterrevolution" und 600 Ausgaben des russischsprachigen Spartacist-Bulletin „Kehrt zurück zum Weg von Lenin und Trotzki". Druckkosten, Reisen und andere Ausgaben bedeuten, daß eine internationalistische Intervention in der Sowjetunion Geld kostet. Helft mit, den trotzkistischen Kern zu schmieden, der notwendig ist, um die sowjetischen Werktätigen im Kampf gegen die Konterrevolution zu führen.

Spendet an SpAD, Fred Zierenberg, Stichwort „Lenin-Trotzki-Fonds" (oder einfach „L-T-Fonds"), Konto-Nr. 211976600, Dresdner Bank Frankfurt/Main, BLZ 50080000.



Spartacist

Moskau, 7. November: Tausende Demonstranten vor dem Lenin-Denkmal, um die Russische Revolution zu ehren und gegen Jelzins Konterrevolution zu kämpfen

Rassistische Saubermänner des ND machen Jagd auf Hütchenspieler

Die rassistische All-Parteien-Hetze über „Asylmißbrauch", die den faschistischen Terroristen von Saarlouis bis Hoyerswerda grünes Licht gegeben hat, hat eine neue Zielscheibe: die Hütchenspieler. Nicht nur auf den Titelseiten der braunen Schmierblätter, auch in den Boulevard-Zeitungen und „respektablen" Massenmedien wird eine schmutzige Kampagne gegen eine angebliche „jugoslawische Mafia" geschürt, die die Straßen Deutschlands unsicher mache. Dieses rassistische Geschrei ist Teil des Angriffs auf alle Immigranten und muß durch die Mobilisierung der Arbeiter/Immigranten zurückgeschlagen werden.

Diese hysterische Hetze, deren Ziel es ist, Massenängste und eine Pogromstimmung gegen „Ausländer" zu schaffen, wird neuerdings von den Reformisten der PDS aufgegriffen, die schon bei dem Pogrom in Hoyerswerda mit einer Kampagne für eine stärkere Polizei herauskam. *Im Neuen Deutschland* vom 9. Dezember spricht Peter Kirschey von einer „Westentaschen-Mafia", die ihre „Beute" von „anständigen" Bürgern abzockt. Er beklagt sich, daß die Existenz dieser



MEINE SICHT

Hütchenspiel

Man sollte es nic
lich halten: Die f
Kugel unter den
schachteln findet
der ihre Opfer.
Medien warnen u
Doch vergeblich.
Stimme des Nebe
der Menge wird
Man ist viel, viel k
verliert. Gestern
tagsstunde waren

Neues Deutschland

Ein Rassist bittet ums Wort

Für einen Journalisten, der täglich über das Hauptstadtgeschehen berichtet, sind sofortige Gegenreaktionen der Leser die normalste Sache der Welt. Lobe, die man gern entgegennimmt, Kritiken, die nachdenklich stimmen sowie Beschimpfungen und Drohungen, die man je nach Tageskondition mehr oder weniger locker abperlen läßt. Letztere Kategorie kommt meist aus dem rechtsnationalistischen Spektrum.

wahrer Freund der Immigranten.

Mein Gott, wenn's doch bloß so einfach wäre.

Wer von sich so maßlos überzeugt ist, Interessen der Arbeiter und die der ausländischen Bürger zu vertreten, der sollte

9. **Dezember 1991** **20. Dezember 1991**

Mafia „das Bild vom arbeitsscheuen, sozialhilfeschluckenden, kriminellen Ausländer" verstärkt, und ruft dazu auf, „dem Hütchenspieler-Unwesen noch energischer" zu begegnen. Kirscheys Vorbilder dafür sind offenbar rassistische Bürgerwehren und Nazis wie Rainer Sonntag in Dresden, die eine Mordkampagne gegen die „Mafia" führen. In Leipzig überfielen faschistische Skinheads Hütchenspieler mit Baseballschlägern und Eisenstangen.

Die Hallenser Stadtabgeordnete Heidi Bohley von der Fraktion Bündnis 90 kann ein Lied von solchen „energischen" Maßnahmen singen. Als sie im Juli 1990 zufällig in die Nähe einer Polizeirazzia gegen Hütchenspieler geriet und dabei gegen das brutale Vorgehen der Bullen gegen eine Frau protestierte, landete sie selbst mit Verletzungen auf der Straße. Heidi Bohley erstattete gegen diese Polizisten Anzeige wegen Körperverletzung.

Warum empört sich *ND* über ein unbedeutendes Straßenspiel, während „anständige Bürger" jedes Jahr Milliarden DM beim staatlich regulierten Lotto-Spiel verlieren? Ihr Aufschrei erinnert an einen der ersten Akte der deutschtümelnden Modrow-Regierung in der damaligen DDR, die Einkaufsbeschränkungen für Immigranten in Lebensmittelgeschäften und Kaufhäusern durchsetzen wollte. Zur gleichen Zeit führte die deutsche Bourgeoisie einen rassistischen Feldzug gegen polnische Bürger durch, die angeblich deutsche Supermärkte leerkauften. Als die Aldi-Supermarktkette im Mai 1990 eine ungeheuerliche Einkaufsquote für Polen auferlegte, protestierten wir Spartakisten gegen diese rassistische Ausgrenzung unter der Losung, „Aldi — Supermarkt des Vierten Reichs" (siehe *Spartakist* Nr. 72, 5. Juni 1990).

In Kirscheys Antwort auf unseren Leserbrief (Abbildung siehe oben) mit dem selbst-entlarvenden Titel „Ein Rassist bittet ums Wort" *(ND,* 20. Dezember 1991) behauptet er, daß er „Beschimpfungen und Drohungen" von uns ausgesetzt sei, weil wir seine enthusiastische Unterstützung für diese rassistische Kampagne als rassistisch bezeichnen. Er schreibt:

> „Und da gibt es eben neben den unzähligen entrechteten Menschen auch den türkischen Millionär vom Bahnhof Zoo, der's von den Lebendigen nimmt; den vietnamesischen Gangster in Marzahn, der die eigenen Landsleute tyrannisiert, und den Hütchenspieler, der nicht dem Obergauner, sondern dem kleinen Mann das Geld aus der Tasche zieht."

Wo sind die „jüdischen Kapitalisten", Herr Kirschey?

Als Gorbatschow zusammen mit der SED/PDS Anfang 1990 den deformierten Arbeiterstaat DDR an die Bourgeoisie von Auschwitz verschenkte, wollten diese Reformisten eine „starke Opposition für die Schwachen" in einem sauberen kapitalistischen Großdeutschland sein. Um sich an die kapitalistische Gesellschaft und die Sozialdemokraten anzupassen, meinen Kirschey und die PDS, daß „Ausländer" nur dann erwünscht sind, wenn sie sich „benehmen". (War auch in Hoyerswerda die „laute Musik" aus dem Wohnheim der Grund für das Pogrom?) Dadurch werden Immigranten selbst für den offiziellen Rassismus und den faschistischen Terror verantwortlich gemacht.

Mit dem Zerfall des Stalinismus und dem Ansturm der kapitalistischen Restauration in Osteuropa und in der Sowjetunion werden Millionen Menschen die ökonomischen Grundlagen unter den Füßen weggezogen. Politische Verfolgungen, besonders gegen Cinti und Roma, nehmen von Rumänien bis Jugoslawien drastisch zu. Nicht nur in Deutschland, auch in Polen und der Tschechoslowakei werden sie von den neuen kapitalistischen Regimen als Kriminelle abgestempelt, eine Beschuldigung, die wahrscheinlich in der PDS viel Gehör finden würde. Im Dritten Reich wurden die Cinti und Roma als „Asoziale" gebrandmarkt und Hunderttausende von ihnen m den KZs vernichtet.

Nachfolgend drucken wir unseren Leserbrief ab, der am 19. Dezember 1991 im *Neuen Deutschland* erschien.

Verteidigt die Hütchenspieler!

Rassismus und Ausländerhetze sind konkret. So beim ND-Kommentar „Hütchenspiel" von Peter Kirschey, abgedruckt im ND am 9.12. (Berlin-Seite)... In bis zum Erbrechen bekannter Manier macht Kirschey die Opfer selbst verantwortlich für das rassistische „Bild vom arbeitsscheuen, sozialhilfeschluckenden kriminellen Ausländer, der dem anständigen Berliner auf der Tasche liegt". Wie schon mit ihrer obszönen Kampagne für mehr Polizei zum „Schutz" der Flüchtlinge will die PDS Einlaß finden in die rassistische Volksfront von CDU, SPD und Grünen.

Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Verteidigt die Hütchenspieler gegen rassistische Angriffe! Für Arbeiter/Immigrantenmobilisierung gegen Nazi-Terror!

Renate Dahlhaus,
Spartakist-Arbeiterpartei, 1000 Berlin 51

Viertes Reich: Hände weg von Honecker!

Seit die russische Regierung unter Boris Jelzin am 11. Dezember 1991 ankündigte, Erich Honecker nach Deutschland abschieben zu wollen, nimmt die antikommunistische Hexenjagd auf den ehemaligen DDR-Staatsratsvorsitzenden immer obszönere Ausmaße an. Die Herrscher des Vierten Reichs gieren danach, Honecker einen Schauprozeß zu machen. Schon im Dritten Reich wurde er wegen seines antifaschistischen Untergrundkampfes von der SS über zehn Jahre lang eingekerkert. Jetzt will das Vierte Reich ihn wieder hinter Gitter werfen. Die gleiche Justiz, die bruchlos aus dem Faschismus hervorgegangen ist und die Blutrichter übernommen oder mit Ehrenpensionen versorgt hat, will heute an Honecker Rache nehmen für den Sieg der Roten Armee über Nazi-Deutschland.



Hamburger Morgenpost

Vor dem Moabit-Knast in Berlin am 13. Dezember

Sofort nach dieser Abschiebungsdrohung riefen das Komitee für soziale Verteidigung und die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands zu einer Protestdemonstration auf mit den Forderungen: „Viertes Reich: Hände weg von Honecker!" und „Schluß mit der SPD-geführten antikommunistischen Hexenjagd!" Vor dem Landgericht Tiergarten in Moabit forderten die Demonstranten am 13. Dezember außerdem: „Weg mit den Anklagen gegen die Grenztruppen", „Hände weg von Markus Wolf, „Freiheit für Heinz Keßler und Erich Mielke", „Freiheit für Pohl, Langnitschke und Kaufmann", und „Schluß mit der Enteignungskampagne gegen die PDS". Zusätzlich zu diesem Protest organisierten KfsV, SpAD und KPD (Roter Morgen) am 19. Dezember eine weitere Protestdemonstration vor der Justizvollzugsanstalt Berlin-Moabit.

Nach unserem Demo-Aufruf erklärte die berüchtigte Hexenjägerin Jutta Limbach, SPD-Justizsenatorin in Berlin, im Radio, sie lasse sich nicht von zwei linksradikalen Organisationen beeinflussen. Blutrünstig verkündete sie, daß sie eine Gefängniszelle für Honecker in Moabit bereithalte. Bereits Rosa Luxemburg war dort im Ersten Weltkrieg eingekerkert, und sie sollte im Januar 1919 dorthin gebracht werden, bevor sie mit Hilfe von Engholms und Limbachs politischen Großeltern ermordet wurde. Wie bei der kapitalistischen Konterrevolution in der DDR beweist sich die SPD als Bluthund der Konterrevolution.

Honecker hat einstweilen Zuflucht gefunden beim chilenischen Botschafter in Moskau und entschieden erklärt, daß er nicht dorthin zurückkehren wird, wo ihn zuletzt Freislers Volksgerichtshof verurteilt hat. Seit Jelzins Abschiebedrohung ist eine Welle von Protestbriefen bei Gorbatschow und Jelzin angekommen, die Asyl für Honecker fordern. Während KfsV und SpAD in Berlin demonstrierten, versammelten sich Hunderte von Linken vor der chilenischen Botschaft in Moskau mit sowjetischen Fahnen und sangen kommunistische Lieder. Vertreter der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) in Moskau haben sich diesen Demonstrationen angeschlossen und eine Protesterklärung bei der chilenischen Botschaft abgegeben.

Inzwischen hat Nordkorea angeboten, den 79jährigen Honecker aus medizinischen Gründen aufzunehmen, aber die Russen verweigern seine Ausreise. Die deutsche Bourgeoisie übt dabei ungeheuren Druck aus, der bis zu offenen Drohungen reicht. So erklärte Bundesjustizminister und Ex-BND-Chef Klaus Kinkel am 30. Dezember, er würde es als „unfreundlichen Akt" Rußlands ansehen, wenn Honecker ausreisen könnte. In der chilenischen Botschaft ist Honecker der persönliche Gast von Botschafter Clodomiro Almeyda, ein Führer der Sozialistischen Partei, der nach dem blutigen Pinochet-Putsch 1973 selbst — wie so viele Flüchtlinge vor reaktionärem Terror — über zehn Jahre in der DDR im Exil war. Zuvor hatte ihm Baden-Württembergs Ministerpräsident und Nazi-Blutrichter Filbinger das Asyl verweigert.

Die Hetzkampagne gegen Erich Honecker ist die Zuspitzung der allgemeinen Hexenjagd gegen alle Repräsentanten der ehemaligen DDR. Sie richtet sich gegen den DDR-Spionagechef Markus Wolf, der für den deformierten Arbeiterstaat DDR gegen die Machenschaften und Angriffe der Imperialisten aktiv war, gegen Heinz Keßler, der den Mut hatte, im Zweiten Weltkrieg von der Wehrmacht zu desertieren, und dann als roter Partisan in Belorußland kämpfte, gegen Erich Mielke, der von der Sozialdemokratie aus seinem Totenbett vors Gericht gezerrt wird, aufgrund von Anklagen *aus dem Dritten Reich*. Mit Honeckers Auslieferung wollen sich die Kräfte der kapitalistischen Konterrevolution in der Sowjetunion beim deutschen Imperialismus anbiedern und stärken damit dessen Drang nach Osten.

Wie wir in unserem Flugblatt am 13. Dezember schrieben: „Die Ankündigung von Boris Jelzins russischem Parlament, den antifaschistischen Kämpfer Honecker an die Klassen- und Rachejustiz des Vierten Reichs auszuliefern, ist ein Schlag in das Gesicht aller Veteranen der Roten Armee, die gegen den Nazi-Einmarsch gekämpft haben, und eine Verhöhnung der Millionen, die im Kampf gegen die Faschisten gestorben sind. Mit dem Vormarsch von Jelzins und Gorbatschows kapitalistischer Konterrevolution werden die sowjetischen Werktätigen in Hunger, Elend, antisemitische Pogrome und ein nationalistisches Blutbad gestürzt. Jelzin und Gorbatschow wollen ihren imperialistischen Herren Tür und Tor zur Ausplünderung der sowjetischen Werktätigen öffnen. Dazu dient das Blutopfer der Auslieferung Honeckers."

Bei der Protestdemonstration am 13. Dezember sagte die SpAD-Sprecherin Renate Dahlhaus: „In Deutschland werden Immigranten verfolgt, sowjetische Juden, Flüchtlinge und sowjetische Soldaten werden von Nazi-Banden überfallen. Das Vierte Reich heißt Rassismus auf den Straßen und antikommunistische Hexenjagd, wie wir sie hier auch beim Gericht erleben." Der Schlüssel für den dringend notwendigen Kampf der Arbeiter gegen das Vierte Reich ist eine revolutionäre Führung, die mit dem trotzkistischen Programm bewaffnet ist und die Arbeiter vom Würgegriff der sozialdemokratischen Hexenjäger befreit.»

Der Mann, der Kautsky sein wollte

Anfang Dezember reiste Ernest Mandel in Berlin an, um bei einem Seminar seine zersplitterte Anhängerschar auf die Linie des Vereinigten Sekretariats (VS) zur Sowjetunion einzutrimmen. Professor Mandel präsentiert sich gerne als Karl Kautsky unserer Zeit, aber nachdem er als offener Apologet für Jelzins Konterrevolution entpuppt wurde, ließ er seine akademische Pose fallen.

Es ist Mandels Markenzeichen, jede politische Modeerscheinung mit einer entsprechenden „Theorie" zu versehen. Seit über zehn Jahren glich er sich an das antisowjetische Klima des zweiten Kalten Kriegs an und übernahm die Seite aller Lieblinge der imperialistischen Bourgeoisie: von der polnischen Solidarnosc bis zu den Mullahs in Afghanistan. Bei der kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands gab die französische Paradesektion des VS den nationalistischen Leipziger Demonstrationen begeisterte Unterstützung unter der Parole des „Rechts auf Selbstbestimmung". Doch mit dem Triumph-Geheule der Imperialisten über den „Tod des Kommunismus" ließ Mandel seine letzten scheinorthodoxen Vorspiegelungen fallen und erklärt den Stalinismus zum Hauptfeind der Arbeiter.

Zur Zeit des verfehlten Putsches in der Sowjetunion waren die Spartakisten dafür, den CIA-gesteuerten Haufen prokapitalistischer Yuppies, reaktionärer großrussischer Chauvinisten, Zarenanhänger und Ku-Klux-Klan-Anbeter durch die Mobilisierung organisierter Kontingente Moskauer Arbeiter zum Teufel zu jagen und damit das Signal zu einer politischen Revolution der Arbeiter zu geben. Dagegen verschleierte Mandel den reaktionären Charakter des Jelzin-Regimes durch den ständigen Gebrauch des Wortes „Demokratie", um damit seine Unterstützung für die Konterrevolution in der UdSSR zu rechtfertigen. In der Resolution des VS „Die Lage in der UdSSR und unsere Aufgaben" vom Oktober 1991 heißt es dazu: „Der Putsch war gänzlich reaktionär... Es war notwendig, sich dem Putsch bedingungslos zu widersetzen" (*Inprekorr,* Dezember 1991).

Bei dem Seminar, das organisiert wurde von der Gruppe revolutionärer Sozialistinnen und der Inprekorr-Strömung der Vereinigten Sozialistischen Partei, einer Weder-Noch-Gruppe im vorgeblich trotzkistischen Lager des in Deutschland (und nicht nur dort) seit Jahren zerstrittenen nicht-so-Vereinigten Sekretariats, brachte ein Sprecher für die Arbeitsgruppe „Nationalitäten" ganz klar die zynische Haltung der Mandel-Anhänger zur Sowjetunion zum Ausdruck: „Recht auf Selbstbestimmung schließt Recht auf Konterrevolution und Recht auf bürgerlichen Staat ein." Mandel unterstrich mit: „Wir können nur warnen."

Erst in 10 bis 15 Jahren, so Mandel, werden die sowjetischen Arbeiter den Kampf gegen die Privatisierungen aufnehmen - bis dahin soll seine Organisation ihnen die kapitalistische Restauration schmackhaft machen. Am ekelhaftesten war seine Bemerkung, die Faschisten seien in der UdSSR nur eine „marginale Erscheinung". Inzwischen sind Klerikalfaschisten Teil der kapitalistischen Regierungskoalitionen im Baltikum, deren erster Akt in Litauen die Amnestierung der Nazi-Kriegsverbrecher war. Als Jelzin eine offizielle Delegation der antisemitischen Schwarzhemden der Pamjat-Bande empfing, lobte er: „Manche Ideen und Gedanken waren vernünftig."

Die wirklichen Trotzkisten der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) demonstrierten am Jahrestag der Oktoberrevolution gemeinsam mit fast 90000 Menschen in Moskau gegen die Konterrevolution, die ..Lenin. Lenin" und ..Nieder mit der Diktatur der Bourgeoisie" riefen. Wir Spartakisten trugen das Banner der Vierten Internationale und forderten „Lang lebe die Oktoberrevolution!", „Nieder mit Jelzins/Gorbatschows/Bushs großrussisch-nationalistischer Konterrevolution! Für proletarische Revolution!" Für den Zar-Boris-Anhänger Mandel ist dies „überhaupt nichts wert". Kein Wunder, hält er es doch eher mit den vom Leningrader Bürgermeister am Vortag bei einem Gala-Diner versammelten Jelzin-Verbündeten wie dem russisch-orthodoxen Großfürsten Alexej II. und den großfürstlichen Zarensprößlingen, die dort die Rückbenennung Leningrads in St. Petersburg feierten.

Toralf Endruweit betonte für die Spartakist-Arbeiterpartei in seinem Beitrag: Der Arbeiterstaat Sowjetunion befindet sich in Gefahr, in einer Konterrevolution, die unter direkter Anleitung Bushs steht, und das VS bezieht die gleiche Seite wie Genscher. Nach der ersten Minute entstand ein solcher Tumult, daß der Spartakist-Redner absolut nicht weiterreden konnte. Mitten im Chaos ließen sich die Organisatoren ihre Zensur durch Abstimmung bestätigen. Wir verließen daraufhin unter Protest den Saal.

Zu einem grotesken, aber dennoch finsteren Angriff Mandels kam es im Vorraum nach Ende der Veranstaltung, als Mandel anfing zu schreien, wir seien Stalinisten, KGB und Verleumder. Wir antworteten, daß die Stalinisten dafür bekannt sind, Leute rauszuschmeißen, worauf er immer lauter werdend schrie: „50 Jahre lang hat mich der KGB als bürgerlichen Konterrevolutionär verleumdet, ich bin stolz, daß ich von euch so angegriffen werde." Dann wandte er sich einer Spartakist-Genossin zu. Er kam so in Rage, daß er sich dazu verstieg, uns als „faschistische Verleumder" zu bezeichnen. Wir protestierten lauthals und unsere Genossin brachte als Beispiel die Unterstützung der faschistischen Waldbrüder in Estland durch die VS-Zeitung *International Viewpoint.* Mandel war wirklich so erbärmlich, daß ihm zum Schluß nichts mehr einfiel, als unserer Genossin mit dem Finger vor der Nase herumzufuchteln und zu schreien: „Stalinistischer, faschistischer Verleumder, dir steht die Syphilis ja im Gesicht geschrieben. Syphilis, Syphilis, Syphilis..." Dann endlich drängten ihn seine Jünger hinaus.

Er wurde so in Wut getrieben, weil es ihm nicht gelang, über seine Rechtfertigung für die bedingungslose Unterstützung der Konterrevolution in der Sowjetunion ein „trotzkistisches" Mäntelchen zu hängen. In Wirklichkeit möchte Professor Mandel gerne in die Fußstapfen von Kautsky treten, doch jeder weiß, was aus diesem alten Zentristen wurde: Ein Handlanger der Imperialisten bei ihren Angriffen auf die Sowjetunion, der letztendlich in den Armen von Ebert und Scheidemann landete. Den Aufbau einer trotzkistischen Partei als Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga im Land der Oktoberrevolution wird auch er nicht aufhalten können. Dabei ist es gut möglich, daß wir in unseren Bücherregalen neben Hilferding, Kautsky und Tugan-Buranowski immer noch ein Plätzchen finden für Mandels Werke.«

Weg mit den Paragraphen 218 und 219!
Stoppt die mittelalterliche Hexenjagd auf Dr.Theissen!



Dr. Horst Theissen: Verurteilt wegen seiner Überzeugung, daß Frauen Menschenrechte haben. Sein heldenhafter Kampf wurde zum Symbol aller Gegner der Abtreibungsparagraphen. Bürgerliche Justiz und Polizei raus aus den Schlafzimmern!

dpa

Am 8. September 1988 begann der beispiellose Abtreibungsprozeß in Memmingen gegen Frauenarzt Horst Theissen, seine Patienten und deren Familien und Freunde. Von den „Justiz"-ministerien in München und Bonn orchestriert, war diese „rechtliche" Hexenjagd ein Versuchsballon in einem breitangelegten Ansturm gegen die schon stark begrenzten Möglichkeiten zur Abtreibung. An der Großdemonstration in Memmingen am 10. September 1988 beim Prozeßbeginn nahmen Genossen und Unterstützer unserer Organisation aus Hamburg und Frankfurt/Main teil. In einer Grußadresse an die Demo erklärte eine Sprecherin der TLD, Vorläuferin der Spartakist-Arbeiterpartei:

> *„Wir teilen eure Wut, und wir sind auch froh über die vielen Solidaritätstelegramme und -adressen von den Gewerkschaften, die verlesen wurden. Aber Wut und Empörung sind nicht genug. Am liebsten wären wir hergefahren mit ein paar hunderttausend IG-Metallern und ÖTVlem. Denn die organisierte Arbeiterbewegung ist die* einzige *Kraft, die mit dieser Hexenjagd aufräumen kann." (siehe* Spartakist *Nr. 59, November l Dezember 1988)*

Heute glauben die kapitalistischen Herrscher, daß ihre Rechnung aufgeht. Noch nie war eine solche Mobilisierung so notwendig!

Die Organisation ProFamilia hat ein Konto zur Unterstützung von Dr. Theissen eingerichtet, dessen Existenz und Praxis am seidenen Faden hängt. Spendet an: Sonderkonto Dr. Theissen, Anderkonto RAin Wullenweber, Konto-Nr. 1013/216880, Bankleitzahl 20050550. Die nachstehende Protesterklärung des Komitees für soziale Verteidigung wurde am 8. Dezember 1991 an den Karlsruher Obersten Gerichtshof sowie an Dr. Theissen und seine Anwälte geschickt. Das KfsV ist eine klassenkämpferische, nichtsektiererische Organisation zur rechtlichen und sozialen Verteidigung, die sich für die Fälle und Anliegen einsetzt, die im Interesse der Gesamtheit der arbeitenden Menschen sind. Dieser Zweck entspricht den politischen Ansichten der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands.

Am 4. Dezember hat der Bundesgerichtshof in Karlsruhe das Memminger Hexenjagd-Urteil von 1989 gegen den heldenhaften Frauenarzt Dr. Horst Theissen in 59 Fällen bestätigt, gegen 218/219 verstoßen zu haben. Somit sind im Vierten Reich Richterbefangenheit, Nötigung von Ärzten durch „Justiz", Polizei und Steuerfahnder, Massenschnüffelei und Diebstahl von Patientenakten „rechtens". Das Augsburger Landgericht, das über das „angemessene" Strafmaß verhandeln soll, hat nun grünes Licht, das in Memmingen verhängte Berufsverbot gegen Theissen zu bestätigen oder zu *verschärfen.* Das Komitee für soziale Verteidigung protestiert zusammen mit der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands schärfstens gegen diesen Richterspruch und fordert: Weg mit allen Anklagen und Urteilen gegen Dr. Theissen!

Die „Indikationslösung" existiert faktisch nicht mehr; Frauen und Ärzte werden zu Freiwild erklärt. Das blutige Geschäft der Kurpfuscher soll blühen. Die „Mütter im Vaterland" sollen zu Gebärmaschinen, Ärzte entweder mundtot oder zu Agenten des Staates gemacht werden. Den Kindern wird das Recht abgesprochen, Wunschkinder zu sein: sie sollen, wie unter Hitler, Eigentum des Staates werden. Was erwartet uns morgen - die Todesstrafe wie nach 1941 und „Lebensborn"-Schwängerung, um die nächste Generation von „Ariern" zu zeugen?

Bonns Strategie ist, erst recht nach der Konterrevolution im Arbeiterstaat DDR: „Ausländer raus, und deutsche Frauen sollen gebären", die eine Welle rassistischen/faschistischen Terrors im ganzen Land fördert. Weite Teile des DDR-Gebiets werden entindustrialisiert, Hunderttausende hauptsächlich ostdeutsche und eingewanderte Frauen werden aus dem Berufsleben hinausgedrängt. *Der Staat schert sich einen Dreck um Kinder, die geboren werden!* Arbeitende Frauen brauchen kostenlose, qualifizierte Kinderbetreuung Tag und Nacht. Aber auch in Westdeutschland können Mütter ohne Kinderbetreuung weder arbeiten noch Arbeitslosengeld beziehen; ohne Arbeit können sie keine Kinderbetreuung bezahlen. Für die Frauen heißt die „Rechristianisierung Europas" unter deutscher Herrschaft „Kinder, Küche, Kirche". Und zu diesem Zweck reichen noch nicht einmal die reaktionärsten Abtreibungsgesetze Europas aus,

Fortgesetzt auf Seite 23

Trotzkisten in Moskau reinigen geschändetes Denkmal

Ehrt Karl Marx

Zu den Denkmälern, die Jelzins konterrevolutionäre Mobs im letzten August geschändet haben, gehörte auch das Standbild von Karl Marx gegenüber dem Bolschoi-Theater im Zentrum Moskaus. Am 1. Dezember kam eine kommunistische Reinigungsbrigade zusammen, bewaffnet mit Bürsten, Putzlappen und Farbentferner, um den reaktionären Dreck zu entfernen. Einem Appell der Internationalen Kommunistischen Liga folgend (siehe unten), kamen mehrere Dutzend Menschen unter der Flagge von Trotzkis Vierter Internationale, der sowjetischen Fahne und einem Banner mit der Aufschrift: „Nein zur Wiederherstellung des Kapitalismus! Ja zu den Errungenschaften des Oktober!" zusammen. Zu ihnen gehörte auch eine Delegation des Komitees zur Verteidigung des Lenin-Museums.

Mehr als 300 Exemplare trotzkistischer Literatur wurden an vorbeikommende Passanten verkauft, von denen einige, so zum Beispiel eine Gruppe von südkoreanischen Kommunisten, bei der Reinigungsaktion mithalfen.

Die Aktion fand Interesse bei Reportern von Zeitungen, Radio- und Fernsehsendern aus Japan und vier westeuropäischen Staaten, und auch von zwei russischen Pro-Jelzin-Zeitungen. Die *Nezawisimaja Gaseta* (3. Dezember 1991) brachte einen Bericht mit der Überschrift: „Trotzkistischer Subotnik in Moskau: Unterstützer der Vierten Internationale reinigten das Denkmal für Marx" — wobei sie sich auf die Tradition von freiwilliger Samstagsarbeit für die Gemeinschaft bezogen. Wenn auch die trotzkistischen Subotniki nicht den ganzen Dreck von der Statue entfernen konnten, so gingen sie nicht eher fort, bis sie die Inschrift mit dem Appell des Gründers des modernen Sozialismus gesäubert hatten (die der Moskauer Stadtrat ausradieren will): „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!"



Spartacist

Übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 541, 27. Dezember 1991*

Die Verteidigung des Marx-Denkmals „Sein Name und seine Sache sollen für immer lebendig sein!"

Genossen!

Schakale finden Gefallen daran, wenn sie einmal am Schwanz eines gefallenen Löwen zerren können. So benehmen sich eben Schakale. Aber sie werden ihren Festschmaus nicht bekommen: Der Löwe lebt!

Leute, die noch gestern scheinheilig vor den Figuren von Marx und Lenin gekniet haben, den Gründern des großen Sowjetstaates, schänden und zerstören heute Denkmäler im Glauben, daß die großartigen Siege, die durch ein Jahrhundert des Kampfes der Werktätigen errungen worden sind, durch ihre Farbschmierereien zum Verschwinden gebracht werden können.

Der konterrevolutionäre Kreuzzug, inspiriert von den Jelzin-Anhängern, der abzielt auf die Errungenschaften der Oktoberrevolution, begann mit der Schändung der Denkmäler der Revolutionäre F. Dziershinski und J. Swerdlow. Die Schändung dieser Denkmäler war das erste Kräftemessen der sich konsolidierenden Konterrevolution von Jelzin-Gorbatschow-Bush. Jetzt zielen sie mit ihren Schlägen auf die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse ab.

Das Denkmal ist zu einem Symbol geworden.

Und heute treten wir kampfbereit an mit diesem symbolischen Akt — der Reinigung des Karl-Marx-Denkmals. Es muß zu einem Symbol unseres Kampfes werden gegen die schändlichen Versuche, das Denkmal für das Genie von Marx zu beschmutzen in einem törichten Versuch, den sowjetischen Werktätigen wieder die kapitalistische Sklaverei aufzuzwingen. Unser Banner, das Banner des großen Oktober, das Banner der Linken Opposition, das Banner von Marx, Lenin und Trotzki, bleibt unbefleckt. Marx darf nicht Stalin & Co. angelastet werden!

Wir werden unser Denkmal nicht aufgeben!

Der Höhepunkt der „demokratischen" Hysterie liegt hinter uns, und ihr Versuch der Wiederherstellung des Kapitalismus ruft wachsenden Protest seitens der sowjetischen Arbeiterklasse hervor. Wir bleiben unseren Idealen treu: Dem Kampf für die Sache von Marx. Einem Aufruf der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) folgend, haben wir uns hier versammelt, weil wir es als unsere Pflicht ansehen, die sowjetischen Arbeiter mit dem Programm von Marx, Lenin und Trotzki zu bewaffnen - das heißt mit dem Programm des großen Oktober.

Unser Leitsatz bleibt wie zuvor Marxens Aufruf: PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten) 1. Dezember 1991

Schulungsreihe der SpAD in Halle

Staat und Revolution
Montag, 20. Januar, 18.00 Uhr

Die russische Revolution
Montag, 3. Februar, 18.00 Uhr

Die verratene Revolution
Montag, 17. Februar, 18.00 Uhr

Jägerplatz 14, Erster Stock, Halle 4020

Sowjetunion...

Fortsetzung von Seite 1

liegt die Wirtschaft völlig am Boden, der Rubel ist praktisch wertlos, die Industrieproduktion fällt und fällt, und die Ernte liegt 15 Prozent unter dem Vorjahr.

Die ehemaligen Sowjetrepubliken kämpfen gegeneinander um die Wirschaftsressourcen und vor allem um die Streitkräfte. Jelzins Rußland und die ukrainische Regierung bewegen sich mit Riesenschritten auf eine Machtprobe zu, wer das Kommando über die sowjetische Schwarzmeerflotte hat. Im Kaukasus wird Georgien zerrissen durch einen Bürgerkrieg zwischen konkurrierenden nationalistischen Cliquen. Der Krieg zwischen Aserbaidschan und Armenien wegen der Enklave Nagorny-Karabach wird nach dem Abzug der sowjetischen Truppen immer härter. In den zentralasiatischen Republiken gärt es, islamische Fundamentalisten und turksprachige Nationalisten kämpfen darum, das Machtvakuum auszufüllen, das durch den Zusammenbruch der stalinistischen Bürokratie entstanden ist.

Denn womit man es in der zerfallenden Sowjetunion heute zu tun hat, ist eine Reihe von „Regierungen", die durch und durch konterrevolutionär sind und vorhaben, den degenerierten sowjetischen Arbeiterstaat zu zerschlagen. Dies schafft eine unhaltbare, explosiv unstabile Situation, die nur entweder zum Untergang in kapitalistischem Chaos, Erniedrigung und schließlich faschistischer Herrschaft führen kann oder zu einer proletarisch-politischen Revolution, die wirkliche Sowjetmacht errichtet.

In ganz Osteuropa sind die westlichen Kapitalisten nicht bereit, sich ins Geschäft zu stürzen, weil sie keine kurzfristigen Profite machen können. Statt dessen haben sie den Nationalismus als Rammbock benutzt, um die konterrevolutionären Kräfte für etwas zu mobilisieren, das im wesentlichen ein Abbruchunternehmen ist. Der Nationalismus ist auch die reaktionäre letzte Zuflucht der zerfallenden stalinistischen Bürokratie. Gleichzeitig kann man schon offene Faschisten bedrohlich heranrücken sehen, und tatsächlich kann der Kapitalismus nicht mit „friedlichen, demokratischen" Mitteln durchgesetzt werden, dazu wird ein hart zuschlagendes, brutales Regime nötig sein. Von Jugoslawien bis zur Sowjetunion ist Nationalismus nicht nur das Ergebnis der Konterrevolution, sondern die treibende Kraft für den Kapitalismus angesichts des Fehlens von Kapital.

Die Ruhe, ja sogar Lähmung der sowjetischen werktätigen Massen spiegelt das Fehlen einer revolutionären Führung wider und die Irreführung durch diejenigen Stalinisten, auch die sogenannten „Patrioten", die fälschlicherweise behaupten, Kommunisten zu sein und sich gegen Jelzins Kampagne zur Wiederherstellung des Kapitalismus zu stellen. Durchsetzt mit russischem Nationalismus (oft verbunden mit übelstem Antisemitismus), akzeptieren auch die stalinistischen „Patrioten" das Auseinanderbrechen der UdSSR. Nur die Arbeiterklasse unter einer leninistisch-trotzkistischen Führung kann die Sowjetunion davor bewahren, ein Opfer von Zerstückelung, kapitalistischer Ausbeutung und Verelendung, brudermörderischen Kriegen und imperialistischer Unterjochung zu werden.

Nachfolgend drucken wir die Übersetzung des Artikels aus *Workers Vanguard* Nr. 541 vom 27. Dezember 1991 ab.

Keine vier Monate, nachdem er sich an die Spitze der konterrevolutionären Kräfte gegen den vermurksten Moskauer Putsch im letzten August gestellt hatte, putschte der russische Präsident Boris Jelzin gegen die Überbleibsel von Gorbatschows Zentralregierung. Nachdem sie sich an einem isoliert gelegenen Tagungsort an der polnischen Grenze bei Brest getroffen hatten, veröffentlichte Jelzin zusammen mit dem Führer der Ukraine, Leonid Krawtschuk, und dem Oberhaupt von Belorußland am 8. Dezember 1991 eine Erklärung: „Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hört als Subjekt des internationalen Rechts und als geopolitische Realität auf zu existieren." Und die imperialistische Presse gab ihr den Segen: „Sowjetunion für tot erklärt" war die ganzseitige Überschrift des Londoner *Independent.* Aber während sie von oben Proklamationen erlassen, sehen sich Jelzin und andere Möchtegern-Totengräber einer zunehmend verzweifelten und frustrierten Bevölkerung gegenüber.

Im Anschluß an die überwältigende Mehrheit bei der Abstimmung am 1. Dezember 1991 für die Unabhängigkeit erklärte der Präsident der Ukraine, Krawtschuk: „Eine neue Ukraine ist geboren." Jelzin erkannte sofort die Unabhängigkeit der Ukraine an und begrub damit die Hoffnungen von Gorbatschow, einen neuen Unionsvertrag zustande bringen zu können. Eine Woche später verkündete die slawische Troika, daß die alte Sowjetunion tot sei, und kündigte die Bildung einer neuen „Gemeinschaft Unabhängiger Staaten" an.

Jelzin, der Möchtegern-Herrschaft über Rußland, legte natürlich Wert darauf, zuerst Bush anzurufen, seinen Herrn in Washington, ehe er das Abkommen verkündete. Jelzins Ziel ist es, den Kapitalismus durch einen Gewaltmarsch wiederherzustellen. Während die Reallöhne stark fallen, steht nach dem 2. Januar ein rapides Ansteigen der Preise ins Haus, was zu einer massenhaften Hungersnot der sowjetischen Werktätigen führen könnte. Durch ihr Bestreben, das Heimatland der Oktoberrevolution von 1917 zu zerstören und ein konterrevolutionäres Regime zu konsolidieren, vertiefen Jelzin und seine Kumpane das wirtschaftliche Chaos, und damit erhöht sich die Wahrscheinlichkeit einer Explosion der Wut der Arbeiterklasse.

Gorbatschow nannte die Brester Erklärung einen neuen „Staatsstreich" und wandte sich auf der Suche nach Unterstützung an die Führer der zentralasiatischen Republiken, die ganz bewußt durch die einseitige Erklärung vor den Kopf gestoßen worden waren. Kasachstans Präsident Nursultan Nasarbajew verurteilte das panslawische Abkommen als „Rückfall ins Mittelalter". Im Verlauf der nächsten Tage jedoch kündigten die fünf zentralasiatischen Sowjetrepubliken ihre Bereitschaft an, sich als Mitgründer der neuen „Gemeinschaft" anzuschließen, mehrere andere Republiken diskutieren einen ähnlichen Schritt. Aber was auch immer bei diesen Manövern herauskommt, das Projekt der Wiederherstellung des Kapitalismus wird auch weiterhin brudermörderischen Nationalismus entfesseln, so daß den geographisch vermischt lebenden sowjetischen Völkern ein Blutbad droht. Schon jetzt hat ein mörderisches Feuergefecht zwischen ethnischen Russen und moldawischer Polizei dazu geführt, daß die Republik Moldawien alle Gespräche über einen Beitritt zur „Gemeinschaft" abgebrochen hat.

Im Augenblick ist das einzige, was in dieser sich rasch ändernden Situation sicher ist, daß Gorbatschows Position als Galionsfigur mit dem Titel des Präsidenten der Sowjetunion dahin ist. Ein Führer der parlamentarischen „Rossija-Fraktion" bemerkte: „Um Michail Gorbatschow loszuwerden, haben wir uns des ganzen Staates entledigt." Worauf ein anderer „konservativer" Hardliner geantwortet hat: „Wenigstens sind wir Gorbatschow losgeworden" *(New York Times,* 13. Dezember 1991).

Das Abkommen ist ausreichend vage, um allen Interpretationen offen zu sein. Es ist keinerlei Zentralregierung vorgesehen, und es verbietet „die Aktivität von Organen der ehemaligen UdSSR auf dem Territorium der Mitglieder der Gemeinschaft". Aber es verspricht, „ein gemeinsames Militär und die strategischen Atomraketen unter einem gemeinsamen Oberkommando zu erhalten und zu unterstützen". Die *New York Times* stürmt mit voller Geschwindigkeit los

Fortgesetzt auf Seite 16



Boris Jurchenko



Spartacist

Revolutionstag in Moskau: 90000 demonstrieren. IKL-Plakat (rechts): Zurück zum Weg Lenins und Trotzkis! Verteidigt das Lenin-Museum!

Sowjetunion...

Fortsetzung von Seite 15

und bringt einen doppelseitigen Artikel mit Gorbatschows politischem Nachruf. Aber Sprecher westlicher Finanzkreise haben eher Bedenken. Die *Financial Times* (11. Dezember 1991) kommentiert: „Die Meldung vom Ableben der Sowjetunion scheint etwas voreilig gewesen zu sein." Das *Wall Street Journal* (13. Dezember 1991) fügt hinzu: „Erste Risse in Jelzins neuer Union."

Die großen Unbekannten bei allem sind das sowjetische Militär und die Bevölkerung. Im ganzen Land spricht man von einem neuen Putsch — dieses Mal soll das Militär eine wichtige Rolle spielen — und/oder einem Volksaufstand, ausgelöst durch das wirtschaftliche Desaster und den wachsenden Hunger. Wirtschaftliches Chaos und Sabotage haben einen Punkt erreicht, wo mehr als hundert Flughäfen aus Mangel an Treibstoff geschlossen wurden. In vielen Fabriken laufen die Montagebänder nur noch eine Schicht oder stehen völlig still. Staatliche Läden sind praktisch leer, während die meisten Nahrungsmittel nur zu exorbitanten Preisen in Privatläden oder von Schwarzhändlern zu bekommen sind. „Ich werde es nicht zulassen, daß meine Kinder hungern müssen", hört man häufig auf den Straßen von Moskau. Seit letztem August ist der Preis für ein Kilo Wurst schon von weniger als drei Rubel auf mehr als 160 Rubel hochgeschossen.

Es ist nicht überraschend, daß Jelzins Popularität bei Umfragen in Moskau in den Keller gegangen ist, und Moskauer Arbeiter reagieren sichtlich angeekelt, wenn sie über diejenigen reden, die im letzten August auf den Barrikaden gewesen sind. Jetzt droht die Perspektive eines Preisanstiegs um das ISfache bei Lebensmitteln und anderen lebensnotwendigen Gütern, eine Explosion der allgemeinen Wut auszulösen. Das Potential für Massenwiderstand der Arbeiterklasse gegen die Verwüstungen durch das Elend des „freien Marktes" zeigte sich, als am 7. November 1991 in Moskau bis zu 90000 Menschen zusammenkamen, um den 74. Jahrestag der bolschewistischen Revolution zu feiern. Was nötig ist, um die drohende Katastrophe zu bekämpfen, um den Kurs auf die Restauration des Kapitalismus umzukehren und um die Union zu retten, sind ein bolschewistisches Programm und eine bolschewistische Führung mit dem Ziel, das multinationale sowjetische Proletariat in *revolutionärer Klasseneinheit* zu mobilisieren.

Wer kontrolliert das Militär?

Gorbatschows Schicksal wurde praktisch Ende November 1991 besiegelt, als die Zentralbank ankündigte, daß sie pleite ist, und Jelzin die Lohnzahlung für alle Beschäftigten der sowjetischen Regierung übernahm, einschließlich des Militärs und des Auswärtigen Dienstes. Dann kam die Abstimmung in der Ukraine, und Krawtschuk, ein früherer stalinistischer Bürokrat, der sich in einen prokapitalistischen Nationalisten verwandelt hat, kündigte an, daß er mit einer zentralen Sowjetregierung nichts mehr zu tun haben wolle. Wenn die Ukraine — die ein Fünftel der Bevölkerung und Produktionskapazität des Landes ausmacht — sich wirklich unabhängig machen würde, dann wäre dies in der Tat der Todesstoß für die Sowjetunion. Aber dazu wäre die Schaffung einer eigenständigen Wirtschaftsstruktur notwendig - einschließlich einer eigenen Währung — und das Aufbrechen der Kommandostruktur des sowjetischen Militärs entlang nationaler und Republik-Grenzen.

Kaum war die Tinte trocken, schon machten Jelzin und Krawtschuk klar, daß sie ein unterschiedliches Verständnis ihrer „Übereinkunft" haben. Krawtschuk verkündet seine Kontrolle über Militäreinheiten, die in der Ukraine stationiert sind, und setzt die Vorbereitungen für eine eigenständige ukrainische Währung fort. Jelzin besteht darauf, daß die „Gemeinschaft" ein einheitliches Militärkommando und eine einzige Währung haben muß. Mittlerweile fallen die Kräfte der Konterrevolution übereinander her. Jelzin steht schon eine Weile unter ständigen Angriffen von Leningrads Bürgermeister Anatoli Sobtschak und Moskaus Bürgermeister Gawriil Popow, der seinen Rücktritt ankündigte. Popow, der die Erklärung der Gemeinschaft abschätzig als „Feigenblatt für das Chaos" abgetan hatte, sagte: „Die Präsidenten, die dieses Abkommen unterschrieben haben, genauso wie unser russischer Präsident, kontrollieren nicht die Situation in ihren eigenen Republiken."

Welchen Weg wird das Militär einschlagen? Nach der Erklärung von Brest wandte sich Gorbatschow an das gesamte Oberkommando und appellierte erfolglos an sie, seinen halbherzigen Unionsvorschlag zu unterstützen. Jelzin traf sich am darauffolgenden Tag mit den Kommandeuren, erinnerte sie daran, wer sie bezahlt, und versprach eine 90prozentige Erhöhung des Offizierssoldes. Die *Financial Times* (14./15. Dezember 1991) berichtete: „Das sowjetische Oberkommando hockte sich gestern in seiner rechteckigen weißen Festung am Moskauer Arbatplatz zusammen, strich alle Termine und nahm keine Anrufe entgegen." Jetzt hat laut Kiew das sowjetische Verteidigungsministerium zugestimmt, über die Übertragung der Kontrolle über die Truppen, die auf ukrainischem Boden stationiert sind, zu verhandeln. Die Zeitung der Roten Armee, *Krasnaja Swesda* (12. Dezember 1991), beklagte sich: „Unsere Offiziere wachen morgens auf und fragen sich, für wen sie eigentlich arbeiten. ‚Wir dienen

dem Vaterland!' ist unser Motto — aber wenn man darüber nachdenkt ... welches Vaterland?"

Zur gleichen Zeit haben sich hochrangige Militärs in den letzten Wochen immer deutlicher dafür ausgesprochen, daß etwas getan werden muß, um dem wirtschaftlichen Chaos und dem nationalistischen Auseinanderbrechen ein Ende zu setzen. *Financial-Times*-Korrespondent John Lloyd bemerkte (4. Dezember 1991):

> „Das Militär ist im Fieberstadium. Es hat nach dem Putsch praktisch keine Säuberung gegeben. Offiziere, die den Zielen des Putsches Sympathien entgegengebracht hatten, behielten ihre Posten oder sind auf einen anderen Posten umversetzt worden...
> Vor zwei Wochen warnte ein Schreiben des Verteidigungsministeriums und des Innenministeriums, daß jeglicher Angriff auf Kasernen wo auch immer unter Einsatz von Gewalt zurückgeschlagen würde, eine Stellungnahme, die im Widerspruch steht zur früheren Besänftigung von Herrn Jewgenni Schaposchnikow, dem Verteidigungsminister, und die es nahelegt, daß er nicht die volle Kontrolle hat."

Mehr noch, Jelzins Politik ist von seinem eigenen Vizepräsidenten, dem pensionierten Luftwaffengeneral Alexander Ruzkoi, angegriffen worden, der sich gegen die Einführung der vorgeschlagenen Preiserhöhungen ausgesprochen hatte, und dagegen, daß sich die Rüstungsindustrie dem Markt aussetzen solle. Ruzkoi tat Jelzins Wirtschaftsberater ab als „Jungs in rosa Hosen, roten Hemden und gelben Stiefeln". *Iswestija* kommentierte, daß Ruzkois Attacken „keine zufällige Episode sind, sondern die Widerspiegelung einer Stimmung in gewissen Kreisen gegen den Markt". Was jedoch Ruzkoi und seinesgleichen motiviert, ist nicht Opposition gegen die Einführung einer kapitalistischen Marktwirtschaft, sondern die Besorgnis, daß das sowjetische Militärestablishment geschwächt werden könnte.

Das Offizierskorps der Armee ist die einzige verbliebene wirklich multinationale sowjetische Institution. *Aber um den multinationalen Sowjetstaat und dessen multinationale Armee zu bewahren, muß man das sozialisierte Eigentum retten, auf dem dies aufgebaut worden ist.* Die „patriotischen" Militärs sind genauso wenig in der Lage, unabhängige, entscheidende Aktionen zu ergreifen, um die Zerstückelung der UdSSR zu stoppen, wie die Putschverschwörer im Kreml letzten August. Der Hardliner und „patriotische" Oberst Viktor Alksnis, der sich vor kurzem mit Halbfaschisten zusammengetan hat, um eine russisch-nationalistische Partei zu gründen, erklärte in *Sowjetskaja Rossija:* „Es ist keiner mehr in Sicht, der die Union in diesem Moment noch retten könnte" *(Der Spiegel, 16.* Dezember 1991). Mittlerweile reibt sich der US-Imperialismus die Hände angesichts der Perspektive, das sowjetische Atomwaffenarsenal vollständig abzuwracken - der amerikanische Kongreß hat vor kurzem 500 Millionen Dollar bewilligt, um den verschiedenen Republiken bei dieser Aufgabe „Beistand" zu leisten — und um dadurch aus dem Wege zu schaffen, was jahrzehntelang ein Haupthindernis gewesen ist für Washingtons Ambitionen auf weltweite Vorherrschaft.

Für wirkliche Arbeitersowjets!

Was entscheidend sein wird für einen Sieg über Jelzins Versuch, einen neuen bürgerlichen Staat aufzubauen, ist, ob die sowjetische Arbeiterklasse in Aktion tritt. Der Zündstoff für eine Explosion in diesem bevorstehenden Hungerwinter wächst mehr und mehr an. Die Getreideernte liegt um mehr als 13 Prozent unter dem Durchschnitt, die Kartoffelernte um 10 Prozent und die Fleischproduktion um 4 Prozent. Aber darauf läßt sich der weitverbreitete Mangel, dem sich die Bevölkerung gegenübersieht, nicht zurückführen. Sie sind das Resultat von massivem Horten der Bauern, der Groß- und Einzelhändler und auch der Umleitung von Gütern durch Spekulanten, die auf drastische Preissteigerungen setzen. *Business Week* (16. Dezember 1991) schätzt, daß 130 Millionen Tonnen Getreide beiseite geschafft worden sind, *drei Viertel* der gesamten Ernte. Ein frustrierter Kunde bemerkte:

> „Jedermann scheint zu arbeiten, aber nichts kommt dabei raus. Lkws fahren hierhin und dahin, aber welche Ladung sie haben und wo sie hinkommt, weiß keiner. Aber immer noch gibt es niemand, der konkret sagen will, was getan werden muß, um die Situation wieder in Ordnung zu bringen." *(New York Times,* 13. Dezember 1991)

Es gibt einen Weg, um Ordnung zu schaffen — *proletarische Ordnung.* Was jetzt nötig ist, sind Arbeitermassenmobilisierungen, organisiert aus den Fabriken, die das *Kommando* über die Lebensmittelvorräte übernehmen, die den sowjetischen Bürgern von raffgierigen Spekulanten gestohlen worden sind — und die einige dieser Profiteure dabei hinwegfegen. Wie wir letzten Monat geschrieben haben:

> „Arbeiterkomitees müssen gegründet werden, *um die Verteilung der Lebensmittel zu überwachen,* um den Würgegriff der parasitären Kleinhändler, Schwarzmarkttypen und prokapitalistischen Bürokraten zu zerschlagen, die am liebsten die neuen kapitalistischen Ausbeuter Rußlands

Fortgesetzt auf Seite 18



Sowjetunion...

Fortsetzung von Seite 17

werden würden. Die enormen Vorräte an Lebensmitteln, die sie horten, müssen beschlagnahmt und verteidigt werden, wozu die Bildung von *Arbeiterverteidigungskomitees* nötig ist, d. h. der Kern von Arbeitermilizen, in Zusammenarbeit mit prosozialistischen Elementen der Sowjetarmee."

Solche Komitees, ausgeweitet auf die Betriebe, um Entlassungen und Privatisierungen dadurch zu verhindern, daß sie die Kontrolle über die Produktion übernehmen, könnten die Basis sein für wirkliche Sowjets, die in ihre Reihen auch Kollektivbauern, unterdrückte Minderheiten, werktätige Frauen und Veteranen der Roten Armee aufnehmen würden — alle diejenigen, die die Opfer der „neuen Ordnung" sein sollen. Solche Aktionen, selbst wenn sie anfangs nur auf ein bestimmtes Gebiet beschränkt wären, würden die immer verzweifelteren arbeitenden Massen elektrisieren.

Als Kommentar zu der überwältigenden Zustimmung für die Unabhängigkeit der Ukraine, selbst in Gegenden mit vorwiegend russischer Bevölkerung, sagte Juri Baldyrew, ein Führer des Bergarbeiterstreikkomitees des Donbass (Donezk-Becken): „Wenn Rußland mehr Wurst hätte als wir, dann hätten die Leute wahrscheinlich gegen die Unabhängigkeit gestimmt" *(Independent* [London], 7. Dezember 1991). Aber wenn die Ukraine im Augenblick, was die Lebensmittelversorgung angeht, vergleichsweise besser dasteht als Rußland, so werden Krawtschuks kapitalistische Maßnahmen sich als nicht weniger destruktiv erweisen als die Jelzins. Dem Donbass droht die völlige Verwüstung, und die Bergarbeiter reden von möglichen Streikaktionen in den kommenden Monaten.

Es ist entscheidend, daß die Arbeiter der unterschiedlichen Republiken und Nationalitäten die Pläne der nationalistischen Führer durchkreuzen, die Sowjetunion zu zerstükkeln und ein Volk gegen das andere aufzubringen. Dazu ist ein Kampf gegen alle Manifestationen von nationalistischer Bigotterie und von Antisemitismus nötig — multinationale Arbeiterverteidigungsgruppen müssen organisiert werden, um die großrussischen Faschisten von Pamjat und die faschistischen Banden hinwegzufegen, die jetzt in den anderen Republiken auftauchen, die versuchen, die allgemeine Unzufriedenheit über das Elend des „freien Marktes" in antisemitische Demagogie umzuleiten. Bei einer Protestkundgebung im Moskauer Gorki-Park trug ein faschistischer Demonstrant ein Plakat, auf dem stand: „Fleisch ist knapp, bringt das große zionistische Schwein Jelzin um."

Die Situation, der sich das sowjetische Proletariat sechseinhalb Jahrzehnte nach der Machteroberung durch die stalinistische Bürokratie gegenüber sieht, ist in der Tat verzweifelt. Es ist verdammt spät, um gegen die Konterrevolution anzukämpfen. Die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) tritt dafür ein, zu den Prinzipien und Zielen zurückzukehren, die die bolschewistische Partei beseelt haben und die zum Sieg des Oktober geführt haben. Wir kämpfen dafür, eine leninistisch-trotzkistische, internationalistische Partei aufzubauen, die im Wettstreit mit anderen prosowjetischen Parteien um die Führung die großen Massen der Sowjetunion in den Kampf für eine bessere, antikapitalistische Zukunft einbeziehen kann, indem sie zurückkehrt zu den Grundlagen der Oktoberrevolution von 1917.

Vereitelt die Kampagne für die Wiederherstellung des Kapitalismus und verschafft dem Proletariat wieder seinen rechtmäßigen Platz: Wer arbeitet, muß die Herrschaft haben. *Sowjetische Arbeiter: Bildet Sowjets, um die Hungersnot zu verhindern und um die Union zu retten!*

Euro-Reich...

Fortsetzung von Seite l

Deutschland unterstützten „Unabhängigkeit" Kroatiens und Sloweniens. Die USA, England und Frankreich und andere westeuropäische Staaten argumentierten, daß eine „selektive Anerkennung" nur den Bürgerkrieg in Jugoslawien verschärfen und vielleicht Nachbarländer mit gleichen Nationalitäten hineinziehen werde sowie die imperialistischen Mächte selber. Sie wollten eine Politik verfolgen, die Jugoslawien als ein Gebiet für kapitalistische Ausbeutung intakt zu halten versucht.

Das Komplott der Deutschen

Selbst wenn Bonn keine Bundeswehrsoldaten hinschickt, ist die Anerkennung von Kroatien und Slowenien tatsächlich *eine Kriegshandlung.* Aber Serbien war in zwei Weltkriegen Deutschlands Feind. Und heute entsteht eine neue deutsche „Achse", zu der Italien, das mini-imperialistische Österreich, Dänemark, Ungarn, die baltischen „Republiken" und die Tschechoslowakei gehören. Eine Grundlage für diese Achse ist die Abhängigkeit von der D-Mark, so daß die Bundesbank die Wirtschaftspolitik dieser Länder bestimmt. Deutschland will sich mit Österreichs Unterstützung die reichsten Brocken aus der Rebalkanisierung Jugoslawiens unter den Nagel reißen, nämlich Kroatien und Serbien, überwiegend katholische Gebiete, die früher zum Kaiserreich Österreich-Ungarn gehörten.

Washington und London haben sich scheinheilig beklagt, daß Deutschland sowie Japan sich geweigert haben, ein klein bißchen eigenes Blut zu vergießen für solche Heldentaten wie das „Wüstensturm"-Massaker am Golf, um Bushs Version der „Neuen Weltordung" durchzusetzen. Gleichzeitig läuft es den Gegnern von Deutschland und Japan aus dem Zweiten Weltkrieg eiskalt den Rücken runter, da beide Mächte wieder aufrüsten und entsprechend ihrer wachsenden wirtschaftlichen Stärke in der Außenpolitik bestimmter auftreten. Jahrzehntelang wollte Bonn, das sozusagen unter einem Zweite-Weltkriegs-Syndrom litt, außenpolitisch nicht auffallen; doch zugleich half es Südafrika, Atomwaffen zu entwickeln, und es finanzierte Konterrevolutionen von Portugal bis Polen. Angesichts des rapiden Niedergangs der Wirtschaftsmacht der USA verfolgt Bonn eine aggressivere Außenpolitik. Der von den USA dominierten NATO stellt es eine von Deutschland dominierte europäische politische Union (die WEU) entgegen mit der Perspektive, seine eigenen Streitkräfte zu entwickeln. Dabei benutzt Bonn aus Eigeninteresse das Allzweck-Feigenblatt für imperialistische Abenteuer, die UNO.

Monatelang hat Bonn den Anspruch von Kroatien und Slowenien auf „Unabhängigkeit" unterstützt und gleichzeitig behauptet, es werde nicht auf eigene Faust handeln. Ende November aber versprach Reichskanzler Kohl in einer Bundestagsrede, Kroatien und Slowenien noch vor Weih-

Anti-Nazi-Filme out in Kroatien

Laut einer Meldung von AFP will Kroatiens Fernsehen keine Filme mehr zeigen, in denen die Deutschen als Nazis und Aggressoren dargestellt werden. Das meldet die Belgrader Agentur Tanjug unter Berufung auf die kroatische Wochenzeitung *Danas.* Nach TV-Meinung wäre es „schlechter Geschmack", solche Filme zu zeigen, da Deutschland als „einsamer Ritter die Interessen Kroatiens verteidigt".

nachten anzuerkennen. Bonn zeigte damit den Verhandlungsführern von UNO und EG, Cyrus Vance und Lord Carrington, sowie den USA, Britannien und Frankreich die Nase. Obwohl Deutschland kein Mitglied des UN-Sicherheitsrats ist, verhinderte es dessen Abstimmung über einen Antrag gegen jede Maßnahme, die eine diplomatische Lösung im Bürgerkrieg „verzögern" würde — womit die Anerkennung von Kroatien und Slowenien gemeint war. Genscher, Außenminister des Vierten Reichs, setzte dann seine EG-Amtskoliegen unter Druck, bis sie einen von Italien vorgeschlagenen „Kompromiß" akzeptierten: danach werden Slowenien und Kroatien bis zum 15. Januar anerkannt, vorausgesetzt, sie erfüllen die demokratischen „Bedingungen" der „Neuen Europäischen Ordnung". Anschauliches Beispie! für solche „Bedingungen" ist zweifellos die „Gastfreundschaft' , die Italien den albanischen Flüchtlingen gewähr! hat, oder die Roma und Cinti in den diversen westeuropäischen „Demokratien" zuteil wird, wo Faschisten sie ungestraft ermorden und die Regierungen sie von Land zu Land jagen. Wenn es auch noch Zweifel gab, ob der „Gemeinsame Markt" von der D-Mark beherrscht oder sogar gleich nach ihr D-Markt benannt werden wird, dann wurden sie zwei Tage später ausgeräumt, als die Bundesbank die Leitzinsen auf das höchste Niveau seit 60 Jahren anhob. Damit zwang sie Frankreich bei seiner Rekord-Arbeitslosigkeit und andere westeuropäische Länder, die in der Flaute stecken, nachzuziehen.

Als Bush Kohl anrief, um ihn um eine Verschiebung der Anerkennung zu bitten, weigerte sich der Reichskanzler, den Anruf von Bush entgegenzunehmen - diese Brüskierung unterstreicht die neuen Machtverhältnisse. Er hatte nämlich zu viel zu tun bei einem CDU-Parteitag in Dresden, wo „ein großer Erfolg für uns und die deutsche Politik" gefeiert wurde *(Der Spiegel*, 23. Dezember 1991). Andere Parteien, besonders die Sozialdemokraten, sind noch nationalistischer gewesen als die CDU. So hat SPD-Chef Engholm Bonn die *Verzögerung* der Anerkennung von Kroatien und Slowenien vorgeworfen — Kroatien, das vom Ustascha-Apologeten Franjo Tudjman regiert wird; Slowenien, dessen Regierung schon alle Kollaborateure von Hitler-Deutschland und Duce-Italien aus dem Zweiten Weltkrieg amnestiert hat. Der außenpolitische Sprecher der SPD, Norbert Gansei, ging sogar weiter. Er nannte die EG-Übereinkunft einen „faulen Kompromiß": „Bedingungen müssen erfüllt werden, wie man sie von keinem anderen Staat fordert" *(tageszeitung,* 18. Dezember). Um diese sozialdemokratische Realpolitik näher auszuführen: Die Türkei massakriert Kurden, und Deutschland verfolgt türkische und kurdische Arbeiter - und sie haben (deshalb) sehr freundliche diplomatische Beziehungen.

Die Reaktion in den amerikanischen Medien war gedämpft, aber besorgt. Man versuchte, gute Miene zu dieser diplomatischen Niederlage zu machen, die den schwindenden Einfluß des bankrotten amerikanischen Imperialismus auf die „Festung Europa" deutlich vor Augen führte. Die *New York Times* (18. Dezember) verpackte es so: „Kohl zum Kompromiß über Jugoslawien". Nach etwas Überlegung zitierte ein späterer *NYT*-Artikel (6. Januar) Kreise im US-Außenministerium, die sich darüber aufregten, daß Kohl das Wort „Sieg" für den diplomatischen Coup benutzte, ein Wort, das mit Deutschlands letztem Reichskanzler aus der Mode gekommen war. Doch ein weiterer Artikel, ganz im Stil von Metternichs Realpolitik, unter der Überschrift „Die Macht des neuen Deutschlands anerkennen", argumentierte: „Man sollte Europas stärkste Macht zum ständigen Mitglied des Aufsichtsrats der wichtigsten Weltmächte machen: des UN-Sicherheitsrats." Deutschland „hat offensichtlich begriffen, daß seine Interessen auf dem Balkan weiter gehen als die Revision europäischer Institutionen, nämlich bis zur



Spartakist

Kroatische Nationalisten demonstrieren vor dem Reichstag für Anerkennung - jetzt haben sie sie gekriegt. Dies ist ein klarer Kriegsakt des Vierten Reichs

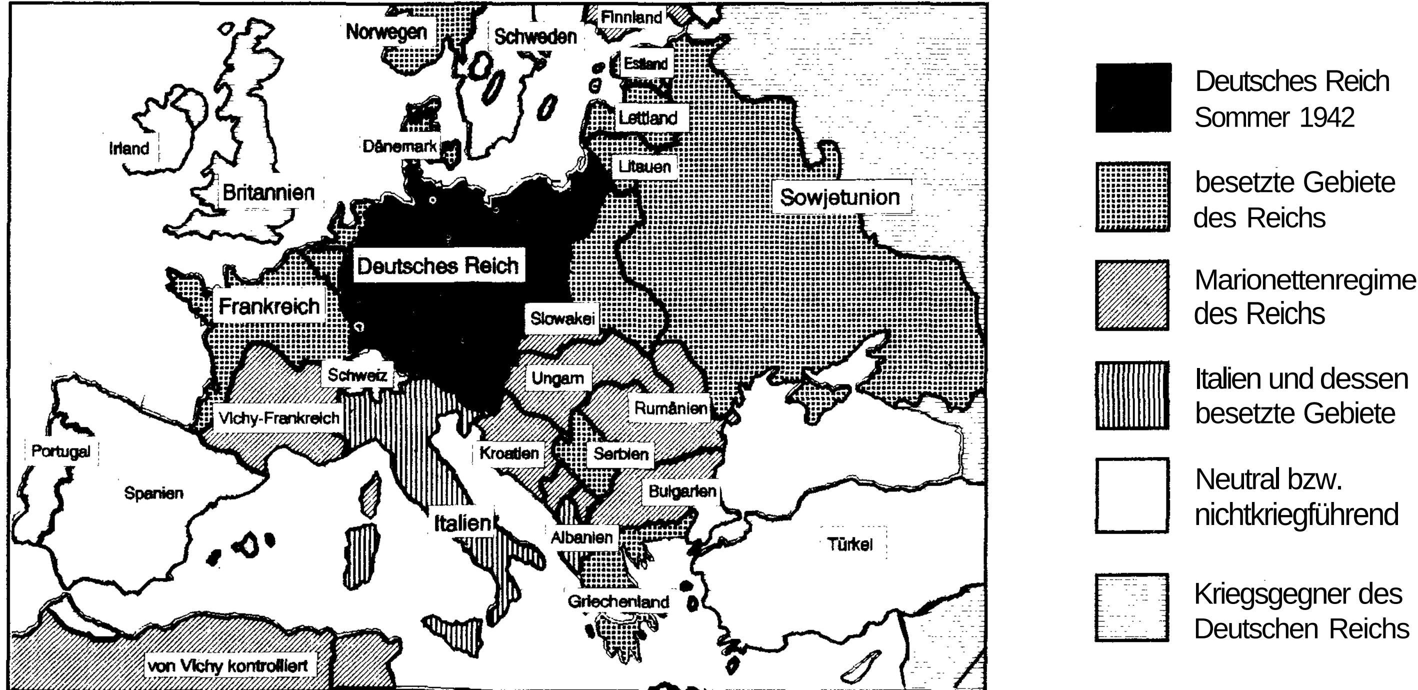
Revision der europäischen Grenzen". Der Artikel fragt dann bedeutungsvoll: „Kann der globale Revisionismus lange auf sich warten lassen?". In der Tat! Diese Ansicht fand sich auch wieder bei der erzreaktionären Jean Kirkpatrick, eine Todesschwadronen-Liebhaberin und Kalte Kriegerin, die die USA bei der UNO vertrat, als Reagan und Kohl bei den SS-Gräbern in Bitburg strammstanden.

Bei westeuropäischen Zeitungen reichte die Reaktion von Verärgerung bis Hysterie. *Le Figaro* jammerte: „Das Europa, das in Maastricht entworfen wurde, sollte kein deutsches Europa sein" *(NYT,* 27. Dezember). Ach so?! Der britische Handels- und Industrieminister Nicholas Ridley nannte die EG, ehe Thatcher ihn feuern mußte, ein „deutsches Komplott mit dem Ziel, ganz Europa zu übernehmen". Typisch für die britische Ansicht über Bonns letzte Schritte ist ein Artikel im *New Statesman* (20.-27. Dezember) vom BBC-Korrespondenten Misha Glenny unter der Überschrift: „Deutschland schürt die Flammen des Krieges". Er macht den recht offensichtlichen Punkt: „Es gibt kaum Zweifel darüber, daß Deutschland sich als primus inter pares [Erster unter Gleichen] in Europa etablieren will." Aber keine allzu große Sorge, meint er: diesmal benutzen sie wirtschaftliche Mittel, auch auf dem Balkan. Aber jetzt kauft das unabhängige Kroatien Waffen auf dem freien Markt, statt sie aus Deutschland herausschmuggeln zu lassen durch die große und mächtige rechtsgerichtete Gruppe von Kroaten in Bayern. Und der Krieg wird sich nach Bosnien, Makedonien und darüber hinaus ausweiten. Kapitalistische wirtschaftliche Expansion geht „friedlich" vonstatten, nachdem Eroberungen gemacht und Konkurrenten ausgeschaltet worden sind, aber dazu gehört unvermeidlich der Krieg; das gibt jeder zu, der nur ein bißchen weiß über die beiden letzten Weltkriege.

Blauhelme: Tarnung für imperialistisches Morden

Viele hoffen auf den Plan des UN-Sicherheitsrats, 10000 Infanteristen und Polizisten zu entsenden, die an drei Fronten in Kroatien eingesetzt werden sollen. In Deutschland wird diese Hoffnung geteilt von der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), dem sozialdemokratischen Nach-

Fortgesetzt auf Seite 20



Spartakist Grafik

Hitlers Deutsches Reich im Oktober 1942: Die heutige deutsche Achse basiert auf alten Freunden. Jetzt will das Vierte Reich wieder Osteuropa beherrschen. Trotz Stalin zerschlugen die sowjetischen Werktätigen den Hitler-Faschismus, ein Ausdruck der Errungenschaften der Oktoberrevolution. Der Aufstieg des wiedervereinigten deutschen Imperialismus findet statt, während die Sowjetunion auseinanderfällt. Nur proletarische Revolution kann einen neuen Holocaust und nuklearen Weltkrieg verhindern

Euro-Reich...

Fortsetzung von Seite 19

folger der stalinistischen Regierungspartei der ehemaligen DDR. *Neues Deutschland* (6. Januar) schreibt: „Ohne die Stationierung von Blauhelmen ist wohl eine Beendigung des Krieges in Kroatien nicht mehr möglich." Neben diesem Artikel ist ein weiterer Artikel abgedruckt, schamlosenveise und offensichtlich ohne ein Gespür für die groteske Ironie: „Die größten Verlierer des Golfkrieges sind die Kinder". Er



dpa

18. Juli 1991: Reichskanzler Kohl empfängt den kroatischen Ustascha-Anbeter Franjo Tudjman, Marionette des deutschen Imperialismus

berichtet, daß es infolge der *anhaltenden* UN-Blockade in den Krankenhäusern selbst keine Salbe gibt, von Antibiotika ganz zu schweigen, und daß Cholera und Typhus das Ausmaß von Epidemien erreicht haben. Der Artikel erwähnt nicht, daß die PDS 1990 die UN-Sanktionen unterstützte, als diese den Vorwand lieferten für die massive US/NATO-Mobilmachung zum Massenmord im Irak. Jetzt appelliert die PDS an die UNO - die die „Killing Fields" der Roten Khmer wieder in Kambodscha einführt und die die Kinder des Irak ermordet —, sie möge dem Balkan den „Frieden" bringen.

Wenn die UNO idiotisch genug ist, militärisch zu intervenieren, dann *würden Revolutionäre die Seite der jugoslawischen Armee und Serbiens ergreifen gegen die von den Imperialisten unterstützten Kräfte,* egal, ob die einen Blauhelm tragen oder nicht.

Die deutschen Medien feixen, zum augenblicklichen Waffenstillstand habe die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens viel mehr beigetragen als deren „Verzögerung". Doch zur Feuerpause kam es eher, weil die kriegführenden Seiten erschöpft sind und Erfolge erzielt haben, und weniger aufgrund der diplomatischen Fähigkeiten von Genscher oder Vance und Carrington. Kroatien hat seine „Unabhängigkeit" gewonnen, die serbisch dominierte jugoslawische Armee hat ein Drittel von Kroatien gewonnen. Für großserbische Chauvinisten wie Serbiens starken Mann Milosevic können solche UN-„Friedenstruppen", wenn sie entlang der Schlachtlinien in Kroatien stationiert werden, die Grenzen der Eroberungen markieren, so wie für Israel im besetzten Palästina. Für Tudjman können sie den Schutzwall bilden, hinter dem er mit Krediten der Deutschen Bank eine ausgewachsene Armee aufbauen kann, während Kroatien und Slowenien in Neokolonien des deutschen Imperialismus verwandelt werden.

Trotzdem scheint dieser „Waffenstillstand" langfristig nicht stabiler zu sein als die 14 vorherigen; er verschafft nur eine Atempause zur Umgruppierung der Kräfte. Serbisch-nationalistische Milizführer in Kroatien verurteilen bereits den UN-Plan. Milosevic ist dabei, seine chauvinistischen Träume eines „neuen Jugoslawiens" zu verwirklichen, reduziert auf ein „Großserbien", das aus Serbien und Montenegro sowie aus den neuen „Republiken" bestehen soll, die von den serbischen Minderheiten in Kroatien, Bosnien und

Herzegowina ausgerufen wurden. Diese beanspruchen die Hälfte von Bosnien und Herzegowina, obwohl sie nur 31 Prozent der Bevölkerung ausmachen; 44 Prozent sind moslemischer Abstammung und 17 Prozent sind Kroaten. Bei Geheimverhandlungen zwischen Milosevic und Tudjman wurde vielleicht schon über die Aufteilung von Bosnien diskutiert. Das nächste und potentiell blutigere Stadium des Bürgerkriegs wird schon vorbereitet: Einheiten der jugoslawischen Armee werden aus Kroatien abgezogen und beziehen zusammen mit serbischen und kroatischen nationalistischen Milizen Stellungen in Bosnien.

Aber die nationalistischen Ansprüche machen nicht an der jugoslawischen Grenze halt. Sowohl Bulgarien als auch Griechenland erheben Anspruch auf das frischgebackene „unabhängige" Makedonien, wo wiederum eine starke albanische Minderheit lebt — 20 Prozent der Bevölkerung. Milosevic zerschlug brutal die Autonomie von Kosovo in Serbien, wo 80 Prozent der Bevölkerung Albaner sind. Kosovo grenzt an Albanien und Makedonien. Nachdem italienische Truppen Tausende albanische Flüchtlinge aus Italien brutal rausgeschmissen haben, sind sie jetzt wieder in Albanien, das sie während des Zweiten Weltkriegs besetzt hatten. Es gibt auch Berichte über Gefechte entlang der Grenze zwischen Kosovo und Albanien. Inzwischen spricht Ungarn unter dem rechtsgerichteten Nationalisten Joszef Antall davon, die 400 000 ethnischen Magyaren der Vojvodina in Nordjugoslawien zu verteidigen, deren Autonomie von Milosevic zerschlagen wurde.

Vereinigte Sozialistische Staaten von Europa

Jahrzehntelanger wirtschaftlicher Druck der Imperialisten, u. a. die Hebelwirkung deutscher Bankkredite, hat in Verbindung mit „Marktreformen" sowie wirtschaftlicher und politischer „Dezentralisierung" in Jugoslawien dazu gedient, die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den Regionen zu verschärfen und den historischen nationalen Haß wieder zu beleben, die ihren Ursprung haben in den Eroberungen und Rivalitäten früherer Königreiche. Aber der multinationale deformierte Arbeiterstaat, der durch Titos Partisanen mit so großen heroischen Anstrengungen und unter hohen Menschenopfern zusammengeschmiedet wurde, wird jetzt von einem Bürgerkrieg zerrissen, der zwischen „großserbischen" Chauvinisten und konterrevolutionären Nationalisten geführt wird und in dem beide Seiten erbitterte Feinde der jugoslawischen Werktätigen sind.

Milosevics serbisch-nationalistische Milizen in Kroatien nennen sich Tschetniks nach den serbischen royalistischen Guerillas im Zweiten Weltkrieg, die zwischen britischem Geheimdienst und Gestapo pendelten, während Tudjmans Milizen auf die völkermörderischen faschistischen Ustaschi schauen. Ihr sechs Monate dauernder blutiger Bürgerkrieg hat mehr als 10000 Tote gefordert und 600000 zu Flüchtlingen gemacht. Und er hat eine Blutlinie gezogen und historischen Haß geschürt zwischen Nationen, deren Werktätige vereint waren im gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus in seiner abscheulichsten Form.

Aber ihr Krieg ist nicht deshalb zu einem zeitweiligen Stillstand gekommen, weil ihre unersättlichen chauvinistischen Gelüste schon befriedigt wären, sondern weil er auf die wachsende wirtschaftliche Verzweiflung und Kriegsmüdigkeit der Werktätigen beider Nationen gestoßen ist. Bei der jugoslawischen Armee sind Desertationen und Fälle von Kriegsdienstverweigerung dramatisch in die Höhe geschossen. Im letzten April traten 750000 serbische Arbeiter in einen eintägigen Generalstreik aus Protest gegen die unerträglichen Arbeitsbedingungen. Im November führten 20000 moslemische, serbische und kroatische Arbeiter in Sarajevo, der Hauptstadt von Bosnien und Herzegowina, einen gemeinsamen .Streik durch, weil seit September keine



Editions Planeta

Jugoslawische Partisanen durchbrachen bei ihrem Kampf gegen die Nazis die nationalen Gegensätze

Löhne ausgezahlt worden waren.

Soweit es im nationalistischen Rahmen des Stalinismus ging, hat das Tito-Regime eine wirklich multinationale Föderation errichtet. Doch „Sozialismus in einem Lande" ist ein Betrug, besonders für ein relativ rückständiges Land auf dem Balkan, wie der gegenwärtige *Zerfall* Jugoslawiens zeigt. Aber kapitalistische Konterrevolution kann nur nationalistischen Völkermord und bestialische imperialistische Ausbeutung bedeuten. Es ist dringend notwendig, die Arbeiterklasse und sozialistisch orientierte Offiziere und Soldaten zu mobilisieren zum Kampf gegen die Kräfte des brudermörderischen Nationalismus, die direkt den räuberischen Interessen des westlichen Imperialismus dienen. Dabei müssen sie die Milosevics und Tudjmans stürzen. Dazu ist es notwendig, ihre multinationale Avantgarde zu einer revolutionären Partei zu schmieden, auf der Grundlage des proletarischen Internationalismus von Lenin, Trotzki und Christian Rakowski.

Die Ermordung des österreichischen Thronfolgers durch einen serbischen Nationalisten in Bosnien hat den Ersten Weltkrieg ausgelöst. Aber die wahren Gründe lagen in den sich verschärfenden interimperialistischen Rivalitäten, nicht zuletzt verursacht durch den verspäteten Aufstieg des Deutschen Reichs zur Weltmacht. Mit dem Zerfall des Stalinismus in Osteuropa und der Sowjetunion bekommt die Welt heute eher den Charakter, den sie am Vorabend des Ersten Weltkriegs hatte. Der Pazifismus ist weiterhin bei den westeuropäischen Arbeiterklassen tief verwurzelt, nicht zuletzt beim mächtigen deutschen Proletariat, wo die Bourgeoisie die Arbeiterbewegung zerstören mußte und die Ketten der Nazi-Diktatur aufzwingen mußte, bevor sie zum imperialistischefi Krieg und zum Holocaust übergehen konnte. Es ist heute dringend notwendig, die Arbeiterklassen Westeuropas gegen die steigende Flut von rassistischem Chauvinismus und faschistischem Terror zu mobilisieren, der sich zuerst gegen eingewanderte Arbeiter und Flüchtlinge richtet. Genauso notwendig ist es, das Proletariat Osteuropas gegen brudermörderischen Nationalismus und wachsenden Antisemitismus zu mobilisieren. In seinem Aufruf an Kommunisten, die Vierte Internationale, eine neue Partei der Weltrevolution, zu schmieden, schrieb Leo Trotzki: „Dem Irrenhaus des kapitalistischen Europas muß man das Programm der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa entgegenstellen, als ein Schritt hin zu den Vereinigten Staaten der Welt.".



Spartakist

Norderstedt, 7. Dezember: Demo zur Verteidigung der Flüchtlinge gegen SPD-geführte Treibjagd. Das SpAD-Plakat „Björn Engholm: Dreckige Pfoten weg von den Norderstedter Flüchtlingen" erhielt Zustimmung unter Demonstranten

Norderstedter Flüchtlinge...

Fortsetzung von Seite 24

Räumung durch die Polizei. Daraufhin wurde ein weiterer Konvoi organisiert, diesmal zur Schalom-Kirche in Norderstedt, und zunächst unterstützte die Gemeinde die Flüchtlinge auch mit Essen und medizinischer Versorgung.

Doch SPD-Chef Engholm, der für Sammellager im Stil von KZs eintritt, erklärte die Lage der Flüchtlinge zur Chefsache: Es begann eine allgemeine Hetze gegen die Flüchtlinge, die es wagen, überleben zu wollen, und gegen ihre Unterstützer. Die SPD-Regierung von Schleswig-Holstein und die CDU-Regierung von Mecklenburg-Vorpommern leiteten Ermittlungsverfahren ein wegen Verstoßes gegen das Asylverfahren und wegen Beihilfe. Der CDU-Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, Diederich, erklärte: „Die Aktionen der Hooligans und die Flucht der Asylanten haben nichts miteinander zu tun", sondern durch „linksextreme Autonome" seien die Flüchtlinge „überredet und teilweise gezwungen worden", nach Neumünster zurückzufahren. Die „unabhängige" Presse heulte mit den Wölfen, so wie die *taz:* „Jeder, nun auch die Autonomen, kocht mit der Ausländerfrage sein Süppchen". Diese alternativ-nationalistische Zeitung sticht inzwischen durch rassistische Schlagzeilen widerlichster Art hervor. Wir fordern: Sorfortige Einstellung der Verfahren gegen die Flüchtlinge und ihre Unterstützer!

Seit dem 22. November stellte der Kirchenvorstand der Schalom-Gemeinde und ehemalige Generalsekretär der deutschen Sektion von amnesty international, Pastor Frenz, den Flüchtlingen wiederholt Fristen zum „freiwilligen" Verlassen der Kirche. Er hält es für „zumutbar", die Flüchtlinge „im Rahmen der deutschen Asylgesetzgebung" rassistischem Terror auszuliefern und erklärte, daß der „Kampf um ,Asylgesetze mit menschlichem Antlitz'" nur Deutschen zustehe und „oft jahrelang dauern kann". Mitte Dezember drehte er die Heizung runter, es gab kein Essen mehr, und Telefonanrufe wurden nicht mehr durchgestellt. Doch am 7. Dezember zog eine Demonstration von 500 durch Norderstedt; Kollegen vom Großbetrieb Jungheinrich, von der IG Medien und der GEW drückten ihre Solidarität aus, in der Bevölkerung werden Spenden gesammelt, und stets ist in der Kirche auch eine Reihe von Unterstützern.

Inzwischen sind unter dem enormen Druck von SPD-Landesregierung und Kirche einige Flüchtlinge, vor allem Familien mit Kindern, nach Mecklenburg-Vorpommern gegangen. Die zwei Flüchtlingswohnheime in Norderstedt - mit empörenden „Wohn'Verhältnissen - sind Zielscheibe faschistischer Angriffe. Selbst ein Telefonanschluß, eine elementare Schutzmaßnahme, wird ihnen verweigert.

Nach einem Brandanschlag am 3. Oktober 1991 auf eines der Wohnheime organisierten SpAD-Unterstützer am 3. Oktober 1991 eine Schutzgruppe von deutschen und iranischen Linken, die einen weiteren Angriff abwehren konnte. Wie die von der Deutschen Kommunistischen Par-

DKP: deutsche „Patrioten"

Jetzt, wo die DKP-Führung nach dem Zusammenbruch des Stalinismus voll auf die bürgerliche Lüge „Tod des Kommunismus" abgefahren ist, haben sich diese farben- und klassenblinden Nationalreformisten selbst den rassistischen Kern des kapitalistischen Staates zu eigen gemacht. Die DKP-Sprecherin Helga Rosenberg regte sich in *unsere zeit* (18. Oktober 1991) über Immigranten auf. In einer Apologie für die „irregeführte Minderheit" von Nazi-Skinheads erklärt sie, die „Einwanderungswelle" in diesem „dicht besiedelten Land" (also Volk ohne Raum) sei schuld am Rassismus. Wie die sowjetischen „Patrioten", deren antikapitalistische Pose mit russischem Nationalismus und Antisemitismus durchsetzt ist, appelliert der Rosenberg-Flügel an den rückständigsten Teil der Werktätigen.

Danach hagelte es Proteste von DKP-Mitgliedern. In seiner Erklärung vom 2./3. November verkaufte dann der Parteivorstand eine „weiche" Linie: „Insbesondere fordern wir einen wirkungsvollen Beitrag der Bundesrepublik zur Bekämpfung der eigentlichen Ursachen der massenhaften Flucht von Menschen aus ihren Ländern: dazu gehört, den Einfluß der Bundesrepublik in IWF und Weltbank zum radikalen Schuldenabbau zu nutzen...". Die Arbeiter von Chile bis Polen wissen, was die imperialistische „Schockbehandlung" bedeutet. Jetzt bieten diese elenden Reformisten auch noch die deutsche Weltordnung als Rezept an!

Zwar fanden viele DKPler diese Erklärung „unzureichend", allerdings nur in bezug auf Rosenberg, die „offenbar von unserer Politik ... weit entfernt" sei, so der Bezirksvorstand der DKP Schleswig-Holstein am 11. November. Doch die Funktion der DKP-Sprecherin wird dabei nicht angetastet! Vielmehr greifen sie Rosenberg als „Sektiererin" an, weil sie sie für ungeeignet halten, den Weg in die „Friedens- und Antifa-Bewegung" und damit direkt in die rassistische Volksfront der SPD zu organisieren. Keiner der Flügel kämpft für volle Staatsbürgerrechte für Immigranten. Das gemeinsame Band, das sie zusammenhält, ist schwarz-rot-gold.

tei (DKP) und dem Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) unterstützte Norderstedter Zeitung *Nadelstiche* am 30. November berichtete, organisierten 35 Kollegen vom Metallbetrieb Jungheinrich eine Wache zum Schutz der bedrohten Flüchtlinge vor erwarteten Nazi-Überfällen in der Nacht vor und nach dem 9. November.

Staatlich verordneter Rassismus: Die SPD marschiert voran

Im Vergleich zu Hoyerswerda, wo die Nazis ein Pogrom organisierten, übernimmt in Norderstedt die SPD-Regierung direkt die Jagd auf die Flüchtlinge. „Demokratischen" Rassismus zu schüren, ohne daß das Bild vom „häßlichen Deutschen" um die Welt geht: das ist ihr Programm. Diese Große Koalition reicht von CDU und SPD bis zu den Grünen und zur PDS — es sind ja gerade die von den Grünen verlangten Quoten und das von der PDS geforderte verstärkte Bullenaufgebot, die Engholm mit seiner Abschiebepolitik durchsetzen will.

Die Verteidigung der Norderstedter Flüchtlinge bedeutet einen politischen Kampf gegen diese rassistische Volksfront. Nur ein solcher Kampf kann die soziale Macht der organisierten Arbeiterbewegung für die dringendsten Bedürfnisse der Flüchtlinge mobilisieren: Anständige Wohnungen für die Flüchtlinge, sofort! Weg mit dem Arbeitsverbot! Solche Forderungen sind nur ein Teil der allgemeinen Losung: Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Diese Losung steht gegen die Teile-und-herrsche-Politik des kapitalistischen Systems und ist ein Grundpfeiler des Programms, die Arbeiterklasse im Kampf um die Macht zu vereinen — und wird deshalb auch von sogenannten linken Organisationen gar nicht erst erhoben.

Wir stehen lieber mit Lenin auf der Seite der Arbeiter und Unterdrückten. Eine wirkliche Arbeiterpartei ist ein *Volkstribun,* „der es versteht, auf alle Erscheinungen und Willkür zu reagieren ... an allen diesen Erscheinungen das Gesamtbild der Polizeiwillkür und der kapitalistischen Ausbeutung zu zeigen ... um *allen* und jedermann die welthistorische Bedeutung des Befreiungskampfes des Proletariats klarzumachen" *(Was tun?).* Hierzulande sind die kurdischen, türkischen und jugoslawischen Arbeiter zentraler Bestandteil des Industrieproletariats. Genauso wie sie bei allen Streiks auf dem vordersten Posten standen, können sie eine Schlüsselrolle spielen bei der Mobilisierung der Arbeiter gegen rassistischen Terror.

Die SPD verfolgt die Roma und Cinti in Nordrhein-Westfalen und Hamburg und hetzt gegen diejenigen, die Flüchtlinge zu verteidigen versuchen. So richtig im rassistischen Dreck der SPD suhlt sich die „Sozialistische Arbeitergruppe". Mit ihrem Schlachtruf „Weder Washington noch Moskau, für internationalen Sozialismus" amnestiert sie die Bourgeoisie von Auschwitz. Für die SAG ist Rassismus nur CDU-Sache; an der SPD stört sie nur deren „Halbherzigkeit" und „Zugeständnisse" an Kohl & Co. Wohin die SAG damit treibt, sieht man an ihrer besonderen Spezialität. Sie hat das Ziel, die „harten, offenen Rassisten, d. h. die Neonazis, politisch von den ,weichen', versteckten Rassisten zu isolieren" *(Klassenkampf,* Dezember 1991).

Für den proletarischen Internationalismus!

Eine authentisch leninistisch-trotzkistische Partei kämpft unerbittlich gegen Rassismus und Nationalismus auf dem Boden des revolutionären proletarischen Internationalismus: Anständige Wohnungen für die Flüchtlinge, sofort! Weg mit dem Arbeitsverbot! Schützt die Flüchtlingswohnheime gegen Nazi-Terror durch integrierte gewerkschaftliche Selbstverteidigungsgruppen! Zerschlagt die Nazis durch Arbeiter/Immigranten-Massenmobilisierung! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Bei einer antifaschistischen Gewerkschaftsdemonstration 1988 in Neumünster kamen Tausende anständiger Gewerkschafter auf die Straße. Viele davon haben die Antifaschisten von Moabit verteidigt, die gerade einen wichtigen Sieg errungen haben. Die Bereitschaft zur Verteidigung der Flüchtlinge ist da, sie muß mobilisiert werden. Laßt uns auch bei der Verteidigung der Norderstedter Flüchtlinge gewinnen!«

Theissen...

Fortsetzung von Seite 13

die heutigen Paragraphen 218 und 219. Der Staat pocht auf sein „Recht", die Nase überall hineinzustecken, wo er nichts zu suchen hat — von den Arztpraxen bis zu den intimsten Details des menschlichen Sexuallebens.

Die Unterdrückung der Frau ist in der deutschen Verfassung festgeschrieben. Hier gab es keine bürgerliche Revolution, daher gibt es keine Trennung von Kirche und Staat. Obskurantismus und christliches Dogma beherrschen das „Grundgesetz" und das Verhältnis des Menschen (besonders des weiblichen) zum Staat. Der menschlichen Eizelle wird von der Stunde der Befruchtung an eine „Seele" angedichtet, Abtreibung steht im StGB neben Kindesmord und Völkermord. Wie der Papst im 16. Jahrhundert pochen die Nachfolger von Freislers Volksgerichtshof auf die Lüge „Abtreibung ist Mord".

In diesem Geist hat die SPD unter Helmut Schmidt die heutige Variante des Paragraphen 218 gezimmert. Die „Lebensschützer"-Hysterie hat auch Kräfte innerhalb der Grünen und der PDS erfaßt. Die schonende Abtreibungspille RU 486 ist verboten. Die SPD sitzt fromm zusammen mit den Katholiken der Unionsparteien im Oberheuchler-Ausschuß „Schutz des ungeborenen Lebens", wo sie neue 218-Ketten für Frauen im Großdeutschland schmieden.

Zusammen mit der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands forderten wir stets bei den Protesten gegen die Memminger Hexenjagd und die verhaßten Paragraphen 218/219: „Bullen, Pfaffen, Richter - raus aus dem Schlafzimmer!" Die Gewerkschaften haben die soziale Macht, diese Angriffe zurückzuschlagen. Die gesamte organisierte Arbeiterbewegung muß die Rechte der Frauen verteidigen. Gerade jetzt sind massive gewerkschaftliche Proteste dringend notwendig: Weg mit allen Anklagen und Urteilen gegen Dr. Theissen, die Memminger Frauen und ihre Angehörigen! Weg mit den Paragraphen 218 und 219! Kostenlose, qualifizierte und umfassende Gesundheitsversorgung für alle! •

KONTAKTADRESSEN

Berlin SpAD, Postfach 51 0655, 1000 Berlin 51
Telefon: Westberlin 4927866

Halle SpAD, Postlagernd
Hauptpostamt, Halle 4020
Telefon: Halle 2 90 55

Hamburg SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 0231, 2000 Hamburg 11
Telefon: (040)323644

Leipzig SpAD, Postlagernd, Leipzig 7022

SPARTAKIST-TREFFPUNKT

Berlin Donnerstag von 18.00 bis 21.00 Uhr
Linkstreff, Weddingstraße 6
1000 Berlin 65, U-Bahn Nauener Platz

SPARTAKIST

Bei Leuna, Buna, Bitterfeld wie bei Hoechst, BASF:

Kampf den Entlassungen! Arbeit für alle!

Unter den Arbeitern der Chemieregion Halle-Leuna-Bitterfeld breitet sich die Empörung gegen die angekündigten Massenentlassungen und Stillegungen immer weiter aus. Am 19. Dezember 1991 fand im Klubhaus der Leuna-Arbeiter eine Betriebsversammlung statt. Schon im Vorfeld hatten die Leiter und Manager des Betriebes gedroht: Wer da hingeht, der zeigt, daß sein Arbeitsplatz überflüssig ist. Trotz dieser frechen Einschüchterung war das Klubhaus mit mehr als 6000 Kollegen überfüllt. Alle Leiter und Manager wurden ausgeschlossen, „damit die Kollegen frei diskutieren können".

Nach einer Reihe langweiliger Reden von Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären stand ein Arbeiter auf und sagte: „Wenn wir unsere Arbeitsplätze verteidigen wollen, dann müssen wir wirkliche Aktionen machen!" Darauf tosender Applaus. Erst dann wurde von Vertretern der IG Chemie eine Demonstration am 18. Januar vorgeschlagen, die in Halle parallel zu einer Konferenz aller Vertrauensleute der Chemieregion stattfinden und eine gemeinsame Kundgebung aller Chemiearbeiter von Leuna, Buna und Bitterfeld/Wolfen sein soll. Wieder tosender Applaus. Angekündigt wurden auch Delegationen aus westdeutschen Chemiebetrieben. Außerdem sollen am 15. Januar Treuhand-Vertreter nach Halle kommen, auch dazu soll es Protestaktionen geben. Bei Leuna wird jetzt darüber diskutiert, wie eine Betriebsbesetzung organisiert werden kann.

Der Grund für die jetzt ausgebrochene Empörung ist der Plan der Bosse, bis 1. Juni die Belegschaft von Leuna von jetzt 14 000 auf 8000 Arbeiter zu reduzieren. Gleichzeitig

Fortgesetzt auf Seite 7



Spartakist

Die Treuhand bedeutet staatliche Arbeitsplatz-Vernichtung. Arbeiter brauchen eine Arbeiterregierung für sozialistischen Wiederaufbau der Industrie

Arbeiterbewegung: Verteidigt die Norderstedter Flüchtlinge!

Stoppt Engholms Abschiebekampagne!

6. Januar - Seit Anfang November halten sich noch über 20 Flüchtlinge in Norderstedts Schalom-Kirche im Norden von Hamburg auf. Damit wollen sie sich vor Engholms SPD-Landesregierung schützen, die sie aus Schleswig-Holstein abschieben will. Doch bereits seit Ende November verschärft der Kirchenvorstand den Druck auf die Flüchtlinge immer mehr, um sie zu verjagen. Verfolgte und hungernde Menschen werden wie Vieh „zwangsverteilt", ihre Familien werden auseinandergerissen und sie werden rassistischen Überfällen ausgesetzt. Die organisierte Arbeiterbewegung muß dafür kämpfen, daß die Norderstedter Flüchtlinge nicht durch Bullen vertrieben werden! Hände weg von den Flüchtlingen!

Die Gruppe von Flüchtlingen, vorwiegend aus Jugoslawien, Albanien, afrikanischen Ländern und Kurden aus der Türkei, hatte am 12. September die Anschar-Kirche in Neumünster besetzt, um sich vor Nazi-Überfällen zu retten und vor der drohenden Abschiebung nach Mecklenburg-Vorpommern. Unter massivem Druck von SPD-Regierung und Kirche kamen 63 Flüchtlinge am 28. Oktober nach Greifswald. Dort wurden sie am 3. November von 200 Nazi-Schlägern angegriffen; sie hatten Todesangst. Die Busse, mit denen die Nazis nach Greifswald kamen und die der Berliner Polizei bekannt waren, wurden direkt gegenüber der Unterkunft der Flüchtlinge geparkt. Der Überfall dauerte mehrere Stunden. Schleswig-Holsteins SPD-Sozialminister Jansen sagte dazu: „Man muß die Asylbewerber überzeugen, diesen schweren Weg zu gehen" (*tageszeitung*, 5. November).

Die Flüchtlinge riefen antifaschistische Initiativen von Jugendlichen, Immigranten und Linken um Hilfe, die sofort von Schleswig-Holstein, Hamburg und Berlin aus einen Autokonvoi organisierten, der sie zurück nach Neumünster brachte. Wir begrüßen diese Rettungsaktion. Dennoch hätten die Arbeiter und arbeitslosen Kollegen vom KKW Greifswald mobilisiert werden können, um die Flüchtlinge zu schützen. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung verhindert solche Aktionen wie z.B. in Halle, als die gewerkschaftliche Mobilisierung gegen den NPD-Aufmarsch am 9. November, dem Jahrestag der Reichspogromnacht, in letzter Minute vom DGB abgewürgt wurde. Schon am Tag nach der Rettungsaktion drohte die Anschar-Kirche mit der

Fortgesetzt auf Seite 22

Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ C 1664 D

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 93 FEBRUAR 1992 50 Pfennig

Bericht aus Moskau



Spartacist

Moskau, 7. November: Ein Meer von roten Fahnen am Roten Platz. Am Jahrestag der Oktoberrevolution demonstrierten rund 90000 Menschen gegen Jelzins Konterrevolution

Sowjetische Arbeiter protestieren gegen Jelzins Schockbehandlung

MOSKAU, 18. Januar — Es sind zwei Wochen vergangen, seit durch, die „Preisreform" des russischen Präsidenten Boris Jelzin im Rahmen des „freien Marktes" die Preise für Lebensmittel und andere Güter des täglichen Bedarfs drastisch in die Höhe geschossen sind. Trotz demagogischer Versprechen, es würde reichlich Waren geben, blieben die Regale in den Läden leer, und es gibt immer noch lange Warteschlangen. Die allgemeine Wut ist fast am Überkochen. Bei seinen Reisen durch Rußland wird „Zar Boris" überall mit Plakaten, Buhrufen und Sprechchören empfangen, die die „Liberalisierung" der Preise angreifen. Und Jelzins politische Verbündete fangen an, sich von ihm abzusetzen und ihn zu verurteilen.

Zur gleichen Zeit zerstören die Hyperinflation, das Horten und die Spekulation die Verbindungen zwischen Bergwerk und Fabrik, zwischen Kolchose und Lebensmittelladen. In Moskau haben die meisten Industrieunternehmen nur noch Vorräte für weitere zwei oder drei Wochen Produktion. Jetzt, wo Jelzin und sein konterrevolutionärer Anhang die von den Imperialisten diktierte „Schockbehandlung" durchführen, kommt die gesamte Wirtschaft zum Erliegen. Der Moskauer Fernsehsender *News One* (17. Januar) berichtet, daß Bergarbeiter im ganzen Land bereit sind zu streiken: „In Dserschinsk gibt es 18000 Bergarbeiter, die arbeitslos sind, weil in den Minen das Stützholz ausgegangen ist" und das Geld fehlt, neues zu kaufen. „In Armenien ist der Mangel an Benzin und Heizöl katastro-

Fortgesetzt auf Seite 17

Stürzt Jelzins Hungerregime durch proletarisch-politische Revolution!

Von Hoyerswerda über Norderstedt bis zur TU Berlin:

Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

Seit über drei Monaten leben Flüchtlinge zusammengepfercht im Mathe-Gebäude der Technischen Universität Berlin. Sie besetzten diese Räume, weil sie Zuflucht suchen vor der rassistischen Hexenjagd, die das Vierte Reich auf Asylsuchende betreibt. Ihre Zahl stieg innerhalb von drei Monaten von ursprünglich 24 auf fast 100 an. Sie gehören 17 verschiedenen Nationalitäten an, unter ihnen sind Kurden, Türken, Rumänen, Iraker, Iraner, Guineer, Palästinenser, Mosambikaner. Einige von ihnen kommen aus Hoyerswerda, wo sie nach dem Nazi-Pogrom im September letzten Jahres von Bullen aus ihrem Wohnheim abgeschleppt wurden.

Um auf ihre Forderungen aufmerksam zu machen, traten die Flüchtlinge im November in einen Hungerstreik, der von einigen 12 Tage lang geführt wurde. Die Lebensbedingungen sind katastrophal. Kaum hygienische Versorgung, fast kein Geld (10 Mark pro Tag, die nur aus Spendenerlösen kommen), nicht genug Essen, um satt zu werden. Die ursprünglichen 25 Essenrationen, die vom Studentenwerk zur Verfügung gestellt wurden, wurden am 21. November eingestellt. In einem Raum leben bis zu 20 Menschen, völlig isoliert von der Außenwelt, unter menschenunwürdigen Bedingungen. Sobald sie einen Fuß auf die Straße setzen, können sie vom nächsten Bullen festgenommen und abgeschoben werden, wegen „illegalen" Aufenthalts in Berlin. Was die Immigranten wollen, ist das Recht, als gleichwertige Menschen behandelt zu werden und ihren Aufenthaltsort frei wählen zu können.

In Solidarität mit den Flüchtlingen bildete sich an der TU ein Antirassistisches Zentrum, wo Studenten tagtäglich die Sorgen der Asylbewerber teilen und versuchen, mit Spendensammlungen ihr Leben etwas erträglicher zu machen. Diese aufopferungsvollen Hilfeleistungen sind den Bestrebungen des Staates und der Unileitung entgegengesetzt, die Flüchtlinge auszuhungern. Trotzdem werden die Flüchtlinge unter unmenschlichen Bedingungen eingekerkert und dauernd gefährdet. Welche Perspektive kann man anbieten, um gegen Rassismus zu kämpfen? Mit welcher Politik können die Rechte der Asylsuchenden verteidigt werden? Nicht zufällig wird gerade von AL/Grünen die sozialarbeiterische „Bleiberecht'-Forderung mit rassistischen Einwanderungsquoten verknüpft. Immigranten und Flüchtlinge sind keine Menschen „zweiter Klasse". Sie brauchen die gleichen Rechte, die jeder Bürger hat.

Wir Kommunisten fordern volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten. Dazu gehören das Recht auf politische Betätigung, das Recht auf anständigen Wohnraum, freier Zugang zu Schulen und Ausbildungseinrichtungen sowie Arbeit für alle! Um dafür zu kämpfen, müssen die Gewerkschaften mobilisiert werden. Besonders in der Industrie spielen die eingewanderten Arbeiter eine strategisch wichtige Rolle. Deshalb ist die Forderung der Autonomen nach „Selbstorganisation der Flüchtlinge" doppelt falsch, weil sie die Immigranten zur *Selbslisolation* treibt und die Arbeiterklasse spaltet. Es sind die Immigranten, die die meiste Streikerfahrung mitbringen oder am besten wissen, was Imperialismus und Rassismus bedeuten. Viele von ihnen sind TU-Studenten oder schicken ihre Kinder dorthin. Sie können eine Schlüsselrolle in der Mobilisierung der organisierten Arbeiterbewegung spielen, um die Flüchtlinge zu verteidigen.

Das Antirassistische Zentrum konzentriert sich darauf, „Druck auszuüben". Die Besetzung der CDU-Geschäftsstelle in Berlin war zwar eine Aktion, die für Aufsehen sorgte, aber die Forderung nach einem Dialog mit Innensenator Heckelmann liefert die Immigranten nur dem Willen der herrschenden rassistischen Politiker aus. Ende Januar folgte die Besetzung der SPD-Zentrale mit der Forderung, die Sozialdemokraten sollten „endlich einen konkreten Beitrag zur Lösung des Problems beitragen und Druck auf den Innensenator Heckelmann ausüben". Doch Momper ließ sie kalt abblitzen, und der konkrete Beitrag der SPD ist bekannt - „Sammellager" für Flüchtlinge im Stil der KZs! Es ist gerade auch die SPD, die in trauter Eintracht mit

Fortgesetzt auf Seite 23

SPARTAKIST

herausgegeben von der SPARTAKIST-ARBEITERPARTEIDEUTSCHLANDS Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Marianne Clemens, Toralf Endruweit, Michael Jäger, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes (Produktion), Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur), Kurt Weiss, Fred Zierenberg

VERTRIEB: J. Pfeiffer

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 11 0231, 2000 Hamburg 11, Fax (040) 3301 54
Postfach 510655, 1000 Berlin 51, Fax (030) 4911479
Redaktion Spartakist: Tel. Westberlin 4914548, Korrespondenz über Verlagsanschrift
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5, - an Verlag Avantgarde
Konto 11988-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ50010060
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 93 **Februar 1992**



Die Arbeiterklasse wird den Mord an Mete Eksi rächen!

Interview mit Familie Eksi

Am 27. Oktober 1991 wurde Mete Eksi von drei deutschen Faschisten am Kurfürstendamm ermordet. Mete war 19 Jahre alt. Zumindest zwei der Täter, über die ein schützender Mantel des Schweigens gebreitet wurde, laufen immer noch frei herum. Der Trauermarsch von mehr als 10000 Menschen nach Metes Tod, gleichzeitig ein Schrei der Empörung gegen die Hetze auf Immigranten und Asylsuchende, wurde Opfer eines brutalen Polizeiüberfalls. Die Staatsanwaltschaft „ermittelt" jetzt gegen die überlebenden Opfer des Nazi-Überfalls wegen „versuchter gefährlicher Körperverletzung". Und das notorische Lügenblatt Bild *verleumdet Mete Eksi, um die Mörder reinzuwaschen.*

Imfolgenden drucken wir ein Interview mit der Familie Eksi vom 19. Januar. Die Arbeiterbewegung wird Mete Eksi nicht vergessen und seine Mörder einer gerechten Strafe zuführen.

Spartakist: Wir würden gerne wissen, wie Mete aufgewachsen ist und was an diesem Tag genau passiert ist.

Vater: Mete war ein vernünftiger Junge, er wurde hier in Berlin geboren, 1972, und ist hier in die Schule gegangen, und hat später seinen deutschen Paß gekriegt. An dem Tag, wo das passiert ist, hatte er vor zehn Tagen seine Abiturprüfung, die mußte er bestehen. Er hat Tag und Nacht für die Prüfung zu Hause gearbeitet. Und nach der Prüfung hat er es geschafft und hat dann zu seinem Vater gesagt: Vater, können wir heute abend ein bißchen Spazierengehen mit Freunden. Und sein Vater hat gesagt, er weiß ja, daß er so viel gearbeitet hat für seine Prüfung, okay, draußen ist's ja schlimm wegen der Ausländerfeindlichkeit, also aufpassen. Und er hat gesagt, Vater, du weißt ja, ich bin gegen Ausländerfeindlichkeit, ich bin immer für Frieden. Wir gehen zum Kudamm, trinken mal einen Kaffee und kommen dann zurück.

Und da kamen die drei Deutschen, und Mete und seine zwei Freunde sprechen türkisch. Und die Deutschen haben ihm gleich gesagt, wir sind in Deutschland, hier dürft ihr nicht in türkisch sprechen. Und sie haben auch gleich schlimme Worte gesagt. Und Mete hat gesagt, wir sind Türken, okay, wir leben hier in Deutschland, aber wer hat gesagt, daß Türkisch-sprechen verboten ist. Und er hat auch vernünftig mit dem anderen reden können. Und hinterher kommen die Brüder und schlugen gleich auf seinen Kopf. Die waren drei deutsche Brüder. Fünf Minuten später kam die Feuerwehr — einer hat sie angerufen — und bringen ihn ins Martin-Luther-Krankenhaus. Und da hat der Arzt, weil es so schlimm ist, gesagt, wir dürfen hier nichts tun, bringen sie ihn zum Klinikum Steglitz. Und da war er 16 oder 18 Tage im Koma.

Spartakist: Ich habe gehört, zwei wurden freigelassen, nur einer ist im Gefängnis.

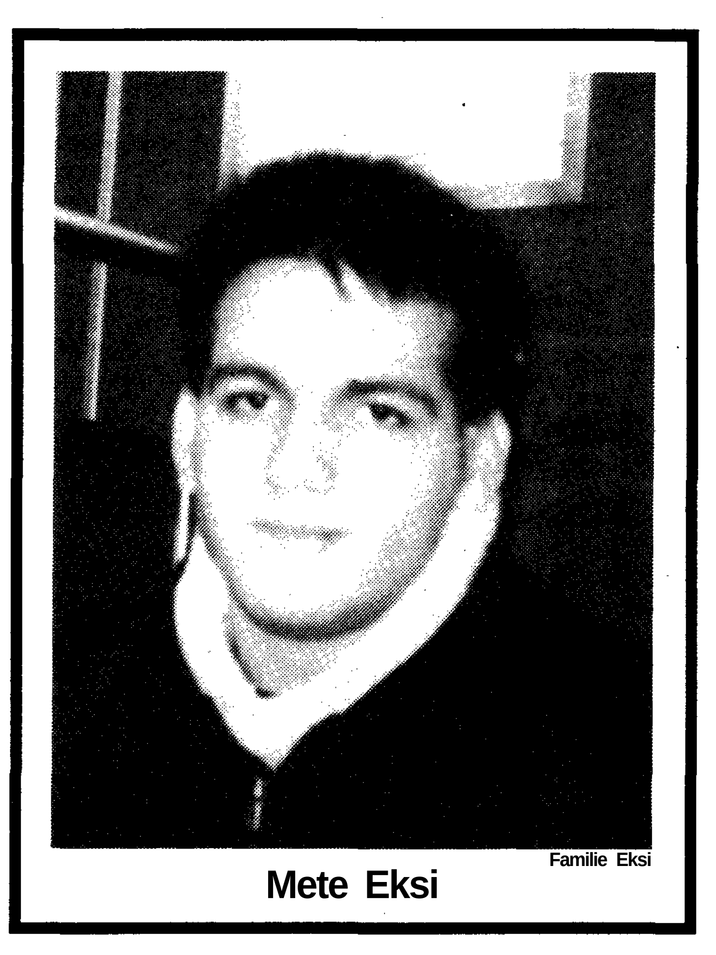
Mutter: Richtig.

Spartakist: Glauben Sie, daß nur einer das gemacht hat?

Vater: Nein, denn Mete ist stark. Alle drei haben ihn geschlagen, hundertprozentig. Mete war 1,98 m groß, und er hatte breite Schultern. Ich glaube, daß das einer nicht schaffen kann. Plötzlich kamen die anderen Brüder und haben ihn mit einem Baseball-Schläger von hinten auf der linken Seite geschlagen. Und sie haben einen Vater, der ist Polizist, in Rente, aber er ist Polizist.

Spartakist: Wie war es nach dem Mord, gab es viel Unterstützung von Freunden und Familie?

Vater: Es sind viele Leute gekommen, und jetzt immer noch. Bekannte, auch meines Sohnes. Deutsche und türkische, jeder Schüler vom Gymnasium im Osten, alle kommen, um uns zu besuchen. Sie sind auch zum Trauermarsch gekommen.



Familie Eksi

Mete Eksi

Mete ist in die Berufsschule für Wirtschaft und Verwaltungsberufe gegangen, um Fachabitur zu machen, in Ostberlin. Dort ist er seit 1991 hingegangen, nachdem ihm hier in Westberlin gesagt wurde, es gibt keinen Platz, sie müssen alles verteilen. Seine große Schwester geht jetzt auch in den Osten. In seiner Schule waren mehrere türkische Jugendliche.

Spartakist: Und was hat er dort erlebt in der Schule?

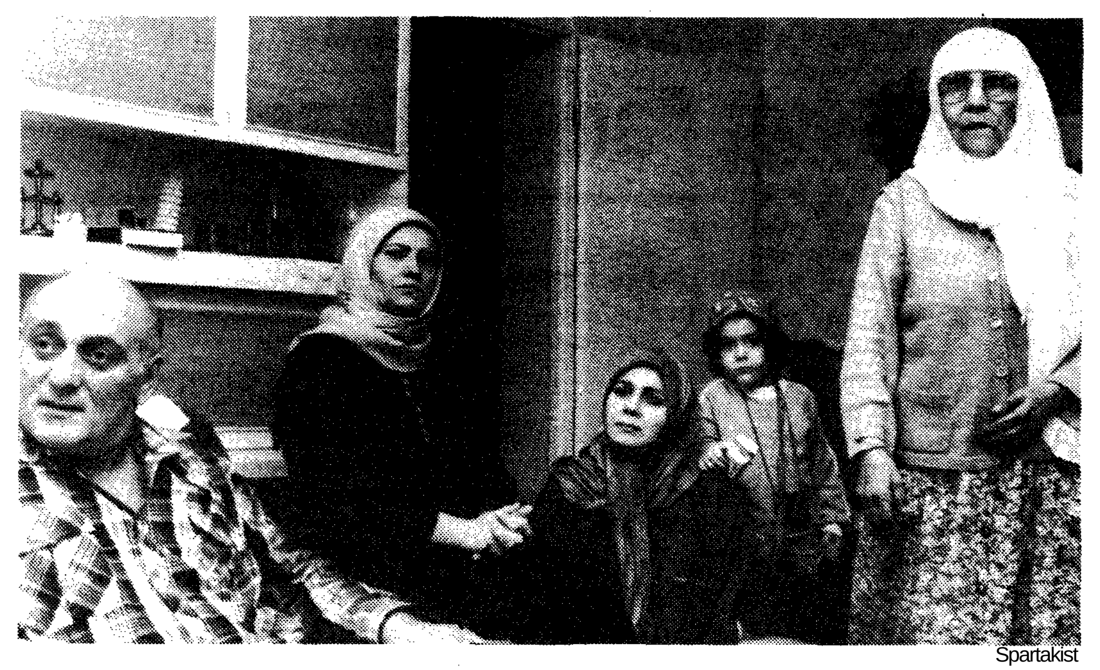
Vater: Es war alles in Ordnung, guten Kontakt. Er war zufrieden. Sie sind alle hierher gekommen, seine Klassenkameraden, mit seinen Lehrern, alle.

Der Mete hat ganz normal gelebt. Der kannte Israelis, Jugoslawen, Griechen, deutsche Freunde, jede Menge. Die Freunde sind allgemein von der Schule, vom Gymnasium, er kennt viele Leute, später hatte er viele Freunde, überall. [Ein Brief von einem Freund aus England wird herumgereicht.]

Spartakist: Der Ausgang des Prozesses gegen Ayhan Öztürk war sehr wichtig für alle, denn er bestätigt das Recht auf Verteidigung. Das war auch beim Prozeß gegen die Antifaschisten von Moabit der Fall. Es ging um das Recht, sich gegen Nazi-Angriffe zu verteidigen. Die beste Verteidigung ist in Verbindung mit den Arbeitern in den Betrieben. Die Faschisten sind feige. Die kommen, wenn sie in der Überzahl sind, wenn sie Rückenwind von der Regierung haben, wenn sie glauben, daß die „öffentliche Meinung" sie unterstützt. In den Gewerkschaften muß die Verteidigung von Immigranten wirklich organisiert werden und muß dafür mobilisiert werden.

Gibt es vielleicht noch mehr Informationen, die nie in der Presse erschienen sind?

Fortgesetzt auf Seite 4


Spartakist

Familie Eksi beim Interview: „Das war keine Schlägerei, sondern richtiger Mord." Die Arbeiterklasse mit ihrem strategischen Teil an eingewanderten Arbeitern hat die Macht, rassistischen Terror zu stoppen!

Familie Eksi...

Fortsetzung von Seite 3

Tante: Es gibt eine *Bild-Zeitung* vom letzten Freitag, wo geschrieben wurde, daß Mete und seine Freunde die Angreifer waren. Wie können sie das behaupten? Ein Polizist sagte das. Sehen Sie? Es ist eine Beleidigung. Also Trost erwarten wir, und die beleidigen uns. Wo bleiben die Menschenrechte? Also die Leute müssen uns noch beschützen vor denen. Die sind doch Polizisten. Wie können wir den Leuten vertrauen. Ich nicht mehr... Wir erwarten eine Entschuldigung dafür. Es gibt immer noch ein Tabu über die Mörder — wo bleiben die Bilder? Wenn von uns jemand was angestellt hätte, gleich kommen die Bilder. Es sind noch nicht einmal die Namen genannt. Das verstehen wir nicht.

Onkel: Und hier Barbara John. Sie kennt ja den Mete ganz gut. Mete hat ein paarmal mit ihr geredet, über: „Wie können wir die Ausländerfeindlichkeit klarkriegen". Er hat Redekreise veranstaltet und so... Hier gibt es ein türkisches Fernsehen. Barbara John hat denen einen Brief geschrieben, warum zeigt ihr jeden Tag diese Mete-Geschichte. Ihr macht den ganzen Türken hier die Augen auf. Sie hat gesagt, lassen sie die ruhig schlafen... Es gibt vier Fernsehsender, und das war an den einen gerichtet — weil die anderen arbeiten natürlich sowieso mit Barbara John —, der heißt BTT, in Berlin 61. Der Hausbesitzer, wo der Sender ist, ist mit Barbara John ganz freundlich, jetzt hat er BTT gekündigt.

Tante: Der Täter war sowieso verhaftet. Er hat nur einen Tag Urlaub gemacht, und dann hat er Mete ermordet. Er hat vor einigen Monaten ein türkisches Mädchen vergewaltigt, in einem Park. Warum berichten das die Zeitungen nicht? Das haben wir heimlich erfahren, von einer Zeitungsagentur. Und jetzt machen sie unseren Mete schlecht und decken es zu. Unser Junge war ein guter Junge, und das tut uns so leid.

Fortgesetzt auf Seite 23

Arbeiter: Verteidigt Cinti und Roma gegen Polizei- und Nazi-Terror!

Am 27. Januar stürmten 400 schwer bewaffnete Polizisten gleichzeitig Roma- und Cinti-Winterlager in Bad Dürrenberg, Godubba, Lützen und Kötschau. Die auf höchster Ebene koordinierten Überfälle von „Mobilen Einsatzkommandos" aus Sachsen-Anhalt und „erfahrenen" „Spezialeinsatzkommandos" aus Rheinland-Pfalz wurden im Polizeifunk gegen 7.00 Uhr mit dem Kommando „Go!" gestartet. Im „Blendschocker"-Einsatz wurden Türen aufgesprengt, die Familien wurden aus den Betten getrieben. Mehrere Wohnwagen wurden zertrümmert, sämtliche Einwohner verhaftet und ihr Eigentum konfisziert. Die Männer wurden in Polizeizellen geworfen, die terrorisierten Frauen und Kinder in eine Turnhalle. 28 bis 29 Stunden lang wurden sie dort eingesperrt, alle wurden verhört.

Jetzt müssen sich die *Opfer* dieser Nacht-und-Nebel-Aktion gegen schwerste Vorwürfe der Fahnder verteidigen. Doch blutrünstige Hetzberichte vom 30. Januar in der *Mitteldeutschen Zeitung* und im *Express* verurteilten die Cinti und Roma standrechtlich als gefährliche „Verbrecherbande". So wird zu faschistischen Nachfaß-Überfällen aufgehetzt, die die brutale „offizielle" Staatspolitik ergänzen.

Die Armutsdörfer, wo die Roma und Cinti die Winterlager ihrer Zirkusse hatten, sind völlig abgelegen, trostlos und rückständig. Die Straßen sind fast unbefahrbar. Nun sollen sie sogar von dort vertrieben werden; in Godubba stehen nur noch zwei verwüstete Wohnwagen. Doch die proletarischen Zentren von Halle bzw. Leipzig sind nur 15 Kilometer weg, das riesige Leuna-Werk weniger als 10 Kilometer entfernt. Die Cinti und Roma, Hauptzielscheibe von mörderischen nationalistischen Pogromen in ganz Ost- und Mitteleuropa, werden als „Unberührbare" von Land zu Land und von Stadt zu Stadt hin- und hergejagt. Wir vergessen nicht, daß auch eine halbe Million von ihnen zu den Opfern des Nazi-Holocaust zählen. Die organisierte Arbeiterbewegung muß gerade die Schwächsten und Unterdrücktesten gegen den Terror des Staates verteidigen! Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle! Stoppt den Staatsterror gegen Roma und Cinti! Stoppt den Nazi/Skinhead-Terror durch Arbeiter/Immigranten-Mobilisierungen!

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ



„Arbeiter von Leuna bis BASF: Schlagt die SPD/Treuhand-Jobkiller zurück!" Spartakisten intervenieren am 18. Januar auf IG-Chemie-Demo in Halle

Spartakist

Jetzt Leuna filetiert?

Chemiearbeiter: Stoppt die Vernichtungskampagne von Treuhand/Rappe

Am 18. Januar versammelten sich etwa 5000 Chemiearbeiter von Bitterfeld, Buna, Filmfabrik Wölfen sowie Leuna in Halle. Zwei Tage davor hatten die Job-Killer der Treuhand die Ölraffinerie Leunas zusammen mit den Minol-Tankstellen an ein deutsch-französisches Konsortium verkauft. „Leuna — das Filetstück habt ihr, nehmt nun auch die Knochen", stand auf dem Banner des Leuna-Betriebsrats, der nicht mehr als Galgenhumor anzubieten hat. Aber jeder weiß, daß die Treuhand mit dem Verkauf der wertvollsten Raffinerie die riesigen Leuna-Werke und ihre Zehntausende Arbeiter verschrotten will.

Treuhand-Vertreter und Arbeiter-Verräter Rappe kam nach Halle, um die Privatisierung zu bejubeln und die Wut der Arbeiter *zum* Schweigen zu bringen. Aber die Chemiearbeiter antworteten mit Hohn. Auf einer anschließenden Pressekonferenz ließ Rappe die Katze aus dem Sack: seine volle Unterstützung für den Vernichtungsplan der Treuhand. In Leuna sollen weitere 5400 Arbeiter vor Mitte dieses Jahres auf der Straße liegen. Von den 1500 Arbeitern in der verkauften Raffinerie würden nach ihrer Modernisierung ca. 800 bleiben. Die Chemieindustrie der Region würde insgesamt von 150000 auf 20000 kahlgeschlagen.

Chemiearbeiter kamen nach Halle, nicht um noch mehr Lügen zu hören, sondern um ein Programm zu finden, das ihre Existenzgrundlage verteidigen kann. Die Zerstörung der Leuna-Werke zusammen mit der ganzen Wirtschaft der DDR ist das direkte Ergebnis der kapitalistischen Wiedervereinigung. Von Anfang an hat allein die SpAD die Wahrheit darüber gesagt, was die Konterrevolution bedeuten wird, und kompromißlos dagegen gekämpft.

Brecht den Würgegriff der SPD/DGB-Bonzen!

Die 8tägige Besetzung des Hennigsdorfer Stahlwerks zeigte, daß ostdeutsche Arbeiter entschlossen sind, ihre Arbeitsplätze zu verteidigen. Wie beim Reichsbahnerstreik 1990 war die Einheit der Arbeiter in Ost und West konkret gestellt. Genau aus dem Grund schoben die SPD-Gewerkschaftsbürokraten Überstunden, um diese Kämpfe auszuverkaufen und die Arbeiter auseinanderzuhalten.

SPD/DGB haben den Arbeiterwiderstand erstickt, während die Treuhand die ostdeutsche Industrie verwüstete. Wie Hoyerswerda zeigte, hat dies fruchtbaren Boden für die Faschisten geschaffen. Am 9. November, Jahrestag der Reichspogromnacht, kündigten sie an, in Halle, im Herzen des Chemie-Dreiecks, aufzumarschieren. Von Leuna und Buna bis Bitterfeld und Ammendorf nahmen Chemie-, Metall- und Eisenbahnarbeiter den von der SpAD unterstützten Aufruf des Komitees für soziale Verteidigung (KfsV) bereitwillig auf: Es ging darum, eine breite Arbeitereinheitsfront-Mobilisierung aufzubauen, basierend auf der Macht der Gewerkschaften, um diese monströse rassistische Provokation zu stoppen! Der DGB in Halle sah sich gezwungen, einen eigenen Aufruf für die Mobilisierung herauszubringen. Doch unter dem Druck der SPD wendete er sich am nächsten Tag um 180 Grad und sabotierte die Einheitsfront. Der Würgegriff von SPD/DGB muß gebrochen werden, um die kämpfende Einheit zu schmieden und die soziale Macht der Arbeiterklasse in Deutschland zu entfesseln.

Sogar ostdeutsche CDU-Abgeordnete wie Manfred Kolbe beschweren sich über die Treuhand mit ihrer „Politik der verbrannten Erde" *(Frankfurter Rundschau,* 17. Januar). In diesen Chor stimmen sowohl SPD-Bundesgeschäftsführer Karlheinz Blessing wie auch die PDS mit ein. Vorher war Blessing Steinkühlers Leutnant im Osten. Dagegen vertritt Rappe den harten rechten Flügel von SPD/DGB. Er benutzte die IG-Chemie-Kundgebung, um die kämpferische Hennigsdorf-Besetzung und Solidaritätsaktionen zu denunzieren. Doch haben die Metall-Bürokraten, die Hennigsdorf, Zwickau und die Stahlarbeiter im Ruhrgebiet ausverkauft haben, mit Horst Klaus auch ihren Vertreter in der Treuhand. Jetzt jammert Blessing: „Wir müssen weg von der Kahlschlagstrategie", und fordert die Treuhand auf, eine „aktive Industriepolitik" zu betreiben. Jeder Kahlschlag der Treuhand ist von SPD-Bürokraten abgesegnet, zwischen den „Genossen" gibt es nur eine Arbeitsteilung.

Weil es unsicher war, ob IG-Chemie-Bonzen die Wut der Arbeiter unter Kontrolle halten könnten, rief die PDS

Fortgesetzt auf Seite 6

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Leuna...

Fortsetzung von Seite 5

die Arbeiter auf, am 18. Januar Rappes Lügen zuzuhören. Dafür kriegte sie kein Lob, sondern antikommunistische Hetze auf Rappes Pressekonferenz. Sie forderte „Treuhand in die Produktion", eine Anspielung auf den bekannten Slogan mit der Absicht, Treuhand und Stasi gleichzusetzen - dieselbe Treuhand, die mehr als die Hälfte der Arbeitsplätze im Osten vernichtete und die auch die PDS enteignete. Von Anfang an versuchte die PDS, die Werktätigen vom Kampf abzulenken mit der Behauptung, man könne die Treuhand reformieren.

PDS, SPD und einige Ost-CDUler wollen, daß die Treuhand die größten ostdeutschen Fabriken übernimmt, sie als staatliche Unternehmen betreibt und so lange „saniert", bis sie profitabel sind und wieder verkauft werden können. So könnte man auch den Fuchs auffordern, den Hühnerstall zu „sanieren". Die Arbeiterschaft würde sowieso drastisch reduziert, die Arbeitsbedingungen würden sich enorm verschlechtern, und die Bourgeoisie würde alles zu Schleuderpreisen in die Finger kriegen. Jetzt geben die bankrotten Reformisten der PDS selbst zu, daß sie wirklich keine Sozialpolitik haben, außer die brutale kapitalistische Konterrevolution als „Sozialstaat BRD" zu beschönigen.

Statt Kampf hat *Neues Deutschland* am 8. Januar den wütenden Arbeitern geraten: „Abwarten, was die Treuhand auf den Tisch legt". Aber diese empfohlene Geduld hat nur das Aus für Leuna-Arbeiter beschleunigt. Die Arbeiter des Chemie-Dreiecks müssen Kampftaktiken wie Betriebsbesetzungen und gewählte Streikkomitees mit der *Macht* der westdeutschen Arbeiter verbinden und sie für ihren Kampf mobilisieren. Der Schlüssel ist eine klassenkämpferische Führung.

Für eine Arbeiterpartei - revolutionär und internationalistisch!

Doch die ostdeutsche Wirtschaft war, trotz der Mißwirtschaft der stalinistischen Bürokratie, kein Schrotthaufen. Mit über 36000 Mitarbeitern im Jahre 1989 erzeugte Leuna mehr als 700 Produkte und entwickelte dabei neue Produkte, die die technische Kapazität der Arbeiter demonstrierten. In den 50er Jahren ist das Leuna-Werk zur Verarbeitung von sowjetischem Rohöl übergegangen. Als dann die Öllieferungen aus der UdSSR nach 1971 schrumpften, erzielte das Werk eine optimale Veredelung des Rohstoffs. Dabei wurde ein Eigenverfahren zum Hydrospalten entwickelt und 1986 auf dieser Basis eine neue rückstandsfreie Erdölraffinerie in Betrieb gesetzt. Darüber hinaus wurden 70 Prozent der Produktion Leunas im Westen verkauft, ihre Zerstörung durch die Treuhand ist also eine rein politische Entscheidung. Hinzuzählen muß man die unschätzbaren sozialen Errungenschaften wie Kinderbetreuung und Gesundheitsversorgung im Betrieb, die von der Treuhand abgeschafft wurden.

Die wirtschaftliche Existenzgrundlage von Millionen ostdeutschen Arbeitern, allen voran den eingewanderten und weiblichen Arbeitern, wird zerstört, und die Arbeiterklasse wird atomisiert durch eine rachsüchtige Bourgeoisie, die jede Erinnerung an den Sieg der Roten Armee und den daraus entstandenen Arbeiterstaat DDR ausmerzen will. Deshalb stoßen die elementarsten Kämpfe, um Arbeitsplätze oder Kinderversorgungseinrichtungen zu retten oder um den Nazi-Terror zu stoppen, auf den geballten Widerstand des *kapitalistischen Staates* und seiner Agenten in der Arbeiterbewegung, der SPD und der Möchtegern-SPD, der PDS.

Die kapitalistische Restauration in Osteuropa und Jelzins Bestreben, die sowjetische Wirtschaft zu versteigern, zerstörten die Handelsbeziehungen Ostdeutschlands. Der Konterrevolutionär Jelzin hat die Öl- und Gaslieferungen an Polen mitten im Winter abgeschnitten. Durch seine Ölraffinerie war Leuna direkt an die Wirtschaft der UdSSR angeschlossen.

Sogar im „reichen" Westdeutschland gibt es einen kritischen Mangel an Kinderbetreuung und Gesundheitsversorgung, an Wohnungen und Schulen, und CDU/SPD unternehmen mit ihrer Kahlschlagpolitik alles, um die Situation noch kritischer zu machen. Die gelernten Fähigkeiten und die Produktivität der ostdeutschen Arbeiter werden dringend benötigt für ein massives Programm von öffentlichen Arbeiten, Betriebsmodernisierung und Umweltsanierung.

Diese Aufgaben erfordern eine zentralisierte Planung auch auf internationaler Ebene. Das ist nur denkbar, wenn die Arbeiterklasse die politische und wirtschaftliche Macht der imperialistischen Bourgeoisie entreißt, deren Rivalitäten die Menschheit wieder einmal einem neuen Weltkrieg entgegenschleudern. Die Verbündeten der ostdeutschen Werktätigen sind die machtvolle westdeutsche Arbeiterbewegung sowie die polnischen und sowjetischen Arbeiter. Die SpAD kämpft dafür, die Partei aufzubauen, die den Kampf für die dringendsten proletarischen Interessen mit der Mobilisierung für die politische Macht verbindet, als Teil des Kampfes für weltweite sozialistische Revolution.«

Schulungsreihe der SpAD

Staat und Revolution
Mittwoch, 19. Februar, 18.30 Uhr

Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!
Mittwoch, 4. März, 18.30 Uhr

Sowjetische Arbeiter brauchen eine bolschewistische Partei! Für proletarisch-politische Revolution gegen Jelzins Konterrevolution!
Mittwoch, 18. März, 18.30 Uhr

Linkstreff, Weddingstraße 6
1000 Berlin 65 (U-Bahnhof Nauener Platz)

KONTAKTADRESSEN

Berlin SpAD, Postfach 51 0655, 1000 Berlin 51
Telefon: Westberlin 4 92 78 66

Halle SpAD, Postlagernd
Hauptpostamt, Halle 4020
Telefon: Halle 2 90 55

Hamburg SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 0231, 2000 Hamburg 11
Telefon: (040)323644

Leipzig SpAD, Postlagernd, Leipzig 7022

SPARTAKIST-TREFFPUNKT

Berlin Mittwoch von 18.00 bis 20.00 Uhr
Linkstreff, Weddingstraße 6
1000 Berlin 65 (U-Bahn Nauener Platz)

Trotzki hatte recht:

Wie der Stalinismus das Erbe der Oktoberrevolution untergrub

Die folgende Rede hielt Jim Robertson, Mitglied des Zentralkomitees der Spartacist League/U.S., amerikanische Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) auf einer Veranstaltung am 17. November 1991 in Kalifornien für den Lenin-Trotzki-Fonds. Sie wurde ßr die Veröffentlichung überarbeitet und erschien zuerst in Women and Revolution *Nr. 40, Winter 1991/92.*

Es gibt zwei große Männer in der russischen Geschichte, die westliche Zivilisation einführten: der eine war Peter der Große und der andere war Lenin. Sie orientierten sich am Westen nicht in dem Sinne, daß sie eine koloniale Abhängigkeit für die russischen Gebiete schaffen wollten, sondern beide sahen die ungeheure Rückständigkeit Rußlands - der eine zu einer Zeit, als die Alleinherrschaft auf der Tagesordnung stand, und der andere, als das Proletariat zu einem bedeutenden Faktor geworden war — und versuchten deshalb, jeder auf seine Weise und zu seiner Zeit, Rußland zu modernisieren.

Im Fall von Lenin geschah dies nicht auf einer nationalistischen Grundlage, nicht um die Türken, die Preußen und die Schweden zu schlagen, sondern um eine neue Weltordnung zu schaffen, wie sie Marx und Engels grob umrissen hatten, in der man die Kämpfe um die Vorherrschaft zwischen den imperialistischen Mächten und die Notwendigkeit für nationale Kämpfe um die Selbstbestimmung oder Unabhängigkeit abschaffen würde. Dies legte die Grundlage für die Kommunistische Internationale. Ich benutze Lenins Namen als Kürzel für die gesamte bolschewistische Partei, deren unangefochtener Führer er war. Bei diesem Bestreben hatte er sehr viele Mitstreiter.

Die moderne russische Geschichte beginnt mit dem Dekabristen-Aufstand von 1825, als Teile des Offizierskorps und die ersten Keime einer am Westen orientierten Intelligenz sich dem erbitterten Widerstand des Zarismus gegenübersahen und Putschpläne schmiedeten. Dies endete damit, daß sie hingerichtet oder nach Sibirien deportiert wurden. Den Dekabristen ging es nicht um die zaristischen Intrigen in Europa — nämlich wie man die Österreicher gegen die Franzosen gegen die Preußen und den Rest ausspielen kann. Sie hatten Schlußfolgerungen gezogen aus Rußlands Erweiterung des Landes um mehrere tausend Kilometer nach Osten; sie waren zum Beispiel begeistert über die Ostexpansion nach Sibirien bis nach Alaska. Ich weiß nicht, ob sie sich über den Grund bewußt waren, warum Rußland um Tausende von Kilometern Land expandieren konnte und dabei die einheimischen Völker einfach absorbierte. Der Grund war, daß die Russen im Pelzhandel engagiert waren, und sie versuchten nicht, die Einheimischen umzubringen oder kulturell umzuwandeln, sondern sie als Hilfskräfte anzuheuern, die tun konnten, was sie schon seit Generationen ihr ganzes Leben lang getan hatten. Es waren einfach gesteigerte Aktivitäten des Jagens und Sammeins, nur diesmal für den Weltmarkt. Aus ähnlichen Gründen, aber ganz entgegengesetzt zu den Praktiken der britischen Imperialisten, vermischten sich die Russen sexuell mit den Einheimischen, die Kinder wurden Iwan genannt und getauft. Es gab also einen Prozeß von organischer Absorption, und daher erstreckt sich die Sozialistische Republik Rußland bis zur Halbinsel Kamtschatka, bis zum Pazifik. Bis heute haben amerikanische baptistische Missionare Schwierigkeiten mit den Aleuten auf den gleichnamigen Inseln, die seit einer Ewigkeit beharrlich an der alten Bibel ihrer Vorfahren festhalten, die nun mal in kyrillischer Schrift, ist.

Der zaristische Hof und sein Gefolge verfolgten eine andere Richtung. Rußland war sicher seit der Zeit von Peter dem Großen ein starker Staat. Die Alleinherrschaft und die Kirche waren dem Zarenreich selbst untergeordnet, und die Adelstitel ergaben sich aus dem Dienst am kaiserlichen Hof und in der Reichsverwaltung. Im 19. Jahrhundert wuchs eine Intelligenzia heran, zusammen mit einer Gegenströmung zum slawischen Mystizismus. Aus diesem Grund kann ich Lenin zu Recht einen westlichen Zivilisator nennen, denn er hat gerade diese reaktionäre Strömung bekämpft, die von einer besonderen slawischen Seele geredet hat und davon, daß man alles Westliche vermeiden müsse.



Wladimir Iljitsch Lenin: Sein Name steht für die bolschewistische Partei, die die Oktoberrevolution führte

Lenin hat einen kleinen Aufsatz geschrieben, „Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus" *(Werke* Bd. 19, März 1913), in dem er über die marxistische Bewegung sagt: „Sie ist die rechtmäßige Erbin des Besten, was die Menschheit im 19. Jahrhundert in Gestalt der deutschen Philosophie, der englischen politischen Ökonomie und des französischen Sozialismus hervorgebracht hat." Dabei bezog er sich auf die wiederholten Revolutionen, die seit 1789 in den Großstadtgebieten Frankreichs stattgefunden hatten. Und er orientierte sich auf das junge, aber sehr konzentrierte Proletariat, das in verschiedenen Teilen des zaristischen Reichs heranwuchs.

Durch die Erfahrung der Revolution von 1905 und durch die Katastrophen, die die russische Regierung im Ersten

Fortgesetzt auf Seite 8



Poster der Roten Armee von 1920 ruft die Rekruten aus der Arbeiterklasse auf, zu lernen, um militärische Führer zu werden. Die Besten des sowjetischen Proletariats gaben ihr Leben im erbitterten Bürgerkrieg

Stalinismus...

Fortsetzung von Seite 7

Weltkrieg mitmachte, gruppierten sich die Bolschewiki neu im Verlauf einer allgemeinen sozialen Revolution, einer sich in die Länge ziehenden Revolution des Volkes. Der Aufstand vom Oktober 1917 war ein Coup, der geplant wurde, nachdem alle Zwischenkräfte versucht hatten, verschiedenerlei Kompromisse zwischen der alten Ordnung und den Bedürfnissen der Arbeiterklasse und, in einem erheblichen Maße, der Bauernschaft zu machen — Bedürfnisse, die nie befriedigt werden konnten. Jede Regierung (am typischsten Kerenski) erfüllte weiterhin ihre Bündnisverpflichtungen gegenüber den Alliierten und schickte weiterhin unaufhörlich Millionen von Männern gegen die beim Morden allzu leistungsfähige deutsche Armee.

Der Coup war sehr erfolgreich — schnell und weitgehend friedlich in Leningrad und genauso kurz, aber nicht ganz so friedlich in Moskau — und wurde überall in der Sowjetunion einfach akzeptiert, bis nach Wladiwostok. Die weißgardistischen Offiziere und deren Berater und Geldgeber von den Alliierten brauchten sechs Monate, um mit der Aufstellung einsatzbereiter Weißer Armeen anzufangen, die dann im Sommer 1918 in den Kampf geschickt wurden. Rußland erlebte einen Bürgerkrieg, der das Land schrecklich geschwächt hat. Die Bolschewiki haben ihn gewonnen: sie hatten die inneren Linien der Kommunikation, und als es darauf ankam, fand die Masse der russischen Bauernschaft, obwohl für sie ziemlich viele Ideen der Bolschewiki nicht allzu verlockend waren, daß das immer noch besser sei als das, was die Zaristen anzubieten hatten.

Aber die russische Industrie war schwer angeschlagen und hatte praktisch aufgehört zu existieren. Die paar hunderttausend Arbeiter, die an der Spitze der Revolution von 1917 gestanden hatten, existierten im großen und ganzen nicht mehr als eine Arbeiterklasse. Sie starben oder sie wurden zur Verwaltung oder besonders zur Armee eingezogen. Es gab keinerlei Rohstoffe für die Fabriken, außer denen, die ausschließlich für den Bürgerkrieg anders verwendet wurden. Als der Bürgerkrieg so gut wie gewonnen war (unter der Politik des Kriegskommunismus, die einfach eine rücksichtslose Beschlagnahmung der bäuerlichen Produkte war), signalisierte der Aufstand von Kronstadt das Ende des Krieges und die wachsende Unzufriedenheit der Bauernschaft. Es war ein Aufstand von Matrosen, von Bauernjungen, die man während des Krieges in diese sichere Gegend gesteckt hatte, um die bolschewistischen Matrosen zu ersetzen, die an die Front gegangen waren oder auf andere Weise der Revolution dienten.

Die Partei der Bolschewiki führte damals schon eine Debatte über einen neuen Kurs, führte aber inzwischen die Politik des Kriegskommunismus aus Trägheit weiter. Der Kronstädter Aufstand markierte den Anfang von rund 50 Jahren alternativer Interpretation der Sowjetunion, wonach sie etwas anderes sei als ein Arbeiterstaat. Zu dem Zeitpunkt begannen die Anarchisten, eine dritte Revolution zu fordern. Eine theoretische Interpretation nach der anderen, daß die Sowjetunion kein Arbeiterstaat mehr sei, wurde in Umlauf gebracht. Wenn die staatskapitalistischen Strömungen die Sowjetunion als Arbeiterstaat abschrieben, stützten sie sich auf etwa drei verschiedene - und zwar mehr oder weniger zueinander entgegengesetzte — Punkte eines qualitativen Abweichens.

Inzwischen ging in der UdSSR etwas sehr Schlimmes vor. Ohne den politischen Ballast des Proletariats erlebten alle Parteien außer den Bolschewiki mehr oder weniger eine Polarisation (ausgenommen Martows Linke Menschewiki, die immer noch den Mittelweg hinuntertaumelten). Einige Gruppen wurden einfach konterrevolutionär, während der andere Flügel, wie einige Linke Sozialrevolutionäre und einige Linke Menschewiki, zur Partei der Bolschewiki überwechselte. So wurde die bolschewistische Partei zum Hüter solcher revolutionären Tugenden, wie sie in der Sowjetunion weiter existierten. Doch inzwischen fand in der Sowjetunion eine Entartung statt, zusammen mit verschiedenen persönlichen Veränderungen.

Der Tod von Swerdlow und die Krankheit von Lenin ermöglichten in erheblichem Maße die Konzentration der administrativen Macht in den Händen einer recht unbedeutenden Figur, bekannt als J.W. Stalin. Eigentlich war er ein Georgier namens Dschugaschwili, aber wie manche Personen aus Halbkolonien war er ein größerer Vertreter des großrussischen Chauvinismus als der normale Russe. Im Herbst 1923 führten der wachsende Druck des wirtschaftlichen Durcheinanders, die Desorganisation der Bauernschaft und der Mangel an Industrieprodukten zur „Scherenkrise", wie es Trotzki nannte. Wenn die Schere geschlossen ist, dann liegen die Preise für Industriegüter und Agrarprodukte dicht beieinander. Aber wenn die Preise für Industriegüter steigen und für Agrarprodukte fallen, öffnet sich die Schere,

und bei den Bauern gibt es wachsende Unzufriedenheit.

Also gab es eine große Debatte in der bolschewistischen Partei. Die Debatte wurde rasch abgewürgt; bis dahin hatte die Bürokratie in der Sowjetunion genügend Selbstbewußtsein entwickelt, um damit anzufangen, gemeinsam vorzugehen. Im Januar 1924 gab es eine Parteikonferenz, wo die Bürokratie, um der Partei ihre Faust zu zeigen, den Delegiertenschlüssel völlig willkürlich festlegte. Starke Kräfte der Kommunistischen Partei in Leningrad und Moskau standen in Opposition zur Verwaltung, die damals — Lenin war außer Gefecht — in den Händen von Sinowjew, Kamenew und Stalin lag. Diese drei bildeten eine „Troika", wie man es nannte, ein Dreiergespann.

Nachdem sie diese administrative Kontrolle sichergestellt hatten, begannen die Jungs an der Spitze schnell neue Theorien zu entwickeln. Das Scheitern der deutschen Revolution - auf die Lenin gerechnet hatte als den Beginn der notwendigen internationalen Ausweitung der Revolution - 1918/19 und 1923 trieb in der Sowjetunion den Umschwung nach rechts voran. Im Herbst 1924 brachte Stalin die äußerst typische Idee vor: „Wir werden den Sozialismus in Rußland allein aufbauen". In diesem fürchterlich armen und zerstörten Land sollte irgendwie der Sozialismus aufgebaut werden. Der Ideologe Bucharin fand Gefallen daran. Seine Vorstellung war, daß man den Sozialismus nicht nur in einem einzigen Land aufbauen kann, sondern auch im Schneckentempo, völlig unabhängig vom Weltmarkt und von den wirtschaftlichen und militärischen Gelüsten der Imperialisten. Es war Isolationismus hoch drei.

Es gab eine ganz erhebliche Umgruppierung derjenigen, die dies ablehnten und darauf bestanden, daß das Schicksal der Sowjetunion aufs engste verbunden ist mit internationalen und revolutionären Entwicklungen. Trotzki war einfach die bekannteste Persönlichkeit. Das Ergebnis der 20er Jahre bestand aus Machtmanövern: zuerst die Isolierung und Zurückstufung von Sinowjew und dann schließlich von Bucharin. Doch es war eine Zeit von relativer sozialer Freiheit für die Massen, in der die Verwaltung es an der Spitze auskämpfte, und die Stalinfraktion ging siegreich daraus hervor.

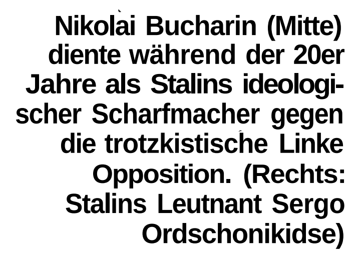
Deren Triumph Ende der 20er Jahre erzeugte einen enormen totalitären Würgegriff über die sowjetische Gesellschaft, was sich praktisch auf jedes menschliche Betätigungsfeld erstreckte. (Das einzige, von dem ich denken kann, daß es davon ausgenommen war, ist die Musik. Stalin hat viele Dichter umgebracht, weil er sich ungefähr vorstellen konnte, was die Dichtung bedeutete; wenn es etwas Falsches bedeutete, wurde man eliminiert. Er konnte die Komponisten nie ganz kriegen, denn das war ein bißchen schwer verständlich. Aber er zwang den musikalischen Künsten eine solche Struktur auf, daß es den bitteren Witz gab, daß nichts veröffentlicht wird, wenn Stalin es nicht pfeifen kann.) So hatte sich diese ziemlich hohlköpfige Bürokratie um eine Fraktion herum konsolidiert. Dies gab den Menschewiki und Anarcho-Syndikalisten, die neue Gründe finden wollten, um den russischen Staat abzuschreiben, da er im Grunde kein Arbeiterstaat sei, zusätzliche Impulse.


LY. Leonidow

Lenin und Trotzki unter Delegierten zum 10. Kongreß der Russischen KP im März 1921. Delegierte halfen, den Kronstadt-Aufstand zu zerschlagen, der mit den Konterrevolutionären der Weißen verbündet war

In Stalins Augen war alles schrecklich schwierig. Zuerst hatte er es mit seinen Verbündeten zu tun, die berühmter waren als er, und er wurde sie los. Dann glaubte seine eigene Fraktion mehr oder weniger an die Doktrin vom Sozialismus in einem Land, so wie sie zuerst formuliert worden war, und sie waren ein wenig idealistisch. Sie fingen an, einen Kerl namens Kirow zu mögen; der wurde 1934 erschossen, was Stalin sehr gelegen kam. Sofort gab er seinen Gegnern die Schuld dafür. 1934 hatte die russische KP den 17. Parteitag, auf dem viele Stimmen nicht für Stalin abgegeben wurden. Die Partei hatte bis 1939 keinen weiteren

Fortgesetzt auf Seite 10



Nikolai Bucharin (Mitte) diente während der 20er Jahre als Stalins ideologischer Scharfmacher gegen die trotzkistische Linke Opposition. (Rechts: Stalins Leutnant Sergo Ordschonikidse)


AP


Victoria *and* Albert Museum


Preußischer Kulturbesitz

Links: Dorfältesten-Versammlung 1910, Frauen im Hintergrund: Armut, Unterdrückung waren vorherrschend in Rußland. Stalinistisches Dogma des „Sozialismus in einem Land" verherrlichte Rückständigkeit und verriet internationale Revolution. Rechts: Bolschewik! organisierten Unterricht für Frauen und Männer auf einem Kolchos in den 20er Jahren

Stalinismus...

Fortsetzung von Seite 9

Parteitag, und kaum jemand, der auf dem Parteitag von 1934 gewesen war, war noch am Leben. Die Konsolidierung einer totalitären Bürokratie, die sehr schwächlich und mörderisch war, zusammen mit den weitreichenden, ungeheuren Säuberungsprozessen, bedeutete die Liquidierung der Führungsspitzen von Wirtschaft, Armee und so weiter. Das Ergebnis war die Verurteilung von Millionen Männern und Frauen zu Haftstrafen in Zwangsarbeitslagern, was ein wichtiger Faktor wurde.

Also wurden wieder neue Interpretationen der Sowjetunion gemacht. Zu Beginn des New Deals schrieben zwei Leute namens Berle und Means ein einflußreiches Buch, in dem sie sagten, daß der amerikanische Kapitalismus nicht mehr den Kapitalisten gehört, sondern statt dessen den Managern der amerikanischen Industrie, und die Kapitalisten, denen die Aktien gehören, seien bloß Parasiten. Als eine Beschreibung der alltäglichen Operationen des amerikanischen Kapitalismus eignet sich dies so wie jede andere. Doch wenn es in einer Aktiengesellschaft zum Fraktionskampf kommt, dann lernt man sehr schnell, daß sie nicht den Managern, sondern in Wirklichkeit den Anteilseignern gehört. Aber Shachtman und Burnham in der amerikanischen trotzkistischen Bewegung haben wahrscheinlich von diesem Keim ihre Idee her, daß die Leute, die die sowjetische Gesellschaft leiten, die Eigentümer der Produktionsmittel sind. In Amerika war diese Vorstellung - „bürokratischer Kollektivismus" genannt — eine ganze Zeit lang bei revisionistischen Elementen vorherrschend. Sie hat nie in England Fuß fassen können, wo verschiedene Formen von staatskapitalistischen Ideen dominierten; daß nämlich der sowjetische Staat selber der einzige Kapitalist sei. Diese Idee hat mich nie gereizt, denn Kapitalismus ist verbunden mit der Entwicklung von Mehrwert, von Ausbeutung; und die Sowjetunion setzte ihre Arbeitskräfte auf der Grundlage von administrativen Entscheidungen ein, und zwar ziemlich unabhängig von möglichen finanziellen Erträgen. Aber bis auf den heutigen Tag denken die gegenwärtigen britischen Zentristen, die linken Kritiker der Labour Party und die Neulinken in der Richtung „Staatskapitalismus".

Trotzki entwickelte die Analyse der Sowjetunion, daß sie ein degenerierter Arbeiterstaat ist, in dem die politischen Kommandohöhen von einer Bürokratie erobert worden sind, die von Natur aus instabil und polarisierbar ist. Diese Bürokratie stellte eine Art Brücke dar zwischen der Basis, nämlich der Sowjetunion, die aus der Revolution und dem Bürgerkrieg hervorgegangen war, und einer Serie von Übereinkommen mit den imperialistischen Mächten. Daher hat Sozialismus in einem Land eine sehr wichtige Folgerung. Wenn Sozialismus in nur einem Land existieren wird, welche Rolle hat dann die Arbeiterklasse in der übrigen Welt? Die Antwort heißt, den Sozialismus in diesem einen Land dadurch zu verteidigen, daß man angeblich freundliche Kapitalisten findet, mit denen man gemeinsame Wahlbündnisse oder Parteien bilden kann, im Gegensatz zu den feindseligen und bösen Kapitalisten, die der Sowjetunion etwas Schlechtes antun wollen. Das ist die Grundidee, die in der amerikanischen Kommunistischen Partei heute immer noch wirkt. Danach gibt es fortschrittliche Demokraten und böse reaktionäre Republikaner.

All dies war ein ganz langsamer Prozeß. Stalin starb, sie kriegten den Halb-Reformer Chruschtschow, persönlich eigentlich ein anständiger Kerl. Er scheint der einzige sowjetische Führer an der Spitze gewesen zu sein, der nicht persönlich in den blutigen Massenterror verwickelt war. Doch vielleicht war er nicht allzu fähig dafür. Zumindest blieb er nicht sehr lange an der Macht, aber er sagte schon ein Stück der Wahrheit über die Vergangenheit. All dies ist natürlich implizit ein starker Beweis dafür, daß die Bürokratie keine besitzende Klasse war und ist. Um zu besitzen, muß man erben können. Aber wenn in Rußland ein Bürokrat von seinem Job gefeuert wird, dann ist es genau wie bei der Ford Motor Company — man ist gefeuert, man ist draußen, und das war's. Hat man Glück, bekommt man schließlich eine sehr kleine Rente, und hat man Pech, wird man als Verräter erschossen. Dies war also keine Klasse, denn sie bot nicht die Vorzüge des Eigentums, die sehr real sind und bis jetzt in jeder Gesellschaft real gewesen sind.

Unter Breschnjew, was man jetzt Stagnationsperiode nennt, lief alles recht gut. Doch es gab keinen wirklichen Terror mehr. Wenn man ein Dissident war, wurde man vielleicht ein bißchen schlecht behandelt, man verlor seinen Job, wurde für ein paar Monate zur Umerziehung weggeschickt, dann kam man wieder zurück, hing in Moskau her-

um und schrieb Samisdat. Im allgemeinen gab es ein allseitiges Abkommen, daß man nach Stalins Abgang, und der Erschießung seines Herkersknechts Berija (der Chef des KGB), als britischer Agent seit 1919, sich dies nicht mehr antun wollte, daß es zu hart war.

Außerdem hatten Veränderungen stattgefunden. Man hatte schon eine Generation von Bürokraten mitgemacht, die anfingen als ziemlich aufgeweckte, ungebildete, ehrgeizige Bauern, die das Wohlwollen ihrer Chefs fanden. Sie gingen ans Werk und arbeiteten hart, doch dann hatten auch sie Kinder — und die Kinder hingen in den großen Zentren des Landes herum, weil sie nicht zurück aufs Land gehen wollten. Sie kriegten einen hohen akademischen Grad an der Moskauer Uni und ähnlichen Instituten. Sie sind die neue Intelligenzia. Und sie schauen auf den Westen, nicht in dem Sinn, daß sie von ihm lernen wollen, sondern um ihn versöhnlich zu stimmen und um Konsumenten zu werden mit einem Haus auf einem Hügel irgendwo bei Los Angeles. Und das erklärt im großen und ganzen die soziale Basis von Jelzin.

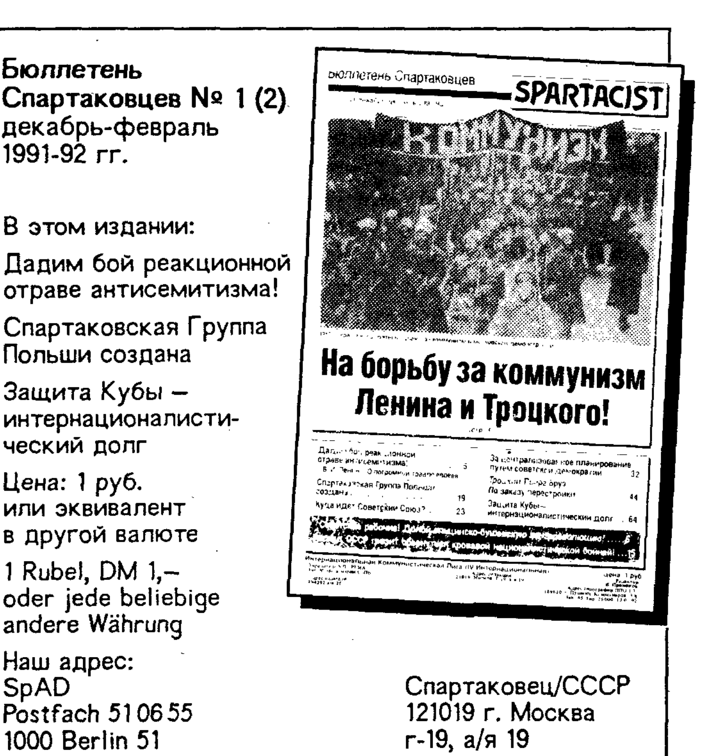
Die Russen sind für eine sehr lange Zeit abgeschottet gewesen, und sie sind recht unbedarft. Sie glauben, daß jede Kritik an den USA eine Lüge der Bürokratie ist, weil sie oft belogen worden sind, so wie ihnen auch oft die Wahrheit gesagt worden ist. Sie denken, daß man sich einfach dem Westen anschließen kann. Nun ja, man kann sich dem Westen anschließen, stimmt, wie Brasilien oder Mexiko. Und genau das würde die Weltbourgeoisie gern mit der Sowjetunion machen. Aber sie haben ein Problem: Es war profitabel für die USA, jedes Jahr zig Milliarden Dollar für Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion auszugeben, aber niemand will in Rußland Kapital reinstecken, denn die Aussicht, Profit herauszuholen, ist sehr ungewiß. Daher fließt nach ganz Osteuropa sehr wenig Geld, außer daß die Deutschen eine Infrastruktur in Ostdeutschland instandsetzen und wiederherstellen, nachdem sie seine industrielle Basis zerstört haben. Und wenn die Polen kein Geld kriegen können, dann wird es auch für die Russen nicht so einfach sein.

Die osteuropäischen Länder sind jetzt neokapitalistisch ohne Kapital. Es spielt keine Rolle, daß sie es nicht geschafft haben, irgendwelche Fabriken zu entstaatlichen, weil niemand irgend etwas kaufen will — die Kapazitäten der Industrie sind nicht besonders gut, und außerdem ist es eine stürmische Gegend. Aber Rußland hatte eine eigene proletarische Revolution. Das historische Gedächtnis des Proletariats ist in schlechtem Zustand, aber nicht völlig ausgelöscht. Stalin schuf das Stachanow-Programm, bei dem man angeblich danach bezahlt wurde, wie hart man arbeitet. Die Vorstellung von Gleichheit ist im sowjetischen System ein bestimmendes Gefühl bei großen Massen. Für sie bedeutet die Vorstellung vom Privateigentum an den Produktionsmitteln buchstäblich so etwas wie *reiner Diebstahl.* Das ist also für das russische Proletariat, das jetzt ein viel größerer Teil der sowjetischen Gesellschaft ist, etwas gewesen, das nie ankam. Mittlerweile sammeln die Jelzin-Kräfte schnell jeden, der Ungleichheit und Verelendung für die Massen einführen will und für die wenigen den Status einer Bourgeoisie, die mit dem Westen auf gleicher Stufe steht (ein halbutopisches Ziel). Jelzin ist ein wirklich abscheulicher Charakter, der zum Beispiel zu den antisemitischen Faschisten von Pamjat schon seit langem Beziehungen hat. Seine Hauptkampagne ist die baldige, schnelle und brutale Kapitalisierung der UdSSR, auf Kosten der Teilrepubliken, die außerhalb von Rußland selbst liegen.

Die Sache ist also noch nicht völlig gelaufen in der Sowjetunion. Am 74. Jahrestag der Oktoberrevolution begann die Arbeiterklasse, in Mißachtung der Behörden und ohne offizielle Genehmigung, ihren Kopf zu erheben und Forderungen aufzustellen. Nicht alle waren sehr appetitlich, denn es gibt einige Nationalisten, die den Juden für alles die Schuld geben wollen, auch für die Wall Street. Aber es gibt auch einige Internationalisten: als wir also intervenieren, als wir Ärger kriegen mit einigen Leuten, die uns verprügeln wollen, gibt es auch immer Gruppen, die kommen und uns verteidigen. Besonders die Mobilisierung in Moskau war sehr groß, rund 90000 Menschen. Und dies trotz der Drohungen von Popow, dem liberalen Bürgermeister von Moskau, der noch bis wenige Stunden vor der Demonstration gesagt hat, daß er sie nicht zulassen werde.

Es ist ziemlich wichtig; die sowjetische Arbeiterklasse in Aktion zu bringen, und zwar in einer zutiefst politischen und bolschewistischen Richtung. Es geht nicht um rein ökonomische Fragen: einen besseren Abschluß der Gewerkschaft, um vom Management ein paar Rubel mehr zu kriegen. Denn offensichtlich — und das ist auch für die Russen offensichtlich - steht das Schicksal des ganzen Landes auf dem Spiel. Während die früheren Leute, die Gorbatschow ernannte, Liberale waren, waren die späteren eher konservativ, und sie spalteten sich ab und versuchten im letzten August, einen Putsch durchzuführen, was ein katastrophaler, isolierter Fehlschlag war. Sie kehrten der Arbeiterklasse den Rücken, und der Putsch brach zusammen. Aber die Jelzin-Anhänger haben noch nicht die vollständige Kontrolle. Wir haben es nicht mit einer totalitären Bürokratie zu tun, sondern mit einer zerfallenen. Es gibt alle möglichen bürokratischen Hindernisse, während gleichzeitig sehr zwielichtige Unternehmer unsere Sachen drucken werden - wie auch sonst alles -, für eine ganz erhebliche Menge Dollar.

Es gibt eine Öffnung für uns; die Polizei pocht nicht an deine Tür. Wir wollen dies sehr stark ausnutzen gegen diejenigen, die die Restauration des Kapitalismus betreiben, und wollen uns am Kampf beteiligen unter denjenigen, die gegen die Kräfte einer kapitalistischen Restauration sind, und gegen diejenigen, die wie die großrussischen Chauvinisten an Mütterchen Rußland glauben, an „Schlagt den Jid" und an die Unterdrückung der Teilrepubliken. Wir finden eine beträchtliche Basis von Unterstützung für unsere Position für eine leninistisch-trotzkistische Partei, das heißt für eine politische Revolution in der Sowjetunion.«



Interview mit sowjetischen Frauen

Die bolschewistische Revolution hat für die Frauen Gleichheit vor dem Gesetz gebracht und setzte sich für deren vollständige Emanzipation ein. Es wurden besonders Anstrengungen unternommen, um die Institution der Familie durch Vergesellschaftung von Kinderbetreuung und Hausarbeit zu ersetzen. Wenn auch die stalinistische Degeneration der Revolution später viele der sozialen Errungenschaften, die Frauen in der Sowjetunion erreicht hatten, unterminiert oder rückgängig gemacht hat, so sind kostenlose Kinderbetreuung, kostenlose Abtreibung und kostenlose Ausbildung von den sowjetischen Frauen schon seit langem als ihr Recht angesehen worden. Die drohende Konterrevolution von Jelzin gegen die noch übriggebliebenen Errungenschaften des Oktober würden Massenarbeitslosigkeit und Kettung an den Haushalt für diese Frauen bedeuten.

Am 31. Oktober 1991 hat Women and Revolution *(die Zeitung der Kommission für Frauenfragen des ZK der SLI U.S., der amerikanischen Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga [Vierte Internationalisten]) mit zwei sowjetischen werktätigen Frauen ein Gespräch geführt: Tania, deren Großonkel ein Bolschewik war, arbeitet in einem technischen Zeichenbüro und ist eine Unterstützerin der IKL; Ludmila ist eine Künstlerin und nimmt regelmäßig an der Menschenkette zur Verteidigung des Lenin-Museums teil. Sie sprachen über die widersprüchlichen Erfahrungen für Frauen unter dem Stalinismus, von den enormen Verschlechterungen der sozialen Verhältnisse, die Arbeiter und Frauen bereits unter Gorbatschow und Jelzin erleiden mußten, und ihrem lebenslangen Engagement für ihre kommunistischen Überzeugungen. Im folgenden drucken wir eine überarbeitete Übersetzung unserer Diskussion mit ihnen aus* Women and Revolution *Nr. 40, Winter 1991/92 in leicht gekürzter Fassung ab.*

W&R: Erzählt uns etwas über die Situation von Arbeiterinnen und über die Arbeiterklasse im allgemeinen.

Tania: Eine Frau wird hier acht bis neun Stunden täglich durch ihre Arbeit in Anspruch genommen. Wenn sie morgens um sieben zur Arbeit geht, dann kommt sie zumeist um sieben am Abend wieder nach Hause. Ich bin Mutter zweier Töchter und ich sehe sie praktisch nie. Auch nur die Lebensmittel zu besorgen, verschlingt enorme Zeit. Nach 19 Uhr gibt es in den Läden praktisch nichts mehr außer Mehl. Keine Milch, kein Brot. Womit ich morgen meine Kinder ernähren werde, weiß ich wirklich nicht.

Bei der Arbeit bin ich total übermüdet. Unsere Industrien sind völlig desorganisiert, und es gibt nur sporadisch etwas zu tun. Eine Frau kann in der Industrie nur sehr wenig verdienen, denn alle führenden Positionen sind in der Regel von Männern besetzt. Die breite Masse der Frauen macht die am niedrigsten bezahlte, arbeitsintensivste, anstrengendste und monotonste Arbeit. Unsere Löhne sind im allgemeinen erbärmlich. Wer in einem staatlichen Unternehmen arbeitet, bekommt höchstens 400 Rubel im Monat.

W&R: Was bedeutet das im Augenblick?

Tania: Jelzin und Popow sagen, daß das Minimum für jemand, der jetzt in Moskau lebt, 521 Rubel sind. Wir sind nicht sehr viel besser dran als die Arbeitslosen. Wir haben nicht einmal genug zu essen.

Ich arbeite im Augenblick für eine technische Einrichtung, ein Entwicklungsbüro. Wir haben eine ganze Menge hochqualifizierter Leute, auch Frauen. Man sagt uns bei der Arbeit: Wer bittet euch eigentlich zu bleiben? Los, geht doch nach Hause, macht die Wäsche, macht sauber, näht, bleibt zu Hause. Lebt von euren Ehemännern. Der Zustand der Industrie in diesem Land ist so miserabel, daß es keinen Bedarf mehr gibt für Frauenhände, ihre Köpfe und ihren Verstand - sie werden einfach nicht gebraucht. Es gibt kaum genug Arbeitsplätze für die Männer. Sollen also diese Frauen jetzt nach Hause gehen, Socken stricken und Piroggen backen?

Bei der Arbeit drehen sich die Gespräche nur darum, wie und wo man Lebensmittel herbekommt. Wir haben immer noch unsere Flüsterpropaganda. Wir funktionieren wie eine Art Informationsnetz: dieses oder jenes Unternehmen ist geschlossen, du mußt pünktlich bei der Arbeit sein, darfst erst zur vorgeschriebenen Zeit gehen, du kannst während der Arbeitszeit nichts machen.

Aber es ist hier nicht immer so gewesen. Es muß betont werden, daß all dies '87 begonnen hat. Ich glaube, daß das, was die Frauen in unserem Land unter Jelzin erwartet, eine drastische Verschlechterung ihrer Situation sein wird. Gerade jetzt, im Übergang zu einem anderen wirtschaftlichen System, sind wir mit der Tatsache konfrontiert, daß sie Massenentlassungen vorbereiten, und es werden die Frauen sein, die als erste rausgeschmissen werden.

Jelzin plant die Auflösung der Kolchosen, wo die Mehrheit der Werktätigen Frauen sind. Was sie dann machen werden, wohin sie dann gehen werden, niemand weiß das. Auch wenn es harte Arbeit war, sie konnten sie machen und jeder der es wollte, hatte das Recht dazu, dort zu arbeiten. Was werden sie jetzt tun, wird man ihnen etwas Land verpachten, werden sie das Geld haben, um Geräte kaufen zu können oder Vieh, um es selber zu mästen?

W&R: Um den Frauen die Möglichkeiten zu schaffen, uneingeschränkt in der Gesellschaft mitbestimmen zu können, ist es unbedingt erforderlich, die soziale Ungleichheit zwischen Mann und Frau zu beseitigen. Das Programm der Bolschewik! beinhaltete auch die Ersetzung der Familie durch Einrichtungen der vergesellschafteten Kinderbetreuung und andere Maßnahmen. Natürlich gibt es einen Widerspruch zwischen dem Programm der Bolschewiki und der weiteren Entwicklung der Frauenfrage in der Sowjetunion unter Stalin.

Ludmila: Nach der bolschewistischen Revolution wurden den Frauen sehr große Möglichkeiten geboten. Sie konnten genauso wie Männer die Schule besuchen und die gleiche Art von Ausbildung bekommen. Verheiratete Frauen konnten auch jede Arbeit bekommen, für die sie die notwendigen Fertigkeiten besaßen. Der Staat half ihnen mit aller sozialer Unterstützung, ihre Kinder aufzuziehen.

W&R: Könnt ihr uns etwas über Abtreibung erzählen?

Ludmila: Die Oktoberrevolution garantierte Frauen das Recht auf Abtreibung, aber Stalin hat ihnen dies 1936 verboten, und sie war erst nach Stalins Tod wieder erlaubt. Unter Breschnjew gab es einige wohlbekannte Probleme. Ärzte pflegten den Frauen Abtreibungen wieder auszureden, besonders verheirateten Frauen. Es wurde als Pflicht für Frauen angesehen, Kinder in die Welt zu setzen, egal ob sie dies wollten oder nicht. Als ich 20 war, habe ich nur deshalb eine Abtreibung bekommen, weil mein Mann und ich nicht offiziell verheiratet waren. Abtreibungen waren ziemlich billig; man mußte nur fünf Rubel dafür bezahlen.

Aber seitdem ist der Preis dafür regelmäßig jedes Jahr erhöht worden. Im Augenblick sind Operationen immer noch erlaubt, aber die Ärzte in Frauenkliniken versuchen, es jungen Frauen auszureden, indem sie ihnen einreden, daß sie dann keine Kinder mehr bekommen könnten, obwohl dies nicht stimmt.

W&R: Ist es hier in der Sowjetunion schwierig, Verhütungsmittel zu bekommen?

Tanla: Wir haben in den Gesundheitszentren für Frauen nie Informationen über Verhütungsmittel bekommen. Ich bin mir nicht sicher, ob dies bewußt geschah oder aus Mangel an Qualifikation. Kondome werden nur zu sehr hohen Preisen auf dem freien Markt verkauft. Es gibt nur eine Methode, mit der Frauen die Empfängnis verhüten können. Es gibt eine Tabelle, mit der man die sicheren Tage berechnen kann, an denen eine Frau nicht schwanger werden kann. Insgesamt gibt es nur rund fünf gefährliche Tage. Während einer ganz schön langen Zeit haben sie in der Sowjetunion eine fehlerhafte Tabelle verbreitet.

Ludmila: Wie Tania gesagt hat, Frauen leiden als erste unter dem allgemeinen Zusammenbruch der Wirtschaft; so gibt es jetzt vor allem viel mehr Heiraten aus wirtschaftlicher Notwendigkeit, als es früher üblich war. Vor 1987 hatten wir eine kostenlose medizinische Versorgung, wir hatten kostenlose Ausbildung, kostenlose Kinderbetreuungseinrichtungen. Jetzt planen sie, Wohnungen für Unsummen zu privatisieren, und es gibt einen Anstieg der Zahl extrem teurer Organisationen. Es ist kompliziert, Zugang zu ihnen zu finden, aufgrund der Art und Weise, in der die Gesellschaft eine Differenzierung zwischen den „Besitzenden" und den „Habenichtsen" durchläuft.

Immer häufiger gibt es Fälle, in denen eine Frau keine Abtreibung bekommen kann: entweder hat sie kein Geld, oder jemand redet es ihr aus. Früher waren solche Fälle praktisch unbekannt, aber jetzt findet man oft ermordete Babys. Wenn sie soweit gehen und die Abtreibung überhaupt verbieten (was passieren kann, besonders weil die russisch-orthodoxe Kirche Abtreibung verbietet), kann es sein, daß die Zahl solcher Fälle steigt.

Wenn Jelzin und Gorbatschow einen vollständigen Sieg erringen, werden unsere Kinder nie eine höhere Bildung bekommen. Warum? Der gesamte Studiengang wird 35 000 Rubel kosten, die im voraus bezahlt werden müssen. Für eine mittlere Kunstakademie wollen sie eine Gebühr von 10000 für vier Jahre erheben. So werden unsere Kinder nicht in der Lage sein zu studieren, und das obwohl die Sowjetmacht kostenlose Ausbildung geboten hat.

Tania: Eine Ausbildung an einer juristischen Fakultät wird nach den jetzigen Schätzungen 50000 bis 70000 kosten. Ein normaler Mensch, der Geld durch seine eigenen Hände, seine eigene Arbeit verdient, nicht durch die Ausbeutung von Lohnarbeit, kann solche Summen in seinem gesamten Leben nicht verdienen. Unsere Kinder werden nur lesen und schreiben lernen, so wie es vor der Revolution 1917 war. Sie werden nur in der Lage sein, der Oberschicht zu dienen.

Ludmila: Der entscheidende Zeitpunkt war 1987, weil zu der Zeit in unseren Massenmedien die Propaganda für den kapitalistischen Lebensstil begann.

Tania: Seit 1991 hört man es jede Minute im Radio: Wie wir endgültig mit dem Sozialismus gebrochen haben, mit dem Mythos des Kommunismus, wie wir endlich den Kapitalismus aufbauen, wie wir es schon immer gewollt hätten. Und alle Sendungen, an die sich die sowjetische Bevölkerung gewöhnt hatte, sind verschwunden. Wir haben Zensur einer besonders bösartigen Art, würde ich sagen. In jeder Hinsicht genauso schlimm wie zu Stalins Zeit.

Ludmila: Kein einziges prokommunistisches politisches Ereignis findet in den Massenmedien ein Echo, abgesehen von zwei oder drei Zeitungen.

Tania: Zur Zeit des sogenannten Putsches, wie wir ihn nennen, gab es einfach eine Konterrevolution, und zwar eine Jelzin/Gorbatschow/Bush-Konterrevolution nach einem Drehbuch aus dem Weißen Haus der USA. Es gab einen Artikel in der *Prawda*, daß Bush über eine direkte Telefonverbindung mit Jelzin über alles informiert war, was in Moskau passierte.



Bolschewik! organisierten Arbeiterfrauen durch die Zeitschrift *Rabotnitsa (Die Arbeiterfrau).* Abgebildet die Redaktion 1917

Ludmila: Wenn sie ihren endgültigen Sieg erreichen, werden wir all die sozialen Leistungen verlieren, die wir ausschließlich der Oktoberrevolution verdanken.

W&R: Die Bblschewiki dachten, daß es die Privatangelegenheit der Frau ist, ob sie verheiratet ist oder nicht. Gibt es hier jetzt irgendwelche Schwierigkeiten mit Scheidungen?

Ludmila: Eine Errungenschaft der Oktoberrevolution war die völlige Freiheit, einen Ehevertrag zu schließen, wie auch, ihn aufzulösen — sofort, wenn es gewünscht wurde. Man brauchte nur seinen Wunsch zu äußern. Jetzt ist die Frist für die Anmeldung einer Heirat hier in der UdSSR auf einen Monat festgesetzt, aber eine Scheidung dauert eine ganze Weile länger. Darüber hinaus ist der Betrag, den man für eine Scheidung bezahlen muß, ständig angestiegen. Eine Scheidung zu bekommen, ist eine ziemlich schwierige Angelegenheit. Es fängt mit einem langen Gerichtsprozeß an, in dem ein Versuch unternommen wird, die beiden Seiten zu versöhnen. Es wird ein Versuch gemacht, um jeden Preis die Familie zu erhalten, egal ob sie unglücklich war oder nicht funktionierte.

Tania: 1982 mußte jede Seite etwa 50 Rubel zahlen. Bis zum 1. April 1991 mußte jede Seite 300 Rubel bezahlen. Was der Betrag heute ist, wissen wir nicht. •

Ludmila: Man zahlt eine staatliche Abgabe. Es ist eine Scheidungssteuer. Wenn man das Anwachsen der Macht der orthodoxen Kirche in diesem Land in Betracht zieht, kann man die Möglichkeit nicht ausschließen, daß sie zur Staatsreligion wird. Es kann sehr wohl passieren als Ergebnis der Stärkung des Einflusses der orthodoxen Kirche, daß nur die kirchlich sanktionierte Ehe anerkannt wird, bei der es kein Scheidungsrecht gibt.

W&R: Die Bolschewiki wandten sich auch gegen die Dis-

Fortgesetzt auf Seite 14

Sowjetische Frauen...

Fortsetzung von Seite 13

kriminierung von Homosexuellen. Sie dachten, daß keine Maßnahmen gegen nicht-traditionelle sexuelle Neigungen unternommen werden sollten. Jetzt existiert Diskriminierung von Homosexuellen.

Ludmila: Lesbierinnen werden nicht bestraft, aber männliche Homosexualität wurde während der Stalin-Ära in das Strafgesetz aufgenommen, und das ist bis heute nicht wieder



Nowosti

Frauen-Fliegerregiment der Roten Armee, mutige „Nachthexen", fügten Nazi-Luftwaffe schwere Schläge zu

entfernt worden. Man kann zu bis zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt werden.

W&R: Eine sehr wichtige Zeitung der Bolschewik! war *Rabotniza (Die arbeitende Frau).* 1917 waren während der kapitalistischen Reaktion nach den Julitagen die meisten Zeitungen der Bolschewiki verboten, und es war nur möglich, *Rabotniza* herauszugeben, die das Hauptorgan der Bolschewiki wurde. Es gab viele weibliche Organisatoren. Lenin bemerkte in seiner Rede zum zweiten Jahrestag des Oktober, daß die Oktoberrevolution ohne die Hilfe und Unterstützung der Frauen nicht hätte durchgeführt werden können.

Aber man sieht hier ziemlich selten eine Frau in der Politik. Was haltet ihr von der Rolle der Frauen in der Politik?

Tania: Ich arbeite in einer großen Organisation von bis zu 1500 Menschen. Üblicherweise arbeiteten dort eine Menge Frauen. Wir hatten etwa 400, die Kommunisten waren. Von denen waren über 100 Frauen. Also haben die Frauen, allgemein gesprochen, teilgenommen. In unserem Land nehmen Frauen eine aktivere Rolle ein als Männer, wenn es um irgendwelche sozialen Belange geht.

Aber einer Frau werden auf der mittleren Ebene Hindernisse in den Weg gestellt. Bei ihrer Arbeit spielt sie eine aktive Rolle, aber sie wird einfach nicht weiter aufsteigen. Die wichtigeren Positionen, was wir die Sahne nennen, die sind von Männern eingenommen. Sie haben all die Dreckarbeit, all die tägliche Plackerei den Frauen überlassen.

W&R: Natürlich wißt ihr von der heroischen Rolle, die sowjetische Frauen im Zweiten Weltkrieg gespielt haben im Kampf gegen den Faschismus. Unsere Zeitschrift hat über die Fliegerinnen berichtet, die in einem Buch mit dem Titel *Night Witches* beschrieben werden.

Ludmila: Das war das Frauen-Fliegerregiment von Marina Raskowa. Bis 1987 gab es in diesem Land eine Menge von Sendungen darüber. Diese Pilotinnen sind mir seit meiner Kindheit bekannt; sie waren wirklich berühmte Menschen in der Sowjetunion.

W&R: Nach dem Krieg kam eine Zeit der Säuberungen. Sie fingen an, Verleumdungen in Umlauf zu bringen, daß die Frauen, die im Krieg gekämpft haben, Prostituierte gewesen seien. Stalin wollte die Frauen auf ihre untergeordnete Rolle reduzieren. Könnt ihr etwas dazu sagen?

Tania: Zu Stalins Zeit machten sie Filme über den Krieg und ließen den Teil über das Heldentum der Frauen immer heraus. Sie fingen erst an, darüber Filme zu machen, als Stalin bereits tot war. Unter Breschnjew wurden eine Menge Filme gemacht, die die Rolle der Frauen zeigten, die sie im Krieg gespielt haben.

Ludmila: Mir wurde erzählt, daß diese Filme ziemlich nah an der Realität liegen, und Menschen sehen sie sich mit Tränen in den Augen an, weil sie sich an ihre Jugend erinnern. Sie waren im Krieg 16 bis 20 Jahre alt. In dem Alter sind Eindrücke stark einprägend, und sie haben alles mit erstaunlicher Klarheit in Erinnerung behalten. Jetzt sind sie 65 bis 70 Jahre alt, und sie sind in einer ziemlich fürchterlichen Lage. Es ist hart für sie, zu verstehen, was vorgeht.

Tania: Sie stehen vor der Frage, wofür haben wir gekämpft? Die Menschen, die die Welt vor dem Faschismus gerettet haben, sind so weit gebracht worden.

W&R: Was sagen die Leute heutzutage über den Krieg? Ich weiß, daß es jetzt eine Menge Propaganda gibt, daß der Sieg über den Faschismus heute unwichtig ist.

Ludmila: Es gab einen älteren Mann, der seinen Gedanken ausdrückte, daß diejenigen, die im Großen Vaterländischen Krieg starben, sehr glückliche Menschen waren. Er beneidete sie, weil sie wußten, wofür sie ihre Leben gaben. Sterben war ein großes Glück, und man ging wirklich mit diesem Gefühl in die Schlacht.

Jetzt sagen sie Dinge wie: He, alter Mann, wenn du nicht gekämpft hättest, könnten wir jetzt bayrisches Bier trinken. Das ist, was sie zu einem Kriegshelden sagen, einem Veteranen, der Hitler gestoppt hat! Sie kehren die Tatsache, daß er gewonnen hat, in eine Anschuldigung gegen ihn um! Siehst du, wenn dieser Sieg nicht geschehen wäre, würden wir jetzt gut leben, wir wären eine deutsche Kolonie.

Es ist eine ganz bestimmte Art von Leuten, die so reden. In der Regel sind es die ganz jungen Leute, diejenigen, die am stärksten von der imperialistischen Propaganda beeinflußt sind. Es sind diejenigen, die plötzlich entschieden haben, daß das Leben unter dem Sozialismus mit kostenloser Ausbildung, kostenloser Gesundheitsfürsorge und kostenlosem Wohnraum miserabel war (so ihre Erklärung). Und wenn sie nur unter dem Kapitalismus leben könnten, wäre das Leben phantastisch.

Ich weiß nicht, welchen Preis sie bereit sind zu zahlen, um zu diesem schönen Leben zu kommen. Vielleicht sind sie darauf vorbereitet, Mafiosi zu werden und Geld zu stehlen, oder einfach Leute auszurauben. Darum ist die kriminelle Aktivität hier so viel stärker geworden.

W&R: Es gibt hier eine enorme Bedrohung durch die Konterrevolution, aber diese Frage ist noch nicht entschieden. Zum Beispiel, wenn es hier schon Faschismus gäbe, hätten wir viel größere Schwierigkeiten, uns mit euch zu treffen. Die Frage ist die der Führung. Wir versuchen, hier eine trotzkistische Partei aufzubauen. Es ist möglich und lebenswichtig zu kämpfen.

Ludmila: Wir haben jetzt eine faschistische Organisation hier in Rußland, Pamjat. Im Moment haben sie eine geringe Zahl von Mitgliedern, aber sie verkaufen ungehindert ihre Literatur in der Metro. Es ist fürchterlich beschämend, und es wird natürlich kein Gesetz zur Unterdrückung des Fa-

schismus erlassen, weil alle Gesetze, die in dieser Zeit in unserem Land verabschiedet werden, Gesetze zur Unterdrückung des Kommunismus sind.

Gegenwärtig gibt es keine Versuche, die Stellungnahmen von Pamjat auseinanderzunehmen, weder in der Presse noch im Fernsehen. Alle halten einfach den Mund. So als ob es sich hier um eine völlig unbedeutende Gruppe von Leuten handelte, die einfach ihre eigenen Ansichten haben, und nicht mehr.

Vielleicht sollte man es einfach puren russischen Nationalismus nennen, was Jelzin im Moment verbreitet. Aber ihr müßt einfach aufpassen, was dieser Typ sagt: es ist immer nur Russen, Russen, Russen. Von dort ist es überhaupt nicht weit bis zum russischen Faschismus. Jelzin war der erste, der Pamjat anerkannte, bevor er Präsident wurde.

W&R: Wir müssen zu einer Mobilisierung der Arbeiter und Nationalitäten gegen Pamjat aufrufen. Es ist beschämend, daß Pamjat in Leningrad, der Heldenstadt, am 7. November demonstrieren will. In Leningrad! Wir brauchen eine Partei, die in der Lage ist, die Arbeiterklasse zu mobilisieren, um die Faschisten zu zerschlagen. Jetzt, solange es noch wenige sind.

Ludmila: Was schlecht ist, ist, daß die Masse der Bevölkerung nicht glaubt, daß es Faschismus ist. Vielleicht wollen sie es nicht sehen. Sie sagen: Wie kann das sein, wieso kann hier Faschismus sein, wenn wir den Faschismus bekämpft haben? Das ist eine sehr gefährliche Position.

Die patriotische Strömung existiert hier. Das sind diejenigen, die das große, unteilbare und mächtige Rußland und die Errichtung eines solchen Staates über alles andere stellen. Ihre Positionen sind denen der Faschisten sehr ähnlich. Sie gehen gegen die Demokraten vor. Aber wir haben den Eindruck, wenn die Demokraten ihnen dieses große, unteilbare und mächtige Rußland versprechen, werden die Patrioten zu allem bereit sein.

Wie 1933 in Deutschland erscheinen einem sehr großen Teil der prokommunistischen Intelligenz die Verkündungen der Patrioten so abstoßend, daß sie nur Gelächter provozieren. Aber man muß sich bewußt sein, daß dies eine sehr große Gefahr ist.

Es ist ziemlich klar, daß sich jetzt in Moskau eine Art selbsternannter Bürgerwehr bildet, zusammengestellt aus Jugendlichen. Gegen Bezahlung. Sie wird eine Art schnelle Eingreiftruppe sein gegen alle Demonstrationen, Streiks und Versammlungen, die stattfinden.

W&R: Wir begrüßten es, als die Rote Armee nach Afghanistan ging, weil die Rote Armee gegen die Mujaheddin kämpfte, gegen die Reaktionäre, die die Frauen versklaven wollten, und weil sie die Grenzen der Sowjetunion verteidigte. Weiß man in der Sowjetunion, was die Lage der Frauen in Afghanistan ist? Ist bekannt, daß sie den Schleier tragen müssen?

Ludmila: Es gab immer ein breites Bewußtsein, was die Situation der Frauen im Osten angeht. Aber wieder, seit dem Anfang der Perestroika haben sie aufgehört, darüber zu reden. Deswegen, als die Armeen nach Afghanistan gingen, hörten sofort die Diskussionen über die Lage der Frauen auf.

Tania: Die Propaganda sagt nur, daß wir ein fremdes Land besetzt hätten, daß wir unsere Kinder dorthin zum Sterben geschieht haben. Sie haben uns nichts über die Frauen erzählt, oder über die Kinder.

Ludmila: Wir haben verstanden, daß sie ihre internationalistische Pflicht taten. Aber davon abgesehen, auf der einen Seite haben sie die Armee hineingeschickt, und auf der anderen erzählten sie uns gleichzeitig, was tun unsere Kinder dort, und wofür sterben sie? Sie spielten also mit den mütterlichen Gefühlen in der Bevölkerung. Und es endete mit der Tatsachen, daß die Armee zurückgezogen wurde,

Martha Phillips
(1948-1992)

Dieses Interview wurde von Martha Phillips geführt, einer geliebten und respektierten Genossin, die am 9. Februar starb. Sie war über 20 Jahre lang Spartacistin und arbeitete in der Sowjetunion für den Aufbau einer Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten). Als eine treue und effektive Kommunistin war ihr ganzes Leben dieser Aufgabe gewidmet. Wir werden ihre Arbeit fortsetzen.



und wir sehen das als einen schlimmen Verrat an den Kommunisten in Afghanistan. Es ist eine Tatsache, daß wir unserer internationalistischen Pflicht nicht bis zum Ende nachgekommen sind, wie wir es hätten tun sollen. Für uns war es ein harter Schlag, als wir über den Rückzug der Roten Armee aus Afghanistan erfuhren.

W&R: Was wißt ihr über die Situation der Frauen in Zentralasien?

Ludmila: Wir haben gehört, daß es massenhaft Selbstverbrennungen in Turkmenistan gegeben hat aufgrund der harten Lebensbedingungen für die Frauen dort. Es gab Massenproteste gegen ihre Lage und gegen die Diskriminierung, der sie ausgesetzt sind.

W&R: Vielleicht gibt es etwas, was ihr den Arbeitern und den Arbeiterinnen der Welt und im Westen sagen wollt.

Ludmila: Wir unterstützen das Weltproletariat. Ich bin gelernte Kunstschmiedin und Juwelierin, und ich habe einen Sohn. Meine Lage mag ein wenig besser sein als die Lage anderer Frauen, weil ich durch meine eigene Arbeit den Lebensunterhalt verdienen kann. Meine Ausbildung bekam ich kostenlos, dank der Sowjetmacht.

Mein ganzes Leben hatte ich kommunistische Überzeugungen. Ich bin stolz darauf, und ich habe nicht vor, sie abzulegen, wie es Jelzin und Gorbatschow getan haben. Wir brauchen internationale Solidarität und bitten, daß diese so breit und so mächtig wie möglich gezeigt wird.

Tania: Auch ich war mein ganzes Leben eine Kommunistin, buchstäblich seit dem Kindesalter. So bin ich erzogen worden. Ich identifiziere mich mit den Bolschewiki. Mein Großonkel war einer der Mitglieder des alten WZIK [Allunions-Zentralexekutivkomitee]. Ich wurde im Roten Presnja geboren, dem Arbeiterviertel von Moskau. Meine Vorfahren waren alle qualifizierte Facharbeiter. Das waren die Menschen, die mich großgezogen haben, und sie waren die intelligentesten Menschen, mit einem tiefen inneren Verständnis, trotz des Mangels an formaler Bildung.

Ich möchte die Arbeiter der Welt wissen lassen, daß wir hier sind, daß wir nicht alle so sind wie diejenigen, die Gorbatschow und Jelzin unterstützen. Es gibt unter uns hier viele andere. Wir werden alles in unser Macht stehende tun, mit aller Kraft, um dafür zu sorgen, daß weder die Konterrevolution noch der Jelzinismus und auch nicht ihr grundlegender Verrat an der sowjetischen Bevölkerung durchkommt. Wir hoffen, daß wir mit jedem Tag, der vergeht, immer mehr werden; und auch die Presse der Arbeiter muß uns unterstützen.

W&R: Vielen Dank.

DKP sagt: „Bye Bye USSR" - also tschüs DKP?

Ehemalige K-Gruppe, Erfahrung mit Friedensbewegten (auch Eppelmann), sucht Anschluß. SPD erwünscht.

Kaum zu glauben, aber es ist erst einige wenige Jahre her, daß die DKP stolz verkündete, sie sei der einzige Verbündete der Sowjetunion. Inzwischen hat sie das Land der Oktoberrevolution abgeschrieben. Nach einem kurzen Hoffnungsschimmer in den Augusttagen, als die Sprecher und Sprecherinnen der DKP im vermurksten Putschversuch einiger Bürokraten einen „Ausweg aus der Krise" sahen, wurden sie von ihrer Partei schnell zurückgepfiffen. Jetzt veröffentlicht die *UZ* einen „Absegang" nach dem anderen, mit Schlagzeilen über das „endgültige Ende der Sowjetunion", und die *Kommunistische Korrespondenz* der DKP Berlin/Brandenburg schreibt: „Der Untergang der Sowjetunion als einheitlicher sozialistischer Staat ist besiegelt." Die SDAJ verkauft „Bye Bye USSR" als Broschüre.

Jetzt fragt man sich bei den Sowjetunion-Berichten des Moskauer t/Z-Korrespondenten, ob er sich einen Job in Jelzins Weißem Haus verschaffen will. Er sorgt sich, ob der „Zerfall der GUS neue Hindernisse errichtet, die westliche Geldgeber abschrecken könnten". Aber anders als die DKP sind die Imperialisten vom Sieg der Konterrevolution in der UdSSR nicht überzeugt. Jelzin ist bei der Bevölkerung zutiefst verhaßt, die konterrevolutionären „Regierungen" in der Sowjetunion sind bei weitem nicht stabil.

Entscheidend ist, daß die sowjetischen Arbeiter nicht bereit sind, die kapitalistische „Schockbehandlung" über sich ergehen zu lassen, die schreckliche Hungersnot und Verelendung, die zu antisemitischen Pogromen und blutigen nationalistischen Bürgerkriegen führen würde. Und viele Soldaten und Offiziere der Roten Armee haben nicht vor, sich spalten und zu Sturmtruppen für die konkurrierenden nationalistischen „Regierungen" degradieren zu lassen. Heute, in der Stunde der größten Gefahr, brauchen die Arbeitermassen in der Sowjetunion nichts dringender als eine revolutionäre Partei, die für das Programm der proletarischen politischen Revolution kämpft.

Die DKP ist vor dem Geheul der Imperialisten über den „Tod des Kommunismus" voll in die Knie gegangen, weil sie den Zusammenbruch der stalinistischen Bürokratie mit dem Ende des Arbeiterstaats gleichsetzt. Während die DKP wie gebannt auf die SED-Überreste starrte, die „Deutschland, einig Vaterland" schworen, kämpften die Spartakisten mit allen Kräften gegen die kapitalistische Wiedervereinigung. Die DKP rief dagegen bei der Bundestagswahl zur Wahl der PDS auf, trotz deren Ausverkaufs der DDR.

Die DKP war immer am Gängelband der SED-Bürokratie, mit Blickrichtung fest auf Bonn. Jahrzehntelang lavierte sie zwischen ihren drei Herren — Moskau, Ostberlin und Bonn - und sah ihre Rolle darin, Druck auf die Sozialdemokratie auszuüben und so zur „Entspannung" beizutragen. Die DKP mästete damit das Trojanische Pferd SPD, das an der Spitze der Konterrevolution in der DDR stand. Jetzt schauen einige PDS-Mitglieder auf die DKP als mögliche linkere Alternative. Doch die bietet einen „Solidaritätspakt" an: „Darüber nachzudenken sollte sich lohnen, denn so, wie sich die SPD-Spitze gegenwärtig präsentiert, wird sie nicht als Alternative zur CDU/CSU/FDP empfunden" ((/Z, 31. Januar). Das ist das Programm der DKP in der Praxis: Die Partei der Engholms, Lafontaines und Raus, der Flüchtlingsabschiebungen, der Verfolgung von Roma und Cinti und der Sammellager, soll eine „Alternative" zur CDU sein. Nein, danke. Was wir brauchen, ist eine revolutionäre Partei in Worten und Taten.

Die politischen Widersprüche der DKP als politischer Agentur der stalinistischen Bürokratie haben sich mit ihrem Totengesang auf die Sowjetunion aufgelöst. Ihre Kapitulation vor dem Triumph-Geheule der Imperialisten ist der Grund dafür, daß Leute wie Rosenberg jetzt mit offen rassistischen Parolen aufwarten. Da sie nie auf die unabhängige Mobilisierung der Arbeiterklasse gesetzt haben, sehen sie jetzt keine andere Zukunft für ihre Partei, als sich der rassistischen Volksfront der SPD in die Arme zu werfen.

Es gab aber auch empörte Proteste von DKPlern, die, wie in Norderstedt, den Kampf gegen Rassismus nicht über Bord werfen wollen. Einige orientieren sich an den Autonomen oder Gremlizas *konkret*, die mit ihrer ausdrücklichen Arbeiterfeindlichkeit keine Perspektive haben, den Rassismus effektiv zu bekämpfen. Viele DKPler sehen sich durch den Rosenberg-Skandal hauptsächlich in ihren Beziehungen zu Grünen und „linkeren" SPDlern gestört, ihren bevorzugten „Bündnispartnern".

Aber Epplers und Lafontaines Programm der „Entspannung" (für das DKP-Ordner in den 80er Jahren die „Friedens"demos in Bonn organisierten) setzt sich mit der Konterrevolution in Osteuropa jetzt durch - das Ergebnis sind Massenarbeitslosigkeit in der Ex-DDR, imperialistischer Massenmord im Irak und die drohende Hungersnot der Werktätigen in der Sowjetunion. Jetzt ruft Lafontaine dazu auf, die NATO unter Führung des Vierten Reichs bis zum Amur auszuweiten. Doch unberührt davon fordert die DKP immer noch im Stil Genschers und Gansels die Sowjetunion auf, „alle Atomwaffen abzuschaffen, bevor sie die Menschheit abschaffen".

Der ehemalige MD-Redakteur Klaus Steiniger bietet „Drei Gründe für den Beitritt zur DKP" (UZ, 31. Januar) an, von der er meint, daß sie „die Idee des Sozialismus hochhält". Wir kennen Steiniger von seiner A'D-Polemik gegen „rote Seifenblasen" der Spartakisten. Jetzt ist er selbst bei der nostalgischen Suche nach Seifenblasen bei der DKP fündig geworden. So lobt Steiniger (der auch die UdSSR aufgegeben hat) die DKP, weil sie „in der Ära des Schleifens von Lenin-Denkmälern" den „Leninismus nicht aus .taktischen' oder anpassungspolitischen Gründen über Bord geworfen hat". Doch wer schleift denn die Lenin-Denkmäler? In erster Linie die von der DKP heiß umschwärmten Hexenjäger der SPD.

Für Steiniger ist es ein Beweis dafür, daß die DKP sich den „Realitäten" stellt, weil sie „um die Notwendigkeit breiter sozialer und politischer Bündnisse weiß". Doch Lenins Realitätssinn sah anders aus. Er kämpfte für die unabhängige Mobilisierung der Arbeiterklasse und baute die bolschewistische Partei im scharfen politischen Kampf gegen Sozialchauvinisten wie Kautsky auf — der noch meilenweit entfernt war von den Engholms und Lafontaines.

Aber auch DKP/SDAJ sorgen sich um den „immer weiteren Rechtstrend der Sozialdemokratie in den entwickelten kapitalistischen Ländern" („Bye Bye USSR"). Doch die DKP ist mitten im Sog dieses konterrevolutionären „Rechtstrends". So antwortet sie auf die SPD-geführte Stasi-Hexenjagd mit der Klage über Honeckers „fehlende Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit". Dann verwundert es nicht, daß die DKP sich bei keiner der vom Komitee für soziale'Verteidigung und der SpAD initiierten Einheitsfrontdemonstrationen zur Verteidigung von Honecker, Markus Wolf und Mielke vor dem Moabiter Knast blicken ließ.

Der langjährige DKP-Theoretiker und Herausgeber der *Marxistischen Blätter*, Robert Steigerwald, fragt sich, wie es kommen konnte, daß die „Partei, die den Oktober vollbrachte, jetzt sang- und klanglos abgetreten" ist. Nun, die

Sowjetische Arbeiter...

Fortsetzung von Seite l

phal. Strom gibt es in den Städten nur sechs Stunden am Tag, und vier Stunden auf dem Land. Die Betriebe haben aufgehört zu arbeiten. Nur für Bäckereien und Krankenhäuser gibt es noch Energie. Kindergärten bleiben geschlossen."

In verschiedenen sowjetischen Städten ist es schon zu blutigen Auseinandersetzungen um Lebensmittel gekommen. In Taschkent, der Hauptstadt von Usbekistan, hat die Polizei auf Tausende von Studenten das Feuer eröffnet, die auf den Präsidentenpalast marschierten; es gab mehrere Tote. Vor einer Woche haben Käufer in Stawropol Schaufensterscheiben eingeschlagen aus Protest gegen völlig unbezahlbare Wurstpreise - ein Kilo kostet jetzt bis zu einem durchschnittlichen Monatslohn eines Arbeiters. Wütende Proteste gegen den Milchpreis brachten in Wladimir die Verantwortlichen dazu, den neuen Preis von sechs auf 1,20 Rubel pro Liter zu senken, was immer noch sehr viel teurer ist als vor zwei Wochen. Spontane Proteste wegen der Lebensmittelversorgung haben sich auch auf Moskau ausgeweitet. Am 12. Januar haben 15 000 Menschen eine Kette gebildet und den Kusnezki Most blockiert, nur wenige Häuserblocks vom Kreml entfernt, nachdem in einem Laden die Milch ausgegangen war — ein Grundnahrungsmittel, das so selten geworden ist, daß viele sich nicht mehr erinnern können, wann sie es zuletzt in den Läden gesehen haben.

Jelzins Regierung hat zunehmend Probleme und wird von vielen immer mehr verachtet. Es ist bezeichnend, daß vor kurzem bei einer Umfrage ein Drittel der Russen meinte, daß die inhaftierten Kreml-Putschisten vom letzten August freigelassen werden sollten. Einer der wichtigsten Verbündeten Jelzins, der Sprecher des russischen Parlaments Ruslan Chasbulatow, hat sich nun der wachsenden Anzahl derer angeschlossen, die den Rücktritt der Regierung fordern, und hat die „unkontrollierten, anarchischen und galoppierenden Preiserhöhungen" als „völlig sinnlos" verurteilt. Während Jelzin und der ukrainische Präsident Leonid Krawtschuk sich in den Haaren darüber liegen, wie man am besten den lebendigen Organismus der sowjetischen Streitkräfte und besonders der strategischen Schwarzmeerflotte zerstückelt, drückt das Militär offen seine Unzufriedenheit mit allen nationalistischen Regierungen aus.

Am 17. Januar gab es bei einer Versammlung von 5000 Offizieren der Roten Armee im Kreml eine wütende Stimmung, die meisten traten auf für die Beibehaltung einer einzigen Armee und einer einheitlichen Kommandostruktur. Ein junger Marine-Offizier forderte den Rücktritt des Oberkommandierenden Marschall Jewgeni Schaposchnikow, einem führenden Jelzin-Unterstützer im Militär. Ein älterer Leutnant der strategischen Raketentruppen erklärte: „Die Armee sollte kein Spielzeug in den Händen von Politikern sein. Das ist ein Weg zum Bürgerkrieg." Ein Offizier, der für die Russische Kommunistische Arbeiterpartei (RKRP) sprach und forderte, „die Sowjetmacht zu verteidigen, wie es unsere Väter taten", wurde vom Mikrofon gedrängt und übel zusammengeschlagen.

Organisierte Proteste und Streiks der Arbeiterklasse gegen die Preiserhöhungen könnten die aufgestaute Wut der sowjetischen Bevölkerung umsetzen in Kämpfe, deren Achse das Proletariat ist, und dadurch den Weg öffnen für eine politische Revolution, die die instabilen konterrevolutionären Regierungen wegfegt, die jetzt in Rußland und den anderen Republiken an der Macht sind. Im Januar hat es in Litauen schon einen wochenlangen Streik gegeben, der das Erscheinen der fünf größten Zeitungen in der Republik verhindert hat. Am 13. Januar haben die Bergarbeiter im Kohlenrevier von Karaganda in Kasachstan die Arbeit niedergelegt. Ihre in die falsche Richtung gehende Forderung war jedoch, daß die staatliche Ankaufsstelle für ihre schlechtere Kohle höhere Preise bezahlen soll. Es wird jetzt davon geredet, daß auch die Workuta-Bergarbeiter streiken wollen. Und in Woronesch, einer Stadt, die mehrere hundert Kilometer von Moskau entfernt liegt, drohen Arbeiter mit Streikaktionen, wenn „bis zum 1. Februar keine Maßnahmen ergriffen werden".

Die unkontrollierten Preiserhöhungen geben den sowjeti-

Fortgesetzt auf Seite 18

stalinisierte KPdSU hatte mit der Partei der Bolschewiki reichlich wenig zu tun. Stalins Ermordung der *gesamten* bolschewistischen Führung von 1917, die den Bürgerkrieg überlebte, ging Hand in Hand mit seiner Volksfront-Politik, die nur die Kehrseite des „Sozialismus in einem Land" ist. Als die KP auf Befehl Stalins die Arbeiter im Spanischen Bürgerkrieg dazu zwang, sich der „Republik" der Kapitalisten unterzuordnen, fanden gleichzeitig die Moskauer Prozesse statt, wo sich Stalin mit der Ermordung der alten Bolschewiki als verläßlicher Bündnispartner der Bourgeoisie beweisen wollte. Gorbatschow war nur das Schlußkapitel von Jahrzehnten stalinistischen Ausverkaufs.

„Alte Hasen" wie Steigerwald wissen das natürlich, glauben aber immer noch, Leo Trotzki und den Kampf der Vierten Internationale totschweigen zu können. Wir Trotzkisten haben immer darauf bestanden, daß die Sowjetunion nur mit revolutionären Klassenmethoden verteidigt werden kann. 27 Millionen Sowjetbürger sind gestorben, um den Hitler-Faschismus zu zerschlagen. Auf den Bajonetten der Roten Armee entstand die DDR, ein Produkt dieses „Exports der Revolution". Und mit dem drohenden Untergang der Sowjetunion ist Kuba in größter Gefahr. Die Geldsammlung der DKP für Tanker für Kuba ist ein Akt von Solidarität, aber entscheidend für die Verteidigung Kubas ist der Aufbau einer internationalen revolutionären Führung, anstatt die Sowjetunion abzuschreiben. Unsere amerikanischen Genossen der Spartacist League/U.S, haben gegen Jelzins/Gorbatschows Truppenabzug mit der Losung „Verteidigt Kuba!" demonstriert. Wir nannten ihn eine Vorbereitung für einen US-Angriff und genau wie den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan einen Verrat.

Für eine wirklich leninistische Partei!

In „Bye Bye USSR" stellt Patrik Köbele die Losung auf: „Stoppt die Putschisten — Verhaftet Jelzin", um sie gleich wieder als „nicht massenverbunden" zu verwerfen. Doch die Hilflosigkeit einiger Perestroika-Bürokraien, die mehr Angst vor der Mobilisierung der Arbeiter hatten als vor dem Untergang der Sowjetunion, zeigte sich gerade an ihrer Unfähigkeit, Jelzin zum Schweigen zu bringen. Statt dessen hätten entschlossene kommunistische Kader mit Verbindungen zu Moskauer Betrieben die Yuppie-Barrikaden Jelzins weggeräumt. Nicht mit Köbeles (und Jelzins) „Stoppt die Putschisten", sondern mit der Losung „Nieder mit Jelzins Konterrevolution" hätten die Arbeiter zur Verteidigung ihrer Errungenschaften mobilisiert werden müssen.

Es kommt darauf an, die erbitterten Kämpfe der Arbeiter zu entschiedenen revolutionären Aktionen zu führen, die auch große Teile der Roten Armee in ihre Reihen ziehen wird. Der Schlüssel dafür ist eine leninistische Partei, die den Arbeiterstaat Sowjetunion verteidigt durch die proletarische politische Revolution, die Jelzin stürzt und die Macht für wirkliche Arbeitersowjets zurückerkämpft, wie sie 1917 unter Lenin und Trotzki existierten. Dafür kämpft die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) in der Sowjetunion.«

Sowjetische Arbeiter...

Fortsetzung von Seite 17

sehen Werktätigen einen Vorgeschmack darauf, was die Wiederherstellung des Kapitalismus bedeutet. Es ist jetzt für ein durchschnittliches Paar von Werktätigen praktisch unmöglich, ihre Familie zu ernähren, und bei vielen Artikeln sind die Preise auch nach dem Ukas vom 2. Januar noch weiter angestiegen. Der bewußt inszenierte freie Fall des Rubels bedeutet, daß hart arbeitende Bürger jedes Mal, wenn sie an einem Straßenkiosk vorbeikommen, sich verhöhnt vorkommen durch den Anblick einer einzigen Packung Marlboro, die zum Preis eines Wochenlohns verkauft wird.

Entschiedene und disziplinierte Aktionen der Arbeiterklasse, um die gehorteten Lebensmittelvorräte den Spekulanten zu entreißen, die Güter auf die Privatmärkte verschieben oder sie in der Hoffnung auf weiter steigende Preise zurückhalten, würden in allen Schichten der Bevölkerung starken Anklang finden. Arbeiterkomitees, die die Nahrungsmittelversorgung unter ihre Kontrolle bringen und für die Verteilung sorgen, könnten die Grundlage legen für wirkliche Arbeitersowjets, die gewählte Vertreter aus allen Betrieben und Unternehmen einbeziehen wie auch Studenten, Rentner und Angestellte. Arbeiterverteidigungsgruppen zum Schutz der Lebensmittellager und Verteilungsstellen könnten den Weg bahnen für die Bildung von Arbeitermilizen, die sich mit prosozialistischen Einheiten der Roten Armee verbünden. Nur dadurch, daß die sowjetische Arbeiterklasse die politische Macht in die eigenen Hände nimmt und die konterrevolutionären „Regierungen" wegfegt, die sich an der Spitze des angeknacksten bürokratisch degenerierten Arbeiterstaates unsicher eingenistet haben, kann sie die Katastrophe bekämpfen, der sie jetzt ausgesetzt ist.

In der revolutionären proletarischen Führung liegt der Schlüssel für das Schicksal des sowjetischen Proletariats und des stark angeschlagenen Heimatlandes der Oktoberrevolution. Wenn das Proletariat nicht im eigenen Namen aktiv wird, besteht die Gefahr, daß faschistische und andere antisemitische und nationalistische Demagogen die wachsende Verzweiflung der werktätigen Massen ausnutzen und die Möglichkeiten für Kämpfe abwürgen, indem sie den alten pogromistischen Schlachtruf erheben: „Schlagt den Jid!" Aber die zahlreichen „kommunistischen" Überbleibsel der alten herrschenden stalinistischen Partei unterstützen entweder mehr oder weniger direkt die Wiederherstellung des Kapitalismus oder machen gemeinsame Sache mit den großrussischen Chauvinisten, die alles den Juden in die Schuhe schieben wollen. Dies konnte man anschaulich bei einer Demonstration am 12. Januar sehen, die von der neugegründeten RKRP dominiert wurde. Obwohl etwa 15000 Menschen, viele von ihnen mit roten Fahnen, zusammengekommen waren, um die Preiserhöhungen und die Zerstückelung der Sowjetunion zu verurteilen, haben die Organisatoren der Demonstration nicht nur eine Plattform für reinsten russischen Nationalismus zur Verfügung gestellt, sondern haben es sogar einem organisierten Block von Faschisten und Monarchisten ermöglicht, ungehindert teilzunehmen.

Inmitten dieses konterrevolutionären Durcheinanders kämpft die Internationale Kommunistische Liga für die Schmiedung der Kader einer authentisch leninistischen, multinationalen Avantgarde-Partei. Nur eine Rückkehr zum internationalistischen Weg von Lenin und Trotzki kann ein Programm bieten für den Kampf zur Wiederschmiedung der Sowjetunion auf der Basis der kollektivierten Wirtschaft und kann die konterrevolutionäre Flut zurückdrängen.

Bergarbeiter im Zentrum der Auseinandersetzungen

Seit den massiven Streiks Sommer 1989 im Kusnezker Becken in Westsibirien, im Donezk-Becken im Osten der Ukraine und im Kohlenrevier von Karaganda in Kasachstan sind die Bergarbeiter der kämpferischste Teil des sowjetischen Proletariats gewesen. Da es jedoch keine revolutionäre Führung gibt, haben die Bergarbeiter versucht, ihren Lebensstandard im Rahmen von Gorbatschows Perestroika (d.h. durch marktorientierte „Reformen") zu verteidigen, wie bei der Forderung, die Bergarbeiterlöhne von den Erträgen ihrer jeweiligen Zechen abhängig zu machen. Als die Versprechen des Gorbatschow-Regimes nicht eingelöst wurden und die Bedingungen sich weiterhin verschlechterten, wurde eine unabhängige Bergarbeitergewerkschaft gegründet mit einer harten Pro-Jelzin-Führung, die unverhüllte Verbindungen zum amerikanischen Imperialismus hat.

Aber jetzt sehen sich die Bergarbeiter gezwungen, auf die Auswirkungen von Jelzins Kurs in Richtung kapitalistische Konterrevolution zu reagieren. Dem Streik in Karaganda ging einer im Dezember voraus, der auf ein Bergwerk beschränkt blieb. Auslöser war, daß viele Bergarbeiter seit zwei Monaten keinen Lohn bekommen hatten. Es war bemerkenswert, daß die Arbeiter zusätzlich zu Lohnforderungen verlangten, daß die privaten Läden der „Kooperativen" mit ihren Ausbeuterpreisen abgeschafft werden, eine Forderung, die jetzt wieder in einigen Gegenden aufgestellt wird. Aber die Hauptforderung der prokapitalistischen (und Pro-Jelzin-) Führung der Unabhängigen Gewerkschaft der Bergarbeiter ist die Erhöhung des Kohlepreises, den die staatlichen Ankaufsstellen zahlen, um die Extraeinnahmen den Bergarbeitern zukommen zu lassen.

Solche fehlgeleiteten Forderungen sind beileibe keine Besonderheit einer einzelnen Gruppe von Bergarbeitern, sondern sie sind angesichts des Auseinanderbrechens der Wirtschaftsbeziehungen und des Aufstiegs von prokapitalistischen Kräften weit verbreitet unter den sowjetischen Arbeitern. Was Karaganda angeht, fördern die örtlichen Bergwerke eine schlechtere Qualität als andere Regionen, besonders im Vergleich zum Kusbass. Nur eine kollektivierte und zentralisierte Wirtschaft würde Kohle mit höheren Förderkosten und geringerer Qualität subventionieren und dadurch *die Gleichheit der Einkommen für alle Bergarbeiter* gewährleisten. Wenn die Industrieunternehmen die „Freiheit" haben, zu kaufen, was sie wollen, und Preise selber auszuhandeln, dann werden sie nie genauso viel für schlechtere Karaganda-Kohle wie für bessere Kusbass-Kohle bezahlen.

Die Forderung nach „Arbeiterselbstverwaltung" der Betriebe im Rahmen einer Marktwirtschaft ist kennzeich-

nend für den Sozialdemokraten Boris Kagarlitzki, dessen Rolle es war, den selbsternannten „linken Flügel" des konterrevolutionären Lagers zu spielen. Besonders jetzt, wo die sowjetische Wirtschaft sich in einem Abwärtsstrudel befindet, würde dies zu gnadenlosem Wettbewerb zwischen den Bergarbeitern der unterschiedlichen Kohlenreviere führen. Mehr noch, wenn die Lakaien von Wall Street und Frankfurt unter der Führung von Jelzin und Krawtschuk Rußland und die Ukraine dem Weltmarkt öffnen, dann wären die sowjetischen Bergarbeiter der Konkurrenz von südafrikanischer Kohle ausgesetzt, die von superausgebeuteten schwarzen Bergarbeitern gefördert wird, und von Kohle aus hochmechanisierten Tagebau-Betrieben im Westen der USA und aus Australien.

Rosa Luxemburg hat in ihrer klassischen Polemik gegen den sozialdemokratischen Reformismus, *Sozialreform oder Revolution*, erklärt, warum Produktivgenossenschaften (die Entsprechung von „Arbeiterselbstverwaltung") unter dem Kapitalismus immer durch die Konkurrenz des Marktes zerstört werden:

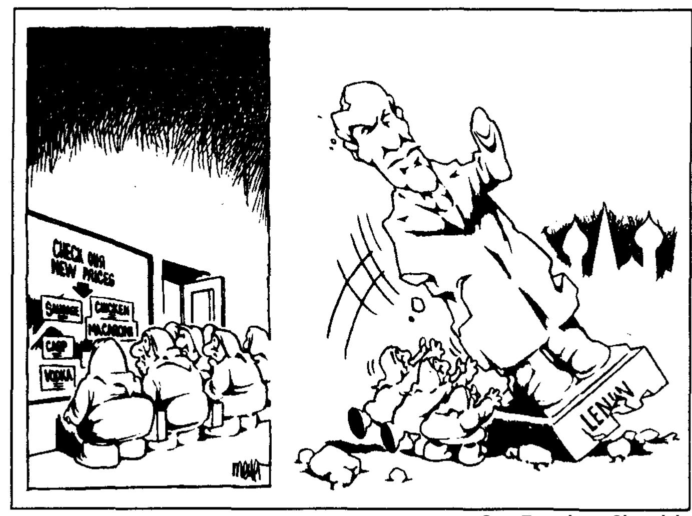
> „In der kapitalistischen Wirtschaft beherrscht aber der Austausch die Produktion und macht, angesichts der Konkurrenz, rücksichtslose Ausbeutung, d. h. völlige Beherrschung des Produktionsprozesses durch die Interessen des Kapitals zur Existenzbedingung der Unternehmung. Praktisch äußert sich das in der Notwendigkeit, die Arbeit möglichst intensiv zu machen, sie zu verkürzen oder sie zu verlängern, je nach der Marktlage, die Arbeitskraft je nach den Anforderungen des Arbeitsmarktes heranzuziehen oder sie abzustoßen und aufs Pflaster zu setzen, mit einem Worte, all die bekannten Methoden zu praktizieren, die eine kapitalistische Unternehmung konkurrenzfähig machen. In der Produktivgenossenschaft ergibt sich daraus die widerspruchsvolle Notwendigkeit für die Arbeiter, sich selbst mit dem ganzen erforderlichen Absolutismus zu regieren, sich selbst gegenüber die Rolle des kapitalistischen Unternehmers zu spielen. An diesem Widerspruche geht die Produktivgenossenschaft auch zugrunde, indem sie entweder zur kapitalistischen Unternehmung sich rückentwickelt oder, falls die Interessen der Arbeiter stärker sind, sich auflöst."

Der Ausweg für die sowjetische Arbeiterklasse, der jetzt die kapitalistische Konterrevolution droht, liegt nicht in der Selbstverwaltung auf Unternehmensebene oder in Konzepten zur Gewinnbeteiligung. Der Weg vorwärts ist vielmehr, die Kräfte der Konterrevolution zu *besiegen*, um die kollektivierte Wirtschaft zu bewahren und mit neuem Leben zu erfüllen auf der Basis von proletarisch-politischer Macht und zentraler Planung. Dies erfordert die Perspektive, auf der ganzen Linie Widerstand gegen die Einführung des Marktes zu leisten und gleichzeitig die internationalistische Einheit der Arbeiter aller Nationalitäten zu schmieden. Die Taktik, die Arbeiter einer Region oder Nationalität gegen die andere auszuspielen, ist die Methode, mit der die bürgerlichen Kräfte versuchen, das Proletariat zu spalten und zu atomisieren, um jeglichen Arbeiterwiderstand zu zerschlagen.

Armee in Aufruhr

Nicht nur die wirtschaftliche Situation droht Jelzin und seinesgleichen um die Ohren zu fliegen. Die Streitkräfte sind weiterhin die einzige multinationale Institution von Bedeutung in der Sowjetunion, und ihre Existenz ist bedroht dadurch, daß die unterschiedlichen „Regierungen" der Republiken eifrig dabei sind, die Sowjetunion zu zerstükkeln und die Beute aufzuteilen. Ein Kernpunkt der tiefgehenden Interessenunterschiede zwischen den Republiken bleibt der Konflikt zwischen Jelzin und Krawtschuk um die Schwarzmeerflotte. Vor einer Woche hat Jelzin groß getönt, die Flotte „war, ist und bleibt russisch". Verhandlungen in der letzten Woche führten zu einem wackligen Kompromiß, nach dem die Rotte Schiff für Schiff aufgeteilt werden soll, wobei die Regierung in Kiew darauf dringt, daß alle Schiffe, die keine Nuklearwaffen tragen, ihr gehören.

Aber der stellvertretende Kommandeur der Luftstreitkräfte, Generaloberst Boris Pjankin, hat gewarnt, daß der



San Francisco Chronicle

Aufschrift auf Schaufenster: „Beachtet unsere neuen Preise". Ja, zurück zu Lenin und Trotzki!

Disput zwischen Jelzin und Krawtschuk „in den Truppen zu einer gefährlichen Gärung geführt hat". Der Kommandeur der strategischen Raketentruppen in der Ukraine, Generalmajor Wladimir Baschkirow, hat praktisch Krawtschuk gedroht: „Ich habe in meiner Division mehr Knöpfe als der Präsident, deshalb sollte man bei mir vorsichtig sein." Die *Prawda* vom 14. Januar brachte auf der Titelseite eine Stellungnahme der „Offiziersversammlung der Moskauer Garnison", dem Nachfolger des Politischen Kommissariats, das Jelzin zu verbieten versucht hatte, in der vor dem Auseinanderbrechen der Armee gewarnt wurde.

Weniger als zehn Prozent der Truppen, die in der Ukraine stationiert sind, haben bisher den neuen Treue-Eid auf Kiew geleistet, rund 100 Einheiten haben dies explizit verweigert, und das Krawtschuk-Regime scheint nicht mehr zu seinem Ultimatum zu stehen, alle „unloyalen" Einheiten bis zum Monatsende auszuweisen. Auch Jelzins vorgeschlagener Treue-Eid auf die russische Regierung kommt nicht viel besser an.

Mehr noch, wenn auch die Soldaten von den gleichen nationalistischen Einflüssen geschüttelt werden, wie die sowjetische Gesellschaft im ganzen, so scheinen doch die Entscheidungen für oder gegen den Treue-Eid nicht aufgrund von nationaler Herkunft getroffen zu werden. Nach allen Berichten bleibt die militärische Hierarchie intakt. Ein Appell einer Fliegerstaffel, der in den Streitkräften zirkuliert, besteht darauf:

> „Die Armee ist die Kraft gewesen, die das brudermörderische Gemetzel in Grenzen gehalten hat. Die Politiker der unabhängigen Staaten haben, um ihre eigenen Ziele durchzusetzen, alles getan, was sie können, damit das nationalistische Klima einen Punkt erreicht, der ihnen die angestrebten politischen und wirtschaftlichen Resultate einbringt und dadurch Männer in Uniform zwingt, an die Macht zu kommen."

Der Appell schloß mit einer Forderung, „in der Übergangsperiode für einen ununterbrochenen rechtlichen und gesellschaftlichen Schutz von Offizieren und ihren Familien zu sorgen, für Produkte, Lebensmittel, Bezahlung und normale Lebensbedingungen".

Aber die Lebensbedingungen in der Sowjetunion sind

Fortgesetzt auf Seite 20

Sowetische Arbeiter...

Fortsetzung von Seite 19

heute alles andere als „normal". Die Bedingungen für Offiziere und Mannschaften werden nicht verteidigt werden, wenn die Armee zerstückelt wird, und die sowjetische Armee wird zerstört werden, wenn es den verschiedenen konterrevolutionären Regimen gelingt, die Sowjetunion und ihre vergesellschafteten Grundlagen zu zerstören. Bedrohlicherweise, aber nicht überraschend, überlappen sich die Stimmen für die Aufrechterhaltung der militärischen Einheit sehr stark mit denen des russischen Nationalismus, der versucht, einen starken großrussischen (bürgerlichen) Staat zu errichten, der die anderen Republiken dominiert und das „Völkergefängnis" wiederherstellt, das Lenins Bolschewiki bekämpft und zerschlagen haben. So faßt die stalinistische und russisch-nationalistische *Sowjetskaja Rossija* (14. Januar) ihre Berichterstattung über die Demonstration vom 12. Januar zusammen in der Forderung: „Die Armee, einig und unteilbar". Dies geht zurück auf die alte zaristische Parole: „Rußland, einig und unteilbar". Ohne eine kommunistische internationalistische Perspektive kann der Impuls vieler Militärs, die soziale Ordnung und einen starken Staat wiederherzustellen, leicht kanalisiert werden in die Unterdrückung von Arbeiterunruhen.



AP

jelzin mit Patriarch Alex!]. Klerikaler Obskurantismus bedeutet großrussischen Chauvinismus, antisemitische Pogrome und Frauenunterdrückung

Wie wir im letzten Monat geschrieben haben: „Das Offizierskorps der Armee ist die einzige verbliebene wirklich multinationale sowjetische Institution. *Aber um den multinationalen Sowjetstaat und dessen multinationale Armee zu bewahren, muß man das sozialisierte Eigentum retten, auf dem dies aufgebaut worden ist" (Spartakist* Nr. 92). Die sowjetische Armee muß zurückkehren zu den internationalistischen Grundlagen, auf denen sie aufgebaut wurde; beispielhaft hierfür ist das Programm ihres Gründers Leo Trotzki.

Stalinistische „Patrioten" und großrussische Chauvinisten

Bei der Demonstration am 12. Januar jubelte die Menge, als Sprecher die Rückbenennung Leningrads verurteilten und den Rücktritt Jelzins verlangten, und auch, als ein Sprecher des Militärs die Armee dazu aufrief, ihre „verfassungsmäßige Rolle zu übernehmen und die Gewalt in die eigene Hand zu nehmen". Aber die Organisatoren der Demonstration, die Dachorganisation Werktätiges Moskau/ Werktätiges Rußland, dominiert von der RKRP, machte die Forderung, daß Jelzin kommen und zu der Versammlung sprechen soll, zum zentralen Punkt ihres Demonstrationsaufrufs!

Bei dieser Demo kam alles zusammen, was bei den sogenannten „patriotischen" Überbleibseln der zusammengebrochenen stalinistischen Bürokratie unappetitlich und rückschrittlich ist. Als Fortsetzung einer Demonstration vom 22. Dezember einberufen, war ihre Hauptforderung: „Laßt die Stimme des Volkes hörbar werden". Das „Volk", das ihre Organisatoren dabei im Sinn hatten, waren Leute wie Newsarow, der populistisch-monarchistische Fernsehkommentator, der sich kürzlich mit dem prokapitalistischen „schwarzen Oberst" Viktor Alksnis zusammengetan hat, um die russisch-nationalistische Partei „Naschi" („Unseres") zu gründen. Das Transparent von Naschi hing am Podium, und es waren auch Anhänger von Schirinowskis faschistoider Liberaldemokratischen Partei da. Bei der Demonstration am 22. Dezember konnte Schirinowski sogar vom Podium aus reden.

Im Gegensatz zum großen Aufmarsch am 7. November in Moskau, dem Jahrestag der Revolution, der eine weitverbreitete Stimmung gegen Jelzins Konterrevolution aufgriff, waren die darauffolgenden Demonstrationen wesentlich kleiner und deutlich russisch-nationalistisch geprägt, und Pamjat sowie andere faschistische Gruppen nahmen mit ihrem offen zur Schau getragenen antisemitischen Dreck daran teil. Am 12. Januar gab es sogar einen organisierten Block von mehreren hundert Faschisten und Monarchisten am Rande der Demonstration. Rote Fahnen und Porträts von Lenin (und einige von Stalin) waren zusammen mit zaristischen Bannern und antisemitischen Plakaten zu sehen. Vom Podium wurde ein Aufruf zur „Einheit aller Kräfte von Kommunisten bis Monarchisten" verbreitet, um „den großen Staat" zu erhalten. Trotzdem, für viele derjenigen, die auf die Straße gingen, waren die roten Fahnen und die Forderung nach Sowjetmacht nicht einfach Dekoration für ein nationalistisches Programm. Es wurden mehr als 1800 Exemplare von IKL-Literatur an die verkauft, die offen sind für ein authentisch kommunistisches Programm - trotz Einschüchterungsversuchen und Drohungen seitens der Faschisten und Antisemiten, die pöbelnd durch die Menge zogen.

Die stalinistische Bürokratie hat im letzten August eine entscheidende politische Niederlage erlitten, als Jelzins Gegenputsch auf den mißratenen Putschversuch von Konservativen im Kreml folgte. Die Überbleibsel des selbsternannten „patriotischen" Flügels der Stalinisten haben keine Grundlage für eine eigenständige politische Existenz. Sie haben keine Perspektive, mit der die multinationale sowjetische Arbeiterklasse Jelzin und die anderen konterrevolutionären Regime in den nichtrussischen Republiken stürzen könnte und die Sowjetunion auf der Basis der politischen Herrschaft des Proletariats wieder zusammenfügen könnte. Statt dessen versuchen die stalinistischen „Patrioten", im Namen des Widerstands gegen westliche Vorherrschaft mit großrussischen Nationalisten der reaktionärsten Sorte gemeinsame Sache zu machen. Wir sehen hier die verkommenste Form der stalinistischen „Volksfrontpolitik" — einen politischen Block mit Monarchisten und Faschisten.

Die Russische Kommunistische Arbeiterpartei, die vor zwei Monaten auf einer Konferenz in Swerdlowsk gegründet worden ist, stellt den größten der diversen „kommunistischen" Splitter dar, die durch Elemente der zerfallenden stalinistischen Bürokratie abgespalten wurden. Im Gegensatz zur offen sozialdemokratischen Partei der Arbeit (Trud), deren prominentester Sprecher Boris Kagarlitzki ist, und im Gegensatz zur ausdrücklich Gorbatschow-freundlichen Sozialistischen Partei der Arbeit von Roy Medwedew

— die beide die Einführung einer Marktwirtschaft hinnehmen —, behauptet die RKRP, prinzipiell gegen die Einführung des Marktes zu sein. Kagarlitzkis Gruppierung nimmt sich ganz offen Neu Kinnocks Labour Party zum Vorbild und fordert „freie Löhne", die die „freien Preise" begleiten sollen, während bei der Gründungskonferenz der Sozialistischen Partei der Arbeit im letzten Monat eine Delegation der SPD eingeladen war, den Arbeiterleutnants des Vierten Reichs.

Neben der RKRP wird der stalinistische Sumpf noch von der Russischen Partei der Kommunisten (RPK) und der Union der Kommunisten bevölkert, die beide aus der früheren Marxistischen Plattform der KPdSU hervorgegangen sind und die beide, mit Geschwätz über „gemischte Wirtschaft" und Beibehaltung eines starken staatlichen Sektors, die Einführung des Kapitalismus akzeptieren. Noch eine weitere, kleinere Gruppe ist die Kommunistische All-Unionspartei (B), VKP(B), die sich aus verschiedenen Konkurrierenden Organisationen mit dem Namen „Einheit" (Jedinstwo) zusammensetzt, darunter die von der berüchtigten stalinistischen Apologetin Nina Andrejewa. Die VKP(B) fordert ausdrücklich eine Rückkehr zur Stalin-Ära (wie auch zu den Traditionen des mittelalterlichen Großfürsten des Kiewer Reichs, Alexander Newski!), und ihre Führer verhehlen keineswegs ihren militanten russischen Nationalismus.

Die stalinistische Einheitsfront der Werktätigen (OFT) hat in jeder Hinsicht aufgehört zu existieren, wobei ihr Moskauer Apparat zur RKRP übergegangen ist und andere ihrer Unterstützer, wie diejenigen um die Zeitschrift *Kontrargumenti i Fakti*, sich absetzen in dem Versuch, eine „marxistische" Meinungsbörse zu bilden. Zur Zeit des August-Putsches und Gegenputsches behauptete *KIF*, daß die klägliche „Achterbande" der Hauptfeind sei, selbst als Jelzin die proimperialistische Konterrevolution anführte.

Was die RKRP angeht, so besteht sie hauptsächlich aus dem Kommandanten des Militärbezirks Swerdlowsk, General Albert Makaschow, ein ausgesprochener Antisemit, der bei der russischen Präsidentschaftswahl im letzten Juni mit der offenen Unterstützung der faschistischen Pamjat kandidierte; aus der Leningrader Kommunistischen Initiative, deren Chefideologe Andrej Sergejew zusammen mit Makaschow kandidierte; und aus Viktor Anpilows Zeitung *Molnija* in Moskau. Trotz ihrer orthodox klingenden Verurteilung des Kapitalismus und ihrer Forderung nach der Herrschaft gewählter Arbeitersowjets richtet die RKRP ihre Hauptangriffe durchgängig gegen „westliches Kapital" und zeichnet sich hauptsächlich durch immer offenere Appelle an den russischen Nationalismus aus.

Auf der Gründungskonferenz in Swerdlowsk feierte einer der RKRP-Führer die Bolschewiki, weil sie „das Volk zum Kampf gegen diejenigen, die im Februar 1917 Großrußland zerstört haben", geführt hätten *(KIF*, Januar). Und Sergejew tat letztes Jahr die „Idee des internationalen Kollektivismus" als überholt ab und fügte hinzu: „Wenn wir weiter daran festhalten, werden wir dem russischen Volk moralischen Schaden zufügen, aber die Idee des russischen oder, wenn man so will, des großrussischen Kollektivismus wird funktionieren."

In der letzten Zeit ist der russische Nationalismus der RKRP, und insbesondere der ihres prominentesten Sprechers, Anpilow, immer deutlicher hervorgetreten. Nach der Ausrufung der „Gemeinschaft unabhängiger Staaten" im Dezember versuchte Anpilow, mit den großrussischen Tiraden der rechtsextremen „Demokratischen Partei Rußlands" von Nikolai Trawkin zu konkurrieren, und rief zu einer „Einheitsfront" auf, um „die Sowjetunion zu retten". Früher in dem Monat, bei einer kleinen Demonstration gegen die Preiserhöhungen am 6. Dezember, taten sich Anpilow-Anhänger nicht nur mit Pamjat zusammen, sondern sie schlugen sich in einer physischen Auseinandersetzung mit anarchistischen Demonstranten auch noch auf die Seite des faschistischen Drecks.

Aber der RKRP und den anderen stalinistischen Überbleibseln fehlt der Zusammenhalt, sie werden von ihren inneren Widersprüchen auseinandergerissen werden, wobei die Elemente des rechten Flügels direkt in das Lager der reaktionären Nationalisten übergehen werden. Linksgerichtete Anhänger der RKRP haben Anpilows Kapitulation vor dem. russischen Nationalismus offen kritisiert und sprechen sogar von einem verschwommenen „internationalistischen Flügel" in der Organisation. Während all diese Gruppierungen die nationalistische Einheit der Volksfront predigen, ist das, was gebraucht wird, wirkliche *kommunistische* Einheit auf einem konsequent internationalistischen Programm, um die Konterrevolution zu besiegen und um das multinationale sowjetische Proletariat wieder an die politische Macht zu bringen, wie in den Tagen von Lenin und Trotzki.

Für eine unionsweite leninistisch-trotzkistische Partei!

Anpilow und seinesgleichen versuchen, die verzweifelten Kämpfe der sowjetischen Massen, die ihren Lebensstandard gegen die Sturmwellen der kapitalistischen Konterrevolution verteidigen wollen, in einen Block mit reaktionärem Nationalismus zu zwingen. Dies ist nicht nur ein hinterhältiges, sondern auch ein gefährliches Spiel, denn die Faschisten, die dadurch Auftrieb bekommen und sich bestätigt sehen, werden ihre früheren, vorgeblich kommunistischen „patriotischen" Verbündeten genauso gnadenlos verfolgen wie die sowjetischen Arbeiter, Juden und andere Nationalitäten, sollten sie jemals eine Chance bekommen. Ein Artikel der *Prawda* (6. Januar) über die neuen „linken" Organisationen bemerkte:

> „Wenn die linken Parteien die spontanen Proteste der Werktätigen nicht kontrollieren und in einer zivilisierten politischen Weise führen können, kann es zu zwei verschiedenen politischen Entwicklungen kommen: entweder können wir einen vollkommen destruktiven spontanen Aufstand der unteren Schichten haben oder faschistische Herrschaftsmethoden der oberen Schichten. Die Elemente von beidem existieren bereits."

Der *Prawda-Aütor* würde gern eine „zivilisierte" parlamentarische Opposition in der Art der westeuropäischen Sozialdemokratie oder der französischen Stalinisten sehen. Aber die Konsolidierung der Konterrevolution in der Sowjetunion wird alles andere als zivilisiert ablaufen. Es *gibt* eine Alternative zu Anarchie oder Faschismus. Das ist die Wiederherstellung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung auf der Basis der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse. Vor einem halben Jahrhundert hat Leo Trotzki vorausgesagt, daß der unvermeidliche Zusammenbruch der Herrschaft der stalinistischen Bürokratie entweder zur blutigen Konterrevolution führen wird oder zur Wiederherstellung tatsächlicher Sowjetdemokratie, wie sie durch die Bolschewistische Revolution 1917 errichtet wurde.

Was benötigt wird, ist eine proletarisch-revolutionäre Führung, die dem elementaren Widerstand der Massen die Ausrichtung auf einen bewußten Kampf für die proletarisch-politische Revolution geben kann. Möglichkeiten für einen Sieg über die Konterrevolution gibt es genug: der Haß auf Jelzin und Konsorten wächst von Tag zu Tag. Unsere Genossen versuchen, den Kern einer neuen bolschewistischen Avantgarde zu schmieden, durch die Umgruppierung all derer, die Kommunisten auf dem Programm des Roten Oktober sein wollen. Für eine gesamt-sowjetische leninistisch-trotzkistische Partei, die im Kampf um die Wiederschmiedung der Vierten Internationale aufgebaut wird!

Nach Workers Vanguard *Nr. 543, 24. Januar*

Stahl und Metall...

Fortsetzung von Seite 24

mit militanten Streiks und Schachtbesetzungen kämpften. Zusätzlich lief (und läuft) eine Urabstimmung in der HBV (Banken), es gibt harte Tarifverhandlungen bei ÖTV, Post, Druck und die laufende Tarifrunde in der übrigen Metallindustrie, bei der Bahn und in der Chemie.

Eingewanderte Arbeiter haben eine strategische Position im Stahl sowie bei Autoindustrie und Bergbau. Stimmzettel für den Stahlstreik wurden in sechs Sprachen gedruckt. Eine bedeutender deutscher Stahlstreik würde große Auswirkungen in ganz Europa, auf die Türkei und die Sowjetunion haben. Deshalb war in NRW SPD-Patriarch Johannes Rau finster entschlossen, einen Arbeitskampf zu verhindern.

Ein Programm für den Sieg und eine revolutionäre Führung

Ein Programm für den Sieg in Stahl und Metall muß darauf basieren, den Würgegriff der SPD/DGB-Bürokratie zu brechen, um die enorme soziale Macht der IG Metall zu entfesseln. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist eine der elementarsten Forderungen der Gewerkschaftsbewegung. Stahl- und Metallarbeiter im Osten verdienen, wenn sie noch Arbeit haben, nur 60 Prozent des Westlohns. West-Stahlarbeiter, die im selben Betrieb arbeiten und die gleiche Arbeit wie andere Metaller verrichten, verdienen oft 1,30 D-Mark pro Stunde weniger. Steinkühlers Versprechen, Stahlarbeiter hätten Parität mit Metall gewonnen, ist eine Lüge. Nicht vor nächstem November werden Stahlarbeiter das bekommen, was Metaller heute kriegen, die jetzt in die eigenen Tarifverhandlungen einsteigen. Weg mit der 75-Prozent-Klausel! Zerreißt Steinkühlers Ausverkaufs-Tarifabschluß! Diesmal brauchen wir einen *gemeinsamen* Streik von Stahl und *ganz* Metall, Ost und West, um einen *gemeinsamen* Tarifvertrag zu gewinnen mit *gleichem Lohn für gleiche Arbeit!*

Hunderttausende von Stahl- und Metallarbeitsplätzen wurden im Osten schon zerstört. Doch Hennigsdorfer Stahlwerker zeigten durch ihre 13tägige Besetzung, trotz des Ausverkaufs der IGM-Bonzen, daß sie bereit sind, ihre Existenzgrundlage zu verteidigen und zusammen mit ihren Kollegen im Westen zu streiken. Und nun ist das Walzwerk in Eberswalde besetzt.

In manchen Städten im Ruhrgebiet beträgt die Arbeitslosigkeit 20—30 Prozent, und die Stahlbarone versprechen den Verlust von 6000 weiteren Arbeitsplätzen allein in diesem Jahr. Die Krupp-Übernahme von Hoesch wird weitere 10000 auf die Straße werfen. Im vierten Quartal des „Aufschwung"jahres 1991 wurden 10000 Autoarbeiter entlassen, und 1992 werden noch eine Menge mehr zum Arbeitsamt geschickt werden.

Die kämpferischen Streiks von 1978/79 und 1984 wurden von Stahl- und Metallarbeitern bewußt gegen Entlassungen geführt, für eine kürzere Arbeitswoche bei vollem Lohn. Aber die 35-Stunden-Woche soll im Westen erst 1995 eingeführt werden, und mittlerweile werden Tausende von Arbeitsplätzen gestrichen, West wie Ost. Die Trotzkistische Liga, Vorgängerorganisation der Spartakist-Arbeiterpartei, forderte in den Streiks 1978/79 und 1984: Die vorhandene Arbeit muß bei vollem Lohn auf alle Hände verteilt werden, zusammen mit dem automatischen Ausgleich der Inflation, *für eine gleitende Skala der Löhne und der Arbeitszeit!* Diese Forderungen gelten auch jetzt!

SPD und DGB haben Arbeitskämpfe in Ost und West verhindert und die permanente und wachsende Massenarbeitslosigkeit mitproduziert. Dies ist der fruchtbare Boden für das Anwachsen von Faschismus. Jetzt fachen die Arbeiterbürokraten den Rassismus noch an mit der obszönen Kampagne von Engholm/Lafontaine/Rau & Co. für „Abschiebungsbeschleunigung" und KZ-artige „Sammellager". Aber als Faschisten in Hünxe ein Wohnheim niederbrannten und drei Flüchtlinge ermordeten, mobilisierten am selben Tag 1000 Metall- und Bergarbeiter einen kämpferischen Protest. Die mächtigen Industriegewerkschaften mit ihrem strategischen Bestandteil von eingewanderten Arbeitern können den Nazi-Terror stoppen und die kapitalistische Offensive zurückschlagen, die ihn ausbrütet. Für Arbeiter/Immigranten-Verteidigungsgruppen! Stoppt die Abschiebungskampagne der „großen Koalition" von Kohl bis Rau, die besonders Roma im Ruhrgebiet trifft! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

Was die Arbeiter im Ruhrgebiet brauchen, ist eine revolutionäre Führung, die ihre Macht wirklich entfesselt. Solch eine Partei hätte für gewählte Streikkomitees beim Stahlstreik gekämpft und eine Siegesstrategie für die Ausweitung des Streiks entwickelt. Die Steinkühlers und Raus werden beiseite geräumt werden beim Kampf, der die Gewerkschaften zu einem revolutionären Machtinstrument der Arbeiterklasse macht.

Deutschland schliddert in die weltweite kapitalistische Rezession, gleichzeitig will die Deutsche Bank die Sowjetunion und Osteuropa in eine Neokolonie verwandeln. Das Gift von Protektionismus und „Klassenfrieden" der SPD/DBG-Bürokratie dient dazu, angesichts von innerimperialistischen Rivalitäten, der Vorstufe zu einem neuen Weltkrieg, die Arbeiter an die deutsche Bourgeoisie zu fesseln.

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands kämpft dafür, die bewußtesten Arbeiter — die eingewanderten sowie die hier geborenen - für unser internationalistisches Programm zu gewinnen, um eine revolutionäre Avantgardepartei aufzubauen, die die Arbeiterklasse in Deutschland an die Macht führen kann. Unsere Genossen der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) kämpfen jetzt in der Sowjetunion, um eine Partei aufzubauen, die die hungernden sowjetischen Arbeiter anführen kann, um Jelzin durch eine proletarisch-politische Revolution zu stürzen. Das würde der Kern für internationale Planwirtschaft sein, in der jede fortschrittliche technische Verbesserung der Produktion zugunsten der Arbeiter eingesetzt wird. Wenn du *gewinnen* willst, kämpfe mit uns zusammen! •

Verteidigt Kielhorn und Bögelein!

Karl Kielhorn und Gerhard Bögelein werden in der SPD-Hochburg Hamburg vor Gericht gezerrt, weil sie Antifaschisten aus der DDR sind. Karl Kielhorn war schon von den Nazis über drei Jahre lang eingesperrt worden. Nach dem Krieg war er der Leiter der antifaschistischen Gruppe in einem sowjetischen Kriegsgefangenenlager in Litauen, wo der Nazi-Militärrichter Kallmerten seinen verdienten Tod fand. Gerhard Bögelein hatte sich während des Krieges zur Roten Armee durchgeschlagen. Er bekämpfte die Grüne Armee — Nazibanden hinter der Front — und enttarnte untergetauchte Nazis.

Das Komitee für soziale Verteidigung ruft dazu auf, gegen die Schauprozesse zu protestieren, die gegen die beiden heldenhaften Antifaschisten geführt werden. Weg mit den Anklagen gegen Kielhorn und Bögelein! Nieder mit dem Schauprozeß des Vierten Reichs! Sofortige Freilassung von Gerhard Bögelein! Sofortiger Schadenersatz für Kielhorn und Bögelein! Schickt Protestbriefe und -telegramme an das Hamburger Landgericht, Große Strafkammer 22, Richter Diethelm Erdmann, Sievekingsplatz 3, (Strafjustizgebäude), W-2000 Hamburg 36!

Volle Staatsbürgerrechte...

Fortsetzung von Seite 2

CDU/CSU die Jagd auf Immigranten vorantreibt.

AL und PDS sagen, daß sie die Flüchtlinge unterstützen, aber womit denn? Wenn die Grünen nach Quoten schreien und die PDS mehr Bullen auf den Straßen haben will, .dann beteiligen sie sich aktiv an der rassistischen Volksfront und geben ihr eine „linke" Flankendeckung. Wer Immigranten verteidigen will, muß mit der Sozialdemokratie brechen. Und man muß sich nur erinnern, was der Berliner Senat vor ein, zwei Jahren tat. Damals war er grün/„rot". Erinnert euch an den Einwanderungsstopp für sowjetische Juden, die nach Israel abgeschoben werden sollen als Kanonenfutter für die israelische Besatzungspolitik in Palästina. Die SpAD und das Komitee für soziale Verteidigung demonstrierten dagegen unter der Losung ,*Weg mit dem Judenstopp des Vierten Reichs". Und vergeßt nicht den brutalen Polizeiüberfall des SPD/AL-Senats auf die Hausbesetzer der Mainzer Straße. Hallenser Jugendliche haben es nicht vergessen. Die Beulen an Mompers Kopf sind der Beweis dafür!

Engholms SPD ist es auch, die die Abschiebekampagne gegen die Flüchtlinge in der Norderstedter Schalom-Kirche anleitet (siehe *Spartakist* Nr. 92, Januar). Jetzt werden diese Flüchtlinge auch vom Kirchenvorstand ganz konkret mit Rausschmiß aus der Kirche bedroht. Doch in Norderstedt gibt es Widerstand: Arbeiter aus einem in der Nähe liegenden Betrieb kamen zur Verteidigung der Flüchtlinge vor faschistischen Angriffen, die es nicht nur im Osten Deutschlands gibt, wie uns die bürgerliche Presse immer wieder vorlügen will. Im Westen sitzen die Kommandozentralen des Nazi-Packs, die die Verzweiflung und Zerstörung in der Ex-DDR für ihre Völkermord-Parolen ausnutzen wollen.

Die Treuhand, die vom SPDler Rohwedder geleitet wurde, zerstörte die ostdeutsche Industrie und raubte der ostdeutschen Arbeiterklasse ihre Macht. Als Ergebnis steigen die faschistischen Überfälle seit zwei Jahren entsetzlich an. Und zwar genau seit der kapitalistischen Wiedervereinigung, die die Basis legte für das Wachstum der Faschisten. Jüngstes Opfer des rassistischen Terrors war eine dreiköpfige Familie aus Sri Lanka, die in einem Wohnheim im hessischen Lampertheim grausam verbrannte. Die Polizei schob die Schuld auf die „unachtsamen Flüchtlinge" selbst, obwohl es davor Nazi-Drohungen für die Nacht des 30. Januar, den Jahrestag von Hitlers Machtergreifung, gegeben hatte und das ganze Gebiet bekannt ist für seine große Anzahl von Brandanschlägen. Hunderte Menschen protestierten in Lampertheim gegen Rassismus und Nazi-Terror.

Die Gewerkschaften haben die Macht, die Flüchtlinge zu verteidigen! An der TU müssen ÖTV und GEW dabei eine wichtige Rolle spielen und ein Bindeglied zu den anderen Gewerkschaften sein! Doch selbst für diese gewerkschaftliehe Mobilisierung und den Aufbau von Verteidigungsgruppen von Arbeitern/Immigranten brauchen wir eine revolutionäre Führung, die für die Verteidigung der Flüchtlinge genauso gegen den „offiziellen" Rassismus von CDU/SPD kämpft wie gegen faschistische Überfälle. Letztendlich ist das Programm, den Faschismus ein für allemal auszurotten, das Programm zum Sturz des Imperialismus. Der Schlüssel dazu ist eine leninistisch-trotzkistische Partei, die der Volkstribun für alle Unterdrückten sein wird.«

Familie Eksi...

Fortsetzung von Seite 4

Mutter: Was soll das, das waren fünf Jungen. Wer sollte die Schlägerei angefangen haben? Wer ist tot, mein Sohn oder der andere? Hauptsache, man muß immer richtig denken. Von Anfang an beschuldigt ihn die Polizei. Ich habe gesagt, warum geben Sie die Schuld meinem Sohn?

Tante: Wir wollen Gerechtigkeit haben, als Mensch wollen wir Gerechtigkeit haben. Nicht so behandelt werden, warum denn auch. Wir haben unsere Jahre hier hergegeben. Also, ich bin in meinem eigenen Land ein Fremder. Da nennen sie mich auch Deutsche. Wir haben hier die schlimme Arbeit gemacht, wir sitzen in schlechten Wohnungen, und wir zahlen die gleichen Steuern.

Spartakist: Die SpAD ist für volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten, und zwar sofort. Alle, die es geschafft haben, hierherzukommen, sollen die Rechte haben wie alle.

Mutter: Genau, dieselben Rechte. Weil wir auch dasselbe bezahlen müssen. Und alle arbeiten genau wie Deutsche. Deshalb auch dieselben Rechte. Aber hier gibt es das nicht. Du bist immer Ausländer, egal, was du machst, egal, ob du den deutschen Paß hast.

Spartakist: Ja, das ist Betrug, während die Banken die großen Gewinne machen, werden die Arbeiter geschröpft. In Hoyerswerda haben zuerst die Nazis ihren Terror-Überfall gemacht, dann ist die Polizei gekommen und hat die Immigranten genommen und genau das Programm der Nazis ausgeführt. Sie sind weggeführt worden, deportiert worden.

Tante: Aber das ist nicht nur eine Gefahr für uns, sondern auch für Sie, für Deutsche auch. Die behandeln die Leute so schlimm.

Onkel: Wenn sie keine Ausländer finden, schlagen sie auch Deutsche. Mein Arbeitskollege hat das gesagt. Als er sagte, ich bin Deutscher, „ach egal", hat man ihn geschlagen.

Der Arzt hat gesagt, Mete war schon ganz schwach. Aber sein Herz wollte immer leben, deshalb hat er 18 Tage im Koma überlebt. Das ist ja furchtbar. Und wir verstehen immer noch nicht, wie viele Jahre kriegt der? Und seine zwei Brüder laufen immer noch draußen herum. Das war keine Schlägerei, sondern richtiger Mord.«

Rachejustiz...

Fortsetzung von Seite 24

Tode verurteilt. Hier ging es um berechtigte *Kriegsmaßnahmen* gegen Kriegsverbrecher, die die abscheulichste Massenvernichtung in der Geschichte begangen haben. Als der estnische KZ-Kommandant Karl Linnas endlich an die UdSSR ausgeliefert wurde, waren wir mit allem einverstanden, was die sowjetischen Gerichte taten, um ihn zu beseitigen. Die Faschisten haben sechs Millionen Juden, Millionen Slawen und Minderheiten umgebracht. Das Problem ist, daß zu viele dieser Verbrecher entkamen - hauptsächlich in den Westen. Heute sitzen ihre Studenten auf der Richterbank und in den Justizministerien.

Von Anfang an kämpften wir gegen die Enteignungskampagne gegen die PDS und forderten: Weg mit den Anklagen gegen Pohl, Langnitschke und Kaufmann. Doch die PDS jagt mit und lieferte sogar Schatzmeister und Parteisekretär aus. Heute unterstützt *Neues Deutschland* den von den Nazis begonnenen Prozeß gegen Mielke.

Jetzt benutzen Pseudotrotzkisten wie BSA und Arbeitermacht die Urteile gegen die Grenztruppen, um nach Honeckers Blut zu schreien. Sie greifen dazu die SPD-Forderung nach Hexenjagd-„Tribunalen" auf, die die Bevölkerung, der die Hetze langsam zum Halse raushängt, aufpeitschen soll und die Arbeiter einschüchtert. Das Vierte Reich will die Niederlage des Dritten Reichs rächen und jede Erinnerung an den Sieg der Roten Armee und an den daraus entstandenen deformierten Arbeiterstaat DDR zerstören. Schluß mit der antikommunistischen Hexenjagd!«

SPARTAKIST

Ausverkauf durch Rau/Steinkühler

Stahl und Metall, Ost und West: Entfesselt Eure Macht!

9. Februar — Die schweren Bataillone der westdeutschen Industrie, die Stahlarbeiter, stimmten zu 87 Prozent für Streik. Sie waren entschlossen und zu einem langen Streik bereit. Die Stimmung in den Betrieben war wütend. Der erste branchenweite Arbeitskampf seit dem 44tägigen Stahlstreik von 1978/79 und der wichtigste seit Rheinhausen stand bevor. Im Osten waren die Hennigsdorfer Stahlwerker bereit, in Solidarität mitzustreiken; die Plakate waren schon fertig. Dies wäre der erste gemeinsame Streik in Ost und West gewesen.

Keine Entlassungen! Keine Abschiebungen! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Die deutsche Bourgeoisie tönte: Lieber Streik als höhere Löhne, und mobilisierte mit der Drohung von höheren Zinsen sogar ihre „G-7"-Partner, gegen die Stahlarbeiter zu intervenieren. Steinkühlers ursprüngliche Lohnforderung von 10,5 Prozent hätte die steigenden Lebenshaltungskosten und Steuern vielleicht gerade noch ausgeglichen. Aber dann verkündete er, über 10 Prozent wäre unvernünftig — auch ein Messer in den Rücken von ÖTV und HBV, die gerade die eigenen Tarifverhandlungen mit ähnlichen Forderungen eröffnet hatten. Und nachdem dieser „Arbeiterleutnant des Kapitals" — so beschrieb der amerikanische Marxist Daniel De Leon die Gewerkschaftsbürokratie - seine Mitgliederbasis bis knapp vor einen Streiks geführt hatte, akzeptierte er das Diktat der Bundesbank: 5,9 Prozent, was real eine Lohnkürzung bedeutet. Am nächsten Morgen gab es im *Handelsblatt* Freude und Erleichterung: „Die Tierbändigung" hieß eine Karikatur auf der Titelseite. Sie zeigte den schnaubenden Bullen „Arbeitskampf': Ein Kapitalist hat ihn an den Hörnern gepackt, während die IGM ihn beim Schwanz wieder in den „Stahlindustrie"-Stall schleppt.

Die Bürokraten und Bosse waren in einem tiefen Seufzer der Erleichterung vereint, denn der Kampf hätte nicht nur 130000 Stahlarbeiter einbezogen, sondern auch die größte Industriegewerkschaft in der neben Japan mächtigsten kapitalistischen Wirtschaft der Welt. Ein Stahlstreik hätte, ausgehend von Hennigsdorf, sofort Solidarität unter Stahlarbeitern im Osten bis Eisenhüttenstadt erwecken können, die von der Vernichtung ihrer Lebensgrundlage bedroht sind. Er hätte einen Strich durch die Offensive der deutschen Bourgeoisie gemacht, die Arbeiterklasse zu atomisieren und ihre Arbeitsplätze im Osten zu vernichten. Und dies zu gleichen Zeit, wo das Finanzkapital mächtige Verdauungsschwierigkeiten hat, nachdem es Ostdeutschland am Stück geschluckt hat. Dazu gab es die Perspektive einer breiteren Front mit den verbundenen Branchen Autoindustrie und Bergbau, dessen Kumpel letztes Jahr für ihre Arbeitsplätze

Fortgesetzt auf Seite 22

Stoppt die SPD-geführte Hexenjagd!

Rachejustiz des Vierten Reichs

Die antikommunistische Hexenjagd, von der SPD geführt mit Beihilfe von Grünen/Bündnis 90, hat mit ihrer Hysterie alles und alle erfaßt. Sie wollen Erich Honecker in ihre Krallen kriegen, der jahrelang als Antifaschist in Hitlers Kerkern saß. Bisher konnte er sich den Inquisitoren Limbach (SPD) und Ex-BND-Chef Kinkel entziehen. Bernt Engelmarin wird wegen seiner Bücher über die Nazi-Wurzeln des Vierten Reichs verfolgt. Die Stasi-Hetze reicht inzwischen bis zum SPD-Konsistorialrat Stolpe: die Konterrevolution frißt ihre eigenen Kinder.

Am 5. Februar endete der zweite Prozeß gegen DDR-Grenzsoldaten mit Bewährungsstrafen von einem Jahr und neun Monaten bzw. anderthalb Jahren. Im ersten Vergeltungsprozeß, der im Januar endete, wurde der ehemalige Grenzsoldat Ingo Heinrich wegen Totschlags zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt. Sie wurden verurteilt, weil sie den Arbeiterstaat DDR verteidigten. Bis heute leben die Mörder von über 20 DDR-Grenzsoldaten unbehelligt im Westen. Wie die Trotzkistische Liga Deutschlands, Vorgänger der SpAD, im Oktober 1987 in einem *Spartakist-Extrablatt* schrieb: Die Mauer „stellt eine Verteidigung der kollektivierten Wirtschaft der DDR dar, wenn auch auf eine bürokratische Weise. Deswegen haßt die Bourgeoisie die Mauer, und deswegen verteidigen wir Trotzkisten sie."

Nun wird der greise, schwerkranke DDR-Stasi-Chef Erich Mielke vor Gericht geschleppt: dafür greifen sie eine Anklage *aus der Nazizeit* gegen ihn auf — wegen Mordes an zwei berüchtigten Polizisten. Das Komitee für soziale Verteidigung und die SpAD rufen auf zu einer Protestkundgebung vor Beginn des Prozesses gegen Erich Mielke am 10. Februar vor dem Landgericht Berlin: Freiheit für Erich Mielke! Hände weg von Honecker und Markus Wolf! Weg mit den Anklagen und Prozessen gegen DDR-Grenztruppen!

Gegen sowjetische Lager für Nazi-Verbrecher wird gehetzt; Gedenkstätten für KZ-Opfer werden ausgelöscht; ehemaligen DDR-Richtern, die Faschisten verurteilt haben, werden Prozesse gemacht. Jetzt sollen zwei solche Richter vor Gericht, die 1950 in Waldheim Urteile fällten. Damals wurden 3400 Prozesse geführt; nur 32 Nazis wurden zum

Fortgesetzt auf Seite 23

Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ C1664 D

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 94 MÄRZ/APRIL 1992 50 Pfennig

Moskau: Jelzin hetzt Polizei auf Demonstranten
Sowjetunion am Scheideweg



dpa/Kornejew

Am Tag der Sowjetarmee in Moskau: Milizen wurden für eine Provokation gegen prosowjetische Demonstranten mobilisiert. „Weißer Zar" Boris wollte neuen Blutsonntag. Weg mit der Jelzin-Regierung!

Mehr als 12000 Mann Miliz und OMON-„Anti-Verbrecher"-Eliteeinheiten in Kampfmontur wurden in Moskau gegen eine Demonstration ins Feld geführt, die am 23. Februar zur Feier des Tages der sowjetischen Armee stattfand. Als die Demonstranten versuchten, durch die Polizeibarrikaden zu marschieren, die das Stadtzentrum abriegelten, stürmten Bullen mit Schlagstöcken auf sie los. Ein 16 Jahre alter Jugendlicher, der auf einem Lkw stand und eine rote Fahne mit Lenins Porträt schwenkte, wurde auf besonders brutale Weise verprügelt. „Ich habe dort gestanden, weil ich den Kommunismus und Lenin unterstütze", sagte er. Ein Demonstrant, der 71jährige sowjetische Generalleutnant a. D. Nikolai Peskow, starb, nachdem er von Polizisten getreten worden war.

Zwar blieb die Teilnehmerzahl in der Reihe von Demonstrationen in Moskau seit den Preiserhöhungen vom 2. Januar auf einige Zehntausende beschränkt, doch wächst in der sowjetischen werktätigen Bevölkerung zunehmend die Unruhe und Verzweiflung angesichts der exorbitanten Preiserhöhungen und des Lebensmittelmangels. Die Produktion geht in den Keller, im Januar fiel sie insgesamt um 17 Prozent, bei Stahl sogar um 27 Prozent. Das offene Zurschaustellen von Macht am 23. Februar war eine bewußte Provokation des russischen Präsidenten Boris Jelzin und des Moskauer Bürgermeisters Popow *mit dem Ziel, die gesamte sowjetische werktätige Bevölkerung einzuschüchtern.*

Zum ersten Mal seit dem vermurksten stalinistischen Putsch und Jelzins proimperialistischem Gegenputsch im letzten August haben die kapitalistisch-restaurativen Kräfte Blut auf den Straßen Moskaus vergossen. Ein Moskauer Pro-Jelzin-Fernsehkommentator fühlte sich gezwungen,

Fortgesetzt auf Seite 15

Bildet Arbeiter- und Soldatenräte, um die kapitalistische Restauration zu stoppen!

Briefe

Verteidigt Kielhorn und Bögelein!

Das Komitee für soziale Verteidigung ruft zu Protesten gegen den Schauprozeß gegen die beiden Antifaschisten Karl Kielhorn und Gerhard Bögelein auf, die in der SPD-Hochburg Hamburg vor dem Landgericht stehen (siehe Spartakist *Nr. 92, Januar). Schickt Protestbriefe und -telegramme an das Hamburger Landgericht, Große Strafkammer 22, Richter Diethelm Erdmann, Sievekingsplatz 3 (Strafjustizgebäude), W-2000 Hamburg 36! Weg mit den Anklagen! Wir drucken hier einen Leserbrief an die UZ, Zeitung der DKP, ab, der dort bisher nicht veröffentlicht wurde.*

Kiel, 15. Februar 1992

Liebe Genossinnen, liebe Genossen!

Wie heute nachmittag am Telefon besprochen, sende ich Euch die Abschrift eines Artikels zum Prozeß gegen Gerhard Bögelein und Karl Kielhorn an die *UZ*.

Mit sozialistischen Grüßen!
Ernst D.

Vom Komitee für soziale Verteidigung Hamburg (KfsV) erfuhr ich:

Seit 18. Dezember 1991 läuft vor der 22. Strafkammer des Landgerichts Hamburg ein Prozeß gegen 2 Antifaschisten: Gerhard Bögelein und Karl Kielhorn. Sie werden beschuldigt, am gewaltsamen Tod des kriegsgefangenen faschistischen Blutrichters Erich Kallmerten im Kriegsgefangenenlager Klaipeda (Sowjet-Litauen) schuldig zu sein.

Ich kenne Klaipeda, den Antifaschisten Karl Kielhorn und den „Fall Kallmerten" aus meiner damaligen Arbeit dort. Ich schrieb in der *UZ* Nr. 172 vom 5. August 1983 darüber.

Doch der Reihe nach: Kallmerten war ein Altnazi, Jurastudent und SA-Mann. Im Frühjahr 1933 war er an der Ermordung des sozialdemokratischen und jüdischen Kieler Bürgervorstehers bzw. Stadtverordnungsvorsitzenden, des Rechtsanwalts Spiegel beteiligt. Das Bild Spiegels hängt im Kieler Rathaus, in der Reihe der Kieler Bürgermeister, Oberbürgermeister, Stadtpräsidenten u.s.w. Unter dem Bild Spiegels im Kieler Rathaus steht: „Dr. Wilhelm Spiegel. 1911 — 1933 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung. 1919-1924 Stadtverordnetenvorsteher.

Für diesen Mord wurde von der faschistischen Justiz kein Beteiligter zur Rechenschaft gezogen! Im Gegenteil: Kallmerten avancierte, wurde Kriegsrichter und reihte sich in deren Blutlinie ein. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion trieb er sein Unwesen im Bereich der Heeresgruppe Nord, später „Kurlandbrückenkopf' unter dem Befehl des Kriegsverbrechers Foertsch, der von sowjetischen Militärgerichten zu 25 Jahren Haft wegen besonders schwerer Kriegs- und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt wurde, 1955 als Nichtamnestierter der BRD-Regierung übergeben und dann — Generalinspekteur der Bundeswehr wurde!

Auf Kallmertens Blutkonto geht das Todesurteil an 100 sowjetischen Partisanen und vieler deutscher Soldaten, die sich der aussichtslosen Lage im Kurlandbrückenkopf bewußt waren.

Dieser Mann kam eines Tages ins sowjetische Kriegsgefangenenlager 57 in Klaipeda. Die sowjetischen Untersuchungsorgane ermittelten gegen ihn. Mitgefangene, denen er in der faschistischen Armee übel mitgespielt hatte, erkannten ihn und übten Selbstjustiz. Die sowjetische Lager-4eitung mißbilligte dieses Tun. Aber da sehr viele Nazi- und Kriegsverbrechen aufgeklärt werden mußten, hatte der „Fall Kallmerten" seinen Abschluß gefunden.

Nach 44 Jahren verbeißt sich nun die Bundesjustiz- in diese Sache auf Grund der Aktenschnüffelei und Stasi-Hysterie! Da paßt es den Sozialistenfressern und Antikommunisten wunderbar in den Kram, einen Überläufer zur Sowjetarmee (Gerhard Bögelein), der Schulter an Schulter mit Sowjetsoldaten half, seine Heimat vom Faschismus zu befreien und einen Leiter eines Antifaaktivs (Karl Kielhorn), der in mühevoller Kleinarbeit half, Klarheit in den Köpfen seiner Landsleute zu schaffen und darüber durch Schaffung vorbildlicher Kultureinrichtungen das Leben erträglich zu gestalten, in die Nähe eines Mörders zu rücken! Untadelige Antifaschisten sollen diffamiert werden, nicht aber der Nazimörder posthum verurteilt werden. Dagegen muß man beim genannten Gericht protestieren.



herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEIDEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Marianne Clemens, Toralf Endruweit, Michael Jäger, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Mattries (Produktion), Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur), Kurt Weiss, Fred Zierenberg
VERTRIEB: J. Pfeiffer

PresserechHieh verantwortlich: C. Bösen, 2000 Hamburg 74
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 110231, 2000 Hamburg 11, Fax (040)330154
Postfach 510655, 1000 Berlin 51, Fax (030)4911479
Redaktion Spartakist: Tel. Westberlin 49145 48, Korrespondenz über Verlagsanschrift
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 11988-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 50010080
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 94 März/April 1992

Zum Kampf der SpAD gegen Hexenjagd

In den letzten Wochen erhielt die Spartakist-Redaktion eine Reihe von Leserbriefen zur antikommunistischen Hexenjagd. Nachfolgend veröffentlichen wir Auszüge aus zwei Briefen. Auf Seite 24 dieser Ausgabe ist ein ausführlicher Artikel zu diesem Thema abgedruckt, der auch auf Fragen und Kritik aus den Leserbriefen antwortet.

Augsburg, den 4. Januar 1992

Liebe Genossinnen und Genossen!

Ihr mutiger Aufruf vom 13. Dezember 1991 („Spartakist 4") zugunsten von Erich Honecker und seinen Getreuen ist auf Umwegen (Berlin/Erlangen/Tauplitz[Steiermark]/München/Augsburg) heute zu mir gelangt.

Als (leider anstellungsloser) Osthistoriker glaube ich, die DDR-Geschichte kompetent beurteilen zu können und beobachte deshalb mit machtlosem Gram, wieviel Unrecht gegenwärtig den einst leitenden SED-Persönlichkeiten wi-

Fortgesetzt auf Seite 20



Martha Phillips

10. März 1948 - 9. Februar 1992

Unsere geliebte Genossin Martha Phillips starb am 9. Februar in Moskau. Als Berufsrevolutionärin und als Unterstützerin der trotzkistischen Politik der Spartacist-Tendenz (Internationale Kommunistische Liga) seit 20 Jahren lebte und arbeitete Martha zum Zeitpunkt ihres Todes als Englischlehrerin in Moskau. Als führender Kader unter den Genossen, die daran arbeiten, das revolutionäre Programm von Lenin und Trotzki in seinem Ursprungsland wieder zu verwurzeln, beteiligte sich Martha an dem entscheidenden Kampf, dessen Ergebnis noch in der Schwebe ist. Ihr Tod ist ein schwerer Schlag für die zukünftige sowjetische Sektion der IKL und eine niederschmetternde Tragödie für viele in unserer Partei, die ihr nahe standen. Unser Mitgefühl gilt auch Marthas Familie, den Greenbergs, Jeff und ihrem Sohn Lael, den sie sehr innig geliebt hat.



Spartacist

Martha wurde zusammen mit einer Reihe anderer Genossen aus der linken Opposition innerhalb der Socialist Workers Party (SWP), der Proletarian Orientation Tendency/Leninist Faction (Tendenz proletarische Orientierung/Leninistische Fraktion), zur Spartakist-Politik gewonnen. Sie wurde von der SWP ursprünglich als Studentin in Madison, Wisconsin, rekrutiert und lebte in Washington, D.C., als sie und andere begannen, in der Spartacist League/U.S, die Verkörperung des authentischen trotzkistischen Programms zu sehen. Nachdem sie in der Leninistischen Fraktion für ihre Ansichten kämpften, schlössen sie sich im November 1972 formell der SL/U.S. an. Diese Umgruppierung legte die Grundlage, um während eines Zeitraums von mehreren Jahren weitere Genossen aus der amerikanischen SWP und ihren zeitweiligen internationalen Verbündeten zu gewinnen.

1972 zog Martha in die Bay Area (Oakland, San Francisco) und übernahm ihre erste Parteifunktion als Organisatorin der dortigen Revolutionary Communist Youth (Revolutionäre Kommunistische Jugend). Sie verbrachte den größten Teil ihres politischen Lebens als Genossin der SL/U.S. der Bay Area, darunter eine Zeit lang als Organisatorin der Partei. Sie verbrachte außerdem kürzere Zeiten in Los Angeles (1973-74), Detroit (1981-82), New York (1982-83) und Seattle (1987). Sie war immer eine der wirkungsvollsten Aktivistinnen an den Universitäten, und sie arbeitete als Partei-Vertreterin in Studentengruppen und als Partei-Ausbilderin auch eng mit jungen Genossen zusammen. Als machtvolle Sprecherin und Polemikerin führte sie die Partei in zahlreichen Kampagnen. Sie war Spartakist-Kandidatin für den Stadtrat von Oakland bei den Wahlen im Frühjahr 1983.

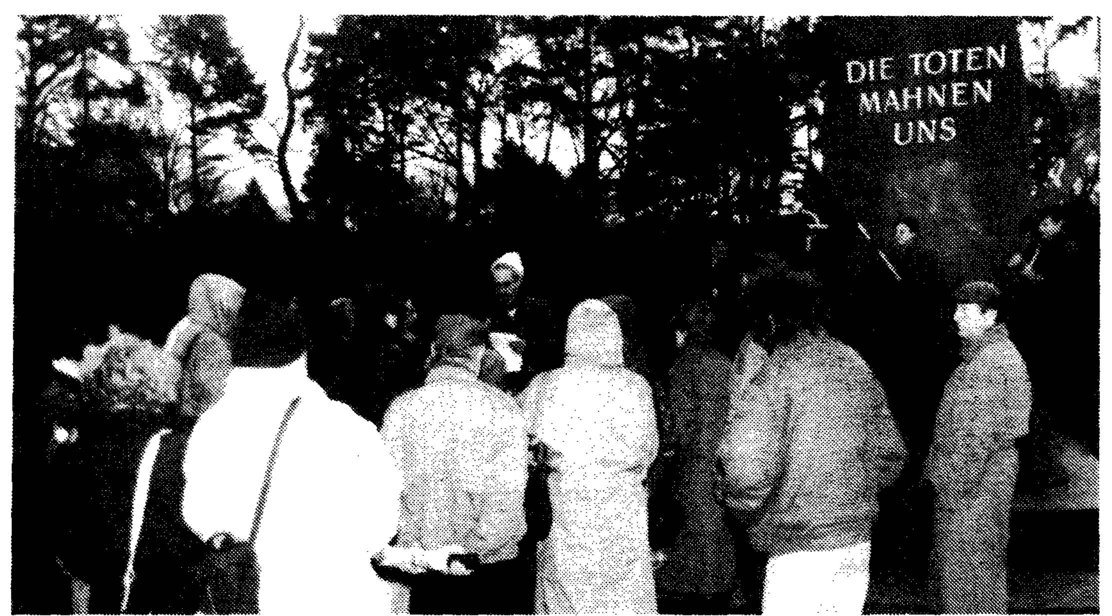
Während ihres ganzen Lebens war Martha als Kämpferin für die Frauenbefreiung engagiert und widmete sich aufmerksam allen Fragen der besonderen Unterdrückung, und sie war stark an der Gründung der Bay Area Labor Black League for Social Defense (Liga der Arbeiter/Schwarzen für soziale Verteidigung) beteiligt. Sie nahm aktiv an Kampagnen des Partisan Defense Committee teil (einer klassenkämpferischen Organisation für die rechtliche und soziale Verteidigung in Übereinstimmung mit den politischen Ansichten der SL/U.S.) und war einer seiner Sprecher. 1982 half sie bei der Organisierung der kämpferischen Massendemonstration am 27. November, die den Ku Klux Klan daran hinderte, durch Washington zu marschieren, und sie stand bei dieser erfolgreichen Aktion in vorderster Reihe.

Im Herbst 1990, nachdem sie einige Jahre lang in ihrer Freizeit mit großem Eifer Russisch gelernt hatte, ging sie für einen Intensiv-Sprachkurs nach Moskau. Obwohl die meisten der Sprachschüler deutlich besser vorbereitet und halb so alt waren, und während Martha eine Menge an politischer Aktivitäten zu bewältigen hatte, arbeitete sie intensiv an ihrem Studium und schnitt bei diesem Kurs glänzend ab. Ihre Fortschritte ermöglichten es ihr, im Mai 1991 nach Moskau zurückzukehren und eine Stelle als Englischlehrerin anzunehmen. Martha war eine engagierte Lehrerin, die alles benutzte, was sie in der Politik und in ihrem Leben gelernt hatte, um das Interesse ihrer Schüler zu wecken. Deren Geschichten wie auch ihre eigenen Erfahrungen in Moskau belebten die Briefe, die sie ihren Genossen in den USA schrieb.

Im Juli 1991 überbrachte Martha einer Moskauer Arbeiterkonferenz eine Grußadresse der IKL. In ihren Bemerkungen (siehe *Spartakist* Nr. 89), suchte sie aufzuzeigen, was die kapitalistische Restauration für die Werktätigen der Sowjetunion bedeuten würde, und sie wies eine kämpferische Perspektive des Kampffes für die proletarische politische Revolution, um die Sowjetunion zu dem internationalistischen Programm zurückzuführen, das die Oktoberrevolution 1917 mit Leben erfüllt hat. Sie wandte sich scharf gegen den Antisemitismus, der das Milieu der stalinistischen „Patrioten" durchzieht.

Nach ihrer Rückkehr nach Moskau schrieb Martha einige Punkte für ein Plenum des SL/U.S.-Zentralkomitees nieder, das im Oktober 1991 abgehalten wurde. Sie ver-

Fortgesetzt auf Seite 4



Spartakist

Berlin-Friedrichsfelde, Gedenkstätte für die Sozialisten, 16. Februar: an den Gräbern von Rosa und Karl gedachten die Spartakisten ihrer geliebten Genossin Martha Phillips

Martha Phillips...

Fortsetzung von Seite 3

wahrte sich scharf gegen „jegliche Tendenzen, die Sowjetunion im voraus abzuschreiben" und faßte ihre Beobachtungen während des erfolgreichen Gegenputsches von Jelzin gegen den halbherzigen Putschversuch der sogenannten „Hardliner" zusammen:

> „Ohne aktiven Widerstand der Arbeiterklasse gibt es sicherlich keine Doppelherrschaft in dem Sinn, wie sie 1917 existiert hat. Trotzdem finden alle politischen Manöver hier unter etwas statt, was ich in Ermangelung eines besseren Begriffs den .Schatten der Arbeiterklasse' nennen würde — d. h. es ist kein Zufall, daß die .Demokraten' es nicht geschafft haben, die Situation fest in den Griff zu bekommen, daß sie nicht noch frecher die Lage nach ihrem leichten Sieg vom August kontrollieren. Sie haben Angst vor den ‚finsteren Massen' — was passieren wird, wenn sie zu weit getrieben werden. Also hat es eine Menge an halben Maßnahmen gegeben...
>
> Wahrscheinlich ist es in *Verteidigung des Marxismus,* wo Trotzki den Punkt macht, daß die Terminologie des Arbeiterstaates ein Versuch ist, die widersprüchliche Realität so gut wie möglich zu beschreiben. Meine beste Annäherung daran ist, daß Jelzin ein instabiles bonapartistisches Regime errichtet hat über das, was vom Arbeiterstaat übrigbleibt. Die Bourgeoisie versucht, ihre Gewalt über den zerrütteten Apparat des Arbeiterstaates zu befestigen. Trotzdem ist diese Befestigung weit von der Vollendung entfernt... Grüße von der trotzkistischen Gruppe der Sowjetunion."

Martha hat sich in ihrem Leben vielen Hindernissen gegenübergesehen, aber keines war größer als der Kampf, in Moskau als Kommunistin zu fungieren, als Ausländerin, als Amerikanerin jüdischer Abstammung, und als Frau angesichts der penetranten gesellschaftlichen Rückständigkeit gegenüber Frauen als politischen Menschen und Führern. Sie begegnete dieser Herausforderung mit Mut, Intelligenz, Humor und unerschütterlicher Entschlossenheit, wie es für sie charakteristisch war, bis ihr Leben plötzlich brutal beendet wurde.

Martha wurde ermordet. Als Genossen am Morgen des 9. Februar, dem Tag der letzten großen Demonstration gegen Jelzin, in die Wohnung gingen, in der Martha wohnte, fanden sie sie dort, scheinbar im Schlaf gestorben. Zwar war sie vor kurzem durch eine Nierenfunktionsstörung ziemlich krank, aber ihr Tod erschien medizinisch unerklärlich, da sie sich auf dem Weg der Besserung befand. Inmitten ihrer Erschütterung und Trauer verlangten die Genossen eine Autopsie, die, als sie schließlich durchgeführt wurde, ergab, daß sie erstochen wurde. Zum jetzigen Zeitpunkt kann die Möglichkeit nicht ausgeschlossen werden, daß dieses grauenhafte Verbrechen politisch motiviert gewesen sein könnte. Die Moskauer Miliz führt Ermittlungen durch, bei denen unsere Freunde und Anhänger in Moskau kooperieren.

Viele bewegende Mitteilungen von Genossen, die Martha kannten und sie sehr geliebt und geschätzt haben, sind bei der SL/U.S. eingegangen, wir werden Auszüge daraus in einer zukünftigen Ausgabe unserer Zeitung veröffentlichen. In den USA sind formelle Zusammenkünfte zu ihren Ehren in der Bay Area und in New York geplant. Weitere Sektionen der IKL planen eigene Gedenkveranstaltungen, in denen wir ihr Leben in der kommunistischen Bewegung ehren, uns von neuem den Zielen verpflichten, die sie hochgehalten hat und für die sie mit all ihrer Intelligenz und ihrer Energie gekämpft hat, und um die Erschütterung und den Schmerz über unseren unwiederbringlichen Verlust zu bewältigen.

Genossen in Mexiko City planen, Martha zu Ehren rote Nelken an Trotzkis Grab in Coyoacän niederzulegen. Die französische Sektion der IKL wird sich im Gedenken an Martha bei Leo Sedows Grab vor den Toren von Paris versammeln. Am 16. Februar hielten die Genossen der SpAD für sie eine Gedenkveranstaltung an der Gedenkstätte für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in Berlin-Friedrichsfelde ab. Bei der Versammlung am 15. Februar am Grab von Karl Marx in London sagte ein Sprecher der Spartacist League of Britain den versammelten Genossen:

> „Wir sind heute hier zusammengekommen, um Martha Phillips zu ehren, die in Moskau an der Frontlinie des dringend notwendigen Kampfes gegen die Konterrevolution starb. Bei ihrer Arbeit dort, bei den vielen Gelegenheiten, bei denen sie gefragt wurde, warum die Internationale Kommunistische Liga in der UdSSR ist, erklärte Martha, daß die Sowjetunion die Geburtsstätte unseres Programms ist, daß die Russische Revolution tatsächlich den Arbeitern der ganzen Welt gehört und daß wir heimkommen, um für die Verteidigung der Errungenschaften der Oktoberrevolution zu kämpfen. Für uns Trotzkisten ist die Sowjetunion nie ein fremdes Land gewesen, und es ist wahr, wenn wir sagen, daß Martha in ihrem Heimatland starb."

Übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 545, 21. Februar*

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Hamburg: Stoppt die Schändung des jüdischen Friedhofs!

Am 5. März nahmen die orthodoxen Trotzkisten der SpAD und das Komitee für soziale Verteidigung an einer Kundgebung in Hamburg-Altona teil, bei der orthodoxe Juden aus vielen Ländern gegen die Schändung des 400jährigen jüdischen Friedhofs in Hamburg-Ottensen protestierten. 1939 wurde die jüdische Gemeinde von Hitler zwangsenteignet, der Friedhof dem Erdboden gleichgemacht, die Grabsteine zum Bunkerbau vor Ort verwendet. 1951 wurde das Gelände von der von den Allierten eingesetzten „Jewish Trust Company" (Treuhand-Gesellschaft!) an Hertie verkauft. Hertie (seit 1933 „arisiert") will jetzt sein altes Kaufhaus abreißen, das nur auf einem kleinen Teil des jüdischen Friedhofs steht, und ein riesiges Einkaufszentrum bauen.

Als Teil der moralischen Wiederaufrüstung verbreitet der selbsternannte Nachfolgestaat des Dritten Reichs seine eigene Version der „Auschwitz-Lüge". Das KZ Neuengamme wurde in Gefängnisse umgewandelt, auf der Gedenkstätte des ehemaligen Frauen-KZ Ravensbrück wird ein Supermarkt gebaut, und für Sachsenhausen war ein Finanzamt geplant. Für die deutschen Kapitalisten, die ihr Viertes Reich wieder „judenrein" machen wollen, verhängte der Berliner SPD-Senat im September 1990 einen Einreisestopp für sowjetische Juden. Die SpAD organisierte eine Protestdemonstration dagegen. Jetzt fühlen sich Nazibanden ermutigt, sozialistische, antifaschistische und jüdische Mahn- und Gedenkstätten zu schänden. So sollen die Zeugnisse jüdischen Lebens und Leidens ausgelöscht werden, die die Nazis wegen des Sieges der Roten Armee nicht zerstören konnten.

Die neuerliche Schändung des jüdischen Friedhofs in Ottensen hat wachsende internationale Proteste hervorgerufen, obszönerweise auch vom amerikanischen Außenministerium, das seinen eigenen „Judenstopp" verhängt hat, und von seinem zionistischen Klientenstaat, der die Verbrechen des deutschen Imperialismus dazu benutzt, Israels Terror an den Palästinensern zu rechtfertigen. Die protestierenden Juden haben unsere Solidarität zur Kenntnis genommen, wollten aber „nichts mit Kommunisten zu tun haben", weil wir Israel als Todesfalle für Juden bezeichnen und den Abzug Israels aus den besetzten Gebieten fordern.

Immigrierte Arbeiter, Rentner und Schüler, die wir bei dem Protest trafen, hatten Interesse an unseren Losungen: Arbeiterbewegung muß die Schändung des jüdischen Friedhofs verhindern! Weg mit dem Judenstopp des Vierten Reichs! Arbeiterrevolution wird Opfer des Holocaust rächen! Die Rote Armee zerschlug Nazi-Regime!

Für den Erhalt der KZ-Gedenkstätten und Mahnmale für die heldenhaften jüdischen/kommunistischen Widerstandskämpfer! Für den Kampf gegen Antisemitismus stehen die Spartakisten hier, wie im Kampf gegen Jelzins Konterrevolution in der Sowjetunion, an vorderster Front.

Stürzt NATO/Özal-Regierung durch Arbeiterrevolution!

Türkei: Massenmord in Grube

Am 3. März wurden im nordanatolischen Kozlu fast 300 Bergleute in den Zechen Incirhamami und Ihsaniye durch eine verheerende Explosion getötet — vorsätzlicher Mord! Die türkische Regierung hat die „unprofitablen" Kohlengruben am Schwarzen Meer absichtlich verrotten lassen. Die Kumpel von Kozlu gehörten zu den 48000 streikenden Kohlenbergleuten, die im November/Dezember 1990 die Türkei erschütterten und Anfang Januar 1991 das Land mit einem Generalstreik lahmlegten. Jetzt hat Özal seinen Vorwand, um sich an den kämpferischen Bergleuten zu rächen und ihre Existenzgrundlage zu vernichten — die Gruben in Kozlu sollen ganz geschlossen werden.

Sogar die türkische bürgerliche Presse gibt zu, daß die Katastrophe hätte verhindert werden können. Trotz 1500 Kumpeln unter Tag ignorierte die Grubenleitung den dramatischen Anstieg der Methangaskonzentration zwischen 17.00 und 19.30 Uhr. Um 20.05 Uhr stürzten infolge einer Schlagwetterexplosion die Stollen über vier bis fünf Quadratkilometern in 560 Meter Tiefe ein. Als Feuer ausbrach, wurden alle Rettungsversuche eingestellt und die Eingänge versiegelt. Der Schachteingang wurde zur Stätte unvorstellbaren Leids mit weinenden überlebenden Arbeitern und Hunderten Angehörigen der Toten und Vermißten.

Seit Jahrzehnten investiert die türkische Regierung nichts in die Bergwerke. So gab es seit 1980 in diesem Gebiet allein 17970 Verletzte und 483 Tote; in den letzten 40 Jahren waren es mehr als 3000 Tote, davon 442 durch Methangasexplosionen. Im April und November 1991 lehnte Özals Ministerium für Energie und Bodenschätze technische Schutzmaßnahmen gegen die in den Schwarzmeergruben berüchtigten Methangaskonzentrationen als „zu teuer" ab.

Aber auch die verräterische Führung des Gewerkschaftsverbandes Türk-Is trägt schwere Verantwortung. Heute jammert sie, daß die Regierung vor der Wahl steht, die Bergwerke entweder sicher zu machen oder zu schließen. Aber im Streik 1990 kapitulierte die Türk-Is-Führung vor Özals zynischem „Kampf um die Demokratie", statt einen Sieg für Arbeitsplätze und Sicherheitsmaßnahmen zu erkämpfen. Dann hätten heute die türkischen Kumpel sicherere Arbeitsplätze! Nicht nur das: Ein Sieg der Streikenden von Zonguldak hätte die blutrünstige Özal-Regierung stürzen können und Schockwellen durch den ganzen Nahen Osten und darüber hinaus ausgelöst. Dies hätte die Pläne von USA/NATO durchkreuzen können, die irakische Bevölkerung mit B-52-Bombern in die Steinzeit zurückzubombardieren. Doch heute schlachtet die Özal-Regierung zusammen mit Saddam Hussein im Grenzgebiet die Kurden als „separatistische Banditen" ab, während Özal Arbeiter in den Zechen lebendig begraben läßt. So sieht Özals „Demokratie" der „Neuen Weltordnung" für Werktätige und Unterdrückte aus.

Die mächtige türkische und kurdische Arbeiterklasse braucht eine revolutionäre Führung. Hunderttausende bilden in Deutschland einen strategisch wichtigen Bestandteil des Industrieproletariats. Türkische und kurdische Linke und Arbeiter können in großer Zahl für den authentischen Kommunismus von Lenin und Trotzki gewonnen werden. Wie wir am 30. Dezember 1990 zu Zonguldak schrieben:

> „Dringend notwendig ist eine internationalistische Arbeiterpartei, die alle Arten der Unterdrückung bekämpft, besonders die der Frauen und der kurdischen Nation, und die kompromißlos für die politische Macht der Arbeiterklasse kämpft... Für die internationalistische Einheit der kurdischen und türkischen Arbeiter! Stürzt Özal durch Arbeiterrevolution!"«

Streikt zusammen...

Fortsetzung von Seite 24

Lohnausgleich gewonnen. Statt dessen haben Steinkühler und Rau die Stahlkocher an der Ruhr ausverkauft, bevor sie den Kampf überhaupt aufnehmen konnten.

An der Ostsee arbeiten die SPD-Jobkiller jetzt im Interesse der von Krupp dominierten Werft Bremer Vulkan. Fieberhaft versuchen sie das Schicksal der ostdeutschen Werften bis Ende März zu besiegeln — am 17. März wird die Treuhand ihre Entscheidung über die Privatisierung öffentlich machen. Danach können die Tarifverhandlungen in der riesigen norddeutschen Metallverarbeitung sehr wohl zu einem kräftigen Streik im Westen führen und auf die Werftarbeiter an der Ostsee überspringen.

Die Werftarbeiter an der Ostsee wollen ihre Arbeitsplätze retten. Aber genau diese Frage ist mit der *Verteidigung der Sowjetunion* gegen kapitalistische Restauration untrennbar verbunden. In Wismar, Rostock, Stralsund, Warnemünde, haben die Werftarbeiter, darunter sehr viele Frauen, jahrzehntelang Schiffe für die Sowjetunion gebaut. Gerade deswegen wurden die 24 Ostsee-Werften (mit Ausnahme der Neptun-Werft) gebaut und ausgerüstet — nachdem die Rote Armee Deutschland von der Nazi-Barbarei befreit hatte. 60000 Arbeiter hatten Arbeitsplätze durch die Werften im deformierten Arbeiterstaat DDR.

Nach den Massenentlassungen, die seit 1990 im Zuge der Konterrevolution gelaufen sind, arbeiten heute im Schiffbau nur noch 20000 Menschen. Die Hälfte dieser Arbeitsplätze ist jetzt bedroht — egal, wie die Privatisierung aussieht. In der DDR konnten Frauen als Facharbeiterinnen auf den Werften arbeiten. Heute sind sie als erste bedroht; die Errungenschaften des Arbeiterstaats wie Kinderversorgungseinrichtungen sind schon weg.

Zehntausende Metaller und ÖTV-Hafenarbeiter in Westdeutschland stehen jetzt in Tarifverhandlungen. Sie müssen sich dem Kampf der ostdeutschen Werftarbeiter anschließen und gemeinsam streiken — dadurch können sie siegen. Bei den Banken wird zum ersten Mal seit der Weimarer Republik gestreikt, und die Arbeiter treten massenweise in die HBV ein. In Ost und West gibt es unter den Arbeitern genügend Bereitschaft für einen Kampf. Was fehlt ist eine Führung, die die Interessen der Werktätigen entschieden durchsetzt. Für eine solche Führung kämpft die SpAD.

Vor einem Jahr gab es Massendemonstrationen gegen Entlassungen in den ostdeutschen Werften. Wenige Wochen später gab es einen Warnstreik in den westdeutschen Werften gegen Möllemanns Subventionsabbau. Der norddeutsche Metall-Oberbonze Teichmüller schob Überstunden, um diese Kämpfe auseinanderzuhalten. In diesem Jahr am 4. März demonstrierten wieder 10000 Werft- und Metallarbeiter in Schwerin gegen die Landesregierung und für ihre Arbeitsplätze, und blockierten die Senatskanzlei mit schweren Schiffsankern. Die Spartakisten haben auf der Kundgebung in Schwerin mit Plakaten interveniert: „Werft- und Metallarbeiter, Ost und West: Besetzt die Betriebe, Streikt jetzt gegen Entlassungen!", „SPD: Bluthunde der Konterrevolution, Jobkiller von Hennigsdorf bis zur Ruhr!", „Stürzt Jelzins Hungerregime durch proletarisch-politische Revolution!", und „Für eine revolutionäre Arbeiterpartei!".

Die Arbeiter waren wütend auf die Gomolka-Regierung, und sie begrüßten den CDU-Chef Krause mit einem Riesenplakat: „Lügner". Jetzt gibt es viele Illusionen in die Sozialdemokraten, und die SPD-geführte Stasi-Hexenjagd hat die Atmosphäre in Teilen der Arbeiterklasse vergiftet. Doch 300 Arbeiter haben vor den Werften und auf der Demonstration den *Spartakist* gekauft, und unsere Plakate wurden von Schiffsbauern gegen antikommunistische Angriffe verteidigt. Hütet euch vor den Oberhexenjägern und Jobkillern der SPD! Das Gift, das sie sprühen, soll nur die Arbeiter spalten. Für den Klassenkampf sind die SPD-Vorreiter der kapitalistischen Wiedervereinigung tödlich.

Wie wir 1983 schrieben: „Die HDW-Besetzer hätten, so wie die Kieler Matrosen 1918 die Novemberrevolution auslösten, den Anstoß für einen Deutschen Oktober 1983 geben können" *(Spartakist,* März 1984). Doch die SPD/DKP-dominierte Besetzungsleitung hatte das verhaßte Betriebsverfassungsgesetz der Bosse durchgesetzt und die Besetzung sabotiert. Beim Verrat dieses Kampfes spielte Teichmüller als Hamburger IGM-Chef eine führende Rolle. Dagegen haben die Spartakisten die HDW-Arbeiter aufgerufen: Wählt Streikkomitees, schickt Delegationen zu den anderen Werften, streikt gemeinsam mit den Stahl- und Bergarbeitern, schmeißt die Bosse, ihre Handlanger und den Werkschutz raus und bildet Selbstverteidigungsgruppen. Heute ist dabei besonders wichtig: Streiks und Besetzungen der Werften müssen auf den Westen ausgeweitet werden.

Die revolutionäre Einheit der deutschen, polnischen und sowjetischen Arbeiter ist hier ganz konkret gefordert. Die Treuhand will die Existenzgrundlage weiterer Tausender Werftarbeiter zerstören. Aber die Orderbücher sind immer noch voll mit Aufträgen für Schiffe für die Sowjetunion. Und bevor Gorbatschows „Marktreformen" anfingen, bezahlte die SU ihre Rechnungen pünktlich. Jelzins und Krawtschuks Konterrevolution soll die Sowjetunion in eine Reihe von Mexikos und kleine Bananenrepubliken verwandeln, die vom wiedervereinigten Deutschland und anderen Imperialisten ausgeplündert werden können. Aber noch gehört die Sowjetunion der internationalen Arbeiterklasse!

Auch hinter dem Gerede der SPD-Führer über den „Wiederaufbau" eines Industriestandorts in Ostdeutschland steckt die Strategie, die SU und die ehemaligen RGW-Länder auszuplündern. Die Möchtegern-Sozialdemokraten der PDS drücken das am krassesten aus. In einem Flugblatt, das sie in Wismar Ende Februar an die Werftarbeiter verteilten, forderten sie: „Belebt und erhaltet den osteuropäischen Markt insbesondere für die Mecklenburg-Vorpommerns [sic]. Erhöht die Hermes-Bürgschaften mindestens auf das Niveau von 1991." Für die PDS geht die Konterrevolution in der Sowjetunion noch nicht schnell genug. Vorerst keine Panzer, heute reicht noch die D-Mark.

Heute würde ein nationaler Werft- und Metallarbeiterstreik für den Sieg enorme Auswirkungen in der Arbeiterklasse haben, nicht nur in Deutschland, sondern auch in Szczecin und sogar in der Sowjetunion, wo die Arbeiter unter Jelzins blutigem Hungerregime leiden. Auch dort fehlt aber die Führung, die die Kämpfe zum Sieg führen will und kann. Der Stalinismus hat die Planwirtschaft in Verruf gebracht, und hat endgültig bewiesen, daß man keinen „Sozialismus in einem Lande", oder im Falle der DDR in einem halben Lande, aufbauen kann. Lenin und Trotzki bestanden darauf: die Verteidigung der Errungenschaften der Oktoberrevolution verlangt ihre Ausweitung, insbesondere auf Deutschland. Dies würde die Grundlage für die Entwicklung der international geplanten Wirtschaft legen.

Um heute die Arbeitsplätze der Werftarbeiter an der Ostsee zu retten, müssen sie den Kampf als politischen und internationalen verstehen und führen. Dafür müssen sie die professionellen Verräter in der Arbeiterbewegung über Bord werfen und eine revolutionäre Führung schmieden.

In Klassenkämpfen von Wolfsburg über Wismar bis Moskau geht es letztlich um Niederlage und Sieg. Für den Sieg brauchen wir eine Partei wie die Lenins und Trotzkis. Die Spartakisten sind die einzige Partei, die die Sowjetunion und die Errungenschaften des Oktobers verteidigt. Wir kämpfen international, um die Partei aufzubauen, die die Arbeiter im Land des Oktobers wieder an die politische Macht führt und hier eine Arbeiterregierung erkämpft.«

Stoppt die CDU/SPD-Abschiebekampagne!

Engholms Bullen vertrieben Norderstedter Flüchtlinge

Am 19. Februar, nach über 100 Tagen Kirchenbesetzung, entkamen die Norderstedter Flüchtlinge nur knapp den Händen der SPD-Polizei, die vorbereitet auf den Stufen zur Schalom-Kirche stand, um sie in einer „Nacht-und-Nebel-Aktion" hinauszuschmeißen. Diese tapfere Gemeinschaft, darunter Albaner, Jugoslawen, Kurden aus der Türkei und Algerier, standen gegen faschistische Angriffe, ohne Heizung im Winter, ohne Lebensmittel (außer dem, was durch die aufopferungsvolle Arbeit ihrer Unterstützer gespendet wurde) und unter der ständigen Drohung der Kirche, eine Polizeiräumung in Gang zu setzen.

Sie waren isoliert, mit eingeschränktem Kontakt zum Leben außerhalb ihrer Zuflucht, sozial gebrandmarkt als Menschen, die keinerlei Rechte haben und nur mit der Angst auf die Straße gehen konnten, jederzeit von Björn Engholms Schleswig-Holsteinischen Bullen verhaftet zu werden. Von allen Seiten bekamen sie Druck, sich still mit der „Zwangsverteilung" abzufinden, mit der sie von den anderen Flüchtlingen und von ihren Unterstützern isoliert werden sollten. Sie wehrten sich, zuletzt mit einem Hungerstreik, gegen die „normalen" Abschiebeprozeduren, mit denen sie in die Länder deportiert werden, aus denen sie gerade geflohen sind, und in denen sie die Hölle erwartet, wenn sie zurückkehren.

Als die Frist für die polizeiliche Räumung näherrückte, griffen 20 Faschisten im nahen Geesthacht das Antifa-Jugendzentrum Düne mit Baseballschlägern an, wobei zwei Menschen schwer verletzt wurden. Während in Greifswald und Hoyerswerda die Faschisten von der Leine gelassen wurden, ist es in Schleswig-Holstein die SPD, die mit einem ausdrücklich rassistischen Programm die Bullen zur Schalom-Kirche schickte, um die Asylsuchenden zu vertreiben. Und es waren die SPD-hörigen Irreführer der Gewerkschaften, die diesen rassistischen Terror zugelassen haben.

Unter den Arbeitern in den umliegenden Betrieben gab es breite Empörung über die Hetzjagd auf die Flüchtlinge. Schon im letzten November organisierten 35 Kollegen vom Metallbetrieb Jungheinrich eine Wache zum Schutz der Flüchtlinge gegen drohende Nazi-Überfälle am Jahrestag der Reichspogromnacht. Auf Initiative einer Spartakist-Anhängerin protestierte die Vertrauenskörperleitung des Metallbetriebes Still in einem Brief an die SPD-Landesregierung gegen die drohende Abschiebung. Und der Hamburger Vertrauensleutekörper der Geamthafenarbeiter sandte einen Solidaritätsbrief an die Norderstedter Flüchtlinge.

Aber was die Flüchtlinge wirklich brauchen, ist die Mobilisierung der sozialen Macht der Gewerkschaften, die die Konzentrationslagerpläne der rassistischen Machthaber zerstören kann. Dringend notwendig ist eine revolutionäre Partei mit Wurzeln in der Arbeiterklasse, die die Arbeiter von Jungheinrich, Still und im Hafen zur Verteidigung und zum Schutz der Flüchtlinge mobilisiert, um die rassistische Kampagne der SPD-Regierung zu stoppen.

In dem zynischen Ansinnen, die Opfer selbst für den rassistischen Terror verantwortlich zu machen, entgegnete der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein und SPD-Kandidat für das Amt des Reichskanzlers, Björn Engholm, auf einer Wahlveranstaltung zur Erklärung der Unterstützer der Flüchtlinge: „Wenn wir ihren Forderungen nachgeben, haben sie den rechtsradikalen Vandalen zum Sieg verhelfen."

Engholm sorgt dafür, daß die Flüchtlinge in Schleswig-Holstein in monatlichen Sammelappellen antreten müssen. Engholms Partei fordert Sammellager-KZs für Flüchtlinge und brachte in groß gefeierter rassistischer Einheit mit CDU/CSU und FDP einen neuen Entwurf eines Asylverfahrensgesetzes ein, der das Asylverfahren in sechs Wochen durchpeitschen soll, vorzugsweise durch Schnellgerichte in den Lagern. Gleich nach dem Ausverkauf der Leuna-Arbeiter eilte der IG-Chemie-Bonze und Treuhand-Vertreter Hermann Rappe nach Bonn, um die CSU/CDU-Linie für eine Grundgesetzänderüng zu unterstützen. Sein Blockpartner war der Münchner SPD-Oberbürgermeister Kronawitter, der bereits vorexerziert, wie man Asylsuchende wie Tiere in Containern zusammenpfercht. Und 1990 waren Lafontaine und Rau die Vorreiter des rassistischen Terrors gegen Roma und Cinti.

Die rassistische Volksfront reicht von CDU/SPD über die „Einwanderungsquoten" der Grünen bis zur PDS, die nach mehr Bullen schreit, damit schmutzige Straßenszenen wie in Hoyerswerda, die das Bild des „häßlichen Deutschen" hervorrufen, in Zukunft vermieden werden und die Deportationen „rechtsstaatlich" geordnet sind. Als die Medien hysterisch die Hetzjagd gegen die Norderstedter Flüchtlinge hochpeitschten und wie Hyänen stundenlang in der Nacht darauf warteten, daß die Polizei endlich zuschlägt, schloß sich *Neues Deutschland* der Hetze gegen die Unterstützer an und zitierte den Schalom-Kirchenvorsteher Pastor Frenz: „Die Autonomen haben das Schicksal dieser Ausländer für sich ausgeschlachtet" *(ND, 2.* März).

Es ist dringend notwendig, die fieberhaft aufgepeitschte Kampagne gegen die Immigranten/Flüchtlinge zu bekämpfen, die den Faschisten auf der Straße neuen Ansporn gibt. Besonders jetzt, beim bedrohlichen Vormarsch der Konterrevolution in Osteuropa und der Sowjetunion, der unter dem schmutzigen Propagandafeldzug von „Freiheit" und

Fortgesetzt auf Seite 8

Dubliner Spartakisten: Kostenlose Abtreibung auf Wunsch!

14jährige erkämpft Abtreibung gegen Klerikalstaat

Wir drucken im folgenden Auszüge eines Flugblatts mit dem Titel „ Weg mit dem Gerichtsbeschluß! Für kostenlose Abtreibung auf Wunsch! Arbeiter an die Macht, damit die Frauen in Irland frei sein können!", das von der Dublin Spartacist Youth Group bei einer Großdemonstration am 22. Februar verteilt worden ist. Die IKL hat auch bei Protesten in New York und London interveniert. Durch den Druck der internationalen Proteste wurde es der jungen Frau inzwischen möglich, auszureisen und in Britannien eine Abtreibung vornehmen zu lassen.

Der Gerichtsbeschluß vom 17. Februar, der es einer 14jährigen, die Opfer einer Vergewaltigung geworden war, verbot, irgendwo auf der Welt eine Abtreibung durchführen zu lassen, ist eine unaussprechliche Abscheulichkeit und muß zurückgeschlagen werden. Der Entscheid von „Mr. Gerechtigkeit" Costello machte klar, daß ähnliche Schritte gegen jede Frau eingeleitet werden können, die Irland verlassen will, um eine Abtreibung zu bekommen. Dies ist die Polizeistaats„moral" der klerikalen Reaktion. Es ist ein Versuch der Kirche und des irischen Staats, das Abtreibungsverbot noch zu verschärfen und es praktisch zum Hausarrest für Tausende von Frauen auszuweiten, die jedes Jahr versuchen, außer Landes eine Abtreibung zu bekommen.

Die ekelhafte Einmischung des Staats hat die Tragödie dieser jungen Frau noch tausendfach verstärkt. Dieser Fall hat drastisch vor Augen geführt, wie verdorben, korrupt und repressiv die kapitalistischen Herrscher der Republik sind, er hat zu Recht breite Schichten der irischen Bevölkerung empört, und dies könnte sehr wohl auf die erbärmliche Bande zurückschlagen, die -die Werktätigen unterdrückt. Wir fordern: *Weg mit dem Gerichtsbeschluß! Für kostenlose Abtreibung und Verhütungsmittel auf Wunsch! Für das Scheidungsrecht! Für vollständige Trennung von Staat und Kirche!*

Der Angriff der „Neuen Weltordnung" auf das Abtreibungsrecht geht weit hinaus über die besondere Bösartigkeit des irischen Klerikalstaats. Der gleiche Alptraum bedroht die Existenzen der Frauen in den Ländern Osteuropas, die Opfer der kapitalistischen Konterrevolution geworden sind, wie Polen und Ostdeutschland. Angriffe auf die Rechte der Frauen sind ein unvermeidliches Ergebnis des Niedergangs des kapitalistischen Systems. Von Warschau bis Dublin, von Belfast bis Teheran sind soziale Reaktion, Chauvinismus und klerikale Vorherrschaft die Wegbegleiter des Antikommunismus. Die Karol Wojtylas und lan Paisleys sind genauso wie die Costellos Feinde der Werktätigen und eingeschworen auf die Versklavung der Frauen.

Der Kampf für die Befreiung der Frau muß heißen, den Kampf zur Verteidigung der Arbeiterstaaten gegen die Konterrevolution von Jelzin und Bush aufzunehmen und für die weltweite sozialistische Revolution zu kämpfen. Diejenigen pseudolinken Organisationen, die wie die Socialist Workers Movement (SWM) und die Irish Workers Group das impe-

Fortgesetzt auf Seite 19

Norderstedter Flüchtlinge...

Fortsetzung von Seite 7

„Demokratie" Hunderttausende zur Flucht vor nationalistischen Kriegen und antisemitischem Terror zwingt, werden die Flüchtlinge im Vierten Reich wie Verbrecher gejagt.

Als Spartakisten im letzten September in Hoyerswerda mit Bergarbeitern sprachen, stießen sie auf Zustimmung, die Immigrantenwohnheime durch Arbeiteraktion gegen das Nazipogrom zu verteidigen. Viele Arbeiter haben in der DDR jahrelang mit mosambikanischen Kollegen eng zusammengearbeitet. Durch die entschiedene Mobilisierung von Arbeitern/Immigranten, um das Nazi-Pack zu zerschlagen, wären die grölenden Pimpfe in Sekundenschnelle vertrieben worden. Am 28. Februar fand in Hoyerswerda eine machtvolle Demonstration von 40000 Bergleuten statt. Auch nur ein Hundertstel davon hätte das Pogrom in Hoyerswerda verhindern können.

Aber energische Aktionen der Arbeiterklasse, um die Faschisten zu stoppen — das Programm der Spartakisten —, sind den Zielen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung entgegengesetzt, die selbst die Spaltung der Arbeiter in Ost und West, eingewanderte und deutsche Arbeiter betreibt. Sie wollen den Kampf der Kumpel um Arbeitsplätze in eine nationalistische Kampagne „Für (Ost-)Deutsche Kohle" ummünzen. Dieses Schüren von nationalistischen Stimmungen ist Gift für die Arbeiterklasse und wird keinen Arbeitsplatz retten, da es den gemeinsamen Kampf der Arbeiter *verhindert.*

Es ist die Pflicht der gesamten Arbeiterbewegung, alle Immigranten, die es bis hierher geschafft haben, zu schützen. Anders kann auch der Kampf um den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen nicht erfolgreich sein. Das verrottete System des Kapitalismus ist wegen der fehlenden Aussicht auf schnelle Profite nicht in der Lage, Industrie, Wohnungsbau und kulturelle Einrichtungen zu erhalten oder gar auszubauen, die jetzt besonders im Osten vollständig zerschlagen werden.

Wenn die Arbeiter zusammen mit ihren Verbündeten und den Arbeitslosen gegen den Würgegriff der sozialdemokratischen Klassenzusammenarbeit organisiert werden, dann können *Siege* errungen werden. Dazu müssen wir eine Partei aufbauen, die für eine revolutionäre klassenkämpferische Führung der machtvollen multinationalen Gewerkschaften kämpft. Die Forderung nach vollen S'aatsbürgerrechten für alle eingewanderten Arbeiter und ihre Familien ist das einzige Programm, das die strategischen Bataillone der Arbeiter/Immigranten mobilisieren kann, um das ganze kapitalistische System zu zerschlagen, das den Rassismus gegen Immigranten braucht, um zu überleben. Es ist den liberalen Appellen für „Bleiberecht für alle" entgegengesetzt, die die rassistische Grundhaltung „Deutschland den Deutschen" der Machthaber akzeptiert. „Bleiberecht" bedeutet, keine Rechte zu haben, nur die nackte Anwesenheit wird - bis auf weiteres - toleriert. Wer die Forderung nach vollen Staatsbürgerrechten verwirklichen will, sollte mit den Spartakisten für eine Partei im Sinne Lenins und Trotzkis kämpfen, die imstande ist, die Arbeiter an die Macht zu führen.

Weg mit der Kriminalisierung der Norderstedter Flüchtlinge! Volle Staatsbürgerrechte für alle eingewanderten Arbeiter und ihre Familien!«

„Nationalismus ist Gift“

Ukrainischer Veteran der Roten Armee bei IKL-Schulung

Moskau, 18. Januar: Die unionsweite Schulung der Internationalen Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) war dem Vermächtnis der 3 L - W.I. Lenin, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg - gewidmet



Spartacist

Am 18. Januar hielt die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) ein unionsweites Schulungsseminar in Moskau ab. Auf bescheidene Weise zeigte dieses Treffen für das multinationale sowjetische Proletariat den internationalistischen Weg vorwärts angesichts konterrevolutionärer Tumulte und des wachsenden brudermörderischen Nationalismus.

Das Seminar wurde eingeleitet mit einer Ehrung der „3 L" — Lenin, Luxemburg und Liebknecht —, um die alte bolschewistische Tradition wieder aufzugreifen, die jahrzehntelang vom stalinistischen Nationalismus verschüttet worden ist, und des Todes der drei revolutionären Führer Ende Januar zu gedenken. Als direkten Angriff auf den starken Anstieg des großrussischen Chauvinismus in letzter Zeit hielt Genösse Len Meyers bei der IKL-Schulung ein Referat über den bolschewistischen Kampf gegen den Antisemitismus und über die stolze Geschichte der Verteidigung des Heimatlandes der Oktoberrevolution durch die sowjetischen Juden (ein Artikel über dieses Thema erscheint demnächst im russischsprachigen *Spartacist Bulletin* Nr. 3 unter dem Titel „Bolschewismus gegen Stalinismus zur jüdischen Frage: Nieder mit Antisemitismus, dem Werkzeug der Reaktion!") Eine weitere Präsentation gab eine Übersicht über die Geschichte und Entwicklung der IKL.

Der internationalistische Charakter der Versammlung spiegelte sich auch in der Zusammensetzung der Teilnehmer wider. Während von Rußland aus Jelzin und von der Ukraine Leonid Krawtschuk den brudermörderischen Nationalismus anfachen in ihrem Drang, den sowjetischen Staat auseinanderzureißen, brachte das IKL-Seminar Kommunisten aus den verschiedensten Regionen und Städten Rußlands und aus anderen Republiken zusammen einschließlich der Ukraine und Kasachstan. Außerdem waren bei dem Seminar Vertreter der vor kurzem gegründeten Russischen Kommunistischen Arbeiterpartei (RKRP), von der Zeitung *Kontrargumenti i Fakti* und von der „Liga für eine Revolutionäre Kommunistische Internationale" (LRKI), die in Verbindung mit der britischen Workers-Power-Gruppe (in Deutschland Arbeitermacht) steht. Weder der Sprecher der RKRP noch der der LRKI konnten sich dazu aufraffen, während der Diskussionsperiode das Wort zu ergreifen.

Eine reiche und lebendige Diskussion folgte den beiden Präsentationen, als die recht unterschiedliche Zuhörerschaft, darunter Industriearbeiter aus Moskau und Leningrad, ein lokaler Bergarbeiterführer und internationale Besucher, ihre eigenen Sichtweisen und Erfahrungen ins Gespräch brachten. Von besonderer Bedeutung war der Beitrag des Genossen Galeos Pawlowitsch Michailjuk aus Kiew, Herausgeber der Zeitschrift *Buchenwaldski Nabat (Buchenwald Alarm)*, ein ukrainischer Veteran des Zweiten Weltkriegs und ein Überlebender des Konzentrationslagers Buchenwald. Im Verlauf wertvoller Bemerkungen über den Kampf gegen Antisemitismus und Nationalismus legte Genösse Michaljuk auch seine eigene Auffassung dar, welche Art von revolutionärer Partei heute gebraucht wird - ein Thema, das von einer Reihe von Sprechern in der Diskussionsrunde aufgegriffen wurde. Das Programm der IKL, eine leninistisch-trotzkistische Avantgardepartei aufzubauen, war der Kern der zweiten Präsentation. Nach den Auszügen aus dem Redebeitrag geben wir davon eine Übersicht.

* * *

Genossen, ich kann hoffentlich den Begriff „kommunistisch" verwenden. Wenn vielleicht heute jemand da ist, der kein Kommunist ist, kann er ja einfach zuhören. Ich bin nicht einfach der Herausgeber dieser Zeitschrift geworden. Die ersten Ausgaben erschienen noch unter der Schirmherrschaft des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Ukraine. Wenn man sich die zweite Ausgabe der Zeitschrift

Fortgesetzt auf Seite 10

Veteran der Roten Armee...

Fortsetzung von Seite 9

anschaut, dann findet man exakt das Material, worüber der Redner gesprochen hat: über die Gründung der SS-Division „Galitsyn" [aus ukrainischen Faschisten zusammengesetzt] im Jahre 1943. Das ist die Bedeutung des ukrainischen Nationalismus.

Ich bin aus einem Land gekommen, das im Augenblick wie verrückt ist. Es treibt mit raschen Schritten auf den Faschismus zu — Faschismus in seiner offensten und schändlichsten Art. Wir haben schon die Angriffe, die blutigen Konfrontationen, wir haben schon die Drohungen. Und den Terror — wir haben das alles'schon. Jetzt haben wir „unsere" Fahne und Hymne, die noch nicht einmal vom Obersten Sowjet gebilligt worden sind, oder vom Volk oder von irgendeinem Referendum; diese Insignien sind uns einfach an den Kopf geworfen worden, und wir sollen ihnen Respekt erweisen.


Бухенвальдский набат

№ 8 (15) 1991 г.

Бухенвальд б'є на сполох

Колонка редактора

Мы снова вместе

Бабий Яр — наша общая боль

Забвению не подлежит

***Buchenwald Alarm,* antifaschistische Zeitung, die von dem Veteran der Roten Armee, Genösse Michailjuk, herausgegeben wurde**

In unserem Land gibt es eine Organisation, die SLUN - es ist eine Jugendorganisation, so ungefähr wie die Sturmabteilungen in Deutschland 1932/33. Diese Schläger laufen durch die Innenstadt in SS-Galitsyn-Uniformen. Am 7. November hielt ich in Kiew eine Rede [bei der Demonstration zum Revolutionstag], und sie versuchten zweimal, unseren Demonstrationszug aufzuhalten. Sie griffen uns an, verprügelten die Leute; selbst nachdem die Kundgebung zu Ende war, griffen sie uns an und schlugen die alten Männer, die Veteranen, zusammen. Sie hatten Schiß, sich die Jungen vorzunehmen, aber sie schlugen die alten Männer zusammen.

Dies ist meine Geschichte. Ich verlor meinen Vater 1938, als Joseph Wissarionowitsch [Stalin] seine Rechnung mit den Leninisten, den Kommunisten-Leninisten beglich. Also war ich ein „Familienmitglied eines Vaterlandsverräters" (das war der Begriff, der benutzt wurde, „FMW"). Wie dem auch sei, ich ging an die Front. Ich mußte mich freiwillig melden, denn ich war zu jung für den Wehrdienst. Ich wurde verwundet, geriet in Gefangenschaft und überlebte die Vorhölle von Buchenwald.

Im faschistischen Deutschland kannten sie nur drei Begriffe: Übermensch, Mensch und Untermensch. „Untermenschen" waren die Juden, ja, und Cinti und Roma, und natürlich auch wir Sowjetbürger. Aber wenn sie vorhatten, uns alle stufenweise zu verbrennen, dann waren es die Juden, die sie zuerst in die Erstickungs-Lkws getrieben haben, zuerst in die Gaskammern, in die Öfen. Ich habe selbst Ilse Koch gesehen, die aus Menschenhaut Handschuhe, Pantoffeln und Lampenschirme gemacht hat. Ich habe dies mit meinen eigenen Augen im Konzentrationslager Buchenwald gesehen.

Der Genösse Redner hat uns an die „Beilis-Affäre" erinnert [eine zaristische antisemitische Lügengeschichte im Jahre 1911, bei der der jüdische Arbeiter Mendel Beilis angeklagt wurde, einen „Ritualmord" an einem christlichen Jugendlichen begangen zu haben]. Nun, diese Affäre hat in Kiew stattgefunden. Meine Mutter und mein Vater haben Arbeiterverteidigungswachen organisiert, um die Juden gegen Pogrome zu verteidigen. Wann immer eine solche Situation entstand, wie nach 1905, wo man einen Sündenbock finden mußte, wurden immer die Juden zum Sündenbock gemacht. Stalin hat die gleichen Sachen gemacht, sowohl vor dem Krieg als auch dann später mit der „Ärzteverschwörung".

Nun können diese Schläger von der UPA [die pronazistische Ukrainische Partisanenarmee im Zweiten Weltkrieg] rumlaufen und über ihre Strelzi [Gewehrschützen] reden, als ob die in irgendeiner Weise antifaschistische Helden gewesen seien. Das ist eine Lüge. Sie haben damals alle Russen umgebracht, nur weil sie Russen waren. Wir haben Listen über diejenigen, die im Verlauf eines einzigen Jahres in einem einzigen Bezirk, der Region von Iwano-Frankowsk, eliminiert worden sind, eine Liste mit 630 Menschen, ganze Familien. Sie haben sie umgebracht, weil sie „Moskal" [Russen] waren; sie haben einen deutschen Offizier umgebracht, der aus einem sowjetischen Gefängnis geflohen war, nur weil er Deutscher war. Polen haben sie umgebracht, nur weil sie Polen waren. Diese Listen geben eine sehr präzise Übersicht — es sind die Berichte, Listen, die von denjenigen gemacht wurden, die die Aktionen ausgeführt hatten — dem „SB" oder Sicherheitsdienst, wie er genannt wurde. Diese Listen zeigen exakt, wer umgebracht wurde und warum — „Ubijistwo propagandiwno" [ukrainisch für „Propagandamord"] —, und wir wissen, was das heißt: exemplarische Hinrichtungen.

Unglücklicherweise haben die wirklichen Erben Stalins, unsere „Partokraten", mit denen wir und die Partei nicht entsprechend umzugehen in der Lage waren, die Führungen dieser Staaten gestellt, die auf den Ruinen der Sowjetunion aufgebaut wurden. Jetzt rangeln sie wie Hunde auf einer Müllhalde im Kampf um einen Knochen — nur, daß dieser „Knochen" die Schwarzmeerflotte ist, die Armee, die Luftstreitkräfte und so weiter. Ja, wie bei einem Kampf um einen Knochen.

Inzwischen liegt Jelzin mit unserem Krawtschuk im Streit. Nun, ich kenne Krawtschuk persönlich aus der Zeit, wo er noch in der ukrainischen KP für die Abteilung für Ideologie verantwortlich war. Und jetzt schauen sich diese Typen also nach Sündenböcken um. Sie gehen alle von der gleichen Ausgangsposition aus: als Nationalisten, und sie peitschen nationale Differenzen auf. Und das ist genau, was wir hier haben. Wir haben einen Bürgerkrieg in Georgien. Wir haben einen Krieg zwischen den Aseris und den Armeniern. Wir haben Krieg zwischen den Moldawen und Russen, den Gaugasen.

Und dies passiert bei uns in der Ukraine praktisch vor der Haustür. Man braucht nur zu zählen, in der Ukraine haben wir 52 Millionen Menschen, von denen 18 Millionen Russen sind. Und nun erzählen uns diese Nationalisten, die noch nicht einmal korrektes Ukrainisch benutzen können, daß wir alle Ukrainer sein müssen, daß wir angeblich die „Moskal", d.h. die Russen, hassen müssen und den „Jid" natürlich, den Juden. Wir wollen gar nicht die Cinti und Roma erwähnen, es sind wahrscheinlich kaum welche von ihnen übrig geblieben, und wenn es welche gibt, ist dies nur ein trauriger Überrest.

So können wir jetzt schon die konkurrierenden Ansprüche der Ukraine und Rußlands gegenüber ihren Nachbarn

sehen — und das kann nur zu einem Ausbruch nationaler Feindseligkeiten und Krieg führen. Das Einzige, was die Situation retten kann, ist natürlich die Wiederherstellung, die Wiederetablierung einer kommunistischen Partei. Es müßte eine Partei völlig anderen Typs sein. Nicht die Art von Partei, die unsere Chefs ernannt hat, ohne das wir irgend etwas zu sagen gehabt hätten - außer Beifall zu klatschen und einstimmig unsere Stimme abzugeben. All diese Schtscherbizkis, Krawtschuks, Breschnjews, Jelzins und so weiter — sie sind alle vom gleichen Schlag. Sie sind ungefähr so sehr Kommunisten wie ich der Papst von Rom bin.

Wir sind hier, um an die Menschen heranzutreten mit der Notwendigkeit, eine leninistische Partei aufzubauen, um leninistische Prinzipien der Parteiführung einzuführen. Um gründlich aufzuräumen und um den Menschen zu erklären, daß man sie belogen hat, als man ihnen erzählte, Lenin hätte mit Terror geherrscht usw., usw. Stalin war nun ein Terrorist, eindeutig. Er war sogar ein Henker. Aber er war kein Kommunist. Was für eine Sorte Kommunist hätte er sein können, dieser Stalin. Nun, es gibt immer noch Leute seiner Art, Leute, die die gleichen Methoden benutzen würden, um Dispute in einem fragmentierten Land zu lösen.

Als Herausgeber des *Buchenwald Alarm* bekam ich ein Originaldokument in meinen Besitz; es war ein Dokument der deutschen politischen Führung vom August 1944. Zu dem Zeitpunkt war Deutschland schon zum Verlierer geworden und gab seinen zukünftigen Nachfolgern eine wertvolle Lektion: Wie um zu verhindern, daß Rußland je wieder den Kapitalismus und die kapitalistische Welt bedrohen kann, muß es aufgeteilt werden. Es steht zu befürchten, daß wir, wenn die Dinge sich so weiterentwickeln wie bisher, in unserem schon lange leidenden sowjetischen Land erleben müssen, daß Pogrome gegen Juden ausbrechen.

Wir müssen zu den Leuten durchdringen, wir müssen sie sammeln. Die Genossen können dies zurückweisen, wenn sie wollen, aber meine Meinung ist, daß wir einen Block mit allen sozialistischen Strömungen, kommunistischen Strömungen schließen müssen, und zwar in genau einem Punkt: der Notwendigkeit, gegen den Nationalismus zu kämpfen.

Wir in der Ukraine haben diesen Monat gerade 200 Kupons bekommen, im Wert von insgesamt 200 Rubel. Unglücklicherweise habe ich keine gekriegt, deshalb kann ich euch keine zeigen. Sie werden in Frankreich gedruckt, und es kostet 20 Millionen Dollar, sie zu drucken, nicht mehr und nicht weniger. Das Land wird immer ärmer. Was glaubt ihr also, kann ich mit diesen 200 Kupons erwerben? Ich kann einen Laib Brot im Monat kaufen, ein Gebäckstück und ein halbes Kilo Kartoffeln, dann ist mein Geld verschwunden. Könnt ihr euch das Ausmaß an Armut vorstellen, das diese nationalistischen Gentlemen dem Volk aufzwingen wollen?

Aber sie rechnen mit Rebellion und Repression. Sie rechnen mit der Erwartung, daß es einen Ausbruch der Rebellion geben wird, und die Panzer werden diesmal nicht schweigen! Denn einer dieser Schlägertypen sagte mir direkt ins Gesicht: „Wenn wir in Buchenwald etwas zu sagen gehabt hätten, dann würdest du hier nicht mehr rumlaufen, dann würdest du hier nicht mehr vorbeilaufen." Diese Typen sind also bereit zu zerstören, sie sind bereit, das Feuer zu eröffnen.

Deshalb müssen wir uns an die Werktätigen, an die Arbeiterklasse, an die Bauern wenden und eine einzige gemeinsame mächtige Partei aufbauen, eine machtvolle Bewegung. Dies kann die Vierte Internationale sein; sie kann international sein, indem sie an die Werktätigen appelliert, an die internationale Arbeiterklasse, die internationalen Kommunisten und die sozialistische Bewegung. Das kann man ruhig offen aussprechen.

Aber inzwischen müssen wir allen Zank und Streit und



Enzo Nizza

Die Nazis haben den ukrainischen Nationalismus und die Kirche für ihren Vernichtungsfeldzug benutzt. Die multinationale sowjetische Arbeiterklasse muß mobilisiert werden, um ihren Arbeiterstaat zu verteidigen

allen Dogmatismus beiseite werfen. Sollen doch die Theoretiker sich darum kümmern, wohin die Kommas, die Punkte und Ausrufungszeichen bei Marx hingehören. Wir müssen mit diesen Haarspaltereien aufhören. Im Augenblick ist es notwendig, unsere Aufmerksamkeit auf eine Sache zu konzentrieren: Das Land der Sowjets zu erhalten.

Bitte versteht, ich war ein Mitglied des Untergrunds im Konzentrationslager Buchenwald. Im internationalen Komitee habe ich eng mit den Demokraten zusammengearbeitet. Ich war nur ein junger Kerl, und vor mir brach jemand in Tränen aus — dieser Mann war Reichstagsabgeordneter gewesen und hatte für Hindenburg gegen die Kommunisten gestimmt, und war dann in Buchenwald gelandet. „Wir waren so kurzsichtig", sagte er, „wir haben diese faschistische Bewegung total unterschätzt!"

Es gibt kein Gift, das schrecklicher wäre als das Gift des Nationalismus. Besonders, wenn es jemanden in der Nähe gibt, den man ausgrenzen kann: den „Moskal", den Russen.

Über den sogenannten GKChP-Putsch [das Komitee des Augustputsches]. Nun, dies war der Bluff der Partokratie. Ich erzähle euch dies als jemand, der durchs Konzentrationslager gegangen ist, und ich garantiere euch, mit hundert Mann, bewaffnet mit automatischen Waffen — keine Panzer nötig — hundert Mann mit Maschinengewehren, und ich hätte mit diesem Jelzin aufgeräumt. Da gibt es nicht den geringsten Zweifel. Hundert meiner Maschinenpistolenmänner aus der Kriegszeit 1941, meiner Aufklärer, und ich hätte jede Barrikade genommen, die euch einfällt. Es war purer Bluff. Reiner Bluff, Schall und Rauch.

Nun möchte ich zu dem Thema praktischer Aktivitäten kommen. Wir müssen eine kommunistische Partei aufbauen. Die KPdSU ist durch ihre Führer verraten worden, Gorbatschow & Co. zusammen mit Jelzin, Krawtschuk und all dem anderen Gesindel. Wir können diese Partei nicht wieder aufbauen, niemand würde ihr folgen. Unglücklicherweise folgt die Politik dem Prinzip, einem rein mechanischen Prinzip, der Trägheit. Wenn wir heute in der Sowjetunion herumgehen und den Namen Trotzki ausgraben, wäre es in der Sowjetunion einfach nicht möglich, genügend Leute in eine solche Partei zu bekommen. Versteht mich

Fortgesetzt auf Seite 19

Israel: Neuer Schritt zur „Endlösung" gegen die Palästinenser

Zionisten geben Befehl zum Todesschuß

17. Februar — Die israelische Luftwaffe verübte am 16. Februar eine Reihe von „Vergeltungs"morden im Südlibanon. Als die zionistischen Schlächter ihre Bomben auf zwei dicht besiedelte palästinensische Flüchtlingslager niedergehen ließen, brachten sie mindestens drei Kinder um. Ein anderer Luftangriff richtete sich gegen Autos, in denen der pro-iranische Hezbollah-Führer (Partei Gottes) Scheich Abbas Musawi und seine Familie saßen, darunter ein kleines Kind. Sie kamen zusammen mit mehreren Anhängern im Feuer der Raketen um. Der israelische Kriegsminister Moshe Arens rechtfertigte diese Ermordung zynisch damit, Musawi sei „ein Mann, der eine Menge Blut an den Händen hat", und der Führer „einer mörderischen terroristischen Organisation". Gemessen an diesen Standards verdienen Arens und seine Mitterroristen an der Spitze des israelischen Staates zehnmal die gleiche Behandlung.



Zionistischer Terror gegen Palästinenser

Israel rechtfertigte die Morde als „Vergeltung" für den Tod von drei israelischen Soldaten, darunter zwei sowjetischen Einwanderern, am Tag zuvor in einem vorgeschobenen Militärlager in der Nähe der West Bank. Aber die jüngsten Grausamkeiten des zionistischen Staates sind Teil einer allgemeinen Eskalation seines Terrorkriegs gegen die palästinensische Bevölkerung in den besetzten Gebieten, seit die von den USA forcierten angeblichen Nahost-„Friedens"gespräche angefangen haben. Am 2. Februar kündigte die israelische Armee an, daß von Soldaten nicht mehr erwartet wird, daß sie zuerst Warnschüsse auf die Beine von „fliehenden Verdächtigen" abgeben, ehe sie sie niederstrecken. Mit anderen Worten, die Besatzungsstreitmacht *hat jetzt den Befehl, tödliche Schüsse abzugeben* auf jeden Palästinenser, der ihnen „verdächtig" erscheint.

Zwei Tage vorher hatte die Armee angekündigt, daß sie offiziell mit den faschistischen „Siedler"banden auf der West Bank zusammenarbeitet, die auch schon bisher dort gewütet haben, mit Straßensperren zur Einschüchterung von arabischen Autofahrern, mit „Konvois", die mit automatischen Gewehren durch palästinensische Dörfer fahren, und durch das Einwerfen von Autoscheiben und Fenstern. In Wirklichkeit geben diese unheilverkündenden neuen Direktiven einer schon existierenden Politik die offizielle Weihe. Schon bisher konnten Soldaten jeden palästinensischen Jugendlichen erschießen, selbst wenn er nur eine Maske trägt oder einen Stein in der Hand hält.

Dieser Terrorkrieg ist Teil einer bewußten Kampagne, *die palästinensische Bevölkerung zu verjagen* und diese Gebiete als Teil von „Großisrael" zu konsolidieren. In einer „Nacht-und-Nebel"-Aktion, die an die Nazis erinnerte, haben im Dezember bewaffnete Siedler mit Unterstützung durch israelische Truppen das Ost-Jerusalemer Silwanviertel überfallen und fünf palästinensische Familien mit gezogenen Waffen in die kalte Nacht geworfen. Die Silwan-Räumung war Teil eines groß angelegten Plans, demzufolge 22 arabische Viertel „judaisiert" werden sollen. Hinter dieser Operation steht Wohnungsbauminister Ariel Sharon, der persönlich mit dieser Kampagne anfing, als er vor einigen Jahren in eine Wohnung in Ost-Jerusalem „einzog", umgeben von einer Armee von militärischen Leibwachen.

Ein massives offizielles Programm, bekannt unter dem Namen „Sieben Sterne", zielt darauf ab, ausgedehnte städtische Siedlungen zu beiden Seiten der „grünen Linie", der Grenze vor 1967, anzulegen und dadurch den Unterschied zwischen Israel und den besetzten Gebieten auszulöschen. Die israelische Organisation „Peace Now" (Friede jetzt) berichtete letzten Monat, daß die Siedlungsaktivitäten im letzten Jahr *um 60 Prozent* hochgeschossen sind. Während Washington darauf besteht, daß keine neuen Siedlungen angelegt werden dürfen, wenn Israel 10 Milliarden Dollar in Form von Kreditgarantien für sowjetische Immigranten bekommen will, bedeutet selbst die Fertigstellung der schon begonnenen Siedlungen weitere 50000 Siedler - ein Zuwachs um 50 Prozent.

Der israelische Ministerpräsident Yitzhak Shamir antwortete auf Bushs „Bedingungen" mit der Verlautbarung: „Dieser Aufbau wird weitergehen, und keine Macht in der Welt wird das verhindern." Wie der bekannte israelische

Bürgerrechtler und Überlebende der Konzentrationslager Israel Shahak anmerkte: das Problem der faschistischen Siedler „läßt es im Augenblick nicht zu, zu einer friedlichen Lösung zu kommen", und er fügte hinzu, „auch ein Bürgerkrieg, um uns vor ihrer den Nazis ähnlichen Tyrannei zu retten, kann nicht und sollte nicht ausgeschlossen werden".

Hochglanzbeilagen in der Sonntagsausgabe des *New York Times Magazine* wollen glauben machen, daß die jüdischen Siedler, von ein paar heißköpfigen Fanatikern abgesehen, Vorstadt-Yuppies seien, die nur ein nettes Heim und einen ordentlich gemähten Vorgarten wollen. Aber das Rückgrat der Siedlerbewegung ist eine straff organisierte und mächtige faschistische Bewegung, Gush Emunim, unter deren Führern einflußreiche Sprecher der National-Religiösen Partei sind, einer der Koalitionspartner von Shamir.

Ein Gush-Emunim-Führer, Rabbi Elyakim Levanon, brüstet sich: „In zehn Jahren wird es hier ein Imperium geben." Ein anderer prominenter Rabbi, Dov Lior, tönt: „Die Rückgabe von Gebieten, die von Juden erobert wurden, zurück an Gojim [Nichtjuden], ist undenkbar." Dieser zionistische Möchtegern-Mengele tritt ein für medizinische Experimente an inhaftierten arabischen „Terroristen", fordert „Kollektivstrafen" gegen Palästinenser und behauptet, daß „es während eines Krieges nicht so etwas gibt wie unschuldige Menschen innerhalb einer feindlichen nichtjüdischen Bevölkerung".

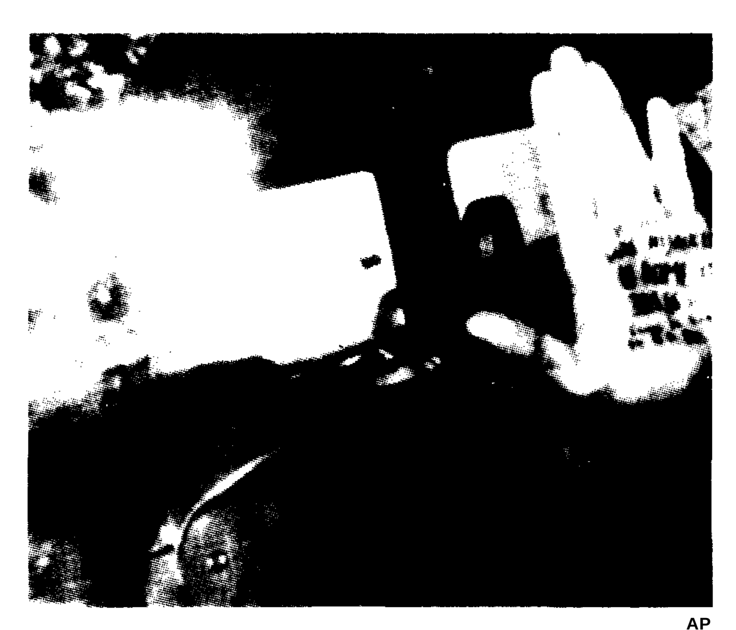
Zionistische „Liberale" wie Peace Now jammern darüber, daß die faschistischen Siedler das sorgsam kultivierte Image von Israel als der einzigen „Demokratie" im Nahen Osten ankratzen. Der Parlamentarier Ran Cohen beschwert sich darüber, daß die Siedler „als Herren der Armee auftreten". In der Tat sind sowohl die Armee wie die Siedler Instrumente der zionistischen Expansion, und in den besetzten Gebieten überlappen sich beide in bedeutendem Maße.

Der zionistische Staat ist nie eine Demokratie gewesen für die mehr als zwei Millionen entrechteten palästinensischen Araber, die unter seiner Knute leben — ob sie nun nominell israelische Staatsbürger sind oder der militärischen Besetzung auf der West Bank und im Gaza-Streifen ausgesetzt. Weit mehr als tausend Palästinenser, viele davon Kinder, sind in den vier Jahren seit Beginn der Intifada, dem Aufstand der Palästinenser, niedergeschossen worden. Weitere Zehntausende wurden inhaftiert und gefoltert.

Erst vor kurzem wurde Mustafa Akawi nach einer „Befragung" durch die israelische Geheimpolizei, die berüchtigte Shin Bet, tot aufgefunden. Vor einigen Wochen wurde ein junger Palästinenser „zufällig" mit einem Kopfschuß von einem Armee-Wachposten erschossen. Diese Morde werden noch nicht einmal untersucht. Und die jüdischen Zivilisten, die in den letzten vier Jahren für die Ermordung von 42 Palästinensern verantwortlich sind, wurden meist nicht einmal vor Gericht gestellt, und die härteste Strafe, die verhängt wurde, waren zwei Jahre Gefängnis!

Als Shamir letzte Woche ankündigte, daß er sich von der palästinensischen Pseudo-„Autonomie" zurückzieht, so wie sie 1978 im Camp-David-Abkommen vorgesehen worden war, erklärte ein Sprecher: „Wir haben jetzt einige vollendete Tatsachen, die damals noch nicht existiert haben." Das Schaffen von „vollendeten Tatsachen" ist ein Kennzeichen zionistischer Expansion: von den bewaffneten Kibbuzim und der Linie „Nur jüdische Arbeit" der korporatistischen Histadrut-Arbeiter-Föderation in den 20er Jahren bis zu den Massakern Ende der 40er Jahre mit dem Ziel, die Palästinenser von ihrem Land zu vertreiben, wie das Blutbad in Deir Yassin, das Menachem Begins Irgun und Shamirs Stern-Bande begangen haben.

Heute murmelt die (durch und durch bürgerliche) Arbeiterpartei vage davon, „Land gegen Frieden" zu tauschen, um Israels Zahlmeister in Washington zu besänftigen. Aber die Arbeiterpartei war *die Speerspitze* dieser expansionistischen Kampagne und der Architekt der ersten Siedlungen auf der West Bank.



AP

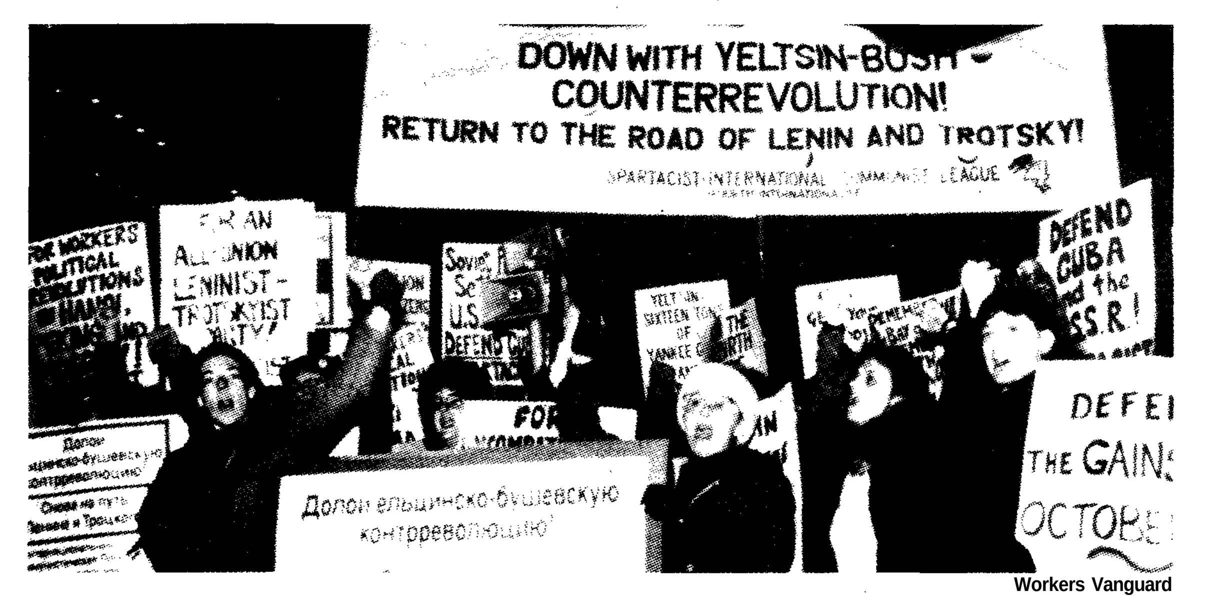
Der heldenhafte sephardische Jude Mordechai Vanunu leistete einen Dienst für die ganze Menschheit, indem er das nukleare Waffenarsenal Israels aufdeckte. Dafür wurde er von der zionistischen Regierung für 18 Jahre ins Gefängnis geworfen. Freiheit für Mordechai Vanunu!

Die kleinbürgerliche nationalistische Palästinensische Befreiungsorganisation von Jassir Arafat hat gezeigt, daß sie unfähig ist, selbst für die minimalste Verteidigung des Volkes zu sorgen, das sie zu vertreten beansprucht. Sie hat ihre Sache entweder dem einen oder anderen arabischen Regime untergeordnet, oder der Hoffnung, daß eine imperialistische Macht ihr zu Hilfe kommt. Im Augenblick versucht die PLO verzweifelt, sich als Polizist der palästinensischen Bevölkerung unter einem von den USA geförderten Übereinkommen anzubieten, was nur weiteres Leiden für dieses unterdrückte Volk bedeuten würde.

In dieser Region, wo verschiedene Völkerschaften auf einem Gebiet leben, kann jede Art von nationalistischer „Lösung" nur Völkermord bedeuten. Aber es gibt eine starke Tradition von Linksorientierung unter palästinensischen arabischen Militanten, von denen viele zu wirklich kommunistischem Internationalismus gewonnen werden können. Und während hebräisch-sprachige Arbeiter immer noch im Würgegriff des chauvinistischen Rassismus sind, kann und muß ein erheblicher Teil von der Todesfalle des Zionismus gebrochen werden und sich die Verteidigung des palästinensischen Volkes und ein Programm des gemeinsamen Klassenkampfs zu eigen machen.

Israelische Arbeiter können mit der weitergehenden Existenz des zionistischen Staates nur verlieren. Die Arbeitslosigkeit ist höher als in den letzten 20 Jahren, wobei die Rate unter den sowjetischen Immigranten der letzten Zeit 50 Prozent beträgt. Die Auswanderung aus der Sowjetunion fiel auf ihren niedrigsten Stand seit zwei Jahren, denn sowjetische Juden stellen fest, daß das „gelobte Land" nur Armut, Entwürdigung und nationalistisches Morden verspricht. Was nötig ist, um den Drang der zionistischen völkermörderischen Schlächter zu stoppen und den Zyklus von nationalistischem gegenseitigen Abschlachten im Nahen Osten zu beenden, ist der Aufbau von multinationalen trotzkistischen Parteien, die sich zum Ziel setzen, alle kapitalistischen Staaten in dieser Region zu zerschlagen. *Israel raus aus den besetzten Gebieten! Für eine Sozialistische Föderation des Nahen Ostens!*

Übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 545, 21. Februar*



New York, 31. Januar: Spartacist-Protest vor der US-Bundesbank, wo Boris Jelzin von seinen Wall-Street-Zahlmeistern gefeiert wurde

Workers Vanguard

Trotzkisten protestieren vor UNO und in Wall Street:

„Jelzin ist ein Werkzeug der Herrscher von Wall Street!"

3l. Januar — Boris Jelzins diplomatisches Debüt bei der UNO in New York begann mit einer Protestdemonstration, die ihn mit den Rufen empfing: „Jelzin ist ein Werkzeug der Herrscher von Wall Street!". Zum Protest aufgerufen hatte die Spartacist League/U.S., die Banner in russischer und englischer Sprache trug: „Nieder mit Jelzins/Bushs Konterrevolution! Kehrt zurück zum Weg Lenins und Trotzkis!".

Spartacist-Sprecher Len Meyers sagte: „Ich bin gerade aus Moskau zurückgekommen, wo die Werktätigen ihren ersten wirklichen Eindruck davon bekommen, was die Restauration des Kapitalismus bedeuten würde. Sie leiden heute unter der Aushungerungspolitik, die von Washington geplant und von Jelzin umgesetzt wird. Sie sind jetzt von der gleichen Obdachlosigkeit und Arbeitslosigkeit bedroht, wie wir sie hier um uns sehen." Und ein Sprecher, der Grüße von sowjetischen Unterstützern der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) brachte, betonte: „Heute in der Sowjetunion stehen wir vor der Stunde der größten Gefahr."

Jelzin und seine konterrevolutionären Gegenspieler in den anderen Republiken versuchen, die multinationale sowjetische Arbeiterklasse durch nationalistischen Brudermord und Antisemitismus auseinanderzureißen, die durch Gorbatschows Perestroika angefacht wurden und vorbereitet wurden .durch über sechs Jahrzehnte des stalinistischen Verrats.

Das Treffen von Regierungsspitzen bei der UNO war einberufen worden, um Washingtons „Neue Weltordnung" einzuweihen, obwohl „Verbündete" wie Deutschland und Japan ihre eigenen Ideen haben, wie diese Ordnung auszusehen hätte. Die Saat für neue innerimperialistische Konflikte ist schon gesät.

„Werktätige, Schwarze und andere Minderheiten ... haben letztes Jahr einen deutlichen Geschmack davon bekommen, was diese ‚Neue Weltordnung' bedeutet", sagte die New Yorker U-Bahn-Arbeiterin Mary Jo Marino, „als wir ausgeschickt wurden, um Iraker umzubringen. Jetzt sieht man die Auswirkungen der Zerstückelung der UdSSR. Unsere Kollegen in Kuba sind jetzt im Fadenkreuz des Yankee-Imperialismus, weil die Sowjetunion ihre Hilfe zurückgezogen hat." Sie sagte weiter: „Hier ist es unsere Verantwortung gegenüber den sowjetischen Arbeitern, die Arbeiterklasse herauszubringen, um den Hauptfeind zu bekämpfen, der genau hier zu Hause ist."

Zum'Abschluß erklärte Spartacist-Sprecher Len Meyers: „Jelzin will die Sowjetunion zur Versteigerung freigeben. Aber die Sowjetunion gehört den Werktätigen der ganzen Welt, und wir sagen: *Sie ist nicht zu verkaufen!* Wir kämpfen dafür, die Errungenschaften der Oktoberrevolution zu verteidigen. Die Internationale Kommunistische Liga kämpft dafür, eine neue bolschewistische Partei aufzubauen, um die politische Revolution der Arbeiter zu führen, um die Konterrevolutionäre hinwegzufegen und die Sowjetunion zurückzuführen auf den internationalistischen Weg ihrer Gründer Lenin und Trotzki."«

Sowjetunion...

Fortsetzung von Seite 1

Vergleiche mit dem „Blutsonntag", dem zaristischen Polizeimassaker an Arbeiterprotesten im Januar 1905, das einen revolutionären Arbeiteraufstand hervorrief, zurückzuweisen. Selbst prominente prokapitalistische „Demokraten" wie Jelena Bonner äußerten sich alarmiert über die brutale Vorgehensweise von Jelzin/Popow. Die sowjetische Armeezeitung *Krasnaja Swesda* kritisierte offen die „Politiker", die zum Knüppel greifen, um „Rußland zu retten". Mehrere Hundert Menschen, die zu Peskows Begräbnis kamen, waren unverblümter, sie denunzierten Jelzin und seine Bande als „blutige Erben Hitlers".

Jelzin hat nach einer Gelegenheit Ausschau gehalten, die Miliz testen zu können. Der Polizeiangriff vom 23. Februar folgte einer Beinahe-Konfrontation zwei Wochen zuvor, als sich 40000 Menschen aus Protest gegen Jelzin auf dem Manegeplatz beim Kreml versammelt hatten. Moskaus stellvertretender Polizeichef Leonid Nikitin wurde gefeuert, als er öffentlich den Befehl verweigerte, am 9. Februar Spezialagenten einzusetzen, die unter den Demonstranten „Unruhe provozieren" sollten, um einen Vorwand zum Einsatz von Bereitschaftspolizei zu schaffen. Mittlerweile hat Jelzin versucht, das Offizierskorps mit Geld zu schmieren, indem er den Sold verdoppelt und hohen Offizieren zu Datschen verholfen hat. Aber das verbessert nicht die Bedingungen für die einfachen Soldaten, die die ganze Last der wachsenden Verelendung und wirtschaftlichen Zerrüttung zu spüren bekommen. Am Z4./25. Februar meuterten Hunderte von verzweifelten Wehrpflichtigen im Kosmodrom von Baikonur, dem Startplatz für das sowjetische Weltraumprogramm.

Und das Militär ist nicht gerade glücklich über Jelzins unterwürfige Kriecherei vor seinen amerikanischen Zahlmeistern. Als Jelzin bei Bush etwas Unterstützung erbetteln wollte, stellte dieser sich taub, während er zur gleichen Zeit Milliarden für neue Waffenentwicklungsprogramme des Pentagons ausgibt. Die USA haben sogar den *Import* von Militärtechnologie aus der UdSSR verboten, als Teil einer „Politik der Regierung, die russische Raumfahrt- und Rüstungsindustrie so weit in die Knie zu zwingen, daß sie in Zukunft für die USA keine Gefahr darstellt" *(New York Times*, 1. März). Der Zusammenstoß zwischen einem sowjetischen und einem amerikanischen U-Boot *innerhalb sowjetischer Gewässer* am 11. Februar zeigt, daß die USA unabhängig vom Stand des Kalten Krieges weiterhin auf die Sowjetunion und das sowjetische Militär abzielen. Jelzin versuchte, den Zwischenfall herunterzuspielen, aber die sowjetische Marineführung brachte in unmißverständlicher Weise ihre Entrüstung zum Ausdruck.



Reuter

Moskau: IKL-Unterstützer mit Zeitungen und Plakaten bei der Verteidigung des Lenin-Museums, abgebildet auf der Titelseite der *Süddeutschen Zeitung*

Vor diesem Hintergrund versuchen reaktionäre russisch-nationalistische Kräfte, an das Militär zu appellieren, Jelzin zu stürzen und wieder einen „starken Staat" zu errichten unter dem alten zaristischen Schlachtruf „Rußland, einig und unteilbar". Die faschistoide Liberal-Demokratische Partei von Wladimir Schirinowski spielte bei den Demonstrationen zum Tag der Armee eine prominente Rolle, und die Russische Kommunistische Arbeiterpartei (RKRP) und andere stalinistische „patriotische" Überbleibsel schlössen sich Schirinowski an. Unter den Sprechern waren „Hardliner" aus dem Militär wie das antisemitische Mitglied des Zentralkomitees der RKRP, General Makaschow, und der „schwarze Oberst" Viktor Alksnis, der sich vor kurzem mit dem monarchistischen Demagogen Newzarow zusammengetan hat und die russisch-nationalistische Partei *Nasche* (Unser) gegründet hat. Aber der Hauptanwärter, als neuer nationalistischer starker Mann Jelzins Job zu übernehmen,

Fortgesetzt auf Seite 16

Schulungsreihe der SpAD

Sowjetische Arbeiter brauchen eine bolschewistische Partei! Für proletarisch-politische Revolution gegen Jelzins Konterrevolution!
Mittwoch, 18. März, 18.30 Uhr

Imperialistische „Neue Weltordnung": Schritt zum neuen Weltkrieg
Mittwoch, 1. April, 18.30 Uhr

Die Permanente Revolution und die Türkei
Mittwoch, **22.** April, 18.30 Uhr

Linkstreff, Weddingstraße 6
1000 Berlin 65 (U-Bahnhof Nauener Platz)

KONTAKTADRESSEN

Berlin	SpAD, Postfach 51 0655, 1000 Berlin 51 Telefon: Westberlin 4927866
Halle	SpAD, Postlagernd Hauptpostamt, Halle 4020 Telefon: Halle 2 90 55
Hamburg	SpAD, c/o Verlag Avantgarde Postfach 11 0231, 2000 Hamburg 11 Telefon: (040)323644
Leipzig	SpAD, Postlagernd, Leipzig 7022

SPARTAKIST-TREFFPUNKT

Berlin	Mittwoch von 18.00 bis 20.00 Uhr Linkstreff, Weddingstraße 6 1000 Berlin 65 (U-Bahn Nauener Platz)

Sowjetunion...

Fortsetzung von Seite 15

ist dessen zunehmend kritischer Vizepräsident, der General der Luftstreitkräfte Alexander Rutskoi, der sich zum selbsternannten Sprecher der militärindustriellen Hierarchie gemacht hat. Der immer schriller nationalistisch auftretende Rutskoi war der Hauptsprecher bei einer extrem rechtsnationalistischen Konferenz Anfang Februar, wo er erklärte:

> „Wir müssen das wahre Gesicht Rußlands wiederherstellen. Wir müssen den Glauben und die Geistigkeit wiederbeleben. Wir müssen den Ruhm der russischen Armee wiederbeleben."

Der jämmerliche Putschversuch der „Achterbande" der Regierungsmitglieder Gorbatschows — die entschlossen jeglicher Mobilisierung der Arbeiterklasse zur Verteidigung des Kollektiveigentums den Rücken kehrten — war wenig mehr als eine verblümte Auseinandersetzung darüber, wer den (nicht existierenden) Geldsegen der Perestroika einsackt. Jetzt, angesichts des Aufstiegs der Konterrevolution, setzen viele ehemalige stalinistische Bürokraten ihre Hoffnungen darauf, auf den Zug mit aufspringen zu können und neue Kapitalisten zu werden. Aber Jelzins Wirtschaftsberater Anatoli Chubais beteuert: „Privatisierung durch die Nomenklatura ist unzulässig". Jelzin, und vor ihm Gorbatschow, fanden ihre Hauptbasis unter den Technokraten und Intellektuellen der unteren Schichten der Bürokratie, die wie Yuppies im Westen leben wollen. Aber es wird nicht so einfach werden, aus der Konterrevolution Kapital zu schlagen - ihre Karrieren beruhen auf dem Management (oder genauer dem Mißmanagement) der zentral geplanten Wirtschaft, und wenn die verschwindet, verschwinden auch ihre Jobs.

Jelzin und seine Kohorten wissen, daß sie einen kapitalistischen Staatsapparat zusammenschmieden müssen und neue, loyale Organe der Unterdrückung der Arbeiterklasse, wenn sie ihre konterrevolutionäre Offensive konsolidieren wollen. Während die oberste Militärführung weiterhin Distanz hält zu Jelzin und seinesgleichen in den anderen Republiken, markiert der Einsatz der Miliz mit ihrem harten Einsatz gegen die Demonstranten gegen Jelzin einen gefährlichen Wendepunkt, was die Entscheidung über das Schicksal der Sowjetunion angeht. Unsere Genossen der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) in Moskau antworteten darauf mit einem Flugblatt (das im folgenden abgedruckt ist), das Alarm schlägt über diese blutige Eskalation von Jelzins konterrevolutionärem Kurs und das dringend dazu aufruft, Arbeiter- und Soldatenräte zu bilden, um die kapitalistisch-restaurative Welle zurückzuschlagen und die Macht zu erobern.

Nieder mit Jelzins Regierung!

Der „weiße Zar" Boris will einen neuen Blutsonntag

25. Februar - Die „demokratische" Konterrevolution hat zum ersten Mal blutig zugeschlagen. Auf Befehl von Bürgermeister Popow, mit Zustimmung von Boris Jelzin, wurden Tausende von Milizsoldaten mobilisiert, um eine Provokation gegen Arbeiter, Rentner, Soldaten, Offiziere und Veteranen zu inszenieren, die den Tag der sowjetischen Armee ehrten. Sowjetische Werktätige, seid gewarnt: sie versuchen den Kapitalismus über euren Leichen zu restaurieren.

Seit dem Zeitpunkt, wo die Kräfte der kapitalistischen Restauration mit Jelzins Gegenputsch am 22. August die Vorherrschaft gewonnen haben, sind die Alternativen klar zugespitzt: entweder das Proletariat erobert die politische Macht zurück, die ihm von der Bürokratie unter Stalins Führung 1923/24 entrissen wurde, oder es wird eine blutige Konsolidierung der sozialen Konterrevolution und ein nationales Auseinanderbrechen geben. Die schwache Jelzin-Regierung hat sich mit ihrer Blutgier gegen die Arbeiterklasse nur deshalb zurückgehalten, weil es ihr an einem loyalen Repressionsapparat fehlt.

Mit den Angriffen auf die Demonstranten am Tag der Armee haben es die Moskauer Miliz und OMON-Einheiten zugelassen, vielleicht widerwillig, daß sie gegen die Arbeiterklasse eingesetzt werden. Auf Anklagen wütender Demonstranten verteidigte sich ein Milizmann defensiv: „Ich halte mich nur an meine Befehle. Warum habt ihr diese Leute gewählt? Wählt beim nächsten Mal bessere Führer."

Aber diese „Führer", Handlanger der Imperialisten, werden von niemandem abgewählt werden. Sie müssen von der Macht der mobilisierten Arbeiterklasse weggefegt werden. Das ist die proletarisch-politische Revolution, die wir Trotzkisten fordern, um die Kräfte der Konterrevolution zu stoppen, um den Hunger zu verhindern, um die Sowjetunion auf internationalistischen Prinzipien wiederzuschmieden.

Die Krise, die die Sowjetunion zerreißt, hat einen gefährlichen Wendepunkt erreicht. Die kollektivierte Wirtschaft wird zerstückelt. Die Produktion ist zerrüttet und kommt in vielen Betrieben zum Erliegen. Raffgierige Preiserhöhungen, von Jelzin und seinen Kumpanen in den anderen Republiken verhängt, sind für die Arbeiterklasse eine Erniedrigung und werfen sie ins nackte Elend. Die meisten Frauen, die jetzt von den Arbeitsplätzen vertrieben werden, steigen in eine wahre Hölle ab. Die dunklen Kräfte der Konterrevolution schüren nationalistischen Brudermord, um damit die multinationale sowjetische Arbeiterklasse auseinanderzureißen und zu zerschlagen.

Jetzt sehen wir Blut auf den Straßen Moskaus. Und es wird nur noch blutiger werden, wenn die Jelzin-Bande an Selbstbewußtsein gewinnt.

Einige wie zum Beispiel die Russische Kommunistische Arbeiterpartei sagen, die Armee „ist unsere letzte Hoffnung". Allerdings, viele Soldaten und Offiziere innerhalb der sowjetischen Streitkräfte halten den Idealen des Sozialismus und dem Arbeiterstaat weiterhin die Treue. Aber um den multinationalen Sowjetstaat und seine Armee zu erhalten, muß das sozialisierte Eigentum verteidigt werden, auf dem er aufgebaut wurde. *Die Hoffnung, daß die Welle der Konterrevolution zurückgeschlagen wird, liegt in der Organisierung der Arbeiter, Soldaten und Kollektivbauern in Sowjets und in der Schmiedung einer revolutionären Führung, die darauf abzielt, zu dem befreienden und egalitären Ziel der Oktoberrevolution zurückzukehren.* Wenn die Arbeiterklasse den Kampf aufnimmt, werden sich prosozialistische Teile der Armee und Miliz sicher anschließen.

Aber in dieser Krise versuchen finstere Elemente, an die Verzweiflung der Werktätigen zu appellieren. Hütet euch vor dem faschistoiden Betrüger Schirinowski, der öffentlich giftigen Antisemitismus versprüht! Hütet euch vor Makaschow, dessen Präsidentschaftskandidatur im letzten Jahr von den faschistischen Schwarzhemden von Pamjat unterstützt wurde! Hütet euch vor Newzarow, dessen populistisches Gerede ein Programm der monarchistischen Reaktion verbirgt! Hütet euch vor Alksnis, der kein Kommunist ist,



Putilow-Fabrikarbeiter wählen Delegierte zum Petrograder Sowjet, 1920. Die Arbeiterklasse kam an die Macht durch die bolschewistische Revolution 1917

Viktor Bulla

sondern den Sowjetvölkern den Markt aufzwingen will, nach „chilenischem Modell" — Repression mit eiserner Faust! Sie organisieren für Rutskoi, der den Bonaparte abgeben würde.

Hütet euch vor allen, die die multinationalen Werktätigen durch Chauvinismus und Rassismus auseinanderdividieren wollen! Das Gift des Antisemitismus ist das Werkzeug der sklaventreiberischen Möchtegern-Bourgeoisie, um die Arbeiterkämpfe zu spalten und abzuwürgen. War es ein Zufall, daß die Miliz am Tag der Armee ihre Schlagstöcke gegen Jugendliche eingesetzt hat, die rote Fahnen und ein Lenin-Porträt getragen haben? In den Fabriken, in den Bergwerken, in den Kolchosen, überall gibt es Arbeiter unterschiedlicher Nationalität. Sie müssen sich in proletarischer Einheit zusammentun und sich nicht durch nationalistischen Streit gegeneinander aufbringen lassen. Nationalismus ist das Spiel der Parasiten und Kapitalisten!

Der einzige Ausweg aus der augenblicklichen Krise liegt in der revolutionären Aktion der Arbeiterklasse. Im Sommer 1917 gab es auch eine Krise der Lebensmittelversorgung. Die Kapitalisten führten ihre letzten Grabenkämpfe, um sich an der Macht zu halten, sie hungerten die revolutionären Arbeiter aus, um sie zur Unterwerfung zu zwingen. Lenin zeigte den Weg vorwärts. In „Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll" pochte er darauf, daß der einzige Weg, um die kapitalistische Sabotage zu stoppen, die *Machtübernahme* der Räte der gewählten Arbeiter- und Soldatendeputierten war, um die Kontrolle über die Produktion zu übernehmen und die Verteilung der Lebensmittel zu organisieren. Dies wies direkt den Weg zur Oktoberrevolution, die die Ausbeuter hinweggefegt hat.

Heute versuchen neue Ausbeuter, den Arbeiterstaat zu zerstören. Die Frage ist: *Wer wird siegreich hervorgehen?* Die Spekulanten, Mafia-Parasiten, Unternehmer und früheren Partokraten, die zu Kapitalisten werden wollen, indem sie die Wirtschaft an die Imperialisten verscherbeln? Oder die Arbeiterklasse, die alles unter ungeheuren Opfern aufgebaut hat?

Durch ihre eigenen unabhängigen Komitees, zusammengesetzt aus Delegierten, die in den Fabriken gewählt werden, müssen die Werktätigen die Kontrolle über die Lebensmittelvorräte übernehmen und die Verteilung überwachen. Es ist wieder notwendig, wirkliche Sowjets zu bilden, nicht Schwatzbuden wie die angeblichen Sowjets und die impotenten Parlamente, die wir jetzt haben, sondern Kampforgane, die zusammengesetzt sind aus Deputierten, die in den Fabriken und Kasernen gewählt werden und jederzeit abrufbar sind. Zusammengefaßt in machtvollen Sowjets — internationalistisch, egalitär, revolutionär — werden die Werktätigen in der Lage sein, die wackligen Regime der kapitalistischen Restaurateure mit einem Fingerschnipsen wegzufegen. *Keine neuen Zaren — weg mit Jelzin — für eine Republik der Werktätigen!*

Es kann keine Rückkehr geben zur alten Scheiße des Stalinismus. Aus den Stalinisten von gestern kommen die Jelzins von heute. Die Ära von Breschnjew bahnte den Weg für die Marktreformen von Gorbatschow, die wiederum Jelzin an die Macht katapultiert haben. Der parasitären Bürokratie ist die Luft ausgegangen, und sie sondert eine Schicht ab, die zusammen mit einer neuen Generation von Yuppies die Sowjetunion ausverkaufen will. Und dafür brauchen sie einen starken Staat, der Blut in Profite ummünzen kann.

Unter der Führung einer neuen und wirklich bolschewistischen Partei, gestaltet nach der Partei von Lenin und Trotzki, werden die Arbeiter- und Soldatenräte für volle Arbeiterdemokratie sorgen, die allen Parteien, die im Namen des Sozialismus kämpfen, volle Rechte gewähren. Um eine Gesellschaft auf wirklich kollektivistischer Grundlage aufzubauen, die in der Lage ist, die schöpferischen Kräfte der Werktätigen zu benutzen, muß die Planwirtschaft wieder aufgebaut und von oben bis unten überarbeitet werden, sie muß von aller Vetternwirtschaft und dem Privilegienwesen, von Bürokratismus und Willkürherrschaft gesäubert werden. Von den Fabrikhallen bis zu den höchsten Rängen des Staates muß die entscheidende Macht in den Händen der Arbeiter und ihrer gewählten Vertreter liegen.

Arbeiter: Es bleibt nicht mehr viel Zeit. Wartet nicht, bis eure Kinder von Hunger blaß und schwach werden. Die Möchtegern-Bosse nehmen euch die Straßen Moskaus weg. Bildet jetzt wirkliche Sowjets! Jagt die restaurativen Kräfte durch eine politische Revolution der Arbeiter davon! Besiegt jeden Vorstoß zu nationalistischem Brudermord - nieder mit dem Gift des Antisemitismus! Es ist dringend nötig, die Kader einer leninistisch-trotzkistischen Partei zusammenzuführen, die sich den proletarischen Grundlagen verpflichten, auf denen der multinationale sowjetische Arbeiterstaat aufgebaut worden ist.

Übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 546, 6. März*

Streitgespräch mit DKP:

Russische Frage in Neumünster

Die DKP Neumünster hatte die Hamburger Ortsgruppe der Spartakist-Arbeiterpartei am 10. Februar zu einem „Gesprächsabend zum Thema ‚Zusammenbruch der UdSSR — Ende kommunistischer Ideen + Politik?'" eingeladen. Schon der Titel zeigte die politischen Abgründe, die bei diesen Grundfragen kommunistischer Politik zwischen den Trotzkisten und der DKP liegen.

Wie die SpAD-Genossin Carola in ihrer Einleitung erklärte: „Entscheidend ist, daß die sowjetischen Arbeiter nicht bereit sind, die kapitalistische .Schockbehandlung' über sich ergehen zu lassen". Wenn Jelzins Konterrevolution nicht besiegt wird, würde dies die Verelendung der sowjetischen Werktätigen bedeuten, nationalistischen Brudermord und antisemitische Pogrome. Sie erklärte: „Heute, in der Stunde der größten Gefahr, brauchen die Arbeitermassen in der Sowjetunion nichts dringender als eine revolutionäre Partei, die für das Programm der proletarischen politischen Revolution kämpft." Sie griff die DKP-Führung an, die vor dem Geheul der Imperialisten über den „Tod des Kommunismus" in die Knie gegangen ist.

In der Diskussion bestätigten die Genossen der DKP, daß sie die Propaganda vom „Zusammenbruch der UdSSR" geschluckt haben, wie schon ihr Veranstaltungstitel verkündet. Aber sie verwahrten sich dagegen, daß sie damit auch das Ende „kommunistischer Ideen und Politik" akzeptierten. Vielmehr wollte der Versammlungsleiter „Rückschlüsse aus dem Scheitern des ersten Versuches von Sozialismus auf dieser Erde" ziehen, denn „nicht der Kommunismus, sondern der erste Versuch ist gescheitert."

Ein Genösse, der seit sechzig Jahren Kommunist ist (erst im Leninbund, dann KPD, DKP), setzte die Entwicklung in der DDR mit der Sowjetunion gleich. Weil die stalinistische Bürokratie nicht auf die Mobilisierung der Arbeiter setzte und die breite Demokratie von unten fehlte — Stichwort „Alle Macht den Räten!" -, war für ihn auch das Scheitern der Sowjetunion unvermeidlich. Auch er setzte den Verrat der stalinistischen Partei mit dem Untergang des Arbeiterstaats gleich. Dabei wäre das Versagen der DKP 1989/90, die nur paralysiert auf die SED-Überreste starrte, Grund genug, den Stalinismus endgültig zu begraben - die ganze Konzeption von „friedlicher Koexistenz" und „Sozialismus in einem Lande" — und eine wirklich bolschewistische Partei aufzubauen, in der Tradition Lenins und Trotzkis.

Die Hartnäckigkeit, mit der die SpAD-Genossen die falsche Analogie bekämpften, die Ereignisse in der DDR mit der sehr ernsten, aber immer noch offenen Situation in der Sowjetunion gleichzusetzen, führte dann doch noch zu einer konkreteren Auseinandersetzung über die UdSSR. In der Sowjetunion steht kein fertiger Staatsapparat eines mächtigen imperialistischen Staates bereit, wie das bei der Einverleibung der DDR der Fall war; Gorbatschows/Modrows „Deutschland, einig Vaterland" gab grünes Licht für die kapitalistische Wiedervereinigung und für den Abzug der Roten Armee. Die Sowjetunion ist das Land der einzigen siegreichen Arbeiterrevolution, und 27 Millionen sowjetische Werktätige starben für ihre Verteidigung gegen Hitler. Der entschiedene Kampf der Arbeiterklasse muß große Teile der Roten Armee auf die Seite der Werktätigen ziehen, die nicht bereit sind, sich als Sturmtruppen für die nationalistischen „Regierungen" und ihre Yuppie-Anhänger einsetzen zu lassen.

Eine Nebenrolle spielte an diesem Diskussionsabend ein Antikommunist von der maoistischen *KPD/Roter Morgen*, der sich mit seiner Hetze gegen die Verteidigung von Erich Mielke unbeliebt machte, weil wir stolz darauf waren, daß unsere Berliner Genossen am selben Tag (mit einer anderen *KPD/Roter Morgen)* für die Freilassung Mielkes demonstriert hatten. Bei diesem Protest vor Jutta Limbachs Hexenjagd-Knast in Moabit suchte man die DKP übrigens vergeblich. Sie hatte wohl Angst, mit einer solchen Aktion die „vernünftigeren Teile der Bourgeoisie" (Thesen zur programmatischen Orientierung, *UZ, 28.* Februar) abzustoßen, die die DKP sich als Bündnispartner auserkoren hat.

Zeigte sich in der Frage der Sowjetunion bei den DKP-Genossen Nachdenklichkeit über unsere Argumente, so stieß unsere Kritik an der SPD-Nachtrabpolitik ihrer Partei auf Abwehr: Von „Hier sind alle für Wahlboykott, die DKP will nicht die SPD bei den Wahlen unterstützen!" bis zu „alle Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit der SPD nutzen, um Reformen durchzubekommen" reichten die Argumente.

Wer in der Stunde höchster Gefahr die Sowjetunion nicht verteidigen will, sieht auch im eigenen Land kein Hindernis, auf der Seite der Bourgeoisie zu landen. Während eine Reihe von DKP-Genossen bei der Verteidigung von Flüchtlingen aktiv sind, verurteilen sie ihre eigene Arbeit zur Impotenz, wenn sie nicht sehen, daß vor allem der Würgegriff der SPD für die „Passivität der Arbeiter" verantwortlich ist. Und im neuen Programm-Entwurf hat der Rosenberg-Flügel in der krassesten Weise schon gewonnen: In diesen „Thesen" kommen Immigranten nicht vor! Der Kampf der SpAD für volle Staatsbürgerrechte, für alle Immigranten ist für die DKP Anathema — sie könnte es sich ja mit den rassistischen Abschiebern der SPD versauen.

Und keine Stimme für die SPD bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein? Nicht so die erwähnte *UZ:* „... auf keinen Fall CDU" lesen wir. Die „Asylpolitik" der CDU wird kritisiert; kein Wort von SPD-Jansens „Zählappell" für Flüchtlinge; kein Wort von Engholms und Jansens rassistischer Jagd auf die Norderstedter Flüchtlinge.

Für die Programm-Kommissionler der DKP, die (wie Rosenberg) an rückständiges Bewußtsein appellieren, sind Immigranten Menschen zweiter Klasse. Im Betrieb lassen sich einige Sozialchauvinisten gerne von den italienischen, türkischen und jugoslawischen Arbeitern in die Betriebsratssessel hieven — als Dank organisieren sie ein jährliches „Solidaritätsfest". Die DKP versteht nicht, daß eingewanderte Arbeiter eine entscheidende Rolle in strategischen Bereichen der Produktion spielen, doppelt oder dreifach unterdrückt, als Arbeiter, Immigranten, und viele als Frauen.

Die Unmöglichkeit des „Sozialismus in einem Land" ist bewiesen, der Stalinismus ist tot. Seine Überreste, die sowjetischen „Patrioten", appellieren heute an Antisemitismus und großrussischen Chauvinismus. Doch der Kommunismus lebt! Von der Linken Opposition der Sowjetunion zu Trotzkis Vierter Internationale zur Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), deren deutsche Sektion die SpAD ist, gibt es eine Tradition der internationalen Verteidigung der Arbeiterstaaten mit den Methoden der proletarischen Revolution.

Wir wenden uns an die Genossen der DKP und SDAJ, die nicht Wasserträger der SPD-Bürokraten sein wollen, sondern proletarische Revolutionäre. Wer verhindern will, daß das Vierte Reich der deutschen Bourgeoisie seinen Triumphzug Richtung Osten fortsetzt, muß mit uns zusammen kämpfen, den Würgegriff der SPD-Bluthunde Lafontaine/Engholm am deutschen Proletariat zu brechen. Dazu müssen wir eine Partei in den Traditionen von Lenin, Liebknecht, Luxemburg und Trotzki aufbauen! •

Dublin...

Fortsetzung von Seite 8

rialistische Bestreben unterstützten, eine „Neue Weltordnung" zu schaffen, indem sie im letzten August die Seite von Jelzin einnahmen, dem Werkzeug der Wall Street, sind Komplizen eines Systems, das ein jugendliches Vergewaltigungsopfer kreuzigen möchte.

Arbeiter an die Macht, damit die Frauen frei sein können! Die ganze Bande, von den Gaunern der Fianna Fail bis zu den Lakaien der Labour Party, muß weggefegt werden. Die Republikaner der Sinn Fein haben sich, ganz im Rahmen ihres Nationalismus, wiederholt geweigert, irgendeine soziale Frage aufzugreifen, die ihnen Ärger mit der katholischen Reaktion einbringen würde. Deshalb wird eine der am härtesten umkämpften Debatten bei der kommenden Konferenz von Sinn Fein die Abtreibungsfrage sein. Im Norden und im Süden muß die verkalkte und erdrückende Herrschaft der religiösen Frömmler zerschlagen werden, damit Frauen nicht mehr heimlich nach London reisen müssen, um ihr Recht zu bekommen, damit den Menschen nicht mehr so etwas simples verweigert werden kann wie eine Brook Advisory Clinic (Beratungszentrum à la Pro Familia) für grundlegendste Informationen und Beratung. Mit ihren 20 Prozent Arbeitslosigkeit, barbarischem Klerikalismus, dem Kreislauf von britischer imperialistischer Repression und von kommunalen Auseinandersetzungen im Norden: Diese Insel schreit nach einer proletarischen Lösung. Die elementare Forderung nach *sofortigem bedingungslosen. Abzug der britischen Armee* ist die Grundbedingung für eine solche Perspektive.

Die sozialistische Revolution wird die Wucherer-Bourgeoisie hier und die loyalistischen Herren in Nordirland stürzen: Keine Zwangsvereinigung — für eine irische Arbeiterrepublik innerhalb einer sozialistischen Föderation der britischen Inseln. Nur Industrialisierung und der Aufbau einer Planwirtschaft können die Gesundheitsversorgung auf hohem Niveau ermöglichen, dann wird es kostenlose Abtreibung auf Wunsch und kostenlose, sichere Verhütungsmittel für alle Frauen geben. Solch eine Gesellschaft würde Arbeitsplätze für alle zur Verfügung stellen und kostenlose Kinderbetreuung rund um die Uhr; damit würde die *materielle Basis* für eine wirkliche Befreiung der Frau gelegt.

Eine der ersten Schritte des Arbeiterstaates, der 1917 aus der russischen Revolution entstanden ist, war nicht nur die Abschaffung aller Gesetze, die das Recht auf Abtreibung und Scheidung einschränkten, sondern auch die Einführung *voller demokratischer Rechte für Homosexuelle.* Mit dem Verständnis, daß es notwendig ist, die Funktionen der unterdrückerischen Institution Familie durch soziale Institutionen für Kinderbetreuung und Hausarbeit zu ersetzen, begannen die Bolschewik! sofort mit der Einrichtung von Kinderkrippen und Gemeinschaftsküchen. Als Volkstribun kämpfte Lenins Partei auch gegen alle Formen von nationaler und besonderer Unterdrückung — genauso, wie hier die offizielle Diskriminierung und die rassistischen Angriffe auf die Travellers [vergleichbar in ihrer sozialen Stellung den Roma und Cinti] zerschlagen werden müssen.

Wir in der DSYG kämpfen für den Aufbau einer Partei in der Tradition der Bolschewiki, einer revolutionären Partei, die die Arbeiterklasse zum Sturz dieses verrotteten kapitalistischen Systems führen wird. *Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!*

Übersetzt aus Workers Hammer *Nr. 128, März/April*

Veteran der Roten Armee...

Fortsetzung von Seite U

nicht falsch, ich habe eine Menge Respekt für diesen Mann. Meine Eltern waren fast seit dem Ausgang des letzten Jahrhunderts Kommunisten, mein Vater seit 1904, meine Mutter seit 1907. Sie hatten großen Respekt für diese politische Persönlichkeit, und sie sind dafür bestraft worden.

Aber in der Politik gibt es Strategie, und es gibt Taktik. Unser Ziel ist die Schaffung einer Union der sozialistischen Sowjetrepubliken. Unser Ziel, unsere Aufgabe — die mächtige Herrschaft der Werktätigen neu zu gründen, frei von den stalinistischen, Gorbatschowschen Verzerrungen. Später wird es uns gelingen, Trotzki zu rehabilitieren und ihm in der revolutionären Bewegung die seiner Autorität entsprechende Position einzuräumen. Ich denke, daß wir diese Vollendung für später aufheben können, wenn die Dinge besser und klarer aussehen.

* * *

In der Diskussion drückte eine Reihe von Sprechern ihre Opposition zur Konzeption des Genossen Michailjuk über eine allumfassende Partei aus. Ein besonders machtvoller Beitrag wurde von einem Bergarbeiterführer gemacht, der aus seiner eigenen Erfahrung herleitete, daß man es auch geradeheraus sagen muß, wenn man die Partei von Lenin und Trotzki aufbauen will. Ein Genösse aus der früheren DDR betonte die leninistische Politik der Einheitsfront — getrennt marschieren, vereint schlagen — im Kampf gegen den Faschismus, und griff die RKRP für ihren „Zusammenschluß" mit Monarchisten an, was nur der Konterrevolution das Tor noch weiter öffnet. Ein älterer Industriearbeiter zitierte die Opposition der IKL gegen die Konterrevolution der Solidarnosc 1981 als den „wirklichen Trotzkismus", der gebraucht wird, im Gegensatz zu den Schwindlern, die Walesa unterstützt haben.

Der Weg zum Aufbau einer authentisch leninistischen Partei war das Thema einer zweiten Präsentation durch den Genossen Meyers über die Geschichte und die Entwicklung der IKL. Er betonte, daß eine ernsthafte Herangehensweise an den Aufbau einer trotzkistischen Partei sich auf feste programmatische Übereinstimmung bei den zentralen Fragen gründen muß. Dazu gehören die proletarische Opposition gegen Volksfronten und Klassenzusammenarbeit jeglicher Art; eine feste internationalistische Perspektive im Gegensatz zum Hinterherlaufen hinter nationalistischen Kräften, gleich ob Chomeini im Iran, Walesa in Polen oder die „arabische Revolution"; die Verteidigung der Sowjetunion, des Staates, der durch die Oktoberrevolution 1917 geschaffen wurde; politische Revolution, um die stalinistischen Betrüger und ihre durch und durch konterrevolutionären Nachfolger hinwegzufegen.

Der Redner diskutierte außerdem die Perspektive der revolutionären Umgruppierung: die Notwendigkeit, durch einen Prozeß von Spaltungen und Fusionen den Kader zusammenzuschmieden, der heute in einer Reihe von Organisationen zu finden sein mag. Im Vergleich der Geschichte von programmatischer Festigkeit der IKL mit der Verwirrung unter den verschiedenen selbsternannten „trotzkistischen" und „kommunistischen" Organisationen betonte er, daß es keine Abkürzungen bei der Gründung einer autoritativen und kompromißlos revolutionären Arbeitermassenpartei gibt. „Was wir tun müssen, ist, uns auf der Basis von fester programmatischer Übereinstimmung zusammenzuschließen", faßte der Redner zusammen. „Das ist der Weg, die internationalistische Partei aufzubauen, die notwendig ist, um die Sowjetunion auf der Grundlage von Arbeiterdemokratie und einer geplanten, zentralisierten Wirtschaft zu retten und um die rote Fahne des Internationalismus wieder über dem Kreml wehen zu lassen."

Übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 545, 21. Februar*

Briefe...

Fortsetzung von Seite 2

derfährt. So hat mich Ihr Aufruf tief gerührt, zumal darin endlich jemand die Umbrüche in Ostdeutschland Konterrevolution nennt!

In der Annahme, daß positive Zuschriften Ihnen den Rücken stärken, gratuliere ich Ihnen hiermit aufs Herzlichste.

Mit sozialistischem Gruß
Ihr D. L.

Jüchen, 24. Februar 1992

Liebe Genossinnen und Genossen!

Ich möchte auf diesem Wege Stellung nehmen zu Eurem Artikel „Viertes Reich: Hände weg von Honecker" in *Spartakist* Nr. 92. Prinzipiell schließe ich mich Eurer Auffassung von der neuen Realität im vereinigten imperialistischen Deutschland sowie bezüglich der BRD-Klassenjustiz in der Tradition der Nazi-Justiz an. Trotzdem erscheint es mir, daß Euer Artikel gewisse Tendenzen aufweist, die nicht unbedingt in die richtige Richtung führen, bzw. von den Bürgerlichen als willkommener Aufhänger für die Diffamierung und Verleumdung der SpAD genutzt werden könnten. Hierbei geht es nicht darum, die Auseinandersetzung mit dem Gegner zu scheuen, sondern darum, daß der Trotzkismus nicht als etwas anderes erscheint, als das, was er wirklich ist.

Honecker ist für seinen antifaschistischen Widerstand von den Nazis über viele Jahre hinweg eingekerkert worden, eine Tatsache, die jeder ehrliche Kommunist zu würdigen wissen wird, ebenso, wie man kein Stalinist sein muß, um das große Opfer von Ernst Thälmann zu respektieren. Trotzdem haben sich in der Folgezeit Ulbricht, Honecker und Mielke großer Verbrechen gegen die ostdeutsche Arbeiterklasse schuldig gemacht, man denke nur an den 17. Juni 1953. Es ist den Werktätigen der ehemaligen DDR nicht zuzumuten, daß diese Verbrechen ungesühnt bleiben sollen. Die Parole „Hände weg von Honecker" ist so allgemein formuliert, daß der Eindruck entsteht, die SpAD sähe ihre Aufgabe darin, den Führern des bankrotten Stalinismus bedingungslos Rückendeckung zu geben, und die Blutopfer vieler Trotzkisten im stalinistischen Machtbereich zu vergessen, wobei ich selbstverständlich davon ausgehe, daß dieser Eindruck nicht richtig ist. Gerade deswegen sollte man ihn vermeiden.

Vor allem der Hinweis auf Rosa Luxemburg, der wohl größten deutschen Revolutionärin, erscheint mir unpassend. Zwar sind sowohl Luxemburg als auch Honecker Opfer von dem geworden, was man in Deutschland ironischerweise Justiz nennt. Trotzdem sollte man den Kopf einer parasitären bürokratischen Kaste nicht in eine Reihe mit bolschewistischen Revolutionären stellen. Dabei gebe ich Euch völlig recht, daß der bundesdeutsche Justizapparat, der eine einzige Verhöhnung jeglichen Rechtsempfindens darstellt, in keiner Weise kompetent oder berechtigt ist, über Honecker zu richten. Nichts liegt mir ferner, als den antikommunistischen Hexenjägern des Vierten Reiches das Wort zu reden. Es besteht auch kein Zweifel, daß im Falle eines Prozesses Honeckers wirkliche Verbrechen nicht den Gegenstand der Verhandlung bilden würden, sondern die Tatsache, daß er als Staatschef der DDR den Interessen des Imperialismus im Wege stand. Mit ihm würde die ganze kommunistische Bewegung auf der Anklagebank sitzen. Jutta Limbachs Ankündigung, eine Gefängniszelle in Moabit bereitzuhalten, ist ein unmißverständlicher Hinweis darauf, daß der Prozeß schon entschieden ist, bevor er begonnen hat. Man hat also lediglich einen Schauprozeß zu erwarten, ein spektakuläres Justiztheater nach bekanntem Strickmuster unter Mitwirkung der neuen imperialistischen Statthalter in Moskau. Vor diesem Hintergrund ist das Asylangebot Nordkoreas zu begrüßen.

Langfristig aber muß man eine Abrechnung mit dem Stalinismus im Auge behalten, und zwar von seilen der Arbeiterklasse im Zuge einer großen proletarischen Erhebung. Ich würde eine andere Parole vorschlagen: „Bourgeoisie: Hände weg von Honecker! Stalinistische Bürokraten vor ein Arbeitertribunal!" Da eine revolutionäre Arbeiterjustiz unter den gegenwärtigen Bedingungen wohl kaum zu etablieren ist, muß sich hier sofort der Hinweis anschließen auf die Notwendigkeit, die kapitalistische Klassenjustiz zu zerschlagen, was wiederum in direktem Zusammenhang steht mit einer Revolution, geführt von einer kommunistischen Partei, gerichtet gegen alle Feinde der Arbeiterklasse. Solange die deutsche Rechtsprechung von Faschisten und deren geistigen Nachfolgern beherrscht wird, ist ein Prozeß gegen Honecker unbedingt abzulehnen. Die Werktätigen sollten sich das Recht vorbehalten, ihn für seine Taten zur Verantwortung zu ziehen...

Zum Schluß möchte ich Euch noch sagen, daß ich trotz meiner hier nun geäußerten Kritik mit Eurem im Spartakist verbreiteten Programm in wohl allen wesentlichen Punkten übereinstimme und Eure Zeitung auch weiter mit großem Interesse lesen werde. Für Eure weitere Arbeit wünsche ich Euch viel Erfolg.

Mit kommunistischen Grüßen
E. P.

SPD-Hexenjagd...

Fortsetzung von Seite 24

Richter Theodor Seidel, der auch den Vorsitz bei dem ersten Prozeß gegen DDR-Grenztruppen geführt hatte, hatte 1950 die DDR verlassen und war in den 60er Jahren bei sogenannten „Fluchthilfe-Organisationen" aktiv, die „Flucht" in den kapitalistischen Westen organisiert haben. Und wie bei den berüchtigten Terrorprozessen gegen Baader-Meinhof wurde Mielke gezwungen, in einem Glaskäfig zu sitzen, obwohl er kaum aufrecht sitzen konnte und kaum bei Bewußtsein war. Frühere medizinische Untersuchungen hatten ergeben, daß Mielke nicht prozeßfähig ist, aber die Berliner Regierung, die die Krankenhäuser der Stadt finanziert, übte dermaßen Druck aus, daß es zu einer Entscheidung kam, daß man ihm zweimal die Woche jeweils 90 Minuten Prozeß zumuten könne. Womit gewährleistet ist, daß dieses Schauspiel von Prozeßfolter sich über Monate hinziehen kann oder wenigstens so lange, bis es ihn umgebracht hat.

Wahrscheinlich bietet kein anderer Prozeß so klare und überzeugende Belege für den Anspruch des Vierten Reichs, der Rechtsnachfolger des Dritten Reichs zu sein. Am ersten Tag des Schauprozesses gab es vor dem Gericht eine Protestkundgebung, organisiert von der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD) und der brüderlich mit ihr verbundenen Verteidigungsorganisation, Komitee für soziale Verteidigung (KfsV), mit den Forderungen: „Freiheit für Erich Mielke", „Hände weg von Honecker und den Grenztruppen" und „Hände weg von Markus Wolf, dem früheren Chef der DDR-Auslandsaufklärung.

Mielke ist angeklagt, bei der Erschießung von zwei Berliner Polizisten und der Verwundung eines dritten im August 1931, also *vor mehr als 60 Jahren*, am Bülowplatz beteiligt gewesen zu sein. Vor dem Hintergrund der Intensität des Klassenkampfs während der Weimarer Republik sind die Bullen im von der SPD regierten Berlin brutal gegen die



Berlin, 10. Februar: Spartakisten und KfsV fordern am ersten Tag der Fortsetzung des Nazi-Prozesses gegen Mielke: „Freiheit für Erich Mielke!"

Spartakist

Arbeiterklasse vorgegangen. Beim Massaker des Blutmai von 1929, bekannt als Zörgiebel-Affäre, griffen Berliner Polizisten eine unbewaffnete Arbeiterdemonstration unter Einsatz von Maschinengewehren an, ermordeten 33 Arbeiter und verwundeten 198. Die beiden Polizisten, die erschossen wurden, waren berüchtigt dafür, Arbeiterdemonstrationen dadurch aufzulösen, daß sie in vollem Galopp und mit gezogenem Säbel in die Menge hineinritten. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die beiden Polizisten von ihresgleichen erschossen worden sind, wie es später im *Pariser Tageblatt* berichtet wurde *(Berliner Zeitung,* 8./9. Februar). Dies erklärt, warum, nachdem praktisch der Ausnahmezustand verhängt wurde und in der ganzen Gegend großangelegte Polizeiaktionen und Massenfestnahmen durchgeführt wurden, Mielkes Name nie auftauchte. Während der Weimarer Republik wurde nie Anklage erhoben, die Ermittlungen wurden vielmehr *eingestellt.* (Der alte Stalinist hat vielleicht seinen Verstand verloren, zeigte aber durchaus einen Sinn für Ironie, als er im Interview erwähnte, er hätte sich damals damit beschäftigt, Broschüren an die Arbeiter zu verteilen. „Eine hieß zum Beispiel ‚Wie verhält man sich vor Gericht?'" *[Berliner Zeitung, 29.* Februar].)

Die Anklagen wurden erst 1934 von einem Nazi-Gericht wiederaufgenommen, im gleichen Saal, in dem der jetzige Prozeß stattfindet. Mielke war bereits in die Sowjetunion geflüchtet. Heute bilden „Aussagen", die von der Gestapo durch die Folter von „Zeugen" erpreßt wurden, die aus Konzentrationslagern in den Prozeß geschleppt wurden, die Basis für den jetzigen Prozeß gegen Mielke! Ein Artikel in der *taz* (24. Februar) enthüllte vor kurzem, daß der Prozeß ein Fall von Blutrache seitens der SPD ist. Sie zitiert aus einer Broschüre mit dem Titel „Fall Mielke", die in den 50er Jahren vom „Ostbüro" der SPD herausgegeben wurde und „Sühne" für den „Mord an den beiden sozialdemokratischen Polizeioffizieren ... in einem wiedervereinigten Deutschland" fordert.

Limbach und Seidel sind der lange Arm der Gestapo! Wie Hermann Gremliza in der Februar-Ausgabe von *konkret* bemerkte:

> „Wer vierzig Jahre Nazi-Verbrecher nicht zuletzt deswegen verschont hat, weil sie Kommunisten totgeschlagen haben, hat das dadurch gutzumachen, daß er heute keinen Kommunisten ungestraft davonkommen läßt."

Hexenjagd gegen alle

• Der allumfassende Charakter dieser Hexenjagd zeigte sich, als nach der von der CDU inszenierten Haßkampagne gegen den bekannten Autor Bernt Engelmann der Bayerische Rundfunk (der früher den Nazi-Republikaner Schönhuber als Programmdirektor beschäftigt hatte) eine genauso hinterhältige Verleumdungskampagne gegen Engelmanns Kollegen Günter Wallraff vom Zaune brach. Sein Buch über den Rassismus in Deutschland, *Ganz Unten,* hat Weltruhm erlangt. Das „Verbrechen" Engelmanns und Wallraffs war es, die Naziwurzeln von Westdeutschlands Herrschern zu belegen. Wallraff und seine Familie sind jetzt gezwungen worden, unterzutauchen, weil sie Morddrohungen von Nazis erhalten haben.

• Joachim Gaucks Behörde treibt ihr Spiel mit den uferlosen Stasi-Archiven, um eine Stasi-Hexenjagd zu schüren, die heute in der ehemaligen DDR jeden Aspekt des Lebens durchdringt. Zehntausende von Lehrern sind in Ostdeutschland gefeuert worden, dies hat in den Gemeinden zu einem ernsthaften Lehrermangel geführt, und Einstellungen wurden aus Geldmangel gestrichen. Mitarbeiter der Berliner BVG im Osten (früher BVB) werden erbarmungslos verfolgt und gefeuert; empört berichtete ein Personalratsvorsitzender des Straßenbahnhofs Siegfriedstraße über die „Hexenjagd" gegen Straßenbahnfahrer. Hunderte von hoch geachteten Ärzten und medizinischem Forschungspersonal sind an der Charite", der weltberühmten Lehr- und Forschungsklinik, summarisch entlassen worden. Limbach & Co. behaupten, die lebensrettenden Organtransplantationen seien sadistische medizinische Stasi-„Experimente" gewesen. Jetzt bringt das Wochenblatt der Hexenjäger, *Der Spiegel,* eine Schauergeschichte, daß Frühgeburten in Erfurt ertränkt worden seien. Die Wahrheit: während der 60er und 70er Jahre hatten untergewichtige Säuglinge in der DDR eine *bessere* Überlebenschance, und erst mit der Entwicklung einer weiterentwickelten Technologie zur Lebensrettung Mitte der 80er Jahre holte die BRD auf. Im Vergleich dazu haben die monströsen Folterungen und Morde der Nazi-„Medizin" — trotz mutiger Ausnahmen wie Dr. Theissen, Vorreiter für das Recht auf Abtreibung - ein bleibendes Erbe in Westdeutschland hinterlassen.

• Eine infame „Doping"-Kampagne ist gegen ostdeutsche Sportler, die zu den besten der Welt zählen, in Gang gesetzt worden. Im Augenblick steht besonders die Leichtathletin Katrin Krabbe unter Beschüß, die sich mit der Begründung: „Das ist nicht mein Land" geweigert hatte, die deutsche Fahne zu tragen, als sie Weltmeisterin über 100 und 200 m wurde. Nachdem jetzt der Deutsche Leichtathletikverband (DLV) Katrin Krabbe und zwei ihrer Teamge-

Fortgesetzt auf Seite 22

SPD-Hexenjagd...

Fortsetzung von Seite 21

fährtinnen für vier Jahre gesperrt hat, kam von Daimler-Benz, dem Hauptsponsor des DLV, die Ankündigung, daß sie ihren Sponsorenvertrag verlängern werden.

• CDU-Politiker haben zu Beginn der diesjährigen Tarifverhandlungen versucht, die Hexenjagd gegen die Gewerkschaft ÖTV zu richten. Der Vorwand: Eine Bitte der Gewerkschaft, den Streik der Fernfahrer im Jahr 1983 zu respektieren, wurde von sowjetischen Stellen an die DDR weitergeleitet. Die CDUler beschworen die Bilder einer Berlin-„Blockade", und die jetzige Vorsitzende der ÖTV, Monika Wulf-Mathies, schloß sich der Hexenjagd an und lehnte jegliche Verantwortung ab. Aber die Wahrheit ist, daß die Gewerkschaft dies getan hat, was ihr anzurechnen ist, und zur Ehre von Honecker muß gesagt werden, daß er wiederum der Bitte seine persönliche Zustimmung gegeben hat.



Der Spiegel

Hexenjagd-Opfer Riege: Von seiner eigenen Partei gejagt

• Die Stasi-Hexenjagd ist inzwischen von Angriffen auf hochrangige ostdeutsche SPD-Politiker wie Brandenburgs Ministerpräsident Stolpe zu Vorwürfen gegen die westdeutschen SPD-Architekten der „Ostpolitik" übergegangen. Der „Ehrenvorsitzende der SPD, Willy Brandt, mußte neulich einer Potsdamer Versammlung der Brandenburger SPD versichern, daß die SPD-Ostpolitik, die DDR durch den wirtschaftlichen Druck der D-Mark zu unterminieren, eine Vorreiterrolle für die kapitalistische Konterrevolution spielte.

PDS: Pseudolinke machen mit bei Hexenjagd auf sich selbst

Die Hexenjagd hat 1990 angefangen mit der Kampagne von SPD/Bündnis 90 zur Enteignung der PDS und des FDGB. Von Anfang an rief die SpAD zu Einheitsfrontaktionen zur Verteidigung der ganzen Linken und Arbeiterbewegung auf. Statt dessen half die Modrow-Regierung bei der Gründung der Treuhandanstalt, die jetzt dazu benutzt wird, die PDS zu enteignen. (Eine ähnliche Einrichtung existierte, um das enteignete Vermögen in dem von den Nazis besetzten Polen und in der UdSSR während des Zweiten Weltkriegs zu verwalten!) Die PDS händigte ihr Parteivermögen der Treuhand aus und übergab ihre Finanzverantwortlichen der kapitalistischen Polizei und den SPD-Inquisitoren.

Sie stehen im Augenblick im selben Gebäude vor Gericht wie Erich Mielke, und bei ihrem Protest am 10. Februar forderten die SpAD und das KfsV: „Stoppt die Enteignungskampagne gegen die PDS! Einstellung aller Verfahren gegen Pohl, Langnitschke und Kaufmann! Stoppt die antikommunistische Hexenjagd!" Abgesehen von einem Vertreter der Ernst-Thälmann-Stalinisten der Kommunistischen Partei Deutschlands *(Roter Morgen)* haben alle anderen linken Gruppen den Protest gegen diese obszöne Fortsetzung der antikommunistischen Verfolgung durch die Nazis boykottiert. Sie waren zu beschäftigt damit, dem Vierten Reich durch ihr Mitwirken am antikommunistischen Kreuzzug ihre Loyalität zu bezeugen, wie „kritisch" auch immer. So veröffentlicht die DKP-Zeitung *UZ* einen Titelartikel über den „,Stasi'-Feldzug des Kapitals" (28. Februar), in dem die „volle Solidarität" mit den Opfern gefordert wird. Doch ihre Frage „Gehört Erich Mielke dazu?" lassen die *UZ*-Redakteure unbeantwortet. Wie ein Leserbrief in der gleichen Ausgabe zur Knierutscherei der DKP vor der Stasi-Hetze bemerkt: „Dringenden Erklärungsbedarf der DKP würde ich vor allem darüber sehen, was ehemalige Kommunisten ... alles dazu beigetragen haben, den bereits errungenen Sozialismus und die Errungenschaften der kommunistischen Weltbewegung eigenhändig zu ruinieren, dem Imperialismus als mühelose Beute in den Rachen zu werfen..."

Wie die Spartakist-Sprecherin Renate Dahlhaus später sagte: „Man braucht harte Trotzkisten, um die letzten Stalinisten zu verteidigen." Obwohl die nationale und internationale Presse breit über diesen Protest berichtete, einschließlich des Londoner *Guardian* und des italienischen *Corriere della Sera* sowie im französischen Fernsehen, war *Neues Deutschland* die 'einzige Berliner Zeitung, die nichts brachte. Kein Wunder, hatte sich doch *ND* bereits stark für Limbachs Staatsanwälte ins Zeug gelegt, indem es am 5. Februar einen Schmierenartikel brachte mit dem Titel: „Bülowplatz 1931: der Beginn einer .Karriere'". Am Vorabend des Mielke-Schauprozesses geschrieben, erwähnt der Artikel noch nicht einmal, daß die ganzen „Belastungsmaterialien" vollständig von der Gestapo kommen, erst spätere Artikel tun dies. Statt dessen behauptet der Artikel, daß der „Terrorakt" gegen die Bullen vom sowjetischen Geheimdienst angezettelt worden sei, und beruft sich dabei auf keine geringere „Autorität" als Herbert Wehner, den Architekten der „Großen Koalition" von 1966 mit dem Ex-Nazi Kurt Kiesinger, bei der Wehner Minister für „gesamtdeutsche Angelegenheiten" wurde! Inzwischen regt sich in den Reihen der PDS Widerstand gegen diese obszöne Hetze, so erklärte die Wilmersdorfer PDS: „Mielke war ein Teil unserer Bewegung. Wenn wir das nicht öffentlich vertreten, werden wir bei den Bürgern kein Vertrauen finden."

Das Schmierenstück im *ND* erwähnt so nebenbei Mielkes Dienst in Stalins Geheimpolizei im Spanischen Bürgerkrieg, wo er an wirklichen Verbrechen gegen die Arbeiterklasse beteiligt war. Der Artikel erwähnt natürlich nicht den Grund: die Ermordung von Linken, einschließlich Trotzkisten, im Namen der „Einheit der Linken"; die Strangulierung einer proletarischen Revolution im Dienst der Volksfront mit den Sozialdemokraten und der sogenannten „demokratischen" Bourgeoisie - genau die gleichen Gründe, aus denen die PDS die DDR ausverkauft hat und nun die Rolle des Staatsanwalts für die Vendetta der SPD gegen ihre ehemaligen Genossen übernimmt.

Im Brandenburger Landesparlament, wo die PDS eine nicht unbedeutende Fraktion hat, hat ihr Vorsitzender, Lothar Bisky, den Vorsitz im Untersuchungsausschuß über die Stasi-Vorwürfe gegen Stolpe übernommen. Doch wie kriecherisch auch immer die PDS ist, sie wird nicht davonkommen, wie im letzten Monat tragisch bestätigt wurde. Die Hexenjagd richtet sich auch gegen den PDS-Vorsitzenden Gregor Gysi mit dem Vorwurf, er sei „informeller Mit-

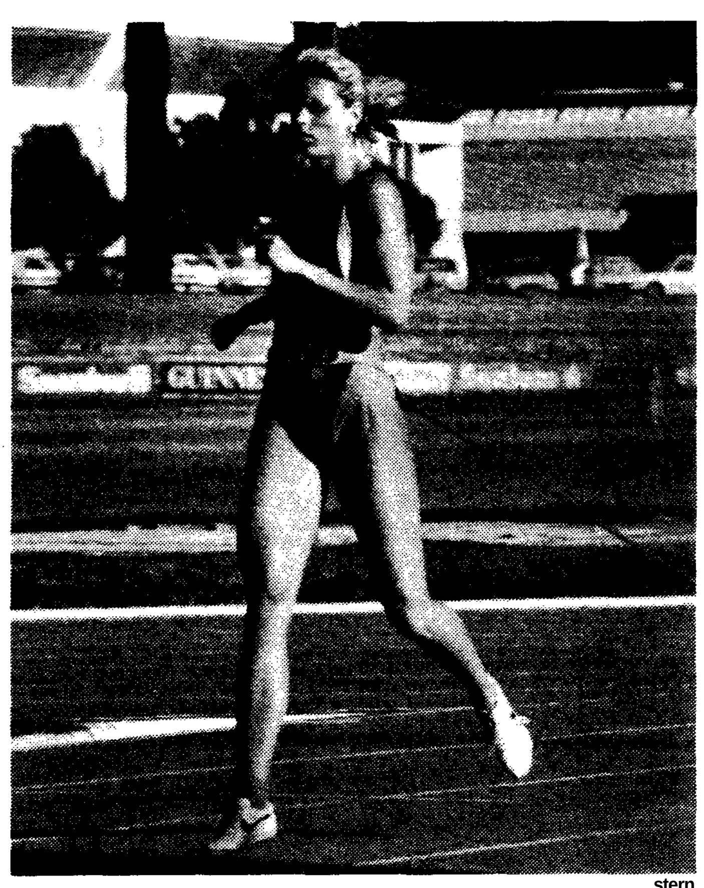
arbeiter" der Stasi gewesen. Beim Versuch, seinen eigenen Kopf zu retten, hat er die Gauck-Inquisitoren aufgefordert, die gesamte PDS-Bundestagsgruppe auf frühere Stasi-Verbindungen hin zu überprüfen. Dann veröffentlichte die PDS die Ergebnisse, drei Mitglieder wurden benannt. Einer von ihnen war Gerhard Riege, der vor mehr als 30 Jahren auf dem Höhepunkt des Kalten Kriegs einige Berichte für die Stasi geschrieben hat, was er als seine Pflicht zur Verteidigung der DDR ansah.

Aber als ein Opfer der rabiaten Anti-Stasi-Kampagne wurde Riege in den Selbstmord getrieben. Der Abschiedsbrief von Riege ist eine beißende Kritik an der kläglichen Rolle der PDS als loyale Möchtegern-Opposition im Vierten Reich des deutschen Imperialismus. Er schrieb:

> „Ich habe Angst vor dem Haß, der mir im Bundestag entgegenschlägt ... von Leuten, die vielleicht nicht einmal ahnen, wie unmoralisch und erbarmungslos das System ist, dem sie sich verschrieben haben. Sie werden den Sieg über uns voll auskosten. Nur die vollständige Hinrichtung ihres Gegners gestattet es ihnen, die Geschichte umzuschreiben und von allen braunen und schwarzen Flecken zu reinigen."

Aber Riege ist genauso ein Opfer der Hexenjagd in seiner eigenen Partei. Am Wochenende des 14.—16. Februar mußten PDS-Vertreter öffentliche Veranstaltungen abhalten, um ihre „Vergangenheit" zu diskutieren. Nach einer solchen Veranstaltung in Erfurt, über die die parlamentarische Geschäftsführerin der PDS-Bundestagsgruppe Ursula Fischer sagte, es sind „in der Hitze der Diskussion Worte gefallen, die verletzten", ging Riege in seine Gartenlaube und hängte sich auf (*Neues Deutschland,* 17. Februar). Die Jenaer PDS-Bezirksvorsitzende Karin Keschuba benutzte die erschreckenden Worte: „Die menschliche Dimension" des Problems sei „zum Teil außer acht gelassen worden" (*taz,* 22. Februar). Dieses Blutopfer konnte die Appetite der hexenjägerischen Geier in Bonn und Berlin nicht befriedigen, es bestärkte nur noch ihre Appetite. Am 24. Februar drangen 100 Bullen in die PDS-Zentrale im Karl-Liebknecht-Haus ein und schleppten 50 Kartons und vier Tresore voller Dokumente, einschließlich Mitgliederlisten, ab, gleichzeitig wurden in sechs weiteren Städten PDS-Büros von der Polizei durchsucht.

Gauck, seine Spezis aus der SPD und „Dissidenten"-Prediger wie Wolfgang Thierse fordern ein „Tribunal", um die „DDR-Vergangenheit aufzuarbeiten". Der PDS-Vorstand stimmte dafür, sich mitten hinein zu stürzen. Und die sogenannte „Kommunistische" Plattform prahlt mit einem Artikel unter dem Titel „Gerhard Riege und wir" (*Mitteilungen,* Heft 3/1992) schamlos, wenn es um die Hexenjagd in den eigenen Reihen ging, hätte „die PDS ... gegenüber keiner anderen Gruppierung dieses Landes Nachholbedarf". Die Sozialdemokraten erhalten auch Unterstützung durch den Bund Sozialistischer Arbeiter, der bei den Kommunalwahlen im Mai 1990 die Partei von Thierse und dem früheren Treuhand-Chef Rohwedder und deren Gehilfen Gauck unterstützte. Ihre Vorstellung von der „Abrechnung mit dem Stalinismus" war es, die Ermordung von irakischen Kommunisten 1978 durch Saddam Hussein zu bejubeln, während sie Geld von den arabischen Potentaten und Obristen annahmen. Jetzt appellieren sie an die „breite Empörung, die in der ostdeutschen Bevölkerung ausgelöst" wurde, aufgrund des Umstandes, daß in den „Mauerschützenprozessen" die „eigentlich Verantwortlichen für Mauer und Schießbefehl frei herumlaufen und Karriere machen, während die ‚Kleinen' für die Taten der ‚Großen' büßen sollen" (*Neue Arbeiterpresse,* 24. Januar). Aber das war gerade der Zweck der „Mauerschützenprozesse" und der Forderung eines „Tribunals": die antikommunistische Hexenjagd zu populistischer Lynchmob-Justiz aufzuheizen.



stern

Hexenjagd gegen Katrin Krabbe, weil sie nicht vor dem Vierten Reich kriechen will

Um es noch einmal klarzumachen, viele der stalinistischen Herrscher und der Geheimpolizisten der früheren DDR waren schuldig wie nur was, was Verbrechen gegen die Arbeiterklasse angeht — doch das geht die heutigen Erben von Hitlers Drittem Reich nichts an. Die Stalinisten werden für die falschen Taten von der falschen Klasse angeklagt. Was 1989/90 als entstehende politische Revolution begonnen hatte, entgleiste durch die massive Intervention des westdeutschen Imperialismus mit seinen Milliarden D-Mark, womit sich die ganze Frage von Justiz der Arbeiterklasse erübrigt.

Von Anfang an warnten die Spartakisten, daß die kapitalistische Wiedervereinigung wirtschaftliche Not, rassistischen Terror und eine antikommunistische Hexenjagd mit sich bringen würde. Heute greifen Nazi-Banden mit ihrem rassistischen Terror immer frecher Flüchtlinge und andere Immigranten an, die Gedenkstätte der Sozialisten und die Grabplatte für Rosa Luxemburg wurde mit antisemitischen Schmierereien und Hakenkreuzen geschändet. Die deutsche Bourgeoisie benutzt diesen Feldzug, um den Kommunismus zu verteufeln, um die ostdeutschen Werktätigen angesichts der verheerenden Folgen der kapitalistischen Wiedervereinigung zu zersplittern, um die Werktätigen auf beiden Seiten der Elbe einzuschüchtern. Unterstützer der Internationalen Kommunistischen Liga kämpfen jetzt für die Mobilisierung der sowjetischen Arbeiterklasse, um solch ein konterrevolutionäres Ergebnis in der Sowjetunion zu verhindern. Die McCarthy-Hexenjagd während der 50er Jahre in den USA wurde schließlich durch sozialen Kampf durchbrochen, durch die Bürgerrechtsbewegung. Die wahnwitzige Größenordnung einer Hexenjagd in Deutschland fängt an, eine gesunde Gegenreaktion zu bewirken: eine Umfrage der *Süddeutschen Zeitung* zeigte vor einer Weile, daß sich eine große Mehrheit gegen die obszöne Kampagne für die Auslieferung Honeckers ausspricht. Zu ihrer eigenen Verteidigung muß die Linke und vor allem die Arbeiterbewegung mobilisiert werden, um die Hexenjagd jetzt zu stoppen! •

SPARTAKIST

Ost und West, Werft- und Metallarbeiter: Streikt zusammen!



Die Werftarbeiter in Wismar kämpfen um ihr Überleben. Nur Arbeiterstaaten ermöglichten es den Frauen, Facharbeiter auf Werften zu werden

rtr

SPD: Jobkiller von Hennigsdorf bis zur Ruhr

8. MÄRZ - Seit dem 25. Februar haben die Werftarbeiter die MTW in Wismar „symbolisch" besetzt, ein paar Tage später besetzten die Arbeiter die Rostocker Neptun- und Warnow-Werften und das Dieselmotorenwerk. Der Kampf der Werftarbeiter hat breite Unterstützung gefunden. Doch eine „symbolische" Besetzung wird nur einen „symbolischen" Erfolg bringen. Die Arbeiter, in Werften und ganz Metall, West und Ost, müssen mit harten Bandagen gegen die Abwicklung *aller* Arbeitsplätze kämpfen. Die klassenversöhnlerischen Betriebsräte und SPD/DGB-Bürokraten wollen die Wut der Werftarbeiter in Privatisierungspläne ablenken, genau wie beim Hennigsdorfer Stahlwerk — mit der zusätzlichen Debatte über „staatliche Beteiligung".

Doch in Hennigsdorf verkauften die IG-Metall-Bonzen die Besetzung aus. Was die Stahl- und IGM-Bonzen vereinigte war dies: Sie wollten die Hennigsdorfer Besetzung unbedingt am Vorabend der Stahlrunde vom Tisch kriegen, weil sie das Sprungbrett für einen nationalen Stahlstreik bedeutet hätte — vom Ruhrgebiet bis Eisenhüttenstadt. Dadurch wäre es möglich gewesen, die Arbeitsplätze der Hoesch-Arbeiter wie auch der Hennigsdorfer zu retten, und sie hätten alle eine kräftige Lohnsteigerung und einen

Fortgesetzt auf Seite 6

Hände weg von Honecker, Freiheit für Mielke!

SPD-Hexenjagd überzieht Viertes Reich

Eine infame und hysterische antikommunistische Hexenjagd überzieht das wiedervereinigte Vierte Reich des deutschen Imperialismus. Seine Chef-Inquisitoren sind die Berliner SPD-Justizsenatorin Jutta Limbach und ihr Spießgeselle auf Bundesebene, Klaus Kinkel, der ehemalige Chef des BND, der nahtlos aus Reinhard Gehlens Nazi-Spionagedienst hervorgegangen ist. Eifrig mit dabei sind die kleinbürgerlichen Grünen und das ostdeutsche „Bündnis 90". Sie wollen Rache nehmen für den Sieg der Roten Armee über Nazi-Deutschland und wollen jegliche Erinnerung an die DDR als deformierten Arbeiterstaat ausradieren, der aus den Ruinen des Dritten Reichs aufgebaut wurde. Die Hexenjäger wollen den ehemaligen DDR-Staatschef Erich Honecker, der mehr als 10 Jahre lang wegen seines antifaschistischen Widerstands in Nazi-Gefängniszellen gesessen hat, in ihre Klauen kriegen. Jetzt wollen sie den schwer Krebskranken aus der chilenischen Botschaft in Moskau herauszerren, um ihn wieder hinter Gitter zu stecken.

Die „Justiz" des Reichs: Von Freisler und Filbinger zu Seidel und Limbach

Am 10. Februar wurde der 84jährige, schwerkranke ehemalige Chef der ostdeutschen Staatssicherheit in einem noch nie dagewesenen Schauprozeß in einen Berliner Gerichtssaal gezerrt, unter Anklagen, die *aus der Nazizeit* stammen.

Fortgesetzt auf Seite 20

Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ C 1664 E

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 95 MAI 1992 50 Pfennig

Arbeiter: Verteidigt Immigranten und Asylrecht!

Die Nazis sind der Vorreiter der rassistischen Volksfront. Ihr finsterer Durchbruch bei den Landtagswahlen am 5. April wurde von CDU und SPD vorangetrieben. Seit

DGB-Führung verkauft Arbeiter aus - SPD schiebt ab

Monaten heizen diese eine rassistische Hysterie über eine „Asylantenflut" an, die „den deutschen Boden" bedrohe. Bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein erhielten die Nazis fast 7 Prozent der Stimmen, in Baden-Württemberg wurden sie mit fast 12 Prozent zur drittstärksten Fraktion. Die Welle von Nazi-Terror steigt weiter an, am 9. Mai, dem Tag der Befreiung vom Hitler-Faschismus, drohen sie mit einer unglaublichen Provokation gegen die sowjetische Armee in Berlin-Karlshorst (siehe unten). Jetzt geben sich alle Bundestagsparteien über die Wahlergebnisse „bestürzt" und warnen vor einem schlechten Ansehen Deutschlands im Ausland, doch die ganze rassistische Allparteien-Volksfront, die von CDU und SPD bis zu den Grünen und der PDS reicht, hat das Recht auf Asyl unter Beschüß.

Die SPD ist an der Spitze der Hetzjagd auf Flüchtlinge, genau wie bei der antikommunistischen Hexenjagd. In Björn Engholms Hochburg organisierte sie rassistische

Fortgesetzt auf Seite 22



Frank Rogner/Netzhaut

Immigranten sind ein wichtiger Teil der schweren Bataillone der Arbeiterklasse

Berlin-Karlshorst am 9. Mai:

Stoppt die Nazis durch Arbeitermobilisierung!

Nach den Wahlen glauben die Nazis jetzt, Rückenwind für ihren blutigen Terror zu haben. Die faschistischen „Nationalen" haben angekündigt, am 9. Mai, dem Tag der Befreiung vom Nazi-Terror durch den Sieg der Roten Armee, eine „Wahl"kundgebung mit dem berüchtigten Nazi-„Historiker" David Irving in Berlin-Karlshorst durchzuführen, vor dem Museum, wo die Wehrmacht ihre bedingungslose Kapitulation unterschrieb. Die Nazis planen blutige Racheakte für ihren provokativen Auftritt in Kreuzberg, wo einer der Nazis auf der Strecke blieb.

Sollten die Faschisten diese Provokation tatsächlich wagen, müssen sie gestoppt werden durch eine Einheitsfrontaktion, die die entschlossenen Teile der organisierten Arbeiterbewegung mobilisiert, zusammen mit ihrem strategischen Anteil von Immigranten, und die sich mit allen geplanten Opfern der Faschisten und anderen antifaschistischen Gruppen verbindet, um die Nazi-Provokation zu verhindern.

Es waren die sowjetischen Werktätigen und die Rote Armee, die *trotz Stalin* das Nazi-Regime zerschlugen und Europa vom Alptraum des Faschismus befreiten. Eine Massendemonstration an der Stelle, wo die Nazis mit einem Aufmarsch drohen, zur Zeit ihrer geplanten Provokation, wird auch viele sowjetische Soldaten und Offiziere erreichen, die ein revolutionäres Programm gegen Jelzins Konterrevolution in der Sowjetunion brauchen. Eine starke und organisierte Antwort der Arbeiterklasse würde Signale bis hinter den Ural senden. Wie bei der Massendemonstration im Januar 1990 in Treptow, wo 250000 Antifaschisten gegen die Nazi-Schändung des sowjetischen Ehrenmals demonstrierten, kämpft das Komitee für soziale Verteidigung zusammen mit den Spartakisten für eine gewerkschaftlich basierte Einheitsfront. Für Arbeitereinheitsfrontaktion, jetzt! Gewerkschaften, Immigrantengruppen, alle Antifaschisten müssen die Nazi-Provokation stoppen!

Hexenjäger des Vierten Reichs laufen Amok

Hände weg vom Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung!

Über zwei Wochen nach der Razzia gegen das Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung war das Zentrale Parteiarchiv immer noch geschlossen. Die Staatsanwälte durchwühlen dort immer weitere Akten. Nachstehend drucken wir die Protesterklärung des Komitees für soziale Verteidigung zu dieser Polizeiaktion ab. Das KfsV ist eine nichtsektiererische, klassenkämpferische Organisation für rechtliche und soziale Verteidigung, die Fälle und Anliegen im Gesamtinteresse der arbeitenden Massen aufgreift; dieser Zweck entspricht den politischen Ansichten der Spartakist-Arbeiterpartei.

Protest gegen den Angriff auf das IfGA ist dringend notwendig: seine Existenz ist nach wie vor akut bedroht. In Anlehnung an Bonns Verbot der KPD 1956 wurde das IfGA zum Teil des Bundesarchivs erklärt, dem Bundesinnenministerium rechtlich und finanziell unterstellt. Die SED-Bestände des ZPA aus der DDR wurden im Januar mittels einer eigens dafür geschaffenen „Novelle" des Bundesarchivgesetzes politisch enteignet. Bonn will das Institut völlig strangulieren oder zu seinem willfährigen Werkzeug degradieren.

Mit der freundlichen Genehmigung des ZPA drucken wir auf Seite 3 ein Flugblatt der Sowjetunion ab, das während des Ersten Weltkrieges, ca. um den 20. November 1917, erschien (IfGA, ZPA 2/8/84, Bl. 43). Wir haben dabei weitestgehend die ursprüngliche Schreibweise beibehalten. Dieses Dokument, das unseres Wissens jahrzehntelang unbekannt geblieben ist, spricht Bände über die unschätzbare Bedeutung des ZPA und des Instituts als Ganzem für all diejenigen, die die Lehren aus der Geschichte der Arbeiterbewegung ziehen wollen.



Burkhard Lange

Berlin - SPD-Bullenraserei gegen das ZPA. Dieses Archiv gehört der internationalen Arbeiterklasse

BERLIN, 31. März - Neben Durchsuchungen von PDS-Büros und Hunderten von Wohnungen (u.a. von Stoph, Krenz und Mittag) in 38 Städten besetzte heute um 6.30 Uhr die Polizei das Zentrale Parteiarchiv (ZPA) im Berliner Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, dem ehemaligen Institut für Marxismus-Leninismus der SED in der Wilhelm-Pieck-Straße. Ein riesiges Polizeiaufgebot mit Polizeiwannen und LKWs stand in Bereitschaft. Das August-Bebel-Haus wurde abgeriegelt, Mitarbeitern der Zugang zu den Arbeitsräumen verwehrt und die öffentliche Benutzung der Einrichtungen verhindert. Ehemalige IfGA-Mitarbeiter, die von der Treuhand gekündigt worden waren, konnten nicht einmal ihre Unterlagen abholen.

Noch am Nachmittag dauerte die Durchsuchung an. Die erste Sorge der Archivleitung galt dem Schutz der umfangreichen Bestände, die eng miteinander verflochten sind: unersetzbare Dokumentation der proletarischen, kommunistischen und antifaschistischen Bewegungen des letzten Jahrhunderts und mehr — u. a. Ferdinand Lassalles Arbeiterverein, SPD, USPD, Spartakus von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, KPD, Leninbund und SAP. In dem Haus befindet sich auch die Redaktion der Marx-Engels-Gesamtausgabe.

Bonns und Berlins allseitiger antikommunistischer Rachefeldzug läuft seit zwei Jahren. Doch mit dieser Aktion holt er noch weiter aus. Es geht hier um den Versuch, das Zentrale Parteiarchiv *als öffentliche Einrichtung zu zerschlagen.* Denn dort ist die Geschichte der Befreiungskämpfe der Arbeiter und Unterdrückten offen zugänglich für die

Fortgesetzt auf Seite 19

SPARTAKIST 

herausgegeben von der SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Marianne Clemens, Toralf Endruweit, Michael Jäger, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes (Produktion), Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur), Kurt Weiss, **Fred Zierenberg**
VERTRIEB: J. Pfeffer

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 11 0231, 2000 Hamburg 11, Fax (040) 3301 54
Postfach 510655, 1000 Berlin 51, Fax (030)4911479
Redaktion Spartakist: Tel. Westberlin 49145 48, Korrespondenz über Verlagsanschrift
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 11988-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 50010060
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 95 **Mai 1992**

1917: Flugblatt von Lenin/Trotzki

An die deutschen Soldaten!

Soldaten, Brüder!

Am 25. Oktober (alten Stils) haben die St. Petersburger Arbeiter und Soldaten die imperialistische Regierung Kerenskys gestürzt und die ganze Staatsgewalt zur Verfügung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauern-Räte gestellt. Die neue Regierung ist unter dem Namen des VOLKSKOMMISSÄRENRATES durch den Kongress der Arbeiter- und Soldaten-Räte aller Reussen bestätigt worden. Das Programm, dessen Ausführung die obengenannte Regierung unverzüglich angebahnt hat, besteht aus dem Angebot eines sofortigen demokratischen Friedensschlusses, das bereits den sämtlichen kriegsbeteiligten Nationen und ihren Regierungen unterbreitet worden ist, aus der unentgeltlichen Übergabe der ganzen Acker-, Felder- und Wälderfläche des Landes in den Gebrauch der Bauern und Landarbeiter, und aus der Verwirklichung der Arbeiterkontrolle im Gewerbe und in der Industrieerzeugung. All dieser Aufgaben hat sich die neue Regierung der Arbeiter- und Bauernbevölkerung gegenüber schon teilweise oder vollständig entledigt. Uns, die Unterzeichneten, beauftragte die Regierung mit dem Vorsitz im Volkskommissärenrate und mit der Leitung der auswärtigen Geschäfte des Staates.

Unsere Regierung, die provisorische Arbeiter- und Bauern-Regierung, wendete sich am 26. Oktober d. J. mit einem Friedensvorschlag an die Regierungen und Völker aller kriegführenden Mächte, bestehend auf dringendster Einstellung der Feindseligkeiten an sämtlichen Fronten und unmittelbarer Einleitung der Friedensverhandlungen zwecks Wiederherstellung eines gerechten demokratischen Friedens ohne Annexionen und Kriegsentschädigung.

Wir ergriffen alle Massnahmen und keine werden wir auch künftig unausgenutzt lassen, um über den vollen Text unseres Friedensangebotes alle die kriegführenden Regierungen und Völker in Kenntnis zu setzen. Zur Ergänzung des erwähnten Friedensvorschlags erachten wir es als unsere Pflicht, uns speziell an euch zu wenden, als an die Vertreter einer Nation, die an der Spitze der Koalition steht, welche gegen Rußland auf einer ausgedehnten Front den Krieg führt.

Soldaten, Brüder! Wir ersuchen euch, uns in diesem Kampfe für den sofortigen Frieden und den Sozialismus mit Anstrengung aller Kräfte beizustehen, da dieser letztere allein dem Arbeiterstande aller Länder einen gerechten und dauerhaften Frieden sichern kann und alle die Wunden heilen, die der Menschheit der gegenwärtige und frevelhafteste aller Kriege geschlagen hat.

Brüder deutsche Soldaten! Das große Beispiel eures Kameraden, Karl Liebknechts, des ansehnlichsten Führers des internationalen Sozialismus, der beharrliche und langwierige Kampf, den ihr gegen den Krieg mit der Herausgebung von Zeitungen und Flugblättern, mit zahlreichen Demonstrationen und Streiken geführt habt, der Kampf, für welchen eure Regierung Hunderte und Tausende eurer Kameraden ins Gefängnis geworfen hat, endlich der heldenmütige Aufstand eurer Matrosen der Flotte bürgen uns dafür, daß innerhalb breiter Massen des Arbeiterstandes eurer Nation die Fertigkeit für einen entscheidenden Kampf für den Frieden schon gereift ist.

Brüder, leistet uns Hilfe! Wenn ihr es tut, dann kann nicht einmal der geringste Zweifel darüber bestehen, dass die Friedenssache, wenigstens auf dem Kontinente Europas, in paar Tagen die Oberhand ergreift, dass der schnellste und gerechteste Friede verbürgt wird und der Anschluß an einen solchen Frieden seitens auch der übrigen kriegführenden Mächte am schmerzlosesten vor sich geht.

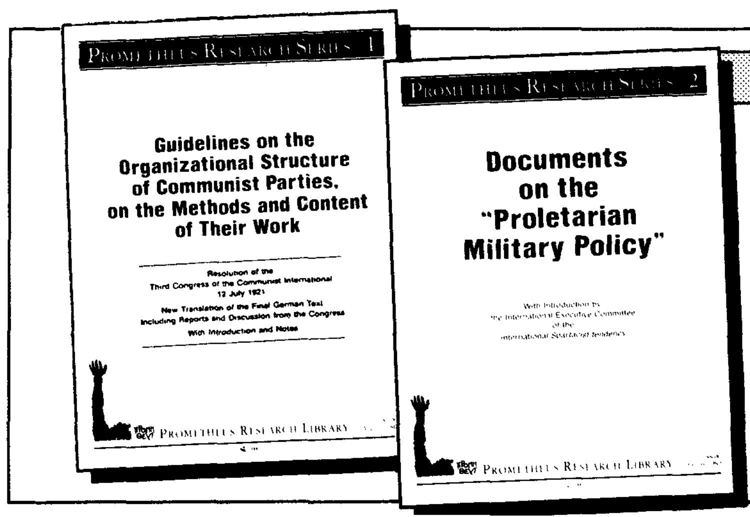
Wenn ihr uns bei unserer Aufgabe behilflich sein werdet, die Einigung der Arbeiter mit den Bauern und den allmählichen Übergang zum Sozialismus in Rußland zu bewerkstelligen, bei der Aufgabe, die für Rußland allein unheimliche Schwierigkeiten darbietet, dann werden eure Organisationsfähigkeit, eure Erfahrung, eure Vorbereitung zur Bildung der Arbeiter-Massenorganisationen uns den Übergang zum Sozialismus unfehlbar sichern.

Eilt uns zu Hilfe! Im Namen der Arbeiter- und Bauern-Regierung haften wir dafür, daß unsere Soldaten keinen einzigen Schritt nach vorwärts machen werden, wenn ihr entschlossen die Friedensfahne in die Hände nehmt, auch falls der Kampf für den Frieden innerhalb eures Landes einen Teil eurer Streitkräfte von unserer Front abzöge.

Genug des Blutvergießens!
Hoch lebe der Friede!
Hoch lebe der brüderliche Verband der Arbeiter aller Länder!
Hoch lebe die Internationale sozialistische Revolution!

Der Vorsitzende des Volkskommissärenrates
Wladimir Uljanow (Ljenjin)

Der Volkskommissär des Äussern
Leo Trotzky



ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

„Die Befreiung der Frau war schon ein ganzes Stück näher"

Nachfolgend drucken wir Auszüge aus einem Diskussionsbeitrag von Annette, einer Mutter von sechs Kindern aus der ehemaligen DDR, den sie bei der Hamburger Veranstaltung der SpAD zum Internationalen Frauentag gehalten hat. Annette ist inzwischen in die SpAD eingetreten.

Ich möchte in meinem Diskussionsbeitrag näher auf die Situation der Frauen und auf die sozialen Errungenschaften in der ehemaligen DDR als deformiertem Arbeiterstaat eingehen, in der ich aufgewachsen bin und in der ich bis zu ihrer Einverleibung durch die deutsche Bourgeoisie gelebt habe. Ich kann heute nicht ohne Stolz und sicher auch nicht ohne Wehmut auf diese Errungenschaften zurückblicken.

Dem Ziel der Befreiung der Frau war man schon ein ganzes Stückchen näher als in diesem kapitalistischen System. Die Frauen hatten bessere Möglichkeiten, sich am beruflichen und gesellschaftlichen Leben zu beteiligen, und sicherlich muß man an dieser Stelle erwähnen, als Frau und als Mutter, egal wie viele Kinder. Dieses war möglich dank der kostenlosen Kinderbetreuung. Der Betrag, der entrichtet werden mußte, war das Essengeld für eine warme Mahlzeit. Für kinderreiche Familien war auch diese kostenlos. Ab drei Kindern galt man als kinderreich. Die Kinderbetreuung war von morgens bis abends abgesichert. Eine Mutter konnte ins Berufsleben einsteigen, wenn das Kind fünf Monate alt war. Sie konnte es in eine Krippe bringen. Eine gute Sache war die Betriebskindereinrichtung, die sich den Arbeitszeiten der Eltern anpaßte.

Ganz wichtig ist an dieser Stelle zu bemerken, der Arbeitsplatz blieb der Mutter erhalten, auch wenn einige Betriebsbürokraten und rückständige Kollegen Fehlleistungen auf die Abwesenheit der Mütter schoben, anstatt auf die Unfähigkeit der bürokratischen Methoden, diese Probleme zu lösen. Als alleinerziehende Mutter wurde man bevorzugt mit einem Krippenplatz versorgt, jedenfalls auf dem Papier und wenn man nicht gerade den Platz beanspruchte, den ein Bürokrat haben wollte.

Man konnte an vielen Beispielen sehen, wie die Stalinisten Probleme bürokratisch lösen wollten. Gerade im Punkt Wohnungen und Familie war es sehr deutlich. Sie priesen die monogame Familie hoch. So kommt es auch, daß in dem „Buch der Familie", was jedem Paar am Tag der Eheschließung ausgehändigt wurde, folgende Zeilen stehen: „Du sollst sauber und anständig leben und deine Familie achten ... [und]... die Familie ist die kleinste Zelle der sozialistischen Gesellschaft..."

Nun sind wir wieder bei der alten Familiensklaverei durch wirtschaftlichen Druck auf die Mütter angekommen. Zu diesem wirtschaftlichen Druck möchte ich auf ein Erlebnis auf einem Sozialamt im Randgebiet von Hamburg eingehen. Eine junge Frau, die alleinerziehende Mutter eines Kleinkindes ist, erzählte mir, daß sie am Wochenende zuvor auf dem Amt gewesen ist. Ich weiß nicht mehr, wieviel Geld sie bekam, aber es ging darum, daß ihr Kind Windeln benötigte. Von dem Geld, was sie bekam, sollte sie den Wochenendeinkauf erledigen und Windeln finanzieren. Das Geld reichte aber nicht aus, um auch Windeln zu kaufen. Die Beamtin sagte ihr daraufhin, daß sie eben die Windeln einzeln kaufen müsse. Man schickte die Frau tatsächlich so weg. Mehr Geld stand ihr nicht zu.

Ich möchte noch einmal auf den Punkt Wohnung eingehen. Eine Wohnung zu bekommen, wenn man unverheiratet war oder auch für Paare, die keine Kinder hatten, war sehr schwierig. Die Bürokraten setzten das als Druckmittel ein, um die Jugend zur Familie mit Kindern zu drängen. Vielleicht glaubten sie, damit mehrere Probleme gleichzeitig gelöst zu haben.

Der wesentliche Unterschied zwischen dem Wohnen in Ost und West war nicht die Qualität, wie es fälschlicherweise behauptet wird, sondern der Preis des Wohnens. Die Miete war kein Betrag, der nennenswert ins Gewicht fiel. Es ging nie darum, die Wohnung nicht bezahlen zu können. Eine 75 Quadratmeter große Wohnung plus Fernheizung hatte zum Beispiel einen Mietpreis von 120 Mark inklusive Warmwasser und generell geringen finanziellen Aufwand für Strom, Heizung, Gas usw.

Der Druck, den diese Gesellschaft auf unsere Familie ausübt, zeigt mir deutlich, welchen Fortschritt demgegenüber ein, wenn auch deformierter, Arbeiterstaat darstellt. Es war mir von Anfang- an bewußt, daß ich mich mit diesem -kapitalistischen System auseinandersetzen muß, mit meiner kinderreichen Familie, und daß diese Auseinandersetzung ein harter Existenzkampf sein wird. Zusätzlich trifft man auf diskriminierende Meinungen, daß kinderreiche Familien in asozialen Verhältnissen leben.

Aber ich weiß, man löst die Probleme nicht, indem man auf Mitgefühl oder gar ein Wunder hofft.

Für viele Widersprüche der Gesellschaft, in der ich lebte, hatte ich keine Erklärung. Ich kannte das Programm der Bolschewiki, das heute durch das Programm der SpAD als deutsche Sektion der IKL repräsentiert wird, nicht und konnte nicht die Ursachen für die Fehler an diesem System erkennen, obwohl sie stellenweise offensichtlich waren. Aber zu denken, daß ein kapitalistisches Großdeutschland die Lösung ist, davon war ich weit entfernt. In diesem System wird die Lobhymne auf die „heilige Familie", die eine praktische Einrichtung der Bourgeoisie ist, noch etwas lauter gesungen.

Man könnte unzählig andere Beispiele aufführen, die den

Fortgesetzt auf Seite 21

KONTAKTADRESSEN

Berlin SpAD, Postfach 51 0655, 1000 Berlin 51
Telefon: Westberlin 4927866

Halle SpAD, Postlagernd
Hauptpostamt, Halle 4020
Telefon: Halle 2 90 55

Hamburg SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 0231, 2000 Hamburg 11
Telefon: (040)323644

Leipzig SpAD, Postlagernd, Leipzig 7022

SPARTAKIST-TREFFPUNKT

Berlin Mittwoch von 18.00 bis 20.00 Uhr
Linkstreff, Weddingstraße 6
1000 Berlin 65 (U-Bahn Nauener Platz)

Große Demonstration gegen Jelzin in Moskau

Zehntausende Demonstranten in Moskau gegen Jelzins Vorstoß zur Zerstörung der UdSSR und zur kapitalistischen Restauration. Auf einer Demonstration am 17. März wurden über 31500 IKL-Flugblätter „Bildet. Arbeiter- und Soldatenräte, um die kapitalistische Restauration zu stoppen!" an die Teilnehmer verteilt



Reuters

MOSKAU — Zehntausende kamen hier am 17. März zur Demonstration, dem bisher größten Protest gegen den russischen Präsidenten Jelzin seit der Verhängung der drakonischen Preiserhöhungen zu Beginn des Jahres. Schätzungen der Teilnehmerzahl reichten bis über 200000; in Scharen strömten die Menschen am Ende des Arbeitstages aus der U-Bahn-Station in Richtung Manegeplatz in der Nähe des Kreml. Anders als bei der jüngsten Welle von Anti-Jelzin-Demonstrationen, bei denen überwiegend Slawen waren, konnte man hier das wahre multinationale Gesicht von Moskaus Proletariat sehen. Die Atmosphäre erinnerte an die Demonstration zum Revolutionstag am 7. November, als die nationalistischen Tiraden der stalinistischen „Patrioten" in einer Flut von sozialem Protest untergingen.

Die Demonstranten kamen in der Hoffnung, eine Antwort auf Jelzins erbarmungslose kapitalistische Verelendungspolitik zu finden. In den letzten Monaten sind die sowjetischen Werktätigen gezwungen worden, gerade mal mit Brot über die Runden zu kommen, und jetzt hat Jelzin sogar alle Preiskontrollen für Brot und andere Grundnahrungsmittel aufgehoben. Doch die Organisatoren der Demonstration, die stalinistisch/nationalistische Gruppierung „Werktätiges Rußland", dominiert von der Russischen Kommunistischen Arbeiterpartei (RKRP), hatte der Menge kaum mehr anzubieten als haufenweise nationalistische Ablenkung. Trotz vagen Geredes vom Podium über eine Wiederherstellung der Sowjetunion und gelegentlicher Erwähnung von Sozialismus war der wirkliche Zweck der Demonstration, auf das angeschlagene Jelzin-Regime Druck auszuüben.

Zu der Demonstration war aufgerufen worden aus Anlaß des Jahrestages der Volksabstimmung im letzten Jahr, bei der eine Mehrheit für den Erhalt der Union gestimmt hatte, und um die Unterstützung der Bevölkerung für den Versuch einer Wiedereinberufung des aufgelösten sowjetischen Parlaments zum Ausdruck zu bringen. Moskaus Bürgermeister Gawril Popow hatte ursprünglich gedroht, die Demonstration ganz und gar zu verbieten, und in der sowjetischen Presse konnte man immer wieder lesen, daß es eine noch blutigere Konfrontation als am 23. Februar geben könnte, als Popow und Jelzin Tausende von Polizisten gegen die Demonstranten am Tag der sowjetischen Armee losgelassen hatten. Angesichts starken Widerstands zog Popow das Verbot zurück, aber das erneute Zusammentreten des sowjetischen Parlaments wurde für illegal erklärt.

Letzten Endes erschienen kaum 10 Prozent der 2250 ehemaligen Deputierten, darunter der stalinistische frühere Anti-Gorbatschow-Hardliner Jegor Ligatschow und der „schwarze Oberst" Viktor Alksnis. Nachdem man sie hastig mit Bussen in eine Gegend am Stadtrand gefahren hatte, trafen sie sich im Versammlungssaal des landwirtschaftlichen Staatsbetriebs Woronowo; Strom und Licht waren abgestellt worden. Dieses lächerliche Ehemaligen-Treffen weigerte sich, sich auch nur symbolisch gegen Jelzins Konterrevolution auszusprechen. Eine einstimmige Resolution „Zur sozioökonomischen Lage" forderte „Privatisierung von großen Teilen des Staatseigentums auf Aktienbasis" und jammerte, „kein Reformprogramm ist möglich unter der ständigen Entwicklung zentrifugaler Tendenzen zwischen den Republiken und Regionen".

Im Vorfeld des totgeborenen „Kongresses" veröffentlichte die russische nationalistische Zeitung *Dien* (15. März) eine „Erklärung zur Gründung der Vereinigten Opposition". Die Unterzeichner reichten von der RKRP und Roy Medwedews Sozialistischer Partei der Arbeit bis zum „Koordinierungsrat der Unabhängigen Bürgerbewegung zur Unterstützung des Unternehmertums" und so uralten Vereinen wie die „Kosakenunion" und dem „Fonds für die Restaurierung des Schreins für Christus den Erlöser". Die Erklärung

Fortgesetzt auf Seite 6

Moskau...

Fortsetzung von Seite 5

rief zur „Rettung des Vaterlands ... durch gemeinsame Aktionen auf der Basis von öffentlichem Frieden" auf und warnte vor einer „Konfrontation zwischen .Weißen' und ‚Roten'". Es schloß mit einem Appell an „Gerechtigkeit, Populismus, Staatlichkeit und Patriotismus".

Die zusammengewürfelten Stalinisten und antisemitischen russischen Nationalisten, die sich als „sowjetische Patrioten" aufspielen, tun noch nicht einmal so, als ob sie die sozialisierten Grundlagen des degenerierten sowjetischen Arbeiterstaats verteidigen. Sondern ihnen geht es nur um einen „starken Staat" unter der alten zaristischen Rubrik „Rußland, einig und unteilbar". Typisch, daß die Demonstration vom 17. März von ihren Organisatoren als wetscho angekündigt wurde, das Wort für eine traditionelle slawische Gemeindeversammlung. Die Menge war ekelhaftem großrussischem Chauvinismus und mittelalterlichem Obskurantismus ausgesetzt; das ging von einem Priester, der den „heiligen Geist" beschwor, bis zu einer Schimpfkanonade gegen den angeblichen Verkauf von Moskauer Babys an amerikanische Homosexuelle. Auf dem Podium traten der monarchistische Fernsehkommentator Alexander Newsorow und der antisemitische „rote General" und RKRP-Zenfralkomitee-Mitglied Albert Makaschow auf, der bei der Kundgebung zum neuen „Präsidenten" der Sowjetunion ernannt wurde.

Was der „schwarze Oberst", der „rote General" und ihresgleichen wollen, ist ein bonapartistisches Regime, das beim Übergang zum Kapitalismus „öffentlichen Frieden" erzwingen soll. Und der Hauptkandidat für den Bonaparte ist Jelzins Vizepräsident Alexander Ruzkoi, der immer wieder betont, daß eine „Periode starker und fester Herrschaft" nötig sei, um einen „geregelten Übergang zu einer freien Marktwirtschaft" zu gewährleisten. Makaschow gab am Tag vor der Demonstration zu, „wir können zum Glück mit Jelzin kooperieren". Er fügte hinzu: „Der Kongreß wird die alte Union nicht wiederherstellen. Aber er wird der nächsten patriotischen Regierung von Rußland, die dafür arbeiten wird, zu erhalten, was unsere Vorfahren in einem Jahrtausend aufgebaut haben, Legitimität verschaffen." Ein Artikel auf der Titelseite der Londoner *Financial Times* (26. März) hatte daraufhin die Überschrift: „Druck auf Jelzin, als Präsident zurückzutreten, nimmt zu".

Für die vielen Millionen sowjetischen Werktätigen, die unter der Peitsche der kapitalistischen Austerität leiden, ist diese groteske Volksfront von Stalinisten und großrussischen Chauvinisten eine gefährliche und kriminelle Ablenkung. Das Gefühl der Notwendigkeit, gegen den konterrevolutionären Ansturm kämpfen zu müssen, kam am 17. März zum Ausdruck in der Aufgeschlossenheit gegenüber der internationalistischen Politik der Internationalen Kommunistischen Liga. Über 31500 IKL-Flugblätter „Bildet Arbeiter- und Soldatenräte, um die kapitalistische Restauration zu stoppen!" (siehe *Spartakist* Nr. 94, März/ April) wurden von den Demonstranten weggeschnappt, viele nahmen Stapel, um sie an Kollegen weiterzugeben, mehrere meldeten sich freiwillig an Ort und Stelle, um beim Verteilen zu helfen. Man hörte antisemitische und antikommunistische Beschimpfungen, doch sie wurden übertönt von Demonstranten, die riefen: „Gut gemacht, Internationalisten!", als Reaktion auf unsere Forderungen „Verteidigt die Sowjetunion! Für den Kommunismus von Lenin und Trotzki!"

Die Stalinisten der RKRP können es nicht ausstehen, daß unsere Aufrufe zu internationalistischem Klassenkampf, um Jelzins Konterrevolution zu besiegen, diese positive Aufnahme finden. In einem üblen Akt von politischem Schlägertum griff am 22. März eine Bande von Antisemiten und Stalinisten unsere Genossen an, als sie beim regelmäßigen wöchentlichen Protest zur Verteidigung des Lenin-Museums verkauften. Diese Erben Stalins und der zaristischen Schwarzhundertschaften werden die Stimme des authentischen Kommunismus nicht zum Schweigen bringen!

Den Überbleibseln der Stalinisten kann es nämlich bald passieren, daß sie selber von ihren nationalistischen und offen faschistischen „Bündnispartnern" zu Boden gefegt werden. Der einzige Weg zur Verteidigung und Regeneration der Sowjetunion liegt in der Rückkehr zum internationalistischen Programm des Oktober. Mehr denn je ist es dringend notwendig, einen multinationalen leninistisch-trotzkistischen Kern der Avantgarde zusammenzuschmieden, der es sich zur Aufgabe macht, die Flut der Konterrevolution durch eine proletarisch-politische Revolution zurückzuschlagen und in den Kreml die rote Fahne des Internationalismus zurückzubringen.

Übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 548, 3. April*

Kohl ehrt Nazi-Kriegsverbrecher Waldheim

Inzwischen fühlt sich der Führer-Kanzler des Vierten Reichs und Architekt des obszönen Kniefalls vor SS-Gräbern in Bitburg stark genug, für den international geächteten österreichischen Bundespräsidenten und Nazi-Kriegsverbrecher Kurt Waldheim den Roten Teppich auszulegen: „Das bestimme ich als Bundeskanzler". Die SPD war dabei stiller Komplize, die PDS lobte Waldheims „weltpolitische Verdienste"!

Waldheim wurde 1986 vor der ganzen Welt als faschistischer Kriegsverbrecher und Lügner entlarvt. Seit 1938 Mitglied der SA, war er im Zweiten Weltkrieg Adjutant von Generaloberst Alexander Löhr, der 1947 in Belgrad als Kriegsverbrecher hingerichtet wurde. Waldheim war verantwortlich für die Ermordung von Zehntausenden jugoslawischen Partisanen, und in Saloniki für die Massendeportationen von 50000 griechischen Juden in die Gaskammern. Schon 1986 nannte Kohl ihn einen „großen Patrioten".



Ludwig Hübt/Reuters

Nach der Konterrevolution in der DDR glaubt Kohl seine Zeit für gekommen, die Rachegelüste des Vierten Reichs offen zu zeigen. Er hielt eine antisemitischen Haßtirade gegen den Jüdischen Weltkongreß, der „in unerhörter Weise gegen die deutsche Einheit polemisiert" habe. Nazi-Aufmärsche, rassistischer und antisemitischer Terror steigen weiter an.

Kohl und Waldheim wollen in Jugoslawien „deutsche Ordnung" durchsetzen. Die Rote Armee hat den Hitler-Faschismus zerschlagen, dringender als je muß die Arbeiterklasse weltweit die Macht ergreifen, um die Nazi-Verbrecher zu bestrafen, Rassismus, Nazi-Terror und imperialistische Kriege zu beenden.

SPD: Partei des Judenmörders Just

Nach zwei Jahren antikommunistischer Hexenjagd ist nun in den Reihen der Oberhexenjäger der SPD eine abscheuliche Ratte aufgetaucht. Sein Name: Gustav Just. Sein Verbrechen: Judenmord.

Als Wehrmachtsoldat, der sich freiwillig für Hitlers „Unternehmen Barbarossa" gegen die Sowjetunion gemeldet hatte, nahm Just am 15. Juli 1941 an einem Erschießungskommando teil, das in einem ukrainischen Dorf sechs Juden ermordete. Für diese Bluttat wurde Just anschließend zum Leutnant befördert. Mit dem Ansturm der kapitalistischen Konterrevolution hievte ihn die SPD wieder nach oben.

Als SPD-Mitglied und mit voller Unterstützung und Rückendeckung von Stolpes Landesregierung saß Just als Alterspräsident im Brandenburger Landtag und als Vorsitzender im parlamentarischen Verfassungsausschuß. Justizminister Bräutigam war mit dem Fall des Judenmörders bestens vertraut. Und auch Stolpe, berüchtigt durch seine Supermarktpläne für die KZ-Gedenkstätte Ravensbrück, wußte über „Kriegsverbrechen" von Just Bescheid. Doch sie haben dies *seit Jahren vor der Öffentlichkeit vertuscht.*

Bräutigam entschuldigt Just mit der Behauptung, daß dieser sich nicht „aus Rassenhaß an der Tat beteiligte". Wirklich? In Justs Kriegstagebuch steht: „Wir stellen sechs Juden an die Wand", die Deutschen müßten klarstellen, „daß wir die Herren sind" (*Berliner Zeitung,* 19. März). Die Tatsache, daß zur gleichen Zeit ein Prozeß gegen den ehemaligen Stasi-Chef Mielke auf der Grundlage von „Beweisen" geführt wird, die durch Gestapo-Folter herausgepreßt wurden, hat Bräutigams/Stolpes SPD-Kollegin Jutta Limbach nicht daran gehindert, Mielke rachsüchtig ins Grab jagen zu wollen! Warum? Weil Mielke stellvertretend für den Arbeiterstaat DDR vor Gericht gestellt wird, während Just erst dem Dritten Reich diente und jetzt dem Vierten Reich. *Gustav Just ist ein Kriegsverbrecher und verdient es zumindest, far den Rest seines Lebens hinter Gitter gesperrt zu werden!*

Just war nur ein kleiner Fisch in der großen Mordmaschine der deutschen Imperialisten. Die Bluttat, die er an jenem Tag beging, wurde sechs Jahre lang, Tag ein und Tag aus, an Millionen von Sowjetbürgern, Sinti und Roma, Juden, Slawen und anderen Völkern begangen. Die Ukraine wurde in eine Mondlandschaft verwandelt, Tausende Dörfer und Städte wurden dem Erdboden gleichgemacht. Diesem Völkermord wurde erst durch den Sieg der Roten Armee über Nazi-Deutschland ein Ende gesetzt, der die Völker Osteuropas und Ostdeutschlands befreite und die Basis für die Umwandlung dieser Länder in Arbeiterstaaten (obwohl bürokratisch deformiert) legte. Der Zweck der „Anti-Stasi"-Hetze ist es, Rache für diesen Sieg zu nehmen; also empfängt die SPD Nazi-Kriegsverbrecher wie Just mit offenen Armen.

SPD: Trojanisches Pferd der Konterrevolution

Die Brandenburger SPD-Abgeordneten haben ihre „ungebrochene Solidarität" mit dem Kriegsverbrecher Just erklärt, weil er in der Sowjetunion und der DDR gegen den Kommunismus gekämpft hat. Seit ihrer Abstimmung für die Kriegskredite am 4. August 1914 kämpft die SPD auf der Seite des deutschen Imperialismus gegen die sozialistische Revolution und den Kommunismus. Ihre Umarmung von Nazis fing nicht erst bei Just an, sondern mit der Bildung der Freikorps, die nach dem Ersten Weltkrieg die Schlägertruppen gegen die Deutsche Revolution waren und die Vorläufer von Hitlers Braunhemden. 1990 stand die SPD an der Spitze der Hetze gegen die riesige antifaschistische Demonstration gegen die Nazi-Schändung des sowjetischen Ehrenmals in Treptow — eine Hetze, die ein entscheidender Schritt zur Zerschlagung der DDR war. Von Lafontaines/Raus rassistischen Angriffen auf die Sinti und Roma, Opfer des Holocausts, bis zur antikommunistischen Hexenjagd steht die SPD an der vordersten Front der Konterrevolution.

Wie zuvor beim Nazi-Prozeß gegen Mielke ergriff die PDS/Linke Liste auch im Fall Just sofort die Gelegenheit, sich gegenüber den SPD-Hexenjägern als dienstbar zu erweisen. Michael Schumann, PDS-Abgeordneter im Brandenburger Landtag, stellte dem Stolpe/Bräutigam-Gespann einen Persilschein aus: „Aber ich bezweifle nicht, daß eine verantwortungsvolle und gründliche Prüfung stattgefunden hat" (*Berliner Zeitung,* 24. März). Doch nicht nur die SPD, sogar Just selbst wurde von der PDS in Schutz genommen, weil er „in jungen Jahren der nationalsozialistischen Lüge erlag". Aus einer Stellungnahme der Landtagsfraktion PDS/LL, die von drei PDS-Vorstandsmitgliedern kritisiert wurde, geht hervor, Justs Schuld sei zwar moralisch nicht tilgbar, „obwohl er Konsequenzen zog und später Widerstand gegen Menschenrechtsverletzungen leistete" (*Neues Deutschland,* 13. März)! Als loyale Kämpfer im Lager der Antikommunisten schlüpft die PDS mit jedem Dreck unter eine Decke: von Jelzins konterrevolutionären Barrikaden im letzten August bis zu ihrem Lobgesang auf Justs antikommunistische Tätigkeit ist der PDS kein Preis zu hoch, um sich der rassistischen, antisemitischen Volksfront der SPD anzuschließen.

Aus welchem Grund auch immer sich die Stalinisten in den 50er Jahren geweigert haben, Just für den Mord an den ukrainischen Juden seiner gerechten Strafe zuzuführen, dies war ein Verrat an der Arbeiterklasse und an allen Opfern des Nazi-Terrors. Doch die heuchlerischen Hetzartikel des *Spiegel,* die DDR sei ein „Freund der kleinen Nazis" gewesen, können nicht die grundlegende Tatsache verschleiern, daß die DDR durch die *Zerschlagung* des Nazi-Regimes durch die Rote Armee auf der Grundlage von proletarischen Eigentumsformen aufgebaut wurde, während die Imperialisten der BRD den Nachfolgestaat des Dritten Reichs führen. Insgesamt wurden 12864 Personen in der DDR bis zum 1. Januar 1981 wegen Kriegsverbrechen bestraft. Der ehemalige DDR-Staatsanwalt Peter Przybylski schreibt in seinem Buch *Zwischen Galgen und Amnestie* (1982):

> „Obwohl die DDR nur ein Drittel des Territoriums des ehemaligen deutschen Reiches umfaßt und zahlreiche Naziverbrecher 1945 in die Westzonen bzw. in die BRD geflohen waren, ist die Zahl der hier verurteilten Täter doppelt so hoch wie in der BRD — von der Höhe des durchschnittlichen Strafmaßes ganz zu schweigen."

Es ist ein Problem, daß die DDR einige wie Just entkommen ließ. Aber nichts weist auf die Kontinuität zwischen dem Dritten und Vierten Reich deutlicher hin als die hohen Posten, die die Globkes (Nürnberger „Rassengesetze"), Schleyers (SS), Carstens (SA) und SPD-Finanzminister Karl Schiller (SA) in der Bundesrepublik innegehabt haben. Heute verfolgt das Vierte Reich DDR-Richter, die in den Waldheimer Prozessen Nazi-Verbrecher verurteilten.

Der Antisemitismus gehört untrennbar zum Drang nach Osten der deutschen Bourgeoisie. Dabei spielt die SPD eine führende Rolle, die als bürgerliche Arbeiterpartei die Arbeiterklasse an ihre Ausbeuter kettet. Im Kampf für den Aufbau einer leninistischen Partei müssen Revolutionäreden Würgegriff der Sozialdemokraten und der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokraten brechen, durch den die Arbeiter gefesselt sind. Notwendig ist die Mobilisierung von Arbeitern und Immigranten, um die Nazis — die alten und neuen — zu zerschlagen und ihnen den Nährboden zu entziehen. *Arbeiterrevolution wird die Opfer des Holocausts rächen fm*

Zur Ehre unserer ermordeten Genossin
Martha Phillips

Wir setzen hier den Abdruck von Erinnerungen an Martha Phillips fort, die am 9, Februar in Moskau ermordet wurde. Für diejenigen, die Martha kannten, trägt dies dazu bei, sie zu ehren und um sie zu trauern. Weil aber ihre Beiträge zu unserer Partei so vielfältig waren und ihr Leben so viele Aspekte unserer Parteigeschichte betraf, könnten auch andere Leser vieles davon wertvoll finden, um unsere Ansichten, Aktionen und unsere Arbeitsmethode zu verstehen. Indem wir sogar diese Tragödie für den Aufbau unserer Partei einsetzen, wie Martha es gewollt hätte, erhalten wir ihren Einfluß nach ihrem Tod aufrecht als lebendige Kraft.

Nachfolgend drucken wir Auszüge einer redigierten und stark gekürzten Auswahl schriftlicher Beiträge und Reden bei Gedenkveranstaltungen aus *Workers Vanguard* Nr. 546 (6. März) und Nr. 547 (20. März). Es ist unmöglich, all die bewegenden Zeugnisse wiederzugeben, die von Genossen und Freunden in den USA und aus der ganzen Internationale eingebracht wurden. Die Prometheus Research Library (PRL), für die Martha in Kalifornien als Repräsentant arbeitete, wird als nächste Ausgabe ihrer Forschungsreihe ein Bulletin herausgeben, das dem Gedenken an Martha Phillips gewidmet ist, und es wird einige der Schulungen einschließen, die von Genossin Martha gegeben wurden.



Workers Vanguard

1948-1992

Am 1. März ehrten Genossen und Freunde der Spartakist-Gruppe Polens Martha bei der Gedenkstätte des Warschauer Gettos. Unsere Genossen in Tokio schrieben in ihrem Nachruf in *Spartacist* (Japan) Nr. 11, Februar:

> „Genossin Marthas plötzlicher und tragischer Tod hat ein großes Loch in unserem Kampf hinterlassen, die Vierte Internationale wiederzuschmieden. Ihre lebenslange Verpflichtung für den Kommunismus und die Verteidigung der Sowjetunion, und besonders ihre Entscheidung, in die Sowjetunion zu gehen, um für den Aufbau einer neuen bolschewistischen Partei zu kämpfen, steht in der Tradition der mutigen militanten amerikanischen Seeleute der SWP, die sich unter Einsatz ihres Lebens für die Murmansk-Linie meldeten, um dringend benötigtes Material hinzubringen, um die Sowjetunion während des Zweiten Weltkrieges zu verteidigen. Ewiges Andenken an Genossin Martha, proletarische kommunistische Aktivistin!"

Sam H. (Spartakist-Gruppe Japan): Wieder stehen wir vor der herzerschütternden Erfahrung, eine Genossin zu verlieren, in" diesem Fall Martha, meine älteste politische und persönliche Freundin und jemand, der mir unersetzlich nahe stand und teuer war. So schmerzvoll dies auch ist, wir müssen das Leben und die Arbeit unserer Genossen in Erinnerung behalten; sowohl persönlich als auch politisch. Martha war einzigartig, und ich kann es immer noch kaum glauben, daß sie fort ist. Das Leben hat seine grausamen Momente, und dies ist einer davon, was sehr schmerzt.

Ich glaube, wir traten der YSA auf der gleichen Sitzung bei, und wir wurden Freunde, mit meiner Frau und David, wir vier. Anders als viele Jugendliche, die revolutionäre Organisationen durchlaufen und das beste Semester ihres Lebens hingeben, war Martha ihr ganzes Leben lang der Sache ergeben.

Ich denke, daß Martha und ein paar andere, wie ich selbst, die SWP von 1970 für bare Münze nahmen, das heißt, dies war immer noch die Partei von Cannon und der Russischen Revolution. Es sollte für uns ein böses Erwachen geben, aber wir stürzten uns in die Arbeit. Madison war damals ein Zentrum politischer Aktivitäten, und es gab zahllose Kundgebungen, Demonstrationen, Sit-ins, Flugblattaktionen vor Einberufungsbehörden und unendlich viele Vorbereitungstreffen, wo man hingehen konnte. Das interne Leben der YSA war genauso hektisch, und Martha war, was keinen überraschte, immer mitten drin.

Zuerst glaubten wir unseren älteren Parteigenossen. Und der reformistischen, sozialpatriotischen Linie der „gewaltfreien/legalen" SWP hängten die zynischen Mandelianer [Anhänger des eingefleischten Zentristen Ernest Mandel vom Vereinigten Sekretariat], die in Madison die Organisation anführten, ein linkes Mäntelchen um. Im Glauben, daß dies eine proletarische revolutionäre Partei sei, machten sich die ernsthafteren der jüngeren Genossen an die Aufgabe, uns zu schulen. Martha verschlang damals Lenin und Trotzki, und ich kann mich daran erinnern, daß die erste Schulung, die ich sie halten hörte, über Lenins Werk *Imperialismus* aus dem Jahr 1916 ging, und sie war wahrscheinlich kaum länger als sechs Monate Mitglied gewesen. Sie war eine sehr kluge Frau!

Der Ausbruch von Opposition gegen den schmutzigen

völkermörderischen Krieg des US-Imperialismus gegen die Vietnamesen war recht massiv. In der Studenten-Hochburg Madison schaffte es die SWP manchmal, Demos mit 20000 oder sogar 50000 Leuten anzuführen. Die linken Jugendlichen, wie Martha, würden dafür eintreten, daß diese Demonstrationen „gewaltfrei und legal" sein müssen, weil wir für die proletarische Revolution seien und es nicht.die Aufgabe der Antikriegsbewegung sein könne, Parkuhren zu demolieren, sondern vielmehr, die soziale Macht des Proletariats zu organisieren, die die Kriegsmaschine anhalten kann. Das war der Tenor der öffentlichen Reden, die wir damals hielten. Wir waren in die Volksfront verstrickt, na klar, aber wir haben versucht, dieser Arbeit ein linkes Gesicht â la Mandel zu geben.

Ein weiteres Beispiel: die feministische Bewegung war voll im Gang, und eine Gruppe namens „Frauenaktionsbewegung" (WAM) wurde gegründet. Männer wurden nicht zugelassen, denn die SWP kapitulierte total vor dem bürgerlichen Feminismus (und Mandel auch), aber die Linken in der Ortsgruppe versuchten wieder, eine möglichst radikale Linie durchzudrücken. Die Linie der SWP war damals das „Recht zu wählen", aber diese WAM-Gruppe hatte regelmäßige Schulungen, wo Sprecher der YSA Referate hielten über solche Themen wie Engels' *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats,* und wir kämpften für kostenlose Kinderbetreuung rund um die Uhr und für kostenlose Abtreibung auf Wunsch. Die YSA stellte zentrale Führerinnen der Frauenbewegung in Madison, und ich glaube, die beiden Hauptführerinnen dieser Arbeit waren Martha Quinn, die Frau des wichtigen SWP-Führers in Madison, Pat Quinn, und der junge Hitzkopf Martha Phillips.

In dieser Zeit (und wir sprechen hier von Monaten, nicht Jahren) war Martha in der Ortsleitung. Das interne politische Leben war stürmisch, zahlreiche Kämpfe brachen aus, aber politisch trugen wenige zur Klärung bei. Damit will ich nicht sagen, daß nicht manche prinzipienfeste Positionen bezogen wurden. Ich kann mich besonders an einen Kampf erinnern, bei dem Martha eine starke Rolle spielte. Bei einer der feministischen Demonstrationen damals riefen eine Reihe von Frauen der YSA fröhlich zusammen mit den Pro-NOW-Typen: „Power für die Sisters; Nehmt es von den Misters!", und wir hatten darüber innerhalb der Madison-YSA einen harten Kampf. Martha kämpfte zusammen mit anderen erbittert dafür, daß dieser Sprechchor eine grundlegende Abweichung vom marxistischen Verständnis war, daß die Trennungslinien in der kapitalistischen Gesellschaft Klasse gegen Klasse verlaufen und nicht Geschlecht gegen Geschlecht.

Wir kämpften bis zum Umfallen, aber für ein falsches Programm; das dünne linke Deckmäntelchen â la Mandel war nicht der Weg zur Revolution. Zuerst wurden wir zur Tendenz für eine proletarische Orientierung (POT) hingezogen, die einfach sagte, wir sollten das reformistische Programm der SWP nehmen und es den Arbeitern nahebringen. Und wir dachten zuerst: „Na ja, das klingt gut, wenn wir eine Partei des amerikanischen Proletariats sind, wie kommt es, daß es keine Arbeiter in der Partei gibt? Wie kommt es, daß wir keine Betriebsverkäufe machen?"

Aber das war nicht der Punkt. Das Problem mit der SWP war ihr Programm und nicht ihre Orientierung. Die SWP sollte später ihr reformistisches Programm in die Gewerkschaften tragen unter dem Deckmantel „Über Sozialismus reden". Die POT weigerte sich nicht nur, die Volksfrontpolitik zum Vietnamkrieg zu bekämpfen, sondern stimmte mit der Mehrheit der SWP auch in der Frage von schwarzem Nationalismus und Feminismus überein.

Ich denke, der Vietnamkrieg war die Frage, über die wir den Durchbruch erzielen mußten — im Kampf für eine Klassenlinie zum Vietnamkrieg —, daß „unsere Jungs" die Vietnamesen waren. Einer der größten Augenblicke in meinem Leben, und sicher auch für Martha, war es, zu sehen, wie die CIA sich an die Hubschrauber klammerte und über eine Luftbrücke aus Saigon rausgebracht wurde. Wir kamen zu dem Verständnis, daß es das Programm der SWP war, das falsch war. Wir waren in der falschen Organisation. Wir wollten kämpfen; diese Leute waren im Weg.

Die Leninistische Fraktion war eine klare Demarkationslinie zwischen den Mandelianern und den Elementen, die nach einem wirklichen leninistischen/trotzkistischen Programm suchten. Die LF war alles andere als eine homogene politische Tendenz, aber ihre Gründungserklärung war ein gutes Dokument. Doch die Fraktion dazu zu kriegen, sich auch an dieses Dokument zu halten, war ein weiterer Kampf. In der SWP sah man Barbara G. als eine der zentralen Führerinnen der Fraktion an, doch sie schreckte bald vor der revolutionären Tragweite unserer Gründungserklärung zurück. Martha löste sie schnell ab in der politischen Führung des Kampfes, die LF zu einer Fusion mit der SL zu bewegen. Etwa ein Drittel der Fraktion fusionierte schließlich. Martha verstand, was der Kampf der Revolutionären Tendenz [1963] bedeutete. Wir waren nicht die ersten Oppositionellen in der SWP, die den Weg gingen. Es war wirklich wichtig, die Geschichte zu verstehen. Also, mitten im Fraktionskampf, der mitten in einem Krieg tobte, stürzte sich Martha auf die Bücher. Denn sie verstand, und David, denke ich, auch, daß der wirkliche Kampf darum ging, daß die Leninistische Fraktion mit der Spartacist League fusionieren mußte, weil die Spartacist League der Kampf von 1963 war und wir im Grunde genommen auf den Dokumenten der RT beruhten.

Die Fraktion schwankte — aber Martha niemals, und sie

Fortgesetzt auf Seite 11



Workers Vanguard

Martha mit Sohn Lael als Streikposten beim Lehrerstreik 1983 in Oakland, Kalifornien

Das beste Gedenken an Martha: „Bringt das Programm von Lenin und Trotzki zum Leben!"

Moskauer Gedenkveranstaltung

Am 29. Februar besuchten rund 60 Teilnehmer eine Gedenkveranstaltung der Internationalen Kommunistischen Liga in Moskau, um unsere ermordete Genossin zu ehren. Außer den Genossen der IKL, die Martha seit vielen Jahren kannten und mit ihr arbeiteten, sprachen ein ukrainischer Veteran der Roten Armee aus dem Zweiten Weltkrieg, ein Herausgeber der sowjetischen linken Zeitung *Kontrargumenti i Fakti,* ein Sprecher der stalinistischen Russischen Kommunistischen Arbeiterpartei (RKRP) und andere. Zur Verteidigung der Veranstaltung gegen eventuelle rechte Angriffe wurde eine Verteidigungsgruppe organisiert, an der sich auch junge Anhänger der RKRP beteiligten.

Menschen aus solch einem breiten persönlichen und politischen Spektrum — von anarchistischen Jugendlichen bis zu harten Stalinisten - kamen zusammen, weil sie gemeinsam Martha schätzten als intelligente und überzeugende Persönlichkeit, als eine ergebene Kommunistin, als hartnäckige und mutige revolutionäre Kämpferin. Solche Charakteristika stachen besonders in der Sowjetunion hervor, wo Jahrzehnte des Stalinismus die Konzeption einer leninistischen Partei als Kampforganisation von Kadern, die auf Basis eines gemeinsamen Programms kämpfen, verfälscht haben. Ein Genösse bemerkte: „Nach so vielen Jahren des mühsamen Trotts in einem stalinistischen Sumpf von Lügnern und politischem Kuhhandel kamen unsere Kontakte näher zu uns, weil sie ein bißchen mehr so sein wollten, wie sie Martha sahen."

Ein Sympathisant aus Leningrad, früher viele Jahre lang Mitglied der Kommunistischen Partei, sprach darüber in seinen Bemerkungen:

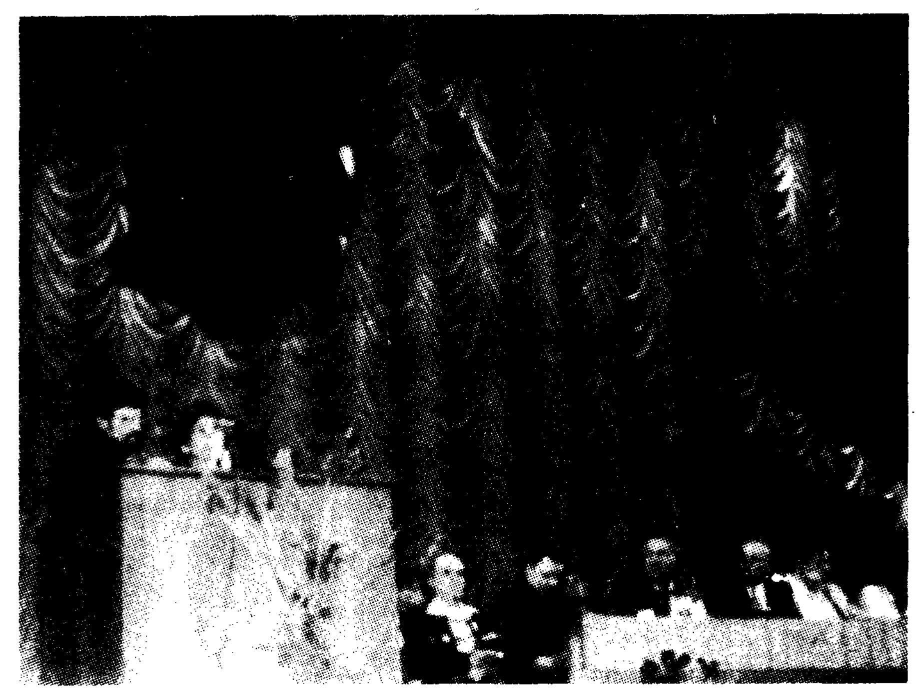
> „Je mehr Zeit ich mit Martha verbrachte, umso mehr verstand ich, daß sie genau zu der Art Menschen zählte, die man in jeder Hinsicht als Berufsrevolutionäre bezeichnen würde. Gegenwärtig gibt es nur wenige Menschen dieser Art. Und das ist bedauerlich. Obwohl sie nur etwas über vierzig Jahre alt war, war sie von der Art der Revolutionäre, die 1917 die Revolution gemacht haben.
>
> Sie war äußerst anspruchsvoll in der Auswahl der Kader für die neue Organisation, die in der Sowjetunion gegründet wird. Auf der einen Seite bestand sie darauf, daß so schnell wie möglich Spartakist-Gruppen in Leningrad und anderen Städten gegründet werden. Andererseits war sie sehr genau in ihrer Herangehensweise an jeden, der sich der Organisation anschließen wollte. Eine solche Person mußte in voller Übereinstimmung mit dem Programm stehen, so wie es dargestellt wurde, mit dem Programm, das wir heute das Programm Lenins und Trotzkis nennen."

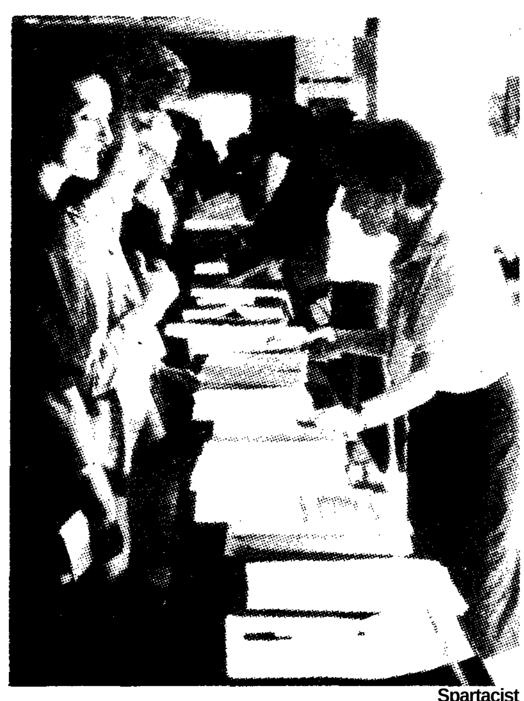
Auch diejenigen, gegen die die IKL den politischen Kampf aufgenommen hat, bestätigten Marthas scharfsinnigen Intellekt und ihre marxistische Klarheit. Ein Brief, den Martha vor kurzem an das Zentralkomitee der Spartacist League/U.S. geschrieben hat, in dem sie die Situation in der Sowjetunion angesichts der Konterrevolution Jelzins beschreibt, wurde in dem IKL-Nachruf zitiert. Der Herausgeber von *Kontrargument! i Fakti* bezog sich darauf und sagte:

> „Ich war besonders von einer Formulierung aus den Notizen Marthas zutiefst getroffen, die, das muß ich sagen, eine intelligente Frau war. ‚Alle Manöver hier' (sie meinte in der Sowjetunion), schrieb sie, .finden statt unter dem, was ich aus Mangel einer besseren Bezeichnung den „Schatten der Arbeiterklasse" nennen würde.' Nun, nach was für einem besseren Ausdruck könnte man suchen? Der Ausdruckest gefunden worden, und das ist er. Seht euch nur unsere gegenwärtige politische Arena an, und ihr seht den riesigen Schatten der Arbeiterklasse. Aber die Arbeiterklasse fehlt, jedenfalls zur Zeit, in unserer politischen Arena. Bestimmte Parteien können herumgehen und sich immer wieder selber »Arbeiter' nennen, aber das ist immer noch die Situation."

Einer der IKL-Sprecher beschrieb die Schwierigkeiten, mit denen Martha konfrontiert war, bevor sie in der Sowjetunion eine machtvolle und bekannte Sprecherin für unsere trotzkistische Politik wurde. „Einmal war sie eine Ausländerin; zweitens war sie Jüdin; drittens war sie eine Frau." Martha begann spät in ihrem Leben, Russisch zu lernen, eine „höllisch schwere" Sprache, doch sie kämpfte mit ihrem begrenzten Wortschatz darum, scharf und politisch treffend zu sein: „Ihr Russisch war nicht mit einer Bürste, sondern mit einem Hammer gemacht." Er erinnerte an einige von Marthas politischen Interventionen, die sie während ihrer kurzen Zeit in der Sowjetunion gemacht hat, und an deren Auswirkung auf die Zuhörer:

> „Es war Martha, die nach vorne kam, um am. 20. Juli 1991 vor dem Moskauer Arbeiterkongreß zu sprechen. Viele von euch, die heute in diesem Raum sind, sahen und hörten Martha damals zum ersten Mal. Diese Veranstaltung war für viele ein Versuch, einen Weg zu finden, um Jelzins/Gorbatschows/Bushs Drang zur kapitalistischen Restauration entgegenzutreten. In ihren Ausführungen versuchte sie offenzulegen, was eine kapitalistische Restauration für die Werktätigen in der Sowjetunion bedeuten würde, und sie zeigte eine kämpferische Perspektive der proletarisch-politischen Revolution, um die Sowjetunion zum internationalistischen Programm zurückzubringen, das die Oktoberrevolution 1917 mit Leben erfüllte. Sie warnte, daß die Konterrevolution sich wie in Osteuropa auf einheimischen Nationalismus stützen wird, um ihn als Rammbock gegen die historischen Interessen des multinationalen sowjetischen Proletariats zu benutzen. Und sie hob hervor, daß der russische Nationalismus untrennbar mit Antisemitismus verbunden ist.
>
> Sie war in der Lage, mitreißende politische Reden zu halten, und rief unter wiederholtem Applaus dazu auf: Alle Macht den Sowjets! Stoppt die kapitalistische Konterrevolution! Lang lebe die Sowjetunion! Unter all den Grüßen, die an die Konferenz abgegeben wurden, erhielt sie den meisten Beifall. Sie hatte erst angefangen zu zeigen, welche Rolle sie im Lauf der Zeit hätte spielen können. Vielleicht ist das auch von Feinden bemerkt worden.
>
> Der letzte Verkauf von Martha war bei der Zusammenkunft von Offizieren am 17. Januar vor dem Troitzki-Tor des Kreml. Die Offiziere nahmen unsere Literatur mit wirklichem Interesse. Aber als später ein Demonstrationszug mit Viktor Anpilow an der Spitze ankam, endete die Sache mit einem physischen Angriff von Anhängern der Anpilow-Demonstration auf unsere Organisation und





Spartacist

Martha am 20. Juli 1991 vor 700 Delegierten der Moskauer Arbeiterkonferenz: „Wir müssen eine Partei schmieden, die gegen alle Formen von Diskriminierung, Nationalismus und Antisemitismus mobilisiert"; rechts: am IKL-Büchertisch

ganz besonders auf Martha. Einer der Angreifer trug ein T-Shirt mit der Aufschrift ‚Pamjat'. Ein anderer Angreifer war ein Anhänger der RKRP.

Direkt am nächsten Tag gab Martha ihre letzte wichtige politische Erklärung ab, bei einem unionsweiten Schulungsseminar der IKL. Dort griff sie scharf die Politik der Beschwichtigung gegenüber dem nationalen Chauvinismus und Antisemitismus an und den politischen Block der RKRP besonders mit Faschisten und Monarchisten. Sie warnte, daß die restaurativen Kräfte auf den Nationalismus angewiesen sind, um die Arbeiterklasse fest in das Schlepptau der Kampagne für eine Konterrevolution zu nehmen, und daß es besonders schmachvoll ist, die Fahne der Sowjetunion bei Demonstrationen Seite an Seite zu sehen mit Fahnen der monarchistischen und faschistischen Reaktion, der Schwarzhundertschaften.

Eine Partei, die es wert ist, die Partei des Proletariats genannt zu werden, kann nur im Kampf der Verteidigung aller Unterdrückten geschaffen werden. Martha kämpfte dafür sicherzustellen, daß unser Kampf hier genau in dieser Richtung begann. Es ist sehr angebracht, daß die dritte Ausgabe unseres *Bulletin Spartakowzew* mit dem Titel »Leninistische Partei: Volkstribun' Martha gewidmet ist. In vielerlei Hinsicht hat sie diese Ausgabe inspiriert."

Marthas Warnungen vor der Gefahr des Nationalismus sind nicht auf taube Ohren gestoßen. Ein junges RKRP-Mitglied, das sich bei der Gedenkveranstaltung an der Verteidigungsgruppe beteiligte, sagte danach: „Wir müssen uns alle als Kommunisten vereinigen, und es muß auf der Basis des Internationalismus sein. Wenn Leute zu mir kommen und sagen, wir müssen die Trotzkisten rausschmeißen, sage ich: Sie sind Kommunisten, und was bist du? Was wir nicht tolerieren können, sind Chauvinisten und Antisemiten."

In seinen Schlußbemerkungen sagte der Genösse aus Leningrad:

„Das beste Gedenken an Martha wäre die Fortführung dieser Sache. Eine Sache, die — wie man zu sagen pflegte — eine gerechte ist: Wahrhaftig das Programm von Lenin und Trotzki zum Leben zu erwecken, das 70 Jahre lang — das kann wahrscheinlich ohne Übertreibung gesagt werden — wirklich in den Schmutz getreten wurde, sowohl von Stalin als auch von allen nachfolgenden Führern unseres Staats. Um dieses Programm zum Leben zu erwecken, um es von allem zu reinigen und um erneut das anzugehen, was wir im Oktober 1917 begonnen haben."»

Martha...

Fortsetzung von Seite 9

gab vielen Genossen der Leninistischen Fraktion eine Menge Führung. Dies formte Martha und stählte sie. Als also Martha in diese Partei kam, war sie kein neues Mitglied. Sie war ein Kader.

Ich möchte den politischen Einfluß hervorheben, den der Vietnamkrieg auf Martha hatte, und warum es kein Zufall war, daß sie nach Moskau ging. Sie war ein zentraler Bestandteil eines Fraktionskampfes, bei dem eine der wichtigsten Fragen die Verteidigung des deformierten vietnamesischen Arbeiterstaats im Norden war und der Kampf für eine soziale Revolution im Süden. Die Volksfront damals versuchte, eine Niederlage des US-Imperialismus zu *verhindern* — sie versuchte, dem US-Imperialismus aus der Patsche zu helfen. Die SWP damals kroch hinter dem defätistischen Flügel der Bourgeoisie hinterher. Es war die Russische Frage, die sich in einer ganz anderen Weise stellte, in einer anderen historischen Periode. Genau das ist es, wofür wir gewonnen wurden.

Die Vietnamesen waren die Schwächeren, und ihr Heldentum und ihre Zähigkeit trugen ihnen eine Menge Respekt ein bei den neu radikalisierten Linken, die in den Ö3er Jahren international hervorgebracht wurden. Aber für die Bourgeoisie war es ein Krieg gegen den Kommunismus, und unsere staatskapitalistischen und sozialdemokratischen Opponenten haßten die Vietnamesen genauso wie die Russen. Das Problem war, daß der Vietkong populär war (wie

Fortgesetzt auf Seite 20



Radial Press

Nationalistischer Brudermord zwischen Kroaten und Serben ist Vorbote davon, was kapitalistische Konterrevolution heißt

Kapitalismus restaurieren ohne Kapital?

Osteuropa: Nationalismus und Konterrevolution

Die kapitalistische Konterrevolution bringt den Werktätigen Osteuropas unsägliches Elend, und in der Sowjetunion ruft die konterrevolutionäre Offensive den völligen Zusammenbruch der Wirtschaft hervor. Von Polen bis Jugoslawien hat die wirtschaftliche „Schockbehandlung", die von den westlichen Bankern diktiert wird, zu Massenarbeitslosigkeit und Hyperinflation geführt. Großbetriebe sind geschlossen worden, während Suppenküchen aufmachen. Obdachlosigkeit

Teil eins von zwei

und Verbrecherbanden spuken durch die Straßen von Warschau, Prag und Budapest. Die Wirtschaftsleistung in Osteuropa ist in den letzten drei Jahren um 25 *Prozent* gefallen, ein Rückgang, der sich vergleichen läßt mit dem in den USA während der Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren. Nach einer lächerlich „optimistischen" Prognose der Weltbank, deren Sitz Washington ist, soll das Pro-Kopf-Einkommen frühestens 1996 wieder das Niveau von 1989 erreichen, dem Jahr, in dem Michail Gorbatschow Osteuropa der Verwüstung durch die Wall Street und die Frankfurter Banken überließ.

Trotz all ihrer verzweifelten Bemühungen, nach dem Zusammenbruch der stalinistischen Bürokratien den Kapitalismus zu restaurieren, ist es den konterrevolutionären Regimen in Osteuropa noch nicht gelungen, eine neue kapitalistische Klasse aufzubauen. Die Kleinunternehmer - Taxifahrer, Ladenbesitzer und Handwerker —, die darauf aus sind, in Warschau und Budapest schnell zu Geld zu kommen, haben kaum die Mittel, um die verstaatlichten Stahlwerke, Textilfabriken und Kohlenbergwerke aufzukaufen, die jetzt zum Verkauf stehen. Jeffrey Sachs von Harvard, der als führender Kopf hinter Polens wirtschaftlicher „Schockbehandlung" steckt, sagte bei der jährlichen Versammlung der American Economics Association [Vereinigung amerikanischer Ökonomen], die „Privatisierung in Osteuropa ist ein Debakel gewesen" *(New York Times,* 6. Januar).

Und wenn auch westliche Geschäftsleute die Restauration des Privateigentums in Osteuropa bejubeln, so lassen sie ihren Sprüchen keine Taten folgen. Abgesehen von ein paar Abschlüssen, die ein großes Propagandaecho gefunden haben, wie die Übernahme der tschechischen Skoda-Werke durch Volkswagen (für *ein Zehntel* ihres wirklichen Wertes) und der Aufkauf des ungarischen Glühlampenherstellers Tungsram durch General Electric, glänzen die westlichen Investitionen durch Abwesenheit. Die Solidarnosc-Regierung in Polen, die schon vor zwei Jahren mit der Privatisierungskampagne anfing, hat es geschafft, 20 von 7500 staatseigenen Betrieben zu privatisieren. Der Wirtschaftsredakteur des Londoner *Economist* bemerkte in bissigem Ton, daß es beim gegenwärtigen Tempo 30 Jahre dauern wird, bis Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn auch nur die Hälfte ihrer verstaatlichten Industrie privatisiert haben!

Ohne die soziale Basis einer echten Bourgeoisie, so wie sie in Westdeutschland für die Übernahme der DDR vorhanden war, ist aggressiver Nationalismus sowohl die treibende Kraft gewesen für eine Wiederherstellung des Kapitalismus in Osteuropa und in der Sowjetunion als auch ein Ergebnis des konterrevolutionären Feldzugs. Von Walesas Polen bis zu Milosevics Serbien dient nationalistische Demagogie - gewöhnlich im Bunde mit aggressiver religiöser

Reaktion — dazu, die Wut der Arbeiterklasse über die wirtschaftliche Verelendung gegen Nachbarvölker und Minderheiten zu wenden, um den alten Militärkader zu zerstören (wie in Jugoslawien), um alle restlichen „Roten" aus den Regierungsposten und aus der Wirtschaftsverwaltung zu säubern und um einen neuen Staatsapparat zu schmieden, der eindeutig loyal zur bürgerlichen Ordnung steht.

Von der Ostsee bis zur Adria drohen Osteuropa Kriege zur territorialen Vergrößerung, blutige Grenzkonflikte und Massaker zwischen den Bevölkerungsgruppen der stark vermischt lebenden Völker in dieser Region. Antisemitismus nimmt immer mehr zu, und Roma und Sinti werden in Rumänien, Ungarn, der Tschechoslowakei und Polen von faschistischen Skinheads angegriffen. Der grauenvolle Bürgerkrieg zwischen Aseris und Armeniern um das Kaukasusgebiet Berg-Karabach und der Grenzkrieg zwischen Serbien und Kroatien sind Vorboten zukünftiger Entwicklungen - außer wenn die Konterrevolution durch eine proletarisch-politische Revolution in der Sowjetunion besiegt wird und die wackeligen kapitalistischen Regime, die jetzt in Osteuropa am Ruder sind, von der Arbeiterklasse unter einer wirklich kommunistischen (leninistisch-trotzkistischen) Führung gestürzt werden.

Nationalismus schürt wirtschaftlichen Zusammenbruch

Es ist bei den westlichen bürgerlichen Medien — ob liberal oder rechtsgerichtet — Mode geworden, sich verächtlich zu äußern über die einander bekämpfenden Nationalismen im nachstalinistischen Osteuropa. Die Zeitung der herrschenden Kreise *New York Times* (13. Oktober 1991) zieht über „Alte Stammesrivalitäten in Osteuropa" her, während der liberale Londoner *Guardian* (28. September 1991) moralisiert: „Unverantwortliche Führer verschärfen die ethnischen Spannungen Osteuropas". Welche Unverschämtheit! Jahrzehntelang haben diese einflußreichen imperialistischen Organe und ihre politischen Herren in Washington und London *reaktionäre osteuropäische Nationalisten uneingeschränkt unterstützt, um den Sowjet-Block zu zerstören.*

Jetzt jedoch haben der Zerfall des Sowjet-Blocks und der Aufstieg von konterrevolutionären nationalistischen Kräften in der UdSSR — personifiziert durch Boris Jelzin und seine Gegenstücke in den anderen Republiken - in nicht geringem Maße zur wirtschaftlichen Katastrophe beigetragen, vor der Osteuropa steht. Die wirtschaftliche Stabilität der Region basierte auf günstigen Handelsbedingungen mit der UdSSR. Die Sowjetunion lieferte den Ländern des Warschauer Pakts Öl und Erdgas weit unter den Wucherpreisen des Weltmarkts. Im Gegenzug lieferten Polen, die Tschechoslowakei und die anderen Länder an die UdSSR Industrieprodukte, die unter dem Weltmarktniveau lagen.

Der Kreml war bereit, diesen Preis zu zahlen, um die politische und militärische Vorherrschaft der Sowjetunion in der Region aufrechtzuerhalten. Aber als Gorbatschow erst einmal Osteuropa an den NATO-Imperialismus ausgeliefert hatte, leitete Moskau seine Ölexporte für Dollar und D-Mark auf westliche Märkte um. Seit 1989 sind die sowjetischen Öllieferungen an Osteuropa *um die Hälfte gekürzt* worden! Antikommunistische osteuropäische Nationalisten, die jahrelang gegen den angeblichen sowjetischen „Imperialismus" zu Felde gezogen sind, beklagen sich jetzt bitterlich, daß Moskau kein wirtschaftliches Interesse mehr an ihren Ländern hat.

Zur gleichen Zeit stoßen diejenigen Produkte Osteuropas, die auf den Weltmärkten wettbewerbsfähig sein könnten — Agrarprodukte und einige Erzeugnisse der Leichtindustrie wie Textilien —, auf *Handelsprotektionismus* im Westen. Während französische und deutsche bürgerliche Parteien lauthals einen „freien Markt" in Osteuropa fordern, sind sie sehr darauf bedacht, den Agrarprotektionismus für ihre nationalen Märkte beizubehalten. Der ehemalige polnische Finanzminister Leszek Balcerowicz beschwert sich darüber, daß die Hälfte der polnischen Exporte in die EG hohen Zolltarifen, Einfuhrquoten und anderen Handelshemmnissen ausgesetzt ist: „Und dies in einer Zeit, wo man uns drängt, in Richtung Markt zu gehen. Für uns ist es nötig, daß die EG ihre Barrieren jetzt senkt, nicht erst in vier oder fünf Jahren" *(Economist,* 21. September 1991). Balcerowicz ist sich wohl darüber im klaren, daß die Konsolidierung des Kapitalismus in der Region noch alles andere als sicher ist.



Mendel/Magnum

Von Berlin bis Bukarest: Roma und Sinti, schon unter den Nazis Opfer des Holocaust, werden mit der kapitalistischen Konterrevolution wieder Opfer von staatlichem und faschistischem Terror

Im größten Teil Osteuropas brachen die stalinistischen Regime im Verlauf des Jahres 1989 zusammen und wurden durch Parteien ersetzt, die sich einer bürgerlich-„demokratischen" Konterrevolution verschrieben haben. In der DDR wurde eine beginnende politische Revolution durch den Feldzug der kapitalistischen Wiedervereinigung überrannt, und der deformierte Arbeiterstaat wurde rasch vom mächtigen Vierten Reich des deutschen Imperialismus annektiert. In Jugoslawien brach im letzten Jahr zwischen rivalisierenden Regierungen ehemaliger stalinistischer Bürokraten ein nationalistischer Bürgerkrieg aus. Anderswo auf dem Balkan (Albanien, Bulgarien, Rumänien) haben „reform"stalinistische Regime erfolglos versucht, den „Übergang" zum kapitalistischen Markt zu leiten. Im Gegensatz dazu wurden in Ungarn, der Tschechoslowakei und Polen die Stalinisten gestürzt, und man versucht nun, in deren Nachfolge junge kapitalistische Staaten zu errichten.

Es gilt jedoch, was wir nach dem fehlgeschlagenen August-Putsch in Moskau und dem erfolgreichen proimperialistischen Gegenputsch unter Jelzins Führung festgestellt haben: „Die Kräfte, die Jelzin unterstützen, wären gern eine kapitalistische Klasse, aber sie sind noch keine. Selbst in Polen, wo der Staat von oben bis unten kapitalistisch ist, hat sich noch keine kapitalistische Klasse gefestigt, weil es ihr fehlt an ... Kapital" *(Spartakist* Nr. 89, September 1991). Anders als beim organischen Entstehen des Kapitalismus aus dem Schoß der Feudalgesellschaft erfordert die *Wiederherstellung* des Kapitalismus die vorherige Zerstörung

Fortgesetzt auf Seite 14



Newsweek

Warschau: Bergarbeiter protestieren gegen Walesas „Schocktherapie", diktiert von westlichen Banken

Osteuropa...

Fortsetzung von Seite 13

des Arbeiterstaats und die Errichtung eines konterrevolutionären Staatsapparats. Wie Trotzki in den 30er Jahren schrieb:

„Im Falle einer erfolgreichen bürgerlichen Konterrevolution in der UdSSR müßte sich die neue Regierung für eine längere Zeitspanne auf die nationalisierte Wirtschaft stützen. Was bedeutet dann aber ein derartiger zeitweiliger Gegensatz zwischen Staat und Wirtschaft? Er bedeutet *Revolution* oder *Konterrevolution*. Der Sieg einer Klasse über eine andere bedeutet doch, daß sie die Wirtschaft im Interesse des Siegers umgestalten wird." („Weder proletarischer noch bürgerlicher Staat?", November 1937)

Trotzki bestand auch darauf, daß eine Konterrevolution sich nicht im (parlamentarischen) Rahmen einer „bürgerlichen Demokratie" durchsetzen könnte, sondern ein hartes bonapartistisches Regime erfordern würde, um den Widerstand der Arbeiterklasse zu brechen. Auf einer solchen Grundlage könnte eine neue Klasse kapitalistischer „Räuberbarone" die verstaatlichte Industrie übernehmen, die schon jetzt nach dem Diktat des Weltmarkts betrieben wird.

Die protokapitalistischen Staaten in Osteuropa sind jedoch extrem schwach und anfällig. In Polen reißen die Proteste und der Widerstand der Arbeiterklasse praktisch nicht ab, und die Autorität des Solidarnoœæ-Regimes in der Bevölkerung sinkt immer tiefer. Eine Meinungsumfrage hat vor kurzem gezeigt, daß Walesas Ansehen noch unter dem von General Jaruzelski liegt, dem letzten stalinistischen Herrscher, und daß eine Mehrheit im nachhinein das harte Vorgehen gegen Solidarnoœæ im Dezember 1981 unterstützt. In der Tschechoslowakei verfügt inzwischen die Kommunistische Partei durch die Zersplitterung des „Bürgerforums" in eine Reihe miteinander rivalisierender Parteien über die größte Parlamentsfraktion. Das Havel/Kraus-Regime ist von der Furcht vor einer sozialen Explosion gekennzeichnet, während es das traditionell sozialistische tschechische Proletariat ins Elend treibt. Prags stellvertretender Finanzminister Dusan Triska warnte: „Sie werden uns noch alle aufhängen."

Polen: Solidarnoœæ-Regime in der Klemme

Nach wiederholten gescheiterten stalinistischen „Reform"-Regimes in Polen, von Gomulka nach 1956 bis Gierek in den 70er Jahren, stand in den letzten zehn Jahren Solidarnoœæ an der Spitze der Kampagne für eine kapitalistische Konterrevolution in Osteuropa. US-Präsident Reagan und Papst Johannes Paul Wojtyla von Krakow haben eine geheime Verschwörung angezettelt, um die klerikalnationalistische „freie Gewerkschaft" mit zig Millionen Dollar über Wasser zu halten, die über die amerikanische Gewerkschaftsbürokratie reingepumpt wurden. Die jüngste „Enthüllung" der Zeitschrift *Time* über diese „Heilige Allianz" bestätigt nur, was wir schon vor mehr als einem Jahrzehnt geschrieben haben. Jetzt versucht *Time* die Tatsache zu verschleiern, daß die US-Unterstützung für Walesa & Co. *schon lange* angefangen hatte, ehe General Jaruzelski 1981 den Griff von Solidarnoœæ nach der Macht stoppte (dazu ausführlicher „Solidarnoœæ Godfathers: Reagan and the Pope", *Workers Vanguard* Nr. 546, 6. März).

1989 ließ sich das belagerte Jaruzelski-Regime, unter Druck der westlichen Banken und fallengelassen von Gorbatschows Kreml, auf eine „Machtteilung" mit Walesa ein, aus der dann die prokapitalistische Regierung Mazowiecki hervorging. Im Verlauf des Jahres 1990 übernahm jedoch Solidarnosc die totale politische Macht, indem die stalinistischen Minister aus der Regierung gesäubert wurden. Mehr noch, die „besonderen Formationen bewaffneter Menschen" (der Kern der Staatsmacht, um mit Engels zu reden) wurden umstrukturiert auf Basis von Loyalität zur im Entstehen begriffenen bürgerlichen Ordnung: die meisten höheren Armeekommandeure wurden ersetzt, und die Sicherheitskräfte wurden aufgelöst. Dies kennzeichnete die Umwandlung von Polen in einen kapitalistischen Staat; den Schlußpunkt setzte die Ablösung von Jaruzelski als Präsident durch Walesa im letzten Dezember.

Es ist jedoch ein extrem schwacher und fragiler kapitalistischer Staat, und im politischen Sinn trifft dies immer mehr zu. Die wirtschaftliche „Schockbehandlung" stieß von Anfang an auf weitverbreitete Streiks und Arbeiterproteste. Dieser Druck von unten spaltete die Solidarnosc-Führung in einander heftig befehdende Fraktionen, wobei Wa³êsa sich durch die Verbreitung antisemitischer Demagogie hervortut und seine früheren Mitstreiter ihm diktatorische Ambitionen (!) vorwerfen. Das erste dramatische Anzeichen für den Autoritätsverlust von Solidarnoœæ in der Bevölkerung kam mit den Präsidentschaftswahlen im Winter 1990. Während Walesa in der zweiten Runde (bei der die Hälfte der Wahlberechtigten zu Hause blieb) 75 Prozent der Stimmen gewann, bekam ein unbekannter ausgewanderter Geschäftsmann, Stanislaw Tyminski, mehr Stimmen als der Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki.

Kaum hatte Präsident Walesa sein Amt übernommen, sah er sich schon mit einer Streikwelle konfrontiert — Bergleute aus Slask, Transportarbeiter, Fluglotsen. Die Müllabfuhr in Warschau streikte eine ganze Woche lang, und die Armee wurde eingesetzt, um den Müll abzutransportieren. Walesa ließ seine „demokratische" Fassade fallen und bezeichnete die Streikorganisatoren als „Gesetzesbrecher", denen er androhte, „alle Mittel und Kräfte einzusetzen, um unsere Ideale zu verteidigen" (Londoner *Independent*, 14. Juni 1991). Aber unter den augenblicklichen Bedingungen in Polen sind diese starken Worte nur leeres Gerede. Wenn die Polizei oder Armee dazu benutzt werden würden, Streikpostenketten zu durchbrechen und streikende Arbeiter zu verhaften, könnte dies eine soziale Explosion auslösen, die Walesa in hohem Bogen aus dem Belvedere-Palast feuern würde.

Der Autoritätsverlust von Solidarnosc unter der Bevölkerung ging einher mit einem gleichartigen Prozeß bei ihrem historischen Schutzherrn (und in gewissem Sinn auch Schöpfer), dem polnischen katholischen Klerus. Nachdem die Kommunisten draußen waren und Walesa drinnen, dachten Papst Wojtyla und Kardinal Glemp, daß Polen

ihnen damit offenstehen würde. Im letzten Frühjahr begann die Kirchenhierarchie eine aggressive Kampagne für das Verbot von Abtreibungen und für die Aufhebung der bestehenden Trennung von Staat und Kirche in der Verfassung. Dieser Machtpoker der Prälaten löste jedoch eine starke antiklerikale Reaktion aus. Meinungsumfragen ergaben, daß 60 Prozent der Bevölkerung für legale Abtreibung sind und glauben, daß die Kirche einen zu großen Einfluß im öffentlichen Leben hat - dies, obwohl immer noch 90 Prozent sich als praktizierende Katholiken bezeichnen. Einer Umfrage zufolge liegt das Ansehen der Kirche als Institution jetzt unter dem der Armee.

Die Wahlen zum Sejm (Parlament) im letzten Herbst waren ein weiterer Schlag für das Solidarnosc-Regime. Die Regierungsparteien kamen gerade noch auf 16 Prozent der Stimmen, während die Parteien, die aus der alten stalinistischen Bürokratie entstanden sind, 20 Prozent bekamen. Es stimmt, die ehemaligen Stalinisten haben noch nicht einmal vorgegeben, für den Sozialismus einzutreten, sondern haben statt dessen eine sozialdemokratische „gemischte" (kapitalistische) Wirtschaft gefordert. Trotzdem hatte Jan Bielecki, der bald darauf geschaßte zweite von Solidarnosc gestellte Ministerpräsident, Recht, als er das Ergebnis als „Abstimmung gegen die Marktwirtschaft" bezeichnete. Gleichzeitig haben die Solidarnosc-Parteien nach rechts an die faschistische Konföderation Unabhängiges Polen (KPN) und an die klerikale Katholische Aktion Boden verloren.

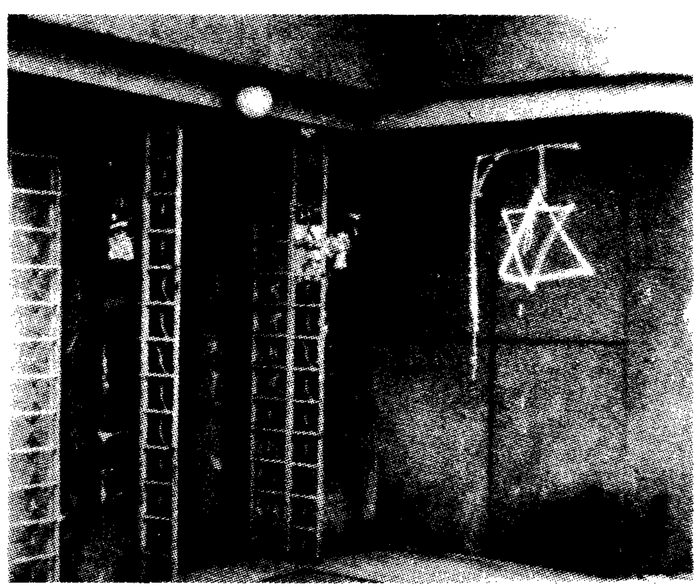
Das Wahldebakel führte zu einer zwei Monate andauernden Regierungskrise, bis die streitsüchtigen Solidarnoœæ-Parteien und ihre weiter rechts stehenden Koalitionspartner eine neue Regierung zusammenzimmerten, die sofort von landesweiten Proteststreiks gegen die steigende Arbeitslosigkeit und Inflation begrüßt wurde. Die *Chicago Tribüne* (12. Januar) berichtete, wie eine Frau sagte: „Man hört oft den Satz: .Unter den Kommunisten war es besser'." Um seine zusammenbrechende Autorität wiederzugewinnen, könnte das Walesa-Regime sehr wohl seine nationalistische Demagogie verstärken und in den trüben Wassern der zerbrechenden Sowjetunion zu fischen versuchen.

Polen und Revanchismus, Ost und West

Im letzten Jahr legte Walesa einer Gruppe von Geschäftsleuten aus dem Westen nachdrücklich ans Herz: „Investieren Sie Ihr Geld in Polen. Wir kämpfen nicht um die Aufteilung des Landes, wie sie es in der Tschechoslowakei und in Jugoslawien tun" (Londoner *Guardian*, 19. April 1991). Polen schuldet seine augenblickliche vielgepriesene „ethnische Reinheit" den Aktionen von Adolf Hitler und Josef Stalin. Im Zwischenkriegspolen des faschistoiden Diktators Marschall Pilsudski gab es drei Millionen Juden — 10 Prozent der Bevölkerung —, bei weitem der höchste Anteil von allen Staaten der Welt. Zur gleichen Zeit herrschte Warschau auch über große Teile der Ukraine, Belorußlands und Litauens.

Die Nazi-Besatzer „säuberten" Polen durch Massenmord an der jüdischen Bevölkerung. Und als die sowjetische Rote Armee die Wehrmacht hinaustrieb, verschob Stalin den polnischen Staat auf der Landkarte westwärts. Die westliche Ukraine, das westliche Belorußland und ganz Litauen wurden in die UdSSR eingegliedert. Als Ausgleich erhielt Polen im Westen das damalige Schlesien, das seit den Tagen Friedrichs des Großen unter deutscher Herrschaft gewesen war. 1945/46 wurden drei Millionen ethnische Deutsche aus Polen vertrieben, und diejenigen, die blieben, unterlagen einer Zwangspolonisierung. Jetzt hat der Zusammenbruch der stalinistischen Nachkriegsordnung in Osteuropa inmitten eines allgemeinen Klimas von Chauvinismus und Reaktion alle nationalen und Grenzfragen wieder aufgeworfen.

In Litauen gibt es eine nicht unbeträchtliche polnische Minderheit, konzentriert im Gebiet um die Hauptstadt Vilnius. Sie besteht überwiegend aus Arbeitern und Bauern und wurde von den Litauern, die dort dominieren, mit Verachtung angesehen und behandelt. Ein Hauptziel der nationalistischen Sajudis — der jetzt in Litauen herrschenden Partei — war die Abschaffung der nationalen Rechte der Polen in Litauen. Als Litauen noch ein Teil der UdSSR war, beschloß die Sajudis-Regierung, Litauisch zur einzigen Amtssprache zu machen. Die Polen, deren zweite Sprache



Spartakist

Warschau: klerikal-nationalistische Solidarnoœæ an der Macht entfacht Antisemitismus

Russisch ist — die Verkehrssprache der Sowjetunion -, wurden dadurch praktisch von Regierungsposten und einer höheren Ausbildung ausgeschlossen. Eine der ersten Amtshandlungen von Sajudis nach der Anerkennung Litauens als unabhängiger Staat war es, die örtlichen polnischen Räte abzuschaffen, unter dem Vorwand, daß diese den fehlgeschlagenen Kreml-Putsch unterstützt hätten.

Solange die litauischen Nationalisten sich Gorbatschows Kreml gegenübersahen, stellte sich das Solidarnoœæ-Regime in Warschau im Namen antikommunistischer Solidarität voll hinter sie. Aber seit Litauen mit Jelzins Segen unabhängig geworden ist, ist es zunehmend zu Reibungen zwischen Warschau und Vilnius gekommen. So sagte letzten Herbst der polnische Außenminister einen geplanten Litauen-Besuch wieder ab, um gegen die Behandlung der Polen dort zu protestieren.

Während die Situation der unterdrückten polnischen Minderheit in Litauen den rechten polnischen Nationalisten als Ausgangsbasis dienen kann, so kann die Situation in Slask vom bei weitem mächtigeren wiederaufstrebenden deutschen imperialistischen Staat benutzt werden. Jahrzehntelang waren Emigranten aus dem ehemaligen Schlesien und Ostpreußen eine starke Kraft auf der westdeutschen Rechten. Mit dem Zusammenbruch des stalinistischen Regimes erhebt jetzt auch die deutsche Minderheit in Slask wieder ihre Stimme. Und natürlich sehen sie in dem mächtigen deutschen Staat auf der anderen Seite der Oder-Neisse-Grenze ihren Schutzherrn. Als Kanzler Kohl Ende 1989 das polnische Slask besuchte, wurde er mit Bannern begrüßt, die sagten: „Helmut, du bist auch unser Kanzler".

Für den Augenblick hat Kohl widerstrebend die Oder-Neiße-Grenze als deutsch-polnische Grenze anerkannt. Die Wiedervereinigung hat jedoch zu einer Orgie des deutschen Chauvinismus geführt, gekennzeichnet durch die mörderischen Angriffe auf Polen und dunkelhäutige eingewanderte

Fortgesetzt auf Seite 16

Osteuropa...

Fortsetzung von Seite 15

Arbeiter. Die Kohl-Regierung ließ ihre politischen Muskeln spielen und hat sich im Jugoslawienkrieg erfolgreich gegen ihre EG-Partner und Washington durchgesetzt und wieder Deutschlands traditionelle Rolle als Schutzherr von Kroatien gegen Serbien eingenommen. Und Polen liegt ein ganzes Stück näher und ist historisch und strategisch für den deutschen Imperialismus wichtiger als der Balkan.

Tschechische „Demokratie" schürt faschistoiden Nationalismus

Westliche Liberale und Sozialdemokraten können die augenblickliche Sorte von osteuropäischen Herrschern kaum anziehend finden — Klerikalnationalisten wie Wa3êsa und Ungarns Josef Antall sowie exstalinistische Apparatschiks, die sich in nationalistische Demagogen verwandelt haben, wie Rumäniens Iliescu und Serbiens Milosevic. Die bemerkenswerte Ausnahme ist Vaclav Havel, der Präsident der Tschechoslowakei — der geistreiche, weltmännische Bohemien und Böhme, ein Schriftsteller und selbsternannter Humanist.

Doch dieser Modell-Liberale unserer Zeit ist die Galionsfigur für Finanzminister Vaclav Kraus, einen fanatischen Bewunderer von Margaret Thatcher und Milton Friedman, dem ehemaligen Wirtschaftsberater des chilenischen Schlächters Pinöchet. Die Schockbehandlung durch den „freien Markt", den das Havel/Kraus-Regime durchführt, hat dem slowakischen Nationalismus Auftrieb gegeben, mit starken faschistoiden Elementen. Genauso hatten in den 30er Jahren die weltberühmten tschechischen „Demokraten" Masaryk und Benes, Lieblinge der westlichen Linken, dem Pro-Nazi-Nationalismus unter der unterdrückten Minderheit der Sudetendeutschen und dem Klerikalfaschismus unter den unterdrückten Slowaken Vorschub geleistet.

Seit die Tschechoslowakei durch die imperialistischen westlichen Siegermächte nach dem Ersten Weltkrieg geschaffen wurde, ist das politische Leben des Landes durch Spannungen zwischen Tschechen und Slowaken geformt und manchmal dominiert worden. Während beides westslawische Völker sind, die ähnliche Sprachen sprechen, haben sie doch eine unterschiedliche Geschichte und politische Kultur. Die Tschechen aus Böhmen und Mähren wurden in den wirtschaftlichen und kulturellen Umkreis des spätmittelalterlichen Deutschland gezogen. Im 15. Jahrhundert wurde die radikalreligiöse Bewegung unter der Führung von Jan Hus zum Vorläufer der protestantischen Reformation in Mitteleuropa.

Wenn auch die Bewegung der Hussiten blutig unterdrückt wurde, so ist doch die Autorität der römisch-katholischen Kirche im tschechischen Gebiet immer schwach gewesen. Im späten 19. Jahrhundert gab es in Böhmen und Mähren eine beträchtliche Industrialisierung, wodurch ein Proletariat mit einem hohen Maß an Klassenbewußtsein entstand und eine Intelligenz, die stolz war auf ihre säkulare humanistische Kultur. Nach der bolschewistischen Revolution stimmte die tschechische Sozialdemokratie in ihrer Mehrheit für den Beitritt zur Kommunistischen Internationale.

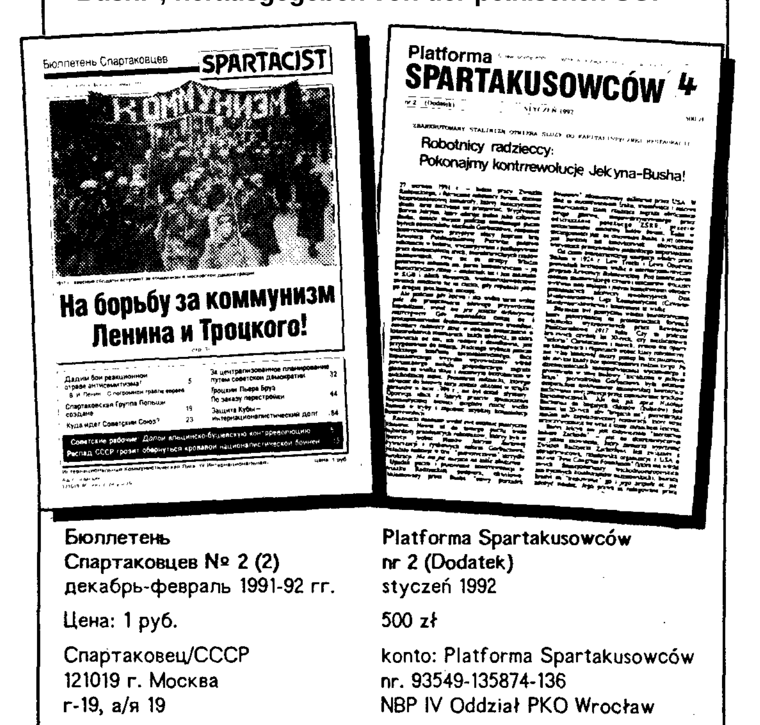
Während dieser Periode blieb die Slowakei eine bäuerlich geprägte, traditionell katholische Region unter der Herrschaft des dekadenten ungarischen Adels. Nach der Bildung eines gemeinsamen Staates im Jahre 1919 schauten die Tschechen auf ihre armen slowakischen Vettern wie auf von Priestern geplagte Bauerntölpel herab. Im Gegenzug gab es slowakische Ressentiments gegen die Vorherrschaft der selbstgefälligen, arroganten und wohlhabenderen Tschechen. Gegen Ende der 30er Jahre nutzte Hitler den nationalen Groll der Slowaken und auch der deutschen Minderheit aus, um den tschechoslowakischen Staat zu zerstückeln und die klerikalfaschistische „Republik der Slowakei" unter Monsignore Josef Tiso zu errichten. Das Tiso-Regime hat 75000 der 90000 Juden in der Slowakei umgebracht.

Die Schrecken der Nazi-Besetzung führten zu einer Stärkung der Linken, besonders der Kommunisten, sowohl unter den Tschechen als auch bei den Slowaken. 1944 wurde ein Aufstand unter der Führung der Kommunisten in der Slowakei von den Nazis niedergeschlagen (mit Stalins stillschweigender Duldung). 1945 gewann die tschechoslowakische Kommunistische Partei bei unzweifelhaft freien Parlamentswahlen die absolute Mehrheit. Als die Stalinisten 1948 mit dem „Prager Putsch" die Macht übernahmen, taten sie dies auf der Basis eines soliden Generalstreiks und unter Einsatz von Arbeitermilizen (die selbstverständlich unter einer strikten bürokratischen Kontrolle standen).

Die Spannungen zwischen der relativ rückständigen Slowakei (mit rund einem Drittel der Bevölkerung des Landes) und Böhmen/Mähren setzten sich auch im deformierten tschechoslowakischen Arbeiterstaat in der Periode nach 1948 fort. Diese Spannungen waren in der Tat ein wichtiger Faktor für das Auseinanderbrechen der stalinistischen Bürokratie, das 1968 zum „Prager Frühling" führte. Der Führer der „Reform"-Fraktion, Alexander Dubcek - der einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz" versprach —, war der Erste Sekretär der slowakischen Kommunistischen Partei. Nachdem die stalinistische Ordnung durch eine militärische Intervention der Kräfte des Sowjetblocks wiederhergestellt worden war, die damit ein Übergleiten in eine politische Revolution verhindern wollten, wurden große Anstrengungen unternommen, um die wirtschaftliche Rückständigkeit der Slowakei zu überwinden.

Das Pro-Moskau-Regime von Gustav Husak, selber ein Slowake, führte massive Industrialisierungen in der Slowakei durch und integrierte damit die Region in die sowjetische Wirtschaft. Riesige chemische Anlagen wurden gebaut, die billiges sibirisches Öl verarbeiteten. Rüstungsfabriken zur Versorgung des sowjetischen Militärs wurden in kleinen

***Bulletin Spartakowtsew.* „Kämpft für den Kommunismus Lenins und Trotzkis". „Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt die Konterrevolution von Jelzin und Bush!", herausgegeben von der polnischen SGP**


Бюллетень Спартаковцев SPARTACIST
На борьбу за коммунизм Ленина и Троцкого!
Platforma SPARTAKUSOWCÓW 4
Robotnicy radzieccy:
Pokonajmy kontrrewolucję Jelcyna-Busha!

Бюллетень Спартаковцев № 2 (2)
декабрь-февраль 1991-92 гг.
Цена: 1 руб.
Спартаковец/СССР
121019 г. Москва
г-19, а/я 19

Platforma Spartakusowców
nr 2 (Dodatek)
styczeń 1992
500 zł
konto: Platforma Spartakusowców
nr. 93549-135874-136
NBP IV Oddział PKO Wrocław



Reuters



AP

Während Marktwirtschaft Verelendung bringt, tragen nationalistische Slowaken faschistische Uniformen und Symbole. Polnischer Papst der Konterrevolution wird in Prag vom „liberalen" tschechischen Präsidenten Havel begrüßt

slowakischen Städtchen aufgebaut. Bis 1988 war das Pro-Kopf-Einkommen in der Slowakei auf beinahe 90 Prozent des Einkommens im tschechischen Gebiet angestiegen, verglichen mit 60 Prozent vier Jahrzehnte vorher, als die bürgerliche Ordnung gestürzt worden war. Heute wiederum bringt die Wiedereinführung des Kapitalismus gerade für die Slowakei katastrophale Auswirkungen mit sich.

„Sanfte Revolution" gebiert Arbeitslosigkeit und slowakischen Separatismus

Trotz der relativen wirtschaftlichen Prosperität in der Tschechoslowakei wurde das stalinistische Regime mit seiner massiven Unterdrückung weithin verachtet. Als im Herbst 1989 das Honecker-Regime in der DDR zu Fall kam und Gorbatschow sichtbar auch seinem Gegenstück in Prag die Unterstützung entzog, fegten Massenproteste und die Drohung eines Generalstreiks binnen weniger Wochen das stalinistische Regime hinweg. Das hastig gebildete Bürgerforum, mit Havel als seinem prominentesten Sprecher, diente der ganzen „demokratischen" Opposition als Dachorganisation, und nicht nur der. Der gesamte rechte Flügel der Bürokratie, unter der Führung des Ministerpräsidenten und Gorbatschow-Anhängers Marian Calfa, setzte sich zum Forum ab.

Im Bürgerforum, diesem Inbegriff einer Volksfront, fand sich die ganze Skala politischer Strömungen wieder, von ehemaligen liberalen Stalinisten wie Dubcek und Pseudotrotzkisten wie Petr Uhl bis zu antikommunistischen KJerikalisten und Fanatikern des „freien Markts" wie Kraus. Die Stimmung nationaler Einheit und Euphorie hielt sich bis zu den Parlamentswahlen im Juli 1990, die vom Bürgerforum mühelos gewonnen wurden. (Interessanterweise schnitt die übriggebliebene Kommunistische Partei überraschend gut ab und wurde zur zweitgrößten Partei sowohl im tschechischen Gebiet als auch in der Slowakei.) Der slowakische Flügel des Bürgerforums, genannt Bürger gegen Gewalt (VPN), schnitt bei den Wahlen erheblich besser ab als die separatistische Slowakische Nationalpartei und auch besser als die nationalistischen Christdemokraten. Dies änderte sich rasch und dramatisch, als sich die wirtschaftlichen Auswirkungen der „bürgerlich-demokratischen" Konterrevolution schnell fühlbar machten.

Im Anschluß an die Wahlen von 1990 gewann der extrem rechte Flügel des Bürgerforums um Finanzminister Kraus die Oberhand in der neuen herrschenden Gruppierung. Ein Schlüsselelement bei der Etablierung eines bürgerlichen Staats war die Säuberung aller ehemaligen Funktionäre der Kommunistischen Partei aus der Verwaltung, der Miliz und der Sicherheitspolizei. Unter dem Begriff „Lustration" (aus dem Lateinischen: „feierliche Reinigung" durch Sühneopfer) ist eine zunehmende Hexenjagd gegen Hunderttausende ehemalige KPler im Gange. Das erste „Sühneopfer" wurde im Januar 1991 der tschechische Umweltschutzminister Bodrich Moldan, ein langjähriger Dissident. Darauf folgte ein Schauprozeß gegen einige liberale Parlamentsabgeordnete des Bürgerforums, die das Manifest der Dissidenten, die Charta 77, unterzeichnet hatten. Jetzt gehen sie sogar gegen Dubcek vor.

Im Gleichschritt zur Säuberung von Roten hat die Prager Regierung mit dem Neujahrsbeginn 1991 eine wirtschaftliche „Schockbehandlung" nach polnischem Modell in Gang gesetzt. Das Trauma war besonders schlimm in der Slowakei, wo die Wirtschaft schon schwer unter dem Zusammenbruch des Handels mit der Sowjetunion leidet. Die Waffenfabriken, die das wirtschaftliche Leben vieler kleinerer Städte dominiert hatten, wurden dichtgemacht, weil sie „unprofitabel" seien. Die Arbeitslosigkeit, die 1989 noch praktisch bei Null gelegen hat, schnellte bis Ende letzten Jahres in der Slowakei auf 10 Prozent und in Böhmen und Mähren auf 4 Prozent empor.

Mit der zunehmenden Verelendung der Massen hat auch der slowakische Separatismus immer mehr zugenommen. Letzten März, als Havel in der slowakischen Hauptstadt Bratislava eine Rede hielt, stieß er auf einen Mob von psychotischen rechtsradikalen Nationalisten, die schrien: „Geh zurück nach Prag, du Jude!" (Havel ist natürlich nicht jüdisch.) Ungefähr zur gleichen Zeit spaltete sich der populäre und „populistische" VPN-Ministerpräsident der Slowakei, Vladimir Meciar, von Havel/Kraus ab und gründete eine neue Partei für den „Aufbau eines slowakischen Staats", um dessen Wirtschaft gegen die Vollstreckungsbeamten des „freien Marktes" aus Prag zu verteidigen. Im Anschluß an diese Spaltung wurde der christdemokratische

Fortgesetzt auf Seite 18

Osteuropa...

Fortsetzung von Seite 17

Führer Jan Carnogursky neuer slowakischer Ministerpräsident; eine seiner ersten Amtshandlungen waren Glückwunschtelegramme an die sezessionistischen Regime in Slowenien und Kroatien anläßlich ihrer Unabhängigkeitserklärung von Jugoslawien.

Ein Sprecher der VPN erklärte die Situation folgendermaßen: „Wenn Länder eine wirtschaftliche Krise durchmachen, werden die Menschen zu Nationalisten" (*Washington Post*, 28. Oktober 1991). Die Slowakei hat jedoch diese wirtschaftliche Krise nicht „durchgemacht", als wäre sie eine Naturkatastrophe. Dies ist ein von Menschenhand geschaffenes Desaster, eine Begleiterscheinung der Wiederherstellung des Kapitalismus. Aber die Wut und Empörung der slowakischen Werktätigen über die Verelendung durch den „freien Markt" wird in rechten Nationalismus kanalisiert, ausgedrückt in der öffentlichen Rehabilitierung von Monsignore Tiso, der 1947 als Kriegsverbrecher gehängt wurde. Als in Tisos Geburtsort im Dezember eine Gedenkplatte angebracht wurde, verteidigte der slowakische Ministerpräsident Carnogursky den klerikalfaschistischen Kriegsverbrecher mit dem Argument: „Tiso wird weithin angesehen als jemand, der als Bremse gegen eine noch weitergehende Germanisierung wirkte."

Anders als 1939 haben die slowakischen Separatisten jetzt nicht die deutsche imperialistische Armee zur Hand, die ihnen an die Macht verhelfen kann. Im Moment scheint die Stimmung unter den tschechischen Massen zu sein: wenn die Slowaken gehen wollen, dann halten wir sie nicht auf. Trotzdem ist es keineswegs garantiert, daß die nationale Aufteilung des tschechoslowakischen Staats friedlich vonstatten gehen würde. Mehr noch, die slowakischen Nationalisten könnten erleben, daß ihre gefährlichsten Feinde nicht die Tschechen, sondern ihre alten Herren, die Ungarn sind.

Ungarn im Mittelpunkt des mitteleuropäischen Irredentismus

Es gibt derzeit 700000 Ungarn in der Tschechoslowakei, zwei Millionen in Rumänien und 500000 in Jugoslawien. Jeder vierte ethnische Ungar lebt außerhalb der ungarischen Grenzen. Die Ursache dafür liegt in der Tatsache, daß Ungarn das Pech hatte, in beiden Weltkriegen auf der Seite der Verlierer zu stehen. Nach dem Ersten Weltkrieg, als das Habsburger Reich aufgeteilt wurde, verlor Ungarn ein größeres Gebiet an Rumänien, als in dem ungarischen Reststaat verblieb. Bis 1918 war die jetzige Hauptstadt der Slowakei, Bratislava, unter ihrem ungarischen Namen Pozsony bekannt, und eine Mehrheit ihrer Einwohner waren Ungarn.

Die traumatischen Auswirkungen durch die Niederlage im Krieg, noch verstärkt durch nationale Empörung über die Behandlung des Landes durch die siegreichen westlichen „demokratischen" Imperialisten, führten 1919 zu der kurzlebigen Ungarischen Räterepublik. Ihr hauptsächlicher Anführer, Bela Kun, war als russischer Kriegsgefangener für den Bolschewismus gewonnen worden. Eine blutige Konterrevolution, getragen von der rumänischen Armee, warf die Räterepublik nieder und installierte die faschistoide Diktatur von Admiral Horthy. Der weiße Terror der Horthy-Anhänger entfachte antisemitische Pogrome, in denen Tausende Juden ermordet wurden. Von der Konterrevolution 1919/20 bis zur Konterrevolution 1989 waren der Antisemitismus und der Antikommunismus in Ungarn, wie im übrigen Osteuropa, eng miteinander verknüpft.

In den 30er Jahren stellte sich das Horthy-Regime an die Seite von Nazi-Deutschland, und die ungarischen Pfeilkreuzler kämpften zusammen mit der Waffen-SS, als Hitler 1941 das Unternehmen Barbarossa gegen die Sowjetunion begann. Vier Jahre später zerschlug die Rote Armee die Nazi-Wehrmacht und befreite Ungarn vom Alptraum des Faschismus. 1947/48 führten die Stalinisten als Antwort auf den Druck des US-Imperialismus in Osteuropa eine *soziale Revolution durch, die bürokratisch von oben kontrolliert wurde.*

Die Deformationen waren in Ungarn besonders schwerwiegend. Das Regime des Erzstalinisten Matyas Rakosi war außerordentlich blutig, auch gegen kommunistische Mitstreiter, selbst wenn man den Standard der „Ära des Personenkults" anlegt, wie es später beschönigend genannt wurde. Das „Tauwetter" in der Sowjetunion nach Stalin zerschlug den totalitären Polizeistaatsapparat, der Rakosi und seine Mannen schützte. Im Oktober 1956 brach ein Aufstand der Bevölkerung gegen das verhaßte Regime aus, und Arbeiterräte übernahmen in Budapest und anderen größeren Städten die wirkliche Macht. Aber diese proletarisch-politische Revolution, der eine bolschewistische, internationalistische Führung fehlte, wurde durch den direkten Einmarsch der Roten Armee zerschlagen, dem ein monatelanger Generalstreik folgte.

Nach der Unterdrückung der Revolution brachte der Kreml den liberalen Stalinisten Janos Kadar an die Macht, der unter Rakosi im Gefängnis gesessen hatte und gefoltert worden war. In den frühen 60er Jahren versuchte Kadar, die Unterstützung oder wenigstens Akzeptierung durch die Bevölkerung zu erreichen, indem er das Konsumniveau anhob („Gulaschkommunismus") und die Kontrolle über das intellektuelle und kulturelle Leben lockerte. Um den Handel mit Westeuropa auszuweiten, führten die Budapester Stalinisten 1968 eine weitreichende Dezentralisierung und Marktmechanismen in die Wirtschaft ein. In den nächsten beiden Jahrzehnten führte dieser „Marktsozialismus" zu einer Zersplitterung der Bürokratie und zur Entstehung einer relativ großen Klasse von kapitalistischen Kleinunternehmern.

1989 brach die fraktionsgeplagte ungarische Bürokratie vollends als politische Kraft zusammen. Da es keine nennenswerte stalinistische Partei mehr gab und die Arbeiterklasse politisch passiv blieb, spalteten sich die Kräfte der Konterrevolution in Ungarn in Fraktionen auf, die sich spinnefeind gegenüberstanden — die Freien Demokraten und das Demokratische Forum —, sogar schon, bevor sie überhaupt an die Macht gelangten.

Die Freien Demokraten stützten sich zentral auf die westlich eingestellte Budapester Intelligenz, von der einige einen jüdischen Hintergrund haben. Sie treten ein für die schnelle Wiederherstellung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse und für die vollständige politische und wirtschaftliche Integration Ungarns in Westeuropa. Kurz, die Führer der Freien Demokraten sind aufstrebende Bürokraten, die gern in der „großen Politik" der EG mitspielen wollen. Im Gegensatz dazu ist das Demokratische Forum stark klerikal-nationalistisch. Sein Führer Josef Antall fordert eine Rückkehr zu „christlichen" Wertvorstellungen und

Schulungsreihe der SpAD

Für Massenmobilisierungen von Arbeitern und Immigranten, um die Faschisten zu stoppen!

Mittwoch, 6. Mai, 18.30 Uhr

Schlüssel zur Revolution: Bolschewistische Führung!

Mittwoch, 20. Mai, 18.30 Uhr

Linkstreff, Weddingstraße 6
1000 Berlin 65 (U-Bahnhof Nauener Platz)

eine „vereinte ungarische Nation". Die Wahlen im April 1990 waren von den antisemitischen Angriffen des Demokratischen Forums auf die Freien Demokraten beherrscht.

Das Programm des Demokratischen Forums, das die Wahl gewonnen hat, erklärt: „Ungarn muß Verantwortung übernehmen für die Situation der ungarischen Minderheiten, die außerhalb der Grenzen leben, und die dauernde Sorge für diese Minderheiten muß Teil der nationalen Strategie sein" (*East European Reporter*, Frühjahr/Sommer 1990). Jetzt wurde in Budapest auf Regierungsebene ein Amt gegründet, das diese „nationale Strategie" verfolgen soll.

Sprecher der ungarischen Volksgruppe in der Slowakei - etwa 12 Prozent der Einwohner — fordern Autonomie, falls sich die Region von der Tschechoslowakei abspaltet. Da die slowakischen Nationalisten kaum solch eine Autonomie gestatten werden, käme ein slowakischer, nationalistischer Staat sofort in einen Konflikt mit Ungarn.

Solch einen Konflikt gibt es bereits zwischen Budapest und Bukarest wegen der Ungarn in Transsylvanien. Im Volksaufstand 1989 gegen den blutigen und größenwahnsinnigen Despoten Ceaucescu kam es zur Einheit von Ungarn und Rumänen. Seitdem hat jedoch der Anstieg des rumänischen Nationalismus zu gewalttätigen Angriffen auf Ungarn und besonders auf Roma geführt. Im März 1990 wurden Ungarn von einem mit Äxten und Heugabeln bewaffneten rumänischen Mob überfallen, die in der transsylvanischen Stadt Tirgu Mures für das Recht auf ihre eigene Sprache demonstrierten; sechs Personen wurden ermordet.

Einige der Forderungen des Budapester Regimes gegenüber Rumänien - wie die Wiedereröffnung der ungarischen Schulen, die unter Ceaucescu geschlossen wurden, und Zweisprachigkeit im Behördenschriftverkehr — sind für sich genommen legitime und demokratische Rechte. Aber Antall & Co. erheben auch a/iridemokratische Forderungen, wie zum Beispiel Rumänen daran zu hindern, in mehrheitlich ungarische Dörfer zu ziehen. Die Schaffung von ungarischen Gettos in Transsylvanien kann nur die Feindschaft der Volksgruppen anfachen und verewigen. Inzwischen ist die Lage an der Karpatengrenze explosiv geworden.

Der Konflikt zwischen Ungarn und Rumänien ist bislang auf der diplomatischen Ebene ausgetragen worden. Gegenüber Jugoslawien, wo es in der nördlichen Region der Wojwodina eine große ungarische Minderheit gibt, ist das Antall-Regime einen Schritt weiter gegangen. Dort haben die Ungarn (wie 1914 und 1939) die schweren Geschütze des deutschen Imperialismus auf ihrer Seite. So lieferte Budapest Waffen an das kroatische sezessionistische Regime, das gegen die Serben und die jugoslawische Armee kämpfte, während Antall darüber spekulierte, daß die Wojwodina „eines Tages wieder" zu Ungarn gehören könnte. „Eines Tages" bedeutet: nach einem Krieg mit Serbien, falls Ungarn den Sieg davonträgt.

Daß Ungarn in nicht ferner Zukunft mit drei seiner Nachbarn Kriege führen könnte, unterstreicht den blutrünstigen Nationalismus, der von der kapitalistischen Konterrevolution entfesselt wird und der die Konterrevolution vorantreibt. Solche Tendenzen werden unvermeidlich durch die Manöver und Eingriffe der westlichen imperialistischen Mächte geschürt werden, die sich als zunehmend feindlichere Rivalen über die Beute des „nachkommunistischen" auseinanderfallenden Osteuropas in die Haare kriegen werden. Aber selbst wenn solche Kriege irgendwie vermieden werden könnten, würde der Triumph des „nationalen Prinzips" unter den neuen, „demokratischen" Ordnungen für Millionen Angehörige der Minderheiten, die es in jedem osteuropäischen Land (und praktisch überall sonst in der heutigen Welt) gibt, die völlige Besitzlosigkeit oder Schlimmeres bedeuten.

Der revolutionäre Kampf gegen die Verelendung durch den „freien Markt" muß eng verbunden werden mit dem Kampf gegen alle Arten von Nationalismus, gegen Antisemitismus, gegen Überfälle auf Sinti und Roma und eingewanderte Arbeiter, gegen religiöse Bigotterie. Für die Wiederschmiedung wirklich kommunistischer Parteien in Osteuropa, die sich die internationalistischen Prinzipien von Lenin, Trotzki, Rosa Luxemburg und Christian Rakowski zu eigen machen!

Teil II dieses Artikels wird sich mit Stalinismus, Nationalismus und Konterrevolution auf dem Balkan befassen.

Übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 547, 20. März*

Institut...

Fortsetzung von Seite 2

Werktätigen, und dies ist für die Bourgeoisie unerträglich. Der Staat will alle Akten an sich reißen und sie benutzen, allein um die antikommunislische Hexenjagd zu nähren. Er will alle, die gegen die Bourgeoisie kämpften, aus dem Gedächtnis auslöschen und die Arbeiterbewegung in ihren gegenwärtigen und künftigen Kämpfen lahmen. Die Nazi-Verbrecher dagegen schützt er bis heute und hält die Akten unter Verschluß.

Diese ungeheuerliche Provokation lief an nach sorgfältiger Vorbereitung und Koordinierung. Die Überschrift der *Berliner Morgenpost* vom 29. März: „Nur im SED-Parteiarchiv finden wir die wirklich Verantwortlichen". Radio und Fernsehen wiesen während der Razzia provokativ auf angebliche „DDR-Regierungskriminalität" und „Verbrechen gegen DDR-Bürger" hin. Die PDS wußte eine Woche im voraus von den Durchsuchungsplänen, weigerte sich aber, etwas dagegen zu tun.

Für die organisierte Arbeiterbewegung, für Wissenschaftler und Forscher, fUr all diejenigen, die ein Interesse an der Geschichte der proletarischen, kommunistischen und antifaschistischen Kämpfe in Deutschland haben, kann es nur eine klare und bündige Antwort daraufgeben: Nein!

Zusammen mit der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, der einzigen Partei, die von Anfang an ohne Wenn und Aber gegen die kapitalistische Wiedervereinigung kämpfte, protestieren wir aufs energischste gegen die obszöne Terror-Aktion gegen die PDS-Archive und die Archive ihrer Vorläuferpartei, der SED. Das Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, mit Bibliothek und Archiv, gehört nicht nur der deutschen, sondern auch der internationalen Arbeiterklasse. Wir haben großen Respekt vor den gewissenhaften und unermüdlichen Bemühungen der Leitung und des Personals des IfGA, dessen Sammlungen aufrechtzuerhalten unter den unerträglichen Bedingungen, die die Restauration des Kapitalismus in der DDR mit sich gebracht hat. Wir teilen mit ihnen die tiefen Sorgen um das weitere Bestehen des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung als integraler Einheit, offen für alle, die sich für die Arbeiterbewegung interessieren. Wir appellieren an alle, die diese Sorgen teilen, bei der Berliner Justizbehörde Protest einzulegen. Protestschreiben sollten adressiert sein an: Frau Jutta Limbach, Senatsverwaltung für Justiz, Salzburger Straße 21-25, 1000 Berlin 62, Fax-Nr.: (Westberlin) 783-3936. Schickt eine Kopie bitte an die Betroffenen: Frau Dr. Inge Pardon, Leiterin des Zentralen Parteiarchivs im Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, Wilhelm-Pieck-Straße 1-3, 1054 Berlin, Fax-Nr.: (Ostberlin) 2814186, sowie eine weitere Kopie an: Komitee für soziale Verteidigung, c/o B. Fiedler, Postfach 111748, 2000 Hamburg 11, Fax-Nr.: (Hamburg) 330154.

Werner Brand, Komitee für soziale Verteidigung

Martha...

Fortsetzung von Seite 11

es Che und Fidel waren), im Gegensatz zu den in die Jahre gekommenen Stalinisten im Kreml. Also erklärten die Staatskapitalisten/Sozialdemokraten, um nicht außen vor zu bleiben und den Roten das Feld zu überlassen, den Vietnamkrieg zu einem Kampf um nationale Befreiung. Die Stalinisten gaben diese gleiche Linie auf ihre Art wieder mit ihrer Politik der „friedlichen Koexistenz" und gaben den Stalinisten in Hanoi unkritisch politische Unterstützung. Die Liberalen standen in tausenderlei Schattierungen auf Pazifismus (der sich später gegen die Vietnamesen richten ließ â la Jane Fonda). Ein liberaler Flügel der Bourgeoisie, der einerseits nach der Zerschlagung der indonesischen KP erleichtert aufseufzte, andererseits aber nach der eindrucksvollen Tet-Offensive des Vietkong in Deckung ging, bezog eine defätistische Position zum Krieg, besorgt über soziale Explosionen im eigenen Land. All dies bedeutete Volksfront, und zwar eine große — der soziale Druck, keine *Klassenlinie* zum Vietnamkrieg zu beziehen, war recht stark. Die Pseudolinken hüllten sich in alle mögliche radikale Phraseologie, aber „Militärischer Sieg für die FNL" und „Ganz Indochina muß kommunistisch werden" - niemals! Und im Kampf gegen diese Scheiße ist Martha nie zurückgewichen. Martha starb in Moskau im Kampf für das gleiche Programm, zu dem sie gewonnen worden war, das Programm, das sie gegen die Renegaten und Pseudolinken der 60er Jahre verteidigt hatte, die sich weigerten, an der Seite der vietnamesischen Arbeiter und Bauern gegen ihre eigene Bourgeoisie zu stehen.

Als nach vielen Jahren des Kampfes, die Partei im Bauch des imperialistischen Monsters aufzubauen, die Pflicht rief, in die Sowjetunion zu gehen, meldete sie sich freiwillig, nachdem sie sich ernsthaft auf diese Arbeit vorbereitet hatte. Aber „freiwillig" ist noch harmlos ausgedrückt. Sie war wild entschlossen, zu gehen und zu helfen, Lenins Partei wiederaufzubauen, und wir hätten sie in Ketten legen müssen, um sie davon abzuhalten. Marthas politischer Werdegang begann also in Madison und endete viel zu früh und auf tragische Weise in Moskau. Aber genau dort wollte Martha sein.

Diese Welt ist ein viel dunklerer, grausamerer und sicherlich einsamerer Platz ohne sie. Sie war eine enorm warmherzige und großzügige Frau mit einem ausgelassenen Sinn für Humor. Sie liebte ihren Sohn Lael zutiefst, und sie war dieser Partei und ihren Genossen gegenüber auf machtvolle Weise loyal. Martha stand mitten im Leben und lebte es voll aus — es hätte viel länger dauern sollen. Das Proletariat hat ein langes Gedächtnis, und Martha, zusammen mit unseren anderen gefallenen Genossen, wird nicht vergessen werden. Ich glaube, ihr Herz und ihr Geist werden in Moskau bleiben, irgendwo in der Nähe der Kremlmauer, zusammen mit Big Bill Haywood und John Reed.

Jim Robertson (Spartacist League/U.S.): Ich spreche hier, weil ich einige harte Dinge ansprechen möchte. Jemand hat sie ermordet. Und andere Genossen werden auf ihre besonderen Eigenschaften als Persönlichkeit und Genossin eingehen.

Als sie starb, reagierte ich zuerst wie wohl alle hier, indem ich über die vielen Jahre nachdachte, in denen ich sie gekannt habe, mit ihr zusammengearbeitet habe und in denen sie mir immer sehr nahe stand. Und dann beschäftigte ich mich mit den Folgen von Marthas Tod, weil ich ein Berater für unsere russische Arbeit bin und weil es ein Problem gab, überhaupt eine Autopsie zu bekommen, um zu beweisen, daß sie ermordet wurde. Und das hat mich in einer Art berührt, wie es mir normalerweise nicht passiert. Wenn Genossen sterben, hatte ich dieses unkontrollierbare Gefühl, daß sie einfach weggegangen sind und ich sie nie wiedersehen werde. Aber ich mußte zur Kenntnis nehmen, daß Martha nicht einfach gestorben ist, sondern daß sie ermordet wurde. Man kann aus 11000 Kilometer Entfernung nicht viel machen, aber ich habe versucht, meinen Pflichten in dieser Beziehung nachzukommen. So, das sind die schweren Brocken.

Nun, als Hintergrundinformation, nachdem wir 1983 das FBI verklagt hatten, haben sie beteuert, daß sie uns in Ruhe lassen würden. 1981 brachte das *Wall Street Journal* einen Leitartikel, der ankündigte, „wir werden euch drankriegen", weil wir uns gegen Lech Walesa und Solidarnosc gestellt hatten. Etwa zur gleichen Zeit bekam der Vorsitzende unserer deutschen Sektion in Frankfurt/Main von einigen verrückten, mordlustigen rechten Afghanen ein Messer in den Rücken, mit der Absicht, ihn umzubringen. Und es ist dann nicht mehr viel passiert. Aber es scheint, daß die amerikanische Bourgeoisie gegenüber dem Osten sehr empfindlich ist, obwohl ich denke, daß sie hauptsächlich mit der deutschen Kapitalistenklasse rivalisieren.

Nun ist dies nur Hintergrund. Ich habe keine Verbindungsglieder zwischen dem, was ich gerade gesagt habe, und dem Mord an Martha Phillips. Und ich möchte jeden daran erinnern, daß zwar die Geschichte keine Verschwörung ist, wie es Henry Ford und die Faschisten denken, daß es aber Verschwörungen in der Geschichte gibt. Sie war also in einem sehr empfindlichen Arbeitsbereich, nicht nur in Moskau, sondern in sechs anderen sowjetischen Städten, und befand sich deshalb in einer exponierten Position.

Die persönlichen Wertschätzungen, die ich gelesen habe, und diejenigen, die, wie ich dachte, am besten die Qualitäten von Martha Ann Phillips als Mensch, Familienmitglied, Freundin, liebende Frau und Genossin ausdrückten, waren die persönlichen Würdigungen, die von Sam und von Liz geschrieben wurden, und ich möchte diese besonders empfehlen. In diese Richtung wollte ich eigentlich reden, statt über diese anderen Dinge.

Nun, wir haben ein kleines Hauptquartier in der Moskauer Station, der Mensch, der dort lebte, hat das Land für eine Weile verlassen, und Martha, die recht krank war, ist dort eingezogen, sie war auf dem Wege der Besserung, sowohl nach den medizinischen Untersuchungen wie auch nach ihrem persönlichen Empfinden. Und als wir hörten, sie sei friedlich gestorben, haben wir nur deshalb eine Autopsie verlangt, weil wir nicht verstanden, warum sie gestorben sein sollte, wo es ihr doch besser ging. Wir wiederholten diese Anfrage, während das State Department ihrer Familie erzählte, daß Russen schlimme Autopsien durchführen, und ihr davon abriet. Die Moskauer Miliz, die lokale Polizei, führte schließlich eine Autopsie durch, was normalerweise eine Routineangelegenheit ist, und fand heraus, daß Martha sowohl erdrosselt als auch erstochen wurde. Es war Mord. Als es endlich bekannt wurde, daß Martha ermordet worden war, fing die Miliz sehr spät mit kriminalistischen Untersuchungen an — sie versiegelte die Wohnung, befragte Zeugen usw. Und die Umstände sind für uns wirklich sehr undurchsichtig. Genossen waren am Abend vorher bis 23.00 Uhr mit ihr zusammen. In der Wohnung, in der es einen Raum mit einem Büro gab, war eine ungeöffnete Flasche Wodka. Genossen kamen um 8.00 Uhr zurück, weil es irgendeine Demonstration gab. Man nahm an, daß Martha immer noch zu krank sei, um teilnehmen zu können, obwohl sie das gern tun wollte, weil sie sich besser fühlte. Diese Flasche Wodka war ungewöhnlich geöffnet worden, anders, als man es üblicherweise tut. Martha lag im Bett, anscheinend friedlich gestorben.

Und ich habe jetzt keine Grundlage, um zu spekulieren. Es könnte jemand aus unserem Umfeld sein, aus persönlichen Gründen oder ein Provokateur. Wir hatten einigen Streit mit Pamjat. Die Unabhängige Bergarbeitergewerk-

schaft im Kusbass wird direkt aus Washington angeleitet, durch einen russischen Faschisten und die CIA; wir intervenierten und wir kamen ihnen in die Quere [siehe „Soviet Miners Strike Amidst Perestroika Turmoil" (Sowjetische Bergarbeiter streiken inmitten der Wirren der Perestroika), *Workers Vanguard* Nr. 522, 15. März 1991]. Es gibt viele andere Möglichkeiten. Moskau ist nicht gerade New York — das heißt, man kriegt in Moskau auf der Straße kein Messer zwischen die Rippen, obwohl es infolge der Verarmung immer häufiger zu Raubüberfällen kommt. Aber es war überhaupt nicht diese Art von Mord. Und die simple Wahrheit ist, wir wissen es nicht.

Aber wir verfolgen das. So etwas wie Rechtsanwälte und private Ermittler sind in den letzten 40 oder 50 Jahren ziemliche Ausnahmen in der Sowjetunion, aber es gibt sie und wir setzen sie ein. Wir versuchen, mit der Miliz zusammenzuarbeiten, unter der Annahme, daß ihr Interesse nicht einfach eine Hexenjagd auf unsere Organisation ist. Wir sind politisch ganz entschieden aufgefallen, weil wir Trotzkisten sind: die Leute, die gegen Jelzin und die kapitalistische Restauration stehen. Deswegen schöpft man natürlich Verdacht. Aber ich fordere die Genossen auf, nicht paranoid zu werden. Laßt uns lieber mehr Beweismaterial zusammentragen, wenn das möglich ist.

Aber eines weiß ich genau, und zwar, daß Martha auf ihrem Posten starb, sie tat, was sie tun wollte und tun sollte in dem Bemühen, die russische und internationale Arbeiterklasse zu befreien. Und das ist die Wahrheit.

Max Schütz (Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands): Hier, vor den Denkmälern für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht [Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde], ist es in der Tat angemessen, daß wir unsere Genossin Martha Phillips ehren. Wenn wir die „Drei L" ehren, ehren wir in Lenins Tradition auch alle Genossen, die im Kampf für eine kommunistische Zukunft auf ihrem Posten gestorben sind.

Ich bin froh, daß ich Martha kannte, als sie in der SWP ihren Weg zur Politik der Spartakisten freikämpfte. In vieler Hinsicht spiegelte ihr eigener politischer Kampf die Ursprünge unserer Tendenz wider. Martha kämpfte für eine proletarische, revolutionäre Perspektive, genau wie es die Revolutionary Tendency ein Jahrzehnt vorher getan hatte. Und das in einer Partei, die noch weiter degeneriert war, als sie in die 70er Jahre eintrat. Trotzdem existierte in der SWP noch eine Generation von Cannons Mitarbeitern, die nicht alles vergessen hatten. Martha kehrte zurück zu James P. Cannon, der Trotzkis engster Mitarbeiter gewesen ist, der Autor des Buches *Der Kampf für eine proletarische Partei.*

Wegen ihrer intellektuellen Hartnäckigkeit und Ehrlichkeit ging sie bald über die partielle Annäherung an die Schule Cannons hinaus, die die damalige Proletarian Orientation Tendency darstellte, und sie wies die impressionistischen und flüchtigen linken Gebärden der Mandelianer zurück. Sie besaß auch etwas anderes, das jenen Strömungen fremd war: einen tiefen Klassenhaß gegen alle Formen der sozialen Unterdrückung und ein Gespür für die Partei als leninistischen Volkstribun.

Durch ihr Studium der marxistischen Klassiker und durch die sorgfältige Prüfung und Dokumentierung der Auseinandersetzungen innerhalb der marxistischen Bewegung bereicherte Martha nicht nur die PRL, sondern auch viele Bereiche unserer Arbeit. Dies trug dazu bei, ihre solide theoretische und programmatische Verwurzelung zu vertiefen. So war ihr ganzes politisches Leben in einem Sinn die Vorbereitung für ihre letzte Aufgabe, und es führte sie dazu, angesichts der jüngsten Entwicklungen in Osteuropa und der Sowjetunion den Impressionismus und Defätismus zurückzuweisen. Sie sah nicht nur die Gefahren, sondern auch eine machtvolle Bestätigung des trotzkistischen Programms. Sie sah die Herausforderung und die Möglichkeit, die Partei der Russischen Revolution im Land des Oktober neu aufzubauen. Sie wurde zu einem Glied in jener ungebrochenen Kette der Kontinuität mit den „Drei L".

Besonders hier an diesem Ort muß man mit Verbitterung daran denken, daß Martha — eine jüdische Kommunistin — wie Liebknecht und wie Luxemburg auf dem Höhepunkt ihrer politischen Effektivität ermordet wurde. Wir sind einer geschätzten Genossin und eines engen Freundes beraubt worden. Das macht uns noch entschlossener, sie zu ehren und die Arbeit vorwärts zu tragen, der sie ihr Leben widmete. •

Befreiung der Frau...

Fortsetzung von Seite 4

unsozialen Charakter dieses Staates beweisen. Sicherlich war es vielen Frauen von Anfang an klar, was nach der Einverleibung der DDR durch die deutsche Bourgeoisie geschehen wird, und sie sind zumindest massenhaft auf die Straße gegangen. Selbst die, die Illusionen in eine kapitalistische Wiedervereinigung hatten, haben begriffen, was sie verloren haben.

Ich denke auch, daß es ganz wichtig ist, daß Frauen, die bereits in einem Arbeiterstaat, wenn auch deformiert, gelebt haben, anderen Frauen dieses Bewußtsein vermitteln und ihnen verdeutlichen, wo der Weg der Befreiung der Frau verläuft.

Beeindruckt war ich über das Interview mit den beiden sowjetischen Frauen im *Spartakist* Nr. 93. Mit ihnen sprach Martha Phillips, an die wir heute ganz besonders denken. Auch diese Frauen, mit denen sie sprach, haben begriffen, welche Gefahr die Konterrevolution für die Arbeiter und besonders Arbeiterinnen in der Sowjetunion bedeutet. Sie verteidigen die sozialen Errungenschaften, die sie der Oktoberrevolution ihrer Großmütter und Großväter verdanken zu haben. Sie schätzen die derzeitige Lage in der Sowjetunion richtig ein und bekennen sich als Kommunisten.

Um die völlige Befreiung der Frau zu erreichen, muß die Arbeiterklasse unter Führung einer revolutionären Partei in den deformierten Arbeiterstaaten die politische Macht ergreifen und in den imperialistischen Ländern eine Revolution, die die politischen und sozialen Verhältnisse zugunsten des Proletariats verändert, durchführen. Das heißt, gegen die doppelte Ausbeutung der Frau als Arbeiterin sowie als Hausfrau und Mutter ist zu kämpfen, nicht in einer separaten Frauenbewegung — denn dann wäre die Gefahr zu groß, feministisch zu denken und zu handeln, nämlich gegen den Mann und nicht gegen den eigentlichen Feind, nämlich die Bourgeoisie -, sondern geführt durch eine internationale kommunistische Partei mit einem bolschewistischen Programm, so wie sie die SpAD aufbaut.

Für die Vergesellschaftung der Hausarbeit, die Vergesellschaftung der Kinderbetreuung usw.!

Meine Botschaft, am heutigen Internationalen Frauentag gerichtet an alle Frauen, aber besonders an die werktätigen Frauen und Hausfrauen in der Sowjetunion:

Seid euch euer Kraft bewußt, ihr seid die Unterdrücktesten der Unterdrückten, nehmt das nicht länger hin, wehrt euch gegen Ausbeutung und Unterdrückung, gegen die Konterrevolution der Jelzinisten.

Es waren schon einmal Frauen, mit deren Streik am Internationalen Frauentag 1917 die Revolution im damaligen rückständigen Rußland ihren Anfang nahm!

Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!«

Verteidigt Immigranten...

Fortsetzung von Seite 1

„Zählappelle", Johannes Rau und Lafontaine waren die Vorreiter von Massenabschiebungen von Roma und Sinti, national machen sich die Sozialdemokraten für Sammellager im Stil von KZs stark. Gleichzeitig druckt die Ost-Kopie der SPD, die PDS, in *Neues Deutschland* ein Interview mit dem SS-Schläger Schönhuber ab und hetzt für noch massivere Polizeieinsätze gegen Hütchenspieler.

Selbst die heuchlerische Opposition der SPD über eine Grundgesetzänderung entfällt: „An Kopf und Kragen pakken und raus damit", so def SPD-Fraktionschef in NRW Farthmann. Die gleichen Sozialdemokraten, die von ihren DGB-Sesseln aus jeden Streik ausverkauft haben — von Hennigsdorf über die Werften bis zu den Stahlkochern an der Ruhr —, führen die schmutzige Abschiebekampagne an, um die Flüchtlinge zu Sündenböcken für die Massenarbeitslosigkeit und Wohnungsnot des Vierten Reichs zu machen.

Revanchismus und faschistischer Terror sind die „Begleitmusik" der Weltmacht-Ambitionen des deutschen Imperialismus. Sie verbreiten Elend und blutige nationalistische Bürgerkriege in Osteuropa und gieren danach, auch die Sowjetunion ausplündern zu können. Zu Hause entfachen sie rassistischen Terror gegen Flüchtlinge, die diesem Elend entfliehen möchten. Faschistische Überfälle bis zu dem Pogrom in Hoyerswerda und den rassistischen Morden an unseren Kollegen Jörge Gomondai und Mete Eksi sind die Folgen der Konterrevolution, die die DDR zerstört hat.

Mit dem täglichen Trommelfeuer von Stasi-Hexenjagd und kalkulierter rassistischer Kampagne wird die Arbeiterklasse in Ost und West, Deutsche und Immigranten, aufgehetzt. So heizte ein *Spiegel*-Titelblatt direkt zu den Wahlen erneut die Kampagne an und betrieb praktisch faschistische Angstmacherei — nachdem er schon vor Monaten den rassistischen Schlachtruf „Das Boot ist voll" verbreitete. Die Arbeiterbewegung muß mobilisiert werden, um für volle Staatsbürgerrechte für Immigranten und Asylsuchende zu kämpfen. *Um sich zu verteidigen, muß die Arbeiterklasse den Angriff auf das Asylrecht zurückschlagen und alle Immigranten verteidigen!* Dafür kämpfen die Spartakisten.

Jetzt ruft Björn Engholm zu „Schweiß und Tränen" auf. Doch durch ihre „Große Koalition" in der Treuhand führt die SPD schon längst gemeinsam den Kahlschlag gegen die Arbeiter im Osten, wo es jetzt fünf Millionen Arbeitslose auf einem Gebiet gibt, wo vorher *niemand* arbeitslos war. Die wütende Hexenjagd der SPD diente dazu, die Arbeiter einzuschüchtern und ihren Widerstand zu brechen.

Bisher sind die Kapitalisten vor einer Kraftprobe mit den Arbeitern im Westen und ihrem kämpferischen Bestandteil an eingewanderten Arbeitern zurückgeschreckt, wie Anfang des Jahres bei dem von Rau und Steinkühler in letzter Minute abgebogenen Stahlstreik. Aber jetzt glaubt Kohl, einen Frontalangriff auf die ÖTVler starten zu können, um den Öffentlichen Dienst als Keil gegen die schweren Bataillone der IG Metall zu verwenden. Er hat den ÖTV-Streik zur „Chefsache" erklärt und den Mund reichlich voll genommen: „Ich bin nicht Willy Brandt"; 1974 kippte ein nur dreitägiger Streik der Müllmänner und Busfahrer den SPD-Kanzler. Auch diesmal kann es dem Kanzler den Kragen kosten, aber dazu braucht die Arbeiterklasse eine Führung, die als Volkstribun aller Unterdrückten entschlossen ist, den notwendigen harten Klassenkampf zu führen.

Beim Öffentlichen Dienst sind die Bosse die Regierung, und die SPD sitzt auf beiden Seiten des Verhandlungstisches. Monika Wulf-Mathies war schon bei der Schlichtung bereit, die Arbeiter für ein paar Pfennige auszuverkaufen, sie steht seit Monaten an der Spitze der Hexenjagd, mit der Tausende gefeuert wurden. Und in der SPD-Hochburg Hamburg wurden die Arbeiter des wichtigsten deutschen Hafens wegen ihrer massiven Streikbereitschaft hinterrücks ausverkauft, um zu verhindern, daß der Tarifkampf mit einem Knall anfängt. Inzwischen bleibt der DGB auf seinen zynischen Ersten-Mai-Aufrufen sitzen: Ihre Parole „Teilen verbindet" verbindet Kohl, Möllemann und die Treuhand mit der SPD/DGB-Spitze gegen die Arbeiter.

Busfahrer, Müllmänner und Krankenschwestern müssen den Kampf um gleichen Lohn für gleiche Arbeit aufnehmen. Die DGB-Bürokraten sorgen dafür, die Spaltung in Ost- und Westlöhne aufrechtzuerhalten, mit der billige Arbeitskräfte gegen eingewanderte Arbeiter ausgespielt werden. Wulf-Mathies will die tödliche Spaltung in Ost und West beibehalten, doch schon ein Blick auf die Berliner U-Bahn zeigt, daß ein Funke ausreichen könnte, um einen stadtweiten Streik zu entfachen. Ein gemeinsamer Streik aller ÖTVler im Westen und Osten würde das Land wirklich erschüttern und die Macht der Arbeiterklasse zeigen.

Statt Mehrarbeit bei Massenarbeitslosigkeit, wie Engholm sie fordert, kämpfen wir für die Aufteilung der Arbeit auf alle Hände, für eine gleitende Skala der Löhne und der Arbeitszeit. Zehntausende von zusätzlichen Arbeitsplätzen sind nötig, um ein umfangreiches Programm von öffentlichen Arbeiten für Wohnungsbau, im Gesundheitswesen und bei der Kinderversorgung durchzusetzen, wo immer weitere Stellen gestrichen werden. Vor allem die Frauen, die die Mehrheit der Arbeitslosen ausmachen und die hinter den Herd verbannt wurden, können dabei nur gewinnen.

Bei Streiks wie 1987/88 in Krupp-Rheinhausen und Besetzungen wie bei der HDW-Werft 1983 standen Immigranten genau wie die Frauen in vorderster Reihe. Im Kampf zur Verteidigung des Lebensunterhalts der Werktätigen müssen Massenstreikposten gebildet werden, die auch die eingewanderten Kollegen und Flüchtlingswohnheime gegen Nazi-Terror und staatlichen Rassismus verteidigen. Doch dies kann *nur gegen* die nationalistische sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie durchgesetzt werden, durch gewählte Streikkomitees der entschlossensten Arbeiter.

Die Stalinisten haben die Planwirtschaft in Mißkredit gebracht, aber es ist genau notwendig, die Bourgeoisie zu enteignen und eine geplante Wirtschaft auf der Grundlage von Arbeiterräten aufzubauen. Dafür brauchen die Arbeiter ihre eigene Partei, eine internationalistische Arbeiterpartei wie die von Lenin und Trotzki — die die bewußtesten Arbeiter einschließt, türkische, kurdische, jugoslawische und deutsche, und die für eine solche Arbeiterregierung kämpft. Die SpAD kämpft dafür, eine solche Partei aufzubauen.»

Kurdistan...

Fortsetzung von Seite 24

Mittlerweile ist die Türkei auch Schlachtfeld in der Konkurrenz zwischen den US- und den deutschen Imperialisten geworden, die ihre eigenen großtürkischen Ambitionen in Richtung der turksprachigen Gebiete der Sowjetunion haben. Der Massenmord im Irak letztes Jahr war die Eröffnungsschlacht für Bushs „Neue Weltordnung". Deshalb rief die Internationale Kommunistische Liga zur Niederlage des US/NATO-Imperialismus und zur Verteidigung des Irak auf. Diejenigen linken und kurdischen Gruppen, die an den „guten Willen" der Imperialisten und ihrer UNO-Gehilfen appellierten, müssen den Folgen des US/NATO-Sieges ins Auge sehen: Die Kurden, entwaffnet und verhungernd, in Konzentrationslager getrieben, während die schwer bewaffnete Türkei zusammen mit Irak und Iran die Massenabschlachtung fortsetzen. Kohl/Genscher sorgen sich darüber, daß ein kurdischer Aufstand die neokoloniale Regierung auseinanderjagen könnte.

Freiheit für Kurdistan durch Permanente Revolution

Das bestialische Newroz-Massaker entfesselte Protestdemonstrationen in ganz Westeuropa. Im Aufruf zur Demo am 30. März in Berlin, unterschrieben u. a. von der PDS, appellierte die PKK „an die Weltöffentlichkeit", sich „für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes, welches für andere Völker (z. B. ehemal. Sowjetunion und Jugoslawien) selbstverständlich ist, auch im Falle des kurdischen Volkes einzusetzen".

Angesichts des Zierfalls der Sowjetunion setzte PKK-Generalsekretär Abdullah Öcalan diese mit dem „extremen Zentralismus" der türkischen Regierung gleich: „Schauen wir uns das Beispiel Jugoslawien an, das sowjetische Beispiel ... den Zustand des französischen, des englischen Kolonialismus ... die extreme zentralistische Haltung hat verloren" (*Kurdistan Report*, Januar). Statt dessen befürwortet er für das kurdische Volk eine „föderalistische Lösung" wie das wiedervereinigte kapitalistische Deutschland! Aber es war die Sowjetunion, die zum ersten Mal einen unabhängigen kurdischen Staat zu einer wirklichen Möglichkeit machte: die Republik Mahabad, die durch die Intervention der Roten Armee in den Iran 1946 geschaffen wurde.

Im Namen des „Selbstbestimmungsrechts" wird heute Jugoslawien mit mörderischem nationalistischen Grauen überzogen, und Jelzin ist finster entschlossen, auch die Sowjetunion in die konterrevolutionäre Katastrophe zu treiben und der kapitalistischen Ausbeutung preiszugeben.

Wieder einmal demonstriert das kurdische Volk sein unermüdliches und heroisches Verlangen, die Ketten der nationalen Sklaverei zu zerschlagen. Doch einmal mehr wird es in eine tragische Sackgasse geführt. Die nationalistische PKK-Strategie des „Volkskriegs" kann das Rückgrat des imperialistisch gestützten türkischen Staates nicht brechen. Doch sogar in ihrem Nationalismus kapituliert die PKK vor ihren eigenen Henkern, indem sie nur „Autonomie" fordert - sie unterscheidet sich dabei nicht von Talabani und anderen irakischen kurdischen Nationalisten. Sie nennt die Demirel-Regierung „faschistisch-kolonialistisch", doch nur, um ein Volksfront-Bündnis zu schließen mit der sozialdemokratischen kurdischen Partei HEP. Die HEP wiederum war über die bürgerliche SHP an dieser Regierung beteiligt, ein „Erfolg", wie die PKK jubelt. Während Demirel für das Newroz-Massaker Truppen nach Kurdistan entsandte, überreichte ihm die HEP Blumen! Dies ist wahrlich eine syphilitische Kette des Opportunismus!

Die Spartakist-Arbeiterpartei nahm an Protestaktionen in Berlin und Hamburg teil und erhob die Forderungen: „Viertes Reich = Pate des Völkermords an den Kurden - Verteidigt die PKK!", „Für Arbeiteraktion, um Waffenlieferungen an die Türkei zu stoppen!" Wir trugen Plakate mit den Losungen: „Stoppt die Nazis durch Arbeiter/Immigrantenmobilisierung!" und forderten: „Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten!"

Bei einer Veranstaltung der SpAD in Berlin am 1. April erklärte Renate Dahlhaus:

> „Wir Spartakisten standen von Anfang an zur Verteidigung des Kampfes der Kurden für ihre nationale Befreiung. Und sie können dies nur, wenn sie in eine Allianz treten mit der sozialen Kraft, die in der Lage ist, ihr Schicksal endgültig in die Hand zu nehmen. Das ist die Arbeiterklasse. Die Kurden sind ein Volk von über 20 Millionen, verteilt auf vier kapitalistische Staaten: Iran, Irak, Türkei und Syrien, während 500000 Kurden in Deutschland leben und in den wesentlichen Zentren der Industrie beschäftigt sind: im Ruhrgebiet, bei Auto, Stahl, Werften und Textil. In Berlin allein leben 40000. Dies macht einen großen Bestandteil und wichtigen Kern der Arbeiterklasse in Deutschland aus."

Notwendig ist eine internationalistische proletarische Strategie: Als vor einem Jahr die türkischen Bergarbeiter von Zonguldak einen machtvollen Streik durchführten und einen Marsch auf Ankara begannen, hätten kurdische Militante diesen Streik mit allen Mitteln unterstützen und als großartige Chance für ihren Kampf um nationale Selbstbestimmung begreifen müssen. Kurdistan zu befreien bedeutet den Sturz von vier kapitalistischen Regierungen in der Region. Dazu sagte Genossin Dahlhaus:

> „Um den Kampf zu gewinnen, müssen sich die Kurden verbinden mit ihrem proletarischen Bestandteil in der Diaspora und mit der Arbeiterklasse in der Region. Um dies tun zu können, müssen sie eine Avantgardepartei haben, d. h. eine leninistische Partei, die als Volkstribun auftritt und unversöhnlich für das Recht auf Selbstbestimmung und für eine sozialistische Revolution kämpft."

Die türkischen nationalistischen Demonstrationen in mehreren deutschen Städten am 4. April waren eine finstere Entwicklung, mit denen die Grauen Wölfe Fuß fassen wollen. Die deutsche Bourgeoisie will auch deutsche, türkische und kurdische Arbeiter gegeneinander ausspielen, um die Arbeiterbewegung zu balkanisieren.

Wie Genossin Dahlhaus erläuterte:

> „Es geht vor allem darum, die türkische, arabische und persische Arbeiterklasse zu gewinnen, mit dem Chauvinismus ihrer eigenen Bourgeoisie zu brechen, damit sie an vorderster Front steht im Kampf zur Verteidigung der Rechte der Kurden.
>
> Der Kampf der Bolschewiki war multinationaler Klassenkampf, eine sowjetische Föderation, eine Räteherrschaft. Dagegen haben die Stalinisten eine politische Konterrevolution gemacht. Die Vergesellschaftung des Eigentums und diese multinationale Arbeiterklasse ist heute in großer Gefahr. Deshalb rufen wir auf zu multinationalen Arbeiterparteien in der Türkei, im Irak, im Iran und Syrien, zu bolschewistischen Parteien, die kämpfen auf dem Programm der Oktoberrevolution im Geiste von Lenin und Trotzki.".

Veranstaltung der SpAD in Halle

„Die Rote Armee zerschlug das Nazi-Regime!"

Mittwoch, 6. Mai, 18.00 Uhr
Jägerplatz 14, Erster Stock, Halle 4020
Weitere Informationen: Halle 2 90 55

SPARTAKIST

Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan!

Viertes Reich: Pate des Völkermords an den Kurden



Hamburg, 28. März: Spartakist-Block auf kurdischer Protestdemonstration gegen Newroz-Massaker forderte u. a.: „Verteidigt die PKK! Für Arbeiteraktion, um Waffenlieferungen an die Türkei zu stoppen!" Proletarischer Internationalismus ist der Schlüssel für die Befreiung Kurdistans - kurdische und türkische Arbeiter sind wichtiger Bestandteil einer proletarischen Revolution in Deutschland

Spartakist

Schon Wochen vor dem kurdischen Neujahrsfest Newroz am 21. März hatte die NATO-Regierung von Özal/Demirel den PKK-Aufruf zu einem Volksaufstand als Vorwand genommen, um Polizei- und Armee-Einheiten in die Gebiete Türkisch-Kurdistans zu verlegen. Mehrere zehntausend Menschen, die sich zu den Feiern versammelten, wurden eingekesselt; auf die unbewaffnete Bevölkerung wurde das Feuer eröffnet. Die rechte Regierung von Demirel bereitete das Massaker vor: er versprach den Kurden, sie könnten Newroz „feiern", während er regimetreuen Zeitungen sagte: „Wir werden sie vernichten". Offizielle Berichte sprechen von 80 Toten; Augenzeugen zufolge sind es Hunderte.

Ein Jahrzehnt „Sonderkriegführung" in der Türkei, brutale militärische Besatzung, von der Bundeswehr ausgebildete GSG-9-Todesschwadronen, Zwangsumsiedlungen, Konzentrationslager und Bombardements haben dazu geführt, daß die radikal-nationalistische PKK zu einer autoritativen politischen Kraft in Türkisch-Kurdistan geworden ist, weil sie mutig gegen die blutige NATO-Özal-Diktatur gekämpft hat.

Als Bonn mit scheinheiligem Tadel an seinem türkischen NATO-Juniorpartner auf die Nachrichten über die Massaker an den Kurden reagierte — gekoppelt mit weiterer Hetze gegen die aufständische kurdische Organisation PKK -, wehrte sich Özal empört und wies auf die Politik des Vierten Reichs in der Tradition Hitlers hin. Damit hat er zwar eine offensichtliche Wahrheit gesagt, doch nur, um gegen die Kurden ungehindert die Völkermord-Politik fortzusetzen, die seit Kemal Atatürk ein integraler Teil des türkischen Nationalismus ist. Alle nationalen Rechte werden den Kurden verweigert, selbst ihre eigene Sprache ist verboten.

Berichte über den Einsatz von Waffen made in BRD — oder aus NVA-Beständen geplündert durch den wiedervereinigten deutschen Imperialismus — führte im Bundestag zu einem von Demirel treffend titulierten „Sturm im Wasserglas". Besonders erregt war die SPD über die Lieferung von 15 Leopard-I-Kampfpanzern. Natürlich hat die BRD seit 1964 Waffen an die Türkei geliefert, seit Brandt und Schmidt sogar in weit größeren Mengen: die Panzer-Lieferung schloß die Ausrüstung von 150 Leoparden ab, ein 1980 unter Schmidt/Genscher begonnenes Projekt. Im September 1980 gab es den NATO-Putsch gegen Demirel, mit voller und tatkräftiger Unterstützung des damaligen SPD-Kanzlers Helmut Schmidt. Und es war die SPD, die den „besonderen" Krieg gegen die deutschen und eingewanderten Linken führte. Sie hat die „Terrorgesetze" und den Paragraph 129a eingeführt. Gleichzeitig gibt es eine massive Hetzkampagne gegen die PKK, die nicht nur von der SPD, sondern auch von den Grünen geführt wird.

Ohne einen Pieps von der sogenannten Opposition von SPD bis PDS, wurde Stoltenberg durch CDU-Generalsekretär Volker Ruhe ersetzt, der in den Worten des geschaßten Admirals Elmer Schmähung „bezüglich einer neuen Rolle der Bundeswehr weltweit eher einer der Scharfmacher" ist (*taz*, 1. April).

Die Türkei, als „Bollwerk der NATO-Südflanke", wird als Brücke zur imperialistischen Ausplünderung der zentralasiatischen Republiken der Sowjetunion angesehen.

Fortgesetzt auf Seite 23

SPARTAKIST
HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Extrablatt 25. MAI 1992 10 Pfennig

Brecht mit der Sozialdemokratie!

Stürzt die Kohl-Regierung durch Arbeiteraktion!



Thilo Rückeis

4. Mai - Ostberliner BVGler schlossen sich spontan dem ÖTV-Streik an, wiesen Weg zum Klassenkampf Ost und West

22. MAI — Der ÖTV-Streik war der größte Arbeitskampf im westdeutschen öffentlichen Dienst und Transportwesen seit dem Zweiten Weltkrieg, und der erste ÖTV-Streik seit 1974

Nicht eine „Große Koalition" des Kapitals, sondern eine Arbeiterregierung, die das Kapital enteignet!

- und der hatte die Brandt-Regierung gestürzt. Hier ging es nicht um lausige 5,4 Prozent. Dies war eine provokative Machtprobe seitens der Bourgeoisie mit großen internationalen Auswirkungen. Zusammen mit der SPD machten sie zuerst die kollektivierte Wirtschaft in der ehemaligen DDR platt und haben national sechs Millionen Arbeitslose auf die Straße geworfen. Nun möchte die de facto Große Koalition von CDU/SPD, daß die westdeutschen Arbeiter für die Verwüstung in der DDR und Osteuropa bezahlen, die die kapitalistische Konterrevolution angerichtet hat.

Die deutschen Imperialisten fühlen sich gestärkt durch den Zusammenbruch des Stalinismus, für sie der Sieg des Kapitalismus über den „Kommunismus"; gleichzeitig sind sie bei ihrem Versuch, die Siegesbeute zu verdauen, in

Fortgesetzt auf Seite 2

Verteidigt die Immigranten und das Asylrecht! Nieder mit der antikommunistischen Hexenjagd!

Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74

Stürzt Kohl-Regierung...

Fortsetzung von Seite 1

große ökonomische Schwierigkeiten gekommen. Aber bei der mächtigsten Arbeiterklasse in Europa haben sich die Kohl-Bande und SPD-Arbeiterverräter verkalkuliert. Sie haben einen überwiegend populären Streik gegen sich selbst und gegen die Konsequenzen der kapitalistischen Wiedervereinigung ausgelöst. Darüber hinaus wurde der Streik ansatzweise in den Osten ausgeweitet — dies zeigte das enorme Potential für gemeinsamen Klassenkampf.

Trotz der gewerkschaftsfeindlichen Propaganda der Regierung — O-Ton *BZ* in Berlin: „Erste Ratten auf dem Ku'Damm gesichtet" — fand der Streik breite Unterstützung; die Unzufriedenheit in der Bevölkerung wendete sich gegen das Regime. Nach den neuesten Meinungsumfragen ist Kohl neben Möllemann der unpopulärste Politiker in Deutschland, und ein gängiger Witz über die „Steuerlüge" redet von der neuen „Volksverarschungsabgabe". Angesichts solcher Verärgerung war es ein günstiger Zeitpunkt zu streiken, und hart zu streiken. Während des ÖTV-Streiks spielte Bonn mit der Idee, die Bundeswehr einzusetzen, um den Müll abzuholen. Wenn das passiert wäre, hätte es mit einem Generalstreik beantwortet werden müssen.

Bei den Streikenden gab es den weitverbreiteten Wunsch, solange zu streiken, bis zumindest eine „Sechs vor dem Komma" erreicht ist. Aber angesichts der ökonomischen Verwüstung im Osten und von Sozialabbau, Inflation und Steuererhöhungen im Westen würde jeder wirkliche Kampf, um die Arbeitsplätze, Löhne und Sozialleistungen der Arbeiter zu verteidigen und wiederzugewinnen, die volle Mobilisierung der Arbeiterklasse in *Ost und West* notwendig machen. Denn hier geht es nicht um einen Streit um ein paar D-Mark, sondern um eine scharfe *politische Klassenkonfrontation.* Die Bourgeoisie hat das Ende des „Modell Deutschland" der organisierten Klassenzusammenarbeit verkündet. Sie würde gern die Wirtschaftspolitik von Reagan und Thatcher einführen — ein Signal dafür, daß ein heißer Krieg gegen die Gewerkschaften angefangen hat.

Diese Konfrontation mit dem deutschen Staat ist nicht vorbei. Überall sind die Arbeiter stinksauer über den schändlichen Ausverkauf, der eine empfindliche Senkung des Einkommens bedeutet, *weil sie wußten, daß sie elf Tage lang die Regierung dort gepackt hatten, wo es weh tut.* In Braunschweig wurde weitergestreikt, nachdem der Tarifabschluß bekanntgegeben worden war. Die ÖTV-Basis, vor allem die Nahverkehrs- und Müllarbeiter, hat den Tarifvertrag mit schallenden 55 Prozent abgelehnt, aber die Bürokraten würgen es ihnen trotzdem rein. Auch im ostdeutschen öffentlichen Dienst laufen Verhandlungen, und Streiks sind direkt auf der Tagesordnung, aber jede Kampfmaßnahme wird von den Gewerkschaftsspitzen sorgfältig orchestriert, damit sie erst anfängt, nachdem der Streik im Westen vorbei ist.

Veranstaltungen der SpAD

Klassenkrieg im 4. Reich

Halle Sonnabend, 30. Mai, 15.00 Uhr
Jägerplatz 14, Erster Stock, Halle 4020

Berlin Mittwoch, 3. Juni, 19.00 Uhr
Linkstreff, Weddingstr. 6, 1000 Berlin 65

Hamburg Mittwoch, 3. Juni, 19.00 Uhr
Fiete-Schulze-Zentrum
Zeughausmarkt 33/34, 2000 Hamburg 11

Weitere Informationen: Westberlin 4927866
Halle 29055, Hamburg (040)323644

Direkt hinter den Arbeitern im öffentlichen Dienst standen vier Millionen Metaller sowie Bauarbeiter und Drukker; Zehntausende Metallarbeiter und Drucker waren schon mit „Warnstreiks" in den Ausstand getreten. Traditionell wurden Arbeitskämpfe bei Metall auf „Pilotbezirke" begrenzt: ein Vollstreik in der Metallindustrie könnte eine Explosion auslösen. Das *Wall Street Journal (6.* Mai) sorgte sich: „Ein nationaler Metallstreik würde sich für Deutschlands Wirtschaft verheerend auswirken." Aber nach dem ÖTV-Streik und der Urabstimmung über den Abschluß war Steinkühler so erschreckt darüber, daß die Basis außer Kontrolle geraten könnte, daß er den Arbeitern den schlimmsten Abschluß überhaupt aufgezwungen hat: in diesem Jahr 5,4 Prozent und 1993 *3,3 Prozent!* Damit soll der Metalltarif in *21 Monaten* auslaufen, um einem Kampfbündnis mit der ÖTV vorzubeugen.

Es ist notwendig, die Kohl-Regierung durch Arbeiteraktion zu stürzen! Brecht mit der Sozialdemokratie! Eine „Große Koalition" des Kapitals wird eskalierende Angriffe auf Arbeiter, Immigranten, Frauen bedeuten. Was wir brauchen, ist eine Arbeiterregierung, um das Kapital zu enteignen!

Von der „Sozialpartnerschaft" zum Klassenkrieg

Seit den 50er Jahren haben die Bosse mit Hilfe des SPD-Mythos der „Sozialpartnerschaft" die Arbeiter im Zaum gehalten. Doch jetzt, wo die Bourgeoisie der Arbeiterklasse den offenen Klassenkrieg erklärt, konstatiert *Die Zeit:* „Der gesellschaftliche Konsens zerbricht." Nachdem der deutsche Imperialismus den ostdeutschen deformierten Arbeiterstaat schluckte, ist er aggressiver geworden: er sucht seinen „Platz an der Sonne", wie es das wilhelminische Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg tat. Und in seinem Drang nach Osten hat er neue ökonomische Bürden auf sich genommen, die sogar seine riesige Stärke belasten.

Die Regierung hat den Mund zu voll genommen. Über Jugoslawien hat sie der restlichen EG ihren Willen aufgezwungen und die Anerkennung von Slowenien und Kroatien forciert - bloß dann ging die ganze Region in die Luft, als ein allseitiger Bürgerkrieg explodierte. Der Abgang von Genscher nach 18 Jahren als Außenminister, der dritte Rücktritt eines Ministers in einem Monat, zeigt, wie wackelig das Bonner Regime ist. Die Berichterstattung im Fernsehen über deutsche Panzer in Türkisch-Kurdistan, die beim kurdischen Neujahrsfest Frauen und Kinder niedermähten, kostete Kohls Verteidigungsminister seinen Job. Zwar verspottete das Vierte Reich die Amerikaner dafür, daß sie auch Bonn um Geld anbetteln mußten, um die Flächenbombardierung der irakischen Bevölkerung bei ihrem „Krieg" am Persischen Golf zu finanzieren, doch häuft es munter den eigenen Schulden„berg" an.

Letztes Jahr pumpte Bonn mehr als 180 Milliarden D-Mark nach Ostdeutschland hinein (168 Milliarden an Subventionen und 15 Milliarden an privaten Investitionen). Es hat außerdem 75 Milliarden D-Mark investiert, um die Konterrevolution in der Sowjetunion zu fördern, und weitere 105 Milliarden in Osteuropa, um die ehemaligen deformierten Arbeiterstaaten in Neokolonien der Deutschen Bank zu verwandeln. Das Geld muß es also irgendwo hernehmen. Die Bundesbank, de facto die Zentralbank Europas, kann die Bourgeoisien von Britannien, Frankreich, Italien, der Schweiz usw. mit einem hohen Leitzins in die Mangel nehmen. Aber das reicht nicht. Die Bourgeoisie muß auch *die Ausbeutungsrate der Arbeiter in ganz Deutschland erhöhen.*

Dies ist der Kern der gegenwärtigen Offensive gegen die Gewerkschaften seitens Bourgeoisie und Regierung. Schon vor dem Anschluß fing Bonn mit der sogenannten „Gesundheitsreform" seine Kampagne des Sozialabbaus an. Letztes

Berlin: CDU/SPD-Bullen schützen Provokation der Nazi-Reps

Am 21. Mai brachte SS-Schönhuber seinen Terror gegen Immigranten, Juden, Homosexuelle und Linke zum Alexanderplatz in Berlin. Diese Nazi-Provokation konnte nur unter dem massiven Schutz von 2500 CDU/SPD-Bullen und BGS-Elitetruppen stattfinden, Tausende protestierten dagegen. Spartakisten und KfsV gaben einen Aufruf „Arbeiter/Immigranten-Mobilisierung zum Alex" heraus, um die Republikaner-Provokation zu stoppen. Tausende davon wurden an Arbeiter in Berliner Betrieben verteilt.

Die Demo war von Antifaschisten und linken Gruppen wie SAG und PDS initiiert worden. Doch den vielen Demonstranten, die die Nazis wirklich stoppen wollten, setzt die PDS Aufrufe nach noch mehr Polizei entgegen, während die SAG bei der Demo an die „neutrale Rolle der Polizei" appellierte. Jeder weiß, daß die Republikaner eine Bullen-Partei sind. Die PDS ist berüchtigt für ihre Interviews und TV-Talkshows mit dem Rep-Führer Schönhuber, die SAG für ihre Vorliebe für Skinheads.

Als der DGB Berlin-Brandenburg erklärte: „Berlin ist kein Aufmarschplatz für Schönhuber und seine Reps", schrieben wir dazu: „Die Macht der organisierten Arbeiterklasse muß diese Worte in Taten umsetzen." Dieselben Bürokraten, die ÖTV-Streik und Metaller erbärmlich ausverkauft hatten, weigerten sich, die Arbeiter gegen die Nazis zu mobilisieren. Deren soziale Macht fehlte auf dem Alex, aber die gerade war notwendig. Auf der Kundgebung sagte Renate Dahlhaus für die SpAD: „Was wir brauchen, sind Arbeiter/Immigranten-Mobilisierungen einiger zehntausend ÖTVler und Metaller mit Schutzhelmen und Betriebsbannern auf dem Alex, um die Nazi-Reps in ihre Rattenlöcher zu treiben."

Jahr starteten sie eine Hetzkampagne zum Krankengeld; *Der Spiegel* empörte sich mit Titelseiten-Artikeln über das „Krankfeiern". Nun fordern CDU/FDP nach 40 Jahren die Wiedereinführung von Karenztagen für die ersten Tage der Krankheit, was eine wütende Reaktion der Gewerkschaften hervorrief.

Die Tarifkonfrontationen fingen dieses Jahr in der Stahlindustrie an, einem Metallsektor mit niedrigeren Löhnen, wo die Tarifverhandlungen bis Anfang 1992 verschleppt wurden. Dann kamen die Bankangestellten, wo es trotz der geringen gewerkschaftlichen Organisierung sechs Wochen lang punktuelle Streiks gab. Die nächsten an der Reihe waren ÖTV, Post und Bahn. Bonn wollte diese Branchen in die Knie zwingen, ehe es zu einer Konfrontation mit der IG Metall, der mächtigsten Gewerkschaft im kapitalistischen Westen, kam. Und mitten im ÖTV-Streik wurden Zehntausende Entlassungen in der westdeutschen Autoindustrie angekündigt im Rahmen der „Rationalisierung" im Namen der „internationalen Konkurrenzfähigkeit".

Doch die Bosse seilten sich im letzten Augenblick von einem Streik ab. Mit seinem 4,8-Prozentangebot warf Kohl der ÖTV den Fehdehandschuh hin, darauf aus, die Gewerkschaft in die Knie zu zwingen. Aber er steckte eine Niederlage ein, obwohl Monika Wulf-Mathies die Mitglieder ausverkaufte: sie waren bereit, für weit mehr zu streiken und viel länger als elf Tage. Aber die ÖTV-Führung spielte, mit ihren „Warnstreiks" und den Streiks heute hier, morgen dort, nach den Regeln des klassenkollaborationistischen Spiels. Zwar hat Kohl eine Ohrfeige gekriegt, doch die Gewerkschaften hätten *das Land dichtmachen müssen*, sowohl gegen die CDU/CSU/FDP-Bundesregierung als auch gegen die SPD-geführten Länderregierungen. Das hätte den Bossen einen Knüppel zwischen die Beine geworfen bei ihrem Feldzug gegen die Metallarbeiter und gegen die übrige Arbeiterbewegung.

West und Ost: Streikt gemeinsam!

Wie wir in *Spartakist* Nr. 95 schrieben:

> „Schon ein Blick auf die Berliner U-Bahn zeigt, daß ein Funke ausreichen könnte, um einen stadtweiten Streik zu entfachen. Ein gemeinsamer Streik aller ÖTVler im Westen und Osten würde das Land wirklich erschüttern und die Macht der Arbeiterklasse zeigen."

Am Montag, den 4. Mai traten Ostberliner Nahverkehrsarbeiter mit ihren Klassenbrüdern im Westen spontan in den Streik; dabei setzten sie ihre Arbeitsplätze aufs Spiel auch angesichts der bedrohlichen Massenarbeitslosigkeit. Mehrere Betriebe traten einer nach dem anderen in den Ausstand. Insgesamt waren 30 von 38 Straßenbahnlinien und ein Dutzend Buslinien in Ostberlin dicht. Die U-Bahn fuhr überhaupt nicht. 24 Stunden lang war der Ostberliner Nahverkehr praktisch dicht. Das Tor des BVG-Betriebshofs Lichtenberg war mit einem Banner gesperrt: „Gleiche Arbeit, gleicher Lohn!"

Die alte stalinistische Lüge, die westdeutschen Arbeiter würden nie kämpfen, ist geplatzt. Wie es in einem Leserbrief in der *Berliner Zeitung* stand: „Massenstreiks schaffen Klarheit." Jetzt sind Ostberliner Nahverkehrsarbeiter besonders verbittert über die ÖTV-Bürokraten, die Überstunden schoben, um sie wieder an die Arbeit zu kriegen, denn jetzt drohen als Strafe Entlassungen. Der einzige „illegale" Streik ist einer, der verloren geht. Es gab auch Berichte über kurze Arbeitsniederlegungen in Thüringen und Sachsen. Die Aussicht eines nationalen Verkehrsstreiks hatte die Bourgeoisie ins Schwitzen gebracht. Gemeinsame Streikaktion in Ost und West *ist der Schlüssen*

Die Bosse und die SPD/DGB-Bürokraten haben alles versucht, um die Arbeiter in Ost und West auseinanderzuhalten und sie gegeneinander auszuspielen. Die antikommunistische Hexenjagd, die sie führen, soll die Arbeiterschaft ideologisch säubern und sie demoralisieren und lahmen. Das zeigte sich besonders klar beim Streik der Ostberliner Krankenschwestern letzten Herbst, wo eine Hexenjagd bei der Charitd dazu diente, den Streik zu demobilisieren. Jetzt aber haben die Arbeiter zunehmend die Schnauze voll davon, besonders wenn sie anfangen zu *kämpfen.* Beim BVG-Betriebshof Lichtenberg haben die von der Stadt als Teil der Anti-Stasi-Hexenjagd durchgeführten Entlassungen von Busfahrern und anderen Arbeitern Empörung unter ihren Kollegen hervorgerufen.

Letzten Dezember besetzten die Hennigsdorfer Stahlarbeiter 13 Tage lang ihren Betrieb gegen die Pläne einer Übernahme und von Massenentlassungen. Sie waren bereit, am Vorabend der Verhandlungen in der westdeutschen Stahlindustrie, in Solidarität mit ihren Kollegen im Westen zu streiken — sogar die Plakate waren fertig. Statt dessen zogen Stahlbosse und IGM-Spitzen alle Register, um die Besetzung vor der Konfrontation in der westdeutschen Stahlindustrie vom Tisch zu kriegen; sie haben die Arbeiter verraten. Während des ÖTV-Streiks waren die Berliner Flughäfen Tempelhof und Tegel dicht, aber die Bosse arrangierten mit den ÖTV-Spitzen, daß der Flughafen Schönefeld in Brandenburg offen bleiben würde. Eine gemeinsame Aktion mit den Arbeitern in Schönefeld, die die neue Reichshauptstadt völlig abschneidet, hätte ungeheure Aus-

Fortgesem auf Seite 4

Stürzt Kohl-Regierung...

Fortsetzung von Seite 3

Wirkungen gehabt. Aber genau das wollten die Bürokraten nicht.

Der DGB versuchte sogar, die Kundgebungen am 1. Mai unter der Losung zu halten: „Teilen verbindet", sprich: zahlt für den Anschluß. Die Bürokraten meinen nach Kohls Vorbild, daß „Solidarität" bedeutet: die Arbeiter im Westen sollen den Gürtel enger schnallen zugunsten der Geldsäcke in Frankfurt am Main, nachdem die Bourgeoisie die ostdeutsche Wirtschaft zerstört hat. So fördern diese arroganten Bürokraten ekelhafte Anti-„Ossie"-Ressentiments (und beschäftigen im Rahmen der Hexenjagd in ihren Büros im Osten hauptsächlich „Wessies"). Aber dieser Appell der Bürokraten an den Nationalismus des Vierten Reichs wurde angesichts empörter Proteste von Mitgliedergewerkschaften in einer Reihe von Städten eilig zurückgezogen (darunter in Augsburg, bei der zentralen DGB-Kundgebung, Essen und Berlin) und durch „Solidarität verbindet" ersetzt.

Heute scheffeln die Banken und Konzerne beispiellose Profite. Für sie hat die Regierung drastische Steuersenkungen bei Zinseinkünften und Kapitalgewinn; für die Arbeiter gibt es drakonische Sparmaßnahmen. Bonn zerstückelte das ostdeutsche Gesundheitsversorgungssystem und streicht es im Westen zusammen, und nun wollen sie die Wiedervereinigung aus Arbeitslosen- und Umschulungsleistungen finanzieren. Zwar protestiert die SPD gegen diese Maßnahme verbal, doch auch dieser Einschnitt ist eine Auswirkung der Konterrevolution, an deren Spitze *die SPD* stand; dadurch haben die Kapitalisten freie Hand bekommen, die historischen Errungenschaften der Werktätigen zu liquidieren. Die deutsche Bourgeoisie und ihre Helfershelfer wollen Rache nehmen für die Niederlage, die ihnen die Rote Armee 1945 zufügte, und sie wollen jede Erinnerung an den Arbeiterstaat im Osten ausrotten.

Als das stalinistische Honecker-Regime 1989 zu zerbröckeln anfing und Massen von ostdeutschen Werktätigen auf den Straßen den *echten* Sozialismus verlangten, intervenierten die Vorgängerorganisationen der SpAD, die Trotzkistische Liga Deutschlands und die Spartakist-Gruppen, um für *proletarisch-politische Revolution von Ostberlin bis Moskau* zu kämpfen und für eine *soziale Revolution im Westen* — für ein rotes Arbeiterrätedeutschland. Als die Arbeiterklasse — ohne eine Partei, die stark genug gewesen wäre, sie zu führen — nicht in Aktion ging, mobilisierte der deutsche Imperialismus seine Macht, um die Konterrevolution mittels der Wiedervereinigung durchzurammen. Nur die Spartakisten kämpften unnachgiebig gegen die kapitalistische Wiedervereinigung. Die Führung der exstalinistischen PDS jedoch war auf den Knien und bettelte um Wiedervereinigung „l (Mark der DDR) zu l (D-Mark)", und die SPD-Spitzen waren Kohls Bluthunde, als Bonn für den Todesstoß in Stellung ging.

In der Folge riefen wir Spartakisten auf zu Arbeiterwiderstand gegen die Verwüstungen, die das Vierte Reich anrichtete, als die SPD-Betriebsräte voll dabei waren, Arbeiterkämpfe zu ersticken und Betriebsschließungen in Ostdeutschland „mitzubestimmen". Von Anfang an hat die SpAD gegen die wütende SPD-geführte antikommunistische Hexenjagd gekämpft und sie als das spaltende, lähmende Werkzeug der Herrscher gebrandmarkt, das sie ist. Wir haben gefordert: „Hände weg von Markus Wolf, Erich Honecker und Erich Mielke!"

Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten!

Eine rassistische Volksfront gegen Immigranten, die von CDU über SPD und Grüne bis PDS reicht, betreibt eine Kampagne, um die Arbeiterklasse zu schwächen und entlang der Linien der Nationalität zu spalten. Die Verwundbarsten - die zuletzt angekommen sind und die Asyl suchen - greifen sie zuerst an. Bonns rassistische Politik und die Verwüstung der Wirtschaft sind eine permanente *Ermutigung* für die Nazi-Terroristen. Wie die Wahlen in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg zeigen, sind bisher die Faschisten die großen Gewinner bei der Menschenjagd des Staates. Dort stimmten Zehntausende für die Faschisten — überproportional *ehemalige SPD-Wähler*, angespornt durch die Politik von CDU/CSU und SPD. CDU und SPD wiederum benutzen die Wahlerfolge der Faschisten, um ihre eigenen Angriffe gegen die Immigranten zu eskalieren.

Gleich nach dem ÖTV-Tarifabschluß erklärte SPD-Kanzlerkandidat Engholm seine Übereinstimmung mit dem Kurs von CDU/CSU, das Asylrecht zu torpedieren und weitere Tausende von Immigranten in Elend und Tod abzuschieben. Die Verteidigung *aller* Immigranten ist entscheidend für die Entfesselung der Macht der organisierten Arbeiterbewegung. Wie wir in der Mai-Ausgabe des *Spartakist* schrieben: „Die Arbeiterbewegung muß mobilisiert werden, um für volle Staatsbürgerrechte für Immigranten und Asylsuchende zu kämpfen." Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle. Die Klasseneinheit ist lebensnotwendig für Arbeiterkämpfe. Und gerade unter unseren rechtlosen eingewanderten Kolleginnen und Kollegen befinden sich viele der besten Kämpfer für die Sache der Arbeiter.

Mobilisiert Arbeiter/Immigranten-Macht — Stoppt den Nazi-Terror!

Am 9. Mai drohten die faschistischen „Nationalen" aufzumarschieren mit Hitler-Fan David Irving im sowjetischen Garnisonsort Berlin-Karlshorst: vor dem Museum zum Andenken an die Befreiung Europas vom faschistischen Alptraum am 9. Mai 1945 durch die Rote Armee. Die SpAD intervenierte bei Demonstrationen am 1. Mai, bei den ÖTV-Streiks und in Schlüsselbetrieben der Metallindustrie und rief zu einer Mobilisierung von Arbeitern/Immigranten auf. Dabei stießen wir auf den starken Wunsch bei den Gewerkschaftsmitgliedern, diese finstere Provokation zu stoppen. PDS und Grüne/Bündnis 90 appellierten statt dessen mit SPD und Heinz Galinski (Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde in Berlin) an den Berliner Senat, die faschistische Kundgebung zu verbieten, und starteten eine wütende Verleumdungskampagne *gegen die Antifaschisten* unter der Rubrik „keine Gewalt". Der DGB rief in letzter Minute zusammen mit der SPD zur Gegendemonstration auf, unter der Wirkung des Streiks und dem Druck von der Basis, nachdem das Verbot bestätigt wurde.

Es war in der Tat eine gute Sache, daß die Nazis am 9. Mai in Karlshorst nicht marschierten, aber es war *nicht* eine gute Sache, daß eine massive Präsenz von Polizei in voller Kampfmontur die sowjetischen Bewohner von Karlshorst den ganzen Tag als Geiseln hielt. Es ist eine tödliche Illusion, sich auf das Vierte Reich zu verlassen, um die Faschisten zu „verbieten". Am selben Abend griffen 60 Skinheads eine linke Kneipe in Magdeburg mit Baseballschlägern, Knüppeln und Eisenstangen an und schlugen acht Menschen krankenhausreif; der junge Arbeiter Torsten Lamprecht starb. *Mord* war die Antwort der Faschisten auf die antiproletarische „Keine-Gewalf'-Volksfront.

In Magdeburg hat am 9. Mai die Polizei vor der Kneipe diesem Überfall tatenlos zugesehen und trotz der Aufforderung von Anwohnern nicht eingegriffen. Nguyen Van Tu, ein junger Vietnamese, wurde am 24. April am hellichten Tag in Berlin-Marzahn von Skinheads erstochen, und die SPD-geführte Bezirksverwaltung betreibt mittlerweile ein „Jugendzentrum" für Nazi/Skinheads. Die Regierung läßt ihre reihenweise mit Faschisten durchsetzten Bullen los gegen antifaschistische Demonstranten. Am 1. Mai in Berlin

Berlin - Metaller von Bosch-Siemens während des Warnstreiks. Schwere Bataillone von eingewanderten und deutschen Arbeitern waren bereit, die Angriffe der Kapitalisten zurückzuschlagen, sie wurden von Steinkühler und Konsorten für ein paar lumpige Pfennige ausverkauft. Schmeißt die SPD/ DGB-Bürokraten raus — für eine revolutionäre Führung, die für die Klasseninteressen der Arbeiter kämpft!



Spartakist

wurden Tausende von Bullen und Bundesgrenzschutz mobilisiert, um zuerst die Nazi/Skinhead-FAP zu schützen und dann das Immigrantenviertel Kreuzberg auseinanderzunehmen. Früher am selben Tag hatte die Bullen„gewerkschaft" obszönerweise einen offiziellen Stand bei der DGB-Kundgebung gehabt, und ihre Vertreter waren nicht erfreut über unser Plakat mit der Forderung „Bullen raus aus dem DGB". Doch sowohl Polizei als auch Bundeswehr sind die bewaffnete Faust des Kapitalistenstaates.

Den faschistischen Terror zu stoppen ist eine notwendige Ausweitung des proletarischen Kampfes: Streikposten sind der Embryo einer Arbeitermiliz. Die Spartakisten sagen: mobilisiert die Arbeiter, um die Nazis zu stoppen!

Kohl: Möchtegern-Weltmachtkaiser auf einem wackligen Thron

Kohls Spruch „Ich bin nicht Willy Brandt" gilt angesichts seines wackligen Regimes als Witz des Jahres. Die Treuhand hat die Führung dreimal gewechselt (nicht immer auf eigenen Wunsch), ihre Politik der „verbrannten Erde" wurde von der Bourgeoisie gestoppt. Sie brauchen Ostdeutschland als ein Niedriglohn-, Klassenfriedenparadies und als Ausgangspunkt für ihren Feldzug 'gen Osten.

In einer Welt, wo eskalierende interimperialistische Rivalitäten Großmachtfronten wiederbeleben, die an die Jahre vor dem Ersten Weltkrieg erinnern, sondiert der wiedervereinigte deutsche Imperialismus überall, wie weit er gehen kann. Sie wollen wieder die Herren auf dem Balkan sein, und sie bewaffnen die türkische Armee bis an die Zähne. Bei der jüngsten Kommandeurtagung in Leipzig sagte Generalinspekteur der Bundeswehr Klaus Naumann in Anwesenheit von Kohl und dem neuen Verteidigungsminister, CDU-Falke Volker Ruhe, deutsche Soldaten würden für den Einsatz außerhalb Deutschlands „hart, fordernd und gefechtsnah" ausgebildet werden. Und jetzt schicken sie Truppen nach Kambodscha, wo die Imperialisten für neue Killing Fields sorgen.

Die Gelüste des Vierten Reichs gelten nach wie vor den Gebieten jenseits seiner Ostgrenze. Die deutsche Bourgeoisie finanziert Jelzins Konterrevolution, um den sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat zu vernichten, und erwartet dafür, daß sie für sich die fettesten Stücke des sowjetischen und osteuropäischen Bratens sichert. Aber für die „Neue Weltordnung" brauchen sie eine neue Außenpolitik - was, in Anbetracht des Kostenfaktors, weder in Ost *noch* West leicht zu bewerkstelligen sein wird. Die Früchte der SPD/ Genscher-Ostpolitik sind wachsende ökonomische Schwierigkeiten zu Hause und blutiger Bürgerkrieg jenseits der Grenze. Der Machiavelli Genscher ist, seiner unbeirrbaren Nase für die sich drehenden politischen Winde vertrauend, am Vorabend des ÖTV-Strejks von Bord gegangen.

Jahrzehntelang ist Bonns Leitsatz „ein europäisches Deutschland" gewesen, nach Thomas Manns berühmtem Satz, während die BRD eine untergeordnete Rolle in der US-geführten antisowjetischen imperialistischen Allianz spielte. Als Reagan 1982 nach Europa kam, um seine Verbündeten auf Linie zu kriegen, stellten wir in einer Erklärung unserer internationalen Tendenz fest:

> „Westdeutschland, bis vor kurzem Washingtons loyalster NATO-Verbündeter, ist heute der entschiedenste Fürsprecher von Entspannungspolitik. Aber hinter dem ‚friedensliebenden' Image der Ostpolitik von Brandt und Schmidt steckt der Appetit, das Ergebnis des Zweiten Weltkrieges rückgängig zu machen und ein vereinigtes kapitalistisches Deutschland als die dominierende europäische Macht wiederzuschaffen."

Heute wollen die Herrscher in Bonn ein „deutsches Europa", gegenwärtig nicht mit Panzern, sondern mit der D-Mark, wobei sie aber noch zu schwach sind, dies zu erzwingen. Trotz der Proteste der anderen EG-Länder diktieren die Deutschen den Leitzins in Europa, und ab und zu versuchen sie sogar, den Amerikanern zu sagen, wo es lang geht. Kohl & Co. zetern darüber, daß die Arbeiter in Deutschland weniger Zeit bei der Arbeit verbringen und mehr Urlaub haben als irgendwo sonst auf der Erde. „Sir" Ralf Dahrendorf droht in der „liberalen" *Zeit* (15. Mai): „Der deutsche öffentliche Dienst kann so nicht bleiben, und die deutschen Sozialleistungen können es auch nicht... Die notwendige Umstrukturierung wird sehr, sehr weh tun." Doch die deutsche Arbeiterklasse steht ihnen mit der Kraft eines Riesen im Wege, und sie hat gezeigt, daß sie gegen diesen Ansturm hart kämpfen wird.

Während Kohl & Co. herumeiern, ist es SPD-Chef Engholm, der im Namen der Bourgeoisie die Reden über „Schweiß und Tränen" hält. Die SPD streckt ihre Finger nach dem Kanzleramt aus mit ihren Angeboten von Runden-Tisch-Diskussionen, dem Winken mit dem Zaunpfahl über „Große Koalitionen" und Drohungen gegen Immigranten und Arbeiter.

Brecht mit der Sozialdemokratie!

Am 1. Mai stellte IG-Metall-Chef Steinkühler die Frage, „ob es den Sozialprovokateuren im Unternehmerlager ge-

Fortgesetzt auf Seite 6

Stürzt Kohl-Regierung...

Fortsetzung von Seite 5

lingt, die Gewerkschaften nach dem Wegfall der Systemkonkurrenz einschneidend zu schwächen". Es ist bezeichnend, daß er gezwungen ist, die „russische Frage" zu stellen, wenn auch auf seine eigene Weise. Weil die Sowjetunion den Hitler-Faschismus zerschlug — ein Sieg, der zur Errichtung der Planwirtschaften der osteuropäischen deformierten Arbeiterstaaten führte -, sah sich das westeuropäische Kapital gezwungen, den „Wohlfahrtsstaat" als Aushängeschild vorzuzeigen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Kapitalismus als Bollwerk gegen den sowjetischen „Bolschewismus" in den von den imperialistischen Siegern besetzten Westzonen wiedererrichtet — mit der unschätzbaren Hilfe der Politiker und Gewerkschaftsbürokraten der SPD. Ludwig Erhard proklamierte die „soziale Marktwirtschaft", aufgebaut auf der *Zerschlagung* proletarischer Massenkämpfe.

In der vorrevolutionären Situation, die nach dem Krieg entstand, trat die Arbeiterklasse sowohl in den westlichen Besatzungszonen als auch im Osten in Massenkämpfe ein, um die Restauration der kapitalistischen Herrschaft zu verhindern; dabei verlangte sie die Sozialisierung der Grundstoffindustrien. Aber die US-finanzierten Sozialdemokraten waren entschlossen, den Arbeiterwiderstand zu entschärfen und den beträchtlichen kommunistischen Einfluß zu brechen, der in den Gewerkschaften und insbesondere bei den Betriebsräten wiedererstarkt war. Die Kommunisten wurden hinausgesäubert, kämpferischer antikapitalistischer Widerstand wurde gebrochen, und die Betriebsräte selbst wurden in Zwangsjacken der Klassenzusammenarbeit verwandelt — die das 1952 verabschiedete reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz durchzusetzen hatten. Mit der Unterstützung des DGB für den Marshall-Plan des Kalten Kriegs wurden die Arbeiter politisch fest an den Staat gefesselt, und der Staat fest an die antisowjetische NATO.

Zwar gab es viel Gerede über die „Mitbestimmung" durch Arbeiter und Kapitalisten (sowieso ein Ding der Unmöglichkeit), doch diese Rezepte waren nur ein Rahmen, um die Mittäterschaft der Gewerkschaftsspitzen bei der Verwaltung der Ausbeutung und bei der Säuberung der Roten zu sichern. Gesteigerte Produktivität wurde von anhaltend hoher Arbeitslosigkeit begleitet. Millionen von eingewanderten „Gastarbeitern" wurden in die Schwerindustrie gebracht, aber alle Bürgerrechte wurden ihnen vorenthalten. Die Bundeswehr wurde *unter den Sozialdemokraten* zur mächtigsten europäischen Armee in der NATO. Die SPD war der Architekt der Ostpolitik, die dazu diente, die Sowjetunion und die osteuropäischen Arbeiterstaaten zu unterminieren. Und als der deutsche Imperialismus wieder stark genug wurde, Ansprüche auf den Großmachtstatus zu stellen, stellte sich die SPD an die Spitze des wiederaufsteigenden deutschen Nationalismus — in der „linken" Färbung der „Friedens"bewegung der 80er Jahre —, als die deutsche Bourgeoisie sich von Washingtons Schürzenzipfel abtrennte.

Das war das „Modell Deutschland" der Sozialdemokraten. So agierte die SPD in der DDR naturgemäß als Trojanisches Pferd der Konterrevolution und half beim „Wegfall der Systemkonkurrenz" dort kräftig nach. Anschließend war sie damit beschäftigt, mit der antikommunistischen Hexenjagd, mit ihrem Würgegriff auf die Gewerkschaften und als Spitzenreiter bei der Allparteien-Menschenjagd auf die „Asylantenflut", jeden Arbeiterwiderstand zu spalten, zu lahmen und abzuwürgen. Damit wurden die Arbeiter in Ost und West, Immigranten und Deutsche, Frauen und Männer auseinanderdividiert. Die „Linken" einschließlich der PDS schüren *alle* die antikommunistische Hexenjagd und die rassistische Hetze auf Immigranten mit, und nun wollen sie die Arbeiter überzeugen, eine Regierung unter Engholm wäre „besser" als Kohl. Dies ist eine gefährliche Illusion.

Die SPD schiebt alle Schuld in der Ex-DDR auf „40 Jahre Kommunismus". Was heute den ostdeutschen Arbeitern ins Gesicht schlägt, ist das Ergebnis von 40 Jahren sozialdemokratischer Klassenkollaboration in der BRD. Unter anderem Daimler-Benz, Volkswagen, Lufthansa, Hoesch werden oder wurden von SPD-Bossen geleitet — ganz abgesehen von der Deutschen Bank und der Treuhand. Steinkühler und Genossen sind erfahrene Bullen für die Bourgeoisie in den Gewerkschaften. Die SPD-Spitzen haben seit Jahrzehnten unter der Kalten-Kriegs-Fahne der „Sozialpartnerschaft" die Massenentlassungen im Westen von der Saar über das Ruhrgebiet bis zur Wasserkante verwaltet und die Löhne direkt angegriffen. Und im ÖTV-Streik waren sie in den SPD-regierten Ländern buchstäblich auf der anderen Seite der Klassenlinie.

Die Zahl der Bürokraten, über die diese „Arbeiterleutnants des Kapitals" verfügen, ist in der Tat riesig. Darunter befinden sich *30000* gewerkschaftliche Betriebsratsmitglieder, die direkt von den Bossen besoldet werden. Darunter sind viele ernsthafte Gewerkschafter, einschließlich Immigranten. Aber wenn sie die Interessen der Arbeiter verteidigen wollen, müssen sie aus dieser Falle ausbrechen, mit ihrer „Schweigepflicht" und anderen luftdichten Verpflichtungen darauf, im Interesse der Bosse zu handeln. Der Betriebsrat macht sich mitschuldig, *jedes* Mal, wenn ein Arbeiter entlassen wird, und *jedes* Mal, wenn ein Streik ausverkauft wird.

Die SPD-kontrollierten Betriebsräte sitzen bei jeder Betriebsratssitzung um den Tisch, „in einem Boot" mit den Bossen. Und doch sind diverse Pseudolinke wie die nationalstalinistische DKP und die Pseudotrotzkisten von Ernest Mandel lange im Genuß der bürokratischen Privilegien gewesen, die der Handschlag mit den Bossen im Betriebsrat mit sich bringt. Wir Spartakisten kämpfen für die völlige Unabhängigkeit der Arbeiterbewegung von der Bourgeoisie und ihrem Staat. Unsere Tendenz in Deutschland wurde geschmiedet mit dem trotzkistischen Verständnis, daß die SPD seit 1914 eine *bürgerliche Arbeiterpartei* ist — der Transmissionsriemen für den deutschen Nationalismus in die Arbeiterbewegung; die SPD muß gespalten werden, um ihre proletarische Basis zu gewinnen auf dem Weg zur proletarischen Revolution.

Die Arbeiter brauchen eine revolutionäre Führung! Für proletarischen Internationalismus!

Die ÖTV-Basis warf Wulf-Mathies' stinkenden Tarifabschluß auf die Müllhalde, aber die Arbeiter sehen keine Alternative zu den verräterischen ÖTV/DGB-Spitzen. Am Anfang der Streiks traten massenhaft Arbeiter in die ÖTV ein, jetzt aber treten viele aus. Doch trotz ihrer prokapitalistischen Führung sind die Gewerkschaften heute das wesentliche Verteidigungsorgan der Arbeiter. Wenn wir gewinnen wollen: Schmeißt nicht die Mitgliedskarte weg, schmeißt die Bürokraten raus. Sie verwandeln die Gewerkschaften in Organe, die die Arbeiter im Interesse des imperialistischen Staats disziplinieren und damit ihre Zerstörung riskieren. Die SPD/DGB-Spitzen wissen sehr wohl, daß ein *wirklicher,* solider Klassenkampf in Ost und West nicht nur die Kohl-Bande, sondern auch sie selbst wegfegen würde. Letztendlich geht es um die politische Macht. Um einen Kampf zu führen, um die eigenen Interessen durchzusetzen und zu sichern, brauchen die Arbeiter ein Programm, das *ihre* Klasseninteressen, nicht die der Bosse, ausdrückt. Wir brauchen eine revolutionäre Führung und Partei, die bereit ist, die Arbeiterklasse zu mobilisieren, um gegen die Bosse und ihren Staat anzutreten in einer Auseinandersetzung, die zu einem Kampf um die Macht führt.

Die Bourgeoisie redet über den „Tod des Kommunismus", aber Arbeiterkämpfe in der ganzen Welt strafen diese Märchen über eine „Neue Weltordnung" Lügen. In Seoul drückten 20000 südkoreanische Arbeiter, die gegen Superausbeutung und Polizeiterror kämpfen, ihre Solidarität mit den deutschen Streiks aus. In Warschau demonstrierten am 1. Mai 15000 gegen das kapitalistische Regime von Solidarnos"6Führer Walesa. Als Los Angeles über eine ungeheuerliche rassistische Provokation und die bittere Armut explodierte, antworteten die US-Herrscher mit Bullenterror und Truppeneinsatz. In Berlin trugen Demonstranten am 1. Mai in Kreuzberg Banner in Solidarität mit Los Angeles.

In der Erhebung von Los Angeles und im ÖTV-Streik sahen wir Ereignisse, die einen Wendepunkt darstellen in zwei der drei führenden imperialistischen Weltmächte — und der dritten, Japan, geht es auch nicht besonders gut, wie der fortgesetzte Abstieg des Nikkei-Börsenindex zeigt. Der Kapitalismus hat für die Menschheit nur bitteres Elend, rassistischen Terror und imperialistischen Krieg auf Lager. Dieses verrottete, ausbeuterische System kann nur durch sozialistische Revolution beseitigt werden.

Dem giftigen Nationalismus, den Bonn und seine sozialdemokratischen Speichellecker von sich geben, muß ein Programm des proletarischen Internationalismus entgegengesetzt werden. Wir kämpfen wie Lenin, Luxemburg und Liebknecht für die *revolutionäre Einheit der deutschen, polnischen und sowjetischen Arbeiter.* Ein entschlossener Kampf, der deutsche und eingewanderte Arbeiter im ganzen Vierten Reich vereinigt, wäre für unsere Klassenbrüder und -Schwestern bis hinter den Ural — die Jelzins Konterrevolution gegenüberstehen, mit der dazugehörigen kapitalistischen „Schockbehandlung" und mörderischem nationalistischen Bürgerkrieg — ein Leuchtfeuer dafür, den sowjetischen Arbeiterstaat zu verteidigen und die politische Macht wiederzuerobern.

Deutschland und seine westeuropäischen Verbündeten wollen eine „Festung Europa" schaffen als Sperre gegen Flüchtlinge vor dem ökonomischen und sozialen Chaos, das sie in der ganzen Welt angerichtet haben. Kaum ein Tag vergeht ohne eine Meldung über brutalen Antisemitismus und rassistischen/faschistischen Terror. Für die ostdeutschen Frauen drehte der kapitalistische Anschluß die Uhr um 50 Jahre zurück und zerstörte die sozialen Einrichtungen wie umfassende kostenlose Gesundheits- und Kinderversorgung und trieb die Frauen zurück zu Kinder, Küche, Kirche. Während in der DDR über 90 Prozent der Frauen arbeiteten, sind es heute nur noch knapp 20 Prozent — sie stellen zwei Drittel aller Arbeitslosen in Ostdeutschland. Die evangelische und die katholische Kirche betreiben mit Volldampf die Rechristianisierung des Ostens, und *alle* Regierungsparteien nähern sich einer Übereinkunft über ein großdeutsches Abtreibungsgesetz, das Frauen und Ärzte erpresserischen kirchlichen „Beratern" wehrlos preisgibt.

Um diese allseitige soziale Verwüstung rückgängig zu machen, muß die Arbeiterklasse für den Kampf um volle Staatsbürgerrechte für Immigranten mobilisiert werden. Stoppt Nazi-Terror durch Arbeiter/Immigranten-Mobilisierungen! Pfaffen, Bullen und Richter, raus aus Schlaf- und Sprechzimmern! Weg mit der Kirchensteuer! Für die Trennung von Staat und Kirche! Weg mit den Paragraphen 218/219! Wir müssen für ein massives Programm öffentlicher Arbeiten kämpfen, um die Betriebe und sozialen Einrichtungen wieder aufzubauen, um Millionen bezahlbare Wohnungen hoher Qualität zu bauen, um den Dreck aus der Umwelt wegzuräumen. Wir brauchen gleichen Lohn für gleiche Arbeit - Frauen und Männer, Immigranten und Deutsche, Ost und West. Die DGB-Bonzen reden weiter darüber, 1994 die 35-Stundenwoche zu gewinnen, aber die Bosse sind darauf aus, die Arbeitswoche zu *verlängern.* Der Kampf für massiven sozialen Wiederaufbau, mit der Verteilung der Arbeit auf alle Hände bei einer erheblich kürzeren Arbeitswoche und bei vollem Lohn, heißt, einen revolutionären Kampf zu führen.

Deutschland ist der Schlüssel zu Europa - für Barbarei oder Sozialismus. Um dieses Land im Interesse aller Werktätigen wiederaufzubauen und die Wirtschaft vernünftig auf internationaler Ebene zu planen, muß man für eine Arbeiterregierung kämpfen, die das Kapital *enteignet* und die Produktionsmittel in die Hände derjenigen legt, die den Reichtum produzieren. Um diesen Kampf zu organisieren und ihn zum Sieg zu führen, brauchen die Arbeiter eine revolutionäre Arbeiterpartei. Für den Aufbau solch einer Partei in der internationalistischen Tradition von Lenin und Trotzki kämpfen die Spartakisten. Schließt euch uns an!«

Amerikanische Trotzkistin...

Fortsetzung von Seite 8

ganze Prozeß von Verrat und von der Bewegung weg von der Oktoberrevolution begann, der heute sein Endstadium erreicht, nämlich die Rückkehr zum Kapitalismus." Volkov fuhr fort: „Wir können noch nicht klar die Umstände benennen, unter denen sie ermordet wurde, aber es gibt viele Elemente, die es nahelegen, daß es ein politisches Verbrechen war, eine Vergeltungsmaßnahme gegen die Spartakist-Gruppe. Und die Aktionen der russischen Miliz lassen viel zu wünschen übrig und viele Zweifel aufkommen."

Auf der New Yorker Demonstration bemerkte ein Sprecher der SL/U.S.: „Heute, am 30. April, ist der Jahrestag der Einnahme von Saigon 1975, für die wir kämpften und die wir begeistert begrüßten, und wir verteidigen Vietnam heute weiterhin. Heute ist auch der Jahrestag des Sieges der sowjetischen Roten Armee über Nazideutschland, der Tag, an dem 1945 die rote Fahne auf dem Reichstag in Berlin gehißt wurde. Wenn die Imperialisten heute von ‚Freiheit' und .Demokratie' reden, wollen sie eine Gesellschaft erzwingen, in der grauenhafte Polizisten auf brutale Weise einen Schwarzen blutig schlagen und dann ungestraft davonkommen können, wie es gerade in Los Angeles passiert ist. Wir tun alles, was in unserer Macht steht, um das zu verhindern. Wir neigen unsere roten Fahnen zu Ehren von Martha Phillips, und wir erheben das rote Banner der Revolution, um ihren Kampf fortzuführen."«

SPARTAKIST

Amerikanische Trotzkistin in Moskau ermordet

Weltweite Proteste verlangen eine wirkliche Untersuchung

1. MAI - Gestern und vorgestern fanden in zwölf Städten in der ganzen Welt Kundgebungen statt, die eine wirkliche und energische Untersuchung des Mordes an Martha Phillips verlangten, einer amerikanischen Trotzkistin, die in Moskau ermordet wurde. Phillips, 43 Jahre alt, war die führende Sprecherin der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) in der Sowjetunion. Sie wurde am Morgen des 9. Februar brutal erwürgt und erstochen aufgefunden, nur Stunden vor einer wichtigen Demonstration gegen die Hungerpolitik des russischen Regimes von Jelzin. Sogar zwölf Wochen später haben die Moskauer Behörden noch keine Fortschritte vorzuweisen bei der Suche nach den Schuldigen an diesem entsetzlichen Verbrechen.

Zu den Demonstrationen riefen die Spartacist League/ U.S. und das Partisan Defense Committee im Namen der IKL auf. Am Vorabend des 1. Mai, des internationalen Feiertags der Arbeiter, wurde auch die Kampagne angeprangert, den sowjetischen Völkern den Kapitalismus aufzuzwingen. Siebzig Demonstranten vor dem russischen Konsulat in New York riefen: „Jelzin ist ein Werkzeug für die Wallstreet-Herrschaft" und: „Elend des freien Marktes, njet — die Macht den Arbeitersowjets!" Plakate auf Russisch und Englisch forderten: „Keine weitere Verzögerung! Vollständige Untersuchung des Mordes an Martha Phillips!" Eine Erklärung des früheren Vorsitzenden des New Yorker Stadtrats, Paul O'Dwyer, wurde verlesen, in der er schrieb: „Martha Phillips war eine Frau, die ihr Leben dem Kampf gegen Ungerechtigkeit, wo immer sie auftrat, gewidmet hat... Dieser abscheuliche Mord muß aufgeklärt werden".

Kundgebungen fanden auch in Washington, Ottawa, San Francisco, Sydney, Warschau, Rom, Mailand, Berlin, Hamburg, Paris und London statt. In Tokio übergab die Spartakist-Gruppe Japan, trotz eines Demonstrationsverbots und einer starken Präsenz von Bereitschaftspolizei, der russischen Botschaft eine Erklärung. Als früher in der Woche ein Vertreter der Lega Trotskista d'Italia ein Informationspaket zum russischen Konsulat in Mailand brachte, fand er scheinbar besorgtes Gehör, bis er erwähnte, daß Martha jüdisch war — daraufhin ließ der Vizekonsul eine Flut von antisemitischen Beschimpfungen vom Stapel. Unser Genösse ging empört hinaus.

Vor dem Konsulat in Sydney, Australien, hielt gestern ein Sprecher der Spartacist League, Balasubramaniam, eine Rede vor einer Gruppe von 30 Demonstranten und erklärte: „Wir lassen uns nicht einschüchtern! Wir werden den Mord an Martha rächen, indem wir unsere Anstrengungen verdoppeln, um Jelzins Konterrevolution zu zerschlagen." In Paris sagte ein Sprecher der Ligue Trotskyste de France: „Marthas Kampf und der der IKL in Moskau und Leningrad nimmt den heroischen Kampf unserer Genossen der Linken Opposition in der UdSSR wieder auf, eine sowjetische Sektion der Vierten Internationale aufzubauen. Die steigende Flut der Konterrevolution muß gestoppt werden!"

In Deutschland gingen Genossen der Spartakist-Arbeiterpartei zu einer Pressekonferenz des russischen Parlamentsvorsitzenden Ruslan Chasbulatow in Dresden, wo sie ihn fragten, „ob bei der ungewöhnlich stümperhaften Untersuchung durch die Moskauer Behörden mächtigere Kräfte am Werk waren, die nicht wollen, daß der Mord aufgeklärt wird". In Hamburg und Berlin wurde eine ergreifende Erklärung der Antifaschisten Karl und Christina Kielhorn verlesen, in der steht, Martha Phillips „vertrat mit Hingabe und Konsequenz den Grundgedanken, daß die Russische Revolution den Arbeitern der ganzen Welt gehört". Karl Kielhorn steht gegenwärtig vor Gericht unter der Anklage, nach dem Zweiten Weltkrieg einen blutrünstigen Nazi-Militärrichter in einem sowjetischen Kriegsgefangenenlager getötet zu haben.



Martha Phillips
10. März 1948 - 9. Februar 1992

Die Protestwoche begann am 27. April mit einer Pressekonferenz im Leo-Trotzki-Museum in Coyoacän (Mexiko-Stadt), in dem Haus, wo der bolschewistische Führer 1940 von einem stalinistischen Attentäter ermordet worden war. Esteban Volkov, Trotzkis Enkel, erklärte: „Wir möchten den Namen von Martha Phillips zu der langen Liste der gefallenen revolutionären Helden hinzufügen, eine Liste, die angeführt wird von dem großen Revolutionär und Marxisten Leo Trotzki, der diesen Kampf 1923 initiierte, als der

Fortgesetzt auf Seite 7

Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ A 1664 E

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 96 JUNI/JULI 1992 50 Pfennig

Nieder mit den imperialistischen Sanktionen gegen Serbien!

Nationalistisches Blutbad zerreißt Jugoslawien



Radial Press

Vukovar, Jugoslawien: Flüchtlinge vor den Trümmern des nationalistischen Kriegs

Die blutbeschmierte, ausgebombte Innenstadt von Sarajevo zeigt das wahre Gesicht des „neuen freien Europas", das vom Imperialismus triumphierend nach dem Zusammenbruch der stalinistischen Herrschaft in Osteuropa proklamiert wurde. Diese Stadt, in der eine halbe Million slawische Moslems, Kroaten und Serben seit über vier Jahrzehnten harmonisch zusammen gelebt und gearbeitet haben, ist in ein Schlachtfeld für konkurrierende Banden von mörderischen Nationalisten verwandelt worden. Von Mitteleuropa bis zum Kaukasus hat die kapitalistische Konterrevolution bedeutet, daß eine Orgie von Chauvinismus und ausgesprochener Pogrom-Hetze wieder auflebt und immer weiter um sich greift.

Drei Monate blutiger Kämpfe in der ehemaligen jugoslawischen Republik Bosnien-Herzegowina haben über 2000 Menschen das Leben gekostet und Hunderttausende von zu Hause vertrieben. Damit sind in den grauenhaften nationalistischen Bürgerkriegen, die im letzten Sommer anfingen, insgesamt etwa 13000 getötet und 1,5 Millionen vertrieben worden. Der multinationale jugoslawische deformierte Arbeiterstaat wurde geschmiedet von Josip Broz Tito und seinen kommunistischen Partisanen durch heldenhaften Kampf gegen die Nazibesatzer und deren einheimische kapitalistische Quislinge. Er ist zerstört worden in einem Meer von brudermörderischem Blutvergießen, das die Re-

Fortgesetzt auf Seite 19

Brecht mit der Sozialdemokratie!
Stürzt die Kohl-Regierung durch Arbeiteraktion!

Streik-Extra
Siehe Seite 13

Brief

Ruf nach „Arbeitertribunal": „linke" Flankendeckung der Hexenjagd

Moskau, 15. April 1992

An die *Spartakist-Redaktion*

Liebe Genossen!

Im Spartakist habe ich den Hexenjagdartikel gelesen [„Hände weg von Honecker, Freiheit für Mielke! SPD-Hexenjagd überzieht Viertes Reich", *Spartakist* Nr. 94, März/April] und denke, daß er klarmacht, daß wir Honecker, Mielke oder Persönlichkeiten wie Krabbe oder Engelmann gegen die sinistre Hexenjagd der deutschen Bourgeoisie verteidigen. Dennoch gefallen mir einige Sachen darin nicht.

Als ich noch in Deutschland war und wir Diskussionen mit der SDAJ in Berlin führten, kam die Frage auf, ob *konkret* anständige Sozialdemokraten sind oder Vorreiter der antikommunistischen Hexenjagd. So gestellt, kann ich die Frage nicht eindeutig beantworten, da ich dieses Blatt viel zu wenig kenne. Was ich aber kenne, reicht, um zu sagen, daß es ein zynisches, arbeiterfeindliches Blatt von ein paar Altneulinken ist, die einmal im Monat mit ihren Pamphletchen der kleinbürgerlichen Linken neue Diskussionsangebote unterbreiten. Die *konkret*-Schreiberlinge erinnern mich stark an die demokratischen Moralisten, die „Ideologen der Zwischenschichten, die zwischen die beiden Feuer geraten sind, oder sich vor diesem Schicksal fürchten", wie Trotzki sie in „Ihre Moral und unsere" beschrieb, und die sich nichts mehr wünschen, als von der Geschichte mit ihren Büchern, kleinen Zeitschriften, Abos, dem gesunden Menschenverstand und moralischen Schreibheften in Ruhe gelassen zu werden. Überhaupt gibt „Ihre Moral und unsere" eine gute Beschreibung von Leuten, die Genossen heute bei PDS/KPlatt/DKP/konkret antreffen werden...

Trotzki schreibt: „Diese Moralisten wenden sich, indem sie die zehn Gebote oder die Bergpredigt neu umschreiben, nicht so sehr an die siegreiche Reaktion, wie an jene Revolutionäre, die unter deren Verfolgung leiden und die mit ihren .Exzessen' und .amoralischen' Grundsätzen die Reaktion .provozieren' und ihr eine moralische Rechtfertigung geben." E. P. schreibt uns [Leserbrief in *Spartakist* Nr. 94]: „Trotzdem erscheint es mir, daß Euer Artikel gewisse Tendenzen aufweist, die ... von den Bürgerlichen als willkommener Aufhänger für die Diffamierung und Verleumdung der SpAD genutzt werden könnten." Logische Konsequenz: Freunde, laßt uns doch „Stalinistische Bürokraten vor ein Arbeitertribunal!" sagen. Das klingt wie Arbeitermacht, die nach Ceaucescus Hinrichtung Blut geleckt haben und dasselbe für jeden Stalinisten fordern, bis heute.

In diesem Zusammenhang finde ich die Polemik im Artikel gegen Tribunale zu lasch. Wir greifen Thierses Tribunale an, wo sich die PDS gleich hineinliquidiert. E. P. würde freudig übereinstimmen, daß Thierses Tribunale Lynchjustiz des IV. Reichs sind. Und auch die Feststellung des BSA, daß die Verantwortlichen frei herumlaufen, ist ein *direkter* Appell an das IV. Reich. Und für E. P. ist ja *dieser* Justizapparat sowieso „Verhöhnung jeglichen Rechtsempfindens". Doch er will an Stelle der Justiz, die aus dem Nazireich organisch hervorgeht, „Arbeitertribunale" setzen, die denselben dreckigen Job machen. Und wir hätten im Artikel explizit sagen sollen, daß die, die nach Arbeitertribunalen schreien, die linke Flanke der Hexenjagd darstellen. E. P. und Leuten, die Ähnliches wie er denken, wird das meiner Meinung nach nicht gesagt.

Mit der Einschätzung, daß die antikommunistische Hexenjagd erst im Sommer '90 anfing, bin ich auch nicht einverstanden. Wir wissen, wann das losging. Am 4. Januar. *Spiegel* druckte antisemitische Karikaturen über den „Drahtzieher Gysi". Und Sprüche wie „Der Nazi-Trick der SED" oder „Gysi ruft zur Bildung einer neuen Stasi auf, was von *arbeitermacht* stammt, müßten doch noch jedem Genossen im Ohr klingen. Und wir wissen doch, daß die Hexenjagd mit der SPD und der Konterrevolution in der DDR kam und daß sie schlimmer wird, wenn sich die Arbeiter in der Sowjetunion nicht rühren. Also, sagen wir das doch offen!

Mit kommunistischen Grüßen
Jan

Spartakist antwortet:

Lieber Genösse Jan,
wir können Dir nur voll zustimmen, daß die Parole „Bourgeoisie: Hände weg von Honecker! Stalinistische Bürokraten vor ein Arbeitertribunal!", wie E. P. sie in seinem Leserbrief im *Spartakist* Nr. 94 vorschlägt, nur die „linke" Flankendeckung für die Hexenjagd darstellt. In der Tat wollen antisowjetische Gruppen wie BSA und Arbeitermacht damit als Aufpeitscher für die antikommunistische Hexenjagd bei der SPD anheuern, die den blutigen Rachefeldzug der Kapitalisten anführt, mit dem jegliche Erinnerung an den deformierten Arbeiterstaat DDR und den Sieg der Roten Armee ausgelöscht werden soll.

Die Stalinisten, die wirkliche Verbrechen gegen die Arbeiterklasse begangen haben, „werden für die falschen Taten von der falschen Klasse angeklagt", wie wir in *Spartakist* Nr. 94 schrieben. Eine Justiz der Arbeiterklasse hätte nur aus der politischen Revolution hervorgehen können, die die Bürokratie spaltet und die politische Macht der Arbeiter zurückerobert. Aber in der DDR wurde diese durch die massive Intervention der westdeutschen Imperialisten in eine kapitalistische Konterrevolution umgeleitet. Jetzt „Arbeitertribunale" vorzuschlagen, mit der die Hexenjäger ganze Arbeit leisten können, gibt eine „linke" Rechtfertigung für diese Hexenjagd und damit für die Konterrevolution, deren ideologischer Kern sie ist.«

SPARTAKIST



herausgegeben von der SPARTAKIST-ARBEITERPARTEIDEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

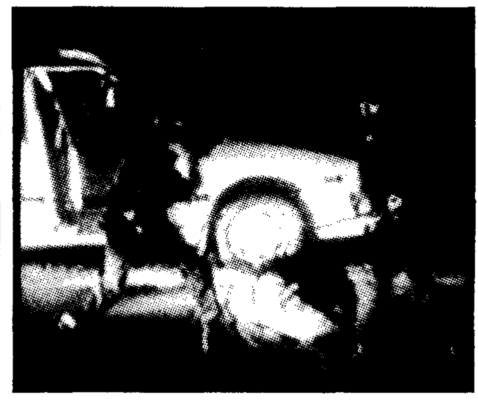
REDAKTION: Marianne Clemens, Toralf Endruweit, Michael Jäger, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes (Produktion), Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur), Kurt Weiss, **Fred Zierenberg**

VERTRIEB: J. Pfeiffer

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, ZOCK) Hamburg 74
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 110231, 2000 Hamburg 11, Fax (040)3301 54
Postfach 510655, 1OOO Berlin 51, Fax (030)4911479
Redaktion Spartakist: Tel. Westberlin 491 4548, Korrespondenz über Verlagsanschritt
Abonnement (tO Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 11988-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BL2 50010060
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 96 Juni/Juli **1992**

Los Angeles: Massenaufruhr gegen rassistisches Urteil


Video George Holliday

Das Video ging um die Welt: Ein Dutzend rassistischer Polizisten schlagen auf Rodney King ein

Arbeiter, Schwarze, Latinos, Asiaten: Organisiert euch, räumt das rassistische System weg!

3. Mai — Die ersten Flammen loderten gerade über Los Angeles, da brach in den Städten der USA die aufgestaute Wut los, als sich die Nachricht über das rassistische Urteil verbreitete. Während paramilitärische Polizisten, Nationalgardisten und US-Truppen den L.A.-Stadtteil South Central besetzten, wurde über San Francisco und Atlanta der Ausnahmezustand verhängt, die Nationalgarde wurde nach Las Vegas in Marsch gesetzt, und in einem halben Dutzend Städten von Berkeley bis Atlanta wurden Ausgangssperren verhängt. In jeder Stadt, wo die Entrüstung über dieses Urteil explodierte, wurden bittere Erinnerungen wachgerufen an die vielen anderen Opfer wütenden Polizeiterrors.

Das schmerzvolle Bild eines Lynchmobs in blauen Uniformen, der sadistisch und immer wieder einen hilflos am Boden liegenden Schwarzen foltert, wurde zum Symbol der rassistischen Polizeibrutalität in Amerika. Jetzt verkündet das Urteil der ganzen Welt, was Schwarze genau wissen: Es gibt keine Gerechtigkeit in den rassistischen kapitalistischen Gerichten. „Seit Jahren schon bringen sie uns um, treten und schlagen sie auf uns ein", bemerkte ein Mitglied einer Straßenbande in L.A. erbittert. „Und wenn wir sie auf Band kriegen, werden sie nicht schuldig gesprochen in einem System, das uns nichts bedeutet", fügte ein anderer hinzu.

„Dies heißt, die Jagd auf Schwarze ist eröffnet", sagte Jody Earl, ein 33jähriger Schwarzer aus Los Angeles. Ron Boyle, 40, fügte hinzu: „Die Justiz funktioniert nicht in Amerika" *(San Francisco Examiner,* 1. Mai). Dieser Ausbruch bei offensichtlich allen ethnischen Bevölkerungsgruppen gegen Polizei und Gerichte breitete sich so dramatisch aus, weil es jahrelang bittere Armut und soziale Verhältnisse gab, durch die Latinos und viele Weiße genauso unterdrückt wurden wie Schwarze. Umfragen zeigen, daß eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung den Freispruch für die Polizisten ablehnt, die Rodney King zusammengeschlagen haben. Laut einer Umfrage hielten sogar 47 Prozent der Weißen den Aufruhr für „verständlich".

Die rassistischen Medien zeigten zwar immer wieder die Bilder, wie ein weißer LKW-Fahrer brutal zusammengeschlagen wurde, sie zögerten aber, die verzweifelten Menschenmengen, die auf die Straße gingen, zu diffamieren. Sie jammern, daß es „bessere Wege" gibt, um zu protestieren, aber es ist offensichtlich, daß die Welle von Unruhen die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf den Groll des schwarzen Amerikas gelenkt hat. Von Berlin bis Neu-Delhi solidarisierten sich Demonstranten mit der Wut in L.A., und die rassistischen Herrscher von Japan bis Südafrika spotteten über Washingtons Anspruch auf die „Führungsrolle" in der Welt. Daher machen sich Bush & Co. Sorgen, daß ihre „Neue Weltordnung" sich in Rauch auflösen könnte. *Amerikas Herrscher wissen, daß sie schuldig sind, und sie sind verdammt nervös - und das sollten sie auch sein.*

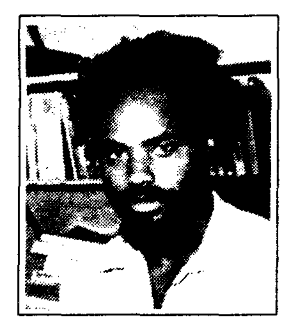
Der kalifornische Gouverneur Pete Wilson — der von der Wohlfahrt abhängige Mütter verhungern lassen will und gerade die erste Hinrichtung in diesem Staat seit 25 Jahren angeordnet hat - rief die Nationalgarde, im Auftrag des schwarzen Bürgermeisters Bradley von den Demokraten. Und Präsident Bush hielt eine Ansprache mit dem Tenor „hart bleiben", wo er den Einsatz von US-Truppen ankündigte. Gepanzerte Mannschaftswagen rollten, darunter die siebte Infanterie-Division aus Fort Ord, die den Panama-Überfall durchgeführt hatte, Marines aus dem Golfkrieg und SWAT-Killerkommandos von FBI, Bundespolizei und Grenzschutz. Jetzt richtet diese Besatzungsarmee von 30000 schwerbewaffneten Soldaten ihre Bajonette gegen Schwarze, Latinos und Asiaten im eigenen Lande.

Angesichts der Besetzung der von Schwarzen und Latinos bewohnten Stadtteile in L.A. durch den Polizeistaat ist es notwendig, die Macht der integrierten Gewerkschaftsbewegung zu mobilisieren. Nur Stunden, nachdem die Bullen einmarschiert waren, brachte das Partisan Defense Committee ein Flugblatt heraus, daß die wichtigsten Gewerkschaften, darunter die Hafenarbeiter, Flugzeugbäuer und städtischen Angestellten, Arbeitsniederlegungen und Massenmobilisierungen organisieren müssen in Solidarität mit und zur Verteidigung von den Gettos und Barrios, die jetzt buchstäblich unter Beschüß sind. Wir fordern: *Polizei und Truppen raus aus den Gettos und Barrios!*

Fortgesetzt auf Seite 4

Rettet Mumia Abu-Jamal!

Der Kampf, den von der Todesstrafe bedrohten politischen Gefangenen Mumia Abu-Jamal zu retten, ist in eine kritische Phase eingetreten. Nach zehn Jahren in einer Todeszelle im US-Bundesstaat Pennsylvania bereitet Jamal mit seinen Rechtsanwälten ein neues Verfahren bei den Gerichten Pennsylvanias vor, um aufzudecken, daß Schuldspruch und Todesurteil auf erfundenen Anklagen basieren.



Jamal hat den prominenten Anwalt Leonard Weinglass als Hauptverteidiger in diesem entscheidenden Kampf ausgewählt, einen Anwalt, der seit fast 30 Jahren in den Gerichtssälen für politische Aktivisten wie Mitglieder der Black Panther Party, für die Chicago Seven und für Kämpfer für die Unabhängigkeit von Puerto Rico streitet. Jamal wird auch vom Fonds für rechtliche Verteidigung der National Association for the Advancement of Colored People (NAACP) verteidigt. Das Partisan Defense Committee/U.S. (Schwesterorganisation des Komitees für soziale Verteidigung, eine klassenkämpferische, nichtsektiererische Organisation zur rechtlichen und sozialen Verteidigung, die sich für die Fälle und Anliegen einsetzt, die im Interesse der Gesamtheit der Werktätigen liegen) hat ebenfalls Rechtshilfe geleistet.

Jamal, ehemaliger Sprecher für die Black Panther Party und zur Zeit seiner Festnahme 1982 Präsident der Philadelphia-Ortsgruppe der Association of Black Journalists und bekannter Unterstützer der MOVE-Organisation, wurde aufgrund einer erfundenen Anklage, daß er einen Polizisten in Philadelphia umgebracht hätte, verurteilt. Weinglass sagt, „die Tatsache, daß Jamal auch wegen seiner politischen Ansichten und Verbindungen verfolgt und verurteilt wurde, ist der Grund dafür, warum sein Fall absolut entscheidend für alle von uns ist, die nicht nur die Todesstrafe bekämpfen, sondern auch die politische Repression."

In einer aufgezeichneten Rede aus der Todeszelle am Vorabend der Hinrichtung von Robert Harris am 21. April in Kalifornien zeigte Jamal, vielen als die „Stimme der Entrechteten" bekannt, seine Überzeugungskraft und Leidenschaft, die die rassistischen Behörden des Bundesstaats für immer auslöschen wollen:

„Ein Mann mit organischem Gehirnschaden wird, wenn die Politiker des Todes sich durchsetzen, das Rollen der tödlichen Würfel in Gang setzen, das über 300 Männern und Frauen in den Todeszellen von Kalifornien und darüber hinaus 2500 Menschen in 34 Bundesstaaten droht. Diese 2500 Menschen - zu denen ich gehöre - haben schon längst ihr Leben verloren und sind zu Pappmache-Figuren geworden,. Stützen für wackelige politische Kampagnen, lebende Unpersonen, deren Merkmale, Eigenheiten und elende Existenzen ehrgeizige Politiker in immer höhere Positionen befördern, während diese über öffentliche Sicherheit Illusionen verbreiten, die nie Wirklichkeit werden."

„Vor zwei Monaten hob das Oberste Gericht ein Todesurteil aus dem Grund auf, daß die Mitgliedschaft des Gefangenen David Dawson in der rassistischen White Aryan Brotherhood von der Staatsanwaltschaft unzulässigerweise aufgeworfen wurde, um die Geschworenen zu beeinträchtigen", sagte Rachel Wolkenstein, Anwältin des PDC. „Aber dasselbe Gericht lehnte es ab. Jamais Einspruch auch nur anzuhören, daß seine Mitgliedschaft bei der Black Panther Party ein zentraler Bestandteil der Argumentation des Staatsanwalts für die Todesstrafe war."

Der Kampf, Jamal zu retten, darf nicht auf den Kampf im Gerichtssaal beschränkt werden. Die Freisprüche im Fall Rodney King bewiesen noch einmal, was die rassistischen kapitalistischen Gerichte bedeuten. Um Jamal zu retten, muß die Macht der Arbeiterbewegung in den Kampf eingebracht werden.

Der notwendige juristische Schritt bedeutet viel Arbeit — von der Überprüfung der vielen Bände der Prozeßakten bis zu einer massiven Untersuchung, um Zeugen aufzudekken. Das bedeutet, daß Jamais Verteidigung viel Geld benötigt. Er wird mit den riesigen finanziellen Ressourcen des Staats konfrontiert. Spenden für die Verteidigung sollten an Werner Brand, Bank für Gemeinwirtschaft, Hamburg, Konto 2501109300, BLZ 200 10111, Stichwort „Mumia Abu-Jamal, rechtliche Verteidigung" geschickt werden. Für weitere Informationen über die Kampagne schreibt an das Partisan Defense Committee, P.O. Box 99, Canal Street Station, New York, NY 10013, USA, oder an das Komitee für soziale Verteidigung, c/o B. Fiedler, Postfach 111748, 2000 Hamburg 11, Tel. (040) 323644, in Berlin Tel. (030) 4927866.«

Los Angeles...

Fortsetzung von Seite 3

Nach drei Tagen war die Zahl der Toten in L.A. höher als bei den Unruhen in Watts *1965* und sogar höher als in Detroit 1967: Im Augenblick sind es 49 Tote, von denen mindestens 17 schwarz waren, 15 hispanisch, 8 weiß und 2 asiatisch. Die Polizei und die Presse verschleiern die Zahl der Opfer durch die Polizei. Nach Berichten gab es 1765 Verletzte und 6345 Verhaftungen.

Ein 52jähriger Schwarzer bemerkte: „Martin Luther King war umsonst. Seine Methoden haben nichts geändert." Die Schwarzen werden aufs äußerste unter Druck gesetzt, von Polizei und Gerichten terrorisiert, aus der Industriearbeiterschaft herausgedrängt, und ihnen werden eine anständige Ausbildung und ordentliche Wohnungen verweigert. Der US-Kapitalismus hat keine Verwendung für eine ganze Generation von schwarzen Getto-Jugendlichen, die früher als „industrielle Reservearmee" auf Abruf bereitgehalten wurden. Jetzt erwartet sie nur der Tod — ein langsamer Tod, durch Epidemien, Unterernährung und Drogen, oder ein schneller Tod, in der Gaskammer oder erschossen auf der Straße. Um es klar zu sagen, die USA sind jetzt schlimmer als Südafrika, wo sie gerade einen weißen Polizisten zum Tode durch den Strang verurteilt haben, weil er 1988 den Befehl zu einem Massaker an elf Schwarzen gab, aber die Todesstrafe ist dort aufgehoben worden.

Die Wut der Innenstädte trifft sich mit einer weitverbreiteten Frustration und Empörung in der ganzen Bevölkerung. Besonders in diesem Wahljahr ist es offensichtlich, daß beide kapitalistischen Parteien bankrott sind. Auch der erbärmliche Verrat der UAW-Führung [der amerikanischen Automobilarbeiter-Gewerkschaft], selbst an den hauptsächlich weißen streikenden Arbeitern mittleren Alters bei Caterpillar im Mittleren Westen, hat deutlich gemacht, wie notwendig es ist, die rassistische, von den Bossen ausgehaltene Bürokratie des AFL-CIO wegzufegen.

Das Rodney-King-Urteil hat Licht auf das ganze *System* des amerikanischen Kapitalismus geworfen, das felsenfest

auf rassistischer Unterdrückung aufbaut. Es kann nicht reformiert, es muß zerschlagen werden. Die Frage ist, wie. Die Verhältnisse schreien nach einer revolutionären Führung, die die soziale Macht der Arbeiterbewegung organisiert und alle Unterdrückten hinter ihr im Kampf um die Staatsmacht vereint, der das ganze verrottete rassistische kapitalistische System abschafft und den Weg freimacht für eine wirkliche Emanzipation aller.

King-Urteil war der Zündfunke

Tag für Tag verfolgte das schwarze L.A. den „Prozeß" gegen vier der über ein Dutzend rassistischen Bullen, die am Zusammenschlagen von Rodney King beteiligt waren. Mit der Verlegung des Prozesses aus L.A. heraus ins blütenweiße Simi Valley, eine Schlafstadt für Polizisten und Sitz der „Ronald-Reagan-Gedenkbibliothek", war alles gelaufen.

Im Gegensatz zu Simi Valley ist South Central zu 95 Prozent nichtweiß, zu gleichen Teilen Schwarze und Latinos, „eine flache Ebene von Armut und hoher Arbeitslosigkeit" *(San Francisco Chronicle,* 1. Mai). Vor zehn Jahren wurden zehn der zwölf größten Fabriken außerhalb der Flugzeugindustrie dichtgemacht, was die gewerkschaftlich organisierte schwarze Arbeiterschaft dezimierte. Zwischen 1973 und 1986 ging das durchschnittliche Jahreseinkommen von schwarzen Absolventen der High School in Los Angeles um 44 Prozent zurück, die Einkommen von Latinos fielen um 35 Prozent. Dies ist das Pulverfaß, für das das rassistische Urteil im „Rodney-King-Prozeß" der Zündfunke war. Ein Ergebnis des Aufruhrs bestand darin, die sich bekriegenden Straßenbanden von Schwarzen und Latinos gegen die Bullen zusammenzubringen.

Die Getto-Explosion verschärfte die Spannungen zwischen schwarzen Gettobewohnern und koreanischen Ladenbesitzern (und auch der Bevölkerung von Koreatown direkt im Norden von South Central). Als nach den Unruhen in Watts 1965 die jüdischen Ladenbesitzer wegzogen, rückten die Koreaner nach — und wurden zum Blitzableiter für plebejischen Groll. Dies trat klar zu Tage, als der schwarze Teenager Latasha Harlins im letzten März von einem koreanischen Ladenbesitzer durch einen Schuß in den Hinterkopf getötet wurde. Jetzt, in die Klemme geraten, reagierten koreanische Händler auf die Plünderungen mit einer mörderischen Schießerei, obwohl dann Tausende von Koreanern mit verzweifelten Aufrufen zu „Frieden und Gerechtigkeit" demonstrierten. Die rassistische Feindseligkeit gegen Koreaner, angepeitscht von schwarzen nationalistischen Demagogen und aufstrebenden schwarzen Geschäftsleuten, die „ihren" Markt ausbeuten wollen, ist eine giftige Ablenkung vom wirklichen Feind der schwarzen Massen. Die meisten Asiaten an der Westküste gehören zu den am schlimmsten Ausgebeuteten.

Während die Bourgeoisie über die „Kriminalität" von Plünderern schäumte, die aus zerbrochenen Schaufenstern Waren wegschaffen, so war dies allem Anschein nach eine ausgesprochen integrierte Aktion unterdrückter und verarmter Menschen. Dies ist wirklich verständlich, wird aber nichts dazu beitragen, die tiefgreifende Armut von Amerikas Innenstädten abzuschaffen. Wie wir zur Zeit der Getto-Explosionen in den 60er Jahren schrieben:

> „In den letzten drei Sommern sind die Gettos im ganzen Land von elementaren, spontanen und unpolitischen Erhebungen erschüttert worden gegen die herrschenden Eigentumsverhältnisse und gegen die Kräfte des Staates, die diese Verhältnisse schützen. Auf keinen Fall sind sie echte Rassenunruhen gewesen. Doch trotz der gewaltigen aufgewendeten Energien und trotz der erlittenen Verluste haben diese Ausbrüche nichts geändert. Dies spiegelt die Tatsache wider, daß Organisationen für wirklichen Kampf dringend notwendig sind, die diese Energien organisieren und auf bewußte politische Zielsetzungen hin lenken können. Es ist die Pflicht einer revolutionären Organisation, zu intervenieren, wo es möglich ist, um diesen Ausbrüchen eine politische Ausrichtung zu geben." („Black and Red — Class Struggle Road to Negro Freedom", *Spartacist*-Extrablatt, Mai/Juni 1967)



Workers Vanguard

New York, 1. Mai: Antirassistische Proteste in ganz USA

Es geht nicht darum, Konsumgüter an sich zu reißen, sondern die Produktionsmittel zu enteignen. Und dazu müssen das Bewußtsein und die Organisation einen Sprung machen, der die kapitalistische Ordnung beseitigt.

Es gibt bei vielen Schwarzen den Eindruck, daß sie nichts bekommen werden, wenn sie nicht alles niederbrennen. Aber worauf viele hingewiesen haben, nachdem die Aufstände 1967 das schwarze Detroit verwüstet hatten: es wurde nie wieder aufgebaut. Dahinter liegt die tiefere Wahrheit, daß sich Detroit in eine Geisterstadt verwandelt hat, weil die Autobosse die Industrie geplündert und eine Fabrik nach der anderen geschlossen haben. Es sind *die Kapitalisten,* die den Reichtum dieses Landes, aufgebaut mit dem Schweiß der Arbeiter, zerstört haben. Es liegt nicht daran, wer im Weißen Haus sitzt, sondern an der Funktionsweise eines irrationalen Systems.

Für Schwarzenbefreiung durch sozialistische Revolution!

Ein Programm für die Emanzipation der Schwarzen muß mit dem Bewußtsein anfangen, daß das ganze System der rassistischen, kapitalistischen Unterdrückung gestürzt werden muß. In den 60er Jahren wurde dies von kämpferischen, radikalen Führern wie Malcolm X und den Black Panthers vorausgesetzt, aber viele wurden in der mörderischen COINTELPRO-Kampagne des FBI niedergeschossen oder eingesperrt, während die opportunistischeren Teile in die Demokratische Partei gingen. Aber selbst den besten dieser militanten Kämpfer gelang es nicht zu verstehen, daß die einzige soziale Kraft, die dieses rassistische System beseitigen kann, die integrierte Arbeiterklasse ist.

Die Macht der Arbeiterbewegung, wenn sie mit den lahmen Gewerkschaftsbürokraten bricht, muß im Kampf für die Emanzipation der Schwarzen zum Tragen gebracht werden, indem sie als Vorkämpfer aller Unterdrückten auftritt. Für massenhafte organisierte Arbeiter/Schwarzenverteidigung gegen rassistischen Terror — Schußwaffenkontrolle tötet Schwarze! Und die Werktätigen müssen politisch dafür mobilisiert werden, ihre Klasseninteressen zu verteidigen. Wie es Don Alexander, Sprecher der SL/U.S., auf einer SL-Schulung am 2. Mai in der Bay Area sagte: „Vom schwarzen demokratischen Bürgermeister Tom Bradley bis Jesse Jackson und Bill Clinton und Willie Brown und Ron Dellums sind sich die kapitalistische, herrschende Klasse

Fortgesetzt auf Seite 6

Freiheit für den Antifaschisten Bögelein!

Am 18. Mai endete der Schauprozeß gegen die beiden Antifaschisten Gerhard Bögelein und Karl Kielhorn vor dem Landgericht der SPD-Stadt Hamburg. Sie wurden vor Gericht gestellt für das „Verbrechen", 1947 im sowjetischen Kriegsgefangenenlager Klaipeda den Nazi-Kriegsrichter Kallmerten getötet zu haben, der im Zweiten Weltkrieg über 100 sowjetische Partisanen, Zivilisten und Wehrmachtsoldaten hingemetzelt hatte.

Karl Kielhorn wurde mangels Beweisen freigesprochen, aber Gerhard Bögelein wurde zu lebenslangem Gefängnis verurteilt, was für den 65jährigen die Todesstrafe bedeutet. Als über hundert Antifaschisten, darunter Mitglieder des Komitees für soziale Verteidigung und der Spartakist-Arbeiterpartei, gegen dieses Terrorurteil protestierten, wurden sie von den Bullen des SPD-Bürgermeisters Voscherau gewaltsam aus dem Gerichtssaal getrieben. Auf einer vom KfsV initiierten Protestdemonstration am 22. Mai in Hamburg faßte die Spartakist-Rednerin Carola Rosen zusammen: „Das war ein Schauprozeß, in dem das Vierte Reich den Nazi-Richter Kallmerten rehabilitieren wollte. Dieser Nazi-Richter fand seinen rechtschaffenen Tod." Freiheit für Gerhard Bögelein, den antifaschistischen Helden!

Der Hamburger Schauprozeß fing 1950 an, als der berüchtigte Landgerichtsdirektor Steckel, Mitglied des Volksgerichtshofes und Ankläger eines NS-Sondergerichts, eine wahre Verfolgungsjagd begann. Jahrzehntelang ist es der Bourgeoisie nicht gelungen, Vergeltung zu üben, weil Bögelein und Kielhorn in der DDR lebten. Jetzt führt die SPD den Feldzug von Freislers Bluthunden zu Ende. Wie Carola Rosen am 22. Mai sagte: „Eine Menge dieser Nazis sind noch heute einflußreiche Politiker oder ihre Witwen beziehen hohe Staatspensionen. Und der Judenmörder Just ist honorables Mitglied der SPD!"

Die Vergeltungsmaßnahmen des erstarkten deutschen Imperialismus für den sowjetischen Sieg über das Dritte Reich werden auch durch die konterrevolutionäre Jelzin-„Regierung" unterstützt. So wurde dem Hetzblatt des Kohl-Regimes, *Bild*, ausgewähltes Material zugespielt, damit Bögelein verurteilt wird. Die vollständigen Dokumente aus den Moskauer Archiven wurden vorenthalten.

Es ist besonders obszön, daß am gleichen Tag, an dem das Terrorurteil gegen den Antifaschisten Gerhard Bögelein gesprochen wurde, der SS-Massenmörder Schwammberger zur gleichen Strafe verurteilt wurde. Was vor ein paar Jahren mit der „Historikerdebatte" anfing, die den Zweck hatte, den Holocaust zu verharmlosen, ist seit der kapitalistischen Wiedervereinigung zu einer wütenden antikommunistischen Kampagne geworden, mit der der Hitler-Faschismus offen rehabilitiert wird. DDR-Richtern wird der Prozeß gemacht, weil sie Nazi-Verbrecher verurteilt haben, der MfS-Chef Erich Mielke wird auf Grundlage von Nazi-Anklagen in einem Glaskäfig vorgeführt. Jetzt gibt es sogar Pläne, Gerhard Bögelein in die „Justizvollzugsanstalt" auf dem ehemaligen KZ-Gelände Neuengamme zu verlegen!

Bögelein ist im Zweiten Weltkrieg unter Einsatz seines Lebens zur Roten Armee übergelaufen, um gegen die Nazis zu kämpfen. Davor war er als Soldat mehrfach gefoltert und verurteilt worden, unter anderem weil er sich geweigert hatte, Partisanen zu erschießen. Nach der Befreiung vom Faschismus übten KZ-Häftlinge aller Nationalitäten berechtigte Rache an Nazi-Verbrechern und ihren Kollaborateuren.

Daß der Nazi-Kriegsrichter Kallmerten seine verdiente Strafe bekommen hat, ist eine Selbstverständlichkeit für jeden Antifaschisten. Doch genau wie bei der SPD-geführten Hexenjagd auf Mielke und Honecker sucht man bei Organisationen wie PDS und DKP vergeblich nach einer Verteidigung der Antifaschisten. Die Zeitung *ak* sprach sogar über „Mord" und griff uns an, weil wir Bögelein und Kielhorn als „heldenhafte Antifaschisten" bezeichnen. In der DKP-Zeitung uz werden die Antifaschisten nach der Verurteilung das erste Mal erwähnt, allerdings nur in Form eines Abdrucks einer VVN-Stellungnahme. Die DKP betitelte sie: „Fragen nach der historischen Gewichtung".

Bei einem Protest vor dem Strafjustizgebäude erklärte ein Sprecher der Spartakisten vor der Urteilsverkündung: „Die Arbeiterklasse hat eine Rechnung zu begleichen mit der Bourgeoisie von Auschwitz und nicht nur mit ihr, sondern auch mit den Anti-Stasi-Hexenjägern der SPD, die die Norderstedter Flüchtlinge immer noch jagen, die Juden in Ottensen von der Polizei verprügeln lassen und den ÖTV-Streik und jetzt auch den Metall-Streik verraten haben.

Wir liefern weder Honecker noch Mielke an das Vierte Reich aus und fordern Freiheit für Erich Mielke und die ‚Mauerschützen'! Die Rote Armee hat das Nazi-Regime zerschlagen, und das Vierte Reich will das rückgängig machen. Sie wollen sich an Gerhard Bögelein rächen, weil er zur Roten Armee übergelaufen ist. Wir fordern sofortigen Freispruch und Entschädigung für die erlittene Haft!".

Los Angeles...

Fortsetzung von Seite 5

und ihre politischen Vertreter einig bei der Verteidigung vom weißen, rassistischen .Recht und Ordnung' und bei der Unterdrückung der brennenden Wut der Massen durch Bullen und Soldaten." „Arbeiterrevolution ... das ist, wenn wir *unsere* Gerechtigkeit bekommen werden!"

Diese Generation ist aufgewachsen, ohne gesellschaftlichen Massenkampf zu sehen; viele sehen nicht, wo die Macht herkommen wird, um dies zu erreichen. Es *gibt* eine Grundlage für die multirassische Einheit in den USA, aber sie kann nie auf der „Reformierung" eines Status quo beruhen, der eine Rasse mit Gewalt unten hält. Nicht leere Appelle für „Brüderlichkeit", sondern der Kampf zur Zerschlagung der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung kann die Werktätigen aller Rassen zusammenbringen. Der Schlüsselfaktor in diesem Kampf ist der Aufbau einer multirassischen Arbeiterpartei auf einem revolutionären Programm.

Nach Workers Vanguard *Nr. 551, 15. Mai*

Hamburg: SPD-Polizei in den Fußstapfen der Gestapo

Stoppt die Jagd auf Juden!

Polizeihundertschaften gehen gegen Juden vor, errichten Straßensperren und „judenfreie Zonen" und nehmen unter johlender Zustimmung versammelter Nazis und Antisemiten jüdische Demonstranten fest — das passiert nicht 1933, sondern 1992 am jüdischen Friedhof in Hamburg-Ottensen unter dem SPD-geführten Hamburger Senat. Seit Monaten protestieren orthodoxe Juden gegen den geplanten Bau eines Kaufhauses samt Tiefgarage auf dem von den Nazis großteils zerstörten jüdischen Friedhof. Der Terror gegen die Juden gipfelte in einer stadtweiten Polizeifahndung und wird von einer massiven antisemitischen Kampagne begleitet. Wir Spartakisten sagen: Weg mit den Anklagen gegen die Verteidiger des jüdischen Friedhofs!

Genau wie bei Kohls Treffen mit dem Nazi-Kriegsverbrecher Waldheim und wie bei der Nazi-Anklage gegen Ex-Stasi-Chef Erich Mielke zeigt die Bourgeoisie von Auschwitz ihr wahres Gesicht. Der Jerusalemer Oberrabbiner Jitzchak Kulitz erinnerte sich an das „schnelle und sehr respektvolle Einverständnis der DDR", als ein Streit um einen jüdischen Friedhof in Berlin entbrannte. Aber in Westdeutschland, nach Kulitz, „scheine man für jüdische Empfindlichkeiten inzwischen immer weniger Verständnis aufzubringen" (Tagesspiegel, 10. Mai).

Eine Mobilisierung von Arbeitern und Immigranten in Ottensen würde dem aufflammenden Antisemitismus einen kräftigen Schlag versetzen. Beim ÖTV- und Poststreik kämpften die Arbeiter gegen die gleiche Regierung, die die Juden in Ottensen verfolgt. Die Spartakist-Arbeiterpartei trat dafür ein, diese Arbeiter für die Verteidigung des jüdischen Friedhofs zu mobilisieren. Doch bei der Hamburger Gruppe K (eines der Zerfallsprodukte des Kommunistischen Bunds), die ebenfalls gegen die Zerstörung des Friedhofs protestierte, stieß diese proletarische Perspektive auf hysterischen Haß, was bis zu unserem Ausschluß von der Rednerliste bei einer Ottenser Demo führte.

Die folgende Erklärung vom Komitee für soziale Verteidigungwurde am 26. Mai geschrieben und an Hamburgs Bürgermeister Voscherau geschickt. Inzwischen wurde die Hamburger Polizei aufgrund des öffentlichen Aufschreis gezwungen, jetzt ihre skandalöse Judenfahndung aufzuheben.

---

47 Jahre nach der Zerschlagung des Hitler-Regimes durch die Rote Armee, die dem millionenfachen Mord an den europäischen Juden ein Ende setzte, hat die Hamburger Polizei unter der SPD-geführten Regierung einen ungeheuerlichen Erlaß für die „Sonderbehandlung" von Juden herausgegeben. Danach sind alle Polizeidienststellen aufgefordert, „ab sofort Erkenntnisse über Anreise und Aufenthalt von orthodoxen Juden in Hamburg dem Lagedienst der FD 5 unverzüglich mitzuteilen". Im Dritten Reich wurden Juden vor ihrer Vernichtung gezwungen, den gelben Stern zu tragen; jetzt werden Menschen, die angeblich wie Orthodoxe aussehen, wie gefährliche Kriminelle observiert.

Seit Monaten betreibt Voscheräus SPD mit Hilfe der bürgerlichen Presse eine gezielte antisemitische Kampagne gegen die letzten Reste des jüdischen Friedhofs in Hamburg-Ottensen, auf dem die Nazis einen Luftschutzbunker bauten und wo jetzt der „arisierte" Hertie-Konzern ein Einkaufszentrum mit Tiefgarage bauen will. Und seit Monaten reisen orthodoxe Juden aus aller Welt nach Hamburg, um diese Schandtat zu verhindern. Der frühere Landeschef der Hamburger CDU Jürgen Echternach spricht von „orthodoxen Außenseitern". Was für eine Chuzpe: die überwiegende Mehrheit der deutschen Juden wurden von den Nazis entweder ermordet oder vertrieben! Zusammen mit den protestierenden Juden haben die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD) und das Komitee für soziale Verteidigung gegen die Vernichtung des Friedhofs demonstriert. Die Spartakisten trugen Plakate mit der Losung „Arbeiterrevolution wird die Opfer des Holocaust rächen". Außerdem hat die Hamburger WN-Bund der Antifaschisten einen Protestbrief gegen die Judenfahndung der Hamburger Polizei an Voscherau geschickt.



Spiegel

Polizei des Vierten Reichs im Einsatz gegen Juden. Arbetterrevolution wird Opfer des Holocaust rächen!

Die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands hat zu einer steigenden Welle von Nationalismus geführt - vom Einreiseverbot für sowjetische Juden direkt nach dem Anschluß bis zum Nazi-Pogrom in Hoyerswerda und der rassistischen Hetze aller Bonner Parteien gegen eine „Asylantenflut". Die SPD vom Saarland bis Hamburg steht an der Spitze der Jagd gegen Asylbewerber und Immigranten und fordert den Aufbau von Konzentrationslagern an den Grenzen, um die Abschiebung von Flüchtlingen zu beschleunigen. Wir fordern: Weg mit dem Judenstopp des Vierten Reichs! Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten!

Der Zweck der dreckigen antisemitischen Kampagne in Ottensen ist es, eine Volkshetze gegen Juden zu schüren: Stets werden Demonstrationen gegen die Schändung des Friedhofs von schreienden Nazis und Antisemiten umringt. Gleichzeitig will die SPD-geführte Regierung in Hamburg Fakten schaffen, indem sie versucht, jede Erinnerung an die Geschichte der Hamburger Juden auszulöschen, genauso wie Voscheräus Kollege Stolpe in Brandenburg den Judenmörder Just in Schutz nimmt und KZ-Gedenkstätten wie Ravensbrück und Sachsenhausen niederwalzen will. Das KfsV und die SpAD sagen: Für den Erhalt der KZ-Gedenkstätten und Mahnmale für die heldenhaften jüdischen/kommunistischen Widerstandskämpfer! Die Arbeiterbewegung muß die Schändung des jüdischen Friedhofs verhindern! Die Rote Armee zerschlug das Nazi-Regime! Stoppt die Nazis durch Arbeiter/Immigranten-Mobilisierung! •

Stoppt Massenabschiebung von DDR-Immigranten!

Für 20000 der noch verbliebenen 90000 DDR-Arbeiter aus Vietnam, Angola, Mosambik und Kuba steht die Deportation bevor, für Hunderte noch im Juni. Aber sie sind eher bereit, wachsenden Nazi-Terror zu ertragen, als in das Elend ihrer Länder zurückzukehren: der deformierte Arbeiterstaat Vietnam wurde zuerst von den US-Imperialisten im Krieg verwüstet, dann von der Wirtschaftsblockade in die Hungersnot getrieben. Aber diese Arbeiter sind für die Herrscher in Bonn/Berlin eine Erinnerung an die DDR mit ihren proletarischen Errungenschaften, und deswegen wollen sie sie aus Deutschland raussäubern.

Ab 1. Juli gilt das neue rassistische „Asylverfahrens"gesetz: Abschiebung im Schnellverfahren - das SPD-Programm zur „Lösung" des „Flüchtlingsproblems". Sie sollen in KZs interniert werden unter Abnahme ihrer Fingerabdrücke. Innerhalb von drei Wochen laufen „Anhörung", für ca. 95 Prozent die Ablehnung ihres Gesuchs, und „Einspruch". Danach ist Schluß; nichts schützt sie mehr vor der Abschiebung. Noch mehr Lager für Hunderttausende werden jetzt eingerichtet. Und die SPD erklärt sich im Gegenzug bereit, die Verfassung zu ändern, um das Asylrecht zu torpedieren.

Am 11. Juni demonstrierten vor dem Berliner Roten Rathaus einige hundert Immigranten, hauptsächlich Vietnamesen und auch Mosambikaner, gegen die Massenabschiebungen. Auf der Kundgebung vor dem Rathausportal sprach auch ein Genösse der SpAD. Unsere revolutionäre Klassenperspektive begrüßten die eingewanderten Kollegen mit starkem Beifall. Viele lasen aufmerksam unser Extrablatt „Stürzt die Kohl-Regierung durch Arbeiteraktion!" und diskutierten mit unseren Genossen. Gegen die von der PDS unterstützte Bettelpolitik, vor CDU-Bürgermeister Diepgen zu kriechen, erklärte unser Genösse, daß

> „mit dem sogenannten Bleiberecht nichts anderes als eine Politik des Hinhaltens betrieben wird und dieses ‚Recht' lediglich einen Rausschmiß auf Zeit bedeutet. Wichtig ist der gemeinsame Kampf *aller Immigranten* — egal ob vietnamesische, mosambikanische, kubanische - mit den deutschen Arbeitern für eure *vollen Staatsbürgerrechte.* Darum müssen wir bei allen Kämpfen wie Streiks z. B. gemeinsam handeln, als Internationalisten."

Frauen...

Fortsetzung von Seite 32

sowie Männer müssen *selbst* über ihre Verhütungsmethoden entscheiden können — noch ein Recht, das ihnen vom Kapitalismus verweigert wird.

Die Situation wird für immer mehr Frauen im Osten ausweglos. Eine neue Welle von Kindergarten- und Krippenschließungen wird jetzt von CDU- und SPD-Politikern durchgepeitscht; so werden noch mehr arbeitende Mütter aus den Betrieben gedrängt. Plätze sind „überflüssig", weil für arbeitslose Mütter unbezahlbar. Das um sich greifende Elend und die Massenarbeitslosigkeit seit Anschluß haben auch eine Selbstmordrate produziert, die schon im letzten Jahr zumindest um 100 Prozent gestiegen war. Heute sind keine Statistiken für den Osten bekannt. Auch der Kindermord, völlig unbekannt in der DDR, zog mit dem Kapitalismus ein.

Kurz vor der Währungsunion gab es einen „Abtreibungsboom" in der DDR: im Mai 1990 brach jede zweite Frau die Schwangerschaft ab. Denn im ersten „Staatsvertrag" hieß es: „Frauen und Behinderte werden berücksichtigt." Genau, bei *Entlassungen:* zuerst Schwangere, weibliche Lehrlinge, Frauen mit Kindern, im Babyjahr, über 50. Eine ehemalige Arbeiterin von Stern-Radio, verheiratet, zwei Kinder, mußte sich bei einer Bewerbung anhören: „Ihre Qualifikation stimmt, Ihr Jahrgang stimmt, aber der kleine Sohn ist zehn Jahre zu jung" *(Frankfurter Rundschau,* 12. Juli 1990).

In der DDR arbeiteten über 90 Prozent der Frauen; heute sind schon *offiziell* zwei von drei Frauen im Osten arbeitslos. In Wirklichkeit sind es fast vier von fünf. Im kinderfeindlichen Westdeutschland hingegen — wo Frauen beruflich weit schlechter dastehen als sonstwo in Westeuropa, weil es ihnen an Kinderversorgungseinrichtungen fehlt - arbeiten knapp über die Hälfte der Frauen. Für die Bosse, die finster entschlossen sind, die Lohnkosten zu senken und mehr Profite herauszuschinden, sind arbeitende Mütter sowieso „zu teuer". In der DDR wurde ihnen vom Staat qualitativ größere Unterstützung gegeben. Diese „Unkosten" und mehr wollen die Bosse nun los werden.

Die „Rechnung" ist auch politisch. Die ostdeutschen Frauen werden aus der Arbeiterschaft hinausgesäubert, denn sie besitzen ein starkes Bewußtsein von gesellschaftlicher Verantwortung. *Trotz* der „zweiten Schicht" im Haushalt profitierten sie am meisten von der kollektivierten Gesellschaftsform des deformierten Arbeiterstaats DDR. Ihr Leben wurde selbstverständlich um den Arbeitsplatz und seine sozialen Einrichtungen aufgebaut — die Krippe, den Kindergarten und Hort, die Poliklinik, die Wäscherei, Kantinen und Gaststätten. Doch diese zusammen mit den kulturellen Einrichtungen der DDR-Betriebe — den Bibliotheken, den Jugendklubs, den Sporteinrichtungen usw. — wurden dem Erdboden gleichgemacht. Diese politischen und selbstbewußten Frauen sollen gebrochen werden, zurückgedrängt zu „Kinder, Küche, Kirche". Für viele ist jetzt die einzige Alternative: entweder Arbeitslosigkeit, Not, Armut und soziale Isolierung oder keine Kinder.

Die Frauen im Osten, von den Kindererziehern bis zu den Krankenschwestern, gingen als erste auf die Straße gegen die Zerstörung ihrer Errungenschaften. Eine proletarische revolutionäre Perspektive ist für Frauen dringend notwendig, um ihre Interessen zu verteidigen. Clara Zetkin erklärte auf dem III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, daß die Kommunisten die Frauen als revolutionäre Kämpferinnen gewinnen müssen, vor allem im Kampf gegen die verräterische Gewerkschaftsbürokratie, die die Frauen „dreifach verraten" - im Kampf um gleichen Lohn für gleiche Arbeit, um die Rettung ihrer Arbeitsplätze und gegen die Verelendung arbeitsloser Frauen und Mütter.

In den ÖTV-Kämpfen West und Ost haben die DGB-Spitzen die Frauen in genau derselben Weise verraten. Hier ist der Kampf um die Forderungen dringend notwendig: *Gleicher Lohn für gleiche Arbeit; für die Verteidigung* aller *Arbeitsplätze gegen Betriebsschließungen und Sozialabbau; und für die Rettung und den Wiederaufbau der sozialen Einrichtungen in Ost und West, für die Aufteilung der Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohn.* Wie Zetkin erklärte:

> „Ohne Eroberung der politischen Macht, ohne Aufrichtung der Rätediktatur kein kommunistischer Aufbau, keine Befreiung, keine Gleichberechtigung der Frau. Aber ... ohne den Mitkampf der Frauen keine Eroberung der politischen Macht, kein kommunistischer Aufbau."

Deswegen schreiben wir auf unser Banner: *Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution'.*

Gysi umarmt DSU-Diestel: Heimatbund der Wiedervereiniger

Seit der kapitalistischen Wiedervereinigung ist eine Welle von Massenarbeitslosigkeit, Rassismus und Frauenunterdrückung über die Ex-DDR hereingebrochen. Aber bei all dem Triumphgeschrei der Kapitalisten über den „Tod des Kommunismus" hat nach dem Massenaufruhr in Los Angeles der große ÖTV-Streik auch in Deutschland der „Neuen Weltordnung" einen Schlag versetzt. CDU und SPD wissen um die Wut und Verbitterung, die sie unter den Arbeitern ausgelöst haben. Neben dem Streik wurden sie auch durch die Berliner Bezirkswahlen aufgeschreckt, wo die PDS im Osten 30 Prozent der Stimmen erhielt.

Nicht West gegen Ost gegen Immigranten, sondern Klasse gegen Klasse

Im Westen dagegen war das Wahlergebnis der PDS ein Flop. Ohne Einfluß auf die Werktätigen können Reformisten nichts ausverkaufen, sie sind daher für die Bourgeoisie wertlos. Doch Gysi sieht in Empörung und weitverbreiteter „DDR-Nostalgie" eine Marktlücke für die PDS. Jetzt will er sich dem eklig-reaktionären DSU-Diestel in einer „Ostbewegung" in die Arme werfen! Dies ist ein Manöver, mit dem die ostdeutschen Werktätigen betrogen werden sollen.

De Maizières Oberbulle Diestel will damit eine „massenhafte destruktive Protesthaltung unterbinden". Gysi biedert sich an und gibt gleich zu, gegen wen sich dieser Verein richten wird: „Viele Bereiche wären nicht diskutierbar, aktuell etwa das 218-Thema, fortlaufend sicher die Ausländerfrage" (*Berliner Zeitung*, 4. Juni).

Ob Ost-Partei oder -Bewegung, das Ergebnis wäre ein regional-nationalistischer Verein, der die Arbeiter spaltet in Ost und West. Und die eingewanderten Arbeiter? Eine Ost-Partei wäre direkt gegen sie gerichtet, überhaupt gegen das, was die Kapitalisten und ihre sozialdemokratischen Handlanger am meisten fürchten: gemeinsamen Kampf Ost und West. Erst vor wenigen Wochen hat der Streik der westdeutschen Arbeiter gegen die Kohl-Regierung die Solidarität der ostdeutschen Kollegen wachgerufen, wie die Ostberliner ÖTVler mit ihrem eintägigen spontanen Streik zeigten. Aber während Gysi auf eine Spaltung abzielt, brauchen die Arbeiter eine gemeinsame revolutionäre Arbeiterpartei, die den Kampf für den Sturz der Kohl-Regierung führt.

Was sich hinter der von CDU und SPD gefürchteten „DDR-Nostalgie" verbirgt, sind Wut und Enttäuschung von Millionen ostdeutschen Arbeitern über die schrecklichen Auswirkungen des Anschlusses. 40 Jahre ohne Arbeitslosigkeit, das war eine der Errungenschaften des Arbeiterstaats DDR, trotz stalinistischer Deformation. Als im Herbst 1989 die Massen „für einen besseren Sozialismus" auf die Straße gingen, war dies der Beginn einer politischen Revolution. Im Januar 1990 initiierten die Spartakisten eine antifaschistische Demonstration gegen die Schändung des sowjetischen Ehrenmals in Treptow. Gysi stand dort widerwillig neben den Spartakisten Renate Dahlhaus und Toralf Endruweit, schaute auf die riesigen Menschenmassen von einer Viertelmillion und sah das Gespenst des Bürgerkrieges vor sich. Ein massiver konterrevolutionärer Ansturm folgte auf Treptow. Die PDS leitete mit Gorbatschows/Modrows „Deutschland, einig Vaterland" die reibungslose Übergabe der DDR an den Kapitalismus ein, die dann durch Diestel und de Maiziere vollstreckt wurde. Die Spartakisten dagegen kämpften mit allen Kräften gegen die kapitalistische Wiedervereinigung.

Die Konterrevolution hat das Leben der Ex-DDR-Bürger auf den Kopf gestellt. Die Frage der eigenen Existenz, die in der DDR keine Frage war, ist heute das alles bestimmende Thema. Mit der rechten Diestel-Demagogie sollen die Arbeiter auf regional-nationalistische Bahnen gelenkt werden. Doch sie werden sich-nicht verteidigen können, solange sie sich nicht mit den kämpferischen türkischen und kurdischen, den vietnamesischen und mosambikanischen Kollegen gegen die Ausbeuterklasse verbinden. Die Interessenvertretung der Arbeiter, egal ob in Halle oder Hamburg, erfordert eine *gesamtdeutsche revolutionäre Arbeiterpartei.*

Warum will Gysi den PDS-Apparat für eine ABM-Maßnahme in Gang bringen, um Diestel zu helfen? Nach dem Anschluß wurde die von Diestel mitgegründete DSU bei ihrem Spagat zwischen Faschisten und CDU zerrieben. Jetzt sucht der „Duce von Brandenburg" *(taz)* ein politisches Druckmittel, um *selbst* ein Stück der Macht zu erlangen.

Heute ist die PDS Ziel der SPD-geführten antikommunistischen Hexenjagd, obwohl sie nach Kräften mitmacht, von der Auslieferung ihrer Kassierer bis zur Hexenjagd in den eigenen Reihen. Die Stasi-Hetze richtet sich gegen alles, was an die DDR erinnert, aus Rache für den Sieg der Roten Armee über das Nazi-Regime. Sie dient dazu, das sozialistische Bewußtsein unter den DDR-Arbeitern auszulöschen und gemeinsamen Kampf in Ost und West zu verhindern.

Die Sozialdemokraten konnten in der Ex-DDR noch nicht Fuß fassen, weil sie als Eroberer von Treuhandsesseln und Gewerkschaftsposten aus jeden Arbeiterkampf unterdrückt und verraten haben. Sie sind diejenigen, die die Vernichtung der Arbeitsplätze ausführen. Der Berliner PDS-Landesvorsitzende André Brie träumt immer noch vom Ausverkauf an seinen Wunschpartner SPD, er warnt deshalb vor „ostdeutschem Populismus". Doch die verbrecherische Rolle der SPD besteht gerade darin, die Spaltung der Arbeiterklasse in Ost und West aufrechtzuerhalten und jeden Teil gegen den anderen und alle gegen die Immigranten aufzuhetzen. Und das ist es genau, was Gysi mit seiner schmutzigen Allianz mit Diestel im Osten tun will.

Schon seit Hoyerswerda hat die PDS sich als „Ordnungshüter" des Vierten Reichs aufgespielt und nach mehr Polizei gerufen (die dann auch kam und die Opfer, die Immigranten, deportierte). Jetzt verteidigt sie den Berliner Polizeipräsidenten Schertz, dessen Motto ist: „Hütchenspieler jagen genügt nicht". Grüne, SPD und CDU befinden sich mit der Hetze gegen Asylsuchende in einem rassistischen Konsens, und die PDS spielt mit. Schon vor Monaten verbreitete das *ND* rassistische Hetze gegen eingewanderte Hütchenspieler, und dann diente es dem SS-Schönhuber als Plattform für seine Hetze gegen Immigranten.

Gysi braucht die Volksfront selbst mit dem ostdeutschen Schatten der Bourgeoisie, um zu verhindern, daß die Zehntausenden, die sich als Sozialisten verstehen und noch auf die PDS schauen, bei einer Zuspitzung des Klassenkampfes auf die Alternative einer revolutionären Arbeiterpartei stoßen. Er warnte schon 1990 vor der Neugründung einer linken Partei: „Ich garantiere Ihnen, daß diejenigen, die dann aktiv daran mitarbeiten, alle aus dem extremistischen Bereich kommen — organisationsverliebte Spartakisten, Trotzkisten usw., die anderen warten ab. Dann wird daraus nicht mehr das, was Sie wollen" *(taz, 29.* Oktober 1990). Was die Spartakisten wollen, ist eine revolutionäre Arbeiterpartei als Teil der wiederzuschaffenden Vierten Internationale, um die Kämpfe der Arbeiter zum *Sieg* zu führen. •

Der Mord an der Trotzkistin Martha Phillips

Internationale Kampagne setzt Moskauer Behörden unter Druck



Demonstrationen in mehr als zwölf Städten forderten international eine energische Untersuchung des Mordes an der amerikanischen Trotzkistin Martha Phillips. Links der SpAD-Protest in Berlin am 30. April

Spartakist

Wir fordern eine wirkliche Untersuchung!

Am 30.April und I.Mai fanden in zwölf Städten in der ganzen Welt Kundgebungen statt, die eine wirkliche und energische Untersuchung des Mordes an Martha Phillips verlangten, einer amerikanischen Trotzkistin, die in Moskau ermordet wurde. Phillips, 43 Jahre alt, war die führende Sprecherin der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) in der Sowjetunion. Sie wurde am Morgen des 9. Februar brutal erwürgt und erstochen aufgefunden, nur Stunden vor einer wichtigen Demonstration gegen die Hungerpolitik des russischen Regimes von Jelzin. Sogar zwölf Wochen später hatten die Moskauer Behörden noch keine Fortschritte vorzuweisen bei der Suche nach den Schuldigen an diesem entsetzlichen Verbrechen.

Zu den Demonstrationen riefen die Spartacist League/ U.S. und das Partisan Defense Committee im Namen der IKL auf. Am Vorabend des 1. Mai, des internationalen Feiertags der Arbeiter, wurde auch die Kampagne angeprangert, den sowjetischen Völkern den Kapitalismus aufzuzwingen. Auf der New Yorker Demonstration bemerkte ein Sprecher der SL/U.S.: „Heute, am 30. April, ist der Jahrestag der Einnahme von Saigon 1975, für die wir kämpften und die wir begeistert begrüßten, und wir verteidigen Vietnam heute weiterhin. Heute ist auch der Jahrestag des Sieges der sowjetischen Roten Armee über Nazideutschland, der Tag, an dem 1945 die rote Fahne auf dem Reichstag in Berlin gehißt wurde. Wenn die Imperialisten heute von ‚Freiheit' und ‚Demokratie' reden, wollen sie eine Gesellschaft erzwingen, in der grauenhafte Polizisten auf brutale Weise einen Schwarzen blutig schlagen und dann ungestraft davonkommen können, wie es gerade in Los Angeles passiert ist. Wir tun alles, was in unserer Macht steht, um das zu verhindern. Wir neigen unsere roten Fahnen zu Ehren von Martha Phillips, und wir erheben das rote Banner der Revolution, um ihren Kampf fortzuführen."

Kundgebungen fanden auch in Washington, Ottawa, San Francisco, Sydney, Warschau, Rom, Mailand, Berlin, Hamburg, Paris und London statt. In Tokio übergab die Spartakist-Gruppe Japan, trotz eines Demonstrationsverbots und einer starken Präsenz von Bereitschaftspolizei, der russischen Botschaft eine Erklärung. Als früher in der Woche ein Vertreter der Lega Trotskista d'Italia ein Informationspaket zum russischen Konsulat in Mailand brachte, fand er scheinbar besorgtes Gehör, bis er erwähnte, daß Martha jüdisch war - daraufhin ließ der Vizekonsul eine Flut von antisemitischen Beschimpfungen vom Stapel. Unser Genösse ging empört hinaus.

In Deutschland gingen Genossen der SpAD zu einer Pressekonferenz des russischen Parlamentsvorsitzenden Ruslan Chasbulatow in Dresden, wo sie ihn fragten, „ob bei der ungewöhnlich stümperhaften Untersuchung durch die Moskauer Behörden mächtigere Kräfte am Werk waren, die nicht wollen, daß der Mord aufgeklärt wird". In Hamburg und Berlin wurde eine ergreifende Erklärung der Antifaschisten Karl und Christina Kielhorn verlesen, in der steht, Martha Phillips „vertrat mit Hingabe und Konsequenz den Grundgedanken, daß die Russische Revolution den Arbeitern der ganzen Welt gehört". (Siehe auch den Artikel zum Prozeß gegen Kielhorn und Bögelein auf Seite 6.)

Die Protestwoche begann am 27. April mit einer Pressekonferenz im Leo-Trotzki-Museum in Coyoacan (Mexiko-Stadt), in dem Haus, wo der bolschewistische Führer 1940 von einem stalinistischen Attentäter ermordet worden war. Esteban Volkov, Trotzkis Enkel, erklärte: „Wir möchten den Namen von Martha Phillips zu der langen Liste der gefallenen revolutionären Helden hinzufügen, eine Liste, die angeführt wird von dem großen Revolutionär und Marxisten Leo Trotzki, der diesen Kampf 1923 initiierte, als der ganze Prozeß von Verrat und von der Bewegung weg von der Oktoberrevolution begann, der heute sein Endstadium erreicht, nämlich die Rückkehr zum Kapitalismus." Volkov fuhr fort: „Wir können noch nicht klar die Umstände benennen, unter denen sie ermordet wurde, aber es gibt viele Elemente, die es nahelegen, daß es ein politisches Verbrechen war, eine Vergeltungsmaßnahme gegen die Spartakist-Gruppe. Und die Aktionen der russischen Miliz lassen viel zu wünschen übrig und viele Zweifel aufkommen."

Als Zuspitzung der weltweiten Demonstrationen vor Botschaften und Konsulaten der russischen Regierung hielten am 5. Mai ein Sprecher der IKL und ein Anwalt, der die Familie von Martha Phillips repräsentiert, eine Pressekonferenz ab. Sie fand im Moskauer Haus der Journalisten statt und wurde von mehr als 40 Vertretern der sowjetischen und internationalen Medien besucht.

Im Bericht über die internationale Kampagne und ihre Ursache hielt IKL-Sprecher Jon Branche fest:

„In den zwölf Wochen, seit Martha am 9. Februar brutal erwürgt und erstochen aufgefunden wurde, haben die Moskauer Behörden keine Fortschritte vorzuweisen, die Schuldigen für dieses scheußliche Verbrechen zu finden. Seit Wochen haben Phillips' Genossen und Freunde in gutem Glauben bei den Ermittlungen der Miliz zusammengearbeitet. Aber unsere dringlichen Anfragen sind auf Inkompetenz, Ausweichen der Verantwortlichen und eine dauernde Verzögerungstaktik gestoßen."

Unter den Dokumenten, die an die Presse gegeben wurden, befand sich ein Brief von Yossi Schwanz, eines kanadischen Anwalts der Familie von Martha Phillips, den er am 21. April an das Büro des Moskauer Staatsanwalts geschrieben hat. Bei seinem Protest gegen die Handhabung der Ermittlungen zählte Schwartz detailliert die schweren Unzulänglichkeiten der Ermittlungen auf. Er kritisierte die zahlreichen Auslassungen im Autopsiebericht, die Unterlassung wesentlicher Laboruntersuchungen und das Abblocken von Auskünften seitens derjenigen, die mit dem Fall betraut waren, und schloß, daß es nicht möglich wäre, herauszufinden, „ob es ein Fall von Nachlässigkeit ist oder ein bewußter Versuch, eine gründliche Ermittlung, die zur Verurteilung der Schuldigen führt, zu verhindern."

Jetzt haben mehr als zwei Dutzend Zeitungen der Welt, vom *San Francisco Chronicle, Examiner* und der *New York Times* in den USA bis zum Londoner *Independent,* der *Le Monde* in Paris, der *Frankfurter Rundschau* und *Japan Times,* einen Scheinwerfer auf die Moskauer Behörden gerichtet.

Astrit Dakli bezog sich im italienischen *Il Manifesto* auf die faktische Nachrichtensperre, die dieser Kampagne vorausging, und stellte fest: „Der gewaltsame Tod eines amerikanischen Bürgers ist ein Ereignis, das in anderen Fällen eine Menge Staub in Moskau aufgewirbelt hätte." Wie ungewöhnlich dieser Fall ist, wurde von Howard Witt in der *Chicago Tribüne* (10. Mai) unterstrichen: „Die Umstände hätten den Seiten eines Thrillers aus der Ära des Kalten Krieges entnommen sein können. Phillips war in der Tat die erste Amerikanerin, die in der jüngeren Geschichte in Moskau ermordet wurde, so Vertreter der US-Botschaft."

In einer Meldung vom 30. April, die die erste öffentliche Stellungnahme der Jelzin-Regierung darstellt, gab die von der Regierung kontrollierte Nachrichtenagentur ITAR-TASS eine gewundene Rechtfertigung für den fehlenden Fortschritt heraus, die in skurriler Weise versucht, die Schuld dafür dem Opfer in die Schuhe zu schieben. Die

Fortgesetzt auf Seite 12

Workers Vanguard



Berichte aus der Weltpresse

Tod einer Trotzkistin
Mysteriöser Mord in Moskau
Tageszeitung Berlin 30 April 1992

Outrage expressed on death in Russia
Oakland Tribune 6 May 1992

В МОСКВЕ УБИТ АМЕРИКАНСКИЙ ПОЛИТИЧЕСКИЙ ДЕЯТЕЛЬ
Убийца не оставил никаких следов
Независимая Газета Moscow 1 April 1992

Mosca, la strana morte di Martha Phillips. Militante trotzkista
Il Manifesto Italy 3 May 1992

A Paris
Appel à une manifestation après l'assassinat d'une trotskiste américaine à Moscou
Le Monde Paris 29 April 1992

Manifestation devant l'ambassade de Russie
Les trotskistes veulent une enquête sur la mort de Martha Phillips
LeDroit Ottawa-Hull 1 May 1992

Siluetas
Martha Phillips
El Financiero Mexico City 30 April 1992

Left-Wingers to Protest Over Death in Moscow
Bay Area radical was found dead in February
San Francisco Chronicle 28 April 1992

Trotskyist anger over murder
The Scotsman Edinburgh 28 April 1992

Trotskyists demand murder probe
A small group of Trotskyists demanded on Thursday that ...
The Japan Times Tokyo 1 May 1992

Brutal slaying of American in Moscow called political
The Denver Post 6 May 1992

Massenverteilung des Streik-Extrablatts

Die Streiks der letzten Monate haben die sozialdemokratische Lüge der „Sozialpartnerschaft" in Trümmer gelegt. Der elftägige ÖTV-Streik stellte einen Wendepunkt in der Nachkriegsgeschichte dar. Direkt danach kam der schmähliche Ausverkauf bei Metall, den die sozialdemokratischen DGB-Bürokraten der stärksten Gewerkschaft im kapitalistischen Westen aufgezwungen haben, um einen Sieg der Arbeiterklasse über die verhaßte Kohl-Regierung zu verhindern.

Von Berlin über Halle und Leipzig bis Hamburg und ins Ruhrgebiet brachten wir das Programm des Trotzkismus zu Tausenden Arbeitern und Studenten. Vor Auto- und Stahlwerken, bei Straßenbahnfahrern und vor ihren Depots, an Verkehrsknotenpunkten und auf den Wochenmärkten; auf den Universitäten in Berlin, Hamburg, Bochum, Duisburg und Essen wurde unser Extrablatt positiv aufgenommen. In Duisburg nahmen Arbeiter das Extrablatt ausdrücklich, weil wir für den Sturz der Kohl-Regierung sind. Und auf die Losung „Brecht mit der SPD" erwiderten sie: „Das sowieso!" Zwei Arbeiter kamen zur Spartakist-Veranstaltung in Essen, um über den „Sturz der Birne" zu diskutieren und weil wir die Abschaffung der Kirchensteuer fordern.

Bis Mitte Juni verteilten wir 16 500 Exemplare des Extrablatts, das auf den Seiten 13 bis 19 abgedruckt ist. 1500 davon wurden bei der Leipziger Demonstration am 5. Juni an wütende Bergarbeiter verteilt, weitere 3000 in Halle. Wir verteilten 2500 in Hamburg, fast 6000 in Berlin und 4000 Exemplare in der großen Stahl- und Metallregion von Duisburg bis Dortmund. Im Laufe der Kampagne gewannen wir auch neue Abonnenten, die wir herzlich begrüßen. Die Resonanz, die das Extrablatt unter der Arbeiterschaft gefunden hat, zeigte sich auch darin, daß viele Arbeiter und Arbeiterinnen Stapel mitgenommen haben, um sie an ihre Kollegen und Kolleginnen weiterzuverteilen. Bestellt weitere Stapel: Verlag Avantgarde, Postfach 510655, 1000 Berlin 51. •

Martha Phillips...

Fortsetzung von Seite 11

Meldung wiederholte die Behauptung des Büros des Moskauer Staatsanwalts, daß „es keine Gründe gibt, zu behaupten, daß die Untersuchung geheim geführt wird". Trotzdem wurde in dem ersten Kurzbericht in der sowjetischen Presse, in *Wechernaja Moskwa* (26. Februar) gesagt, die Ermittlung würde „unter äußerster Geheimhaltung durchgeführt".

Eine Reuters-Meldung vom 27. April aus Moskau von Anthony Barker brach das Eis für die internationale Presse. Barker machte ein Interview mit dem Moskauer Ermittler Pawel Marchenko, der „sagte, er könne noch nicht Details seiner Untersuchung an die Öffentlichkeit geben". Dort wird auch die abweisende Antwort eines Sprechers der US-Botschaft zitiert: „Die Moskauer Polizei hat uns versichert, daß sie alles tut, was sie kann".

Viele der Artikel betonten die trotzkistische Politik der IKL und unseren Widerstand gegen die Konterrevolution von Jelzin. Barker beispielsweise schrieb über Martha Phillips: „Ihre Organisation war kritisch gegenüber der früher herrschenden sowjetischen Kommunistischen Partei, gegenüber der jetzigen Regierung des russischen Präsidenten Boris Jelzin, die Reformen des freien Marktes einführt, und gegenüber der antisemitischen nationalistischen Bewegung Pamjat."

Ein Artikel „über die mysteriöse Ermordung einer Trotzkistin in Moskau" im Londoner *Independent on Sunday* (3. Mai) von Steve Crawshaw berichtete, daß sich ein Mitarbeiter der demokratischen Kongreßabgeordneten Pat Schroeder, die für die Familie von Phillips in den Fall intervenierte, bei ihm über die Antworten des State Department beschwerte: „Erst bekommen wir erzählt, es war ein natürlicher Tod — dann eine Verwundung durch ein Messer. Wir haben immer noch keinen Autopsiebericht, obwohl wir danach gefragt haben." Crawshaw brachte ein barsches Eingeständnis des State Department ans Tageslicht, es gäbe „einen Unwillen, im Moment zu intervenieren". Man kann sich schlecht die gleiche Haltung vorstellen, wenn das Opfer ein Geschäftsmann und Reagan-Anhänger wäre und nicht eine jüdische Trotzkistin.

Crawshaw, dessen Frau vor zwei Jahren bei einem Angriff von mutmaßlichen Pamjat-Schlägern auf ihre Moskauer Wohnung fast ermordet wurde, bemerkte über den jüdischen Hintergrund von Phillips und die Möglichkeit einer faschistischen Verwicklung in den Mord: „Pamjat wird von weiten Schichten für eine wachsende Zahl von antisemitischen Angriffen und Morden verantwortlich gemacht". Crawshaw erklärte, daß die IKL eine Rekonstruktion der alten Sowjetunion anstrebe und sie „anders als die meisten trotzkistischen Gruppen nicht antisowjetisch" sei. Er schloß damit: „Wie ungewöhnlich Phillips' eigene Politik gewesen sein mag, der offensichtliche Mangel an Enthusiasmus, die möglichen politischen oder antisemitischen Aspekte des Mordes zu verfolgen, ist verwunderlich".

Martha Phillips war kein namenloses, gesichtsloses Opfer. Die Aufmerksamkeit der internationalen Presse für diesen undurchsichtigen Mord hat ein starkes Licht auf diesen Fall geworfen. Wir haben den Moskauer Behörden zu erkennen gegeben, daß wir es nicht erlauben werden, daß die Spuren des Mörders durch bürokratische Gleichgültigkeit oder Schlimmeres verwischt werden. Bis heute wurden keine weiteren Fortschritte über den Mord an unserer Genossin berichtet. Wie der IKL-Sprecher Viktor Granowski der *Moscow Times* sagte: „Wir können nicht zulassen, daß der Fall in Vergessenheit gerät. Martha wich nie zurück, sie hätte nie irgend jemanden im Stich gelassen, und wir können sie nicht im Stich lassen". *Wir verlangen eine ernsthafte Untersuchung des Mordes an Martha Phillips!*

Nach Workers Vanguard Nr. 551, *15. Mai*

Karl und Christina Kielhorn:
„Wir schließen uns der Würdigung an"

Die Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde wird uns bei unseren künftigen Besuchen an einen weiteren heldenhaften Kämpfer für die kommunistische Sache erinnern: an die großartige Kämpferin und Internationalistin Martha Phillips. Sie wurde am 9. Februar d. J. das Opfer eines heimtückischen Mordes, ausgerechnet in Moskau, der Stadt, die sie mit so heißem Herzen liebte.

Sie vertrat mit Hingabe und Konsequenz den Grundgedanken, daß die Errungenschaften der Oktoberrevolution zu verteidigen sind, daß die Russische Revolution den Arbeitern der ganzen Welt gehört!

Wir schließen uns der Würdigung an, die von den Genossen der Internationalen Kommunistischen Liga auf der Gedenkveranstaltung für Martha am 29.2. d. J. in Moskau ausgesprochen wurde.

Gerade in der jetzigen Zeit gilt es, ihrem Vorbild nachzueifern!

Karl und Christina Kielhom, PDS

SPARTAKIST
HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

EXTRABLATT

Brecht mit der Sozialdemokratie!

Stürzt die Kohl-Regierung durch Arbeiteraktion!



Thilo Rückeis

4. Mai - Ostberliner BVGler schlössen sich spontan dem ÖTV-Streik an, wiesen Weg zum Klassenkampf Ost und West

22. MAI - Der ÖTV-Streik war der größte Arbeitskampf im westdeutschen öffentlichen Dienst und Transportwesen seit dem Zweiten Weltkrieg, und der erste ÖTV-Streik seit 1974

Nicht eine „Große Koalition" des Kapitals, sondern eine Arbeiterregierung, die das Kapital enteignet!

- und der hatte die Brandt-Regierung gestürzt. Hier ging es nicht um lausige 5,4 Prozent. Dies war eine provokative Machtprobe seitens der Bourgeoisie mit großen internationalen Auswirkungen. Zusammen mit der SPD machten sie zuerst die kollektivierte Wirtschaft in der ehemaligen DDR platt und haben national sechs Millionen Arbeitslose auf die Straße geworfen. Nun möchte die de facto Große Koalition von CDU/SPD, daß die westdeutschen Arbeiter für die Verwüstung in der DDR und Osteuropa bezahlen, die die kapitalistische Konterrevolution angerichtet hat.

Die deutschen Imperialisten fühlen sich gestärkt durch den Zusammenbruch des Stalinismus, für sie der Sieg des Kapitalismus über den „Kommunismus"; gleichzeitig sind sie bei ihrem Versuch, die Siegesbeute zu verdauen, in

Fortgesetzt auf Seite 14

Verteidigt die Immigranten und das Asylrecht! Nieder mit der antikommunistischen Hexenjagd!

Stürzt Kohl-Regierung...

Fortsetzung von Seite 13

große ökonomische Schwierigkeiten gekommen. Aber bei der mächtigsten Arbeiterklasse in Europa haben sich die Kohl-Bande und SPD-Arbeiterverräter verkalkuliert. Sie haben einen überwiegend populären Streik gegen sich selbst und gegen die Konsequenzen der kapitalistischen Wiedervereinigung ausgelöst. Darüber hinaus wurde der Streik ansatzweise in den Osten ausgeweitet — dies zeigte das enorme Potential für gemeinsamen Klassenkampf.

Trotz der gewerkschaftsfeindlichen Propaganda der Regierung - O-Ton *BZ* in Berlin: „Erste Ratten auf dem Ku'Damm gesichtet" - fand der Streik breite Unterstützung; die Unzufriedenheit in der Bevölkerung wendete sich gegen das Regime. Nach den neuesten Meinungsumfragen ist Kohl neben Möllemann der unpopulärste Politiker in Deutschland, und ein gängiger Witz über die „Steuerlüge" redet von der neuen „Volksverarschungsabgabe". Angesichts solcher Verärgerung war es ein günstiger Zeitpunkt zu streiken, und hart zu streiken. Während des ÖTV-Streiks spielte Bonn mit der Idee, die Bundeswehr einzusetzen, um den Müll abzuholen. Wenn das passiert wäre, hätte es mit einem Generalstreik beantwortet werden müssen.

Bei den Streikenden gab es den weitverbreiteten Wunsch, solange zu streiken, bis zumindest eine „Sechs vor dem Komma" erreicht ist. Aber angesichts der ökonomischen Verwüstung im Osten und von Sozialabbau, Inflation und Steuererhöhungen im Westen würde jeder wirkliche Kampf, um die Arbeitsplätze, Löhne und Sozialleistungen der Arbeiter zu verteidigen und wiederzugewinnen, die volle Mobilisierung der Arbeiterklasse in *Ost und West* notwendig machen. Denn hier geht es nicht um einen Streit um ein paar D-Mark, sondern um eine scharfe *politische Klassenkonfrontation.* Die Bourgeoisie hat das Ende des „Modell Deutschland" der organisierten Klassenzusammenarbeit verkündet. Sie würde gern die Wirtschaftspolitik von Reagan und Thatcher einführen - ein Signal dafür, daß ein heißer Krieg gegen die Gewerkschaften angefangen hat.

Diese Konfrontation mit dem deutschen Staat ist nicht vorbei. Überall sind die Arbeiter stinksauer über den schändlichen Ausverkauf, der eine empfindliche Senkung des Einkommens bedeutet, *weil sie wußten, daß sie elf Tage lang die Regierung dort gepackt hatten, wo es weh tut.* In Braunschweig wurde weitergestreikt, nachdem der Tarifabschluß bekanntgegeben worden war. Die ÖTV-Basis, vor allem die Nahverkehrs- und Müllarbeiter, hat den Tarifvertrag mit schallenden 55 Prozent abgelehnt, aber die Bürokraten würgen es ihnen trotzdem rein. Auch im ostdeutschen öffentlichen Dienst laufen Verhandlungen, und Streiks sind direkt auf der Tagesordnung, aber jede Kampfmaßnahme wird von den Gewerkschaftsspitzen sorgfältig orchestriert, damit sie erst anfängt, nachdem der Streik im Westen vorbei ist.

Direkt hinter den Arbeitern im öffentlichen Dienst standen vier Millionen Metaller sowie Bauarbeiter und Drukker; Zehntausende Metallarbeiter und Drucker waren schon mit „Warnstreiks" in den Ausstand getreten. Traditionell wurden Arbeitskämpfe bei Metall auf „Pilotbezirke" begrenzt: ein Vollstreik in der Metallindustrie könnte eine Explosion auslösen. Das *Wall Street Journal (6.* Mai) sorgte sich: „Ein nationaler Metallstreik würde sich für Deutschlands Wirtschaft verheerend auswirken." Aber nach dem ÖTV-Streik und der Urabstimmung über den Abschluß war Steinkühler so erschreckt darüber, daß die Basis außer Kontrolle geraten könnte, daß er den Arbeitern den schlimmsten Abschluß überhaupt aufgezwungen hat: in diesem Jahr 5,4 Prozent und 1993 *3,3 Prozent!* Damit soll der Metalltarif in *21 Monaten* auslaufen, um einem Kampfbündnis mit der ÖTV vorzubeugen.

Es ist notwendig, die Kohl-Regierung durch Arbeiteraktion zu stürzen! Brecht mit der Sozialdemokratie! Eine „Große Koalition" des Kapitals wird eskalierende Angriffe auf Arbeiter, Immigranten, Frauen bedeuten. Was wir brauchen, ist eine Arbeiterregierung, um das Kapital zu enteignen!

Von der „Sozialpartnerschaft" zum Klassenkrieg

Seit den 50er Jahren haben die Bosse mit Hilfe des SPD-Mythos der „Sozialpartnerschaft" die Arbeiter im Zaum gehalten. Doch jetzt, wo die Bourgeoisie der Arbeiterklasse den offenen Klassenkrieg erklärt, konstatiert *Die Zeit:* „Der gesellschaftliche Konsens zerbricht." Nachdem der deutsche Imperialismus den ostdeutschen deformierten Arbeiterstaat schluckte, ist er aggressiver geworden: er sucht seinen „Platz an der Sonne", wie es das wilhelminische Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg tat. Und in seinem Drang nach Osten hat er neue ökonomische Bürden auf sich genommen, die sogar seine riesige Stärke belasten.

Die Regierung hat den Mund zu voll genommen. Über Jugoslawien hat sie der restlichen EG ihren Willen aufgezwungen und die Anerkennung von Slowenien und Kroatien forciert - bloß dann ging die ganze Region in die Luft, als ein allseitiger Bürgerkrieg explodierte. Der Abgang von Genscher nach 18 Jahren als Außenminister, der dritte Rücktritt eines Ministers in einem Monat, zeigt, wie wackelig das Bonner Regime ist. Die Berichterstattung im Fernsehen über deutsche Panzer in Türkisch-Kurdistan, die beim kurdischen Neujahrsfest Frauen und Kinder niedermähten, kostete Kohls Verteidigungsminister seinen Job. Zwar verspottete das Vierte Reich die Amerikaner dafür, daß sie auch Bonn um Geld anbetteln mußten, um die Flächenbombardierung der irakischen Bevölkerung bei ihrem „Krieg" am Persischen Golf zu finanzieren, doch häuft es munter den eigenen Schulden„berg" an.

Letztes Jahr pumpte Bonn mehr als 180 Milliarden D-Mark nach Ostdeutschland hinein (168 Milliarden an Subventionen und 15 Milliarden an privaten Investitionen). Es hat außerdem 75 Milliarden D-Mark investiert, um die Konterrevolution in der Sowjetunion zu fördern, und weitere 105 Milliarden in Osteuropa, um die ehemaligen deformierten Arbeiterstaaten in Neokolonien der Deutschen Bank zu verwandeln. Das Geld muß es also irgendwo hernehmen. Die Bundesbank, de facto die Zentralbank Europas, kann die Bourgeoisien von Britannien, Frankreich, Italien, der Schweiz usw. mit einem hohen Leitzins in die Mangel nehmen. Aber das reicht nicht. Die Bourgeoisie muß auch *die Ausbeutungsrate der Arbeiter in ganz Deutschland erhöhen.*

Dies ist der Kern der gegenwärtigen Offensive gegen die Gewerkschaften seitens Bourgeoisie und Regierung. Schon vor dem Anschluß fing Bonn mit der sogenannten „Gesundheitsreform" seine Kampagne des Sozialabbaus an. Letztes

KONTAKTADRESSEN

Berlin	SpAD, Postfach 51 0655, 1000 Berlin 51 Telefon: Westberlin 4927866
Halle	SpAD, Postlagernd Hauptpostamt, Halle 4020 Telefon: Halle 2 90 55
Hamburg	SpAD, c/o Verlag Avantgarde Postfach 110231, 2000 Hamburg 11 Telefon: (040)323644
Leipzig	SpAD, Postlagernd, Leipzig 7022

Berlin: CDU/SPD-Bullen schützen Provokation der Nazi-Reps

Am 21. Mai brachte SS-Schönhuber seinen Terror gegen Immigranten, Juden, Homosexuelle und Linke zum Alexanderplatz in Berlin. Diese Nazi-Provokation konnte nur unter dem massiven Schutz von 2500 CDU/SPD-Bullen und BGS-Elitetruppen stattfinden, Tausende protestierten dagegen. Spartakisten und KfsV gaben einen Aufruf „Arbeiter/Immigranten-Mobilisierung zum Alex" heraus, um die Republikaner-Provokation zu stoppen. Tausende davon wurden an Arbeiter in Berliner Betrieben verteilt.

Die Demo war von Antifaschisten und linken Gruppen wie SAG und PDS initiiert worden. Doch den vielen Demonstranten, die die Nazis wirklich stoppen wollten, setzt die PDS Aufrufe nach noch mehr Polizei entgegen, während die SAG bei der Demo an die „neutrale Rolle der Polizei" appellierte. Jeder weiß, daß die Republikaner eine Bullen-Partei sind. Die PDS ist berüchtigt für ihre Interviews und TV-Talkshows mit dem Rep-Führer Schönhuber, die SAG für ihre Vorliebe für Skinheads.

Als der DGB Berlin-Brandenburg erklärte: „Berlin ist kein Aufmarschplatz für Schönhuber und seine Reps", schrieben wir dazu: „Die Macht der organisierten Arbeiterklasse muß diese Worte in Taten umsetzen." Dieselben Bürokraten, die ÖTV-Streik und Metaller erbärmlich ausverkauft hatten, weigerten sich, die Arbeiter gegen die Nazis zu mobilisieren. Deren soziale Macht fehlte auf dem Alex, aber die gerade war notwendig. Auf der Kundgebung sagte Renate Dahlhaus für die SpAD: „Was wir brauchen, sind Arbeiter/Immigranten-Mobilisierungen einiger zehntausend ÖTVler und Metaller mit Schutzhelmen und Betriebsbannern auf dem Alex, um die Nazi-Reps in ihre Rattenlöcher zu treiben."

Jahr starteten sie eine Hetzkampagne zum Krankengeld; *Der Spiegel* empörte sich mit Titelseiten-Artikeln über das „Krankfeiern". Nun fordern CDU/FDP nach 40 Jahren die Wiedereinführung von Karenztagen für die ersten Tage der Krankheit, was eine wütende Reaktion der Gewerkschaften hervorrief.

Die Tarifkonfrontationen fingen dieses Jahr in der Stahlindustrie an, einem Metallsektor mit niedrigeren Löhnen, wo die Tarifverhandlungen bis Anfang 1992 verschleppt wurden. Dann kamen die Bankangestellten, wo es trotz der geringen gewerkschaftlichen Organisierung sechs Wochen lang punktuelle Streiks gab. Die nächsten an der Reihe waren ÖTV, Post und Bahn. Bonn wollte diese Branchen in die Knie zwingen, ehe es zu einer Konfrontation mit der IG Metall, der mächtigsten Gewerkschaft im kapitalistischen Westen, kam. Und mitten im ÖTV-Streik wurden Zehntausende Entlassungen in der westdeutschen Autoindustrie angekündigt im Rahmen der „Rationalisierung" im Namen der „internationalen Konkurrenzfähigkeit".

Doch die Bosse seilten sich im letzten Augenblick von einem Streik ab. Mit seinem 4,8-Prozentangebot warf Kohl der ÖTV den Fehdehandschuh hin, darauf aus, die Gewerkschaft in die Knie zu zwingen. Aber er steckte eine Niederlage ein, obwohl Monika Wulf-Mathies die Mitglieder ausverkaufte: sie waren bereit, für weit mehr zu streiken und viel länger als elf Tage. Aber die ÖTV-Führung spielte, mit ihren „Warnstreiks" und den Streiks heute hier, morgen dort, nach den Regeln des klassenkollaborationistischen Spiels. Zwar hat Kohl eine Ohrfeige gekriegt, doch die Gewerkschaften hätten *das Land dichtmachen müssen*, sowohl gegen die CDU/CSU/FDP-Bundesregierung als auch gegen die SPD-geführten Länderregierungen. Das hätte den Bossen einen Knüppel zwischen die Beine geworfen bei ihrem Feldzug gegen die Metallarbeiter und gegen die übrige Arbeiterbewegung.

West und Ost: Streikt gemeinsam!

Wie wir in *Spartakist* Nr. 95 schrieben:

„Schon ein Blick auf die Berliner U-Bahn zeigt, daß ein Funke ausreichen könnte, um einen stadtweiten Streik zu entfachen. Ein gemeinsamer Streik aller ÖTVler im Westen und Osten würde das Land wirklich erschüttern und die Macht der Arbeiterklasse zeigen."

Am Montag, den 4. Mai traten Ostberliner Nahverkehrsarbeiter mit ihren Klassenbrüdern im Westen spontan in den Streik; dabei setzten sie ihre Arbeitsplätze aufs Spiel auch angesichts der bedrohlichen Massenarbeitslosigkeit. Mehrere Betriebe traten einer nach dem anderen in den Ausstand. Insgesamt waren 30 von 38 Straßenbahnlinien und ein Dutzend Buslinien in Ostberlin dicht. Die U-Bahn fuhr überhaupt nicht. 24 Stunden lang war der Ostberliner Nahverkehr praktisch dicht. Das Tor des BVG-Betriebshofs Lichtenberg war mit einem Banner gesperrt: „Gleiche Arbeit, gleicher Lohn!"

Die alte stalinistische Lüge, die westdeutschen Arbeiter würden nie kämpfen, ist geplatzt. Wie es in einem Leserbrief in der *Berliner Zeitung* stand: „Massenstreiks schaffen Klarheit." Jetzt sind Ostberliner Nahverkehrsarbeiter besonders verbittert über die ÖTV-Bürokraten, die Überstunden schoben, um sie wieder an die Arbeit zu kriegen, den'n jetzt drohen als Strafe Entlassungen. Der einzige „illegale" Streik ist einer, der verloren geht. Es gab auch Berichte über kurze Arbeitsniederlegungen in Thüringen und Sachsen. Die Aussicht eines nationalen Verkehrsstreiks hatte die Bourgeoisie ins Schwitzen gebracht. Gemeinsame Streikaktion in Ost und West *ist der Schlüssel'.*

Die Bosse und die SPD/DGB-Bürokraten haben alles versucht, um die Arbeiter in Ost und West auseinanderzuhalten und sie gegeneinander auszuspielen. Die antikommunistische Hexenjagd, die sie führen, soll die Arbeiterschaft ideologisch säubern und sie demoralisieren und lahmen. Das zeigte sich besonders klar beim Streik der Ostberliner Krankenschwestern letzten Herbst, wo eine Hexenjagd bei der Charité dazu diente, den Streik zu demobilisieren. Jetzt aber haben die Arbeiter zunehmend die Schnauze voll davon, besonders wenn sie anfangen zu *kämpfen.* Beim BVG-Betriebshof Lichtenberg haben die von der Stadt als Teil der Anti-Stasi-Hexenjagd durchgeführten Entlassungen von Busfahrern und anderen Arbeitern Empörung unter ihren Kollegen hervorgerufen.

Letzten Dezember besetzten die Hennigsdorfer Stahlarbeiter 13 Tage lang ihren Betrieb gegen die Pläne einer Übernahme und von Massenentlassungen. Sie waren bereit, am Vorabend der Verhandlungen in der westdeutschen Stahlindustrie, in Solidarität mit ihren Kollegen im Westen zu streiken - sogar die Plakate waren fertig. Statt dessen zogen Stahlbosse und IGM-Spitzen alle Register, um die Besetzung vor der Konfrontation in der westdeutschen Stahlindustrie vom Tisch zu kriegen; sie haben die Arbeiter verraten. Während des ÖTV-Streiks waren die Berliner Flughäfen Tempelhof und Tegel dicht, aber die Bosse arrangierten mit den ÖTV-Spitzen, daß der Flughafen Schönefeld in Brandenburg offen bleiben würde. Eine gemeinsame Aktion mit den Arbeitern in Schönefeld, die die neue Reichshauptstadt völlig abschneidet, hätte ungeheure Aus-

Fortgesetzt auf Seite 16

Stürzt Kohl-Regierung...

Fortsetzung von Seite 15

Wirkungen gehabt. Aber genau das wollten die Bürokraten nicht.

Der DGB versuchte sogar, die Kundgebungen am 1. Mai unter der Losung zu halten: „Teilen verbindet", sprich: zahlt für den Anschluß. Die Bürokraten meinen nach Kohls Vorbild, daß „Solidarität" bedeutet: die Arbeiter im Westen sollen den Gürtel enger schnallen zugunsten der Geldsäcke in Frankfurt am Main, nachdem die Bourgeoisie die ostdeutsche Wirtschaft zerstört hat. So fördern diese arroganten Bürokraten ekelhafte Anti-„Ossie"-Ressentiments (und beschäftigen im Rahmen der Hexenjagd in ihren Büros im Osten hauptsächlich „Wessies"). Aber dieser Appell der Bürokraten an den Nationalismus des Vierten Reichs wurde angesichts empörter Proteste von Mitgliedergewerkschaften in einer Reihe von Städten eilig zurückgezogen (darunter in Augsburg, bei der zentralen DGB-Kundgebung, Essen und Berlin) und durch „Solidarität verbindet" ersetzt.

Heute scheffeln die Banken und Konzerne beispiellose Profite. Für sie hat die Regierung drastische Steuersenkungen bei Zinseinkünften und Kapitalgewinn; für die Arbeiter gibt es drakonische Sparmaßnahmen. Bonn zerstückelte das ostdeutsche Gesundheitsversorgungssystem und streicht es im Westen zusammen, und nun wollen sie die Wiedervereinigung aus Arbeitslosen- und Umschulungsleistungen finanzieren. Zwar protestiert die SPD gegen diese Maßnahme verbal, doch auch dieser Einschnitt ist eine Auswirkung der Konterrevolution, an deren Spitze *die SPD* stand; dadurch haben die Kapitalisten freie Hand bekommen, die historischen Errungenschaften der Werktätigen zu liquidieren. Die deutsche Bourgeoisie und ihre Helfershelfer wollen Rache nehmen für die Niederlage, die ihnen die Rote Armee 1945 zufügte, und sie wollen jede Erinnerung an den Arbeiterstaat im Osten ausrotten.

Als das stalinistische Honecker-Regime 1989 zu zerbröckeln anfing und Massen von ostdeutschen Werktätigen auf den Straßen den *echten* Sozialismus verlangten, intervenierten die Vorgängerorganisationen der SpAD, die Trotzkistische Liga Deutschlands und die Spartakist-Gruppen, um für *proletarisch-politische Revolution von Ostberlin bis Moskau* zu kämpfen und für eine *soziale Revolution im Westen* — für ein rotes Arbeiterrätedeutschland. Als die Arbeiterklasse — ohne eine Partei, die stark genug gewesen wäre, sie zu führen — nicht in Aktion ging, mobilisierte der deutsche Imperialismus seine Macht, um die Konterrevolution mittels der Wiedervereinigung durchzurammen. Nur die Spartakisten kämpften unnachgiebig gegen die kapitalistische Wiedervereinigung. Die Führung der exstalinistischen PDS jedoch war auf den Knien und bettelte um Wiedervereinigung „l (Mark der DDR) zu l (D-Mark)", und die SPD-Spitzen waren Kohls Bluthunde, als Bonn für den Todesstoß in Stellung ging.

In der Folge riefen wir Spartakisten auf zu Arbeiterwiderstand gegen die Verwüstungen, die das Vierte Reich anrichtete, als die SPD-Betriebsräte voll dabei waren, Arbeiterkämpfe zu ersticken und Betriebsschließungen in Ostdeutschland „mitzubestimmen". Von Anfang an hat die SpAD gegen die wütende SPD-geführte antikommunistische Hexenjagd gekämpft und sie als das spaltende, lähmende Werkzeug der Herrscher gebrandmarkt, das sie ist. Wir haben gefordert: „Hände weg von Markus Wolf, Erich Honecker und Erich Mielke!"

Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten!

Eine rassistische Volksfront gegen Immigranten, die von CDU über SPD und Grüne bis PDS reicht, betreibt eine Kampagne, um die Arbeiterklasse zu schwächen und entlang der Linien der Nationalität zu spalten. Die Verwundbarsten — die zuletzt angekommen sind und die Asyl suchen — greifen sie zuerst an. Bonns rassistische Politik und die Verwüstung der Wirtschaft sind eine permanente *Ermutigung* für die Nazi-Terroristen. Wie die Wahlen in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg zeigen, sind bisher die Faschisten die großen Gewinner bei der Menschenjagd des Staates. Dort stimmten Zehntausende für die Faschisten — überproportional *ehemalige SPD-Wähler*, angespornt durch die Politik von CDU/CSU und SPD. CDU und SPD wiederum benutzen die Wahlerfolge der Faschisten, um ihre eigenen Angriffe gegen die Immigranten, zu eskalieren.

Gleich nach dem ÖTV-Tarifabschluß erklärte SPD-Kanzlerkandidat Engholm seine Übereinstimmung mit dem Kurs von CDU/CSU, das Asylrecht zu torpedieren und weitere Tausende von Immigranten in Elend und Tod abzuschieben. Die Verteidigung *aller* Immigranten ist entscheidend für die Entfesselung der Macht der organisierten Arbeiterbewegung. Wie wir in der Mai-Ausgabe des *Spartakist* schrieben: „Die Arbeiterbewegung muß mobilisiert werden, um für volle Staatsbürgerrechte für Immigranten und Asylsuchende zu kämpfen." Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle. Die Klasseneinheit ist lebensnotwendig für Arbeiterkämpfe. Und gerade unter unseren rechtlosen eingewanderten Kolleginnen und Kollegen befinden sich viele der besten Kämpfer für die Sache der Arbeiter.

Mobilisiert Arbeiter/Immigranten-Macht - Stoppt den Nazi-Terror!

Am 9. Mai drohten die faschistischen „Nationalen" aufzumarschieren mit Hitler-Fan David Irving im sowjetischen Garnisonsort Berlin-Karlshorst: vor dem Museum zum Andenken an die Befreiung Europas vom faschistischen Alptraum am 9. Mai 1945 durch die Rote Armee. Die SpAD intervenierte bei Demonstrationen am 1. Mai, bei den ÖTV-Streiks und in Schlüsselbetrieben der Metallindustrie und rief zu einer Mobilisierung von Arbeitern/Immigranten auf. Dabei stießen wir auf den starken Wunsch bei den Gewerkschaftsmitgliedern, diese finstere Provokation zu stoppen. PDS und Grüne/Bündnis 90 appellierten statt dessen mit SPD und Heinz Galinski (Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde in Berlin) an den Berliner Senat, die faschistische Kundgebung zu verbieten, und starteten eine wütende Verleumdungskampagne *gegen die Antifaschisten* unter der Rubrik „keine Gewalt". Der DGB rief in letzter Minute zusammen mit der SPD zur Gegendemonstration auf, unter der Wirkung des Streiks und dem Druck von der Basis, nachdem das Verbot bestätigt wurde.

Es war in der Tat eine gute Sache, daß die Nazis am 9. Mai in Karlshorst nicht marschierten, aber es war *nicht* eine gute Sache, daß eine massive Präsenz von Polizei in voller Kampfmontur die sowjetischen Bewohner von Karlshorst den ganzen Tag als Geiseln hielt. Es ist eine tödliche Illusion, sich auf das Vierte Reich zu verlassen, um die Faschisten zu „verbieten". Am selben Abend griffen 60 Skinheads eine linke Kneipe in Magdeburg mit Baseballschlägern, Knüppeln und Eisenstangen an und schlugen acht Menschen krankenhausreif; der junge Arbeiter Torsten Lamprecht starb. *Mord* war die Antwort der Faschisten auf die antiproletarische „Keine-Gewalt"-Volksfront.

In Magdeburg hat am 9. Mai die Polizei vor der Kneipe diesem Überfall tatenlos zugesehen und trotz der Aufforderung von Anwohnern nicht eingegriffen. Nguyen Van Tu, ein junger Vietnamese, wurde am 24. April am hellichten Tag in Berlin-Marzahn von Skinheads erstochen, und die SPD-geführte Bezirksverwaltung betreibt mittlerweile ein „Jugendzentrum" für Nazi/Skinheads. Die Regierung läßt ihre reihenweise mit Faschisten durchsetzten Bullen los gegen antifaschistische Demonstranten. Am 1. Mai in Berlin

Berlin - Metaller von Bosch-Siemens während des Warnstreiks. Schwere Bataillone von eingewanderten und deutschen Arbeitern waren bereit, die Angriffe der Kapitalisten zurückzuschlagen, sie wurden von Steinkühler und Konsorten für ein paar lumpige Pfennige ausverkauft. Schmeißt die SPD/DGB-Bürokraten raus — für eine revolutionäre Führung, die für die Klasseninteressen der Arbeiter kämpft!



Spartakist

wurden Tausende von Bullen und Bundesgrenzschutz mobilisiert, um zuerst die Nazi/Skinhead-FAP zu schützen und dann das Immigrantenviertel Kreuzberg auseinanderzunehmen. Früher am selben Tag hatte die Bullen„gewerkschaft" obszönerweise einen offiziellen Stand bei der DGB-Kundgebung gehabt, und ihre Vertreter waren nicht erfreut über unser Plakat mit der Forderung „Bullen raus aus dem DGB". Doch sowohl Polizei als auch Bundeswehr sind die bewaffnete Faust des Kapitalistenstaates.

Den faschistischen Terror zu stoppen ist eine notwendige Ausweitung des proletarischen Kampfes: Streikposten sind der Embryo einer Arbeitermiliz. Die Spartakisten sagen: mobilisiert die Arbeiter, um die Nazis zu stoppen!

Kohl: Möchtegern-Weltmachtkaiser auf einem wackligen Thron

Kohls Spruch „Ich bin nicht Willy Brandt" gilt angesichts seines wackligen Regimes als Witz des Jahres. Die Treuhand hat die Führung dreimal gewechselt (nicht immer auf eigenen Wunsch), ihre Politik der „verbrannten Erde" wurde von der Bourgeoisie gestoppt. Sie brauchen Ostdeutschland als ein Niedriglohn-, Klassenfriedenparadies und als Ausgangspunkt für ihren Feldzug 'gen Osten.

In einer Welt, wo eskalierende interimperialistische Rivalitäten Großmachtfronten wiederbeleben, die an die Jahre vor dem Ersten Weltkrieg erinnern, sondiert der wiedervereinigte deutsche Imperialismus überall, wie weit er gehen kann. Sie wollen wieder die Herren auf dem Balkan sein, und sie bewaffnen die türkische Armee bis an die Zähne. Bei der jüngsten Kommandeurtagung in Leipzig sagte Generalinspekteur der Bundeswehr Klaus Naumann in Anwesenheit von Kohl und dem neuen Verteidigungsminister, CDU-Falke Volker Ruhe, deutsche Soldaten würden für den Einsatz außerhalb Deutschlands „hart, fordernd und gefechtsnah" ausgebildet werden. Und jetzt schicken sie Truppen nach Kambodscha, wo die Imperialisten für neue Killing Fields sorgen.

Die Gelüste des Vierten Reichs gelten nach wie vor den Gebieten jenseits seiner Ostgrenze. Die deutsche Bourgeoisie finanziert Jelzins Konterrevolution, um den sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat zu vernichten, und erwartet dafür, daß sie für sich die fettesten Stücke des sowjetischen und osteuropäischen Bratens sichert. Aber für die „Neue Weltordnung" brauchen sie eine neue Außenpolitik — was, in Anbetracht des Kostenfaktors, weder in Ost *noch* West leicht zu bewerkstelligen sein wird. Die Früchte der SPD/Genscher-Ostpolitik sind wachsende ökonomische Schwierigkeiten zu Hause und blutiger Bürgerkrieg jenseits der Grenze. Der Machiavelli Genscher ist, seiner unbeirrbaren Nase für die sich drehenden politischen Winde vertrauend, am Vorabend des ÖTV-Streiks von Bord gegangen.

Jahrzehntelang ist Bonns Leitsatz „ein europäisches Deutschland" gewesen, nach Thomas Manns berühmtem Satz, während die BRD eine untergeordnete Rolle in der US-geführten antisowjetischen imperialistischen Allianz spielte. Als Reagan 1982 nach Europa kam, um seine Verbündeten auf Linie zu kriegen, stellten wir in einer Erklärung unserer internationalen Tendenz fest:

> „Westdeutschland, bis vor kurzem Washingtons loyalster NATO-Verbündeter, ist heute der entschiedenste Fürsprecher von Entspannungspolitik. Aber hinter dem ‚friedensliebenden' Image der Ostpolitik von Brandt und Schmidt steckt der Appetit, das Ergebnis des Zweiten Weltkrieges rückgängig zu machen und ein vereinigtes kapitalistisches Deutschland als die dominierende europäische Macht wiederzuschaffen."

Heute wollen die Herrscher in Bonn ein „deutsches Europa", gegenwärtig nicht mit Panzern, sondern mit der D-Mark, wobei sie aber noch zu schwach sind, dies zu erzwingen. Trotz der Proteste der anderen EG-Länder diktieren die Deutschen den Leitzins in Europa, und ab und zu versuchen sie sogar, den Amerikanern zu sagen, wo es lang geht. Kohl & Co. zetern darüber, daß die Arbeiter in Deutschland weniger Zeit bei der Arbeit verbringen und mehr Urlaub haben als irgendwo sonst auf der Erde. „Sir" Ralf Dahrendorf droht in der „liberalen" *Zeit* (15. Mai): „Der deutsche öffentliche Dienst kann so nicht bleiben, und die deutschen Sozialleistungen können es auch nicht... Die notwendige Umstrukturierung wird sehr, sehr weh tun." Doch die deutsche Arbeiterklasse steht ihnen mit der Kraft eines Riesen im Wege, und sie hat gezeigt, daß sie gegen diesen Ansturm hart kämpfen wird.

Während Kohl & Co. herumeiern, ist es SPD-Chef Engholm, der im Namen der Bourgeoisie die Reden über „Schweiß und Tränen" hält. Die SPD streckt ihre Finger nach dem Kanzleramt aus mit ihren Angeboten von Runden-Tisch-Diskussionen, dem Winken mit dem Zaunpfahl über „Große Koalitionen" und Drohungen gegen Immigranten und Arbeiter.

Brecht mit der Sozialdemokratie!

Am 1. Mai stellte IG-Metall-Chef Steinkühler die Frage, „ob es den Sozialprovokateuren im Unternehmerlager ge-

Fortgesetzt auf Seite 18

Stürzt Kohl-Regierung...

Fortsetzung von Seite 17

lingt, die Gewerkschaften nach dem Wegfall der Systemkonkurrenz einschneidend zu schwächen". Es ist bezeichnend, daß er gezwungen ist, die „russische Frage" zu stellen, wenn auch auf seine eigene Weise. Weil die Sowjetunion den Hitler-Faschismus zerschlug — ein Sieg, der zur Errichtung der Planwirtschaften der osteuropäischen deformierten Arbeiterstaaten führte —, sah sich das westeuropäische Kapital gezwungen, den „Wohlfahrtsstaat" als Aushängeschild vorzuzeigen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Kapitalismus als Bollwerk gegen den sowjetischen „Bolschewismus" in den von den imperialistischen Siegern besetzten Westzonen wiedererrichtet - mit der unschätzbaren Hilfe der Politiker und Gewerkschaftsbürokraten der SPD. Ludwig Erhard proklamierte die „soziale Marktwirtschaft", aufgebaut auf der *Zerschlagung* proletarischer Massenkämpfe.

In der vorrevolutionären Situation, die nach dem Krieg entstand, trat die Arbeiterklasse sowohl in den westlichen Besatzungszonen als auch im Osten in Massenkämpfe ein, um die Restauration der kapitalistischen Herrschaft zu verhindern; dabei verlangte sie die Sozialisierung der Grundstoffindustrien. Aber die US-finanzierten Sozialdemokraten waren entschlossen, den Arbeiterwiderstand zu entschärfen und den beträchtlichen kommunistischen Einfluß zu brechen, der in den Gewerkschaften und insbesondere bei den Betriebsräten wiedererstarkt war. Die Kommunisten wurden hinausgesäubert, kämpferischer antikapitalistischer Widerstand wurde gebrochen, und die Betriebsräte selbst wurden in Zwangsjacken der Klassenzusammenarbeit verwandelt - die das 1952 verabschiedete reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz durchzusetzen hatten. Mit der Unterstützung des DGB für den Marshall-Plan des Kalten Kriegs wurden die Arbeiter politisch fest an den Staat gefesselt, und der Staat fest an die antisowjetische NATO.

Zwar gab es viel Gerede über die „Mitbestimmung" durch Arbeiter und Kapitalisten (sowieso ein Ding der Unmöglichkeit), doch diese Rezepte waren nur ein Rahmen, um die Mittäterschaft der Gewerkschaftsspitzen bei der Verwaltung der Ausbeutung und bei der Säuberung der Roten zu sichern. Gesteigerte Produktivität wurde von anhaltend hoher Arbeitslosigkeit begleitet. Millionen von eingewanderten „Gastarbeitern" wurden in die Schwerindustrie gebracht, aber alle Bürgerrechte wurden ihnen vorenthalten. Die Bundeswehr wurde *unter den Sozialdemokraten* zur mächtigsten europäischen Armee in der NATO. Die SPD war der Architekt der Ostpolitik, die dazu diente, die Sowjetunion und die osteuropäischen Arbeiterstaaten zu unterminieren. Und als der deutsche Imperialismus wieder stark genug wurde, Ansprüche auf den Großmachtstatus zu stellen, stellte sich die SPD an die Spitze des wiederaufsteigenden deutschen Nationalismus — in der „linken" Färbung der „Friedens"bewegung der 80er Jahre —, als die deutsche Bourgeoisie sich von Washingtons Schürzenzipfel abtrennte.

Das war das „Modell Deutschland" der Sozialdemokraten. So agierte die SPD in der DDR naturgemäß als Trojanisches Pferd der Konterrevolution und half beim „Wegfall der Systemkonkurrenz" dort kräftig nach. Anschließend war sie damit beschäftigt, mit der antikommunistischen Hexenjagd, mit ihrem Würgegriff auf die Gewerkschaften und als Spitzenreiter bei der Allparteien-Mcnschenjagd auf die „Asylantenflut", jeden Arbeiterwiderstand zu spalten, zu lahmen und abzuwürgen. Damit wurden die Arbeiter in Ost und West, Immigranten und Deutsche, Frauen und Männer auseinanderdividiert. Die „Linken" einschließlich der PDS schüren *alle* die antikommunistische Hexenjagd und die rassistische Hetze auf Immigranten mit, und nun wollen sie die Arbeiter überzeugen, eine Regierung unter Engholm wäre "besser" als Kohl. dies ist eine gefährliche Illusion.

Die SPD schiebt alle Schuld in der Ex-DDR auf „40 Jahre Kommunismus". Was heute den ostdeutschen Arbeitern ins Gesicht schlägt, ist das Ergebnis von 40 Jahren sozialdemokratischer Klassenkollaboration in der BRD. Unter anderem Daimler-Benz, Volkswagen, Lufthansa, Hoesch werden oder wurden von SPD-Bossen geleitet - ganz abgesehen von der Deutschen Bank und der Treuhand. Steinkühler und Genossen sind erfahrene Bullen für die Bourgeoisie in den Gewerkschaften. Die SPD-Spitzen haben seit Jahrzehnten unter der Kalten-Kriegs-Fahne der „Sozialpartnerschaft" die Massenentlassungen im Westen von der Saar über das Ruhrgebiet bis zur Wasserkante verwaltet und die Löhne direkt angegriffen. Und im ÖTV-Streik waren sie in den SPD-regierten Ländern buchstäblich auf der anderen Seite der Klassenlinie.

Die Zahl der Bürokraten, über die diese „Arbeiterleutnants des Kapitals" verfügen, ist in der Tat riesig. Darunter befinden sich *30000* gewerkschaftliche Betriebsratsmitglieder, die direkt von den Bossen besoldet werden. Darunter sind viele ernsthafte Gewerkschafter, einschließlich Immigranten. Aber wenn sie die Interessen der Arbeiter verteidigen wollen, müssen sie aus dieser Falle ausbrechen, mit ihrer „Schweigepflicht" und anderen luftdichten Verpflichtungen darauf, im Interesse der Bosse zu handeln. Der Betriebsrat macht sich mitschuldig, *jedes* Mal, wenn ein Arbeiter entlassen wird, und *jedes* Mal, wenn ein Streik ausverkauft wird.

Die SPD-kontrollierten Betriebsräte sitzen bei jeder Betriebsratssitzung um den Tisch, „in einem Boot" mit den Bossen. Und doch sind diverse Pseudolinke wie .die nationalstalinistische DKP und die Pseudotrotzkisten von Ernest Mandel lange im Genuß der bürokratischen Privilegien gewesen, die der Handschlag mit den Bossen im Betriebsrat mit sich bringt. Wir Spartakisten kämpfen für die völlige Unabhängigkeit der Arbeiterbewegung von der Bourgeoisie und ihrem Staat. Unsere Tendenz in Deutschland wurde geschmiedet mit dem trotzkistischen Verständnis, daß die SPD seit 1914 eine *bürgerliche Arbeiterpartei* ist — der Transmissionsriemen für den deutschen Nationalismus in die Arbeiterbewegung; die SPD muß gespalten werden, um ihre proletarische Basis zu gewinnen auf dem Weg zur proletarischen Revolution.

Die Arbeiter brauchen eine revolutionäre Führung! Für proletarischen Internationalismus!

Die ÖTV-Basis warf Wulf-Mathies' stinkenden Tarifabschluß auf die Müllhalde, aber die Arbeiter sehen keine Alternative zu den verräterischen ÖTV/DGB-Spitzen. Am Anfang der Streiks traten massenhaft Arbeiter in die ÖTV ein, jetzt aber treten viele aus. Doch trotz ihrer prokapitalistischen Führung sind die Gewerkschaften heute das wesentliche Verteidigungsorgan der Arbeiter. Wenn wir gewinnen wollen: Schmeißt nicht die Mitgliedskarte weg, schmeißt die Bürokraten raus. Sie verwandeln die Gewerkschaften in Organe, die die Arbeiter im Interesse des imperialistischen Staats disziplinieren und damit ihre Zerstörung riskieren. Die SPD/DGB-Spitzcn wissen sehr wohl, daß ein *wirklicher,* solider Klassenkampf in Ost und West nicht nur die Kohl-Bande, sondern auch sie selbst wegfegen würde. Letztendlich geht es um die politische Macht. Um einen Kampf zu führen, um die eigenen Interessen durchzusetzen und zu sichern, brauchen die Arbeiter ein Programm, das *ihre* Klasseninteressen, nicht die der Bosse, ausdrückt. Wir brauchen eine revolutionäre Führung und Partei, die bereit ist, die Arbeiterklasse zu mobilisieren, um gegen die Bosse und ihren Staat anzutreten in einer Auseinandersetzung, die zu einem Kampf um die Macht führt.

Die Bourgeoisie redet über den „Tod des Kommunismus", aber Arbeiterkämpfe in der ganzen Welt strafen diese Märchen über eine „Neue Weltordnung" Lügen. In Seoul drückten 20000 südkoreanische Arbeiter, die gegen Superausbeutung und Polizeiterror kämpfen, ihre Solidarität mit den deutschen Streiks aus. In Warschau demonstrierten am 1. Mai 15000 gegen das kapitalistische Regime von SolidarnoSc-Führer Walesa. Als Los Angeles über eine ungeheuerliche rassistische Provokation und die bittere Armut explodierte, antworteten die US-Herrscher mit Bullenterror und Truppeneinsatz. In Berlin trugen Demonstranten am 1. Mai in Kreuzberg Banner in Solidarität mit Los Angeles.

In der Erhebung von Los Angeles und im ÖTV-Streik sahen wir Ereignisse, die einen Wendepunkt darstellen in zwei der drei führenden imperialistischen Weltmächte - und der dritten, Japan, geht es auch nicht besonders gut, wie der fortgesetzte Abstieg des Nikkei-Börsenindex zeigt. Der Kapitalismus hat für die Menschheit nur bitteres Elend, rassistischen Terror und imperialistischen Krieg auf Lager. Dieses verrottete, ausbeuterische System kann nur durch sozialistische Revolution beseitigt werden.

Dem giftigen Nationalismus, den Bonn und seine sozialdemokratischen Speichellecker von sich geben, muß ein Programm des proletarischen Internationalismus entgegengesetzt werden. Wir kämpfen wie Lenin, Luxemburg und Liebknecht für die *revolutionäre Einheit der deutschen, polnischen und sowjetischen Arbeiter.* Ein entschlossener Kampf, der deutsche und eingewanderte Arbeiter im ganzen Vierten Reich vereinigt, wäre für unsere Klassenbrüder und -Schwestern bis hinter den Ural — die Jelzins Konterrevolution gegenüberstehen, mit der dazugehörigen kapitalistischen „Schockbehandlung" und mörderischem nationalistischen Bürgerkrieg — ein Leuchtfeuer dafür, den sowjetischen Arbeiterstaat zu verteidigen und die politische Macht wiederzuerobern.

Deutschland und seine westeuropäischen Verbündeten wollen eine „Festung Europa" schaffen als Sperre gegen Flüchtlinge vor dem ökonomischen und sozialen Chaos, das sie in der ganzen Welt angerichtet haben. Kaum ein Tag vergeht ohne eine Meldung über brutalen Antisemitismus und rassistischen/faschistischen Terror. Für die ostdeutschen Frauen drehte der kapitalistische Anschluß die Uhr um 50 Jahre zurück und zerstörte die sozialen Einrichtungen wie umfassende kostenlose Gesundheits- und Kinderversorgung und trieb die Frauen zurück zu Kinder, Küche, Kirche. Während in der DDR über 90 Prozent der Frauen arbeiteten, sind es heute nur noch knapp 20 Prozent - sie stellen zwei Drittel aller Arbeitslosen in Ostdeutschland. Die evangelische und die katholische Kirche betreiben mit Volldampf die Rechristianisierung des Ostens, und *alle* Regierungsparteien nähern sich einer Übereinkunft über ein großdeutsches Abtreibungsgesetz, das Frauen und Ärzte erpresserischen kirchlichen „Beratern" wehrlos preisgibt.

Um diese allseitige soziale Verwüstung rückgängig zu machen, muß die Arbeiterklasse für den Kampf um volle Staatsbürgerrechte für Immigranten mobilisiert werden. Stoppt Nazi-Terror durch Arbeiter/Immigranten-Mobilisierungen! Pfaffen, Bullen und Richter, raus aus Schlaf- und Sprechzimmern! Weg mit der Kirchensteuer! Für die Trennung von Staat und Kirche! Weg mit den Paragraphen 218/219! Wir müssen für ein massives Programm öffentlicher Arbeiten kämpfen, um die Betriebe und sozialen Einrichtungen wieder aufzubauen, um Millionen bezahlbare Wohnungen hoher Qualität zu bauen, um den Dreck aus der Umwelt wegzuräumen. Wir brauchen gleichen Lohn für gleiche Arbeit - Frauen und Männer, Immigranten und Deutsche, Ost und West. Die DGB-Bonzen reden weiter darüber, 1994 die 35-Stundenwoche zu gewinnen, aber die Bosse sind darauf aus, die Arbeitswoche zu *verlängern.* Der Kampf für massiven sozialen Wiederaufbau, mit der Verteilung der Arbeit auf alle Hände bei einer erheblich kürzeren Arbeitswoche und bei vollem Lohn, heißt, einen revolutionären Kampf zu führen.

Deutschland ist der Schlüssel zu Europa — für Barbarei oder Sozialismus. Um dieses Land im Interesse aller Werktätigen wiederaufzubauen und die Wirtschaft vernünftig auf internationaler Ebene zu planen, muß man für eine Arbeiterregierung kämpfen, die das Kapital *enteignet* und die Produktionsmittel in die Hände derjenigen legt, die den Reichtum produzieren. Um diesen Kampf zu organisieren und ihn zum Sieg zu führen, brauchen die Arbeiter eine revolutionäre Arbeiterpartei. Für den Aufbau solch einer Partei in der internationalistischen Tradition von Lenin und Trotzki kämpfen die Spartakisten. Schließt euch uns an!«

Jugoslawien...

Fortsetzung von Seite 1

gion verschlingt und bedrohlich nach einer Ausweitung des Krieges aussieht.

Die Zerstörung des jugoslawischen deformierten Arbeiterstaats wurde formell durchgeführt, als Belgrad am 27. April eine neue Verfassung verkündete. Darin wird die Abspaltung der konterrevolutionären Regime von Slowenien und Kroatien akzeptiert und das neue Jugoslawien als ein Staat definiert, der aus Serbien und dem ethnisch serbischen Montenegro besteht. Und das Wort „sozialistisch" wird aus dem früheren Staatsnamen, Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien, entfernt. Wenige Tage später führte Slobodan Milosevic, der nationalistische starke Mann Serbiens, eine gründliche Säuberung des jugoslawischen Militärs durch, bei der er den amtierenden Verteidigungsminister und 39 weitere hohe Generäle absetzte, nachdem er während des Krieges mit Kroatien bereits die Bundesarmee von allen Nichtserben gesäubert hatte.

Jahrelang haben die NATO-Mächte Jugoslawien ausgeblutet und die Kräfte des lokalen Nationalismus geschürt, um eine soziale Konterrevolution zu fördern. Jetzt wollen sie dem vom Krieg erschütterten Land das imperialistische „Recht und Ordnung" aufzwingen. Sie sind darauf aus — allen voran das wiedervereinigte Vierte Reich des deutschen Imperialismus, das seine Hegemonie über seine traditionellen Vasallen Kroatien und Slowenien wieder geltend macht -, das Milosevic-Regime zu demütigen und in die Knie zu zwingen. Nachdem die USA anfangs gegen die deutsche Kampagne zur Zerstückelung Jugoslawiens waren, schalteten sie sich ein mit einer Kampagne für Sanktionen gegen Serbien — ein plumper Versuch, allen einzuhämmern, wer in der „Neuen Weltordnung" das Sagen hat. Am 30. Mai verhängte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ein Embargo gegen den jugoslawischen Rumpfstaat.

Verschiedene westliche Stimmen haben international nach einer groß angelegten Militärintervention gegen Serbien geschrien. In Deutschland erklärte der außenpolitische Sprecher der SPD, Voigt, eine Militärintervention sei nur möglich mit dem Segen der UNO. Sein SPD-Kollege Hans-Ulrich Klose prescht inzwischen vor, um eine Grundgesetzänderung zur Beteiligung der Bundeswehr an „Blauhelm-Missionen" durchzusetzen. Doch es ist genau die Richtlinie des Kapitels 7 der UN-Charta, auf die sich das Embargo gegen Jugoslawien stützt, die letztes Jahr benutzt wurde, um das unter der Führung der USA angerichtete Gemetzel im Irak zu legitimieren. Wie wir früher in diesem Jahr schrieben: „Wenn die UNO idiotisch genug ist, militärisch zu

Fortgesetzt auf Seite 20

Jugoslawien...

Fortsetzung von Seite 19

intervenieren, dann *würden Revolutionäre die Seite der jugoslawischen Armee und Serbiens ergreifen gegen die von den Imperialisten unterstützten Kräfte*, egal, ob die einen Blauhelm tragen oder nicht" *(Spartakist* Nr. 92, Januar). Ohne dem reaktionären nationalistischen Regime von Milosevic auch nur das geringste Jota an politischer Unterstützung zu geben, fordern wir: Nieder mit dem imperialistischen Embargo! NATO/UNO, Hände weg von Serbien/Montenegro!

Eine militärische Intervention in das byzantinische Blutbad Jugoslawiens wäre sicher ein Maßstab für imperialistische Idiotie. Unter der Überschrift „Unternehmen Balkansturm?" warnte der konservative britische *Economist* (30. Mai) davor, daß „militärisches Eingreifen in einem Blutbad enden könnte und so den Krieg ausweiten würde, den es laut Plan beenden sollte."

Ungarns rechtsnationalistischer Präsident erhebt den Anspruch, der Beschützer von Jugoslawiens 400000 ethnischen Ungarn zu sein. Albanien nimmt gegenüber den 1,4 Millionen ethnischen Albanern im Kosovo und in Makedonien eine ähnliche Haltung ein. Bulgarien erhebt Anspruch auf Makedonien mit dessen ethnisch überwiegend bulgarischer Bevölkerung; Griechenland, das an der makedonischen Grenze Truppen zusammengezogen hat, beansprucht es als „Griechenlands gestohlene Juwelen" und phantasiert, daß der Name „Makedonien" ein exklusiv griechisches Warenzeichen sei. Die Türkei, die wieder die Ansprüche des osmanischen Kalifats geltend machen will, hat damit gedroht, Truppen hinzuschicken, um die moslemischen Slawen Bosniens zu beschützen; gleichzeitig denkt sie über eine weitere Front gegen Armenien nach und führt andauernd einen völkermörderischen Krieg gegen die eigene kurdische Bevölkerung (zuletzt auch an der armenischen Grenze).

Deutschland und seine EG-Verbündeten verurteilen die serbischen Grausamkeiten scheinheilig und einseitig. Doch auf die größte Flüchtlingsbewegung in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg haben sie reagiert, indem sie zu rassistischen Angriffen auf Immigranten aufhetzen und die Zugbrücken der „Festung Europa" hochziehen. Am 22. Mai gab Innenminister Seiters bekannt, daß die restriktiven Visabestimmungen für Bosnier trotz des Bürgerkriegs in Kraft bleiben würden. Eine zweitägige westeuropäische Konferenz über das Problem der Balkanflüchtlinge stimmte „großzügig" dafür, 100 000 Zelle nach Kroatien zu schicken, wobei die UN-Konzentrationslager für Kurden im Nordirak als Vorbild dienten.

Die soziale Konterrevolution hat auf dem Balkan erneut uralten nationalistischen Haß und innerimperialistische Rivalitäten aufflammen lassen. Schließlich fiel der Startschuß zum Ersten Weltkrieg in Sarajevo, als ein serbischer Nationalist ein Attentat auf den österreichischen Erzherzog Franz Ferdinand verübte. Die Attacke von US-Außenminister Baker auf die Europäer, sie hätten es nicht geschafft, Milosevic in die Knie zu zwingen, kam wenige Stunden, nachdem Frankreich und Deutschland Pläne zur Bildung ihres 35000 Mann starken gemeinsamen „Eurokorps" bekanntgaben. Es soll der Kern einer künftigen europäischen Armee sein, die unabhängig von der von den USA dominierten NATO ist und auf der Macht des deutschen Imperialismus beruht. Frankreich drohte, den Embargovorschlag insgesamt zu Fall zu bringen, und soll Berichten zufolge hinter einem versöhnlichen Brief von Milosevic an die UNO, der das Ziel hatte, die Sanktionen abzuwenden, gestanden haben.

Die Wiederherstellung imperialistischer „Stabilität" in Jugoslawien wird jetzt als Test gesehen für die „Neue Weltordnung", die Bush über den Leichen von 100000 Irakern ausgerufen hat. Wie wir damals schrieben, beginnt diese „neue Ordnung" sehr wie die imperialistische Unordnung auszusehen, die dem Ersten Weltkrieg vorausging. Die bolschewistische Revolution zeigte den einzigen Ausweg aus dem brudermörderischen Gemetzel und den mit Sicherheit kommenden innerimperialistischen Kriegen.

Schmutziger Nationalismus auf allen Seiten

Ein Großteil der westlichen Presse hat versucht, den nationalistischen starken Mann Serbiens, Milosevic, als den Hauptübeltäter hinzustellen. Am Vorabend der UN-Sanktionen sagte Außenminister Klaus Kinkel kurz und bündig: „Es muß klar gesagt werden, wer verantwortlich ist. Die Serben sind verantwortlich." Ausgerechnet einer der Architekten der blutigen Zerstückelung Jugoslawiens sagt dies! Wenn die serbischen Nationalisten bei der Durchsetzung ihrer chauvinistischen Projekte mehr Erfolg hatten als ihre kroatischen Gegenspieler, dann nur deshalb, weil sie mehr sind und größere Feuerkraft haben. Beim Konkurrenzkampf jeder gegen jeden, der zum zurückkehrenden Kapitalismus dazugehört, ist es nur „natürlich", daß jede Bande von bürgerlichen Nationalisten versucht, ein möglichst großes Stück vom Kuchen abzuschneiden.

Milosevic ist sicher ein abscheulicher nationalistischer Schurke. Gleichzeitig ist der kroatische Führer Franjo Tudjman ein offener Bewunderer der klerikalfaschistischen Ustascha, die unter der Nazibesetzung Hunderttausende von Serben, Juden und Roma massakriert hat. Und der Führer des totgeborenen „unabhängigen" Staates Bosnien, Alija Izbetgovic, ist bekannt dafür, eine „islamische Deklaration" von 1990 verfaßt zu haben, die damit beginnt: „Unser Ziel ist die Islamisierung der Moslems. Unser Motto ist: Glaube und kämpfe" *(International Weekly* [Belgrad], 23. Mai). Inzwischen hat diese nationalistische Agitation unkontrollierte Banden von kriminellen Terroristen nach oben gebracht, die auf allen Seiten mörderische pogromistische Scheußlichkeiten begehen. Selbst ein UN-Bericht gab zu, daß Milosevic nur wenig Kontrolle über die serbischen Milizen in Bosnien hat.

Sowohl in Kroatien als auch in Bosnien-Herzegowina führen kroatische Milizen, deren Vorbild die Ustascha ist, und serbische Milizen, die von der Armee unterstützt werden und sich „Tschetniks" nennen — nach den Royalisten, die im Krieg mit dem britischen Imperialismus kollaborierten (und mit den deutschen und italienischen Faschisten gegen die Kommunisten einen Block eingingen) -, völkermörderische Zwangsumsiedlungen durch im Namen der „ethnischen Reinigung". Dies ist besonders brutal im ethnisch gemischten Bosnien, wo 43 Prozent der Bevölkerung moslemisch sind, 31 Prozent serbisch und 17 Prozent kroatisch, aber mehr als ein Drittel aller Familien aus verschiedenen Nationalitäten bestehen.

Die imperialistische Aufmerksamkeit hat sich zwar auf die Kroaten und andere jugoslawische Minderheiten konzentriert, die vor den serbischen Milizen flüchten. Doch mehr als 140000 serbische Flüchtlinge sind gezwungen worden, vor dem Neo-Ustascha-Terror in Kroatien und Bosnien zu fliehen. Zu einer der größten Zwangsumsiedlungen in diesem jahrelangen Kampf kam es, als moslemische und kroatische Milizen vor kurzem Tausende von serbischen Flüchtlingen aus dem Norden von Bosnien vertrieben.

Selbst jetzt, wo sie sich gegenseitig abschlachten, sind die serbischen und kroatischen Nationalisten mehr als bereit, auf Kosten der moslemischen Slawen ein Geschäft zu machen. Bei einem stark publik gemachten „Geheim"treffen Anfang Mai in der österreichischen Stadt Graz erschienen Vertreter von den Milizen der bosnischen Serben und der Kroaten mit Landkarten unterm Arm, um die Einzelheiten

der Aufteilung auszuarbeiten ... wo sie sich einig sind. Wo nicht, kämpfen sie.

Westliche Liberale jammern über die nationalistischen „Exzesse", die den Zerfall Jugoslawiens und die Konterrevolution in Osteuropa begleiten. Aber dieser tödliche Ausbruch von nationalem Chauvinismus ist eine unvermeidliche Begleiterscheinung der Restauration des Kapitalismus. Der bürgerliche Staat beruht auf der beherrschenden Stellung einer Nation und der Unterjochung und Unterdrückung aller anderen Nationalitäten in seinen Grenzen. Und genau das passiert heute in Jugoslawien, wo konkurrierende nationalistische Banden darum kämpfen, bürgerliche Staaten aufzubauen auf dem umkämpften Territorium und über dem Leichnam von Titos Sozialistischer Föderativer Republik Jugoslawien.

Während verschiedene Pseudolinke wie Ernest Mandels Vereinigtes Sekretariat sich der NATO-Linie anschlössen und Kroatiens „nationale Befreiung" im letzten Jahr unterstützten, bestanden wir darauf, daß Revolutionäre in dem brudermörderischen Bürgerkrieg keine Seite beziehen. Wir wiesen darauf hin, daß die sezessionistischen Regime in Kroatien und Slowenien eindeutig konterrevolutionär sind; und wir stellten auch fest, daß „die Kampagne von Armee und Milosevic nicht den jugoslawischen Arbeiterstaat erhalten soll, sondern in Wirklichkeit sein Ende beschleunigt durch eine Explosion von nationalistischer Verbitterung und Blutvergießen" (*Workers Vanguard* Nr. 540, 6. Dezember 1991). Und so ist es jetzt gekommen, wobei die neue Verfassung den Zerfall des deformierten Arbeiterstaats Jugoslawien in konkurrierende konterrevolutionäre nationalistische Regime formalisiert.

Die jüngsten Säuberungen im Militär schließen die Umwandlung der Bundesarmee in ein Werkzeug des großserbischen Nationalismus ab. Eine Meldung der staatlichen Nachrichtenagentur Tanjug lautete: „Über die Veränderungen in der Armee sagte der [Luftwaffen-] General Stevanovic, daß diese Armee eigentlich eine völlig neue ist, und fügte hinzu, daß die neue Generation junger, gut ausgebildeter Offiziere all die ideologischen Prinzipien losgeworden ist, die die frühere jugoslawische Volksarmee belastet hatten."

Milosevic ist zwar jetzt am Ruder in einem werdenden kapitalistischen Staat, der „lästige ideologische Prinzipien" abgelegt hat, die zumindest in Worten eine Verbindung zum Sozialismus und Internationalismus ausdrückten, doch seine Position ist kaum sicher zu nennen. Sogar ohne die imperialistischen Sanktionen ist die serbische Wirtschaft ein heilloses Durcheinander. Politisch ist Milosevic ein Spielball von ultranationalistischen Kräften einerseits und proimperialistischen Elementen andererseits. Der Führer der extrem nationalistischen Serbischen Radikalen Partei, Seselj, und der Führer der bosnischen Serben, Karadic, verurteilen Milosevic als „zu gemäßigt" bei seinem Streben nach einem „Großserbien". Gleichzeitig haben der Kronprinz Alexander, die serbische orthodoxe Kirche und Oppositionsparteien wie Vuk Draskovics Serbische Erneuerungsbewegung versucht, sich dem imperialistischen Druck anzupassen, und haben Milosevic als heimlichen Kommunisten angegriffen.

Am Tag nach der Abstimmung für die UN-Sanktionen organisierten diese Typen in Belgrad eine „Antikriegsdemonstration der Mittelklasse, mit Sprechchören wie „Slobo, Saddam". Die Opposition setzt sich genauso für großserbischen Nationalismus ein wie Slobodan Milosevic. Draskovic ist zum Beispiel ein beinharter Chauvinist, der den Tschetnik-Führer Draza Michailovic verherrlicht, der 1946 von den siegreichen Partisanen hingerichtet wurde.

Daß serbische Monarchisten und kroatische Faschisten, die Nazi-Kollaborateure waren, heute geehrt werden, spricht Bände über die reaktionäre Umwälzung, die Jugoslawien überrollt hat. Titos verzerrte Version von Föderalismus sieht im nachhinein ganz gut aus. Die soziale Revolution, die unter Titos Führung durchgeführt wurde, legte die Basis für die wirtschaftliche und nationale Gleichheit aller jugoslawischen Völker, der Serben und Kroaten ebenso wie der bosnischen Moslems, der Ungarn in der Vojvodina und der Albaner im Kosovo. Wie wir schrieben in „The National Question in Yugoslavia" [Die nationale Frage in Jugoslawien] (*Workers Vanguard* Nr. 106, 23. April 1976):


Imperial War Museum, London
Titos kommunistisch geführte Partisanen stürzten Kapitalismus und überwanden nationale Konflikte

> „Bei einer solchen Ballung von Nationen, die auf begrenztem Gebiet zusammengedrängt sind, wird das Zusammenleben der Völker auf einem Gebiet, wie es häufig in Grenzregionen vorkommt, zu weit mehr als einem Nebenfaktor. In diesem Fall würde man eine demokratische Lösung der nationalen Frage nur in dem Zusammenhang von proletarischen, kollektiven Eigentumsverhältnissen finden, die die Grundlage liefern für eine föderative Lösung frei von nationaler Unterdrückung."

Vor allem in Polemiken gegen linke Apologeten für arabischen Nationalismus und irischen Republikanismus Anfang der 70er Jahre bestand die Spartacist-Tendenz darauf, daß es im Falle von auf einem Gebiet zusammenlebenden Völkern - wie in Israel/Palästina, Sri Lanka, Irland oder Zypern - keine gerechte Lösung der nationalen Frage auf der Grundlage der bürgerlichen Demokratie geben kann. Solche Konflikte zwischen verschiedenen Völkern, die auf das gleiche Territorium Anspruch erheben, könnten nur auf reaktionäre Weise, durch völkermörderische Zwangsumsiedlungen, oder auf gerechte, demokratische Art, durch die Schaffung eines Arbeiterstaates, gelöst werden. Jugoslawien hat die Wahrheit dieser Behauptung bewiesen, zuerst auf positive und jetzt auf negative Weise.

Kommunistische Partisanen besiegten nationalistische Pogromisten

Ganz von Anfang an war die Kommunistische Partei Jugoslawiens die einzige politische Formation im Land, die das ganze Mosaik an verschiedenen Nationalitäten dieses Landes umfaßte. Die KPJ, die fast sofort nach ihrer Gründung in den Untergrund gezwungen wurde, zog Kader auf der Grundlage an, daß sie gegen alle Varianten von natio-

Forrgesetzt auf Seite 22

Jugoslawien...

Fortsetzung von Seite 21

naler Unterdrückung im serbisch dominierten Königreich Jugoslawien der Zwischenkriegszeit war. Dies ging sogar nach ihrer Stalinisierung weiter, obwohl diese zu (erfolglosen) Versuchen führte, in der Vorkriegszeit mit der kroatischen Ustascha einen Block einzugehen und bei Kriegsbeginn mit den serbischen Tschetniks. Auch wenn es keinen anderen Grund dafür gab als die multinationale Zusammensetzung der KPJ - Tito hatte einen kroatischen Vater und eine slowenische Mutter; zu seinen wichtigsten Stellvertretern gehörten der Slowene Edvard Kardelj, der Serbe Alexander Rankovic, der Montenegriner Milovan Djilas und der Jude Mosche Pijade —, die KPJ wurde von kroatischen wie serbischen Nationalisten als ein Feind gesehen.

Wie wir geschrieben haben, kamen während des Völkermords des Zweiten Weltkriegs „Arbeiter und Bauern zu der Erkenntnis, daß ihnen nichts passiert, wenn die Partisanen mit dem roten Stern auf ihrer Mütze im Dorf ankommen" *(Workers Vanguard* Nr. 429, 29. Mai 1987). Titos siegreiche kommunistische Partisanen kämpften sowohl gegen die Ustascha und die Tschetniks, die Pogromisten, als auch gegen die Nazis und die italienischen Faschisten, die Invasoren. Sie gingen aus dem Krieg hervor mit einer weitverbreiteten Autorität, als einzige Kraft, die die Nationalitäten Jugoslawiens einigen konnte. Die Verfassung von 1946 verkündete „eine Gemeinschaft der Völker mit gleichen Rechten" und erklärte: „Jede gesetzliche Maßnahme, die Bürgern Vorrechte geben oder ihre Rechte einschränken würde aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer anderen Nationalität, Rasse oder Religion, und auch jedes Predigen von Haß und Uneinigkeit zwischen Nationen, Rassen oder Religionen ist verfassungswidrig und gesetzlich strafbar."

Obwohl Titos KPJ die Gleichheit der Nationen in Jugoslawien wahrte — in einem Maße, daß die heutigen Tschetniks behaupten, die vorherrschenden Serben würden „unterdrückt" -, konnte die nationale Frage auf dem Balkan nicht in den Grenzen des jugoslawischen Staates gelöst werden. Genauso wie Stalin war Tito fest entschlossen, den Aufbau seines eigenen „Sozialismus in einem Land" durchzuführen. In der frühen Nachkriegszeit sprach man davon, die Forderung nach einer Föderation des Balkans wiederzubeleben, wenn auch auf bürokratischem Weg. Damit machte man Schluß, um konkurrierende nationale Interessen zu verfolgen. Die Jugoslawen ließen die Forderung nach einer Vereinigung Makedoniens fallen, nachdem Stalin den griechischen Kommunisten befahl, ihren Guerillakampf gegen die britische Besatzungsmacht aufzugeben. Schließlich, nach dem Bruch mit Stalin 1948, unterrichtete Tito das Stalin-loyale Dimitrow-Regime in Bulgarien, daß er jetzt gegen das Ziel einer sozialistischen Föderation des Balkans sei. Folglich blieben die Makedonier, Albaner und andere durch Staatsgrenzen geteilt.

Außerdem leistete das Tito-Regime Pionierarbeit für den „Marktsozialismus" in Gestalt von „Arbeiterselbstverwaltung" und ließ damit zu, daß es die riesengroßen regionalen Ungleichheiten in der Wirtschaft, die man vom Kapitalismus übernommen hatte, weiterhin gab — Ungleichheiten, die anschließend den Aufstieg von nationalistischen Kräften in den stalinistischen Bürokratien der verschiedenen Republiken anheizen würden. Die Sowjetunion lenkte — selbst unter dem Großrussifizierer Stalin — Mittel und Investitionen in die rückständigeren Regionen wie Zentralasien und förderte damit eine relative Gleichheit. In Jugoslawien dagegen bedeuteten „Selbstverwaltung" und regionale Wirtschaftsautonomie in zunehmenden Maße, daß die bessergestellten Republiken im Vergleich zu ihren Nachbarn von Investitionen profitierten, trotz der Bemühungen der Zentralregierung, solche Unterschiede zu überwinden. So *verringerte* sich in den 30 Jahren seit 1953 das Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt im Kosovo (der ärmsten Region) relativ zu dem in Slowenien (der reichsten Region) von 28 auf 14 Prozent. Die wirtschaftliche Dezentralisierung weckte bei vielen kroatischen und slowenischen Bürokraten den Appetit auf „Marktsozialismus in einer Provinz", was zum Aufstieg offen nationalistischer Elemente wie Tudjman führte und ihrer Ebenbilder in Serbien wie Milosevic.

Milosevic, ein ehemaliger Chef der Staatsbank, verkündete seine Unterstützung für eine „Marktwirtschaft" und koppelte den jugoslawischen Dinar an die D-Mark. Kurz nachdem Milosevic 1987 in Serbien an die Macht gekommen war, warnten wir vor einem „unheilvollen Anstieg von großserbischer nationalistischer Agitation, geschürt durch den neuen starken Mann der serbischen Bürokratie, Slobodan Milosevic, der auftritt wie ein ausgewachsener Faschist" *(Spartakist* Nr. 59, November/Dezember 1988). Milosevic kam zur Macht durch eine brutale chauvinistische Kampagne gegen die albanische Autonome Region Kosovo. Eine Welle von Streiks und Arbeiterprotesten gegen die verheerenden Folgen der vom IWF diktierten Austerität wurde durch nationalistische Agitation absichtlich abgelenkt und untergraben. Wie wir damals schrieben:

> „Es ist klar, daß die massive, das ganze Land überziehende Streikbewegung einer wirklich kommunistischen Avantgarde eine entscheidende Gelegenheit bietet, die brüderlichen Bindungen unter der werktätigen Bevölkerung Jugoslawiens wiederzuschmieden, die durch Jahrzehnte des .Marktsozialismus' arg untergraben worden sind. Als Trotzkisten treten wir ein für die Gleichheit der Völker auf der Basis gesteigerten materiellen Wohlstands. Dies kann nur durch eine proletarisch-politische Revolution erreicht werden, die Arbeiterdemokratie, Sowjetmacht, zentrale Planung und eine vernünftige Verteilung der Investitionsmittel errichtet. Dies erfordert vor allem einen entschiedenen Bruch mit dem stalinistischen Dogma des Sozialismus in einem Land' und dessen Ersetzung durch das Programm des proletarischen Internationalismus."

Ohne eine internationalistische Avantgardepartei und im Zusammenhang mit der steigenden konterrevolutionären Welle, die von Gorbatschows Perestroïka entfesselt wurde, wurde das jugoslawische Proletariat durch die kapitalistische Restauration und den brudermörderischen Nationalismus besiegt.

In der am Boden liegenden Sowjetunion, wo jetzt Jelzin die kapitalistische Konterrevolution vorantreibt, drohen sich Entwicklungen wie auf dem Balkan zu ergeben. Wenn das mörderische gegenseitige Gemetzel, das bereits den sowjetischen Kaukasus vernichtet, nicht alle ehemaligen Sowjetrepubliken verschlingen soll, dann ist eines dringend notwendig: den multinationalen Kern einer Avantgarde in der Sowjetunion zu schmieden, der sich für das Programm von Lenins und Trotzkis Oktober einsetzt. Eine proletarische politische Revolution muß Jelzins Hungerregime wegfegen, bevor es zu spät ist.

Mitten im Grauen des nationalistischen Gemetzels muß eine neue Generation von internationalistischen jugoslawischen Arbeiterkämpfern zusammengeschweißt werden. Das einzige Programm, das die konterrevolutionäre Kampagne aufhalten kann, bleibt der Aufbau von trotzkistischen Parteien, die die Errungenschaften der Oktoberrevolution erhalten und ausweiten. Wie Trotzki Anfang der 30er Jahre feststellte: „Eine revolutionäre Perspektive ist unmöglich ohne eine Föderation der Balkanstaaten, die offensichtlich hier nicht haltmachen wird, sondern in eine Föderation der Vereinigten Sowjetstaaten von Europa hineinwachsen wird."

Nach Workers Vanguard *Nr. 553, 12. Juni*

Bankrott des Stalinismus führt zu neuen Balkankriegen

Osteuropa: Nationalismus und Konterrevolution

Antisowjetischer Nationalismus war die Haupttriebkraft für die kapitalistische Konterrevolution im nördlichen Teil Osteuropas. Die stalinistische Bürokratie war völlig auseinandergebrochen, und ihre Überbleibsel waren einer Säuberung von „Roten" ausgesetzt. In der Tschechoslowakei, in Ungarn und im deutschen Vierten Reich werden ehemalige kommunistische Funktionäre von den siegreichen konterrevolutionären Regimen verfolgt. Die früheren Stalinisten

Teil zwei von zwei

in diesen Ländern und auch in Polen haben sich in frischgebackene Sozialdemokraten verwandelt und versuchen, als loyale Opposition innerhalb der wiederauferstehenden bürgerlichen Ordnung zu füngieren.

In den Balkanländern jedoch versuchten die stalinistischen Bürokratien zuerst ihre Herrschaft dadurch zu retten, daß sie im Stil der westlichen Sozialdemokratie auftraten. Aber da die konterrevolutionäre Welle weiterging, sogar in die Sowjetunion hinein, und die bankrotten Stalinisten auf dem Balkan keine andere Möglichkeit sahen, versuchen sie, sich dadurch über Wasser zu halten, daß sie sich *selber* an die Spitze der reaktionären nationalistischen Kräfte setzen. Führende Apparatschiks des alten Regimes, wie Iliescu und Milosevic, streben jetzt danach, jeweils ein „Großrumänien" und ein „Großserbien" zu schaffen. In Bulgarien bleibt die frühere stalinistische Partei eine starke Oppositionskraft, die antitürkischen Chauvinismus propagiert. In Albanien sind jetzt die „reformierten" stalinistischen Erben Enver Hodschas, am Ende ihres Lateins angekommen, von fanatischen Antikommunisten rausgeschmissen worden.

Warum hat die kapitalistische Konterrevolution auf dem Balkan einen anderen Kurs eingeschlagen als im übrigen Osteuropa?

Das geteilte Deutschland war die militärische und politische Frontlinie des Kalten Kriegs zwischen dem westlichen Imperialismus und dem degenerierten sowjetischen Arbeiterstaat. Solange die Kremlführer sich für die Verteidigung der Früchte des Sieges der Roten Armee über die Nazi-Wehrmacht einsetzten — der 20 Millionen Sowjetbürgern das Leben kostete —, war die Kontrolle über Ostdeutschland und daher über Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn strategisch wichtig für Moskau. Der Balkan war für den Kreml strategisch weniger wichtig, und so konnten die lokalen stalinistischen Regime einen größeren Spielraum haben. Die proimperialistische, ultranationalistische und geradezu verrückte Politik des größenwahnsinnigen Ceausescu in Rumänien wäre in den 70er und 80er Jahren in Polen und der Tschechoslowakei unvorstellbar gewesen. Wenn auch auf radikal unterschiedliche Art und Weise, waren die stalinistischen Regime auf dem Balkan in einem Ausmaß nationalistisch, wie es sich die anderen stalinistischen Regime im Norden des Warschauer Pakts nicht leisten konnten.

Titos Jugoslawien war der Vorreiter des „nationalen Kommunismus", als es 1948 mit Stalins Kreml brach. Solch ein Bruch war möglich, weil die jugoslawischen kommunistischen Partisanen, anders als im übrigen Osteuropa, die Macht *erobert* hatten durch ihren heroischen Kampf gegen die deutschen und italienischen Besatzungsarmeen, die klerikalfaschistische kroatische Ustascha und die serbischen royalistischen Tschetniks. Die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien wurde geschmiedet im Namen der „Einheit und Brüderlichkeit" aller ihrer Völker.

Als einigende Ideologie hat jedoch Titos panjugoslawischer Nationalismus das Abtreten der Partisanengeneration nicht überlebt. Titos andere Erneuerung, der „Marktsozialismus", und die wirtschaftliche Orientierung des Landes auf Westeuropa führten zum Auseinanderbrechen der jugoslawischen Bürokratie entlang nationaler Linien, besonders zwischen den reicheren Republiken Slowenien und Kroatien und dem rückständigeren Süden. Dieses nationalistische Auseinanderbrechen hatte seinen Höhepunkt in der Zerstörung von Jugoslawien in einem Territorialkrieg zwischen Serbien und Kroatien, in dem schätzungsweise 10000 Menschen getötet worden sind.

Gewannen Titos KP-Partisanen bei der Bevölkerung Jugoslawiens enorme Unterstützung und Autorität, so war die rumänische stalinistische Partei sowohl zu Beginn als auch bei Ende des Zweiten Weltkriegs die kleinste und schwächste von allen osteuropäischen Ländern. Sie hatte 1944 nur tausend Mitglieder. Die rumänischen Stalinisten wollten sich später bei der Bevölkerung Legitimität verschaffen, indem sie zu traditionellem rumänischen Nationalismus griffen, besonders als Moskaus Kontrolle über seine Verbündeten auf dem Balkan nachließ.

Ende der 60er Jahre protzte der neue starke Mann in Bukarest, Nikolae Ceausescu, mit seiner „Unabhängigkeit" in außenpolitischen Fragen, zum Beispiel unterhielt das Land als einziges im Warschauer Pakt freundliche diplomatische Beziehungen zum zionistischen Israel. Nach innen verschärfte // *Conducator*, der sich auch „Retter der Nation" und „Genie der Karpaten" taufte, die Unterdrückung der ungarischen Bevölkerung in Transsilvanien, er ließ die Bevölkerung hungern und frieren, um Rumäniens Auslandsschulden abzuzahlen, und er verbot Abtreibungen, damit sich das rumänische Volk in immer größerer Zahl vermehre. Dieses höchst brutale und auf groteske Weise totalitäre Regime war in den 70er und 80er Jahren die osteuropäische Lieblingsregierung der „freien Welt".

Während die rumänischen Stalinisten an Nationalismus appellierten, indem sie ihre Unabhängigkeit von Moskau demonstrierten, nutzten die bulgarischen Stalinisten die schon lange bestehenden prorussischen und antitürkischen Stimmungen dieses slawischen Balkanvolkes aus. Als Symbol dafür hat das KP-Regime nie das Standbild von Zar Alexander II. aus dem Zentrum von Sofia entfernt. Die Mitgliedschaft im Warschauer Pakt gegen die NATO wurde dargestellt als eine Fortsetzung von Bulgariens traditionellem Bündnis mit Rußland gegen die Türkei.

Als die Autorität des Kreml Mitte der 80er Jahre schwächer wurde, wollte das Schiwkow-Regime seine nationalistische Glaubwürdigkeit durch eine Kampagne stärken, die eineinhalb Millionen Türken des Landes zwangsweise zu „bulgarisieren", und Hunderttausende von ihnen wurden aus ihren Wohnungen in die Türkei verjagt. Im Juli 1989

Fortgesetzt auf Seite 24

Osteuropa...

Fortsetzung von Seite 23

schickte das Partisan Defense Committee, die rechtliche Verteidigungsorganisation der Spartacist League/U.S., einen Brief an die bulgarische Regierung, in dem es gegen die abscheuliche Behandlung der türkischen nationalen Minderheit protestierte:

> „Die Bolschewiki gewannen die Treue der turksprachigen Nationalitäten Zentralasiens dadurch, daß sie die Überlegenheit des sowjetischen Systems in der Praxis zeigten — wobei sie zugleich die kulturellen Unterschiede der vielen Nationalitäten anerkannten, die im zaristischen Völkergefängnis brutal unterdrückt worden waren... In Verhöhnung dieser Tradition vertreiben Sie zwangsweise Tausende in die Arme der reaktionären Özal-Regierung... Jahrzehnte von stalinistischem Verrat haben die Verteidigung Bulgariens und aller deformierten Arbeiterstaaten gegen eine kapitalistische Konterrevolution in Gefahr gebracht." *(Workers Vanguard [WV]* Nr. 481, 7. Juli 1989)

Wenige Monate später wurde Schiwkow durch einen Palastputsch gestürzt, der tatsächlich den Weg zur Konterrevolution freimachte.

Der Stalinismus auf dem Balkan hat in seiner endgültigen Degeneration gemeinsame Sache gemacht mit den reaktionärsten nationalistischen — und sogar offen faschistischen — Kräften. Daher hat der *politische Kampf* gegen stalinistischen Nationalismus und für eine Rückkehr zum proletarischen Internationalismus Lenins und Trotzkis *zentrale* Bedeutung dafür, die kapitalistische Konterrevolution auf dem Balkan zu besiegen und kommunalistische Blutbäder von Moldawien bis Makedonien zu verhindern.

Belagerter Iliescu macht sich stark für „Großrumänien"

Der totalitäre Charakter des Ceausescu-Regimes ließ keine prowestliche antikommunistische Opposition aufkommen, wie sie in anderen osteuropäischen Ländern existierte. Eine Clique von geschaßten Bukarester Bürokraten, darunter Ion Iliescu und Silviu Brucan, hatten schon eine Weile konspiriert, und als sich die breite Masse im Dezember 1989 gegen den verhaßten Despoten erhob, sprangen sie in die Bresche und machten dabei gemeinsame Sache mit der Armeeführung. Ceausescu und seine Frau wurden schnell und heimlich hingerichtet, die Kommunistische Partei wurde verboten, und eine neue Nationale Rettungsfront wurde ausgerufen als Verkörperung der siegreichen „Revolution".

Der Kern der neuen Rettungsfront war die alte stalinistische Bürokratie. Doch bei dem starken Wind, der ihnen aus dem Westen ins Gesicht blies, erklärten Iliescu & Co. ihre Absicht, Rumänien in eine Marktwirtschaft zu verwandeln, wenn auch mit „einer beträchtlichen sozialen Komponente". Immer noch präsentierte sich die Front als eine linke Alternative zu den offen konterrevolutionären Parteien, die mit Müh und Not aus dem Vorkriegsrumänien König Carols wiederauferstanden waren.

Die Verbesserung des Lebensstandards nach der allgemeinen Verwüstung, die Ceausescu geschaffen hatte, zusammen mit den Versprechungen der Rettungsfront, für einen schmerzlosen Übergang zur Marktwirtschaft zu sorgen, führte im Mai 1990 zu einem haushohen Wahlsieg für Iliescu und seine Kumpane. Frustriert über dieses Ergebnis, inszenierten rechte Mobs — zum großen Teil Universitätsstudenten - Straßenschlachten in Bukarest, um damit die Regierung zu stürzen. An diesem Punkt appellierte Iliescu als Präsident an die Kohlenbergarbeiter des Jiu-Tals, die „Demokratie" zu verteidigen. Die Bergleute kamen auch in die Hauptstadt und zerschlugen die kleinbürgerlichen rechten Rowdys. Sprecher des westlichen Imperialismus schrien „roter Terror", als die Arbeiterklasse im Auftrag einer Regierung ehemaliger Kommunisten so wirksam ihre Muskeln spielen ließ.

Doch die Front flirtete auch mit weißem Terror, besonders gegen nationale und ethnische Minderheiten. Iliescu & Co. hielten Beziehungen zur ultranationalistischen Zeitung *Romania Mare* (Großrumänien) aufrecht, die von einer Gruppe berüchtigter Ceausescu-Schreiberlinge herausgegeben wird. Einer von ihnen, Corneliu Vadim Tudor, verfaßte einen Lobgesang auf den gestürzten Diktator: „Alle Rumänen warten darauf, daß du zurückkommst, Um das Land von den Dieben zu befreien... Um die Roma arbeiten zu lassen, Und die Ungarn zu disziplinieren." Die Regierung der Rettungsfront tat nichts, um eine Kampagne von mörderischen Angriffen auf die Romabevölkerung, mit zwei Millionen die größte eines osteuropäischen Landes, zu verhindern. Sprecher der Roma sagen, ihre Lage ist jetzt schlimmer als unter Ceausescu.

Obwohl sowohl rumänische Rechte als auch einige westliche Medien behaupteten, daß Iliescu & Co. in Wirklichkeit immer noch Kommunisten seien, hielten diese ihre Versprechungen und führten marktorientierte Wirtschafts-„reformen" durch, in Abstimmung mit dem Weltkartell der Banken, dem IWF. 1990 fiel die Industrieproduktion um mehr als 30 Prozent, da „unrentable" Unternehmen geschlossen wurden. Die rumänische Arbeiterklasse - die manches Mal sogar Ceausescu getrotzt hatte — leistete Widerstand, so gut es ging ohne revolutionäre Führung. Allein im ersten Halbjahr 1990 gingen 300 Millionen Arbeitsstunden durch Streiks und Arbeiterproteste verloren. Dies zwang die Regierung dazu, die Nominallöhne zu erhöhen, während die Produktion drastisch fiel, was eine Hyperinflation anheizte. Die Unterstützung der Bevölkerung für die Rettungsfront bröckelte rapide ab, und die Wut der Arbeiterklasse steigerte sich bis zum Explosionspunkt.

Die Explosion kam letzten September, als die Bergarbeiter des Jiu-Tals unter der Führung von Altstalinisten wieder

Bulletin Spartakowtsew. „Kämpft für den Kommunismus Lenins und Trotzkis". „Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt die Konterrevolution von Jelzin und Bush!", herausgegeben von der polnischen **SGP**



Platforma SPARTAKUSOWCÓW 4

Robotnicy radzieccy: Pokonajmy kontrrewolucję Jelcyna-Busha!

Бюллетень Спартаковцев № 2 (2)
декабрь-февраль 1991-92 гг.
Цена: 1 руб.
Спартаковец/СССР
121019 г. Москва
г-19, а/я 19

Platforma Spartakusowców
nr 2 (Dodatek)
styczeń 1992
500 zł
konto: Platforma Spartakusowców
nr. 93549-135874-136
NBP IV Oddział PKO Wrocław

einmal nach Bukarest zogen, diesmal nicht, um die Rettungsfront zu verteidigen, sondern um deren Führer zum Rücktritt aufzufordern. Iliescu opferte seinen Ministerpräsidenten Petre Roman, einen Rivalen innerhalb der Rettungsfront, der in besonderem Matte identifiziert wurde mit der Verelendung durch den „freien Markt". Obwohl sich die Bergarbeiter nach dem Versprechen, daß sich die Lage bessern werde, zurückzogen, war lliescus Autorität schwer angeschlagen durch ihren Marsch durch die Hauptstadt. Angesichts wachsenden Widcrstandcs von allen Seiten hat Iliescu versucht, sich an die Spitze der Bewegung für ein Großrumänien zu stellen, durch die Vereinigung mit der „unabhängigen" Sowjetrepublik Moldawien und durch die Forderung nach der „Rückgabe" von Gebieten, die seit einem halben Jahrhundert zur Ukraine gehören.

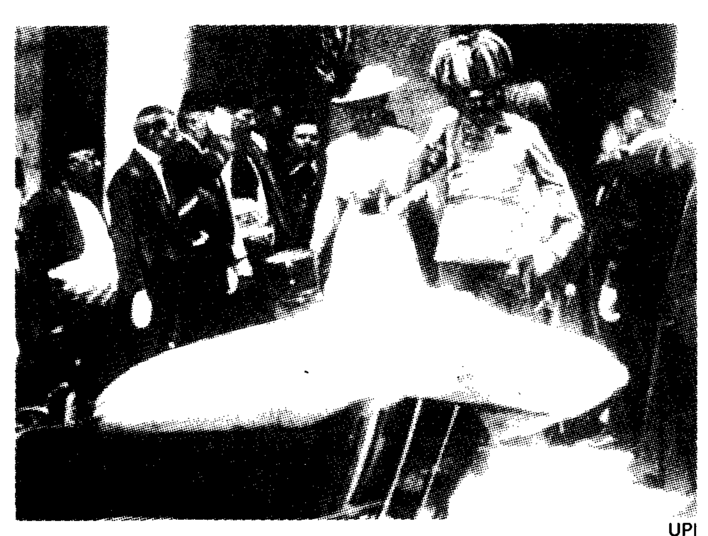
Kampfplatz Moldawien

1812 wurde Oslmoldawien, vorher unter osmanischcr Herrschaft, vom zaristischen Rußland annektiert. Nach dem Ersten Weltkrieg sorgten die siegreichen westlichen Imperialisten für die Schaffung eines Großrumäniens, indem sie seinem Territorium Transsilvanien zuschlugen, das ein Teil von Ungarn gewesen war, und Ostmoldawien, das der junge sowjetische Arbeilerstaat im Vertrag von Brest-Litowsk abtreten mußte. Zwanzig Jahre später kam Moldawien zur UdSSR durch eine Klausel von 1940 im Hitler-Stalin-Pakt. Rumänien bekam jedoch das Gebiet im folgenden Jahr zurück, als General Antonescu bei Hitlers Unternehmen Barbarossa mitmachte. Der russischen Bevölkerung, von Moldawien bleibt das von den faschistoiden rumänischen Besatzern zugefügte Leid in bitterer Erinnerung.

Als die Rote Armee die Nazi-Wehrmacht und deren Bluthunde besiegt hatte, wurde Moldawien als eine Republik Teil der Sowjetunion. Es gab keine Versuche einer Zwangsrussifizierung (anders als in der Ukraine unter Stalin), und die vorherrschende Sprache und Kultur blieb rumänisch. Mit der Zeit wurde die Moldawische SSR immer mehr national gemischt. Heute sind *65* Prozent der Bevölkerung rumänischer Herkunft. Der größte Teil der übrigen Bevölkerung besteht etwa zu gleichen Teilen aus Russen und Ukrainern. Es gibt auch eine kleine Bevölkerung von christlichen Türken, die Gagausen. Wie anderswo in Osteuropa sind die Nationalitäten keineswegs in ordentlich getrennten Gebieten konzentriert. So sind nur die Hälfte der Einwohner der moldawischen Hauptstadt Kischinew Rumänen.

Als unter Gorbatschow die Herrschaft der Kreml-Bürokratie schwächer wurde, übernahmen in der moldawischen Republik 1990 antikommunistische Nationalisten die Macht. Sie erklärten ihre Unabhängigkeit von der UdSSR und erklärten die Einheit mit Rumänien zu ihrem Endziel. Daraufhin spalteten sich die Russen und Ukrainer in Ostmoldawien ab, um ihre eigene Sozialistische Sowjetrepublik Transnistrien zu bilden, mit einer riesigen Leninstatue in ihrer „Hauptstadt" Tiraspol als Symbol. Die Turk-Gagausen bildeten ebenfalls ihre eigene Sowjetrepublik. Sporadische Gewalttätigkeit zwischen dem moldawischen nationalistischen Regime und den rebellischen slawischen und turksprachigen Bevölkerungsgruppen hat seit dem letzten August, als Jelzins Gegenputsch den sowjetischen Staat zerbrach, stark zugenommen.

Im Dezember erklärte der rumänische Präsident Iliescu, daß die Vereinigung mit Moldawien — einschließlich seines *gesamten* historischen Territoriums — unvermeidlich sei. In einer bizarren Geste baten die Führer der „Republik Transnistrien" die Nachfahren jener sagenhaften zaristischen Krieger - die Donkosaken - um Hilfe. Der neokosakische Hetman Juri Grigorjew antwortete auf den Aufruf: „Wenn auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion irgendwo das Leben von Slawen bedroht ist, dann müssen wir natürlich



UPI

28. Juni 1914: Thronfolger Erzherzog Ferdinand mit Frau kurz vor dem Attentat, das den Ersten Weltkrieg auslöste

kommen und sie schützen." Die Anwesenheit von modernen Kosaken, mit ihren riesigen Schnurrbärten und rotgestreiften Hosen, gibt dem Konflikt in Moldawien vielleicht den Anstrich einer komischen Oper. Die eigentliche Lage ist aber alles andere als komisch. Alle streitenden Parteien tun ihr Bestes, um ihre großen Brüder aus anderen Ländern mit hineinzuziehen. Die moldawische Sache kann zum tödlichen Zündfunken für den wiedererstarkenden rumänischen, russischen un'd ukrainischen Nationalismus werden.

Bulgarien: Wirtschaftlicher Zusammenbruch und antitürkische Hysterie

Todor Schiwkow schlug einmal in einem Brief an Nikita Chruschtschow vor, daß Bulgarien allmählich in der UdSSR aufgehen solle. Sein Land kam dem so nahe, wie es konnte, ohne tatsächlich eine Sowjetrepublik zu werden. Die bulgarische Wirtschaft war in die sowjetischen Fünfjahrespläne auf eine Weise integriert, die dem relativ rückständigen Balkanland eindeutig zugute kam. „Unsere Computerindustrie wurde bewußt für den sowjetischen Markt geschaffen", darauf wies letztes Jahr der Chef eines Forschungsinstituts in Sofia hin. „Innerhalb des Comecon waren wir eine Großmacht. 15 Jahre lang war der Kalte Krieg gut für uns" *(Wall Street Journal,* 30. April 1991). Der Kalte Krieg sorgte auch dafür, daß die mächtige sowjetische Armee Bulgarien, ein Mitglied des Warschauer Pakts, gegen seinen traditionellen Feind, die Türkei, die jetzt als die Ostflanke der NATO füngiert, verteidigte.

Mitte der 80er Jahre begann dieses stabilste stalinistische Regime Osteuropas — angesichts wirtschaftlicher Stagnation - einen anomalen, selbstzerstörerischen Weg einzuschlagen wie Ceausescus Rumänien. Im Namen eines „Prozesses der Wiedergeburt" startete man eine Kampagne der Zwangsassimilation gegen die türkische Minderheit. Man befahl Türken, ihre Namen zu „bulgarisieren"; ihre Schulen, Zeitungen, sogar islamische Moscheen wurden geschlossen. Als die türkische Bevölkerung 1989 gegen diese nationale Unterdrückung Massenproteste durchführte, wurden etwa 300000 gezwungen, ihre Heimat in Richtung Türkei zu verlassen.

Einige Monate später stürzten die stramm auf Moskau-Kurs liegenden Regime in der DDR und der Tschechoslowakei. Die bulgarischen Stalinisten konnten das Zeichen erkennen — in wirklich leuchtenden Lettern. Im November 1989 wurde Schiwkow durch einige „reform"orientierte Kollegen gestürzt. Sie änderten den Parteinamen von kommunistisch zu sozialistisch und erklärten, ihr Ziel sei es, Bulgarien in eine „Marktwirtschaft" westlichen Stils zu verwandeln. Wie in Rumänien gewannen die früheren Stali-

Fortgesetzt auf Seite 26

Osteuropa...

Fortsetzung von Seite 25

nisten die frei ausgefochtenen Parlamentswahlen im Frühjahr 1990 dadurch, daß sie versprachen, die Interessen der Werktätigen während des Übergangs zur Marktwirtschaft zu verteidigen. Und ebenso wie in Rumänien verhängte die Regierung der Bulgarischen Sozialistischen Partei (BSP) nach den Wahlen ein Austeritätsprogramm nach dem Entwurf des IWF. Die Produktion des Landes fiel 1990 um 13 Prozent. Unter Ausnutzung der Unzufriedenheit und



Tomasz Tomaszewski

Juni 1990: Rumänische Bergarbeiter fegten rechte Kräfte von den Straßen Bukarests. September 1991 kamen sie zurück, Im Protest gegen „Marktreformen" der Regierung

Desillusionierung in der Bevölkerung organisierte die rechte Opposition, zusammengeschlossen in einer Koalition namens Union der Demokratischen Kräfte (UDF), Proteste und Streiks.

Unter dem Druck von Bulgariens westlichen Kreditgebern bildeten die ehemals stalinistischen Sozialisten und die antikommunistische UDF Ende 1990 eine Koalitionsregierung auf der Basis der Verelendung durch den „freien Markt". Der neue Finanzminister kündigte ein neues Austeritätsprogramm an, das „wirklich einschneidend" wäre. Das war es auch. Die bulgarische Produktion fiel im letzten Jahr um sage und schreibe 20 Prozent! Das wackelige Bündnis zwischen den Ex-KPlern und den Antikommunisten brach unter der Belastung zusammen; und die Sozialisten und die UDF traten bei neuen Parlamentswahlen im Oktober gegeneinander an. Ironischerweise führten die Wahlen zu einer verfahrenen Lage, in der die türkische Partei, die Bewegung für Rechte und Freiheit (MRF), im Parlament das Zünglein an der Waage ist.

Nach Schiwkows Sturz stellte das neue sozialistische Regime die Rechte der türkischen Minderheit, die sie vor der „Bulgarisierungs"kampagne hatte, wieder her. Daraufhin kehrten 100000 Türken nach Bulgarien zurück, in der Erwartung, das Leben werde für sie jetzt besser sein. Die Sozialisten appellierten jedoch weiterhin an antitürkischen Chauvinismus, wenn auch auf etwas „zivilisiertere" Art und Weise. Der Versuch, in den Schulen Türkisch einzuführen, führte zu gewalttätigen Protesten und Schulboykotts durch bulgarische Chauvinisten, die in vielen Fällen von ehemaligen Stalinisten organisiert wurden. Letztes Frühjahr „verschob" die Regierung von Sozialisten und UDF die Erlaubnis, daß türkische Kinder in ihrer Muttersprache unterrichtet werden. Die Sozialisten redeten auch von einem Verbot der MRF, unter dem Vorwand, sie verstoße gegen den verfassungsmäßigen Vorbehalt gegen ethnisch basierte Parteien!

Nach den Oktoberwahlen boten die türkischen Führer der UDF ihre Unterstützung an (von ihrem Standpunkt aus das kleinere Übel) als Gegenleistung für Ministerposten. Die bulgarischen Rechten lehnten diesen Vorschlag wie zu erwarten ab, doch die türkischen kleinbürgerlichen Nationalisten unterstützten die Bildung einer UDF-Regierung sowieso. Seitdem haben die Sozialisten jeden Anschein aufgegeben, die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten, und haben statt dessen die militant prokapitalistische Regierung dafür angegriffen, daß sie angeblich als ein Werkzeug der türkischen Pläne in bezug auf Bulgarien diene. BSP-Hitzkopf Rumen Wolidecharow tönte, es sei „nur eine Frage der Zeit, bis sie [die Türken] die Unabhängigkeit erklären wie in Jugoslawien". Bei den Präsidentschaftswahlen im Januar warf der Kandidat der Sozialisten seinem Gegner von der UDF vor, er sei „ein Türke mit einem Fez in seinem Herzen" (Londoner *Independent*, 20. Januar).

Nach fünf Jahrhunderten osmanischer Herrschaft und mit einer militärisch starken Türkei auf der anderen Seite der Grenze ist es für Demagogen ein Leichtes, weitverbreitete Ängste vor einer türkischen Vorherrschaft geschickt auszunutzen. Chauvinistische Angriffe auf die demokratischen und nationalen Rechte der türkischen Bevölkerungsgruppe in Bulgarien sind jedoch der sicherste Weg, einen Krieg mit der Türkei zu provozieren.

Während die ehemaligen Stalinisten antitürkischen Chauvinismus propagieren, trifft die Kampagne der rechten Regierung, den Kapitalismus wiederherzustellen, auf den Widerstand der Arbeiterklasse. Im Augenblick streiken 20000 Kohle-, Uran- und Zink-Blei-Bergarbeiter, um gegen die Pläne der Regierung zu protestieren, die „unrentablen" Bergwerke zu schließen. Dies ist von besonderer Bedeutung, weil die Bergarbeitergewerkschaft früher die antikommunistische UDF unterstützt hatte. Um die Kampagne für den Kapitalismus zurückzuschlagen, müssen die bulgarischen Arbeiter zu den revolutionären internationalistischen Traditionen der „engen Sozialisten" (Tesnjaki) zurückkehren, die zu den Gründern der Kommunistischen Internationale von Lenin und Trotzki gehörten.

Für revolutionären Internationalismus!

Der authentische Kommunismus von Marx, Engels, Lenin und Trotzki beruht auf proletarischem *Internationalismus.* Die Zerstörung Jugoslawiens durch konkurrierende nationalistische Kräfte veranschaulicht den politischen Bankrott der stalinistischen Doktrin vom „Sozialismus in einem Land". Hier gab es ein stalinistisches Regime, das am Anfang eine enorme moralische Autorität besaß und Schwung in den eigenen Reihen. Als Tito und seine Genossen von der „Einheit und Brüderlichkeit" der Völker Jugoslawiens sprachen, hatten sie die tief empfundene Unterstützung der werktätigen Massen von Slowenien bis Makedonien. Doch die Einheit und Brüderlichkeit, die im Kampf gegen die deutschen und italienischen faschistischen Besatzer und ihre lokalen Komplizen geschmiedet worden war, konnte nicht aufrechterhalten werden auf der Basis des „Aufbaus des Sozialismus" in einem relativ rückständigen Balkanland.

Nirgendwo ist es so deutlich geworden wie in Jugoslawien, daß der Aufstieg des konterrevolutionären Nationalismus zurückzuführen ist auf den Druck der kapitalistischen Weltwirtschaft. Der kroatische Nationalismus erhob sein Haupt, seit Ende der 50er Jahre, über die Frage der Einbehaltung der Deviseneinnahmen. In den 60er Jahren exportierte Jugoslawien seine Arbeitslosen nach Westeuropa, besonders nach Westdeutschland. Das Geld, das sie ihren

Üble Provokation des BSA

Der Mord an unserer Genossin Martha Phillips in Moskau hat auch die dubiose Aufmerksamkeit der Workers League (WL) von David North und anderer Jünger seines selbsternannten „Komitees der Vierten Internationale" (IK) wie des Bunds Sozialistischer Arbeiter (BSA) geweckt.

Seit mehr als 20 Jahren hat dieser Haufen die Spartakisten immer wieder als „Rassisten" und „Faschisten" verleumdet, als die „Hauptsprecher für die nationalen Interessen der amerikanischen Bourgeoisie", „Provokateure im Dienst des Stalinismus", „Informanten der Weltkapitalisten", „Informanten des FBI", und überhaupt als die dekadentesten und unverbesserlichsten, „politisch krankhaften" Elemente, die motiviert seien durch einen „Haß auf die Arbeiterklasse". Warum sollten sie sich darum kümmern, *was* unseren Genossen passiert? Doch zweimal innerhalb von vier Wochen enthielt das *Bulletin* der Workers League wie auch die *Neue Arbeiterpresse* des BSA Artikel, die sich mit dem Tod unserer Genossin befaßten.

Das *Bulletin* vom 28. Februar (*Neue Arbeiterpresse* vom 6. März) zitiert den „beunruhigenden Bericht" von *Workers Vanguard* (Nr. 545, 21. Februar) über den Mord an Martha. Sie vergießen ein paar Krokodilstränen, obwohl nun wirklich jeder, der Workers League und BSA kennt, weiß, daß sie am liebsten eine Flasche Champagner öffnen würden, wenn sie vom Tod einer führenden Genossin der Spartacist League/U.S., Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) hören. Es folgt dann eine lange Liste von „Fragen" und üblen Unterstellungen wegen „oberflächlicher" Berichte über den Mord, „eilig" organisierter Gedenkversammlungen, ein „höchst außergewöhnliches" Fehlen von Berichten über den Mord in der Moskauer und der amerikanischen Presse. Der Artikel fragt sinister: „Hat sie die Mörder vielleicht gekannt?" Und ein zweiter Teil über „Der Mord an Martha Phillips" *(Bulletin,* 27. März, übersetzt in *Neue Arbeiterpresse,* 10. April) spricht noch expliziter über „die zwangsläufige Schlußfolgerung, daß Spartacist etwas zu verbergen hat".

Für Marthas Genossen wird der Schmerz ihres brutalen und vorzeitigen Todes noch durch den Tatumstand verstärkt, daß wir immer noch nicht wissen, wer sie ermordet hat. Als wir im Nachruf die Umstände schilderten, wie Martha am Morgen des 9. Februar tot aufgefunden wurde, schrieben wir:

> „Zum jetzigen Zeitpunkt kann die Möglichkeit nicht ausgeschlossen werden, daß dieses grauenhafte Verbrechen politisch motiviert gewesen sein könnte. Die Moskauer Miliz führt Ermittlungen durch, bei denen unsere Freunde und Anhänger in Moskau kooperieren."

Zwei Wochen später, nachdem wir es trotz großer Schwierigkeiten geschafft hatten, einige weiterführende Details von der Miliz zu erfahren, wurde dies auf einer Gedenkversammlung vom nationalen Vorsitzenden der SL/U.S., James Robertson, berichtet. Als er den Kreis potentieller Verdächtiger beschrieb, führte er aus:

> „Und ich habe jetzt keine Grundlage, um zu spekulieren. Es könnte jemand aus unserem Umfeld sein, aus persönlichen Gründen oder ein Provokateur. Wir hatten einigen Streit mit Pamjat. Die Unabhängige Bergarbeitergewerkschaft im Kusbass wird direkt aus Washington angeleitet, durch einen russischen Faschisten und die CIA; wir intervenierten, und wir kamen ihnen in die Quere [siehe ‚Soviet Miners Strike Amidst Perestroika Turmoil' (Sowjetische Bergarbeiter streiken inmitten der Wirren der Perestroika), *Workers Vanguard* Nr. 522, 15. März 1991]. Es gibt viele andere Möglichkeiten. Moskau ist nicht gerade New York — das heißt, man

Fortgesetzt auf Seite 28

Blutgeld des BSA

Libyen	£542267
Kuwait	156500
Katar	50000
Abu Dhabi	25000
PLO	19997
Irak	19697
Unidentifizierte **und** andere Quellen	261 702
Summe	£1075163

abgedruckt in *Workers News,* April 1988

Auflistung von Workers *News* über die Summen, die die Healyisten als bezahlte Söldner von arabischen bürgerlichen Regimes erhielten

---

Familien zurückschickten, war eine Hauptquelle für die Devisen des Landes. Die kapitalistische Weltwirtschaftskrise 1974/75 zwang jugoslawische Arbeiter zur Rückkehr nach Hause, und das Tito-Regime versuchte dann, die Wirtschaft dadurch über Wasser zu halten, daß es das Land an die Bankiers von Wall Street und Frankfurt verpfändete. In ganz Osteuropa bildeten die vom IWF diktierten Austeritätsprogramme der 80er Jahre den wirtschaftlichen Hintergrund für den Zerfall der stalinistischen Bürokratien und für das Wachstum der konterrevolutionären Kräfte.

Trotzki bestand darauf, daß das Programm des „Aufbaus des Sozialismus" in einem isolierten Arbeiterstaat, so wie Sowjetrußland, zum Zusammenbruch führen muß, weil es unmöglich ist, sein Produktionsniveau über das der ihn umgebenden kapitalistischen W*e*/*t*wirtschaft zu heben:

> „Das Problem der sozialistischen Gesellschaft läßt sich vom Problem der Produktivkräfte nicht trennen, das im heutigen Stadium der menschlichen Entwicklung seinem Wesen nach ein Weltproblem ist. Der Einzelstaat, zu eng geworden für den Kapitalismus, ist um so weniger fähig, die Arena einer vollendeten sozialistischen Gesellschaft zu sein. Die Rückständigkeit eines revolutionären Landes steigert darüber hinaus für dieses die Gefahr, zum Kapitalismus zurückgeworfen zu werden. Indem sie die Perspektive einer isolierten sozialistischen Entwicklung verwarfen, hatten die Bolschewiki kein mechanisch abgesondertes Interventionsproblem vor Augen, sondern die Gesamtheit der mit der internationalen wirtschaftlichen Grundlage des Sozialismus verbundenen Fragen." (*Geschichte der russischen Revolution)*

Die Bolschewiki waren in der Lage, die multinationale werktätige Bevölkerung des russischen Zarenreiches zu vereinen — im siegreichen Kampf gegen die antisemitischen Terroristen der Schwarzhundertschaften und andere reaktionäre nationalistische Kräfte -, denn sie hatten die Perspektive einer sozialistischen Weltrevolution. Heute ist es dringend notwendig, in der Sowjetunion und in Osteuropa neue bolschewistische (leninistisch-trotzkistische) Parteien aufzubauen, um die Arbeiter gegen die konterrevolutionären Kräfte zu vereinen, die zu brudermörderischem Nationalismus aufhetzen.

Gekürzt nach Workers Vanguard *Nr. 547, 20. März*



AFL-CIO

Washington, Januar 1991: Delegation von sowjetischen „freien Gewerkschaften", darunter der Bergarbeiterführer von Workuta, besucht Lane Kirkland, Präsident des antikommunistischen US-Gewerkschafts-dachverbandes AFL-CIO

BSA...

Fortsetzung von Seite 27

kriegt in Moskau auf der Straße kein Messer zwischen die Rippen, obwohl es infolge der Verarmung immer häufiger zu Raubüberfällen kommt. Aber es war überhaupt nicht diese Art von Mord. Und die simple Wahrheit ist, wir wissen es nicht."

North & Co. reden, als ob sie mehr wüßten, oder sie tun wenigstens so, indem sie behaupten, unsere freimütigen offenen Erklärungen „stinken nach politischer Vertuschung". Sie verlangen, daß die SL/U.S. „das .Milieu', in dem sie ihre Aktivitäten in Rußland durchführt, öffentlich bekannt" macht, worüber regelmäßig Berichte in *Workers Vanguard* erscheinen. Diese bösartigen Stalinophoben richten ihre Anschuldigungen gegen den „politischen Sumpf des sich auflösenden sowjetischen Stalinismus", mit dem sie uns in Verbindung bringen möchten. Sie halten es für angebracht, um es milde zu formulieren, andere Verdächtige zu ignorieren, wie beispielsweise die „Aktivposten" der CIA in der Sowjetunion, oder sogar die Möglichkeit eines einfachen Verbrechens.

Das *Bulletin* beschwert sich, daß der Nachruf in *Workers Vanguard* „in der Überschrift keinen Anhaltspunkt dafür bietet, daß Phillips einem Mord zum Opfer gefallen ist". Vielleicht werden sie demnächst Trotzki Vorwürfe machen, weil er den Nachruf auf seinen erschlagenen Sohn „Leo Sedow — Sohn, Freund, Kämpfer" genannt hatte. Und vielleicht werden sie Trotzkis Artikel auch dafür aufs Korn nehmen, daß „die erste Erwähnung von Mord als Todesursache erst im letzten Viertel des Artikels kommt".

In zynischer Weise nehmen sie die Forderung nach einer „Untersuchungskommission" auf, die in einem sehr mächtigen Solidaritätsschreiben von einem Sympathisanten unserer Organisation gefordert wurde (siehe *Workers Vanguard* Nr. 546, 6. März). Sie zitieren sogar Trotzki als Präzedenzfall. Aber die Dewey-Kommission wurde nicht zusammengerufen, um nachzuweisen, daß es Stalin war, der in den 30er Jahren Linke Oppositionelle ermordete, sondern um Trotzkis Namen freizuhalten von den Lügen, mit denen er in den berüchtigten Moskauer Prozessen von Stalin überschüttet wurde.

Wie wir in der Antwort an unseren Unterstützer schrieben, ist es „anders als zu Stalins Zeit heute keine einfache Aufgabe, den oder die Schuldigen zu identifizieren". Workers League/BSA behaupten, dieses Argument sei „so vordergründig und fadenscheinig, daß es Verdacht hervorruft". Was „Verdacht hervorruft", ist, daß die Herausgeber von *Bulletin* und *Neue Arbeiterpresse* willkürlich die vielen unheilvollen und tödlichen Kräfte ignorieren, die wir als mögliche Verdächtige aufzeigten. Wir hielten fest, daß „innerhalb der zerfallenden Bürokratie mehrere ihrer Flügel" verwickelt sein könnten, daß es aber „gleichermaßen diejenigen gibt, die einiges in Jelzin investiert haben oder Verbindungen zu Jelzin haben", wie auch unbedeutendere Kräfte, die „unsere Aktivitäten als direktes Hindernis für ihre Absichten aufgefaßt haben könnten". Die Workers League paßt sicherlich in diese letzte Kategorie. Anstatt eine Untersuchungskommission zu fordern, sollten sie vielmehr besorgt darüber sein, was eine Untersuchung aufdecken könnte!

Was wollen sie wirklich, diese Leute, die sich jahrelang gegenüber den Spartakisten so verhalten haben, als verdienten sie, erschossen zu werden wie tollwütige Hunde? Sie wollen ihren Nutzen aus einer Tragödie schlagen, die unsere Partei betrifft, und diese Tragödie ausnutzen, um der IKL zu schaden.

Die IKL hat sich den Ruf erworben, die Wahrheit zu berichten, wie schmerzvoll sie auch immer ist, so wie es die Regeln der Vierten Internationale Trotzkis von uns fordern, von der Warnung vor der Konterrevolution von Solidarnosc 1981, als die Masse der Linken (einschließlich Workers League und BSA) sie bejubelte, bis zur Korrektur von Fehlern in unserer Presse. Wir stehen zu unserer Geschichte, wir stellen die mit Register versehenen gebundenen Ausgaben von *Workers Vanguard* und *Spartacist,* die bis zu unserer ersten Ausgabe zurückreichen, zur Verfügung.

Wir sagen unseren Lesern die Wahrheit, soweit wir sie kennen, wenn wir sie kennen. Und wenn wir es nicht wissen, dann sagen wir es auch.

Die North-Anhänger spezialisieren sich im Gegensatz dazu auf die Künste der Verfälschung, Unterstellung und der antikommunistischen Verleumdung, um weitaus mächtigere Kräfte als die ihrigen auf diejenigen zu hetzen, die sie aufs Korn nehmen. Kurz, sie sind eine Organisation, die Provokationen gegen die Linke zu ihrer Sache gemacht hat. Und sie verfolgen die Spartakisten nicht zuletzt deswegen, weil sie in uns ein Allzweck-Ersatzziel für ihre antisowjetische Gehässigkeit sehen.

Dies ist nicht das erste Mal, daß sie ein makabres Interesse an unseren Toten ausdrücken. Nach dem Selbstmord eines unserer Genossen vor zwei Jahren benutzten die North-Anhänger dies in einem Artikel über den New Yorker *Daify-News-Stieik,* als sie sich herauswinden wollten, weil wir enthüllt hatten, daß das *Bulletin* in einer gewerk-

SPARTAKIST-TREFFPUNKT

Berlin Mittwoch von 18.00 bis 20.00 Uhr
Linkstreff, Weddingstraße 6
1000 Berlin 65 (U-Bahn Nauener Platz)

schaftlich nicht organisierten Druckerei produziert wird. Einige Monate später stürzten sie sich auf den vorzeitigen Tod eines Genossen durch Krebs, um mit dem Messer in der gleichen Wunde zu bohren.

Man nehme diese dämonische Geisteshaltung, füge den Appetit eines Söldners und Mietlings mit vergifteter Feder hinzu, und man hat eine grobe Annäherung an die North-Bande. Im Tausch für Petrodollars diente das IK unter dem britischen Vordenker von North, Gerry Healy, als Presseagentur für antikommunistische Unterdrückung durch Diktatoren im Nahen Osten. Sie sind berüchtigt für die Hilfe, die sie dem bürgerlichen Staat bei der Verfolgung von kämpferischen Gewerkschaftern geben, von der Verleumdung des britischen Bergarbeiterführers Arthur Scargill bis zur Kampagne von North, den amerikanischen Gewerkschaftsaktivisten und SWPler Mark Curtis hinter Gitter zu bringen.

Im November 1990 benutzten sie einen versuchten Mordanschlag auf den SPD-Führer Oskar Lafontaine, um die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands zu verfolgen, die einzige Organisation, die ohne Wenn und Aber dem imperialistischen Anschluß der DDR entgegengetreten ist. In einer üblen Verleumdung, deren einziger Zweck darin bestand, uns in den Augen der Unterdrückungsorgane des Vierten Reichs als potentielle „Terroristen" darzustellen, verbreitete der BSA die Schmähung: „Die hysterische Sprache der SpAD richtet sich an Personen, die in einem ähnlichen Geisteszustand sind wie die schizophrene Lafontaine-Attentäterin."

Seit Jahren sind die Workers League und ihre Ableger hinter uns her. Jetzt versuchen sie, den tragischen Tod unserer Genossin, die im Kampf gegen die Konterrevolution in der Sowjetunion auf ihrem Posten starb, für eine weitere heimtückische „Kampagne" zu benutzen. Wessen Interessen dient die Workers League?

Schreiberlinge mit vergifteten Federn zu mieten

Das „Internationale Komitee" hat eine allseits bekannte Geschichte als Söldner-Verein, der seine Dienste meistbietend verkauft. Dies ist öffentlich dargelegt und bewiesen worden. Wie sie selbst später zugaben, hat das IK von Healy mehrere Jahre lang, beginnend Mitte der 70er Jahre (siehe „Blutgeld des BSA-Führers", *Spartakist* Nr. 85, April 1991) *mindestens* über eine Million Pfund (damals mehr als 4 Millionen DM) von einer Anzahl von Scheichs und bonapartistischen Schlächtern im Nahen Osten eingesackt. Und das war tatsächlich *für Dienste, die geleistet wurden.*

Angefangen mit einem Deal 1976 mit der libyschen Regierung über 50000£, mit denen sie eine Vierfarb-Rollenoffsetdruckmaschine kauften, erhielt das IK nach einem Bericht einer IK-Kontrollkommission im Lauf der Jahre mehr als eine halbe Million Pfund vom Ghaddafi-Regime. Zu den Diensten, die mit diesem Geld gekauft wurden, gehörte die Verwandlung der healyistischen Publikationen in Presseagenturen, die den libyschen Machthaber verherrlichten, wie auch die Weitergabe von Namen und Erkenntnissen über prominente „Zionisten" in der „Finanzwelt, Politik, im Geschäftsleben, den Medien und anderswo".

Weitere 20 000 £ — und diese Zahl kann nur die Spitze des Eisbergs sein, weil die „Untersuchung" von den Schuldigen selbst durchgeführt wurde - kamen von Saddam Hussein. Im Gegenzug *feierte* das IK 1978 die Hinrichtung von 21 irakischen KP-Mitgliedern. Sie wuschen nicht nur den antikommunistischen Terror des Baath-Regimes rein, sie nahmen aktiv daran teil. Healyistische Provokateure spionierten auf Anti-Hussein-Demonstrationen in Britannien, machten Fotos von irakischen Linken und übergaben sie dem Baath-Regime.

North verweist auf die IK-„Kontrollkommission", um seine Unschuld zu beweisen, und protestiert, daß die WL


Versammlung in Chemnitz:

BSA diskutiert das Ende der UdSSR

neue ARBEITER PRESSE

6. März 1992

Antisowjetischer **BSA** schließt **sich** Jelzin an, verkündet Tod der Sowjetunion

nie etwas von der Beute abbekommen hätte. Aber das gesamte IK führte über einen ganzen Zeitraum die politischen Dienste aus, die für das Geld verlangt wurden, und die Tatsache, daß die Healyisten Geld dafür bekamen, war für jeden offensichtlich, der hinsah. 1977 brachten wir einen Artikel „Healyites, Messengers of Qaddafi" [Healyisten, Boten von Ghaddafi], der damit abschloß, daß „selbst ein flüchtiger Blick" auf die „jahrelange Buhlerei [des IK] um den ölreichen Ghaddafi zu der Feststellung zwingt, daß in der Tat etwas sehr faul ist im Staate Dänemark".

Drei Jahre später wurde Scan Matgamna, Herausgeber des britischen *Socialist Organiser*, von Healy mit einer Verleumdungsklage vor die Gerichte ihrer Majestät gezerrt. Aber der einzige Vorwurf von Matgamna, gegen den Healy *nicht* klagte, war der zentrale Punkt, daß die Healyisten von „einer oder mehreren arabischen Regierungen" finanziell unterstützt worden sind. 1985, als Healy von seinen Stellvertretern abgesetzt wurde, wurde die Anschuldigung, Blutgeld genommen zu haben, zu einem großen Skandal innerhalb des IK. Warum? Weil zu dem Zeitpunkt der Geldfluß ausgetrocknet war. Als das Geld noch hereinströmte, hatte niemand etwas dagegen (siehe „Healyismus zerstoben", *Spartacist* Nr. 12, Winter 1986/87).

Vor mehr als 20 Jahren haben wir die Healyisten als widerliche „politische Banditen" charakterisiert, die sich ihre Positionen zu ihrem opportunistischen Vorteil zurechtschneiderten. Als sie weiter degenerierten, wurde ihre vorgebliche Politik, wie zum Beispiel das Bejubeln einer mythischen bürgerlichen „Arabischen Revolution", zur Fassade — im Grunde abhängig davon, für wen sie zu einem bestimmten Zeitpunkt arbeiteten. Die Petrodollar-Connection war nur einer ihrer Verträge. In Australien nahmen sie Geld, um eine Exilzeitung von rechten Vietnamesen zu drucken, die *Bell of Saigon*, die ihre faschistische Anhängerschaft dazu aufruft, Kommunisten „auszurotten". Selbst wenn es nicht klar ist, in wessen Diensten sie jeweils stehen, führen sie wie ein arbeitsloser Pistolenheld im wilden Westen ihre dreckige Arbeit fort, mit dem Ziel, irgend jemandem dienen zu können.

Anfang der 70er Jahre begannen die Healyisten einen jahrzehntelangen Feldzug gegen die reformistische SWP, unter dem Titel „Sicherheit und die Vierte Internationale". Indem sie die üble stalinistische Verleumdung wiederbelebten, Trotzki sei von einem seiner „eigenen Leute" ermordet worden, versuchten die Healyisten, die gesamte SWP-Führung — besonders den Sekretär Trotzkis, Joseph Hansen — als „FBI- und KGB-Agenten" und „Komplizen" beim Mord an Leo Trotzki anzuschwärzen. Diese Verleumdung richtete sich natürlich auch gegen SWP-Führer James P. Cannon und Trotzki selbst. David North schärfte seine Krallen an dieser Kampagne.

Die Vorgehensweise der Workers League gegenüber linken Opponenten besteht darin, sich in den Dienst von

Fortgesetzt auf Seite 30

BSA...

Fortsetzung von Seile 29

größeren Kräften zu stellen, die Revolutionären feindlich gesonnen sind. 1971, als die Bourgeoisie über die wachsende Radikalisierung besorgt war, beschloß die SWP, daß es an der Zeit sei, in der „Antikriegs"bewegung eine Blutlinie zu ziehen. Auf einer Versammlung der „National Peace Action Coalition" der SWP, einer Volksfront, die auch prominente Politiker der Demokratischen Partei einschloß, beteiligte sich die WL an einem gewalttätigen Schlägerangriff, geleitet von Ordnern der SWP, gegen Progressive Labor und die Spartacist League, als wir gegen die Anwesenheit von Senator Vance Hartke auf dem Podium protestierten. Dort traten sie als Wachhunde für die gleiche SWP auf, von der sie heute behaupten, sie sei seit Jahrzehnten eine vom FBI kontrollierte Organisation. Was wäre denn dann — innerhalb ihres eigenen verrückten Weltbildes — die Workers League?

Erwartungsgemäß waren die kapitalistischen Gerichte das Hauptinstrument von North & Co. für ihre Vendetta gegen die SWP — sie appellierten an *die US-Regierung,* festzustellen, daß die SWP eine Organisation von „Regierungsagenten" sei! 1979, als die SWP ein Verfahren gegen die COINTELPRO-Unterwanderung durch das FBI führte, brachten die North-Leute - unter Benutzung des WL-Werkzeugs Alan Gelfand — die SWP vor Gericht, um sie zu zwingen, Protokolle des Politischen Komitees auszuhändigen.

Vor vier Jahren startete die „Workers" League .eine große internationale Kampagne mit dem Ziel, den SWPer Mark Curtis ins Gefängnis zu bringen (siehe „The Workers League and Mark Curtis", *Workers Vanguard* Nr. 480, 23. Juni 1989). Curtis war ein Gewerkschafter in Iowa, der der Swift Packing Co. im Wege stand. Er sitzt derzeit eine 25jährige Gefängnisstrafe ab, nachdem er unter Anklagen wegen Einbruchs und sexueller Nötigung ohne fairen Prozeß ins Gefängnis geworfen wurde. Ganze Absätze der Erklärung der Anklage waren fast Wort für Wort abgeschrieben von dem, was das *Bulletin* einen Monat vorher geschrieben hatte! Wie die Überschrift eines nachfolgenden Workers-Vanguard-Artikels es ausdrückte: „Warum *sollte* irgend jemand David North glauben?"

In weichem „Milieu" arbeitet North?

Und das bringt uns zurück zu den grotesken Unterstellungen der North-Leute über den Mord an Martha Phillips in Moskau. Wir haben alle Möglichkeiten ausgenutzt, die Moskauer Behörden dazu zu zwingen, alle möglichen Wege der Untersuchung energisch und gründlich zu beschreiten. Und wir ergreifen weitere Maßnahmen. Besonders aufgrund des Chaos in der zerfallenden Sowjetunion seit Jelzins Gegenputsch im vergangenen August sind diese Ermittlungen voller Schwierigkeiten. Dazu kommt der Umstand, daß Martha eine Trotzkistin war, jüdischer Herkunft und öffentlich bekannt als Gegnerin von Jelzins Konterrevolution. Wie wir sagten, zum jetzigen Zeitpunkt haben wir keine Möglichkeit zu erfahren, wer unsere Genossin getötet hat, und wir sind nicht in der Lage, *irgendeine* Möglichkeit auszuschließen.

Aber wie wir oben festgestellt haben, war die Workers League schnell dabei, bestimmte Möglichkeiten auszuschließen, besonders solche, die in Verbindung mit der CIA und den Jelzin-Leuten stehen. Warum das? Von ihrer Opposition zur sowjetischen Intervention gegen die von der CIA finanzierten islamischen Fundamentalisten in Afghanistan bis zur Bejubelung der von der CIA gesponserten Solidarnosc in Polen fanden sich die Healy- und North-Leute immer auf der Seite, die die Sowjetunion *bekämpft* hat.

Als in Britannien die antikommunistische „Eiserne Lady" Margaret Thatcher auf eine blutige Entscheidungsschlacht mit der mächtigen Bergarbeitergewerkschaft zusteuerte, stellten die Healyisten ihre Unterstützung für Solidarnosc in den Dienst der Machenschaften, mit denen die Gewerkschaft zerstört werden sollte. Im Vorfeld des heroischen Bergarbeiterstreiks 1984/85 machte Healys Presse einen großen Skandal, weil der Bergarbeiterführer Arthur Scargill sich gegen Solidarnosc gestellt und sie als „antisozialistisch" kritisiert hatte. Healys verleumderische antikommunistischc Kampagne wurde sofort vom rechten Flügel der Labour Party und des Trade Union Congress und auch von den Fleet-Street-Zeitungen aufgegriffen mit dem Ziel, die Bergarbeitergewerkschaft politisch zu isolieren und möglichst zu *zerschlagen.*

Einige Jahre später versuchte die internationale Abteilung des amerikanischen AFL-CIO (weithin bekannt als „AFL-CIA"), eine neue Solidarnosc zusammenzuzimmern, indem sie eine Schicht von proimperialistischen „Freien Gewerkschaftern" in der Sowjetunion heranzog. Zu diesem Zweck versuchten sie, die sogenannte Unabhängige Gewerkschaft der Bergarbeiter (NPG) dazu zu bringen, Verleumdungen zu unterstützen, daß Scargill Spenden der sowjetischen Bergarbeiter für den britischen Bergarbeiter-Streik in die eigene Tasche gesteckt hätte. Die Intervention unserer Genossen auf der Gründungskonferenz der NPG 1990 im Donbass machte diese Desinformationskampagne zunichte. Wir haben diese mit der CIA verbundenen Elemente bis aufs Messer gereizt, sie haben guten Grund, uns zu hassen.

Im Moment sind die North-Leute mit einer Spendenkampagne „Unterstützt die Bergarbeiter von Workuta" beschäftigt, die jedenfalls zur Zeit nicht in irgendeinem bestimmten Kampf stehen. Dies wurde im November auf einem Berliner Treffen von Norths IK gestartet, angeblich auf der Basis eines Appells der Bergleute. Allerdings ist der Appell bis jetzt nicht veröffentlicht worden. Könnte dies mit der Tatsache zusammenhängen, daß ein paar Monate früher *der AFL-CIO* einen „Hilfsfonds" für sowjetische Bergleute eingerichtet hat? Dies wurde in einem Artikel über Boris Jelzins Besuch im AFL-CIO-Hauptquartier berichtet, wo er für seinen „Einsatz für freie Gewerkschaften" bejubelt wurde. Interessanterweise geht es in diesem Artikel um die „Not der sowjetischen Bergleute, die zuerst im November 1989 in Workuta streikten" *(AFL-CIO News,* 24, Juni 1991).

Nun, dies ist in der Tat merkwürdig, weil die sowjetischen Bergleute im ganzen Land im Sommer 1989 massiv streikten. Der spätere Workuta-Streik war dagegen der erste, bei dem offen antikommunistische Forderungen erhoben wurden. Das *Bulletin* der WL (8. Dezember 1989) veröffentlichte einen Appell eines „Workuta-Arbeiter-(Streik-) Komitees", der eine Forderung nach dem „vollständigen Abbruch der finanziellen und Wirtschaftshilfe an die brüderlichen totalitären Regimes" — d. h. Kuba, Vietnam usw. — enthielt. In der Einleitung zu diesem Appell erklärte das *Bulletin,* daß er „per Telefon von Workuta nach Leningrad übertragen wurde und dort von der Partei Demokratische Union veröffentlicht wurde". Die Demokratische Union ist eine prowestliche, antikommunistische Gruppierung, die von der amerikanischen Regierung über die berüchtigten Kanäle des „National Endowment for Democracy" (Nationale Stiftung für Demokratie) finanziert wurde!

Einer der Führer der Bergarbeiter von Workuta ist Nikolai Terjochin, der schimpfte: „Dieses Geld bekommen die Kubaner aus unseren Taschen und flippen unter ihrer schönen Sonne fast aus" *(taz,* 18. November 1989). Derselbe Terjochin wurde zusammen mit einem weiteren Bergarbeiter aus Workuta, Sergej Masolowitsch, im Juni 1990 von der faschistoiden NTS nach Britannien gebracht, die seit

Jahrzehnten von westlichen Geheimdiensten finanziert wird. Dort sprachen sie bei der streikbrecherischen „Union der demokratischen Bergarbeiter", die gegründet wurde, um Scargills NUM zu zerstören. Diese beiden sind auch gesponsorte Schützlinge des AFL-CIO-Führers Lane Kirkland, der auf den Seiten eines anderen *Bulletin* gefeiert wird, das vom „Department of International Affairs" des AFL-CIO herausgegeben wird. Ist das das „Milieu", in dem North & Co. gearbeitet haben? Was ist für sie dabei dringewesen, fragen wir uns, und hat es irgend etwas zu tun mit ihrem Interesse an dem Mord an unserer Genossin?

Haßt die Sowjetunion, haßt die Spartakisten

Wenn es in den letzten paar Jahrzehnten eine Konstante für Norths Organisation gegeben hat, dann ist es purer Antisowjetismus. Dies wird „theoretisch" begründet mit der Beschreibung der stalinistischen Bürokratie als „konterrevolutionär durch und durch" — was rundweg das Verständnis Trotzkis verleugnet, daß diese parasitäre Kaste, die auf der Basis proletarischer Eigentumsformen existiert, widersprüchlichen Charakter hat. Da die North-Leute der Verteidigung der Errungenschaften der Oktoberrevolution feindlich gegenüberstehen, haben sie sich jetzt Jelzin angeschlossen bei der Verkündigung des Todes der Sowjetunion. Unter einer Überschrift, die „Das Ende der UdSSR" rausposaunt, verkündet David North: „Es ist unmöglich, die Konföderation Unabhängiger Staaten als Ganzes oder irgendeine der Republiken, aus der sie besteht, als Arbeiterstaaten zu definieren" *(Bulletin,* 10. Januar).

In seinem berühmten Vergleich setzte Trotzki die Sowjetunion unter stalinistischer Herrschaft mit einer riesigen Gewerkschaftsorganisation gleich, die trotz ihrer bürokratischen Irreführer gegen den kapitalistischen Feind verteidigt werden muß. North dreht Trotzkis Analogie in ihr Gegenteil um, um mit der Sowjetunion auch die organisierte Arbeiterbewegung abzuschreiben. Nach Jahren, in denen sie vor den rassistischen proimperialistischen Gewerkschaftsbetrügern auf dem Bauch gelegen sind, um eine „Arbeiterpartei" zu bilden, sagt die Workers League jetzt, „den AFL-CIO als eine Organisation der Arbeiterklasse zu definieren, heißt, der Arbeiterklasse Sand in die Augen zu streuen über die Realitäten, denen sie gegenüber stehen".

Erst vor wenigen Jahren griff uns die WL dafür an, daß wir gesagt haben, daß der hartumkämpfte Streik der Fleischkonservenarbeiter bei Hormel abgewürgt worden ist durch die „Arbeiterverräter, die im Augenblick die oberste Führung der amerikanischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung stellen". Norths *Bulletin* (1. April 1986) behauptete, daß dies unseren „bösartigen Haß auf die Arbeiterklasse und tiefen Pessimismus" zeige. Jetzt schreibt die Workers League die Gewerkschaften genauso ab wie die Sowjetunion. Dies von einer Gruppierung, die berüchtigt dafür ist, Polizei-„Streiks" zu bejubeln — eine angebliche Gruppe der „Arbeiterklasse", deren Zeitung nicht in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb gedruckt wird, eine vorgeblich sozialistische Organisation, die in dieser zutiefst rassistischen Gesellschaft gegen von der SL initiierte Aktionen gegen den Klan wettert, dies sei eine „zwanghafte Fixierung auf die Rassenfrage".

Norths Verkündung, daß die Gewerkschaften in den USA nicht mehr als Organisationen der Arbeiterklasse angesehen werden können, dient ihm nicht nur als bequeme Ausrede für Streikbruch, sondern drückt auch seinen Lfder-Mâximo-Komplex aus. Letzten November erklärte North in Berlin großspurig: „Die Delegierten hier sprechen heute zur internationalen Arbeiterklasse als die maßgeblichen Vertreter der Vierten Internationale" *(Neue Arbeiterpresse,* 22. November 1991). Angefangen mit dem „bescheidenen" Start, sich selbst als Erbe Healys an der Spitze des Müllhaufens des IK in Szene zu setzen, versucht North nun konsequent jeden auszuschalten, den er als Rivalen für seine neue Behauptung, der Führer des Weltproletariats zu sein, ansieht.

Bei seiner Berliner Rede erklärte North, daß Ernest Mandel, Führer des Vereinigten Sekretariats, „im vollsten Sinne des Wortes schließlich zu einem bürgerlichen Politiker" geworden sei. Er ging mit Mandel ins Gericht, wegen dessen Rolle „bei der Vorbereitung der Restauration des Kapitalismus in Osteuropa", besonders durch die Unterstützung der polnischen Solidarnosc und deren Ideologen Jacek Kuron. Er warf ihm vor, daß „durch das Medium von Jacek Kuron Lech Walesa selbst ein von Mandel zusammengebastelter politischer Frankenstein ist". Welche Chuzpe! Wenn es um die Hochjubelung von Solidarnosc geht, haben sich die North-Leute von niemandem übertreffen lassen, nicht einmal von den Mandelianern. David North ist ein „politischer Frankenstein", geschaffen von Gerry Healy (und wer weiß von wem oder wovon sonst noch).

Nachdem sie sich selber zu den einzigen Repräsentanten der Arbeiterklasse erklärt haben, ist es völlig offen, in welche Richtung die größenwahnsinnigen North-Leute gehen werden. Wir wissen, daß sie zu allem fähig sind; sie würden für praktisch jeden arbeiten, und vielleicht tun sie es auch.

Die Workers League behauptet, daß sie eine „Untersuchung" nicht „als eine Frage für fraktionelle Auseinandersetzungen" fordern, sondern „wenn Phillips das Opfer eines politischen Mordes war, betrifft ihr Tod nicht nur die Spartacist League, sondern die gesamte Arbeiterbewegung". Wenn Marthas Mord politisch motiviert war — was wir zu diesem Zeitpunkt nicht wissen —, ist es in der Tat international von lebenswichtiger Bedeutung für die Arbeiterbewegung. Aber solche Überlegungen interessieren Norths Organisation nicht im geringsten, die die Klassenlinie so häufig und so leicht überschritten hat, daß, um es milde zu formulieren, ihre Beziehung zur Arbeiterbewegung sehr elastisch ist. Die WL und der BSA und ihre Aktivitäten und Verbindungen verlangen in der Tat sorgfältige Überprüfung.

Martha Phillips war eine proletarische Internationalistin, und als unsere bekannteste Sprecherin in der Sowjetunion wurde sie von den konterrevolutionären Nationalisten als Provokation empfunden, die dort an der Spitze des Feldzuges für die Wiederherstellung der kapitalistischen Ausbeutung stehen. Und es sind genau die Kräfte, gegen die sie gekämpft hat, für die sich die Workers League engagiert, von der reaktionären litauischen Sajudis-Regierung über die vom „AFL-CIA" unterstützten „unabhängigen" Bergarbeiter, die von Washington aus gesteuert werden. Wir wissen, daß es mächtige und sinistre Elemente gibt, die darauf aus sind, uns daran zu hindern, eine leninistisch-trotzkistische Partei aufzubauen, die nötig ist, um die sowjetischen Arbeiter in einer proletarisch-politischen Revolution zu führen, um den konterrevolutionären Ansturm zu besiegen.

Während die Restaurateure des Kapitalismus versuchen, ihre Machtposition zu konsolidieren und die Grundlagen des sowjetischen Arbeiterstaates zu zerschlagen, ehren wir unsere zur Märtyrerin gewordene Genossin Martha, indem wir weiterhin den Kampf führen, den Bolschewismus im Land seiner Geburt wieder einzuführen, um die Sowjetunion auf den Weg von Lenin und Trotzki zurückzubringen.

Übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 549, 17. April*

SPARTAKIST

Die Arbeiterbewegung muß Frauen verteidigen!

Bosse zwingen Frauen: Sterilisation oder Arbeitslosigkeit

Die Bonner Parteien setzen die I-Punkte auf einen „neuen" großdeutschen §218, der jetzt kurz vor der Abstimmung steht. Das Abtreibungsgesetz, für die Bourgeoisie von Anfang an ein „Knackpunkl" der Wiedervereinigung, ruft eine Welle der Empörung unter den Frauen besonders im Osten hervor. Dieses Gesetz, ist in der Tat ein Kernstück von Bonns konterrevolutionärem Feldzug, der die Uhr für Frauen in der Ex-DDR um 50 Jahre zurückdreht. Es bedeutet Zwangs„beratung", und die Agenturen dieser neuen Inquisition wurden im Westen systematisch von den Kirchen erobert; im Osten haben sie schon über die Hälfte. Ihr „Schutz" des „ungeborenen Lebens" nach dem päpstlichen Dogma des 16. Jahrhunderts bedeutet, immer mehr Kinder und Mütter der Not und Armut auszuliefern. *Die organisierte Arbeiterbewegung muß Frauen verteidigen! Kostenlose Abtreibung auf Wunsch, als Teil umfassender kostenloser Gesundheitsversorgung höchster Qualität fiir alle! Bullen, Richter, Pfaffen, raus aus Schlafzimmer und Ärztepraxis! Weg mit den Schandparagraphen 218/219 und 175!*



Wolfgang Huppertz/agenda

Schwerin: Werftarbeiterinnen demonstrieren im März für ihre Arbeitsplätze

Die Paragraphen 218/219 wurden 1871 bei Bismarcks Reichsvereinigung eingeführt; die herrschende Klasse hat die Unterdrückung der Frau sogar in ihrer Verfassung verankert. Sie unterdrückt Sexualaufklärung, macht Verhütungsmittel zu Luxusartikeln, verbietet die Abtreibungspille RU 486. Kommunisten haben über 70 Jahre lang für die ersatzlose *Streichungvon* §§ 218/219gekämpft. Aber die SPD hat schon vor 20 Jahren den Kampf für die Streichung von 218/219 an die Kirche ausgeliefert. Die PDS, die die Interessen der Werktätigen im Osten zu verteidigen vorgibt, erklärte sich nun bereit, für den SPD/FDP-Entwurf als „kleineres Übel" zu stimmen. Erst im letzten Augenblick kriegte sie anscheinend kalte Füße. Doch heute könnte ein Kampf gegen § 218 der Funke sein für einen Kampf in Ost und West gegen die katastrophalen Auswirkungen der Konterrevolution — und ein Signal für Arbeiter in Polen, wo die Eingriffe der Kirche das Leben der Frauen zur Hölle macht.

Das restriktive Abtreibungsgesetz ist eine Keule gegen Frauen in Ost und West als Folge der Konterrevolution. Werktätige Frauen in der ehemaligen DDR trifft es am härtesten. Tausende lassen sich sterilisieren, denn bekanntlich haben nur kinderlose „Jung-Dynamische bis 30" überhaupt eine Chance, Arbeit zu kriegen. In der Magdeburger Frauenklinik waren es laut *Spiegel* 1200 Frauen im Jahr 1990, verglichen mit *acht* 1989. In Ostberlin ist die Zahl der Sterilisationen *60- bis 70mal* höher als 1989. Und Frauenbeauftragte berichten, daß sie *auch im Westen* genauso gestiegen sind. Nach der Zerstörung des Gesundheitswesens im Osten ist die Sterilisation (noch) kostenlos - und die *einzige* kostenlose Methode der Geburtenkontrolle: Die Pille ist oft unbezahlbar.

Bei Einstellungen sind Fragen über Familie und Kinder angeblich „unzulässig" — ein schlechter Witz für Frauen. Im Westen gehören solche Verhöre zur Routine; Kirche/ Staat stecken die Nase überall in das Intimleben der Frauen. Frauenbeauftragte, Ärzte und Arbeiterinnen berichten, daß die Bosse im Osten Frauen verdeckt oder offen zur Sterilisation auffordern, gleich beim Vorstellungsgespräch, oder als Tip, wie man einer Kündigung vorbeugt. Dabei denkt man mit Grauen an Mexiko, wo 1987 publik wurde, daß Textilarbeiterinnen den Bossen ihre blutigen Monatsbinden vorlegen mußten als Beweis, daß sie nicht schwanger sind. Erst dann wurden ihre Zeitverträge verlängert. Keine Frau zeigt den Boß an, wenn sie ihre Arbeit behalten will. Zeugen gibt es natürlich nicht.

Dies ist eine Kampagne von kaum verhüllter Zwangssterilisation, und darüber schwebt der unverkennbare Gestank von Praktiken aus dem Dritten Reich. Frauen

Fortgesetzt auf Seite 8

Für ersatzlose Streichung der Paragraphen 218/219!

Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ A 1664 E

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 97 SEPTEMBER 1992 50 Pfennig

Die Arbeiterbewegung muß Immigranten verteidigen!

Zerschlagt Nazi-Pogrome in Rostock und überall!



AP

Nazi- Pogrom gegen Flüchtlinge in Rostock. Organisierte Arbeiterverteidigungsgruppen müssen Wohnheime schützen!

Horrorbilder über den rassistischen Terror in dem Hafen- und Werftenzentrum Rostock erschütterten die Welt. Nach nächtelangen Pogromen setzten faschistische Mordbrenner das Immigranten-Wohnheim in Rostock-Lichtenhagen in Flammen. 115 vietnamesische Arbeiter und ihre Familien

Rassistische Anti-Asyl-Koalition von CDU bis SPD und PDS bahnte den Weg

(sowie ein ZDF-Kamerateam, das im Haus war und den grauenhaften Angriff filmte) entkamen nur knapp über die Dächer dem Tod. Wie 1938 bei der Reichspogromnacht gegen die Juden wollten die Nazis die Immigranten bei lebendigem Leib verbrennen. Davor hatten Hunderte grölende Nazi-Skinheads die Flüchtlinge der Zentralen Asylstelle Nacht für Nacht mit grauenhaftem Terror überzogen, der sich besonders gegen Roma und Sinti richtete. Einige tausend Anwohner klatschten Beifall, viele brüllten „Ausländer raus!", und einige schrien „Sieg heil!" und hoben den Arm zum Hitler-Gruß.

Nach der kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands, die den deformierten Arbeiterstaat DDR zerstörte, hat Massenarbeitslosigkeit inzwischen die schlimmsten Ausmaße der Weltwirtschaftskrise übertroffen. Fast die Hälfte der Werktätigen — mehr als 4 Millionen Menschen - wurden auf die Straße gesetzt, damit schuf das Klima der Verzweiflung einen Nährboden für Faschismus. Eingewanderte Arbeiter werden nicht nur von den Nazis als Sünden-

Fortgesetzt auf Seite 17

Balkan: Deutscher Imperialismus rührt Kriegstrommel ..... Seite 21

Brief

Diestels/Gysis Komitees: Gegen Frauen, gegen Immigranten

16. Juli 1992

Brief an die Redaktion *Spartakist*

Eine Meinung zur Gründung des Komitees für Gerechtigkeit.

Ich beziehe mich in meiner Meinungsäußerung auf den Artikel „Gysi umarmt DSU-Diestel: Heimatbund der Wiedervereiniger" in der Ausgabe Nr. 96 des *Spartakist.*

Mit dem Untergang der DDR, einer Gesellschaftsordnung, die auch an politischer Intoleranz, Festhalten an überholten, zeitfremden Dogmen und einer immer recht habenden Partei gescheitert ist, werden die Menschen in den neuen Bundesländern um ihre Hoffnungen betrogen. Massenarbeitslosigkeit und „besserwissende" Wessis, drastischer Abbau sozialer Rechte, steigende Mieten und Lebenshaltungskosten, also die so gepriesenen Segnungen der Marktwirtschaft bedrücken die Bürger.

So ist es kein Wunder, wenn die in Berlin gegründeten Komitees für Gerechtigkeit Zustimmung und Zulauf erfahren. Wer diese Komitees gegründet hat ist bekannt, neben Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, bekannte Künstler, Kirchenvertreter und auch die Herren Diestel und Gysi! Na und, behaupte ich, ist es nicht dringend notwendig, daß Christen, Künstler, Sozialisten, Kommunisten, Trotzkisten, Alternative und Parteilose sich zusammenfinden und mit Hilfe dieser Bürgerkomitees die Zustände in Deutschland anprangern, die Nöte, die Forderungen und Standpunkte der Menschen im Osten Deutschlands in die Öffentlichkeit, auf die Straße und in die Parlamente bringen.

Es ist meiner Meinung nach eine große Chance, über das ideologische Trennende eine wirkliche Bürgerbewegung zu stellen, die sich nicht in endlosen Debatten und theoretischen Streitgesprächen erschöpft, sondern von den Parteigängern des Kapitals in Bonn das einfordert, was der Einigungsvertrag „versprach" und natürlich Schluß zu machen mit der Bezahlung der deutschen Einheit durch die kleinen Leute in den alten und neuen Bundesländern, Schluß zu machen mit dem sozialen und wirtschaftlichen Kahlschlag im Osten, der nur den Konzernen bei der Erweiterung ihrer Machtansprüche Gewinn bringt. Daß diese Komitees, ihre bisher bekannten Zielstellungen und die Möglichkeit des Zusammengehens von Vertretern der CDU, PDS, SPD und vielen anderen Parteien und Bewegungen, die Spitzen von CSU, CDU, SPD und FDP in helle Aufregung versetzten, ist nur zu verständlich.

Ja es fehlt nicht wie im Fall Stefan Heym an offenem Terror. Als Mitglied der PDS halte ich an der Idee des Sozialismus fest, alles was hilft die offen kapitalistisch geprägte Gesellschaft in der BRD zu verändern, im Interesse der arbeitenden Menschen zu reformieren und schließlich zu überwinden, ist meiner Meinung nach gut und richtig. Nur in gemeinsamen Aktionen gegen die Auswirkungen des Anschlusses; können die Menschen erfahren und lernen, daß es möglich ist den Bonner Annektionsplänen wirksamen Widerstand entgegenzusetzen. Dabei müssen Kommunisten, Spartakisten, Sozialisten, Mitglieder der SPD, andere Parteien und Bewegungen Berührungsängste überwinden, Kompromisse eingehen, um wirklich aufrüttelnde Aktionen zu organisieren. Das erwarten die Menschen, neue Machtkämpfe um die Führung in den Komitees würden das Ende vom Anfang sein.

Dabei ist es meiner Meinung nach falsch und der Sache sehr abträglich, Personen wie Diestel zu diffamieren, Gysi zu unterstellen, ihm gehe es mit den Komitees um Machtzuwachs für die PDS. Die Zukunft wird zeigen, ob es ein Herr Diestel ehrlich meint und wie lange noch linke Parteien und Bewegungen sich gegenseitig in die Pfanne hauen, als ob es nichts besseres und vor allem dringenderes zu tun gibt in diesem Deutschland.

Hermann P., PDS-Mitglied aus Mecklenburg-Vorpommern

Spartakist antwortet: Während der DDR-Volkskammerwahl im März 1990 versprach Kohl, daß die Wiedervereinigung den Osten innerhalb einiger Jahre in eine „blühende Landschaft" verwandeln werde. Statt dessen bricht ein Gewitter aus über einer Landschaft, die allerdings ziemlich trostlos aussieht: Die Räder der Industrie sind zum Stillstand gebracht worden, es gibt Massenarbeitslosigkeit von katastrophalen Ausmaßen, antisemitische terroristische Angriffe, mörderische Pogrome gegen Immigranten. Die Masse der ostdeutschen Bevölkerung fühlt sich „betrogen", Unzufriedenheit ist reif. Und in dieser Situation werden die „Komitees für Gerechtigkeit" gebildet, *mit dem Ziel, diese Proteste in „sichere" Kanäle zu lenken.*

Der Leser Hermann P. sagt, daß die DDR auf „Intoleranz" gegründet wurde, und er will „eine große Chance" ergreifen, das ideologisch Trennende durch eine „wirkliche Bürgerbewegung" zu überwinden, die alle Menschen guten Willens zusammenbringt, um von Bonn das zu verlangen, „was der Einigungsvertrag .versprach'", um „Schluß zu machen mit dem sozialen und wirtschaftlichen Kahlschlag des Ostens" etc. Das ist es, was er sich von den Ostkomitees erhofft.

Offensichtlich haben wir hier sehr grundsätzliche Differenzen, denn was er als gebrochene „Versprechungen" sieht, verstehen wir als die *unweigerlichen Konsequenzen der Konterrevolution.* Wir Spartakisten warnten rechtzeitig klipp und klar vor den Folgen. Als die SpAD auf dem Programm „Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung" zu den Volkskammerwahlen kandidierte, tröstete die PDS mit „take it easy with Gysi" und verhandelte über die Bedingungen („Wir sind ein Volk. 1:1") *beim Ausverkauf der DDR,* der ein

Fortgesetzt auf Seite 25

SPARTAKIST

herausgegeben von der SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Marianne Clemens, Toralf Endruweit, Michael Jäger, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes (Produktion), Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur), Kurt Weiss, Fred Zierenberg

VERTRIEB: J. Pfeiffer

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 11 0231, 2000 Hamburg 11, Fax (040)3301 54
Postfach 51 0655, 1000 Berlin 51, Fax (030)4911479
Redaktion Spartakist: Tel. Westberlin 491 4548, Korrespondenz über Verlagsanschrift
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 11988-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 50010060
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion
Gedruckt In einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 97 September 1992

Viertes Reich nimmt Ex-DDR-Chef gefangen

Freiheit für Erich Honecker!

BERLIN - Nach einer Treibjagd, die seit der Einverleibung der DDR auf Hochtouren lief, haben die Herrscher des deutschen Imperialismus Erich Honecker jetzt in ihre Klauen gekriegt. Der ehemalige DDR-Staatschef wurde aus der chilenischen Botschaft in Moskau entführt, wo er letzten Dezember Zuflucht gefunden hatte. Honecker verließ die Botschaft mit kämpferisch erhobener Faust. Er wurde nach Berlin geflogen, wo Spezialeinheiten der Polizei rund um die Uhr im Einsatz waren, um ihn abzupassen. Auf Befehl der sozialdemokratischen Oberhexenjägerin Jutta Limbach, SPD-Justizsenatorin von Berlin, warfen sie ihn ins Moabiter Gefängnis. Bereits 1935 war der antifaschistische Widerstandskämpfer von Hitlers Gestapo in dasselbe Gefängnis gesperrt worden, wo er eineinhalb Jahre verbrachte, bis er wegen Verrats verurteilt und in ein Zuchthaus gebracht wurde, aus dem ihn die sowjetische Armee 1945 befreite.

Nach dem Dritten Reich ist Erich Honecker jetzt auch im Vierten Reich zum Gefangenen geworden. Ihm wird ein Schauprozeß gemacht vom selbsternannten Nachfolgestaat des Hitler-Regimes, von einem Justizsystem, das intakt mit Nazi-Richtern und Folterkammern übernommen wurde. Bei seiner Ankunft in Berlin protestierte die Spartakist-Arbeiterpartei und verteilte am Flughafen in Tegel eine Presseerklärung mit der Forderung: „Freiheit für Erich Honekker!" SpAD-Genossen protestierten auch vor dem Tor des Moabiter Gefängnisses, wo sich uns eine Gruppe von hauptsächlich eingewanderten Jugendlichen anschloß, die eine große sowjetische Flagge entfalteten. Weil Honeckers Gefangennahme der Höhepunkt der massivsten Hexenjagd seit dem Dritten Reich ist, wurden die Proteste der SpAD breit in der europäischen und deutschen Presse vermerkt.

Die Verfolgung Honeckers ist Teil der Rachekampagne, die sich seit der kapitalistischen Wiedervereinigung gegen alles richtet, was an den ehemaligen deformierten Arbeiterstaat DDR erinnert. Als Richter für den Schauprozeß wurde der vom Prozeß gegen die PDS-Kassierer berüchtigte Kommunistenhasser Bräutigam bestimmt, der schon Ende der 70er Jahre in den Spalten der Springer-Presse gegen die „Ausbreitung des geistigen Nährbodens für den Terrorismus" durch Schriftsteller und Wissenschaftler geiferte. Im Moabiter Gefängnis ist auch der ehemalige Stasi-Chef Erich Mielke eingesperrt, dem mit Nazi-Anklagen ein Prozeß gemacht wird, auf der Grundlage von „Beweisen" gegen den jungen Kommunisten, die durch Gestapo-Folter herausgepreßt worden sind. Ehemalige DDR-Grenzsoldaten werden verurteilt, weil sie an der Frontlinie der Verteidigung der DDR und des sowjetischen Blocks gegen den NATO-Imperialismus gedient haben. Gleichzeitig wurde der berühmte (und höchst erfolgreiche) DDR-Meisterspion Markus Wolf verfolgt, weil er die DDR gegen die CIA und den Bundesnachrichtendienst verteidigte. (Der BND wurde von Gehlen gegründet, der nach dem Sieg der Roten Armee das antisowjetische Nazi-Geheimdienstnetz an die USA übergab, das später auch zum Training von Pinochets Folterknechten eingesetzt wurde.) Markus Wolf ist jetzt wegen Zusammenarbeit mit dem sowjetischen KGB wegen „Landesverrats" (gegen die DDR?) angeklagt worden, was wohl die höchste Vollendung des Rachefeldzugs für den Sieg der Roten Armee über Nazi-Deutschland sein soll.

Honeckers Entführung war ein durchsichtiges Komplott

Fortgesetzt auf Seite 27



Burkhard Lange

Spartakisten protestieren zusammen mit anderen Honeckers Einlieferung in das Moabiter Gefängnis. Unter einem Bild dieses Protestes schrieb die *Berliner Zeitung* (22.123. August): „Die Stimmen, die für eine Freilassung Erich Honeckers plädieren, mehren sich in unserer Leserpost."

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Streiks erschüttern Walesa/IWF-Regierung

WARSCHAU, 31. August — Knapp zwei Jahre nach der Restauration des Kapitalismus in Polen unter Lech Walesas konterrevolutionärer Solidarnosc-Regierung explodiert das Land an allen Ecken. Die Besetzung der von Fiat übernommenen Autofabrik in Tychy im Süden folgte dem über einen Monat andauernden harten Streik der Kumpel des Lubiner Kupferkombinats in über 20 Minen in Westpolen. In Walesas einstiger Hochburg Gdansk im Norden streiken junge nicht-gewerkschaftlich organisierte Werftarbeiter gegen Entlassungen, und im Südosten sind die Flugzeugwerke in Mielec zum Stillstand gebracht worden. Eisenbahner haben den Zugverkehr und Bergleute die Steinkohlengruben dichtgemacht. Nun streiken die Arbeiter bei Warschaus Traktorenwerk Ursus. Am 26. August riefen 4000 von ihnen auf einer Demonstration vor dem Regierungsgebäude: „Nieder mit Walesa!" Vor dem Werk haben Unterstützer der Spartakusowska Grupa Polski (SGP) fast 100 Exemplare des Extrablatts ihrer Zeitung *Platforma Spartakusowcow* mit dem Artikel „Nieder mit dem Walesa/IWF-Regime!" verkauft.

Diese ökonomischen Kämpfe richten sich gegen die Hungerpolitik des höchst unstabilen Walesa-Regimes, die ein unerläßlicher Bestandteil der kapitalistischen Restauration ist. Gleichzeitig hat die Konterrevolution einen Aufstieg der allseitigen sozialen Unterdrückung gebracht und zu wachsenden Angriffen gegen Juden, Sinti, Roma und Aids-Kranke geführt. Das Recht auf Abtreibung, das die Frauen im ehemaligen polnischen Arbeiterstaat genossen haben, steht auf dem Spiel; unter dem Druck der katholischen Kirche verabschiedete die Ärzteschaft im Mai einen Verhaltenskodex, der Abtreibungen effektiv illegalisiert, und der Sejm (Parlament) hat sich in erster Lesung für ein totales Abtreibungsverbot ausgesprochen. Wie im übrigen Osteuropa und in der ehemaligen DDR hat die kapitalistische Konterrevolution blutigen faschistischen Terror und eine Hexenjagd gegen Kommunisten gebracht. Die SGP fordert Arbeitermobilisierungen gegen die Faschisten und kämpft gegen den Klerikalismus: „Kostenlose Abtreibung auf Wunsch!" und „Strenge Trennung von Kirche und Staat!"

Nach Ausbruch des Streiks der Kupferarbeiter bildeten der OPZZ-Gewerkschaftsverband zusammen mit der rabiat nationalistischen Solidarnosc 80 ein „Streikverhandlungskomitee", das die Einstellung der Privatisierung in ihrer jetzigen Form und einen Schutz vor „fremden Kapital" fordert. Im Mai waren auf den Demonstrationen von Solidarnosc 80 antikommunistische Losungen zu sehen, die Moczulski, den faschistoiden Führer der Konföderation Unabhängiges Polen (KPN), hochjubelten.

Besonders in Walesas bankrottem Polen waren die Forderungen des Streikkomitees nach besseren Bedingungen im Kapitalismus rein utopisch. Ohne eine Führung, die den Kampf gegen die Walesa-Regierung organisieren kann, wurde der Kupferstreik ausverkauft, indem den Kumpeln eine einmalige Zahlung von 1800000 Zloty (DM 200,-) statt der geforderten Lohnerhöhung von 900000 Zloty versprochen wurde. Von Anfang an haben die Ex-Stalinisten der Sozialdemokratischen Partei und der von ihnen geführten OPZZ ihre Loyalität gegenüber dem bürgerlichen Staat erklärt. Bei der Wahl zum Sejm im Oktober 1991 erwähnten sie nicht einmal das Wort „Sozialismus". Statt für das Recht auf Abtreibung zu kämpfen, rufen sie zu einem „Referendum" auf.

Der heutige Kurs der Solidarnosc-Regierung bestätigt, was die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) schon vor über einem Jahrzehnt sagte: daß Solidarnosc eine gelbe Gewerkschaft für die CIA, die deutschen Bankiers und den Vatikan ist. Wir kämpften unerbittlich für die Verteidigung des polnischen deformierten Arbeiterstaats gegen kapitalistische Restauration und forderten nach der Konsolidierung von Solidarnosc um ein antisozialistisches Programm 1981: „Stoppt die Konterrevolution von Solidarnosc!" Wir kämpften für die politische Revolution gegen die stalinistische Bürokratie und dafür, die damalige proletarische Massenbasis der Solidarnosc von ihrer klerikalen, proimperialistischen Führung zu brechen.

Die SGP interveniert in die Arbeiterkämpfe gegen Entlassungen und Betriebsschließungen. Vielen Arbeitern ist jetzt klar, daß der Sturz des deformierten Arbeiterstaats und die Entstehung eines kapitalistischen Staats zur jetzigen katastrophalen Situation geführt hat. Aber rein gewerkschaftliche Kämpfe gegen den bankrotten polnischen Kapitalismus ohne Kapital können die Katastrophe nicht verhindern. Es ist notwendig, die „Schockbehandlung" von Walesa/IWF und den neu entstandenen kapitalistischen Staat durch Arbeiterrevolution wegzufegen. In der Tradition der großen jüdischen, polnischen und deutschen Revolutionärin Rosa Luxemburg kämpft die SGP für die revolutionäre Einheit der russischen, polnischen und deutschen Arbeiterklasse. Dies bedeutet vor allem die Schmiedung einer authentisch internationalistischen Avantgardepartei, die in den Worten Lenins als Volkstribun handelt, um das Proletariat zu führen und für alle Unterdrückten einzutreten.

Freiheit und Ehre für den antifaschistischen Helden Bögelein!

Am 18. Mai wurde der Antifaschist Gerhard Bögelein vom Landgericht der SPD-Stadt Hamburg zu lebenslanger Haft verurteilt für das „Verbrechen", 1947 im sowjetischen Gefangenenlager Klaipeda einen Nazi-Kriegsrichter getötet zu haben, der das Blut von über 100 sowjetischen Partisanen und Wehrmachtsoldaten an seinen Händen hatte. Der 69jährige Bögelein, der zur Roten Armee überlief und gegen die Faschisten kämpfte, wird jetzt in der „Justizvollzugsanstalt" auf dem ehemaligen KZ-Gelände Neuengamme festgehalten. Die Bourgeoisie will Rache üben für den Sieg der Roten Armee über Hitler und schürt den rassistischen Terror.

Das Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) schrieb in einem Aufruf zur Demonstration am 23. Mai: „Alle Antifaschisten müssen in ihren Organisationen und besonders in den Gewerkschaften für die Mobilisierung der Macht der Arbeiter/Immigranten gegen dieses Gericht kämpfen, damit dieses Terrorurteil zurückgenommen wird und Gerhard Bögelein und alle anderen antifaschistischen politischen Gefangenen befreitwerden!" Beteiligt euch an seiner Verteidigung! Sendet Protestbriefe an das Hamburger Landgericht, 22. Strafkammer, Sievekingplatz 3, 2000 Hamburg 36, und Solidaritätsbriefe an Gerhard Bögelein, c/o Hamburger Landgericht, Adresse wie oben. Spendet an das „Solidaritätskonto Gerhard Bögelein", Haspa Konto 1228128938, Bankleitzahl: 20050550.

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Halle: Verteidigt die 4500 gegen die Anti-Stasi-Hetze!

Schluß mit der SPD-geführten antikommunistischen Hexenjagd!

Nachfolgend drucken wir ein Flugblatt der Hallenser Ortsgruppe der SpAD, das vor Betrieben wie Leuna und Ammendorf und in Halle verteilt wurde.

HALLE, 22. August. Eine Woche lang veröffentlichte die *Bild-Zeitung* Ende Juli sogenannte Stasi-Listen mit 4500 Namen und Adressen und sorgte für massive kostenlose Verteilung dieses Hetzblattes der rachelüsternen deutschen Bourgeoisie. Die Haus- und Hofhetzer des Neuen Forums legten die Listen in ihrem Büro aus, bis sie diese vor wenigen Tagen wegen „nicht abzusehender Prozeßkosten" durch Anzeigen betroffener Bürger aus dem Verkehr ziehen mußten. Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands ruft zur Verteidigung der anonym Beschuldigten gegen diese neue Hexenjagd auf, die nur den Wunsch der Kapitalisten ausdrückt, die Arbeiterklasse vor dem erwarteten „heißen Herbst" von Arbeiterkämpfen durch die feige Denunziation zu spalten und einzuschüchtern. Es ist notwendig, alle Kollegen, die durch diese Listen denunziert wurden, gegen diese Angriffe zu verteidigen. Verteidigt die 4500! Stoppt die antikommunistische Hexenjagd! Freiheit für Erich Honecker, Erich Mielke und die DDR-Grenztruppen, Hände weg von Markus Wolf!

Zeitgleich mit der Entführung und Verhaftung des ehemaligen DDR-Staatschefs Erich Honecker ist dies ein neuer Gipfel der Hetzjagd gegen die ehemalige DDR, mit der jegliche Erinnerung an den deformierten Arbeiterstaat ausradiert werden soll. Die Denunziantenliste in Halle erinnert an die SPD-Hetze gegen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg unter Ebert/Scheidemann, auf deren Geheiß die beiden Revolutionäre ermordet wurden. Im thüringischen Sondershausen wurden inzwischen fünf Menschen auf Plakaten im Stürmer-Stil als „Stasi-IMs" an den Pranger gestellt, und es wird zum Boykott ihrer Geschäfte aufgerufen.

SPD und ihre Schoßhündchen vom Neuen Forum wollen die Hetze gegen „Rote" weiter verschärfen und in die Betriebe und Nachbarschaften hineintragen. Doch statt des erwünschten Effekts hört man in großen Betrieben wie bei Waggonbau Ammendorf Stimmen von Arbeitern, die sagen: „Das ist nur nütze, die Arbeiter zu spalten, anstatt einig gegen den Sozialabbau zu kämpfen!" Die Hexenjagd hat sogar Gegenreaktionen hervorgerufen, wie bei Telekom, wo Kollegen sich bei Veröffentlichung ihrer Namen auf der Liste begrüßten: „Willkommen im Club".

Doch mit diesen Listen sind viele Arbeiter und, darunter

Fortgesetzt auf Seite 26

Vernichtungskrieg der NATO/Demirel-Regierung in Kurdistan

Çirnak, eine kurdische Stadt mit 20000 Einwohnern, ist am 18. August von der türkischen Armee dem Erdboden gleichgemacht worden. Spezialeinsatztruppen machten ihre völkermörderische Parole „§irnak wird zu einem Grab der Kurden werden" fast buchstäblich wahr. Man spricht von mehreren hundert Toten, die überlebenden Einwohner sind aus der zerstörten Stadt geflohen. Inzwischen wurde die Offensive der türkischen Armee fortgesetzt, diesmal in Çukurca, wo ganze Wohnviertel zerstört wurden. Jeder Mann und alle Jugendlichen wurden von den Demirel-Truppen verhaftet und verschleppt. Die Armee verfolgt die Kurden sogar bis in den Iran. Gleichzeitig werden Anhänger der türkischen linken Organisation Dev Sol in Istanbul brutal ermordet.

Der Krieg der „verbrannten Erde" richtet sich gegen die Kurdische Arbeiterpartei (PKK) und die Kurden. Durch ihren mutigen Kampf hat die PKK stark an Ansehen unter den Kurden gewonnen, besonders in Nordwest-Kurdistan. Anfang August sammelten sich mehrere zehntausend Kurden, überwiegend PKK-Unterstützer, aus ganz Europa in Bochum (wo auch die Spartakisten mit einem Büchertisch intervenierten). Bei einer fast vollständigen Nachrichtensperre demonstrierten 5000 am 26. August in Bonn, um gegen die erneuten Massaker zu protestieren. Ein junger Kurde stürzte sich dabei aus Protest verzweifelt von einer 30 Meter hohen Brücke der Autobahn und schwebt noch heute in Lebensgefahr. Stoppt den Völkermord an Kurden! Verteidigt PKK und Dev Sol!

SPD, PDS und ihre Satelliten beschäftigen sich hauptsächlich damit, „Verständnis" für das Pogrom in Rostock gegen Flüchtlinge und Immigranten auszudrücken. Aber auch die PKK, die unter dem strategischen Bestandteil des Industrieproletariats in Deutschland rekrutiert hat und eine wichtige Rolle bei gewerkschaftlichen Aktionen gegen die Nazis spielen könnte, blieb dem antifaschistischen Protest gegen das Nazi-Pogrom in Rostock fern.

In der im Nordirak von den Imperialisten errichteten „Schutzzone" für Kurden werden sie vom Militär gejagt. Wir sagen: Türkische Armee, NATO/UN-Truppen raus aus Kurdistan! Wir Spartakisten hatten von Anfang an erklärt, daß ein Sieg der Imperialisten im Golfkrieg verheerende Folgen für die Kurden haben würde. Die Spartakisten traten für die Niederlage des US/NATO-Imperialismus ein und riefen zur Verteidigung des Irak auf.

Die deutsche Bourgeoisie hatte bei den schrecklichen Newroz-Massakern im Frühjahr, verübt mit BRD-gelieferten Waffen, mit scheinheiligem Tadel an ihrem türkischen NATO-Juniorpartner reagiert. Bundesaußenminister und Kriegshetzer Klaus Kinkel fuhr kurz nach den Massakern in die Türkei, um die Waffenhilfe aufzustocken. Die Bourgeoisie von Auschwitz ist Pate des Völkermords an Kurden! Die SpAD rief zu Arbeiteraktionen auf, um die Waffenlieferungen an die Türkei zu stoppen.

Mittlerweile ist die Türkei auch zum Schlachtfeld in der Konkurrenz zwischen den US- und den deutschen Imperialisten geworden. Und sie hat ihre eigenen großtürkischen Ambitionen in Richtung der turksprachigen Gebiete der Sowjetunion.

Die SPD unter Kanzler Schmidt bewaffnete den Putsch der türkischen Junta 1980 und baute die Türkei zum verläßlichen NATO-Partner auf. Jetzt hetzt die SPD, vorneweg

Fortgesetzt auf Seite 20

Klassenkampf und das Vierte Reich

Der neue Drang nach Osten des deutschen Imperialismus

Der ÖTV-Streik hat gezeigt, daß der Drang der deutschen Bourgeoisie, neokoloniale Vorherrschaft über Osteuropa zu erreichen, notwendigerweise den Drang mit sich bringt, die Ausbeutungsrate gegenüber der westdeutschen Arbeiterklasse zu erhöhen, die organisatorisch das stärkste Proletariat von allen bedeutenden kapitalistischen Ländern ist. Am Vorabend des Streiks machte ein Gewerkschaftsführer die Bemerkung: „Die Gewerkschaften in Deutschland haben in all den Jahren niemals eine derartige Niederlage hinnehmen müssen, wie Kohl ihnen zuzufügen versucht." Diese Schlacht endete nicht mit einer Niederlage für die Gewerkschaften, sondern mit einem Patt, das Kohls Autorität untergrub.

Während des Kalten Kriegs wurde Westdeutschlands internationale Rolle, trotz seiner wachsenden ökonomischen Stärke, in starkem Maße durch die USA und die Sowjetunion eingegrenzt. In den 70er Jahren konnten die Kommentatoren der amerikanischen Bourgeoisie über die internationale Lage immer noch Westdeutschland als ökonomischen Riesen und politischen Zwerg beschreiben. Eine Konsequenz dieses Zustands war, daß die deutschen Auslandsinvestitionen (z.B. das riesige Volkswagenwerk in Brasilien) durch die Rentabilität der Konzerne bestimmt waren und nicht durch den neokolonialen Aufbau eines Imperiums. Bonn hat kein Geld darauf verwandt, ausländische Klientenstaaten aufzubauen oder zu stützen (mit der möglichen Ausnahme der Türkei). Zur gleichen Zeit konnte die deutsche Bourgeoisie die höchsten Reallöhne von allen größeren kapitalistischen Ländern zahlen, teilweise motiviert durch ihren politischen Wettbewerb mit der DDR, die den Anspruch erhob, ein deutscher sozialistischer Staat der Arbeiterklasse zu sein.

Der Zusammenbruch stalinistischer Herrschaft im Sowjetblock und der nachfolgende Anschluß des ostdeutschen deformierten Arbeiterstaats veränderten alles. Gleich nachdem Gorbatschow grünes Licht gab für die kapitalistische Wiedervereinigung, prahlte ein enger Berater von Kohl: „Vielleicht werden mit der Zeit die USA sich um Gegenden wie Zentralamerika kümmern, und wir werden uns mit Osteuropa befassen" (*Newsweek*, 26. Februar 1990). Aber es wird weder billig noch leicht sein für das Vierte Reich, sich mit Osteuropa „zu befassen".

Washingtons neokoloniale Vorherrschaft über Lateinamerika basiert auf mehr als einem Jahrhundert politischer wie auch ökonomischer Investitionen — die Ausbildung von Armeeoffizieren (z. B. war „Tachito" Somoza aus Nicaragua ein Absolvent von West Point), das Netzwerk von antikommunistischen Gewerkschaften des „AFL-CIA" und die finanzielle Unterstützung von rechten Parteien. *Inside the Company (CIA Intern)* des abtrünnigen CIA-Agenten Philip Agée zeigt, wie tiefgehend die Agenturen des US-Imperialismus die Regierungsapparate in Lateinamerika durchdringen.

Damit Deutschland eine vergleichbare Dominanz über Osteuropa erreicht, müßte es die Regierungs- und Militär/Polizei-Apparate der Region aufkaufen und stützen. Außerdem wird es Jahre dauern, bevor sich solche neokolonialen politischen Investitionen ökonomisch irgendwie auszahlen. *Business Week* (11. Mai) hat kürzlich darauf hingewiesen, daß deutsche Industrielle nicht in Osteuropa investieren, sondern in den Niedriglohnländern der „Dritten Welt" in Ostasien und Lateinamerika, was klar zeigt, daß die kurzfristigen ökonomischen Interessen und die langfristigen geopolitischen Ambitionen nicht übereinstimmen.

Die Art von neokolonialen politischen Investitionen, die die deutsche Bourgeoisie für Osteuropa vorhat, entspricht

Fortgesetzt auf Seite 29

Letztes Jahr wurde vom Times Mirror Center in Washington eine größere Umfrage über die öffentliche Meinung in Europa durchgeführt, die 13 000 Menschen in 13 Ländern 128 Fragen stellte. In seinem Bericht über die Meinungsumfrage bemerkte Martin Linton (Londoner *Guardian*, 4. Oktober 1991): „Die Meinungsumfrage untergräbt ernsthaft jede westliche Illusion, daß Osteuropäer sich in die Privatisierung verliebt hätten", und fand es besorgniserregend, daß in Osteuropa „die Anzeichen von Zynismus und Desillusionierung bereits aufzutauchen beginnen". Bemerkenswerterweise zeigte die Meinungsumfrage, daß die Ostdeutschen eine fortschrittlichere Haltung in einer Reihe von sozialen und politisch/ökonomischen Fragen hatten als andere.

Daß sie „an der Existenz Gottes nie gezweifelt haben", bejahten von 100 Persoaen:

Glaube an Gott

Land	
Polen	83
Italien	80
Spanien	72
Westdeutschland	59
Britannien	58
Litauen	57
Ukraine	53
Bulgarien	50
Ungarn	49
Frankreich	47
Rußland	46
Tschechoslowakei	45
Ostdeutschland	27

Und als Antwort auf die Frage: „Was für eine Ehe finden Sie befriedigender: wenn der Mann für die Familie und die Frau für das Heim und die Kinder sorgt oder wenn beide Arbeit haben und gemeinsam für das Heim und die Kinder sorgen", befürworteten von 100 Personen, daß Frauen lieber zu Hause bleiben sollten:

Die Frau sollte zu Hause bleiben

Land	
Litauen	62
Ungarn	59
Polen	56
Tschechoslowakei	54
Ukraine	53
Rußland	48
Westdeutschland	41
Bulgarien	40
Italien	34
Frankreich	30
Spanien	30
Britannien	28
Ostdeutschland	18

LO-Fête schließt ACT UP und Trotzkisten aus

Der folgende Artikel ist eine gekürzte Übersetzung aus Workers Hammer *Nr. 130, Juli/August, Zeitung der Spartacist League/Britain.*

PARIS — Über die Jahre haben wir bemerkt, daß die LO-Fête - das jährliche Sommertreffen der französischen und europäischen „Linken", das von Lutte Ouvrière in dem Ort Presles bei Paris organisiert wird - zunehmend von den widerlichsten Aspekten dieses arbeitertümelnden, nationalbornierten und stalinophoben Vereins gekennzeichnet ist. Mit populistischen Appellen versuchen sie, sich an rückständige Elemente zu wenden; dabei sind ihre Linie und ihre Haltung zur Rassenfrage, zum Gift des Antisemitismus und ihr unverblümter Haß auf Homosexuelle darauf ausgerichtet, hinter den gleichen Leuten her zu sein wie Le Pen. Letztes Jahr griffen LO-Schläger schwarze Jugendliche an. Dieses Jahr folgte die haarsträubende Weigerung von LO, ACT UP France bei ihrer Fête vom 6. bis 8. Juni einen Stand zu geben, einer militanten Gruppe für Schwulenrechte, die insbesondere für Aids-Opfer gekämpft und die verbrecherische Politik der Mitterrand-Regierung aufgedeckt hat.

Als die Ligue Trotskyste de France, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), von diesem Ausschluß erfuhr, schrieben wir an ACT UP mit dem Angebot, unseren Literaturtisch bei der Fête zu teilen. In unserem Brief bemerkten wir, daß LO berüchtigt ist für ihren Haß auf Homosexuelle und sich bewußt weigert, Schwule in ihre Reihen aufzunehmen. Wo die französische Regierung mit ihrer Politik gegenüber Aids ganze Bevölkerungsteile zum Tode verurteilt, sollte der LO-Ausschluß bei jedem anständigen Menschen, geschweige denn bei jedem Linken, tiefsten Abscheu hervorrufen.

Nach einer Diskussion über unseren Vorschlag lehnte die Pariser Gruppe von ACT UP das Angebot eines geteilten Standes ab. Bei der Fête gingen Genossen der IKL zu den Ständen der verschiedenen Organisationen, um den Ausschluß von ACT UP bekanntzumachen, und verteilten unseren Protestbrief, der in *Le Bolchevik,* der Zeitung der LTF, abgedruckt ist. Die meisten LO-Kader erfuhren erst durch die LTF von der Entscheidung, ACT UP auszuschließen. Die LO-Führung rastete aus. Sie schickte einen LO-Veteranen und Verantwortlichen für Sicherheit zu uns, der dramatisch ankündigte, daß auch wir von zukünftigen LO-Feten ausgeschlossen würden, weil wir die Spielregeln verletzt hätten, indem wir „bei der Fête ein Flugblatt verteilten".

Doch wir ließen nicht zu, daß die schweinischen Mätzchen von LO unbemerkt stattfanden. Mit Rufen wie „Nieder mit dem Ausschluß von Homosexuellen und Trotzkisten!" führten wir am Ende der gut besuchten Debatte zwischen LO und der Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR, französische Organisation der Mandelianer) eine Protestdemonstration mit etwa 25 Teilnehmern durch. Auch die britische Revolutionary Internationalist League (RIL) schloß sich an. Dabei muß anerkannt werden, daß die RIL bei ihrer Veranstaltung jeden anständigen sozialistischen Aktivisten aufforderte, an der Aktion teilzunehmen.

Wie sich herausstellte, gab es unter den antisowjetischen pseudotrotzkistischen Teilnehmern der Fête einen Mangel an anständigen sozialistischen Aktivisten. Die LCR machte es vollkommen klar (einschließlich in ihrer nach der Fête erschienenen Zeitung *Rouge),* daß sie den Ausschluß der IKL begrüßte. Typisch für ihre eigene Politik zu Hause rührten weder die Führung von Workers Power (trotz des ursprünglichen Impulses einiger ihrer Mitglieder) noch die britische Socialist Workers Party von Tony Cliff (in Deutschland SAG) einen Finger gegen die LO-Verbote.



Le Bolchevik

7. Juni: Protest gegen Ausschluß von Homosexuellen und Trotzkisten bei der „LO-Fête" bel Paris. Plakat: „Für LO bedeutet Jod des Kommunismus' raus mit Kommunisten!"

Das Verbot wurde auch auf die Courant Communiste Internationale ausgeweitet, eine harmlose ultralinke Gruppierung, die die intelligente Idee hatte, bei Veranstaltungen die Ausgabe von Lutte Ouvrière von 1981 zu verteilen, die zur Stimmabgabe für den kalten Krieger und Gewerkschaftshasser Mitterrand aufforderte, um LOs leere Behauptungen, eine konsequente Position gegen Mitterrand gehabt zu haben, zu entlarven.

Der IKL/RIL-Protest und eine kurze Rede eines Sprechers der LTF erregte unter den Besuchern der Debatte viel Aufmerksamkeit. Die disziplinierte Aktion hatte eine elektrisierende Wirkung — vergleichbar, wie ein Genösse bemerkte, mit der Wirkung einer gut organisierten Demonstration auf die Insassen eines maoistischen „Umerziehungs"lagers. Als die Plakate erhoben wurden, war der LO-Führer Duburg damit beschäftigt zu erklären, daß die Frage des Wahlrechts für Immigranten für die Arbeiterklasse nicht von Interesse sei. Er faßte die Linie von LO zur besonderen Unterdrückung zusammen, als er abschließend feststellte, daß es nichts änderte, als die Frauen das Wahlrecht bekamen (in Frankreich erst 1945).

Nach dem Protest trat uns inmitten einer wachsenden Menge, mit der die IKL-Genossen weiter debattierten, eine Schlägertruppe von etwa 40 Männern entgegen, angeleitet von einem gewissen Kaldy, einem national führenden Sprecher von LO. Nur die schnelle Aktion eines Genossen der LTF verhinderte einen Schlag gegen einen jungen Genossen aus der ehemaligen DDR. Ein schwarzer Sympathisant der LTF war ebenfalls eine besondere Zielscheibe. Wir verlangten zu wissen, wer dafür zuständig war. Hysterisch erwiderte Kaldy: „Niemand!"

Am nächsten Tag „begleiteten" mindestens 40 Mitglieder des „Sicherheitskommandos" zwei unserer Genossen zur zentralen Kundgebung, wo Ariette Laguiller, die bekannte LO-Sprecherin, ihre traditionelle Rede über „Sonntagssozialismus" hielt. Besagte Rede fing an mit einem langen Lobgesang auf die angeblich glänzende Tradition von LO bei der... Einladung anderer Gruppen zu „brüderlichen Debatten" bei der Fête!

Fortgesetzt auf Seite 29

Wut steigt über Schwindel vom „Apartheid-Ende"

Kämpfe erschüttern Südafrika

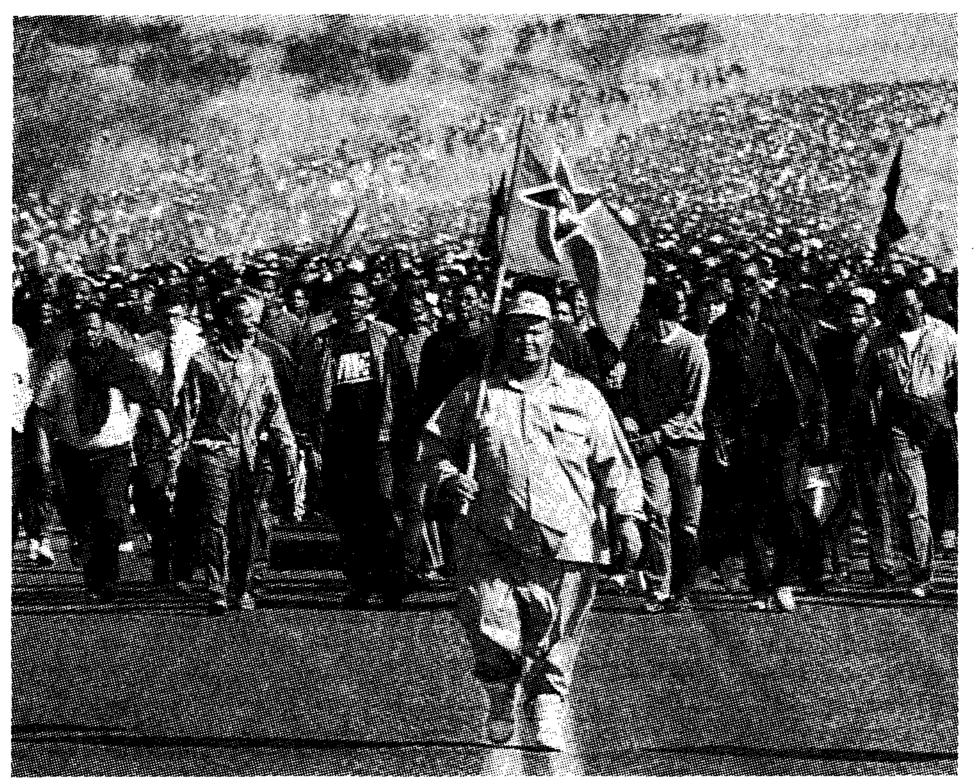
4. August — Die Millionen zählende schwarze Arbeiterklasse Südafrikas hat die Apartheid-Herrscher empfindlich getroffen und das gesamte Land mit einem zweitägigen Generalstreik zum Stillstand gebracht. Eine Woche von Massenaktionen folgte, darunter die Besetzung von Regierungsgebäuden und ein Marsch auf Pretoria. Die Kampagne, zu der der Afrikanische Nationalkongreß (ANC) und dessen Verbündeter in der Arbeiterbewegung, der Kongreß der südafrikanischen Gewerkschaften (COSATU), aufgerufen haben, sollte die Regierung bei den Gesprächen um die „Beteiligung an der Macht" unter Druck setzen. Diese Gespräche haben das Ziel, die weiße Vorherrschaft unter einer Neo-Apartheid-Herrschaft zu maskieren. Doch der ANC brach die Verhandlungen ab nach dem Massaker vom 17. Juni in der Schwarzensiedlung Boipatong nahe bei Sharpeville, das Inkatha-Schläger anrichteten, unterstützt von der Apartheid-Polizei und der Armee.

Die wochenlange Protestkampagne wurde sorgfältig angeleitet. Die *New York Times* (4. August) berichtete, daß der Streik „zurückgeschraubt wurde, bis er mehr einem Reinigungsritual glich, mit dem in den Schwarzensiedlungen Dampf abgelassen werden sollte, bevor die Gespräche wieder aufgenommen würden". Aber bei der wachsenden Wut in den Schwarzensiedlungen und in den Gewerkschaften bereitet sich das Regime auf eine Zeit von Unruhen vor, die „nicht mehr zu bändigen sein" könnten und den Zügeln von ANC und COSATU entgleiten könnten. Seit Sonntag wurden schon mehr als 20 Personen getötet.

Montag und Dienstag waren die Straßen von Johannesburg wie ausgestorben. Die Fabriken standen still, die Geschäfte blieben zu, die Schulen waren geschlossen und die Stadtzentren wurden zu Geisterstädten wegen der Abwesenheit der Millionen von schwarzen Arbeitern, ohne die die südafrikanische Wirtschaft zum Stillstand kommt. Nach Berichten beteiligten sich mindestens 80 Prozent der schwarzen Arbeiterschaft an dem Streik in den wichtigen Stadtgebieten. In den Siedlungen demonstrierten Schwarze auf den Straßen. In Mannenberg und anderswo in der Umgebung von Kapstadt wurden brennende Barrikaden errichtet. In Soweto und Daveytown marschierten große Massen zu den Polizeirevieren, um gegen die von Polizisten begangenen Morde zu protestieren.

Der ANC, der von seiner Massenbasis dazu gedrängt wurde, zum Generalstreik aufzurufen, versuchte bis zur letzten Stunde, ihn abzusagen. Ein Kuhhandel mit den Goldbaronen und den Johannesburger Börsenmaklern, den Streik zu ersetzen durch einen freiwilligen „Tag der nationalen Versöhnung", schlug fehl, als das Regime von de Klerk den Unternehmern befahl, dem ANC keine Zugeständnisse zu machen. Ermutigt durch seinen Sieg im letzten März bei dem Referendum nur für Weiße, hatte de Klerk repressive Gesetze durch das Parlament gepeitscht, nach denen Tausende weiße Reservisten einberufen wurden und die eine Rückkehr zum Ausnahmezustand andeuten. Schließlich versuchte das Regime, den ANC mit einer bewußten Provokation zu diskreditieren, und veranstaltete am Tag von Soweto das Massaker an 43 Personen in der Siedlung Boipatong.

Am Vorabend des Streiks schickten die Apartheid-Herrscher 5000 weitere Soldaten in die Schwarzensiedlungen. Die Demonstrationen fanden statt, während dauernd Panzer und Mannschaftswagen vorbeidonnerten. Der Generalstreik sollte ursprünglich die Regierung von de Klerk „zu Fall bringen" und eine Übergangsregierung einrichten. Schwarze Arbeiter und die Jugendlichen der Siedlungen nahmen dies ernst und begannen ihre Vorbereitungen. Südafrika ist mitten in der größten Streikwelle seit Jahren, mit 650 000 verlorenen Arbeitstagen 1992 - mehr als doppelt soviel wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Bedingungen sind reif für zunehmenden Klassenkampf, aber die Führungen von ANC und COSATU haben zusammen mit der Südafrikanischen Kommunistischen Partei (SACP) die Arbeiter auf grausame Art betrogen.



Der Spiegel

Wütende Massenproteste, organisiert vom ANC, erschütterten Kapstadt im August

Die Massen sind erbittert über die von der Regierung geführte Kampagne der Gewalt, die in den letzten zwei Jahren über 6000 Menschen getötet hat, und brennen darauf, den Kampf aufzunehmen, um *den Apartheidstaat zu zerschlagen.* Daher stieß die Maßnahme von ANC, COSATU und SACP, den Streik auf einen zahnlosen zweitägigen Protest zurückzuschrauben, auf Wut und Empörung. Es gibt eine besondere Wut in den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, die ihre Mitgliedschaft monatelang auf die Übernahme von Regierungseinrichtungen vorbereitet haben und die zusahen, als kämpferische Streikende in Krankenhäusern von Transvaal massenhaft gefeuert wurden. Dies war gleich nach dem rachsüchtigen Rausschmiß von 6000 Streikenden bei Toyota in Port Elizabeth.

Die liberale *Weekly Mail* (17. Juli) zitierte einen Gewerkschafter, der sagte: „Wir sind nicht sicher, was der Nutzen einer eintägigen Aktion sein wird.

Diese Massenaktion soll etwas noch nie Dagewesenes sein, aber so weit wird es überhaupt nicht kommen." Der ANC und sein Beraterstab von der SACP spielen in zynischer Weise mit dem Generalstreik als Druckmittel bei ihrem Tanz mit den kapitalistischen Herrschern. Aber diese mächtige Waffe des Klassenkampfes einzusetzen wirft unweigerlich die Frage auf, welche Klasse herrschen soll. Und im blutigen Südafrika haben alle Erfahrungen gezeigt, daß selbst für die Durchsetzung elementarer demokratischer Rechte die herrschende Klasse der Apartheid gestürzt werden muß. Die schwarzen Arbeiter haben die Macht, dies zu tun: Was sie brauchen, ist eine Führung, die bereit ist, diese Macht zu gebrauchen. Jedenfalls haben die Spitzen von ANC, SACP und COSATU klargemacht, daß ein Kampf um die Macht das letzte ist, was sie wollen.

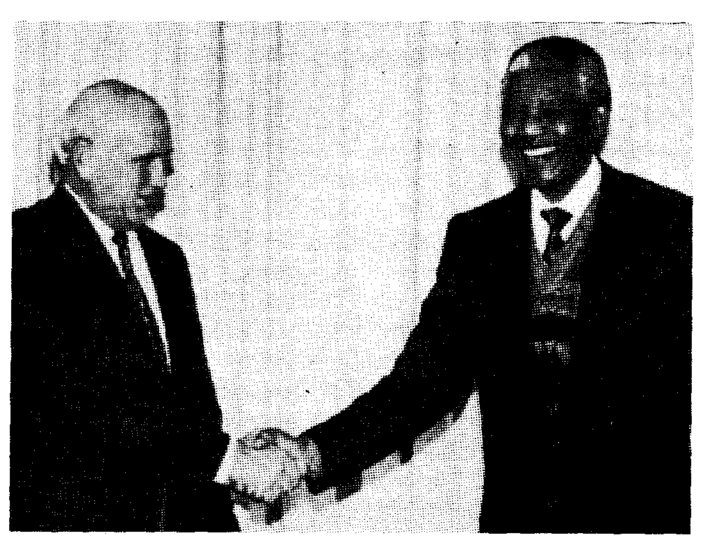
Bei all den Berichten über Spannungen zwischen „Hardlinern" und „Gemäßigten" über das Ausmaß und das Ziel der Streikkampagne sah sich der ANC am 16. Juli gezwungen, ein Dokument mit dem Titel „Kampagne für Frieden und Demokratie" herauszugeben. Darin betont er, die Kampagne sei „kein Programm für den Aufstand. Auch hat sie keinen .friedlichen Sturz' des Regimes zum Ziel... Der Aufstand steht nicht auf der Tagesordnung. Er wäre auch keine freiwillige Entscheidung des ANC, weder jetzt noch in Zukunft." Nelson Mandela erklärte, er sei „stark interessiert" daran, die Verhandlungen wieder in Gang zu bringen, vorausgesetzt, daß die Regierung bei irgendeiner der vierzehn „Forderungen" des ANC nachgibt.

Die *Weekly Mail* (10. Juli) berichtet über einen wütenden Dreifrontenkampf innerhalb der Kommunistischen Partei über die Streikkampagne vom August. Die Jugendliga des ANC, die Kämpfer an der Basis widerspiegelt, wollte angeblich die Massenaktion benutzen, um die Regierung zu Fall zu bringen. Ein Dokument von Jeremy Cronin, der zum rechten Flügel der SACP gehört, über unterschiedliche „strategische Annahmen in unseren Reihen" kennzeichnet die Positionen: die Schule, „nicht für Unruhe zu sorgen", die mit dem Leiter der internationalen Abteilung des ANC, Thabo Mbeki, in Verbindung gebracht wird, die „Ventil"-Schule (Massenaktionen auf- und abzudrehen) von Nelson Mandela und dem ANC-Generalsekretär Cyril Ramaphosa und die „Leipziger Option" (eskalierende Massendemonstrationen, wie diejenigen, die im Herbst 1989 das Honekker-Regime gestürzt haben), die verbunden ist mit dem SACP-Führer Chris Hani, der auch der Chef des „militärischen Flügels" des ANC, Umkhonto we Sizwe (MK), ist.

Cronin erklärt jeden Gedanken an einen Aufstand für „unrealistisch". Aber in Wirklichkeit haben sich alle Flügel der SACP von Grund auf festgelegt, mit den Apartheid-Herrschern ein Abkommen über die „Beteiligung an der Macht" anzustreben. Sie streiten sich nur über die Geschwindigkeit und die Bedingungen.

Inzwischen ist de Klerks Strategie, zwischen den verschiedenen Stämmen Krieg zu schüren, um die schwarzen Massen zu terrorisieren, und dann dem ANC „Gewalt unter Schwarzen" vorzuwerfen, als Schuß nach hinten losgegangen, als im Massaker von Boipatong die „verdeckte Hand" der Regierung nur allzu deutlich wurde. Es gab nicht nur Hunderte von Zeugen dafür, daß die Armee Irikatha-Todesschwadronen hineinbrachte; es wurde auch nachträglich bekannt, daß eine Einheit der berüchtigten (und angeblich aufgelösten) paramilitärischen Einheit Koevoet („Kuhfuß", Brechstange), deren Stützpunkt der nahegelegene Grubenkomplex Goldfields ist, an dem Massaker beteiligt war. Als Protest dagegen brach die 300 000 Mitglieder starke Nationale Union der Bergleute (NUM) die Lohnverhandlungen ab.

Die Regierung, nach dem Massaker von Boipatong hektisch um Schadensbegrenzung bemüht, ernannte eine Untersuchungskommission, darunter mehrere britische Kriminologen, um die Polizeiermittlungen „auszuwerten". Deren Bericht war ein vorhersehbarer Persilschein, der eine Mittäterschaft der Polizei leugnete, obwohl er der Regierung wegen „unzureichender Planung" auf die Finger klopfte. In der folgenden Woche erschütterte ein weiterer Skandal, der niemanden überraschte, Pretoria, als Dr. Jonathan Gluckman (der die Autopsie des ermordeten Aktivisten Steve Biko vornahm) erklärte, „ich kann es nicht länger ertragen", und Akten offenlegte, die beweisen, daß fast 200 Schwarze, die in Haft starben, tatsächlich von der Polizei ermordet wurden. Als de Klerk sich aufplusterte, daß eine Untersuchung im Gange sei, fanden in der gleichen Woche drei weitere junge Männer in der Haft den Tod.



Economist

De Klerk, Mandela: Handschlag trieft vom Blut der Massen. Zerschlagt Apartheid-Kapitalismus! Für Arbeiterrevolution!

Die Verzweiflung und die Wut, die von der schwarzen und farbigen Bevölkerung Südafrikas empfunden werden, erreichten den Siedepunkt und konnten nicht befriedigt werden durch die verordneten Aufmärsche und Sit-ins vor Behörden, aus denen bis jetzt die „Massenaktionskampagne" von ANC, SACP und COSATU in der Hauptsache bestand. Nach dem Boipatong-Massaker stießen die ANC-Führer in den Schwarzensiedlungen auf die Forderung der Massen: „Wir wollen Waffen!" Inzwischen startete die Regierung etwas, das sich obszönerweise „Friedensoffensive" nennt — sie beorderte über 5000 Soldaten und Polizisten in die Schwarzensiedlungen um Johannesburg. Die Führung von ANC, SACP und COSATU war gezwungen, den Generalstreik auszurufen, wenn auch nur, um bei ihrer Massenbasis ein wenig Glaubwürdigkeit zu behalten. Doch erst, nachdem sie jede Möglichkeit eines richtig dicken Ausverkaufs ausgeschöpft hatte.

In den Worten einer Mitteilung des Hauptbüros der COSATU an seine Einzelgewerkschaften versuchte der Gewerkschaftsbund, „die Geschäfte auf den Tisch zu bringen" und den Generalstreik auszuverkaufen für eine „freiwillige Schließung der Industrie" durch die Bosse. SACCOLA, das Südafrikanische Koordinierungskomitee für Arbeitsangelegenheiten, das aus den zehn größten Konzernen in Südafrika besteht, darunter die gigantische Bergwerksgesellschaft Anglo-American, akzeptierte unverbindlich einen „Tag der nationalen Versöhnung" am 3. August statt des Generalstreiks. Dafür versprach der COSATU, bis Oktober alle Streiks auszusetzen!

Dies war ein Versuch, einen Schlußstrich unter de Klerk zu ziehen, indem man sich einreiht bei der sogenannten verligte („aufgeklärten") Bourgeoisie um Anglo-American, in einer klassischen „Volksfront" wie in Spanien in den

Fortgesetzt auf Seite 10

Südafrika...

Fortsetzung von Seite 9

30er Jahren. Wie Trotzki im Juli 1936 über den Ausbruch des Spanischen Bürgerkrieges schrieb:

> „Die Arbeiter und Bauern werden mit parlamentarischen Illusionen eingeschläfert, ihre Kampfeslust gelähmt: so schafft die Volksfront günstige Bedingungen für den Sieg des Faschismus. Die Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie muß von Seiten des Proletariats mit Jahren neuer Qualen und Opfer, wenn nicht mit Jahrzehnten faschistischen Terrors bezahlt werden."

Der Londoner *Independent* (21. Juli) stellte fest: „Cosatu muß die Hardliner unter seinen Mitgliedern — besonders die erklärten Marxisten unter ihnen - davon überzeugen, daß man nicht ,die Massen' an den bürgerlichen Kapitalismus' ausverkauft habe." Na ja, versucht hat man es jedenfalls, aber am Ende war es SACCOLA, das ausstieg auf Anordnungen von de Klerk.

Die endgültige Vereinbarung sah eine Woche von Protesten vor, die unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen überwacht werden sollten. Nach Mandelas Auftritt vor dem Sicherheitsrat wurde der frühere US-Außenminister Cyrus Vance als Sonderbotschafter zu de Klerks Regime geschickt *(New York Times,* 17. Juli). Der südafrikanische Außenminister Pik Botha hielt Vance für eine gute Wahl — das überrascht nicht, da Vance eine Hauptrolle dabei gespielt hatte, Beweise für einen gemeinsamen Atomwaffentest von Israel und Südafrika 1979 zu vertuschen (siehe Seymour Hersh, *The Samson Option).* Jetzt ist ein von der UNO überwachter „Übergang", wie in Zimbabwe, der Lieblingsausverkauf des ANC.

Wie jeder weiß, der sich an das grauenhafte Gemetzel der USA/NATO im Irak erinnert, ist die UNO ein Feigenblatt für die Imperialisten der USA/NATO, und genau das ist der Grund, warum Mandela die UNO will. Der Mann, von dem die unterdrückte schwarze Bevölkerung erwartete, daß er sie zur Gleichheit führt, hat die kleinbürgerlich-nationalistische Ansicht, daß alles besser sei als eine Arbeiterrevolution, sogar Bündnisse mit der blutigen „Neuen Weltordnung", die immer Apartheid-Südafrika bis zum Gehtnichtmehr unterstützt hat.

Inzwischen waren die konkurrierenden schwarzen Nationalisten von dem Pan-Afrikanischen Kongreß (PAC) und dem vom PAC geführten Gewerkschaftsbund NACTU und auch die Azanian People's Organization (AZAPO) *gegen* den Generalstreik, mit dem Argument, daß er ein Druckmittel des ANC für „Verhandlungen" sei, die sie ablehnen, wie sie behaupten. Tatsächlich stellt dies PAC und AZAPO in einen Block mit den Inkatha von Buthelezi, der seinen Arbeiter-Truppen befohlen hat, bei dem Streik im Interesse der Apartheid-Herrscher Streikbruch zu begehen. Der PAC beschwerte sich, ANC-Anhänger würden die „Einwohner tyrannisieren", damit sie den Streikaufruf befolgen.

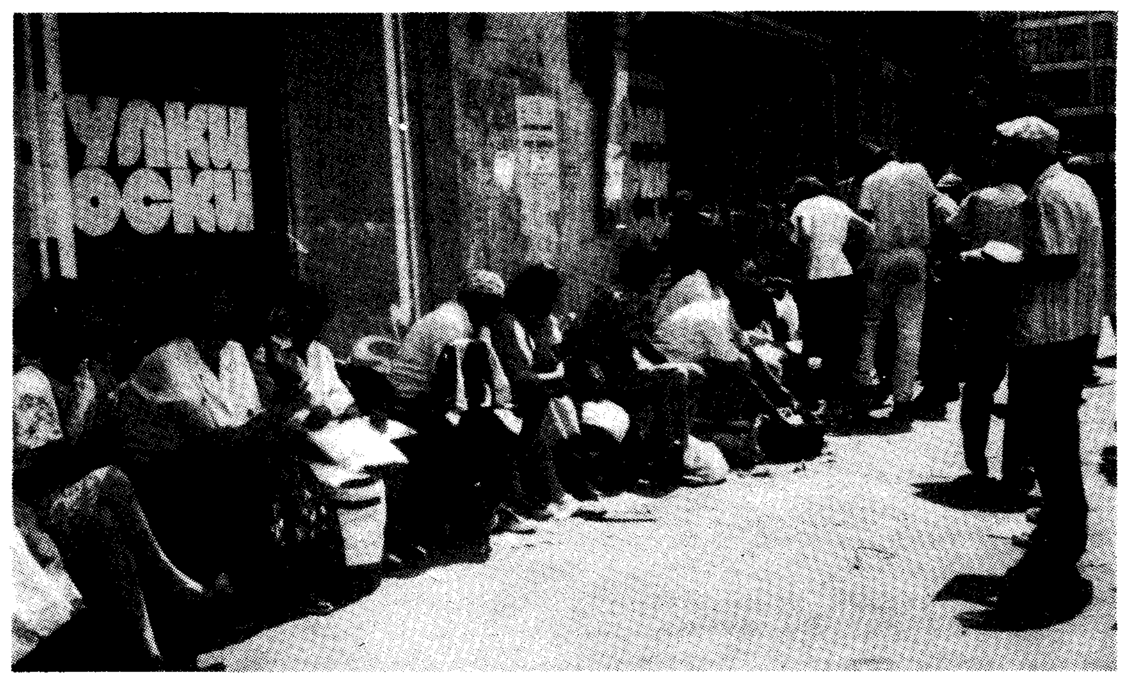
Revolutionäre würden versuchen, in den jetzigen „Generalstreik" zu intervenieren und ihn von einem Protest in eine ernsthafte Klassenmobilisierung umzuwandeln, die auf den Kampf um die Macht ausgerichtet ist. Aber der PAC traf sich am 23. Juli mit Cyrus Vance in Johannesburg und zeigte damit, daß seine Haltung „gegen Zusammenarbeit" ein völliger Betrug ist. PAC-Führer Benny Alexander erklärte: „Wenn wir die internationale Gemeinschaft einbeziehen könnten ... gibt es keinen Grund dafür, nicht in CODESA zu sein" (IPS, 29. Juli). Der PAC traf sich auch mit der Regierung de Klerks im April in Nigeria. Dieses Treffen erklärte der PAC zum „Vorbereitungs"treffen für einen wichtigen Gipfel zwischen beiden Seiten *(Weekly Mail,* 10. April).

Als der Streik der schwarzen Autoarbeiter bei Mercedes-Benz in East London 1990 von den SACP- und COSATU-Stars Joe Slovo und Moses Mayekiso zerschlagen wurde, machten die Streikenden bittere Witze über den neuen „Stamm" von Ausverkaufsbürokraten, die „WaBenzi", die in ihrem Mercedes herumfahren. Heute steigt die Wut darüber, daß diese zynische Schicht die Vergünstigungen des kapitalistischen „schönen Lebens" für sich erntet. Als der BMW von Thabo Mbeki, ANC-Direktor für internationale Angelegenheiten, kürzlich gestohlen wurde, beschaffte MK ihn wieder. Oliver Tambos neues 3-Millionen-Rand-Haus (1,6 Millionen DM) wurde von Lonrho gekauft und bezahlt, einem internationalen Konzern, dem die westlichen Platinminen von Südafrika gehören. Und während Millionen Schwarze in Hausbesetzer-Lagern und Bantustan-Höllen ihr Dasein fristen und den Speeren der Inkatha und den Schüssen der Polizei ausweichen, zieht der ANC-Führer Cyril Ramaphosa in den piekfeinen Vorort Brenthurst, als Nachbar des pensionierten Vorsitzenden von Anglo-American, Harry Oppenheimer. Wie die *Financial Times* abfällig bemerkte: „Wer weiß, welche Streitigkeiten jetzt zwischen zwei der gewaltigsten Machtvermittler Südafrikas beigelegt werden können durch ein Schwätzchen unter Nachbarn."

Südafrika erlebt ein Anschwellen von Massenkämpfen. Die bürgerliche Presse schreit, wenn Streikbrecher sich unter einem Steinhagel wiederfinden und ihre Autos abgefackelt werden. Die *Weekly Mail* zitiert Pat Stone, Berichterstatter über die Arbeiterbewegung, daß „in dem überhitzten politischen Klima" die jetzigen Streiks an die großen Arbeitskämpfe von 1989 bei der Eisenbahn erinnern, und fügt hinzu: „Wir gehen jetzt zurück in die 80er Jahre, als Streiks von den Gemeinden gesehen wurden als gegen die Apartheid gerichtet."

Das kämpferische schwarze Proletariat Südafrikas ist bisher außerordentlich empfänglich gewesen für den Kampf um Kommunismus und hat die rote Fahne mit Hammer und Sichel erhoben in den Streiks und Demonstrationen. Denn in dem *Apartheid-Kapitalismus* sieht es einen unversöhnlichen Feind vor sich. Doch der Weg zur Macht ist versperrt durch ... die „Kommunisten" der SACP. In Wirklichkeit fesseln diese Reformisten die Arbeiter an die rassistischen Herrscher, durch die dauernde „Volksfront" des COSATU mit dem ANC, der seinerseits mit den „verligte" Kapitalisten verbunden ist. Brecht mit ANC/SACP! Schmiedet eine authentische kommunistische Partei! Schwarze Arbeiter Südafrikas — fordert die Früchte eurer Arbeit. Ergreift das wahre Gold — nehmt euch die Macht!

Übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 557, 7. August*



Marktwirtschaft heißt Massenelend für sowjetische Werktätige. Viele sind gezwungen, ihre Habseligkeiten zu verkaufen. Die Lage Ist überreif für eine proletarisch-politische Revolution, die die Errungenschaften des Oktober verteidigt und zurückerkämpft

Spartacist

Ein Jahr nach Jelzins Gegenputsch:

Sowjetische Arbeiter werden geschröpft

Es ist nun zwölf Monate her, seit die Kräfte der Konterrevolution, angeführt von Boris Jelzin unter der Anleitung Washingtons, in der Sowjetunion die Oberhand gewonnen haben. Sie konnten den vermurksten Putschversuch der Kreml-„Achterbande" im August dazu ausnutzen, einen Gewaltmarsch in Richtung Restauration des Kapitalismus einzuleiten. Im Anschluß an die „Schockbehandlung", die im Januar eingeführt wurde, begann ein dramatischer Zusammenbruch der Wirtschaft. Hunger und Obdachlosigkeit sind jetzt weitverbreitet. In Lagern türmen sich Fleisch- und Wurstvorräte, während die Menschen den Abfall durchwühlen, um Essensreste zu finden. Die Geburtenrate hat ihren niedrigsten Stand seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs erreicht, was das Ausmaß der Verzweiflung zeigt, die die sowjetische Gesellschaft erfaßt hat. Die überwältigende Masse der Werktätigen wird ins Verderben gestürzt.

Die juristische Auflösung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken im letzten Dezember verschärfte die nationalistischen Gegensätze und trug dazu bei, daß es zu einem Wiederaufleben von schrecklichem Brudermord gekommen ist in der Art, die Jugoslawien zerstört hat. Im Kaukasus tobt ein Bürgerkrieg zwischen Armeniern und Aserbaidschanern, in Moldawien zwischen ethnischen Rumänen und der russischsprachigen Minderheit. In Zentralasien sind islamische Fundamentalisten auf dem Vormarsch. In der Ukraine werden Straßen zu Ehren von notorischen Pogromisten wie dem Weißgardisten Petljura und dem Nazikollaborateur Stepan Bandera umbenannt. Inzwischen versuchen rabiat chauvinistische Elemente innerhalb und außerhalb des Jelzin-Regimes aus den Tumulten am Rand der russischen Republik Kapital zu schlagen, um aus der immer noch multinationalen sowjetischen Armee konterrevolutionäre russische nationalistische Streitkräfte herauszubilden.

Die Situation, der sich die sowjetischen Werktätigen gegenüber sehen, wächst sich zu einer immer größeren Katastrophe aus. Die Preise für Nahrungsmittel sind explodiert: Brot kostet jetzt das 20fache und andere Produkte sogar *lOOmal* so viel wie vor einem Jahr. Rentner und andere, die von einem festgesetzten Einkommen leben müssen, stehen am Rand des Verhungerns. Das einzige, was überhaupt noch in nennenswerter Menge produziert wird, sind zunehmend wertlose Rubel, wobei die Druckerpressen buchstäblich nicht nachkommen können. Jelzin nimmt jetzt, wenn er innerhalb der russischen Republik reist, regelmäßig ein mit Rubeln vollgestopftes Flugzeug mit, um sie an Arbeiter ausgeben zu lassen, die schon seit Wochen oder sogar Monaten nicht bezahlt worden sind.

Aber trotz der schrecklichen Situation, in die die Arbeiter geworfen worden sind, sind die verschiedenen Streikdrohungen, besonders seitens der strategischen Ölarbeiter, meist wegen des Ausbleibens der Löhne, leere Drohungen geblieben, abgesehen vom außerordentlich populären Streik der Gesundheitsarbeiter im letzten Frühling. Es ist bemerkenswert, daß die mit dem CIA verbundene „unabhängige" Bergarbeitergewerkschaft, die so schnell dabei war, 1990/91 für Jelzin zu streiken, die Kohlenbergarbeiter davon abgehalten hat, ihre Macht gegen die Verwüstungen von Jelzins „Schockbehandlung" zu mobilisieren.

Bis jetzt ist es noch nicht zu Massenarbeitslosigkeit gekommen. Aber schon jetzt zwingen Fabriken im ganzen Land die Arbeiter dazu, längeren unbezahlten Sommer„urlaub" zu nehmen: Im Zentrum der Rüstungsindustrie von Rjasan haben alle 24 größeren Fabriken entweder ihre Tore geschlossen oder arbeiten seit dem 1. Juli nur noch drei Tage in der Woche. Insgesamt ist allein im ersten Quartal des Jahres die Produktion um 15 Prozent gesunken. Im entscheidenden Bereich der militärischen Güter erwartet man, daß die Verkäufe in diesem Jahr um bis zu 85 Prozent zusammenbrechen werden, was zu 2,5 Millionen Entlassungen führen könnte. Wenn den bankrotten Staatsunternehmen die Subventionen gestrichen werden, dann könnten bis zum Jahresende weitere 15 Millionen arbeitslos sein, was die Wahrscheinlichkeit einer gewaltigen sozialen Explosion ansteigen ließe.

Jelzin hat auf imperialistische Dollars und D-Mark gesetzt, um seine konterrevolutionären Bestrebungen zu finanzieren. Im Juni ging er nach Washington, um den Kern

Fortgesetzt auf Seite 12



Jelzins Polizei marschiert auf, um Moskauer Demonstration am 22. Juni auseinanderzutreiben. Zar Boris arbeitet seit einem Jahr fieberhaft daran, einen bürgerlichen Staat zu konsolidieren

Spartacist

Sowjetische Arbeiter...

Fortsetzung von Seite 11

der nuklearen Verteidigung der sowjetischen Armee per Vertrag wegzugeben — die Mehrfachsprengkopfraketen SS-18 und SS-24 —, aber dafür hat er im Gegenzug nichts bekommen. Das Bankenkartell des Internationalen Währungsfonds verlangt weiterhin noch mehr Blut. Bombastische Versprechungen eines vagen Hilfspakets im Umfang von 24 Milliarden Dollar lösen sich in Luft auf, der IWF hält schon die erste Milliarde zurück, es sei denn, Rußland streicht sein Haushaltsdefizit um zwei Drittel zusammen, privatisiert die staatseigene Industrie und streicht die Subventionen für zahlungsunfähige Unternehmen — und das alles noch vor Weihnachten. Selbst Jelzin ist gezwungen, sich dem IWF-Ultimatum entgegenzustellen, wonach die Ölpreise in der Binnenwirtschaft auf die Höhe der Weltmarktpreise getrieben werden sollen, was die Industrie, die von billiger Energieversorgung abhängt, völlig ruinieren würde.

Es ist für jedermann einsichtig, daß diese chaotische Situation nicht lange so weitergehen kann. Die Räder der Industrie können sich nicht länger auf der Basis von Schuldscheinen weiterdrehen — mehr als zwei Billionen Rubel, fast 30 Milliarden DM seit Januar. Der Privatisierungsplan der Regierung (der vorsieht, an die Arbeiter Coupons auszugeben, die in Bargeld umgetauscht werden können) würde eine Hyperinflation hervorbringen, vergleichbar mit der Situation von 1923 in der Weimarer Republik. Allseits nimmt die Forderung nach einer „starken Regierung" zu, um „Rußland zu retten". Sergej Baburin, ein führender Sprecher für die „Patrioten" des Blocks der „Russischen Einheit" im Parlament, stellt fest: „Bis zum Ende des Jahres werden wir in diesem Land höchstwahrscheinlich eine Diktatur mit eiserner Faust haben. Es fragt sich nur, welcher Art?"



Kurt Hamann/Diagonal

Moskau: Priester segnet Mercedes-Eröffnung. Konterrevolution bringt Elend, Obskurantismus, Antisemitismus

Die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) warnt: *Ohne Massenwiderstand der organisierten Arbeiterklasse und angesichts des zunehmenden Auseinanderfallens der sowjetischen Armee besteht die unmittelbare Gefahr, daß die Kräfte der kapitalistischen Restauration in der Lage sein werden, einen bürgerlichen Staat zu konsolidieren, wie fragil auch immer, und ein Blutbad unter den Arbeitern und nationalen Minderheiten zu entfesseln.*

Wo die sowjetischen Arbeiter durch Jahrzehnte von stalinistischem Bürokratismus und Verrat politisch atomisiert und paralysiert sind, wird den sowjetischen Arbeitern heute nichts anderes angeboten als der hochgradig rückwärtsgerichtete Nationalismus von Stalins Erben. Die Situation ist verrottet und überreif. Es ist dringend nötig, einen internationalistischen Kaderstamm in einem unionsweiten leninistisch-trotzkistischen Kern zusammenzuschmieden, der sich unerschütterlich dem Programm der Oktoberrevolution verpflichtet weiß, ehe alle Spuren der Revolution weggefegt sind.

Konterrevolution strebt nach einem „starken Staat"

Während das Milieu von Yuppie-Intellektuellen und Spekulanten um Jelzin zerfällt, sind mehr und mehr Vertreter der Manager der staatseigenen Industriebetriebe in die Regierungskorridore eingezogen. Im Juli wurde von Vizepräsident Alexander Ruzkoi, einem früheren Armeeoffizier, der vor kurzem bei Meinungsumfragen Jelzin überholt hat, eine „Bürgerunion" gegründet; mit dabei Arkadi Wolski, ehemaliger Berater von Andropow und Gorbatschow, jetzt führender Kopf der mächtigen „Union der Industrialisiert und Unternehmer", die zwei Drittel der Industrie kontrolliert; und Nikolai Trawkin, Chef der rabiat antikommunistischen Demokratischen Partei. Im Mai wurden drei Industrievertreter, die zum Kreis Wolskis zählen,

zu Regierungsmitgliedern in Jelzins Kabinett ernannt, offensichtlich auf Kosten der Vorherrschaft von Jegor Gaidar, Jelzins Wirtschaftszaren für „freie Marktwirtschaft".

Einige westliche Kommentatoren haben sich darüber Sorgen gemacht, daß Jelzins jüngste Ernennungen die kapitalistischen „Reformen" verlangsamen könnten, sie wiesen darauf hin, daß der „militärisch-industrielle Komplex" die Unterstützungsbasis für die Organisatoren des im letzten Jahr fehlgeschlagenen Putsches gewesen ist. Aber kein geringeres imperialistisches Sprachrohr als die *New York Times* (2. August) stellt den neuen Kabinettsmitgliedern „ein solides Zeugnis aus als Befürworter eines Systems des freien Marktes". Dies unterstreicht nur unseren Kommentar zur Zeit des August-Fiaskos, daß dies ein „Perestroika-Putsch" von Teilen der Bürokratie gewesen ist, die ebenfalls auf eine Restauration des Kapitalismus abzielten, nur sollte dies langsamer vonstatten gehen und *unter ihrer Kontrolle.* Wo die Yuppie-Spekulanten die Industriekapazitäten des Landes zerstören wollen, um das imperialistische Diktat zu erfüllen, gefällt es den Betriebsdirektoren überhaupt nicht, daß der IWF die Betriebe zerstören will, von denen sie hoffen, daß sie sie eines Tages im eigenen Besitz haben.

Des weiteren haben Verschiebungen in der Armee ein anderes Trio nach vorn treten lassen: Verteidigungsminister Pawel Gratschew, der im letzten Jahr Truppen befahl, Jelzin zu verteidigen; der stellvertretende Verteidigungsminister Boris Gromow, ehemaliger Kommandeur der sowjetischen Truppen in Afghanistan, und Generalmajor Alexander Lebed, Führer der Armee-Einheit vor Jelzins „Weißem Haus" im letzten August und jetzt der Kommandeur der russischen (früher sowjetischen) 14. Armee in Moldawien. Gratschew, Lebed und Ruzkoi haben alle unter Gromow in Afghanistan gedient. Während die sogenannte „patriotische Opposition", an deren Spitze ehemalige stalinistische Größen stehen, die sich jetzt beiseite geschoben sehen, über Jelzins Ausverkauf an den Westen herziehen, treffen sich alle diese Gruppierungen und Schichten im russischen Nationalismus und in der Unterstützung von Kräften, die sich vorgenommen haben, den Kapitalismus mit eiserner Faust zu restaurieren. Und was sie hierfür in erster Linie benötigen, ist, einen Staatsapparat zusammenzuschmieden, der in der Lage ist, die Arbeiter zu unterdrücken.

Von dem Augenblick an, wo Jelzin die Oberhand gewonnen hat, hat er fieberhaft daran gearbeitet, einen bürgerlichen Staat zu konsolidieren. Es sieht jetzt so aus, daß er Unterdrückungskräfte hat, die dem konterrevolutionären Regime loyal sind, nämlich die russische Eliteeinheit OMON. OMON-Hundertschaften wurden im Februar gegen eine Demonstration zum Tag der sowjetischen Armee in Marsch gesetzt, dann wieder im Juni, um Demonstranten vor Moskaus Fernsehzentrum Ostankino auseinanderzutreiben und um die einzige sowjetische Flagge herunterzureißen, die noch auf einem öffentlichen Gebäude in Leningrad geweht hatte. Zur gleichen Zeit soll der Prozeß, der im Augenblick in Moskau gegen die verbotene Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU) als eine „kriminelle" Organisation geführt wird, als Warnung dienen für potentiell aufmüpfige Elemente im Apparat und ebenso für alle, die sich der Restaurationspolitik entgegenstellen könnten.

Jelzin hat damit begonnen, eine ausschließlich russische Armee aufzubauen, und die sowjetische Marine hat damit begonnen, das alte zaristische Marineemblem zu hissen, das St.-Andreas-Kreuz. Angesichts der zunehmenden Eskalation der Kämpfe zwischen dem ethnisch rumänischen moldawisch-nationalistischen Regime von Mercea Snegur und russischsprachigen Nationalisten der Transdnjestr-Region gibt es zunehmend den Ruf nach einer großangelegten russischen Militärintervention. General Lebed von der 14. Armee denunziert das Snegur-Regime als „faschistisch", und wenigstens ein Bataillon kämpft auf der Seite der russischsprachigen Freischärler und der Kosaken-„Freiwilligen" in zaristischer Montur.

Stalinistische Gruppen wie die Russische Kommunistische Arbeiterpartei (RKRP), Hauptorganisatoren von Protesten gegen Jelzin, lassen zunehmend selbst das Lippenbekenntnis für die Sache des Sozialismus fallen und reihen sich als Vortrommler in den sinistren chauvinistischen Kreuzzug ein. Die „Patrioten" versuchen, einen „starken Staat" zusammenzuschmieden, indem sie auf die Karte des großrussischen Chauvinismus und Antisemitismus setzen. Obwohl Pamjat und andere Faschisten jetzt unbehelligt durch die Straßen von Leningrad marschieren können, markierte eine Konferenz der russischen Nationalsynode, des *Sobor,* am 12. Juni ein wichtiges Stadium für das Kräftewachstum von mächtigeren faschistisch-korporatistischen Kräften.

Fortgesetzt auf Seite 14



Spartacist

Am Revolutionstag 1991 demonstrierten 90 000 Menschen in Moskau gegen Jelzins Konterrevolution. IKL-Plakat fordert: Zurück zum Weg Lenins und Trotzkis! Verteidigt das Lenin-Museum!

Sowjetische Arbeiter...

Fortsetzung von Seite 13

Ende der 20er Jahre hat Leo Trotzki zu einer Zeit, wo Stalins versöhnlerische Politik gegenüber den kleinkapitalistischen NEP-Leuten und den reichen Bauern, den Kulaken, die Gefahr einer kapitalistischen Restauration verstärkt hat, festgestellt:

> „Ist es überhaupt wahrscheinlich, daß im Fall der Niederlage der [proletarischen] Diktatur bürgerliche Demokratie sie ersetzen wird? Nein, das ist die unwahrscheinlichste aller Varianten. Revolutionäre Diktatur wurde in der Geschichte noch nie durch Demokratie ersetzt."

Um ihre Position zu befestigen, würde eine im Entstehen begriffene Bourgeoisie über ein Übergangsregime hinausgehen müssen und „ein ernsthafteres, solideres und entschiedeneres" konsolidieren, „nach aller Wahrscheinlichkeit ein bonapartistisches, oder mit modernen Worten, ein faschistisches Regime".

Die Hinterlassenschaft von Jahrzehnten des Stalinismus, der die politische Macht an sich gerissen und das Proletariat atomisiert hatte, hat der gegenwärtigen konterrevolutionären Situation den Weg bereitet. Heute ist es klarer denn je, daß der *einzige* Weg, die konterrevolutionäre Flut zurückzuschlagen, in der Mobilisierung des *multinationalen* sowjetischen Proletariats liegt. Nach dem Putsch und Gegenputsch im letzten August haben wir die Forderung aufgestellt: „Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt Jelzins Konterrevolution!" Wir haben betont: „Jelzin & Co. sehen zwar jetzt den Weg frei, um die Wiedereinführung des Kapitalismus mit Gewalt durchdrücken zu können; doch *das Ergebnis steht noch nicht definitiv fest."* Wir fügten hinzu: „Widerstand in den Fabriken gegen die verheerenden Folgen des kapitalistischen Ansturms könnte einen riesigen Riegel vorschieben und die schnelle Konsolidierung der Konterrevolution verhindern" *(Spartakist* Nr. 89, September 1991).

Die bei weitem vorherrschende Stimmung richtet sich gegen die Wiedereinführung von kapitalistischer Ausbeutung, dies spiegelte sich wider in den bis zu 90000 Menschen, die auf die Straße gingen, um im letzten November den Jahrestag der Oktoberrevolution zu feiern, und auch wieder im März, als über 200000 zu einem Protest gegen Jelzin zusammenkamen. Aber die sowjetischen Werktätigen können und müssen den Weg unabhängiger politischer Kämpfe beschreiten, ehe sie sich von ihren Arbeitsplätzen ausgeschlossen finden und jeglicher Kampfmöglichkeiten beraubt sind. Wie wir in einem Flugblatt vom 25. Februar gewarnt haben, von dem etwa 100000 Exemplare verteilt wurden:

> „Arbeiter: Es bleibt nicht mehr viel Zeit. Wartet nicht, bis eure Kinder von Hunger blaß und schwach werden. Die Möchtegern-Bosse nehmen euch die Straßen Moskaus weg. Bildet jetzt wirkliche Sowjets! Jagt die restaurativen Kräfte durch eine politische Revolution der Arbeiter davon! Besiegt jeden Vorstoß zu nationalistischem Brudermord — nieder mit dem Gift des Antisemitismus! Es ist dringend nötig, die Kader einer leninistisch-trotzkistischen Partei zusammenzuführen, die sich den proletarischen Grundlagen verpflichten, auf denen der multinationale sowjetische Arbeiterstaat aufgebaut worden ist" *(Spartakist* Nr. 94, März/April).

Бюллетень Спартакоцев № 3

Весна 1992 г.

Цена: 1 руб., DM 1,–

Наш адрес:
SpAD
Postfach 51 06 55
1000 Berlin 51

Спартаковец/СССР
121019 г. Москва
г-19, а/я 19



Stalinisten unterstützen den konterrevolutionären Ansturm

Die verschiedenen Zerfallsprodukte des Zusammenbruchs der stalinistischen Bürokratie haben sich an die konterrevolutionäre Kampagne angehängt, entweder durch offene Unterstützung einer „Marktwirtschaft" oder durch die Verbreitung von russischem Nationalismus, der der Zement der Kräfte einer Restauration ist. Trotz ihrer gelegentlichen Behauptungen, sie wären gegen die Restauration des Kapitalismus, haben die RKRP, deren bekanntester Sprecher Viktor Anpilow ist, und eine Handvoll kleinerer „Hardliner"-Gruppen wie die Kommunistische All-Unions-partei der Bolschewik! (WKPB) von Nina Andrejewa eine groteske „rotbraune Koalition" gebildet mit offen großrussischen Chauvinisten wie Alexander Newzorow, dem Faschisten Schirinowski und dem *Sobor.* Bei Protesten, die vom Bündnis „Werktätiges Rußland" organisiert werden, stellen die Arbeiter, die gegen die kapitalistische Restauration auf die Straße gehen, fest, daß sie vom Podium mit chauvinistischer Rhetorik überschüttet werden. Dies dient nicht zur Mobilisierung, sondern zur *Demobilisierung* von Arbeitern, die auf der Suche nach Kampf sind.

Bei der sinistren Versammlung des slawophilen *Sobor* am 12. Juni gab es Monarchisten, Faschisten im schwarzen Hemd und Kosaken in voller Möntur — und dazu die RKRP. Nach Berichten wird der *Sobor* vom Chef der Börse in Nischni Nowgorod finanziert, Vorsitzender ist der „ehemalige" KGB-Général Alexander Sterligow, der sich im August auf die Seite Jelzins geschlagen hatte und der unter Ruzkoi gearbeitet hat. Dieser *Sobor* schimpfte, das Jelzin-Regime sei eine „Regierung des nationalen Verrats", die „russophobisch ist und Juden liebt", und er erklärte: „Eine Schattenregierung ist gebildet worden und jederzeit bereit, sofort die Macht zu übernehmen." Bei der Konferenz traten so berüchtigte antisemitische Persönlichkeiten wie der Schriftsteller Valentin Rasputin auf, der phantasierte: „Kommunismus war ein Übel, das sich des Landes bemächtigt hatte". Zum Präsidium, das von der Konferenz gewählt wurde, gehörten Rasputin, dazu der Monarchist Newzorow und der antisemitische „rote" General Albert Makaschow, ein Mitglied des Zentralkomitees der RKRP.

Die Rumpfstalinisten haben zunehmend die politische Färbung der offen prokapitalistischen Nationalisten angenommen, denen sie hinterherlaufen. Eine Ausgabe der Zeitung *Schto Delat* („Was tun") vom Werktätigen Rußland brachte kürzlich einen erneuten Aufguß von der antisemitischen Fälschung „Die Protokolle der Weisen von Zion" der zaristischen Geheimpolizei, illustriert mit einem Foto von Jelzin, der vor einem Davidstern steht. Newzorow, Schirinowski und Makaschow waren alle prominente Teilnehmer bei der Demonstration am 12. Juni vor dem Fernsehzentrum Ostankino, zu der Werktätiges Rußland aufgerufen hatte mit der Forderung nach einer chauvinistischen „russischen Stunde"« Dabei gab es Plakate „Russisches Fernsehen heißt Fernsehen ohne Juden".

Im politischen Spektrum der sowjetischen Linken, das von rotbraun bis blaßrosa reicht, tendieren andere Über-

reste der ehemaligen KPdSU zur Sozialdemokratie. Alexej Prigarins Union der Kommunisten und Anatoli Kryutschkows Russische Partei der Kommunisten — die beide aus dem Flügel der Marxistischen Plattform der ehemaligen KPdSU entstanden sind — und Roy Medwedews Gorbatschow-freundliche Sozialistische Partei der Arbeit (SPT), sie alle unterstützen die Einführung einer Marktwirtschaft, wenn auch mit dem einen oder anderen Vorbehalt. Diese Gruppen legten ein gewisses Maß an Identifizierung mit der alten Union an den Tag und organisierten bei der Eröffnung des Prozesses gegen die KPdSU am 6. Juli einen kleinen Protest, den die RKRP und Werktätiges Rußland auffällig boykottierten.

Aber die Konterrevolution wird nicht auf dem Boden der sozialdemokratischen Politik der kleinen Schritte vorgehen, und diese Gruppen werden auch vom Sog der immer dreisteren russisch-chauvinistischen Bewegung erfaßt. Alle drei schlössen sich der RKRP an und solch reaktionären Auswüchsen wie der „Union der Kosaken" und dem „Fonds zur Restaurierung des Schreins von Christus dem Erlöser", als sie im März die Volksfront-„Efklärung über die Gründung der Vereinigten Opposition" unterzeichneten, die zur „Rettung des Vaterlands ... durch gemeinsame Aktionen auf der Basis zivilen Friedens" aufrief. Die SPT lobte sogar den *Sobor.*

Für eine leninistisch-trotzkistische Partei!

Als wir im letzten Januar über den Block der Stalinisten mit den nationalistischen Reaktionären schrieben, warnten wir: „Dies ist nicht nur ein hinterhältiges, sondern auch ein gefährliches Spiel, denn die Faschisten, die dadurch Auftrieb bekommen und sich bestätigt sehen, werden ihre früheren, vorgeblich kommunistischen .patriotischen* Verbündeten genauso gnadenlos verfolgen wie die sowjetischen Arbeiter, Juden und andere Nationalitäten, sollten sie jemals eine Chance bekommen" *(Spartakist* Nr. 93, Februar). Jetzt, nachdem sie für mächtigere Kräfte die Drecksarbeit gemacht haben, müssen die Stalinisten feststellen, daß man immer mehr ohne sie auskommt. Beim *Sobor* denunzierte Sterligow den Kommunismus als „feindselig gegenüber den alten nationalen Traditionen Rußlands ... daher ist es ganz unmöglich, mit Leuten zusammenzuarbeiten, die Träger dieser Ideologie sind".

Im letzten August jubelten verschiedene selbsternannte trotzkistische Gruppierungen den Yuppies, Pfaffen und Faschisten zu, die sich an Jelzins Barrikaden eingefunden hatten. Vor nicht so langer Zeit haben Vereine wie Sergej Beits' Rabotschaja Demokratija (Arbeiterdemokratie — ein Ableger der sozialdemokratischen Militant-Gruppe in Britannien) angefangen, der RKRP usw. hinterherzulaufen, ohne eine Spur von Kritik am Faschismus, Chauvinismus und Antisemitismus, die im „patriotischen" Milieu wuchern.

Es gibt sowjetische Militante, die für den Kommunismus von Lenin und Trotzki kämpfen wollen. Millionen wissen, was ihnen unter dem Kapitalismus blüht, und wollen gegen die Zerstörung ihres Lebensunterhalts und die Verwüstung ihrer Gesellschaft Widerstand leisten. Die Kräfte der Konterrevolution müssen erst noch ein stabiles kapitalistisches Regime konsolidieren.

Die Oktoberrevolution von 1917 zerschmetterte das zaristische Völkergefängnis und befreite die Arbeiter und Bauern von kapitalistischer Ausbeutung. Sie war ein Leuchtfeuer für Arbeiter und Unterdrückte auf der ganzen Welt. Doch wie Trotzki kurz nach der politischen Konterrevolution, die 1923/24 von Stalin angeführt wurde, warnte, ist der Stalinismus „der Totengräber der Revolution". Nach beinahe 70 Jahren bürokratischen Verrats hängt das Schicksal des ersten Arbeiterstaats in der Geschichte an einem dünnen Faden.



Shone/Gamma-Liaison

Plakat, gesehen auf Moskauer Demonstration, lautet: „Gorbatschow-Jelzin: Kapitalismus = Faschismus. Nein zum Privateigentum der kriminellen Millionäre. Beschlagnahmt, was vom Volk gestohlen wurde, und stellt es den sowjetischen kollektiven Betrieben und Landwirtschaften zur Verfügung."

Wenn das multinationale sowjetische Proletariat nicht in einem brudermörderischen Blutbad ertränkt werden soll und wenn es nicht unter dem eisernen Stiefel imperialistischer Ausbeutung zermalmt werden soll, dann muß es einen revolutionären Kampf führen, um die Regime zu stürzen, die den Kapitalismus restaurieren wollen, und muß in Rußland und den anderen ehemaligen Sowjetrepubliken die politische Macht ergreifen. Diejenigen, die sich mit dem großrussischen Chauvinismus und den anderen Nationalismen versöhnen wollen, sind Barrieren für den Kampf gegen die Konterrevolution. Die Internationale Kommunistische Liga kämpft dafür, einen Kern von internationalistischen Kämpfern zusammenzuschmieden, die dem Programm von Lenins und Trotzkis Rotem Oktober verpflichtet sind. Dies ist der einzige Weg vorwärts.

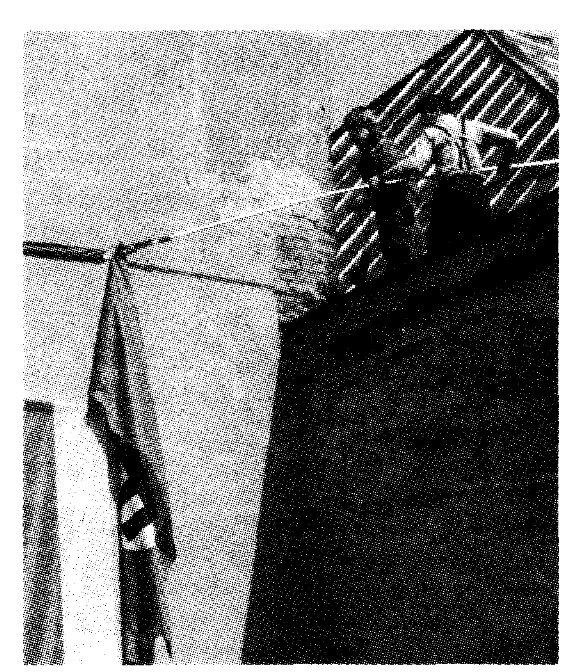
Übersetzt aus Workers Vanguard JV>. 557, *7. August*

SPARTAKIST-TREFFPUNKT

Berlin	Mittwochs von 18.00 bis 20.00 Uhr Linkstreff, Weddingstraße 6 1000 Berlin 65 (U-Bahn Nauener Platz)

KONTAKTADRESSEN

Berlin	SpAD, Postfach 51 0655, 1000 Berlin 51 Telefon: Westberlin 4927866
Halle	SpAD, PSF 855 Halle 4002 Telefon: Halle 2 90 55
Hamburg	SpAD, c/o Verlag Avantgarde Postfach 11 0231, 2000 Hamburg 11 Telefon: (040)323644
Leipzig	SpAD, Postlagernd, Leipzig 7022





Spartakist-Fotos

Beim Brandenburger Tor:
Wir rissen die Nazifahne runter!

Am 23. Juni entfernten Unterstützer der Spartakist-Arbeiterpartei (SpAD) und des Komitees für soziale Verteidigung (KfsV) eine riesige Hakenkreuzfahne, die als Teil einer sogenannten „historischen Austeilung" aller deutschen Flaggen seit der Kaiserzeit in 15-Meter-Höhe an der Wand der Galerie Pariser Platz beim Brandenburger Tor hing. Diese Provokation war eine direkte Drohung für Tausende Berliner und Touristen, die täglich daran vorbeigingen. Wie der KfsV-Sprecher Werner Brand erklärte: „Das lassen wir nicht zu! Das Hakenkreuz steht für die grausame Ermordung von sechs Millionen Juden, von Roma, Sinti, Homosexuellen und anderen Minderheiten, von Kommunisten und allen Antifaschisten. Erst vor kurzem brachte es Mete Eksi, Nguyen Van Tu und Torsten Lamprecht den Tod." Das Pogrom in Rostock mit terrorisierenden Hitlerbanden und mit über 100 vietnamesischen Bewohnern im brennenden Asylheim — das ist das Gesicht des Hakenkreuzes.

Mit Hilfe einer Bergsteigerausrüstung bestiegen die Antifaschisten das Dach der Galerie und schnitten die Nazifahne ab. Als das Symbol zu Boden fiel, verbrannten wir es unter lautem Applaus der Umstehenden. Anschließend wurde auf dem Dach ein Spartakist-Banner mit der Aufschrift „Die Rote Armee zerschlug das Nazi-Regime!" entrollt.

Vier Unterstützer der SpAD und des KfsV wurden festgenommen und erst nach energischem Protest freigelassen. Viele Passanten aus verschiedenen Ländern, darunter auch Unterstützer der kurdischen. Arbeiterpartei PKK, riefen: „Eins, zwei, drei, laßt die Leute frei!" Festgenommen wurden Werner Brand, Ronald Krüger (Fotograf der Zeitung *Spartakist),* Renate Dahlhaus und Toralf Endruweit (beide Sprecher bei der Antinazi-Massendemo in Treptow im Januar 1990 und Kandidaten bei der letzten Bundestagswahl).

Das Hakenkreuz rief eine breite Empörung hervor. Im Gästeregister der Galerie und als Graffiti an der Wand drückten Besucher ihr Entsetzen und ihre Ungläubigkeit aus. Nach der Entfernung der Fahne fand die Aktion ein Echo in verschiedenen Berliner Tageszeitungen vom *Tagesspiegel* bis *taz* und *Morgenpost. Neues Deutschland* druckte den Leserbrief von Jana Strauchfuß (SpAD-Kandidatin bei der letzten Bundestagswahl) ab, der feststellte: „Ich fordere als Kommunist: Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten und Arbeiter/Immigranten-Mobilisierung, um die Nazis zu stoppen." Auch Gäste eines unter Immigranten beliebten Berliner Cafés begrüßten die Entfernung der Fahne enthusiastisch. Nur ein mieses Häuflein namens „Arbeitermacht" drückte in einem Brief vom 30. Juli seine tiefe Verachtung für die Entfernung des Hakenkreuzes aus, indem es die Aktion als „Show" abtat und sich schützend vor den „verwirrten Aktionskünstler" stellte. Kein Wunder: für die Austronationalisten, die den Kern dieser Gruppe bilden, ist selbst Waldheim kein Nazi-Kriegsverbrecher!

Mit dem Sieg der Roten Armee wurde das System des Hakenkreuzes im deformierten Arbeiterstaat DDR vollständig vernichtet. Jetzt streckt die Bourgeoisie von Auschwitz wieder ihre Finger nach der Herrschaft Europas aus. Die Rehabilitierung des Dritten Reichs durch das Vierte, die 1985 mit Kohls/Reagans Kniefall vor SS-Gräbern in Bitburg Antrieb bekam, ist seit dem Anschluß zu einer Flutwelle von rassistischem Terror geworden. Die SPD führt die Hexenjagd an gegen alles, was an die DDR erinnert. Während die SPD Nazi-Kriegsverbrecher wie Gustav Just beherbergt und Juden jagte, die den jüdischen Friedhof in Hamburg-Ottensen behalten wollten, wird Erich Mielke aufgrund von Nazi-Anklagen der Prozeß gemacht. Jetzt wollen „Experten" den Hitler-Bunker in Berlin unter Denkmalschutz stellen! Es gibt keine Tabus mehr, sagen bürgerliche Politiker, die alle Errungenschaften der Arbeiterklasse vernichten wollen.

Wie Toralf Endruweit bei der Entfernung der Hakenkreuz-Fahne sagte: „Wir wissen, was das Hakenkreuz bedeutet und wie wir damit umgehen müssen. Wir ehren heute auch in bescheidener Weise den heroischen jüdischen Kommunisten Herbert Baum. Um die Faschisten ein für alle Mal zu beseitigen, brauchen wir eine Arbeiterrevolution, die die Opfer des Nazi-Holocaust rächen wird. Dafür kämpft die Spartakist-Arbeiterpartei. Und in der Sowjetunion kämpfen unsere Genossen der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) gegen Jelzins Konterrevolution, um die politische Macht für die Arbeiter zurückzuerkämpfen und das Land der Oktoberrevolution als Vorreiter der Weltrevolution wiederzuerrichten."«

Zerschlagt Nazi-Pogrome...

Fortsetzung von Seite 1

bock benutzt, auch von den Herrschern des Vierten Reichs. Verbitterung und Wut, die sich gegen die imperialistische Regierung richten könnten und müßten, schüren statt dessen die Pest des Faschismus, während alle Hauptparteier. Hysterie und Rassismus gegen Immigranten aufpeitschen. Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands hat dazu aufgerufen und dafür gekämpft, die Arbeiterklasse zur Verteidigung der belagerten Immigranten-Wohnviertel zu mobilisieren, als Teil unseres Kampfes gegen die kapitalistische Konterrevolution von Rostock bis Moskau.

Das Rostocker Pogrom entfachte in ganz Deutschland eine Terrorwelle gegen Flüchtlinge. Von Augsburg bis Greifswald wurden letzte Woche mindestens 20 Wohnheime angegriffen; ein Zeltlager für Asylsuchende in Leipzig brannte völlig nieder. In Berlin wurde eine Bombe am jüdischen Mahnmal für Deportierte gezündet, und am Vortag explodierte auf dem Hannoveraner Altstadtfest eine Bombe, die 16 Menschen verletzte, einige davon lebensgefährlich. Dies erinnert an das Nazi-Attentat auf das Münchner Oktoberfest vor 12 Jahren, wo 13 Menschen ermordet wurden. Der kapitalistische Staat will den Ausbruch von Nazi-Terror benutzen, um demokratische Rechte anzugreifen. Sie wollen bonapartistische Maßnahmen durchdrücken wie polizeiliche Eingreiftruppen gegen Demonstranten und Schnellgerichte, die sich gegen Linke, Immigranten und Arbeiter richten. Eine Bonner Allparteienkoalition hat die Hysterie über eine „Asylantenflut" aufgepeitscht und die Pogromwelle angefacht, um das Recht auf Asyl loszuwerden.

Monatelang haben die Nazis unter den Anwohnern in Rostock-Lichtenhagen eine Haßkampagne gegen die Flüchtlinge geführt. Seit Juni wurden mehr als 1300 Asylsuchende in das Wohnheim gepfercht, wo nur für ein Viertel von ihnen Platz war. Ohne Betten und sogar ohne ein Zelt über dem Kopf mußten viele Familien vor dem Haus im Freien übernachten, sie wurden gezwungen, dort zu essen und sich zu erleichtern, weil es keine Kochgelegenheiten und Toiletten gab. Die Bedingungen erinnerten an das berüchtigte Nazi-Konzentrationslager für Roma und Sinti in Marzahn, Hunderttausende Roma und Sinti wurden vom Dritten Reich ermordet. Kommunale, Landes- und Bundesbehörden haben sich über die Situation gezankt, ohne etwas für die Flüchtlinge zu unternehmen. Hier wurde zynisch versucht, Massenverärgerung anzustacheln. Dies war ein *staatlich genehmigter terroristischer Angriff.*

Die Drohungen über Angriffe auf die Flüchtlinge waren seit Tagen bekannt und wurden in den Lokalblättern berichtet. Die Polizei tauchte frühzeitig auf, stand aber nur dabei und schaute zu; sie organisierte die Verlegung der Asylsuchenden unter Oberaufsicht des inzwischen angeeilten Bundesinnenministers Seiters und zog sich dann zurück, um dem Nazi-Mordgesindel freie Bahn zu machen (während sich die vietnamesischen eingewanderten Arbeiter immer noch im Wohnheim befanden). Bundeskanzler Kohl versuchte auf groteske Weise, die Schuld auf „Stasi-Agenten" zu schieben, während in Wirklichkeit Faschisten aus Berlin und Hamburg angereist waren, die ihren Terror offen über Funk organisierten. Aber die hauptsächlichen „Anstachler" waren alle Bundestagsparteien, die zu einem „Durchgreifen" gegen Einwanderer aufgerufen haben. Die rassistische Front reicht von den bürgerlichen Parteien CDU und FDP bis zur SPD und zu den Grünen, die für „Quoten" sind, und den Ex-Stalinisten und Möchtegern-Sozialdemokraten der PDS, die nach mehr Polizei schreien.

Vor einem Jahr inszenierten faschistische Schläger ein Pogrom in der Braunkohlestadt Hoyerswerda. Die bürgerlichen Medien (und nicht wenige „Linke") wollen die gesamte Bevölkerung des ehemaligen Arbeiterstaats DDR, als ein Rassistenpack darstellen. Aber während die Nazis von der Verzweiflung genährt wurden, die durch die Massenarbeitslosigkeit geschaffen wurde, sind die Faschisten immer noch eine kleine Minderheit. Wie die Spartakist-Arbeiterpartei in einem Flugblatt am 24. August schrieb: „Andere Anwohner drückten gegenüber den Spartakisten ihre Empörung aus" über den faschistischen Terror gegen die Immigranten:

> „Rostock ist eine Arbeiterstadt! Erst vor kurzem haben die Werftarbeiter mit Besetzungen ihre Kampfbereitschaft gegen die Kahlschlagpolitik der Treuhand gezeigt. Wir Spartakisten sagen: *Energische Aktionen der Rostokker Metall- und Werftarbeiter und ihrer antifaschistischen Verbündeten können das Nazi-Pogrom Verhindern!"*



Spartakist

Rostock: Hundertschaften gegen Antifaschisten. Davor haben die Bullen dem Nazi-Pack den Weg freigemacht

Tausende von diesen Flugblättern wurden in Rostock verteilt

Am Samstag, dem 29. August, marschierten an die 20 000 Antifaschisten durch Lichtenhagen. Dies war für sich genommen schon eine Leistung, denn die Demonstranten wurden durch ein riesiges Bürgerkriegsmanöver der Polizei eingekesselt und ständig terrorisiert. 28 Polizeihundertschaften der Sondereinsatzkommandos und des BGS wurden eingesetzt, zusammen mit Hunderten anderen Bullen, und über ein Dutzend Hubschrauber flog bedrohlich tief über die Demonstranten. Autos und Busse wurden angehalten und auf der Autobahn durchsucht, ein Konvoi aus Hamburg mit über 1500 Teilnehmern wurde sieben Stunden lang bei Bad Doberan gefangengehalten. Es ist den Demonstranten hoch anzurechnen, daß sie sich von diesem Bullenterror nicht provozieren ließen. Daß diese Demonstration stattfinden konnte, war eine gute Sache, an diesem Tag konnten die Nazis in Rostock ihr blutiges Gewerbe nicht ausüben!

Das SpAD-Flugblatt stellte fest: „Während in Rostock die Pogromisten wüteten, gab die SPD-Klausurtagung grünes Licht für den Abbau des Asylrechts." Gleichzeitig gab die SPD ihre Zustimmung für weltweite imperialistische Bundeswehreinsätze, natürlich nur in UN-„Blauhelm-Montur". Engholm ist jetzt unter den rabiatesten Hetzern für

Fortgesetzt auf Seite 18

Zerschlagt Nazi-Pogrome...

Fortsetzung von Seite 17

beschleunigte Abschiebungen. Seit langem macht sich die SPD für KZ-Sammellager für Asylsuchende stark und errichtet sie in SPD-regierten Ländern. Nach einem Angriff auf die Asylstelle im Stahlzentrum Eisenhüttenstadt hat der Brandenburger SPD-Ministerpräsident Stolpe für „eine neue Politik gegen den Zuwandererstrom" aufgerufen. Und in Rostock unterstützte SPD-Innensenator Magdanz in empörender Weise die Pogromisten und hetzte gegen „organisierten Nachschub" von Flüchtlingen, der „das Faß zum Überlaufen gebracht" habe.

Das Anwachsen des rassistischen Terrors hat den Aufstieg des aggressiven deutschen Nationalismus begleitet, der von der kapitalistischen Wiedervereinigung des Vierten Reichs ausgelöst wurde. Beim Anschluß des Arbeiterstaats DDR war die SPD das „Trojanische Pferd der Konterrevolution", wie wir Trotzkisten erklärten. Als die Nazis im Dezember 1989 das sowjetische Ehrenmal in Treptow schändeten, initiierten wir Spartakisten eine Arbeitereinheitsfront-Mobilisierung, die von der SED-PDS aufgegriffen wurde und 250000 Menschen auf die Straße brachte, die sich gegen den Drang zur Wiedervereinigung stellen und die DDR verteidigen wollten. Aber die Bourgeoisie und ihre SPD-Handlanger brachten ihre Destabilisierungskampagne zur Weißglut und pumpten Millionen in die hastig einberufenen DDR-Volkskammerwahlen, und die bankrotten Stalinisten schauderten vor der Perspektive einer proletarisch-politischen Revolution und eines Bürgerkriegs. Mit der Stärke der westdeutschen Wirtschaft, symbolisiert in der D-Mark, setzten sich die Vorreiter des „Deutschland, einig Vaterland" durch.

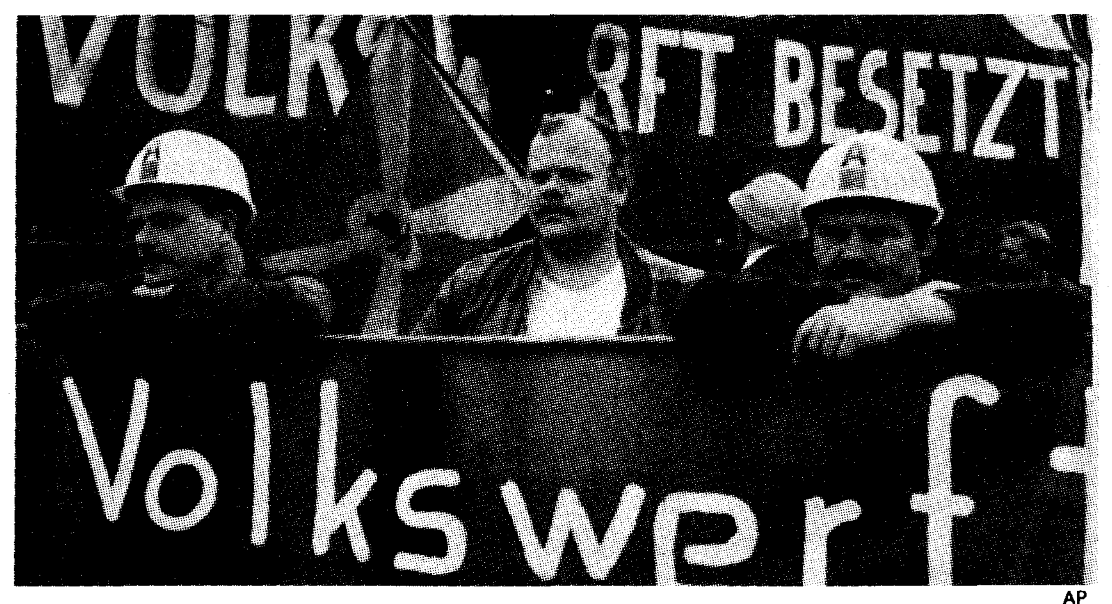
Danach kam die bittere Aufrechnung. Massenarbeitslosigkeit und soziales Elend, hervorgebracht durch die systematische Zerstörung der ostdeutschen Industrie, haben zur Verzweiflung geführt und viele Arbeiter ins Lumpenproletariat hinabgestoßen. Das Gefühl der Hoffnungslosigkeit ist in Gebieten wie Lichtenhagen weit verbreitet, wo Tausende ehemalige Werftarbeiter leben, die vorher Schiffe hauptsächlich für die Sowjetunion gebaut haben. Jugendliche ohne jede Perspektive auf einen Arbeitsplatz oder überhaupt eine Zukunft sind empfänglich für faschistische Demagogie. Doch wenn die Macht der Arbeiterklasse mobilisiert würde, sähe die Sache völlig anders aus. Dies zeigte machtvoll der ÖTV-Streik im Frühjahr, der sich spontan vom Westen in den Osten ausbreitete, zum Entsetzen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokraten und des Kohl-Regimes.

Wie vorher in Eberswalde, wo die Bullen bei der Ermordung des angolanischen Arbeiters Amadeu Antonio zuschauten und später auf den antifaschistischen Gedächtnismarsch einprügelten, machte die Polizei in Rostock den Nazis den Weg frei und ging dann massiv gegen die Antifaschisten vor. Das eine Woche dauernde Pogrom begann am Samstag, den 22. August und eskalierte Tag für Tag, bis die Polizei die Forderung der Rassisten nach „Ausländern raus" ausführte. Einige Tausend Anwohner feuerten teilweise den braunen Mob an. Doch die Arbeiter in Rostock sind kein Rassistenhaufen, wie uns die antikommunistische Propagandakampagne weismachen will. Entschiedene Aktionen der organisierten Werktätigen hätten die paar hundert Glatzen vertreiben und die „Schaulustigen" im Nu zum Schweigen bringen können und die Unterstützung der vielen anständigen Rostocker gewonnen.

Vor allem Arbeiter im Hafen und auf der Warnow-Werft, die weniger von Entlassungen betroffen waren als bei der Neptun-Werft, wollten etwas gegen die Nazis tun. Doch die gleichen SPD-geführten Gewerkschaftsbürokraten, die den Kampf der Werftarbeiter gegen Massenentlassungen abgewürgt haben, haben auch in Rostock die Mobilisierung der Arbeiter gegen die Nazis *verhindert.* Am 25. August gab der Rostocker DGB erst nach Feierabend einen Aufruf für einen Protest am gleichen Tag heraus, so daß nur wenige hundert kommen konnten. Ein Arbeiter des Dieselmotorenwerks drückte die Stimmung in den Betrieben aus: „Eine Riesen-Sauerei, was die Gewerkschaftsbürokraten machen". Dann weigerte sich der DGB, zu der großen antifaschistischen Demo am 29. August überhaupt aufzurufen. Die IG Metall hielt gleich für zwei Tage ihre Geschäftsstelle geschlossen.

Die SpAD hat wiederholt zu Arbeitermobilisierungen gegen die zunehmenden Nazi/Skinhead-Angriffe aufgerufen. Als die NPD am 9. November 1991 in Halle die Reichspogromnacht „feiern" wollte, kämpfte die Spartakist-Arbeiterpartei für eine gewerkschaftliche Einheitsfrontaktion, um die rassistischen Terroristen zu stoppen. Wir trafen auf große Zustimmung unter den Arbeitern dieser konzentrierten Industrieregion. Doch nach anfänglicher Unterstützung zogen die DGB-Bürokraten buchstäblich in letzter Minute den Aufruf zu dieser Einheitsfront zurück und demobilisierten die Gewerkschaften. Hätte es diesen schmachvollen Verrat damals nicht gegeben, wären die Nazis durch eine machtvolle Arbeiteraktion gestoppt worden und hätten ihre blutrünstigen Fratzen im traditionell roten Norden in Rostock nicht so dreist zeigen können.

Die Rostocker antifaschistische Demonstration am 29. August wurde durch die Autonomen dominiert, von denen viele sich an mutigen Aktionen zum Schutz von Rostocker Immigranten-Wohnheimen beteiligt hatten. Dabei



AP

Juni 1992: Arbeiter besetzten Stralsunder Werft, doch sie wurden von sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokraten ausverkauft. Um Nazi-Terror zu stoppen, muß die Zerstörung der ostdeutschen Arbeiterklasse gestoppt werden!

waren fast hundert Autonome von den gleichen Bullen verhaftet worden, die das Nazi-Pogrom gegen Immigranten ermöglichten. Dann sperrten die Bullen die Antifaschisten gemeinsam mit Skinheads in eine Zelle! Die Spartakist-Arbeiterpartei fordert: Weg mit allen Anklagen gegen Antifaschisten! Sofortige Einstellung aller Verfahren!

Weit mehr, als Straßenkämpfe mit Nazis/Skinheads zu führen und „Guerillakrieg"-Straßentheater mit der weit schwerer bewaffneten Polizei zu veranstalten — was nichts entscheidet —, ist es notwendig, die soziale Macht der Arbeiter/Immigranten zum Tragen zu bringen, um faschistischen Terror zurückzuschlagen. Die Autonomen, die im Lichtenhagener Wohnviertel „Schämt euch" schrieen, setzten damit die Arbeiter mit der verräterischen DGB-Bürokratie gleich. Arbeiterfeindliche Autonome aus dem Westen reagierten auf unsere Losung „Polizei raus aus dem DGB" mit entsetztem Aufschrei, weil sie beides gleichsetzen wollen. Aber als wir dem Haß der Alt-Autonomen auf die Arbeiterklasse und ihrer impotenten Strategie den Ruf entgegensetzten: „Rostock ist eine Arbeiterstadt — Stoppt die Nazis durch Arbeitermacht!", bekamen wir von Anwohnern dafür Applaus.



Spartakist

Spartakisten bei Demo am 29. August fordern: Volle Staatsbürgerrechte für eingewanderte Arbeiter und ihre Familien!

Wir Spartakisten kämpfen für volle Staatsbürgerrechte für Immigranten und verteidigen das Asylrecht. Wir sind dafür, daß alle, die es hierher geschafft haben, mit gleichen Rechten bleiben können. Die liberale Forderung nach „Bleiberecht", die auch von autonomen Jugendlichen unterstützt wird, bedeutet Rausschmiß auf Zeit, der den Flüchtlingen einen Status als Menschen zweiter Klasse aufzwingt.

Die PDS buhlt in skandalöser Weise um „Verständnis" für die Rassisten. Ein Kommmentar im *Neuen Deutschland* (24. August) stellte über die Anwohner, die klatschten und „Sieg heil" riefen, die Frage: „Sind sie deshalb Extreme, Faschos gar, die auf dem Kriegspfad sind? Quatsch, sie sind Nachbarn — nett wie Müllers, Meiers, Schulzes neben mir und Ihnen ... Da gab es Lärm und Schmutz und fremde Leute." Die Rostocker PDS-Vorsitzende äußerte Solidarität mit dem „monatelangen Unmut und Protest der Lichtenhagener Einwohner". Davor hatte *ND* eine rassistische Hetze gegen Hütchenspieler geführt. Jetzt führt *ND* die Kampagne fort, diesmal gegen Roma und Sinti, und kümmerte sich um das „Anliegen" eines Lesers, der einen Hetzbrief über „kriminelle Handlungen" von Sinti und Roma schrieb (M), 25. August). Für diese Erzreformisten, die sich danach sehnen, „respektable" Sozialdemokraten zu werden, sind die Flüchtlinge das „Problem", nicht die Nazi-Mörder.

Gregor Gysi, Hans Modrow und die ganze Bundestagstruppe der PDS marschierten an der Spitze der Rostocker Demo am 29. August mit. Aber das hatte reinen Alibicharakter. Bis zu diesem Zeitpunkt war von organisierten Protesten der PDS auf den verschiedenen Demonstrationen gegen das Rostocker Pqgrom nichts zu sehen. Und am Tag des nationalen Protestmarschs beschäftigten sie ihre Mitglieder mit einer zentralen Sitzung ihres „Komitees für Gerechtigkeit" in Berlin, wo die PDS Seite an Seite mit dem rechten Diestel sitzt. Aber eine Reihe von PDSlern war über die ekelhaften Entschuldigungen der PDS-Führung für die Rassisten schockiert, in Rostock und anderswo. Bei einer Demonstration am 26. August in Berlin rissen sich PDS-Mitglieder um das Spartakist-Flugblatt.

Das Rostocker Pogrom hat sogar bei Teilen der Sozialdemokratie Schockwellen ausgelöst. SPD-Vize Thierse will die Pogrome für die rassistische Forderung nach „niedrigeren Quoten" von Immigranten für Ostdeutschland benutzen und schiebt in grotesker Weise die Schuld für den Fremdenhaß auf „staatliche Veranstaltungen und Völkerfreundschaft" der DDR! Aber beim Berliner Protest am 26. August trugen Mitglieder der Jusos ein Banner: „Rassismus auf Raten, Sozialdemokraten?" Viele hörten aufmerksam den Megaphon-Reden der Spartakisten zu. In Rostock waren am 29. August Transparente der Jusos und der Falken zu sehen. Die SAGler, Anhänger des „Staatskapitalisten" Tony Cliff in Britannien, wollen sich als *die* antifaschistischen Kämpfer profilieren, aber in ihrem Flugblatt zu Rostock *erwähnen sie nicht ein einziges Mal die Rolle der SPD,* hinter der sie hinterherkriechen.

Zusammen mit ihrer Zustimmung zum Abbau des Asylrechts und zum imperialistischen Blauhelm-Bundeswehreinsatz will die SPD ihre „Regierungsfähigkeit" auch dadurch unter Beweis stellen, daß sie die Hauptkraft bei der antikommunistischen Hexenjagd in Großdeutschland ist. So hat die SPD-Justizsenatorin Jutta Limbach den ehemaligen DDR-Staatschef Erich Honecker und den ehemaligen MfS-Chef Erich Mielke ins Gefängnis gesperrt. Die SpAD hat wiederholt diese Hexenjagd verurteilt und Freiheit für Honecker, Mielke und andere wie den antifaschistischen Helden Gerhard Bögelein gefordert. *Der Spiegel* (31. August) druckte ein Interview mit Mielke aus seiner Zelle im Moabiter Gefängnis ab, in dem er unter anderem sagte: „Wenn wir noch wären, wären keine Geschichten wie die Krawalle gegen das Asylantenheim in Rostock passiert."

Das ist ganz sicher wahr. Der deformierte Arbeiterstaat DDR wurde aus den Ruinen des Hitler-Regimes aufgebaut, das von der Roten Armee zerschlagen wurde. In Lichtenhagen lebten die vietnamesischen Arbeiter jahrelang ohne

Fortgesetzt auf Seite 20

Zerschlagt Nazi-Pogrome...

Fortsetzung von Seite 19

Angst vor Nazi-Angriffen mit ihren Kollegen zusammen, genau wie andere DDR-Vertragsarbeiter aus Moçambique, Kuba und Polen. Ein Überlebender des Nazi-Pogroms, Thinh Nguyen Do, drückte die Hoffnung aus, „daß wir wieder, wie früher zu DDR-Zeiten, mit der deutschen Bevölkerung zusammenleben können". Die DDR-Bürokratie gab viel auf internationale Solidarität und gab lobenswerte Unterstützung an chilenische Flüchtlinge wie auch an Kämpfer der SWAPO und des ANC aus Südafrika. Aber weil Stalinismus grundsätzlich *eine nationalistische* Doktrin ist, die behauptet, „Sozialismus in einem Land" aufzubauen (oder in der DDR in einem halben), *war er unfähig, nationalistische Einstellungen gegen Immigranten, die von der Bourgeoisie tief eingeimpft worden sind, grundlegend zu beseitigen.*

Es ist eine Tatsache, daß nach 45 Jahren stalinistischer Herrschaft der deutsche Nationalismus innerhalb weniger Wochen und Monate der Konterrevolution explodierte und seither andauernd eskaliert. Und die tödliche Gefahr ist nicht nur potentiell. Es kommt einem Wunder nahe, daß bei dem Rostocker Pogrom niemand getötet wurde, aber allein in den ersten acht Monaten dieses Jahres wurden zumindest zehn Menschen durch Angriffe faschistischer Mordgesellen in Deutschland ermordet. Im Kampf für die proletarisch-politische Revolution in der DDR unterstrichen die Spartakisten die Notwendigkeit für ein *internationalistisches* Programm und gaben Grüße an Arbeiter in Ostdeutschland in vietnamesischer, polnischer, portugiesischer und spanischer Sprache heraus, wie auch auf Russisch an die sowjetischen Soldaten. Wir verurteilten auch die gefährlichen Konsequenzen der Politik der stalinistischen Bürokraten, die „Ausländer" abgetrennt von der übrigen Bevölkerung in Wohnheimen unterzubringen.

Der ÖTV-Streik zeigte die Möglichkeit des gemeinsamen Klassenkampfes der Arbeiter in Deutschland in Ost und West, wie auch die nationale Mobilisierung gegen das Pogrom in Rostock dieses Potential demonstrierte. Aber das entscheidende Element ist die Schmiedung einer Avantgardepartei der Arbeiter auf einem revolutionären Programm. Die Faschisten können nur weggefegt werden durch einen Kampf für Arbeit für alle, durch die Aufteilung der Arbeit auf Grundlage des höchsten Tariflohns. Dies setzt einen direkten Angriff auf das kapitalistische System voraus, das rücksichtslos Arbeitsplätze und die Industrie in der Ex-DDR zerstört, ältere Arbeiter unter das Existenzminimum treibt und für die Jugend nichts bereithält, außer als Kanonenfutter für das Vierte Reich zu dienen. Die Spartakist-Arbeiterpartei, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) kämpft dafür, diese revolutionäre Partei aufzubauen.«

Der Spiegel und Antisemitismus



Zusammen mit dem Wiedererstarken der Ambitionen des deutschen Imperialismus gegenüber Europa wächst offener Antisemitismus und Rassismus gegen Immigranten ekelhaft an. Während Faschisten durch die Straßen marschieren, protzen sogar „respektable" bürgerliche Organe mit deutschem Chauvinismus. In den letzten paar Jahren hat die liberal/sozialdemokratische Zeitschrift *Der Spiegel* eine Reihe von hetzerischen Leitartikeln gegen Immigranten, Sinti und Roma usw. abgedruckt. Am 15. Januar 1990, zwei Wochen nach dem massiven antifaschistischen Protest in Treptow, erschien ein Titelblatt des *Spiegel* mit einem sinistren Foto von PDS-Führer Gregor Gysi, der jüdischer Herkunft ist, mit der Unterschrift „Der Drahtzieher".

Wir protestierten gegen diese antisemitische Hetze gegen Gysi und bemerkten: „Die syphilitische Ansteckungskette führt bis zum .vornehmen' *Spieger (Spartakist* Nr. 77, 9. Oktober 1990). Die Medienüberwachungsgruppe Fairness and Accuracy In Reporting (FAIR) hat jetzt einen wirklichen Dienst erwiesen, indem sie in der Ausgabe Juli/August 1992 ihres Journals *Extra!* über die finsteren Ursprünge des „Drahtzieher"-Deckblatts vom *Spiegel* berichtet: Diese Losung „erschien auf einem berüchtigten Nazi-Propagandaplakat, das im Frankfurter Jüdischen Museum ausgestellt wurde, über der Karikatur eines jüdischen Kapitalisten' ". Noch eine Bestätigung, daß wir Recht haben, wenn wir das Vierte Reich als den Nachfolger des Dritten charakterisieren.

Nach Workers Vanguard *Nr. 556, 24. Juli*

Kurdistan...

Fortsetzung von Seite 5

mit ihrem Bundestagsfraktionsführer Klose, vor allem für die Kriminalisierung der PKK.

In der Türkei geht es um die klassische Politik von Zuckerbrot und Peitsche, wo mit lächerlichen Pseudoreformen die Massen mit der brutalen Vernichtung der PKK versöhnt werden sollen. Die Regierung von Demirel wurde nicht nur von der türkischen Linken unterstützt, sondern sogar auch von der PKK über ihren parlamentarischen Bündnispartner HEP. So hat die PKK ihren Teil dazu beigetragen, die türkischen und kurdischen Arbeiter davon abzuhalten, für den Sturz der Özal/Demirel-Regierung gemeinsam zu kämpfen. Die Zeche bezahlen die Bergarbeiter von Zonguldak, die Einwohner von Istanbul und die Kurden in Sirnak und Çukurca. Anstatt der nationalistischen Strategie des „Volkskrieges" ist eine internationalistische proletarische Strategie notwendig. Um den Kampf zu gewinnen, müssen sich die Kurden verbinden mit ihrem proletarischen Bestandteil in der Diaspora und mit der Arbeiterklasse in der Region. Deshalb kämpfen wir Spartakisten für den Aufbau multinationaler Arbeiterparteien in der Türkei, im Irak, im Iran und in Syrien. Für Arbeiterrevolution von Ankara bis Tel Aviv, Damaskus, Bagdad und Teheran! Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan! •

Balkan: deutscher Imperialismus rührt Kriegstrommel

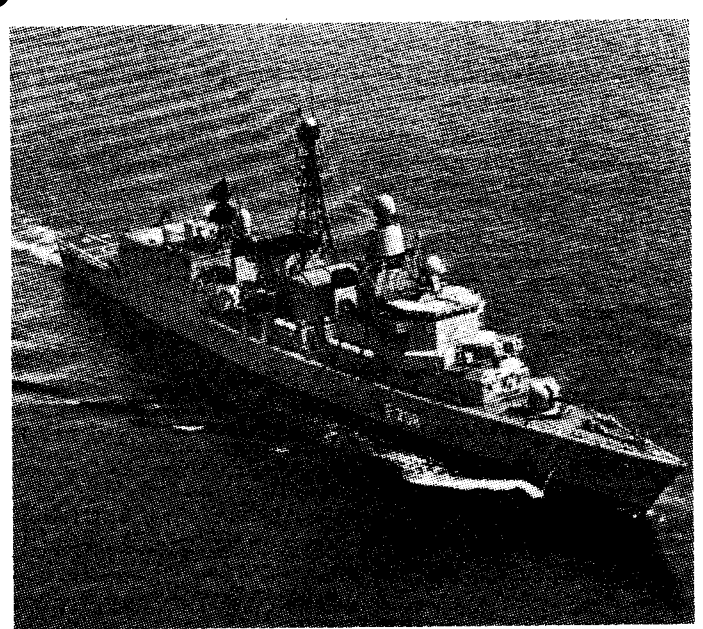
Das Vierte Reich drängte die anderen imperialistischen NATO-Mächte, seine Politik der Zerstückelung Jugoslawiens zu akzeptieren, um die soziale Konterrevolution voranzutreiben — eine Politik, die zu einem blutige Gemetzel geführt hat. Es soll wie im Zweiten Weltkrieg mit der Schaffung von Klientenstaaten in Slowenien und Kroatien anfangen. Jetzt hat dies einen blutigen allseitigen und scheinbar nie endenden nationalistischen Bürgerkrieg entfesselt, statt ein „günstiges Klima" für kapitalistische Investitionen zu schaffen. Hinter einem sehr dürftigen Schleier der „humanitären" Heuchelei, der den Konquistadoren und Goebbels entliehen ist, erwartet Bonn, daß seine NATO-Partner die besoldeten Gendarmen für die Deutsche Bank spielen und seine Kastanien aus dem Feuer holen.

Mit dem Embargo im Stil des Golfkriegs hatten die imperialistischen Mächte ihre militärische Intervention auf dem Balkan schon begonnen. Ihre Entscheidung vom 12. August im UN-Sicherheitsrat, „Hilfslieferungen" nach Bosnien-Herzegowina mit allen „notwendigen Maßnahmen" zu schützen, bedeutet einen weiteren Schritt bei ihrer direkten Verwicklung in den blutigen bosnischen Bürgerkrieg. Frankreich und Britannien haben schon ihre Truppenkontingente als Einsatz auf dem Tisch der imperialistischen Diplomatie angeboten. Nach der Konferenz in London sagte Deutschland logistische Hilfe zu „in den Grenzen seiner Verfassung", wie der italienische Außenminister es ausdrückte. Natürlich fordert jetzt das wiedervereinigte deutsche Reich, daß diese „Grenzen" geändert werden, um die Grenzen Europas wieder zu ändern. Am Vorabend des Nazi-Pogroms in Rostock beschloß die SPD-Klausurtagung in Petersberg, der Verfassungsänderung doch zuzustimmen, um Asylsuchende schneller abzuschieben und die Bundeswehr (mit Blauhelmen geschmückt) „außerhalb der NATO" einzusetzen.

Während seines Urlaubs mahnte Reichskanzler Kohl, „daß die Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg im Balkan keine militärischen Einsätze leisten". Gewiß war die Nazi-Besetzung von Jugoslawien im Zweiten Weltkrieg ein schrecklicher Alptraum von Massenmord — etwa 1 700 000 Jugoslawen (fast elf Prozent der Gesamtbevölkerung) kamen um. Genau vor 50 Jahren massakrierte die Wehrmacht bei einer Offensive (ausgerechnet in Bosnien) zahllose Zivilisten und deportierte 68000 von ihnen, meistens Frauen und Kinder, in Todeslager wie Jasenovac. Doch die Bourgeoisie von Auschwitz meckert nicht über die Schrecklichkeit des Hitler-Reiches, sondern über die Niederlage, die ihr die Rote Armee zufügte. Damit war Titos heldenhafter Partisanenkrieg in Jugoslawien „das Vietnam" für die Nazis! Kein Wunder, daß hier sogar Kohl zurückhaltend ist. Die zweitklassigen Sozialdemokraten von der PDS schreien (wie Richard Nixon!) „Kein neues Vietnam", weil historisch der Vietnam-Krieg eine entscheidende Niederlage für den Imperialismus bedeutete.

Nationalistisches Gemetzel und imperialistische Rivalitäten

Also muß das Vierte Reich sich im Moment mit der logistischen Unterstützung einer Intervention anderer Imperialisten begnügen. Das hält die deutsche bürgerliche Presse nicht davon ab, nach serbischem Blut zu schreien. Inzwischen stützen sich deutsche Lehnstuhlstrategen unverschämt auf die „Lehren" von 1941—1945. Ein Brief an die *Frankfurter Allgemeine* erinnert nostalgisch an 1944, als die SS-Division Prinz Eugen Bosnien „sicherte".



Germis

Deutsche Fregatte „Niedersachsen" in der Adria auf dem Weg zu Kriegsprovokation gegen Serbien

Nicht internationalistischer Kommunismus, sondern nationalistischer Stalinimus ist in Jugoslawien wie auch in anderen osteuropäischen Ländern untergegangen. Trotzdem: die soziale Revolution, die unter Titos Führung durchgeführt wurde, legte die Basis für die soziale und nationale Gleichheit aller jugoslawischen Völker. Mit der kapitalistischen Konterrevolution ist der Balkan, wie vor dem Ersten Weltkrieg, wieder ein Kriegsschauplatz der Völker, und imperialistische Rivalitäten kristallisieren sich heraus. Leo Trotzki schrieb damals:

> „Die Großmächte... hatten immer ein direktes Interesse daran, die Völker und Staaten des Balkan gegeneinander zu hetzen und sie dann, wenn sie einander geschwächt hatten, ihrem eigenen wirtschaftlichen und politischen Einfluß zu unterwerfen. Die kleinen Dynastien, die in diesem ‚Flickenteppich' der Balkanhalbinsel herrschten, haben immer als Hebel für europäische diplomatische Intrigen gedient und dienen immer noch dazu." („Die Balkanfrage und die Sozialdemokratie", August 1910)

Heute müssen wir nur „kleine Dynastien" durch „bürgerliche nationalistische Demagogen" ersetzen.

Das Milosevic-Regime, das sich auf reaktionäre Tschetnik-Banden stützt, hat das multinationale Heer des jugoslawischen deformierten Arbeiterstaats zerschlagen und eine Kraft im Dienste des großserbischen Nationalismus geschmiedet. Die Wahl von Panic (amerikanischer Staatsbürger und Millionär!) zum Präsidenten von „Rest-Jugoslawien" stellte einen Anbiederungsversuch an den US-Imperialismus dar.

„Ethnische Säuberungen" finden statt — auf *beiden* Seiten. In Kroatien ist das Tudjman-Regime der Erbfolger der faschistischen Ustascha und wendet sich wieder einmal an Großdeutschland. Für das Vierte Reich sind die bosnischen Moslems, zunehmend unter kroatischem „Schutz", nur

Fortgesetzt auf Seite 22

Balkan...

Fortsetzung von Seite 21

Werkzeuge für seinen Drang, das ehemalige Jugoslawien zu zerstückeln.

„Serbien muß in die Knie gezwungen werden", brüllte Außenminister Kinkel im Mai. Wer, bitte, sollte das durchführen? In der Juni/Juli-Ausgabe von *Spartakist* schrieben wir: Eine massive miliärische Intervention, die Hunderttausende von Bodentruppen benötigen würde, „wäre sicher ein Maßstab für imperialistische Idiotie".

Im Juli bahnte sich eine wahrhaftige „Heilige Allianz" an, vom Papst (der die enge Unterstützung des Vatikans für Hitlers Ustascha-Klientenstaat in Kroatien erneuert hat) bis zur deutschen evangelischen Kirche, dem amerikanischen demokratischen Präsidentschaftskandidaten Clinton, Margaret Thatcher und „Militärexperten" von CDU und SPD, wie von Bülow (dieser Name ist ein ganzes Programm!). Alles schrie nach Luftangriffen auf die Serben.

Diverse UN- und NATO-Militärberater haben „technische" Einwände dagegen erhoben. Es wäre unmöglich, serbische militärische Ziele genau zu treffen. Was ist aus den berühmten „chirurgischen" „High-tech"-Angriffen des US-Militärs im Irak geworden? Es hat sie nie gegeben. Der US-Imperialismus und seine Verbündeten haben bloß kaltblütig 100000 irakische Zivilisten niedergemetzelt. Sie würden es nach Bedarf wiederholen.

Obwohl die anderen Imperialisten einverstanden sind mit Sanktionen, um Serbien zu bremsen, zögern sie, militärisch zu intervenieren auf der Seite von *Deutschlands* Verbündeten auf dem Balkan. Der US-Imperialismus scheint mehr daran interessiert, Irak eine weitere blutige Lektion zu erteilen. Washington, London und Paris sind nicht davon überzeugt, daß Serbien die Rolle eines Klienten des Imperialismus so gut spielen kann wie die Erben der Ustascha in Kroatien.

Revolutionäre sind gegen jede imperialistische Intervention, auch gegen deren Embargos und gegen jede deutsche „logistische" oder „humanitäre" Hilfe für ein solches Abenteuer. Wir stehen, ohne das serbisch-chauvinistische Milosevi6-Regime politisch zu unterstützen, militärisch auf der Seite von Serbien/Montenegro gegen eine wirkliche militärische Intervention der Imperialisten. Aber im jetzigen blutigen nationalistischen Bürgerkrieg haben die Werktätigen keine Seite. Die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) kämpft für eine multinationale leninistische Partei, die für eine sozialistische Föderation des Balkans kämpft.

Dennoch bereitet das Vierte Reich die Möglichkeit militärischer Eingriffe vor. In einem höchst symbolischen Einsatz wurde der Zerstörer *Bayern* (und nach ihm die *Niedersachsen)* in die Adria kommandiert, um (zusammen mit der Luftaufklärung) Schiffe anzuhalten, die gegen das UN-Embargo gegen Serbien verstoßen. Wie *Die Zeit* es ausdrückte, geht es nicht um das „Selbstbestimmungsrecht Bosniens, sondern Großdeutschlands". „Bruch mit der Vergangenheit", „für die WEU [Westeuropäische Union] die erste Marineoperation in Europa", „nahe dran am echten Krieg", schwärmt *Der Spiegel* (Nr. 20, 20. Juli). In der Tat, obwohl die Bundeswehr nicht autorisiert war, Schiffe aufzuhalten, hat sie sich Mühe gegeben, die Serben *zu provozieren:* „Um zu beweisen, was in ihnen steckt, sind die Deutschen besonders eifrig: Sie fliegen häufiger als die Verbündeten und kommen bei der Jagd auf Embargo-Brecher der jugoslawischen Küste auch schon mal näher als üblich" *(Der Spiegel* Nr. 32, 3. August). Der Zerstörer *Bayern* wird vielleicht in die Geschichte eingehen, wie der Kreuzer *Agadir*, den Kaiser Wilhelm II. 1911 nach Marokko geschickt hatte, um „Flagge zu zeigen" — der Streit um marokkanisches Eisenerz kündigte den ersten imperialistischen Weltkrieg an.

„Schritt für Schritt"

Die Vielfalt von imperialistischen Kriegsschiffen, die in der Adria im Namen von UNO/KSZE/NATO/WEU usw. kreuzen, ist an sich ein Beweis für imperialistische Konkurrenz um Prestige und Einfluß. Unabhängig von den Europäern schickte Bush zwei Kriegsschiffe in die Adria. Die Entsendung der *Bayern* war von der UNO nicht gefordert, und war, nach Ruhe, ein Einsatz „auf eigene Art". Im Gegenteil, als die Holländer auch ein Schiff schicken wollten, hat NATO-Sekretär Wörner sie informiert, daß eine NATO-Sondersitzung nötig war. „Hinter dem ganzen Gerangel steckt der Kampf um den Platz in Europa", sagte jemand aus Kinkels Umgebung *(Der Spiegel* Nr. 29, 13. Juli). In einem Interview mit dem *Spiegel* (16. März) hat Ruhe seine Karten offengelegt: „Soldaten wie Bevölkerung sollen schrittweise an den weltweiten Einsatz deutscher Streitkräfte gewöhnt werden."

Die Umrisse der zukünftigen Kräfteverhältnisse werden immer klarer: die WEU wurde unter deutscher Führung aufgebaut als Alternative zur NATO. Die Bundeswehr schmiedet Pläne für sogenannte „Hilfs- und Katastropheneinsätze", für die „Erhöhung der Einsatzbereitschaft" ihrer Soldaten, auch „unter extremen klimatischen und geographischen Bedingungen", und die Fähigkeit, „das Gefecht unter Guerilla-Bedingungen und den Bedingungen terroristischer Aktionen zu führen" *(Der Spiegel* Nr. 32, 3. August). Die „Konzeptionelle Grundrichtung der Neugestaltung der Bundeswehr", im Frühjahr veröffentlicht, spricht ganz offen über ihre „Hilfsbereitschaft" für deutsches Kapital. Während demoralisierte „Linke" die leninistische Imperialismus-Theorie in Frage stellen, erklärt dieses Papier, daß die Bundeswehr „die Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des Zugangs zu strategischen Rohstoffen" sichern muß!

In der Tat, die Generalstabsoffiziere im neuen Vierten Reich fühlen sich ermuntert. Sie wollen ein „Führungskommando Bundeswehr" über den Generalinspekteur, d. h. die Schwächung von Zivilkontrolle. Und weil sie das Oberkommando der Wehrmacht wiederbeleben möchten, hat Generalinspekteur Naumann befohlen, daß der alte „Traditionserlaß" der Bundeswehr (der behauptet, die Bundeswehr habe nichts gemeinsam mit der Wehrmacht) neu geschrieben werden muß. Einige Offiziere fordern sogar Erlaubnis zu „dienstlichen Kontakten mit Organisationen der Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS" *(Der Spiegel* Nr. 15, 6. April). Kohls und Reagans Rehabilitierung der Waffen-

SS 1985 in Bitburg trägt bittere Früchte im wiedervereinigten Deutschland.

SPD, „Friedens"bewegung und das UNO-Feigenblatt

„Der Krieg ist zu wichtig, um ihn den Generälen zu überlassen", sagt ein berühmtes Sprichwort. Und während aus rein militärischen Gründen der Generalinspekteur Klaus Naumann sagt, er „rate von einem Militäreinsatz ab", macht Bonn - von der CSU bis zu den SPD/Grünen-Veteranen der „Friedens"bewegung — das Vierte Reich mobil für den Balkan. Im Grunde genommen streiten sich CDU und SPD nur über die Farbe des Helmes der zukünftigen Invasionstruppen. Erinnern wir uns, daß eine SPD-Regierung nicht gezögert hat, 1977 einen GSG-9-Stoßtrupp nach Mogadischu zu schicken. Ein SPD-Mitglied des Bundestages schrieb in der *taz* (26. August): „Dort in Rostock ist in wenigen Stunden unsere moralische Berechtigung, den Vertreibungsterror der Serben gegen die moslemischen Bosnier zu geißeln, beschädigt worden." Angesichts des Nazi-Pogroms in Rostock führt die SPD jetzt den Aufbau von einer neuen GSG-9 an, um Antifaschisten und Linke zu bekämpfen.

Und wo bleibt die SPD/Grünen-„Friedens"bewegung, fragt die Presse. 1991 schloß sich die deutsche Linke dem Geschrei nach einem Handelsembargo an, das den Irak aushungern sollte, bis er sich seinen imperialistischen Herren unterwirft. Sie fügten nur hinzu, daß es „kein [deutsches] Blut für Öl" geben dürfe. Da die von den USA angeführte Kriegsmobilmachüng im Golf gegen ihre imperialistischen Konkurrenten in Bonn und Tokio ebenso gerichtet war wie gegen die ehemaligen CIA-Marionetten in Bagdad, demonstrierten Hunderttausende für einen „Frieden" (durch Iraks Kapitulation!). Dennoch, wenn der deutsche Imperialismus bei der Aufteilung durch die „Neue Weltordnung" mitreden wollte, konnte er nicht völlig außen vor bleiben und mußte den Krieg mitfinanzieren. Deshalb hat Kohl befohlen, daß diese „antiamerikanischen" Mobilisierungen aufhören sollten, und ihre Organisatoren haben gehorcht.

Die „Friedens"bewegung, die sowieso die imperialistische Dämonisierung des Irak geteilt hat, ist seitdem regelmäßig aufgefordert worden, Demonstrationen zu organisieren, um imperialistischen „Schutz" von Kurden oder Bosniern zu verlangen. In Hamburg hat am 1. September ein Bündnis von Grünen, PDS, WN und anderen eine Demonstration durchgeführt. Das Bündnis ist weder gegen das imperialistische Embargo noch gegen Einsätze von „UNO"-Truppen, nur gegen den direkten Einsatz der Bundeswehr. Inzwischen hat die SPD eine Demonstration in Wiesbaden organisiert, um ein „totales" Embargo gegen Serbien zu fordern. Jetzt fordert DGB-Chef Meyer Bundeswehreinsätze im Balkan, natürlich unter „UNO-Schirmherrschaft". Meyers Vorstoß erinnerte daran, daß 1951 der damalige DGB-Vorsitzende Fette der Vorreiter der Wiederaufrüstung Deutschlands war. Und jetzt argumentieren führende Mitglieder der Grünen, daß mit dem Untergang der Sowjetunion (deren Atomwaffenarsenal die Imperialisten in Schach gehalten hat und zwei Generationen lang die Menschheit vor einem Atomkrieg bewahrt hat) Pazifismus „out" ist und Bundeswehr weltweit „in".

Wie recht Trotzki hat, wenn er sagt:

> Die Imperialisten wissen im voraus, daß der Pazifismus der Sozialdemokratie sich beim ersten Kanonenschuß in Kriegsdienerei verwandelt und zur wichtigsten Reserve des Militarismus wird. Deshalb bedeutet der unversöhnlichste Kampf gegen den Pazifismus, die Entlarvung seines treubrüchigen. Charakters, den ersten Schritt auf dem Wege des revolutionären Kampfes gegen den Krieg." („Erklärung der Bolschewiki-Leninisten" zum Antikriegskongreß in Amsterdam, 25. Juli 1932)

Die PDS hinkt der SPD und den Grünen hinterher. „Ginge es um Frieden, stünden andere Mittel zu Gebote: totales Waffen- und Wirtschaftsembargo, Druck, zuerst auf heimische Waffenhändler, dann auch auf die Nachbarn Rest-Jugoslawiens, die mit serbischen Extremisten kungeln", lesen wir im *Neuen Deutschland* (16. Juli). Während seine Genossen mit der antiserbischen Meute heulen, ist Hans Modrow gegen jede „einseitige Parteinahme" in Jugoslawien. Nun, nachdem er versprochen hat, daß die kapitalistische Wiedervereinigung „demokratisch" wird, verkauft derselbe „Staatsmann" die Illusion, daß das Vierte Reich seine kroatischen Verbündeten fallenlassen wird. Aber, um Sanktionen durchzusetzen, braucht man eine Blockade, und eine Blockade ist eine *Kriegshandlung.* Wie im Irak: Sanktionen bedeuten das langsame Verhungern und Sterben von Tausenden von Serben.

Propaganda-Krieg

Das tägliche Propaganda-Sperrfeuer aus Sarajevo ist ein glänzender Beitrag zur Vorbereitung eines militärischen Angriffs auf Serbien. Und hier „kennt man keine Parteien mehr, nur noch Deutsche", von der *FAZ* bis zur *taz.* Doch das wurde aufgegriffen durch das Nazi-Pogrom der „ethnischen Säuberung" in Rostock, angestiftet durch die rassistische Anti-Asyl-Koalition in Bonn, die von der CSU/CDU bis zu SPD und PDS reicht. Wenn die deutsche Bourgeoisie die Serben über Völkermord belehren will, dann ist das eine Menge Chuzpe. Auch Nazi-Jäger Simon Wiesenthal lehnt den deutschen Mißbrauch des Begriffes „Völkermord", mit dem die Ereignisse in Bosnien heute umschrieben werden, ab; denn das bedeutet eine Verharmlosung des Nazi-Völkermords, der nicht zuletzt in Serbien wütete.

Der Gipfel der Heuchelei des Vierten Reiches ist wohl seine „Sorge" über das Schicksal der bosnischen Bevölkerung. Es ist doch klar, daß die Hunderttausenden *serbischen* Flüchtlinge aus kroatischen und moslemischen Gebieten überhaupt nicht existieren für die deutschen Medien. „Ein Herz für Bosnier"? Es gibt immer noch Visumpflicht für bosnische Flüchtlinge an der deutschen Grenze. Schließlich hat die Regierung entschieden, 10 000 hereinzulassen. Die Bundesregierung hat ferner angeboten, mehr Bosnier aufzunehmen ... wenn die Anzahl der Flüchtlinge aus anderen Ländern durch Abschiebungen verringert wird.

Einmal in Deutschland angekommen, kriegen die bosnischen Flüchtlinge die „Sonderbehandlung" des Vierten Reiches: sie werden von Nazi-Skinheads angegriffen. Roma und Sinti — Opfer nationalistischer Verfolgung von allen Seiten in Ex-Jugoslawien — sind auch in Deutschland besondere Zielscheibe rassistischer Hetzkampagnen von CDU- und SPD-Landesregierungen.

Besonders zynisch war das Propaganda-Unternehmen von zwei Landtagsabgeordneten von Sachsen-Anhalt, Kinder aus Sarajevo nach Magdeburg zu bringen, höchstwahrscheinlich mit dem Segen der Bundesregierung. Zwei starben bei der verpfuschten Evakuierung; es stellt sich nun heraus: mindestens ein Kind wurde *gegen den Willen seiner Mutter* entführt.

Verachtenswert ist auch die Behauptung, der Nachfolgestaat des Dritten Reichs hätte eine besondere „moralische Verpflichtung", gegen Konzentrationslager ... in Serbien einzutreten. Deutsche imperialistische „Moralisten" haben ganz einfach die 40 kroatischen und/oder moslemischen „Internierungslager", wo ähnliche Bedingungen herrschen, „übersehen". „Vergessen" ist auch der unglaubliche Schrecken, der in dem t/ytoc/zö-Todeslager Jasenovac herrschte.

Gleichzeitig versuchen deutsche Propagandisten ein

Fortgesetzt auf Seite 24

Balkan...

Fortsetzung von Seite 23

schönes Bild von einem „demokratischen" Kroatien zu malen. Der kroatische Führer, Ustascha-Liebhaber Tudjman, empfing im Mai 1991 eine Delegation von faschistischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments, darunter Le Pen. Seitdem ist bekannt geworden, daß Hunderte von Faschisten verschiedener Länder, auch aus Deutschland, auf der kroatischen Seite kämpfen.

Das (imperialistische) Recht auf Selbstbestimmung und die Linke

Adolf Hitler hat nicht nur Österreich und das Sudetenland annektiert; er hat auch Kroaten und Slowaken benutzt, um Jugoslawien und die Tschechoslowakei zu zerstören. Sogar heute belehrt uns die bürgerliche Presse, daß Jugoslawien ein „Völkergefängnis" und eine „Fehlkonstruktion" war. Früher hat die deutsche Bourgeoisie, unterstützt von der SPD, die Freikorps gegen die Bolschewiki benutzt, im Namen des „Selbstbestimmungsrechts" der baltischen Länder.

Und es gab sogenannte „Revolutionäre", die sich hinter den heutigen deutschen Drang nach Osten gestellt haben. Im Sommer 1991 hat Ernest Mandels pseudotrotzkistisches „Vereinigtes Sekretariat" seine Unterstützung für kroatische Unabhängigkeit erklärt und sogar aufgerufen zum „Sturz" des Milosevi6-Regimes durch „wirtschaftliche und politische Isolierung des Belgrader Regimes durch ganz Europa" *(International Viewpoint,* 16. September 1991).

Jetzt, wo die Konterrevolution triumphiert hat, vorangetrieben durch den von den Imperialisten unterstützten Nationalismus, wollen die Mandelianer ein bißchen Abstand nehmen von der blutigen Katastrophe, die sie noch Monate vorher bejubelt haben, und werfen sich dem rasenden großdeutschen Nationalismus in die Arme. Jetzt verkünden die westdeutschen sogenannten „Vereinigten Sozialisten" um die *SOZ* (27. August) arrogant: „Nur weil wir Deutschen [!] die völkischen Staatsstrukturen bereits verinnerlicht haben [!!], können wir in dieser Mischung [!!!] eine .Zeitbombe' sehen, die entschärft werden muß." Wie, durch „ethnische Säuberungen"? Nein, so weit gehen sie nicht. Statt dessen greifen sie auf zynisch-ironische Weise einen Nazi-Begriff auf, um „ethnische Verschmutzung" sowohl in Deutschland als auch auf dem Balkan zu fordern. Ihre ungeliebten ostdeutschen Genossen in der Gruppe Revolutionäre Sozialistinnen haben letztendlich entdeckt: „In Serbien und Kroatien stehen sich zwei chauvinistische Regimes gegenüber..." *(Avanti,* September). Aber in der gleichen Ausgabe stellen sie eine „neue Massenavantgarde" vor und drucken eine Erklärung der streikenden Studenten der Belgrader Universität ab. Diese kündigten an, daß sie Kerzen in der Kirche „für die Rettung der serbischen Menschen, die nicht in Serbien leben", entzündet haben. Und sie fordern damit „die Bildung einer Regierung der nationalen Rettung". Diese ultranationalistischen „Studentinnen" werden von der GRS als „Widerstandskämpfer gegen den Krieg" dargestellt, denn noch entzünden sie Kerzen statt Häuser.

Nationalismus ist keine Lösung. Nur Trotzkis Permanente Revolution bietet eine Antwort an, wo vermischte Völkerschaften zusammenleben: „In diesem Fall würde man eine demokratische Lösung der nationalen Frage nur in dem Zusammenhang von proletarischen, kollektiven Eigentumsverhältnissen finden, die die Grundlage liefern für eine föderative Lösung frei von nationaler Unterdrückung." („The National Question in Yugoslavia" [Die Nationale Frage in Jugoslawien], *Workers Vanguard* Nr. 106,23. April 1976).

„Arbeitermacht" ist ein austro-nationalistischer Ableger, der zur Verteidigung von Kurt Waldheim eilte, einem Offizier in der Waffen-SS auf dem Balkan, der persönlich verantwortlich war für den Massenmord an Juden in Saloniki und an jugoslawischen Partisanen. Sie behauptet, daß er kein Nazi-Kriegsverbrecher sei. Es war also keine Überraschung, daß sie im Juni 1991 für die „sofortige Anerkennung der slowenischen und kroatischen Unabhängigkeitserklärungen" eingetreten ist, obwohl sie sich dessen bewußt war, daß es die Unterstützung von „offen restaurationistischen Regierungen in Ljubljana und Zagreb" bedeuten würde *(Arbeitermacht* Nr. 21, August 1991). Wie die Mandelianer heute behaupten sie, gegen eine imperialistische Intervention und gegen kroatischen und serbischen Nationalismus zu sein, den sie vorher aus vollem Herzen bejubelten.

Arbeitermacht bezeichnet den Titoismus als „Nährboden des Nationalismus" (Nr. 30, Juli). Titos Partisanen siegten im Kampf sowohl gegen die Ustascha und die Tschetniks, die Pogromisten, als auch gegen die Nazis und die italienischen Faschisten, die Besatzer, und legten damit die soziale Basis für eine demokratische Lösung der nationalen Frage. Daß sie nicht endgültig gelöst ist, hat in diesem Fall nichts zu tun mit „bürokratischer Willkür" (die oberflächliche Erklärung von Arbeitermacht), sondern damit, daß die nationale Frage auf dem Balkan nicht in den Grenzen des jugoslawischen "Staates gelöst werden konnte. „Arbeiterselbstverwaltung" ließ regionale Ungleichheiten in der Wirtschaft bestehen und heizte den Aufstieg von nationalistischen Kräften an. Proletarischer Internationalismus — eine sozialistische Föderation der Balkanstaaten — und eine zentralisierte Planwirtschaft auf der Basis von Arbeitersowjets sind die echte trotzkistische Alternative.

Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Als der Nationalismus die treibende Kraft der kapitalistischen Konterrevolution im Baltikum und auf dem Balkan war, unterstützten diese Gruppen ihre eigene Bourgeoisie und ihre neuen Quislinge, genauso wie sie im Namen von „Demokratie" den Anschluß der DDR mitmachten oder sogar begrüßten. Der Mandelianer Hans-Jürgen Schulz betreibt einen besonders schwachsinnigen Optimismus: „Ein Hurrapatriotismus wie in Britannien im Malwinenkrieg oder den USA im Golfkrieg ist hierzulande genau so undenkbar wie ein Chauvinismus wie in Rußland, Serbien oder Kroatien." Deutschland, nach Schulz, ist „zum Land der Friedensbewegung geworden" — wo lebt er denn? Und weiterhin: er sieht kein „Viertes Reich", weil er in einer Zeit eines „kollektiven Imperialismus" lebt. Kautskys „Superimperialismus" läßt grüßen! Daß imperialistische Konkurrenz und deutsches Großmachtstreben auf der Tagesordnung stehen, liegt auf der Hand. Offensichtlich ist deutscher Nationalismus so allgegenwärtig für Schulz wie die Luft zum Atmen (wie für seinen Genossen Winfried Wolf, Autor der Losung „Kein *deutsches* Blut für Öl!").

Im starken Gegensatz zu diesen Satelliten der SPD und PDS kämpften wir gegen die kapitalistische Wiedervereinigung, genauso wie unsere Genossen der Internationalen Kommunistischen Liga heute dafür kämpfen, die multinationalen sowjetischen Werktätigen gegen Jelzins Konterrevolution zu mobilisieren und gegen deren damit einhergehenden großrussischen Chauvinismus, Antisemitismus und frauenfeindlichen Stumpfsinn. Mit dem Anschluß hat der deutsche Imperialismus einen finsteren Sieg erreicht, aber die Regierung hat den Mund zu voll genommen. Die Arbeiterklasse hat angefangen, gegen die Sparpolitik zu kämpfen, die die Bourgeoisie braucht, um ihren Drang nach Osten zu finanzieren. Klassenkampf kann die Weltmachtpläne der deutschen Bourgeoisie zunichte machen! Angesichts des finsteren Aufstiegs von staatlichem Rassismus und Nazi-Terror wollen wir eine revolutionäre Arbeiterpartei aufbauen in der internationalistischen Tradition von Lenin, Liebknecht und Luxemburg.«

Diestels/Gysis Komitees...

Fortsetzung von Seite 2

Arbeiterstaat war, wenn auch bürokratisch deformiert.

Aber was ist mit den Ostkomitees? Können sie irgendwie „die Zustände in Deutschland anprangern, die Nöte, die Forderungen und Standpunkte der Menschen im Osten Deutschlands in die Öffentlichkeit, auf die Straße und in die Parlamente bringen", wie Hermann P. sich wünscht?

Was sind die Beispiele der hauptsächlichen Probleme in Ostdeutschland heute? Es gibt den Angriff gegen Frauen, die die Mehrzahl derjenigen sind, die entlassen wurden. Mit der „Reform" des Paragraphen 218, der das Recht auf Abtreibung in der früheren DDR beschneidet, haben sie gerade einen Hauptschlag abgekriegt. Sogar noch dramatischer ist die Situation der Immigranten und Asylsuchenden, die von rassistischem Terror verfolgt und ermordet werden, und deren Recht auf Asyl gerade vom Bundestag erwürgt werden soll. Dies ist heute die Frage der Fragen in Hermann P.s Staat von Mecklenburg-Vorpommern, und tatsächlich in ganz Deutschland. Was haben die Ostkomitees über diese Probleme zu sagen?

Antwort: Nichts. Zuerst stimmte Gysi *dafür,* das DDR-Abtreibungsrecht zu streichen. Hat die PDS als Antwort auf das grauenhafte Pogrom für die verschiedenen kleinen Protestdemonstrationen in der Woche vom 23.—28. August mobilisiert? Nein. Gab es eine breite Mobilisierung für die Berliner PDS-Demonstration am 26. August? Nein. Vielmehr beteiligte sich *Neues Deutschland* an der gegen Linke gerichteten Hetze über „Gewalt". Sicher, Gregor Gysi und Hans Modrow sind am Schluß bei der Demo am 29. August in Rostock aufgetaucht, aber ihre symbolische Anwesenheit im Marsch hatte den Charakter eines Alibis für die Weigerung der PDS, gegen die Faschisten zu mobilisieren, und dafür, „Verständnis" für die Pogromisten zu zeigen (siehe Artikel auf der Titelseite dieses *Spartakist,* „Zerschlagt Nazi-Pogrome in Rostock und überall").

Und was die Ostkomitees betrifft, beriefen sie am 29. August eine zentrale Sitzung nach Berlin ein, zur gleichen Zeit, als die nationale antifaschistische Demonstration in Rostock stattfand. Diese kriminelle Enthaltung ist nicht zufällig. Inmitten der rassistischen Hetze antwortet Diestel auf die Frage des *ND,* was er im vereinten Deutschland ablehnt: „Wenn Menschen, Rumänen zum Beispiel, kommen, ihre Kinder ausziehen und betteln". Und Gysi sagte über die Komitees: „Viele Gebiete wären nicht diskutierbar, aktuell etwa das 218-Thema, fortlaufend sicher die Ausländerfrage." Natürlich, die Übereinstimmung, diese Lebensfragen für die Arbeiterbewegung nicht zu „diskutieren", ist die *absolute Vorbedingung* für Gysis Allianz mit dem DSU-Mann Diestel.

Wie wir in der letzten Ausgabe des *Spartakist* feststellten, sind die Ostkomitees *notwendigerweise gegen den Kampffür die Rechte der Immigranten und Frauen gerichtet.* Die „Ostbewegung" sagt zu ihnen: zurück zu Heimat und Herd. Denn diese „Volksfront" ist dem *Klassenkampt* gegen die verheerenden Auswirkungen der kapitalistischen Konterrevolution im Osten entgegengesetzt. Das ist nicht nur der Effekt, sondern der Zweck, für den diese Ostkomitees gegründet wurden.

Der spontane Solidaritätsstreik der Ostberliner Bus- und Straßenbahnfahrer während des letzten ÖTV-Streiks zeigte das Potential für gemeinsamen Widerstand in Ost und West gegen die Erniedrigung durch das Vierte Reich. Es war direkt danach, daß Diestel und Gysi zu einer „Sozialpartnerschaft" mit den Kapitalisten im Osten aufriefen, denn „es kommt darauf an, eine massenhafte destruktive Protesthaltung [zu] unterbinden". So Diestel offen in der *Berliner Zeitung* am 12. Juni.

Die Spartakist-Sprecherin und Bundestagskandidatin Jana Strauchfuß hob in ihrer Intervention bei der Gründung des Marzahner Komitees hervor, gegen die nationalistische Ostbewegung, daß wir eine revolutionäre Partei wie die Bolschewiki brauchen, um den Widerstand gegen die Angriffe der Kohl-Regierung, gegen Rassismus und faschistischen Terror zu führen und diesen Kampf mit der Eroberung der Staatsmacht durch die Arbeiterklasse zu verbinden. Der Komitee-Sprecher protestierte gegen solch eine „parteipolitische Agitation". Wie der Kaiser Wilhelm kennen die Komitees keine Parteien mehr, nur noch (Ost)-Deutsche, und appellieren in populistischer Manier an „das Volk" *(Neues Deutschland,* 20. Juli).

Wir stimmen eher Bertold Brecht zu, der einmal sagte, daß es ihn immer nervös machte, wenn Deutsche sich auf „das Volk" bezogen. Man braucht sich nur die Entwicklung der Leipziger Demonstrationen anzusehen, die von „Wir sind das Volk" zu „Wir sind ein Volk" ging.

Hermann P. würde vielleicht unsere Intervention in Marzahn als Beispiel von „überholten, zeitfremden Dogmen" betrachten. Er will statt dessen „die offen kapitalistisch geprägte Gesellschaft in der BRD verändern, im Interesse der arbeitenden Menschen reformieren und schließlich überwinden". Dies ist das Dogma, das von Bernstein und Kautsky gegen Lenin, Trotzki, Liebknecht und Luxemburg verteidigt wurde, die darauf bestanden haben, daß Reformen das Nebenprodukt des Klassenkampfes für die Revolution sind. Verglichen mit der PDS von heute waren Bernstein und Kautsky „feurige Revolutionäre". Diejenigen, die an die Möglichkeit glauben, den Kapitalismus zu reformieren bis zu dem Punkt, • ihn zu überwinden, müssen Marx wegschmeißen und beten: „Es wird keinem schlechter gehen" — dies ist reinste Utopie.

Was zum Ende der DDR führte, war der Bankrott des *Stalinismus,* des nationalistischen, antirevolutionären Dogmas, daß man „Sozialismus in einem Land" aufbauen könne. Dies war dem internationalistischen Programm von Lenin und Trotzki entgegengesetzt, der Oktoberrevolution, der sozialistischen Weltrevolution. Wie wir festgestellt haben, sind die Ostkomitees Beispiele eines anderen stalinistischen Dogmas, der „Volksfront", die das Proletariat an Teile der Bourgeoisie fesselt (natürlich an den „demokratischen" Teil), um die Arbeiterrevolution zu erdrosseln, wie in Spanien in den 30er Jahren oder in Chile in den 70ern, was unvermeidlich zur blutigen Konterrevolution führte.

Zum Abschluß mögen sich unsere Leser daran erinnern, daß die Ostkomitees nicht das erste Beispiel einer solchen Volksfront in Ostdeutschland sind. Im November 1989 haben viele der gleichen Leute (z. B. Stefan Heym) einen Appell „Für unser Land" herausgebracht. Aber weder der Appell noch die vorgeblich klassenlose, kleinbürgerliche (und manchmal bürgerliche) „Bürgerbewegung", die mit diesem Aufruf verbunden war, waren fähig, die DDR vor dem massiven Ansturm des deutschen Imperialismus zu retten. Um gegen diese Dampfwalze zu kämpfen, muß man die *Macht* des Proletariats, West und Ost, Frauen und Männer, genau wie „Ausländer" und „Deutsche", mobilisieren im Kampf für internationale sozialistische Revolution, geführt von einer Partei „wie der Bolschewiki".

Die Kapitulation der PDS/Ostkomitees vor dem Rostocker Pogrom - dem blutigen Gesicht der kapitalistischen Konterrevolution, das leibhaftig geworden ist - ist ein dramatischer Beweis dafür, daß Reformismus/Nationalismus nicht nur impotent sind, sondern eine Todesgefahr.«

Verteidigt die 4500...

Fortsetzung von Seite 5

aktive Gewerkschafter direkt von Entlassungen bedroht. Im KSB Pumpenwerk Halle hängt am schwarzen Brett eine Liste der Kollegen, die durch die *Bild*-Veröffentlichung denunziert wurden. Genauso war es bei den Werktätigen der berühmten Berliner Charité, die mit grotesken Horror-Lügen über sadistische „Stasi-Experimente" an lebenden Patienten und die Ertränkung von Frühgeburten in Erfurt überzogen wurden, sobald Kampfmaßnahmen gegen die Entlassungen drohten. Gerade die Frauen waren die ersten Kämpfer im Widerstand gegen die Auswirkungen des Anschlusses. Jetzt halten die neu eingeschulten Kinder zwar ihre Zuckertüten in den Händen, doch es gibt keine Lehrer, die sie unterrichten. Sie sind bereits entlassen worden. Wir dürfen es nicht zulassen, daß die Bosse und ihre SPD-Handlanger durch diese erneute Ausweitung der Hexenjagd die Arbeiterklasse spalten. Um den Kampf zu organisieren, um alle Kollegen gegen die Hexenjagd zu verteidigen, brauchen wir eine gesamtdeutsche revolutionäre Arbeiterpartei, die den Kampf gegen Hexenjagd und Rassismus aufnimmt. Für eine solche Partei kämpfen wir Spartakisten.



Der Spiegel

Mai 1991: Hallenser zeigen ihre Wut gegen Wahllügner Kohl. Heute fallen viele nicht auf die Hexenjagd herein

Der Zeitpunkt der Veröffentlichung der Stasi-Listen war bewußt gewählt. Schon der Stahlstreik im Ruhrgebiet Anfang des Jahres hat die Solidarität der ostdeutschen Kollegen wachgerufen. Doch es war der machtvolle ÖTV-Streik im Mai, der die gemeinsame Solidarität der Arbeiter hervorrief, allen voran der Straßenbahner im Osten Berlins, die einer besonders scharfen Stasi-Hexenjagd ausgesetzt sind.

Gerade in der Arbeiterstadt Halle versuchen die Sozialdemokraten, die bisher in der Ex-DDR kaum Fuß gefaßt haben, vermittels der Gewerkschaftsbürokratie und Betriebsräte die Arbeitsplatzvernichtung durchzuführen. Mit der Hexenjagd versuchen sie, die Arbeiter gegeneinander aufzubringen und eine Lynchstimmung aufzupeitschen. Als vor einem Jahr bei ORWO Entlassungen von mehr als 10 000 Arbeitern anstanden, führten Betriebsrat und SPD eine Hexenjagd gegen die Stasi, um die berechtigte Wut der Arbeiter zu lahmen und um von ihrer Zustimmung zu den Massenentlassungen abzulenken.

Was die PDS betrifft, tritt sie wieder als bewährter Helfershelfer der Hexenjagd auf. Sie fordert „verfassungsmäßige" individuelle „Prüfung" (!) des anonymen Drecks. Sie will eine „gerechte" Hexenjagd, wie bei der von der PDS selbst angeordneten Überprüfung ihrer Bundestagsabgeordneten, die zum Selbstmord Gerhard Rieges führte. Die PDS-Führung entblödet sich nicht, um die Zusammenarbeit der Stasijäger des Neuen Forums zu buhlen. Wir Spartakisten haben mit allen Kräften gegen die kapitalistische Wiedervereinigung gekämpft und die Wahrheit über die verheerenden Konsequenzen gesagt. Deswegen haben wir die PDS von Anfang an gegen die SPD-geführte antikommunistische Hexenjagd verteidigt, darunter den ehemaligen Hallenser PDS-Führer Kaufmann, obwohl die PDS selbst voll bei der Hetze mitmacht.

Nach dem Zusammenbruch des Stalinismus haben Gysi/Modrow die Arbeiter der DDR „friedlich" an den Imperialismus ausverkauft. Darauf sind sie heute noch stolz, während immer mehr Arbeiter ins Elend gestürzt werden. Auch weltweit hat der Anschluß des deformierten Arbeiterstaats DDR die Appetite des Vierten Reichs massiv verstärkt, wie sich in dem blutigen nationalistischen Bürgerkrieg in Jugoslawien zeigt, der von Kohl/Genscher gemeinsam mit ihren strategischen Vordenkern der SPD angefacht wurde. Für ihren Drang nach Osten will die Bourgeoisie die Ausbeutung der Arbeiter im eigenen Land hochschrauben und besonders die ostdeutschen Arbeiter einschüchtern.

Während der ÖTV-Streik die machtvolle Möglichkeit für gemeinsamen Klassenkampf in Ost und West demonstrierte, unterstützt die PDS die verbrecherische Spaltungspolitik der SPD, diesmal mit dem betrügerischen Manöver der „Komitees für Gerechtigkeit". Dieser regional-nationalistische Verein mit dem reaktionären DSU-Diestel richtet sich gegen die eingewanderten Arbeiter und gegen den gemeinsamen Kampf der Werktätigen in Ost und West. Nach der Massenabschiebung von Zehntausenden vietnamesischen, mosambikanischen und polnischen Kollegen schürt die PDS jetzt die Hetze gegen „Zigarettenverkäufer" und „Hütchenspieler" mit. Wir dürfen es nicht zulassen, daß die Arbeiterklasse nach dem Prinzip „Teile und herrsche" entlang rassistischer Linien gespalten wird. Unsere eingewanderten Kollegen gehören zu den besten Kämpfern gegen die Angriffe der Bourgeoisie. Die Arbeiterbewegung muß mobilisiert werden, um für die Rechte aller Unterdrückten und für volle Staatsbürgerrechte für Immigranten und Asylsüchende zu kämpfen!

Die Klasseneinheit ist lebenswichtig für siegreiche Arbeiterkämpfe, doch dazu müssen die klassenverräterischen SPD-Bürokraten aus ihren Sesseln vertrieben werden. Als die SpAD am 9. November 1991 eine Einheitsfront gegen den Nazi-Aufmarsch in Halle initiierte, stießen wir auf großes Interesse unter den Chemiearbeitern von Leuna, unter den Metallern und den Eisenbahnern. Doch buchstäblich in letzter Minute bekamen die Sozialdemokraten kalte Füße und benutzten ihre Kontrolle über die Gewerkschaften, um die kampfbereiten antifaschistischen Arbeiter massiv zu demobilisieren. Und was die Linie der PDS wert ist, die nach mehr Polizei gegen Nazis ruft, hat der rassistische Mord an dem angolanischen Arbeiter Amadeu Antonio in Eberswalde gezeigt. Stoppt die Faschisten durch Arbeitereinheitsfront!

Die Bourgeoisie von Auschwitz will jede Erinnerung an den deformierten Arbeiterstaat DDR auslöschen, der durch den Sieg der Roten Armee über das Dritte Reich entstanden ist. Die Stasi-Hetze soll dazu dienen, das fortschrittliche Bewußtsein unter den DDR-Arbeitern vor allem in sozialen Fragen zu vernichten, um den gemeinsamen Kampf in Ost und West zu verhindern. Aber dieses soziale Bewußtsein kann die Kraft sein, um den sozialdemokratischen Würgegriff zu brechen, der das machtvolle westdeutsche Proletariat fesselt. Um diesen Kampf zu organisieren, brauchen die Arbeiter eine revolutionäre Partei in der internationalistischen Tradition von Lenin und Trotzki. Es ist das Ziel der SpAD, eine solche Partei aufzubauen, die nicht nur diesen Rachefeldzug der Bourgeoisie des Vierten Reichs vereitelt, sondern auch die Arbeiter zum endgültigen Sieg über ihre Ausbeuter führen kann.«

Honecker...

Fortsetzung von Seite 3

der deutschen Regierung mit Jelzin, der den todkranken früheren DDR-Staatschef für gesund erklären ließ, um ihn loszuwerden. Boris Jelzins konterrevolutionäre russische Regierung hat mit Honeckers Auslieferung ein Blutopfer an die deutsche Bourgeoisie dargebracht, die die Errungenschaften der Oktoberrevolution beseitigen will, um die Werktätigen in Osteuropa und der ehemaligen UdSSR auszubeuten und auszuplündern. Während das Vierte Reich des deutschen Imperialismus den Drang nach Osten des Zweiten und Dritten Reichs erneuert, vorerst mit D-Mark statt mit Panzern, und Millionen Ostdeutsche arbeitslos macht, betreibt es zu Hause eine Hexenjagd, um den Sieg der Sowjetunion über den Hitler-Faschismus zu rächen.

In obszönen Vergleichen wird der Schauprozeß gegen Honecker auf eine Stufe mit den Nürnberger Prozessen gegen Nazi-Führer gestellt, die für die Ermordung von 6 Millionen Juden und Millionen von Kommunisten, Slawen, Roma und Sinti in ganz Europa und für den Tod von über 20 Millionen sowjetischen Bürgern verantwortlich waren! Die Bourgeoisie von Auschwitz will die Schuld für den *Völkermord* damit wegwischen, daß sie den ehemaligen Chef der DDR mit der Anklage vor Gericht stellt, er habe einen Befehl herausgegeben, der zu 187 Toten an der Grenze führte — über einen Zeitraum von 28 Jahren. Es wurden also im Durchschnitt *sieben Menschen pro Jahr* von DDR-Grenztruppen umgebracht, die den Arbeiterstaat gegen imperialistische ökonomische Sabotage verteidigten. Die rassistische Bonner Allparteienhetze hat eine Welle von Nazi-Terror im wiedervereinigten Deutschland entfacht, die zum Pogrom in Rostock geführt hat. Die blutgetränkte Bourgeoisie hat kein Recht, über Honecker zu „richten".

Als Vorwand für die Ergreifung Honeckers dient — genau wie bei anderen DDR-Führern wie dem ehemaligen Verteidigungsminister Heinz Keßler, der mit der Roten Armee gegen die Wehrmacht gekämpft hat, beim ehemaligen Ministerrats-Vorsitzenden Willi Stoph, und bei den zusätzlichen Anklagen gegen Mielke — ein angeblicher Befehl des Nationalen Verteidigungsrates von 1974, dem zufolge Grenzverletzer zu erschießen seien, die aus der DDR fliehen wollten. Doch die deutschen Behörden konnten mit solch einem „Schießbefehl" nicht aufwarten. Und wie sogar die liberale *Die Zeit* (31. Juli) zugeben mußte: „Die DDR hatte ein Grenzgesetz, das den Schußwaffengebrauch kaum anders regelte, als das andere Staaten auch tun." Der Herausgeber der *Zeit*, der ehemalige SPD-Bundeskanzler Helmut Schmidt, muß es wissen: der schießwütige Bundesgrenzschutz, der 59 Todesschüsse in der Zeit bis 1968 an der Grenze abfeuerte, ist nicht gerade dafür bekannt, zart besaitet zu sein.

Im Gegensatz zu Westdeutschland bot die DDR Hunderten von Südafrikanern und Namibiern Asyl, wie auch *einigen tausend* Chilenen, die nach Pinochets Putsch 1973 fliehen mußten. (Einer davon war Clodomiro Almeyda, bis vor kurzem chilenischer Botschafter in Moskau, bei dem Honecker in den letzten sieben Monaten Zuflucht fand, trotz des enormen Drucks des deutschen Imperialismus und der reaktionären Spitzen in Chile, wo Pinochet immer noch Chef-Kommandeur der Armee ist.) Man vergleiche das mit dem neuen großdeutschen Abschiebegesetz, das beschleunigte Massenabschiebung und auf besonderen Druck der SPD Konzentrationslager für Flüchtlinge bereithält; oder mit den Massendeportationen haitischer Flüchtlinge durch den „demokratischen" imperialistischen Verbündeten USA.

Eines muß klar gesagt werden: Die Berliner Mauer wurde auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges gebaut, während einer kapitalistischen Kampagne, auf breiter Front inszeniert von der CIA, um die schwächere ostdeutsche Wirtschaft durch Abzug der ausgebildeten Facharbeiter auszubluten. Die Mauer bedeutete eine Verteidigung der kollektivierten Wirtschaft der DDR, wenn auch in bürokratischer Weise. Deshalb haßte die Bourgeoisie die Mauer, und deshalb verteidigten wir Trotzkisten sie im Kampf für ein rotes Rätedeutschland als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.



dpa

Erich Honecker, trotzig, während er aus der chilenischen Botschaft entführt wird

Die Spartakisten verteidigten die DDR gegen kapitalistische Wiedervereinigung und kämpften für eine proletarisch-politische Revolution, die ihre eigene Rechnung für wirkliche Verbrechen der Stalinisten gegen die Arbeiterklasse präsentiert hätte: Für ihre kampflose Kapitulation 1931 bis 1933, die es Hitler ermöglichte, zur Macht zu marschieren, für die Aushändigung deutscher Kommunisten an Stalins Exekutionskommandos Ende der 30er Jahre (oder sie während des Hitler-Stalin-Pakts sogar in Hitlers Deutschland zurückzusenden), dafür, den Kampf für die sozialistische Revolution in ganz Deutschland nach dem Sieg der Roten Armee zu sabotieren, und 1953 den ostdeutschen Arbeiteraufstand gegen die Ulbricht-Regierung niederzuwerfen. *Aber die Verteidigung des Arbeiterstaates DDR (natürlich in bürokratisch deformierter Weise) war nicht eines dieser Verbrechen. Der Ausverkauf der DDR war eines!*

Honecker hat gerade ein Buch herausgegeben, *Zu dramatischen Ereignissen*, das den Drang der kapitalistischen Hauptmächte zur Konterrevolution anprangert, der Massenverelendung und neue imperialistische Kriege hervorbringt. Er greift vernichtend Gorbatschows Perestroika und die Gorbatschowisten in seiner eigenen Partei an, die Modrows und Gysis, die die DDR ausverkauft haben. Doch er hat keine Alternative anzubieten, nur die Lüge der Klassenzusammenarbeit in „friedlicher Koexistenz" mit dem Imperialismus, und den nationalistischen Mythos des „Aufbaus des Sozialismus in einem Land" (oder im Falle der DDR, in einem halben).

Fortgesetzt auf Seite 28



Andre/Die Zeit

Hexenjägerin Jutta Limbach wartet auf Honecker im Moabiter Gefängnis. Proletarische revolutionäre Justiz könnte es für notwendig halten, für sie hier einen Platz zu finden

Honecker...

Fortsetzung von Seite 27

In seinen Schlußgedanken behauptet Honecker, der „treueste Patriot" zu sein, und er erinnert an Stalins Angebot eines „demokratischen, neutralen Deutschland", während die Imperialisten dabei waren, den Kalten Krieg und die Wiederbewaffnung Westdeutschlands und Westeuropas hochzuschrauben. Aber die konservative, nationalistische Bürokratie konnte nur regieren durch Repression gegen die Arbeiterklasse, durch Atomisierung des klassenbewußten Proletariats, während stalinistische „Reformer" an „Marktmechanismen" bastelten, die die kollektivierten Eigentumsformen unterminierten, und so die Bollwerke der Diktatur des Proletariats angegriffen haben.

Die SpAD, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), war die einzige Organisation in Deutschland, die sich ohne Wenn und Aber gegen die kapitalistische Wiedervereinigung stellte und für eine proletarisch-politische Revolution in der DDR kämpfte. Im Januar 1990 initiierten die Spartakisten eine antifaschistische Masseneinheitsfront beim sowjetischen Ehrenmal in Treptow. Die ostdeutsche Regierungspartei SED/PDS schloß sich an und es versammelte sich eine Viertelmillion Menschen bei der größten antifaschistischen Demonstration in der deutschen Geschichte. Aber die Bourgeoisie zusammen mit der SED/PDS-Führung sah in dieser machtvollen prosowjetischen Demonstration in Verteidigung der DDR das Gespenst des Bürgerkrieges. Nach Treptow brachte die Bourgeoisie ihre Hexenjagd gegen Stasi und PDS zur Weißglut. Die SpAD verteidigte sie konsequent, trotz des Ausverkaufs der DDR durch die PDS und ihrer Kapitulation vor der Hexenjagd.

Die Thälmann-Sekte KPD (Roter Morgen) und Cieslaks Solidaritätskomitee für Erich Honecker zeigten ihren totalen Bankrott, als sie zu Hause blieben, während die SpAD gegen seine Einlieferung ins Gefängnis protestierte. Erst zu Honeckers Geburtstag trauten sie sich auf die Straße.

Immer mehr Arbeiter haben genug von der Stasi-Hetze durch die Vertreter eines Systems, das die Ex-DDR innerhalb von zwei Jahren in Massenarbeitslosigkeit gestürzt hat. „Die Stimmen, die für eine Freilassung Erich Honeckers plädieren, mehren sich in unserer Leserpost", lautete die Bildunterschrift der Berliner Zeitung (22./Z3. August) zu einem Foto des SpAD-Protests vor dem Moabiter Gefängnis. Seit selbst die hetzerische *Bild-Zeitung* „Freiheit für todkranken Honecker" titelte, hat auch *Neues Deutschland* den Braten gerochen und reitet die Mitleidwelle. Nach Honeckers Entführung klagte PDS-Sprecher Harnisch noch über die schlappe Bundesregierung, die „Honecker 1987 in Bonn ‚hofierte', statt ihn damals entsprechend gültigen Bundesgesetzen zu verhaften." Doch nun fordert Gysi die Freilassung von Honecker. Hat sich die PDS damit dem Kampf gegen die Hexenjagd angeschlossen? Keineswegs! Sie teilt vielmehr die Sorge einer Schicht der Bourgeoisie, die Hexenjagd könnte durch diesen Prozeß eher *behindert* werden (wie auch der S/wege/-Herausgeber Augstein befürchtet, daß der Staat sich „zum Popanz degradiert") und eine Abrechnung mit der DDR unmöglich machen. So schrieb *ND* zum 25. August über Honecker: „Seine ganz persönliche Schuld ist nicht in Paragraphen abwägbar. Und sie ist groß. Und sie verleitet dazu, unsere Schuld kleiner zu sehen, unseren Anteil am Zusammenbruch und unser Entsetzen darüber zu vergessen". Für die PDS, die selbst Zielscheibe der Hexenjagd ist,' geht der Rachedurst des Vierten Reichs nicht weit genug.

Die politischen Banditen des Bunds Sozialistischer Arbeiter (BSA) liefern mit der Forderung nach „Arbeitertribunalen" schon lange eine Flankendeckung für die SPD-geführte Hexenjagd. Für sie war bereits die antifaschistische Massendemonstration in Treptow 1990 eine Stasiaktivität. Zwar nennt der BSA inzwischen den Prozeß gegen Honecker einen „Schauprozeß", doch noch vor wenigen Monaten hetzte er, daß die „eigentlich Verantwortlichen für Mauer und Schießbefehl frei herumlaufen". Was die *neue Arbeiterpresse* unter „Abrechnung mit dem Stalinismus" versteht, kann man am Beispiel der Denunziantin Hanne Levien sehen: zusammen mit dem BSA führte sie einen *Prozeß,* damit sie ehemalige SED-Mitglieder in ihrem Betrieb als Stalinisten angreifen und zum Abschuß freigeben kann. (Der Denunziantenfall der Hanne Levien müßte wirklich von einem Arbeitertribunal entschieden werden, nicht von den Bossen.) Selbst heute, wo es nicht mehr viele Stalinisten gibt, ist die „Abrechnung mit dem Stalinismus" die Hauptbeschäftigung der BSA-Bluthündchen für Limbach und Lummer.

Die deutsche Bourgeoisie, unterstützt von den SPD-Bluthunden, benutzt diesen Kreuzzug, um den Kommunismus zu verteufeln und die Werktätigen in Ostdeutschland zu atomisieren, die unter den verheerenden Auswirkungen der kapitalistischen Wiedervereinigung leiden. Nach dem Anschluß der DDR und der Zerstückelung Jugoslawiens wollen die Frankfurter Bankiers und Bonner Politiker ihre Eroberung des Ostens durch eine Verschärfung der Ausbeutungsrate und durch die Zerschlagung der Sozialleistungen der Arbeiter in Westdeutschland finanzieren.

Doch die westdeutsche Arbeiterbewegung wird das nicht schlucken: Der jüngste machtvolle ÖTV-Streik rief vor seinem Ausverkauf durch die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung Solidaritätsstreiks im Osten hervor und erschütterte das deutsche Kapital. Arbeiterwiderstand gegen die Kahlschlagpläne in der Gesundheitsversorgung, die alle Arbeiter betreffen würden, muß die Arbeiter in Ost und West vereinigen und besonders auch die eingewanderten Arbeiter einbeziehen. Inzwischen führte der allgemeine Haß auf die Kohl-Regierung und ihre SPD-Handlanger sogar zu einer gesunden Gegenreaktion gegen deren antikommunistische Hexenjagd. Aber um sich zu verteidigen, muß die Arbeiterklasse die Hexenjagd direkt konfrontieren: Freiheit für Honecker, Mielke und Keßler! Hände weg von Markus Wolf! Keine Verfolgung der DDR-Grenztruppen! Freiheit und Ehre für den antifaschistischen Helden Bögelein! Weg mit der antikommunistischen Hexenjagd!«

LO-Fête...

Fortsetzung von Seite 7

Außer den ACT-UP-Aktivisten und Trotzkisten, die dieses Jahr die LO-Methode von „Debatten" zu spüren bekamen, würden die schwarzen Jugendlichen, die letztes Jahr Opfer eines häßlichen Angriffs von LO-Ordnern waren, dieses orwellianische Geschwätz mit entsprechender Verachtung behandeln. Unser Protest gegen diese abscheuliche Aktion ist in einem Brief des Zentralkomitees der LTF an die Organisationen, die an der LO-Fête teilnahmen, dokumentiert. Dieser Brief wurde in *Workers Vanguard* Nr. 529 (21. Juni 1991) abgedruckt. Trotz eines Schuldeingeständnisses, daß es vorher „Fehler" gegeben habe, setzt LO ihre Politik von „disziplinierter" Gewalt und Ausschlüssen gegenüber Jugendlichen von Minderheiten fort.

Unter der Wirkung des zweiten Kalten Krieges, des Zusammenbruchs des Stalinismus und der bürgerlichen Lüge vom „Tod des Kommunismus" sind alle Formen der sozialen Reaktion, die Marx „die alte Scheiße" nannte, aufgeblüht, und die Pseudolinke kapituliert in allen Varianten davor. Ander „Heimatfront" hat sich die besondere LO-Marke von „farbenblinder", schwulenfeindlicher Arbeitertümelei verstärkt. Formal ist LO für die Verteidigung der Sowjetunion (aber nirgends sonst, wo der Kapitalismus gestürzt wurde), doch ihre Unterstützung für die Kräfte der kapitalistischen Konterrevolution von Polen bis zur DDR stellt sie ins antisowjetische Lager. Wie voraussehbar verursachte ihre „Neutralität" zum Zeitpunkt des August-Putsches eine interne staatskapitalistische Opposition, welcher von der britischen SWP zart der Hof gemacht wurde.

Gleichzeitig gibt es in und um Lutte Ouvrière Aktivisten, die sich durch unsere trotzkistische Opposition zu Jelzins Konterrevolution angezogen fühlen. In der Tat wurde die Entscheidung, die IKL von zukünftigen Feten auszuschließen, nicht nur durch unsere Entlarvung des Ausschlusses von ACT UP bestimmt, sondern war auch eine Reaktion darauf, daß wir gegenüber der Mitgliedschaft von LO auf die russische Frage pochten. Heute nährt und festigt die LO-Führung in ihren Kadern ein Wertesystem, welches völlig entgegengesetzt ist zu dem, wofür Kommunismus steht. Wir sagten früher, daß diese Organisation auf gefährliche Pfade zusteuern könnte. Dies hat sie getan, und es ist kein schönes Bild.«

Viertes Reich...

Fortsetzung von Seite 6

wirtschaftlich einem massiven militärischen Aufrüstungsprogramm. Mit der Zeit kann ein machtvolles Militär eingesetzt werden, um wertvolle ökonomische Ressourcen in die Hand zu bekommen und um den ausländischen Markt von imperialistischen Rivalen abzuschotten. Aber die anfänglichen Aufwendungen produzieren keinen Mehrwert. Von daher ist es notwendig, die Mehrwertmasse aus den produktiven Sektoren der Wirtschaft und/oder aus anderen kapitalistischen Ökonomien zu erhöhen.

Der Druck, die Ausbeutungsrate der Arbeiterklasse in Westdeutschland zu steigern, wird noch verstärkt durch die Entscheidung der Bourgeoisie, die Industrie in Ostdeutschland zu zerschlagen. Diese Entscheidung beruhte nicht so sehr auf rationalem kapitalistischen ökonomischen Kalkül, sondern mehr auf dem politischen Ziel, das Proletariat der früheren DDR, welches den höchsten Grad von sozialistischem Bewußtsein und sozialistischer Kultur in Europa hatte, zu atomisieren und zu demoralisieren. In dieser Hinsicht zeigt eine Meinungsumfrage vom letzten Jahr, daß die sozialen Einstellungen (z. B. über Religion, den Status von Frauen) in Ostdeutschland weit fortschrittlicher sind als irgendwo in Europa, ob West oder Ost.

In der Vergangenheit war Westdeutschland in der Lage, sein relativ kleines Haushaltsdefizit aus privaten Ersparnissen zu finanzieren. Doch als die Staatsschulden in die Höhe gegangen sind, stiegen sie von 20 Prozent auf 50 Prozent der persönlichen Ersparnisse. Die deutsche herrschende Klasse versucht jetzt, aus dem Rest der Welt Geldkapital anzuziehen, indem sie hohe Äea/zinssätze (um die Inflation bereinigt) anbietet. Genau deshalb konzentrierte sich die Aufmerksamkeit aller europäischen Bourgeoisien auf den deutschen ÖTV-Streik. Ausländische Kapitalisten dazu zu kriegen, die Integration von Ostdeutschland und die neokolonialen Investitionen in Osteuropa teilweise mitzufinanzieren, kann nur funktionieren, wenn es begleitet wird durch eine erhöhte Ausbeutungsrate in Deutschland, und außerdem kann dies nur ein paar Jahre durchgehalten werden.

Hierzu ist es nützlich, die Erfahrung der USA in den 80er Jahren in Betracht zu ziehen. Tatsächlich sagte eine Studie der ersten Vordenker des Pentagons, der Rand Corporation, über die Auswirkungen der deutschen Wiedervereinigung voraus: „Die Kosten, die DDR und die anderen Ostblock-Ökonomien wiederaufzubauen, könnten sehr wohl zur Umlenkung des Kapitalflusses führen, ähnlich wie der Kapitalfluß, der von der Reagonomics in den 80er Jahren herbeigeführt wurde" (Ronald D. Asmus, *German Unification and Its Ramifications [Deutsche Vereinigung und ihre damit verbundenen Probleme]*, 1991).

Zwischen 1980 und 1983 schoß das gesamte Staatsdefizit der USA von einem Viertel der privaten Ersparnisse auf praktisch 100 Prozent in die Höhe. Reagan finanzierte sein großes Aufrüstungsprogramm dadurch, daß beim Rest der Welt in großem Umfang Anleihen aufgenommen wurden. Die Realzinssätze in den USA und infolgedessen auf anderen Finanzmärkten wurden auf das höchste Niveau „seit Christi Geburt" hochgetrieben, wie Helmut Schmidt sich 1981 beschwerte. Dies wurde erreicht durch die Kombinaton von einer deflationierenden Geldpolitik, die in den frühen 80er Jahren eine scharfe Rezession hervorrief, und einer Offensive zur Zerschlagung der Gewerkschaften. Reagans Streikbruch gegen den PATCO-Fluglotsen-Streik 1981 war eine der Vorbedingungen für den Verkauf von kurzfristigen Schatzwechseln an die Japaner im Werte von Milliarden von Dollars.

Auslandsanleihen für ««produktive Ausgaben kann man im großen Maßstab jedoch nur wenige Jahre durchhalten. Danach führt der anwachsende Schuldendienst zu großen Zahlungsbilanzdefiziten, was die Währung des Kreditnehmers auf den Devisenmärkten nach unten drückt. Internationale Finanziers ziehen ihr Geld dann ab, um ihren (Tausch-)Wert zu erhalten. Die Japaner haben seit dem Wall-Street-Krach 1987 über 100 Milliarden Dollar aus den USA abgezogen, ein Hauptfaktor, der zur Rezession in den letzten paar Jahren beitrug.

Daher ist es höchst unwahrscheinlich, daß mittelfristig das Vierte Reich mit ökonomischen Mitteln das erreichen kann, was das Dritte Reich mit militärischen Mitteln nicht geschafft hat. Der Versuch wird den Klassenkampf in Deutschland selbst intensivieren, die Spannungen zwischen der deutschen und den anderen europäischen Bourgeoisien erhöhen und das Chaos in Osteuropa verewigen. Die blutige Katastrophe in Jugoslawien verdeutlicht beispielhaft die Unfähigkeit des deutschen Imperialismus, seine wirtschaftliche Stärke und seinen daraus abgeleiteten diplomatischen Einfluß umzusetzen in politische Macht auf dem Boden von Osteuropa.

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 555, *12. Juni*

Paragraphen 218/219...

Fortsetzung von Seite 32

schaftliche Überlegenheit des Arbeiterstaats (obwohl er deformiert war), der in Ostdeutschland existiert hat."

Die Arbeiterklasse in Großdeutschland ist jetzt eine andere. Der mächtigste kapitalistische Staat Europas hat es nun zu tun mit der ostdeutschen Arbeiterklasse, die das höchste Niveau von Kultur und das fortschrittlichste Bewußtsein in Europa besitzt. Dieses Bewußtsein wurde durch die proletarischen Errungenschaften geprägt, die gewonnen wurden, nachdem die Rote Armee das Nazi-Regime zerschlug und die Bourgeoisie von der Macht verjagt wurde. Die soziale Umwandlung, die dann durchgeführt wurde, war möglich, weil auf den Ruinen von Hitler-Deutschland eine Planwirtschaft aufgebaut wurde, die das Privateigentum an Produktionsmitteln abschaffte. Die Basis wurde gelegt für die Befreiung der Frau durch die beginnende Ersetzung der Familie, durch die Vergesellschaftung der Hausarbeit durch hauptsächlich betriebliche Einrichtungen. Über 90 Prozent der Frauen waren in den Produktionsprozeß integriert. Es gab Krippenplätze für die überwältigende Mehrheit der Kinder, Kindertagesplätze für alle, Horte für die Schulkinder. Man hatte ein Recht auf eine Wohnung, auf Ausbildung und Arbeit, auf kostenlose medizinische Versorgung — u.a. auf kostenlose Abtreibung —, die den Grundbedarf der Bevölkerung deckte. Obwohl die parasitäre stalinistische Bürokratie, eine Barriere zur weiteren Entwicklung der Produktivkräfte, die Familie als „Keimzelle des Sozialismus" aufrechterhielt und die doppelte Unterdrückung der Frauen leugnete, hatten Frauen unermeßlich mehr Rechte als im Westen.

Nun soll unter dem Kapitalismus der Platz für Frauen bei Kinder, Küche, Kirche sein. Die *Berliner Zeitung* (5. August) zitierte einen CDU-Professor Ossenbühl, der die Katze aus dem „Lebensschützer"-Sack ließ, als er die Verfassungsklage begründete: „Der langjährige Unrechtsstatus in der DDR habe Wunden in das Rechtsbewußtsein geschlagen. Es sei wichtig, ob und wie man versucht, den Mitbürgern im Osten die Wertordnung des Grundgesetzes zu vermitteln. Jahrelang habe dort ,nur die Arbeitskraft der Frau gezählt', dem ungeborenen Leben vorgeordnet."

Die Bourgeoisie will Memmingen in die Ex-DDR bringen, wo 1988 die bayerischen und Bonner Justizministerien eine beispiellose Hexenjagd gegen Hunderte von Frauen (viele von ihnen Immigrantinnen) und ihre Angehörigen führten und dann den mutigen Frauenarzt Horst Theissen in einem monströsen Schauprozeß an den Pranger stellten. Seit Memmingen wurde die Bevölkerung mit den mittelalterlichen Schauermärchen über einen „Kinderholocaust" bombardiert. Es ist nur folgerichtig, daß die Kirchen wegen der „Abtreibungspille" RU 486 (einem Produkt der deutschen Pharmaindustrie) vor Wut schäumen; denn sie ermöglicht sichere und unkomplizierte Abtreibungen ohne chirurgischen Eingriff. Doch sie bleibt für Frauen in Deutschland verboten: die Hersteller haben noch nicht einmal die Zulassung beantragt. Sofortige Freigabe von RU 486! Nieder mit der Kirchensteuer! Trennung von Kirche und Staat! Kirchen raus aus den Schulen! Bullen, Pfaffen, Richter raus aus dem Schlafzimmer!

Die große Mehrheit derjenigen, die als Folge der Konterrevolution in die Armut getrieben werden, sind Frauen. Mütter, die unter DDR-Recht geschieden wurden (das Unterhalt durch den Mann nicht kannte), bekommen kaum genug Sozialhilfe, um die Windeln zu bezahlen. Mit den Betriebsschließungen und „Sanierungen", die vier von fünf Frauen regelrecht aus den Betrieben hinausgesäubert haben, wurden reihenweise auch die Krippen, Kindertagesstätten und Schulhorte zerstört. Das ganze ostdeutsche Gesundheitswesen, auf der Grundlage von den Polikliniken, wurde dem Erdboden gleichgemacht. Die Pille wird für die meisten unbezahlbar, Sterilisation wird rasch zur einzig (noch) verbleibenden kostenlosen Methode der Geburtenkontrolle.

Ostdeutsche Frauen sind zu einem erheblichen Grad an ökonomische und soziale *Unabhängigkeit* gewöhnt, und *das* können die Reaktionäre nicht ausstehen. Völlig anders als westdeutsche Frauen, die überwiegend entweder das eine oder das andere wählen müssen, hatten sie unter Bedingungen der sozialen Sicherheit, mit oder ohne Mann, selbstverständlich Kinder *und* Beruf. Das Recht darauf werden sie nicht so leicht wieder hergeben. Die Herrscher haben Angst davor, daß die „neuen Heiden" aus dem Osten die westdeutschen Arbeiterinnen und Arbeiter anstecken könnten. Viele Frauen im Westen sehen die ökonomische Unabhängigkeit, die Frauen in der DDR hatten, als ein phantastisches Ziel an, das aber im Kapitalismus unerreichbar ist.

Die Bourgeoisie ist in einem ziemlichen Schlamassel mit dem Abtreibungsgesetz. Die Arbeiterklasse soll für die Wiedervereinigung und den Drang nach Osten bezahlen, aber in Ost und West hat sie es satt, immer mehr für die Profite der Bourgeoisie geschröpft zu werden. Die organisierte Arbeiterbewegung hat die Macht, den Paragraphen 218 zu Fall zu bringen - und die Angriffe auf das Gesundheitssystem und die Sozialleistungen zurückzuschlagen. Und die Zeit dafür könnte kaum günstiger sein. Die ÖTV ist die größte Frauenorganisation in Deutschland. Der elftägige Streik im öffentlichen Dienst im Westen hat Kohl & Co. eine Ohrfeige verpaßt, als Bonn empfindliche Lohnsenkungen durchsetzen wollte, um die Zeche der Konterrevolution bezahlen zu lassen. Als die Streiks spontan nach pstberlin und auf andere Städte im Osten ausgeweitet wurden, wußten Millionen von Arbeitern in Ost und West, daß es in Bonn wackelt, wenn sie gemeinsam kämpfen! Aber die SPD/DGB-Führer verkauften diesen Streik aus, genauso wie sie den Kampf gegen Kürzungen im Gesundheitswesen und bei Sozialleistungen abgewürgt haben.

Während Kohl & Co. weiterhin die Flammen des Rassismus gegen Immigranten anfachen, um die Arbeiterklasse zu spalten und zu lahmen, gibt es gleichzeitig überall ein weitverbreitetes Gefühl der Wut — gegen drohende Karenztage und längere Arbeitswoche; gegen eine ärztliche Versorgung, die zum Privileg der Reichen wird; gegen die miserable Versorgung in völlig überlasteten Krankenhäusern (wenn sie noch existieren), wo das reduzierte Personal bis zur Erschöpfung arbeitet; gegen den Kinder-Küche-Kirche-Paragraphen 218. Es ist kein Zufall, daß der Angriff auf das Abtreibungsrecht mit einem groß angelegten Angriff auf die Gesundheitsversorgung zusammenfällt: als eine *einfache medizinische Prozedur* ist die Abtreibung untrennbar verbunden mit dieser Frage. Die angekündigte DGB-Demonstration am 3. Oktober gegen Karenztage und den Abbau des Gesundheitswesens bietet die Gelegenheit, die Kämpfe zusammenzuknüpfen, um die Errungenschaften der Arbeiter, die Gesundheitsversorgung und die Rechte der Frauen zu verteidigen. Die Gewerkschaften können und müssen für den Kampf gewonnen werden: Für kostenlose Gesundheitsversorgung höchster Qualität für alle.

Brecht mit der Sozialdemokratie! Für eine revolutionäre Arbeiterpartei!

Unter einer revolutionären Führung, die alle Unterdrückten im gemeinsamen Kampf hinter der Macht der Arbeiterbewegung vereinigt, können die ostdeutschen Arbeiter der Hebel sein, der den Einfluß der SPD bricht und den Weg eröffnet zu wirklichen Klassenkämpfen. Die „sozialpolitischen" Maßnahmen, die SPD und FDP an den Entwurf des Abtreibungsstrafgesetzes klatschten, sollen als

„Zuckerbrot" die 218-Peitsche im Osten verkaufen. Aber wer kauft es denen ab?! Der Schwachsinn über „Krippen- und Kindertagesplätze" für alle (!) ist ein völliger Hohn, ja ein bewußter: Ihr „Ausbau" (95 Prozent aller Kinder im Westen haben keine Plätze!) ist erst 1994 oder 1995 überhaupt geplant, weil es „kein Geld" gibt. Die anderen von den Sozialdemokraten propagierten Subventionsmaßnahmen eines kapitalistischen „Wohlfahrtsstaates" — Kindergeld usw. — sollen werktätige Frauen nur ermutigen, den „Naturberuf der Frau" zu ergreifen und Gebärmaschine zu sein.

Immigranten, ein strategischer und kämpferischer Teil der Arbeiterklasse in Deutschland, die vor allem nicht viele Illusionen in die SPD-Spitzen haben, haben allen Grund, den gemeinsamen Kampf gegen 218 und für menschenwürdige Gesundheitsversorgung für alle aufzunehmen. Paragraph 218 hat immer die armen Frauen am härtesten getroffen, und hierzulande heißt das besonders eingewanderte Arbeiterinnen. Alle Welt weiß, daß es meistens arme, eingewanderte, werktätige Frauen sind, die auf dem Küchentisch des Kurpfuschers landen. Die Kindersterblichkeit in der DDR war erheblich niedriger als in Westberlin mit seiner Konzentration von eingewanderten Arbeitern. Die Kinder von Immigranten und nicht verheirateten Frauen sind im kapitalistischen Westen extrem gefährdet. Denn diese Frauen leben mit ihren Kindern unter elenden Bedingungen, und die wenigsten von ihnen haben überhaupt vor und nach der Geburt ärztliche und soziale Betreuung.

Die SPD als bürgerliche Arbeiterpartei nimmt eine „oppositionelle" Pose zum 218 ein, um ihre proletarische Basis zu beschwichtigen. Jahrzehntelang hat sie den proletarischen Druck abgewiegelt, *218 und 219 ersatzlos zu streichen.* Als die SPD es in der Weimarer Republik gerade noch zur Forderung der Fristenregelung brachte, bewies sie, wie die KPD 1922 bemerkte, „ihre Befangenheit in der christlichen Weltanschauung" (siehe *Spartakist* Nr. 90, Oktober 1991). Heute diskutiert praktisch jede Zeitung und Organisation den 218 — nur die SPD-dominierten Gewerkschaften nicht.

In den Ländern, wo die SPD in der Regierung sitzt, brüstet sie sich mit der „liberaleren" Handhabung der 218-Indikation. Aber als Frauen aus Bayern und Baden-Württemberg nach Holland für eine Abtreibung fuhren, wurden viele von ihnen an der Grenze zwischen Holland und dem SPD-regierten Nordrhein-Westfalen gynäkologisch zwangsuntersucht.

Die PDS-Bürokraten machten ab und zu Lippenbekenntnisse zur Streichung von 218/219, unterstützten dann als „kleineres Übel" den SPD-FDP-Gruppenantrag, weil „keine Mehrheit" für die ersatzlose Streichung zustande gekommen wäre. Gysi hat sich sogar gewünscht, die männlichen Parlamentarier mögen sich bei der Abstimmung enthalten. Absurd und reaktionär! Die PDS klebt am parlamentarischen Spiel mit CDU/CSU und Kirchen, weil sie, wie die SPD, proletarische Mobilisierungen gegen den 218 fürchtet — die ihrer Kontrolle schnell entgleiten könnten.

Die *taz* fragte nach der Karlsruher Entscheidung am 5. August, „warum sich Frauenwiderstand in diesem Jahr erst Monate nach der politischen Entscheidung regt". Am nächsten Tag beantworteten sie die eigene Frage, entsetzt über die nicht vorhandene Bundestagsmehrheit für die ersatzlose Streichung: „Der 218 bleibt uns erhalten, egal in welcher Form." Praktisch alles andere, das sich „links" nennt, spielt das Spiel der SPD-Führung mit. Das feministische Volksfrontbündnis „Frauen machen Staat", das von PDS und Grünen unterstützt wird, organisiert jetzt einen „Wahlsonntag gegen § 218" am 20. September, um einen „Volksentscheid" (d. h. eine Postkartenaktion, adressiert an CDU-Bundestagspräsidentin Süßmuth) durchzuführen für das „Selbstbestimmungsrecht der Frau": „Der § 218 muß weg", legale Abtreibung „in den ersten Monaten der Schwangerschaft" und die „gesetzliche... Festschreibung des Grundrechts der Frau auf eine freie Entscheidung über Schwangerschaft(en) und Elternschaft im Grundgesetz ..."! Welche werktätige Frau - oder welcher Mann — bestimmt selbst oder entscheidet frei über das Leben im Kapitalismus?!

Das Recht auf Abtreibung ist ein rein demokratisches Recht, aber solche Rechte können nur durch tiefgehenden sozialen Kampf gewonnen werden: Der bürgerliche Staat ist ein Organ der Klassenunterdrückung. Ihm können begrenzte Reformen abgetrotzt werden, aber er kann *nie* „frauenfreundlich" oder „kinderfreundlich" sein. Denn die Familie ist eine wesentliche Institution des kapitalistischen Systems, um die nächste Generation von Arbeitern zu erziehen. Die Familie - basierend auf den Löhnen der Eltern und auf der Frau als Köchin, Botengängerin, Putzfrau, Dienerin und kostenlose Pflegerin, die gebären und erziehen soll - prägt den Menschen u. a. starke sexuelle Ängste ein, so daß sie sich besonders im Dienst reaktionärer Kräfte in der Gesellschaft kontrollieren lassen. Vor 17 Jahren schrieben wir:

> „Kommunisten agitieren ... für kostenlose Abtreibung auf Wunsch, durchgeführt durch kompetentes medizinisches Personal, für die massive Verteilung von sicheren und effektiven Verhütungsmitteln und gegen die Zwangssterilisation. Aufgrund medizinischer, nicht moralischer, Überlegungen ist die Verhütung als die hauptsächliche Methode der Geburtenkontrolle zweifellos der Abtreibung vorzuziehen. Aber für eine geraume Zeit wird die Abtreibung unverzichtbar als Unterstützung sein, wenn die Verhütung versagt. Gleichzeitig bestehen wir auf umfassenden Mutterschaftsleistungen: bezahlter Mutterschaftsurlaub vor und nach der Geburt, kostenlose Gesundheitsversorgung der höchsten Qualität für alle und kostenlose Kinderversorgung Tag und Nacht unter der Kontrolle der Eltern am Arbeitsplatz, damit berufstätige Frauen die Wahl haben können, Kinder zu haben und ihre Arbeit zu erhalten." *(Women and Revolution* Nr. 9, Sommer 1975)

Nur durch die sozialistische Revolution, die die Frau von der Hausarbeit emanzipiert, ist die Frauenbefreiung überhaupt möglich. Und das heißt, die Haushaltsfunktionen zu vergesellschaften. Die Arbeiterbewegung muß mobilisiert werden zur Verteidigung der Rechte der Frauen und aller Unterdrückten. Wir kämpfen dafür, die Basis der organisierten Arbeiterbewegung wegzubrechen von ihren sozialdemokratischen Irreführern, die sie mit reformistischen Illusionen an den kapitalistischen Staat ketten. Das ist integraler Bestandteil des Aufbaus einer revolutionären Arbeiterpartei, die in der Tradition der Bolschewiki unter Lenin und Trotzki als Volkstribun alle Formen der sozialen Unterdrückung bekämpft.«



SPARTAKIST

Berlin, 20. Juni: Demonstration fordert ersatzlose Streichung und nicht Reform von 219/219. Nur die Spartakisten sagten: „Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung!" Frauen kämpften als erste gegen die katastrophalen Folgen vom Anschluß; sie sind entscheidend für den Aufbau einer leninistischen Avantgardepartei als Voikstribun aller Unterdrückten



Spartakist

Die Arbeiterbewegung hat die Macht!
Ersatzlose Streichung der Paragraphen 218/219!

Direkt nach dem Anschluß schreckten die Herrscher des wiedervereinigten deutschen Imperialismus davor zurück, den Abtreibungsparagraphen 218 auf die Werktätigen des ehemaligen Arbeiterstaates DDR auszuweiten: Dies hätte eine soziale Explosion ausgelöst. Jetzt, nach zwei Jahren der bewußten Zerstörung der ostdeutschen Arbeiterklasse, wollen sie den Frauen das restriktivste Abtreibungsgesetz Europas aufzwingen. Seit 20 Jahren war für Frauen in der DDR die Abtreibung in den ersten drei Monaten legal und kostenlos, und breite Schichten von Frauen im Westen hofften auf die Ausweitung dieses Gesetzes für alle.

In der Tat ist der Kreuzzug vom Staat und seinen beiden Staatskirchen gegen das Recht auf Abtreibung jetzt steckengeblieben. Nach sieben Gesetzesentwürfen, endlosen Debatten und einer Ost-West-Spaltung in der regierenden CDU wurde am 25. Juni, zum Leidwesen der CDU/CSU-Mehrheit, im Bundestag ein Entwurf angenommen, der von vielen als „fauler Kompromiß" bezeichnet wurde. Danach würde die Abtreibung, verbunden mit Zwangs„beratung" zum „Schutz des ungeborenen Lebens", in den ersten zwölf Wochen nicht bestraft. Das Gesetz würde eindeutig eine *Niederlage* für Frauen in der ehemaligen DDR bedeuten; für westdeutsche Frauen wäre es potentiell eine begrenzte Reform, da die willkürliche ärztliche Indikation wegfällt. CDU/CSU-Abgeordnete brachten dann eine Verfassungsklage ein, und die Karlsruher Richter setzten mit einem bonapartistischen Eingriff in die „parlamentarische Demokratie" genau wie 1975 die Fristenregelung in der Nacht zum 5. August per einstweiliger Anordnung aus, wahrscheinlich für mehrere Monate.

Die Spaltung über die Abtreibung geht durch alle Parteien. Während die ostdeutschen Werktätigen mit verzweifelten Lebensbedingungen in allen Lebensbereichen konfrontiert sind, wird mit dem Angriff auf das Abtreibungsrecht die Axt an die Grundrechte der Frau gelegt. Die Paragraphen 218 und 219 sind seit eh und je allgemein in der westdeutschen Arbeiterklasse zutiefst verhaßt. Dies war eine Gründungsfrage der Trotzkistischen Liga Deutschlands, eine Vorgängerorganisation der Spartakist-Arbeiterpartei. 1975 kämpften wir in Westberlin und Westdeutschland für Einheitsfrontmobilisierungen auf der Basis der zwei Losungen: „Ersatzlose Streichung des Paragraphen 218!" und „Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts!"

Soziale Konterrevolution und Angriffe auf Frauenrechte

Von den USA über Italien bis Deutschland und Polen wird die Attacke gegen das Recht auf Abtreibung geritten. Wie wir in *Women and Revolution* (Nr. 41, Sommer 1992) schrieben: „International sind Abtreibungsrechte zu einem bedeutenden Schlachtfeld im Kampf zwischen sozialem Fortschritt und sozialer Reaktion geworden. Der Marsch der Konterrevolution durch Osteuropa hat steigende Angriffe auf Frauen und Minderheiten bedeutet." Das scheinbar bizarre Ergebnis im Bundestag ist „ein Produkt der Konterrevolution und entlarvt auf grelle Weise die gesell-

Fortgesetzt auf Seite 30

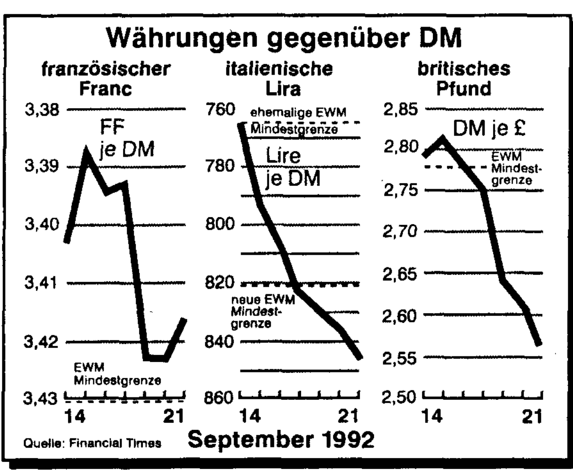
Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ A 1664 E

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 98 OKTOBER 1992 50 Pfennig

Bankiers des Vierten Reichs zünden das...



EWM = Europäischer Währungsmechanismus



Der Spiegel

DM-Dominanz führt zu panischem Börsenkrach, wie hier in Italien

Euro-Chaos

Eine einheitliche europäische Währung bis zum Ende des Jahrhunderts — eine wirtschaftliche und politische Union - eine gemeinsame Außenpolitik auf der Grundlage einer unabhängigen Streitmacht — ein neuer europäischer Superstaat. Monatelang, seit dem westeuropäischen Gipfel in der niederländischen Stadt Maastricht im letzten Dezember, ist die Welt mit dieser Art von Euro-Unsinn bombardiert worden. Aber jetzt ist all das wie eine Seifenblase geplatzt. Mit der französischen „Ja-Aber"-Abstimmung über den Vertrag von Maastricht und besonders mit der spektakulären europäischen Währungskrise Mitte September hat sich die Fata Morgana eines vereinigten kapitalistischen Europa in nichts aufgelöst.

„Europas Pläne für eine Wirtschaftsunion fliegen vor den Augen der Welt auseinander", untertrieb das *Wall Street Journal.* In Schweden — dem gesetzten, spießigen, soliden Schweden — verlangte die Zentralbank *500 Prozent Zinsen* von den Geschäftsbanken, um den Ansturm auf die Krone zu stoppen. Die Bank of England verlor ein Viertel ihrer gesamten Devisenreserven *an einem einzigen Tag* bei ihrem glücklosen Versuch, das Pfund zu verteidigen, und gleichzeitig haben die Franzosen bei dem Versuch, den Kurs des Franc zu stabilisieren, bis heute *die Hälfte* ihrer Reserven verloren. Der britische Schatzkanzler und der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl tauschten Beleidigungen aus, die in früheren Zeiten ein Vorspiel zu einem Duell gewesen wären.

Zum Zeitpunkt des französischen Referendums am 20. September, als der Vertrag von Maastricht beinahe verworfen worden wäre (bei 51 Prozent Ja- und 49 Prozent Nein-Stimmen), war die europäische Währungseinheit" schon durch die deutsche Bundesbank und internationale Finanziers zerstört worden. „Die Abstimmung am Sonntag wird so sein, als ob man einen Toten tritt", kommentierte ein Schweizer Bankier ein paar Tage vorher. Währenddessen jubeln die Deutschen die „Super"-D-Mark hoch, als wäre sie ein uraltes heiliges Idol. Das Revolverblatt *Bild* kräht über „die schöne Mark" und zeigt dabei in einer Übersicht, um wieviel schottischer Whisky, spanische Lederjacken und Urlaub in Italien billiger sind als vor ein paar Wochen.

Die Erschütterung des europäischen Währungssystems, in Verbindung mit der Beinahe-Niederlage von Maastricht in Frankreich, ist ein Zeichen für die Verschärfung der *zwischenimperialistischen Spannungen innerhalb Europas.* Wir sehen den Anfang der Auflösung der Europäischen Gemeinschaft (EG), des wirtschaftlichen Kleisters, der dreieinhalb Jahrzehnte lang miteinander konkurrierende westeuropäische kapitalistische Staaten in dem von den USA dominierten NATO-Bündnis gegen die Sowjetunion zusammengehalten hat. Aber mit dem Zusammenbruch der stalinistisch regierten deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas und dem Aufstieg der kapitalistischen Konterrevolution in Rußland fallen die imperialistischen Bündnisse des Kalten Kriegs auseinander.

In einem Kommentar zur Euro-Währungskrise bemerkte der New Yorker Investment-Banker und Publizist Jeffrey Garten: „Was wir in den letzten 18 Monaten gesehen haben, ist das niedrigste Niveau internationaler finanzieller

Fortgesetzt auf Seite 12

Briefe

Ich war froh, daß Spartakisten die Nazi-Fahne runterrissen



Spartakist

Sherburne, New York

An *Workers Vanguard,*

als ich in Eurer Ausgabe [*Workers Vanguard* Nr. 555,10. Juli, Zeitung unserer amerikanischen Genossen der Spartacist League/U.S., siehe auch Artikel in *Spartakist* Nr. 97, September] gelesen habe, daß die deutschen Spartakisten eine Nazi-Fahne in der Nähe des Brandenburger Tors runtergerissen hatten, war ich sehr froh. Daß diese rassistische und faschistische Fahne runtergerissen und verbrannt wurde, war ein Sieg für Kommunisten und Sozialisten auf der ganzen Welt, die versuchen, Faschismus, Rassismus, Kapitalismus und Imperialismus zu zerstören. Obwohl ich zwölf Jahre alt bin, weiß ich sehr gut, was die Nazi-Fahne ist, und vor allern, was Kapitalismus ist: ein Wirtschaftssystem, das die Weltarbeiterklasse unterdrückt. Aber es gibt ein Heilmittel gegen dieses üble System: Sozialismus und Kommunismus.

Bevor ich also diesen Brief beende, möchte ich Toralf Endruweit und seinen Genossen dafür danken, daß sie jene üble Fahne runtergerissen haben.

Mit Genossengrüßen,
KB.

SPARTAKIST 
herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEIDEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Marianne Clemens, Renate Dahlhaus, Toralf Endruweit, Reiner Hardy, Alexis Hecht, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes (Produktion), Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur), Fred Zierenberg
VERTRIEB: J. Pfeiffer

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 110231, 2000 Hamburg 11, Fax (0 40) 33 01 54
Postfach 510655, 1000 Berlin 51, Fax (030) 4911479
Redaktion Spartakist: Tel. Westberlin 491 4548, Korrespondenz über Verlagsanschrift
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 11988-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 50010060
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 98 Oktober 1992

„Nieder mit der Kommunistenhetze!"

3. September 1992

Hallo,

na wie geht's? Du hast am letzten Freitag angerufen. Leider waren wir um diese Zeit schon unterwegs nach Rostock. Na ja, nach zehn Stunden Fahrt und zwei Stunden Bullenkontrolle waren wir endlich da. Und es war schlimm anzusehen, daß es solche faschistischen Auswüchse noch einmal in Deutschland gibt. Und die Bevölkerung von Lichtenhagen — schlimm — nur vereinzelt Applaus und erhobene Fäuste — aber sonst tausendfache Unterstützung für die Faschisten. In Hoyerswerda — letztes Jahr — war das Gefühl von der Bevölkerung her — wesentlich besser. Wohin führt dieser Weg in Deutschland?

Und dann die Zerstrittenheit der Linken untereinander — wegen Kleinigkeiten, statt daß sie gerade jetzt eine Einheit in Aktion bilden.

Ach ja, bei der Demo waren wir gleich hinter Euch. Ach ja, als sie den Genossen Erich Honecker inhaftierten, habe ich sofort Plakate entwickelt und wir haben etliche an bestimmten Punkten gut plaziert. Auf den Plakaten war zu lesen: Freiheit für Erich Honecker und Nieder mit der Kommunistenhetze. Vielleicht habt Ihr Flugblätter zur Kommunistenhetze und könnt mir einige zusenden.

Hoffentlich können wir uns endlich mal sehen — wir werden immer mehr — in Hof waren wir bereits drei Ketten bei der Demo. Komm halt mal am Wochenende vorbei. Ein Anruf genügt. Diese Woche fahren wir Samstag nach Kehlheim, wo die NF mit Genehmigung des Landratsamtes marschieren darf — sogar einen Landratkandidaten durften sie aufstellen. Letztes Jahr sind sie mit ihrer Auschwitzlüge in Roding marschiert — und das schreckliche: Wir waren nur eine Handvoll Gegendemos. Hoffentlich sind wir diesmal mehr!!!

Ach ja, am 17. Oktober läuft in Salzgitter eine Demo — gegen Atommüllendlager Schacht Konrad. Trotz aller Faschos dürfen wir diese Probleme nicht vergessen. [Siehe zu diesem Thema *Spartakist Arbeiterpressekorrespondenz* Nr. 29, 27. März 1990: „Für Arbeitersicherheitsausschüsse! Verteidigt die Arbeitsplätze! Woher kommt die Hysteriekampagne gegen das KKW Greifswald".]

Hoffentlich fahren von Euch auch genügend dort hin — mit Euren Leuten aus Halle könnten wir ja Fahrgemeinschaften bilden — oder [sie] könnten bei uns im Bus mitfahren.

Nun, das wäre es für heute — aber bis bald (hoffentlich in Obertrauben — Obertrauben wird zur Nazihochburg — wir müssen sie stoppen).

Tschüß
mit kommunistischen Grüßen,
R.R.

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Spartakisten berichten aus Rostock

Ankunft in Rostock am 10. September. Wir konnten in Lütten Klein ein Arbeiterwohnhotel der Neptun-Warnow-Werft finden. In Rostock selbst gibt es Arbeiterwohnheime nicht mehr, sie sind alle umgewandelt in Geschäftsräume, Meldeämter etc. oder wirklich teure Hotels geworden. Das gleiche gilt für die Arbeiterwohnheime, die früher polnische, mosambikanische und vietnamesische Arbeiter beherbergten. Vor unserem Haus stand der Lieferwagen der Forst- und Gartenbaugewerkschaft, der an der antifaschistischen Demo in Rostock zuvor teilnahm. Ihr Fahrer war sehr wütend, daß der DGB in Rostock nicht mobilisierte, und hatte uns auf der Demo gesagt, daß „5000 aus den Dörfern" gerne gekommen wären, um den Nazis eine Lektion zu erteilen.

Am Freitag zum Schichtwechsel verkauften wir bei der Warnow-Werft unsere Zeitung mit Losungen zum Rostock-Pogrom: Für Arbeiter/Gewerkschaftsaktion, um die Nazis zu stoppen. Ein Arbeiter erzählte, daß die Warnow-Werft ursprünglich 5000 Arbeiter hatte und jetzt nur noch 2300, die weiter auf 1000 reduziert werden sollen. In seiner Kolonne von zehn Mann sei die Hälfte CDU und die andere Hälfte PDS, die aber immer das Maul hielten aus Angst vor der antikommunistischen Hexenjagd. Die Frauen arbeiten dort noch als Schlosser und Schweißer, Tätigkeiten, die sie im Westen gar nicht ausführen könnten. Die Kinderkrippen des Betriebes sind reduziert, privatisiert und damit fast unbezahlbar geworden. Die Poliklinik wurde aufgelöst. Auf dem Markt in Lichtenhagen verkauften wir anschließend in einer knappen Stunde 54 Zeitungen.

Die Vietnamesen, die nur knapp dem Feuertod bei dem Nazi-Pogrom entkamen, sind im Wohnheim in der Sonnensiedlung zurück. Die unteren Etagen sind noch völlig verbrannt, die Fenster nur notdürftig mit Pappe (!) repariert. Zwei Arbeiter werkelten an den ausgebrannten Wohnungen. Die Vietnamesen wohnen in den oberen Stockwerken, die renoviert worden sind, es sind ganz ordentliche Kleinwohnungen. Bereits in der ersten Wohnung wurden wir freundlich empfangen. Es war ein junges Paar, daß froh war, daß es keine Kinder hatte, „es wäre sehr schwierig gewesen, mit ihnen über das Dach" zu flüchten. Der erste Satz nach der Begrüßung war gleich: „Es war gut in der DDR." Das Horrorerlebnis mit den aufsteigenden Flammen im Haus saß tief im Gedächtnis, dennoch sind sie zurückgekehrt. Die Frau hat noch Arbeit als Putzfrau im Hafen (und wird geringer bezahlt als ihre deutschen Kolleginnen), der Mann arbeitet als Tagelöhner im Überseehafen. Er hat zehn Jahre in einem bedeutenden Hafen in Vietnam als Kranführer gearbeitet, wurde aber in der DDR nur zum Beladen von Obst und Gemüse eingesetzt. Viele seiner Kollegen sind jetzt als Schlosser in Umschulungsmaßnahmen oder arbeiten ähnlich wie er auf Tagesbasis. Während sie früher Kontakt mit deutschen Kollegen hatten, ist dies seit der „Wende" vorbei. Wir gaben ihnen unsere vietnamesischen Grüße von 1989, in denen wir für ein internationalistisches Programm eintraten. Entschiedene Aktionen von Werftarbeitern und anderen sind notwendig, um unsere eingewanderten Kollegen zu verteidigen.«

Spartakist-Abokampagne



Spartakist

Ergebnisse nach zwei von vier Wochen:

	Quote	2. Woche	Prozent
Berlin	100	71	71
Halle	60	23	38
Hamburg	70	21	30
Andere	20	9	45
Gesamt	250	124	50

Abonniert jetzt!

D Volles Abo (10 Ausgaben): DM 5,-
D Auslandsabo: DM 15,-; Übersee Luftpost: DM 20,—
beide enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)
D Einführungsabo (5 Ausgaben): DM 3,—

Name ______________________

Adresse ______________________

____

Telefon ______________________

Sp98

Bestellt bei: Verlag Avantgarde, Postfach 510655, 1000 Berlin 51, Konto 11988-601, Postgiro Frankfurt/Main, BLZ50010060

Die Zeitung, die „Nein!" zum Anschluß sagte

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

In Berlin-Hohenschönhausen und überall:
Verteidigt Asylsuchende und eingewanderte Arbeiter!

Nieder mit „Ausländergesetz" und Ausländerpolizei!

Die Welle von mörderischen Nazi-Überfällen nach dem Rostocker Pogrom wird von den Herrschern des Vierten Reichs zur verstärkten systematischen Vertreibung der Flüchtlinge aus den Städten benutzt. Von Rostock über Norderstedt bis Quedlinburg werden die Asylsuchenden von den Bullen weggekarrt und in isolierte Lager „zwangsverteilt", wo sie unter elenden Bedingungen auf ihre Abschiebeverfahren warten müssen.

Jetzt will der Berliner Senat die Zentrale Asylanlaufstelle (ZASt) vom Innenstadtbezirk Tiergarten angeblich übergangsweise nach Hohenschönhausen und dann nach Spandau verlegen. Damit werden die Verfahren für Flüchtlinge von denen anderer Einwanderer z. B. aus EG- und EFTA-Staaten abgetrennt, die bisher gemeinsam von den frühen Morgenstunden an vor der Berliner Ausländerpolizei Schlange standen in der verzweifelten Hoffnung auf eine „Nummer". Um in Zukunft entsprechend dem SPD-Konzept schneller erfaßt, in Sammellager gepfercht und abgeschoben zu werden, sollen sich die Flüchtlinge in einem abgelegenen Gebäude nach eineinhalb Stunden Anfahrtsweg und mehrmaligem Umsteigen den polizeilichen Ermittlungen stellen. Damit wird eine offene Provokation vorbereitet, eine Einladung an die Nazis zu nächtlichen Überfälle auf ungeschützte Immigranten.

Die Spartakist-Arbeiterpartei kämpft für die Mobilisierung von Arbeitern/Immigranten zur Verteidigung der Flüchtlinge gegen faschistische Angriffe. In Hohenschönhausen können vietnamesische Arbeiter zusammen mit ihren Kollegen von Reichsbahn und Rewatex den Anfang damit machen, den gewerkschaftliehen Schutz der Flüchtlinge und Arbeiterwohnheime zu organisieren. Für eine effektive Verteidigung müßten auch die gut organisierten Metallarbeiter aus Westberlin mit ihrem kämpferischen türkischen und kurdischen Bestandteil einbezogen werden, für die es eine willkommene Gelegenheit wäre, endlich den rassistischen Terror zu stoppen. Es ist dringend notwendig, die Macht der Gewerkschaften in Berlin und Umgebung zu mobilisieren, wo es eine wirkliche Möglichkeit für die effektive Verteidigung der Flüchtlinge gibt.

Seit Wochen laufen PDS, Bürgerinitiativen und antirassistische Aktionsbündnisse gegen die Verlegung der ZASt nach Hohenschönhausen Sturm. Bei einer Protestdemonstration am 24. September auf dem Berliner Alexanderplatz waren auch Immigranten. Viele wollen ernsthaft die Flüchtlinge gegen diese offene Provokation verteidigen, mit der diese ungeschützt den Nazis preisgegeben werden sollen. Doch diese Kampagne, mit der versucht wird, Druck auf CDU-Innensenator Heckelmann und die SPD auszuüben, spielt den Faschisten in die Hände, die Hohenschönhausen „ausländerfrei" machen wollen. Es ist notwendig, für volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten zu kämpfen, die es geschafft haben, dem Elend und Terror ihrer Herkunftsländer zu entrinnen. Nieder mit dem rassistischen „Ausländergesetz" und der Ausländerpolizei, mit den Zwangsverteilungen und dem gesamten staatlichen Terror gegen Immigranten!

Hohenschönhausen ist als „roter Bezirk" bekannt, wo die PDS bei den letzten Bezirkswahlen über 30 Prozent der Stimmen kriegte. Doch statt die Verteidigung der Immigranten zu organisieren und die Nazi-Kneipen auszuräuchern, um die Straßen für Immigranten und Linke sicher zu machen, fordert die PDS vom Senat „Sicherheitsvorkehrungen".

Fortgesetzt auf Seite 22

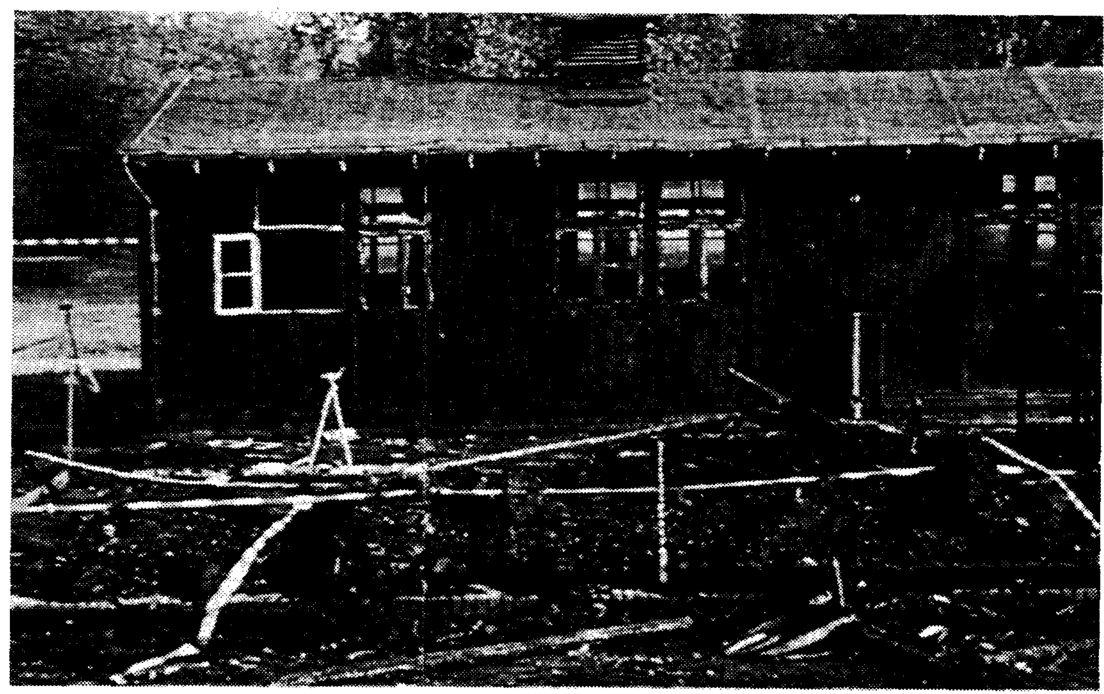
London: SL/B fordert Freiheit für Honecker!

Zu einer Einheitsfrontaktion am 4. August vor der deutschen Botschaft rief die Spartacist League/Britain (SL/B) auf. An diesem Protest beteiligten sich Unterstützer des Korea-Freundschafts-Komitees, Vertreter der Indian Workers Association, der British Afro-Asian Solidarity Organisation, des Vereins der Muslims in Britannien sowie der Ghanaesischen Gemeinde. Mittlerweile wurde der Prozeß gegen Honecker auf den 12. November festgesetzt und Markus Wolf wegen „Landesverrat" angeklagt. Wie die Demonstranten forderten: Hände weg von Markus Wolf! Stoppt die antikommunistische Hexenjagd! Für den Kommunismus von Lenin und Trotzki!



Workers Hammer

Brandanschlag auf die „Jüdische Baracke" in der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen. Die Hetzer der rassistischen Bonner Allparteienkoalition wollen mit heuchlerischer Kundgebung das „Ansehen Deutschlands im Ausland" reparieren. Arbeiterrevolution wird die Opfer des Holocaust rechen!



Der Spiegel

Für Klassenkampf Ost und West gegen SPD-Sozialpakt!

Rassistische Allparteien-Koalition gegen Immigranten

Die kapitalistische Wiedervereinigung hat aggressiven deutschen Nationalismus über das ganze Land gebracht, während enorme soziale Verwüstungen, Arbeitslosigkeit und Verzweiflung durch den kapitalistischen Anschluß den Nährboden für die Faschisten schaffen. Von Hünxe, Hoyerswerda, Mannheim, Rostock bis Sachsenhausen wurden rassistische Pogrome und Nazi-Terror entfacht. Mit der Welle von faschistischen Überfällen auf Immigranten-Wohnheime kommen verstärkt antisemitische Anschläge auf jüdische Mahnmale und Friedhöfe. Die „Jüdische Baracke", die den Holocaust-Opfern in der Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen gewidmet ist, wurde niedergebrannt.

Um die Wut der Arbeiter von sich abzulenken, stempelt die Bourgeoisie obszönerweise die Opfer des Naziterrors zu Sündenböcken — nämlich die Zehntausenden von Flüchtlingen, die vor den Schrecken der kapitalistischen Konterrevolution fliehen, die sie selbst gefördert hat —, um die Grenzen zu schließen und diejenigen, die bereits hier sind, *massenhaft* abzuschieben. Vor allem Roma und Sinti sind Zielscheibe der staatlich geführten rassistischen Kampagne.

Mit ihrer Hetze über eine „Asylantenflut" haben die Herrscher des Vierten Reichs den deutschen Nationalismus bis zum Pogrom in Rostock hochgepeitscht. Aber die rassistischen Überfälle treffen auch immer öfter auf mutige antifaschistische Aktionen, denen sich gelegentlich Gewerkschafter anschließen.

Jetzt will die rassistische Bonner Allparteienkoalition die Arbeiter im Osten und im Westen für die verheerenden Folgen zahlen lassen, die sie mit dem Anschluß und ihrem Drang nach Osten geschaffen hat. Doch damit haben sie schon im Frühjahr den schärfsten Klassenkampf seit Gründung der BRD provoziert. Der ÖTV-Streik im Mai, der sich spontan auf den Osten ausweitete, versetzte der Kohl-Regierung eine Ohrfeige. Der Streik zeigte die soziale Macht, die wir brauchen, um die rassistische kapitalistische Offensive zurückzuschlagen und die Nazis in die Rattenlöcher zurückzutreiben.

Wir Spartakisten kämpfen für Arbeiter/Immigranten-mobilisierungen zur Verteidigung der Immigranten und des

Fortgesetzt auf Seite 20

Veranstaltungsreihe der Spartakist-Arbeiterpartei

Nieder mit dem rassistischen Sozialpakt der SPD!
Arbeiter in Ost und West: Verteidigt Immigranten und Asylrecht!

Hamburg
Sonnabend, 10. Oktober
17.00 Uhr
Haus für Alle
Amandastr. 58
2000 Hamburg 36
(U/S-Bahn Sternschanze)

Berlin
Montag, 12. Oktober
18.30 Uhr
Halkevi
Kottbusser Damm 74
1000 Berlin 61
(U-Bahn Schönleinstr.)

Berlin
Dienstag, 13. Oktober
18.30 Uhr
Bildungszentrum Wirtschaft
Wollenberger Str. 1
Haus 2, Zimmer 303
Berlin 1092

Halle
Mittwoch, 21. Oktober
18.00 Uhr
Jägerplatz 14
1. Stock
4020 Halle

Weitere Informationen unter den Kontaktadressen

Schluß mit der Hexenjagd gegen Stasi und RAF!

Freiheit für Klaus Croissant, sofort!

Ehrlichkeit ist unvereinbar mit einem Beruf, der sogar Helmut Kohl einen Doktortitel verliehen hat. Aber ein Anwalt, der sie verkörpert, ist Klaus Croissant. Für die deutsche Bourgeoisie gehört er zu den gehaßten Symbolen des Widerstands gegen den Imperialismus. Wegen seiner mutigen Verteidigung der RAF in den 70er Jahren und seiner unverblümten Verteidigung der DDR jagen sie nun Croissant *zum zweiten Mal.* Wir Spartakisten fordern: Freiheit für die RAF und alle linken politischen Gefangenen! Sofortige Freilassung von Croissant und Einstellung aller Verfahren gegen Unterstützer der RAF!

Croissant wurde bereits im „deutschen Herbst" 1977 gejagt, weil er der Anwalt von Andreas Baader, einem Führer der Roten Armee Fraktion, war. Er wurde ins Exil getrieben und zurück nach Deutschland ausgewiesen, wo er zweieinhalb Jahre ins Gefängnis geworfen wurde. Jetzt ist Klaus Croissant wegen „geheimdienstlicher Agententätigkeit für eine fremde Macht" verhaftet worden. Von Karlsruhe kam er sofort in das Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit, wohin auch schon Erich Honecker verschleppt wurde. Zusammen mit seiner Lebensgefährtin Brigitte Heinrich soll er der Stasi zwischen 1981 und 1989 Informationen über die westdeutsche linke Szene beschafft haben. Er soll in einem späten Rachefeldzug wie sein Mandant enden.Die für ihren Antiimperialismus bekannte Brigitte Heinrich, die 1987 einem Herzinfarkt erlag, wird sogar noch nach ihrem Tod verfolgt.

Kein Zweifel, die Sozialdemokratie vom Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt bis zur heutigen Berliner Justizsenatorin Jutta Limbach hat noch alte Rechnungen offen und steht an der Spitze der Kampagne der Hexenjagd, die das Vierte Reich gegen Stasi und RAF führt. Sie benutzen den

Fortgesetzt auf Seite 22



Spartakist

Spartakisten protestieren am Berliner Flughafen Tegel gegen die Auslieferung Honeckers an das Vierte Reich

Münchner Olympiade: Bullen erschossen acht israelische Sportler

20 Jahre Vertuschung!

20 Jahre nach dem Massaker bei der Münchner Olympiade von 1972, wo elf israelische Sportler von der palästinensischen Guerillagruppe Schwarzer September als Geiseln genommen worden waren, enthüllt jetzt die israelische Zeitung *Yediot Aharanot* (22. Juli), daß *mindestens acht der Athleten von der deutschen Polizei ermordet worden sind — nicht von den Palästinensern.* Laut Geheimdokumenten des bayerischen Generalstaatsanwalts, die die Familien der Athleten „auf unbekannte Art und Weise" erhalten haben: „Acht der elf israelischen Sportler, die vor 20 Jahren in München ermordet worden sind, verloren ihr Leben durch Geschosse der deutschen Einsatzkräfte."

20 Jahre lang vertuschte die deutsche Regierung ihre Täterschaft bei den Münchner Morden. Dazu veröffentlichte der notorisch deutschnationale, antikommunistische *Spiegel* einen ausgesprochen antisemitischen Artikel (31. August). Der *Spiegel* verschweigt das schmutzige Geheimnis, daß die deutsche Polizei und nicht die palästinensischen „Terroristen" die israelischen Sportler ermordet haben, wie es jetzt gerade aufgedeckt wurde. Er vertuscht nicht nur die Wahrheit und versucht, die Morde zum Teil seiner Stasi-Hexenjagd zu machen. Der Artikel ist ein einziges Klagelied über „jüdischen Wucher" der israelischen Angehörigen der Opfer. Ist das der *Völkische Beobachter* des Vierten Reichs? Dieser empörende Skandal ist eine erneute Verhöhnung der Opfer!

Das Olympia-Massaker 1972 diente als Vorwand für eine internationale Vendetta gegen Palästinenser auf der ganzen Welt. Die Israelis führten im Nazi-Stil der „Sippenhaft" mörderische Vergeltungsschläge mit Bombenangriffen im Nahen Osten durch, gefolgt von einer massiven Invasion in den Libanon. Arabische Studenten wurden besonders in Westdeutschland bei willkürlichen Razzien verhaftet. Wir haben die Münchner Morde damals als „nicht zu verteidigende Akte kleinbürgerlicher terroristischer Raserei" verurteilt und zugleich den bei weitem blutrünstigeren Terrorismus der zionistischen Schlächter und den rassistischen Kreuzzug ihrer imperialistischen Schutzherren verurteilt. Die Welle der anti-arabischen Repression war in Westdeutschland am brutalsten, wo das Blut der Guerillas des Schwarzen September *und* der israelischen Sportler an den Händen der Behörden klebt.

Die zionistischen Massenmörder sind die dicksten Freunde der Führer des Vierten Reichs und arbeiten z. B. zusammen, um die sowjetischen Juden, die aus dem „Land der Verheißung" nach Deutschland fliehen, zu zwingen, zurück nach Israel zu gehen. Und egal, ob es einfach ein „Schlemihl"-haftes Verpfuschen war oder eine willkürliche Schießorgie mit dem Ziel, anti-arabische Hysterie aufzupeitschen, wie *Yediot Aharanot* berichtet; der israelische Mossad-Chef war mit den deutschen Bullen vor Ort. Die Berichte der israelischen und deutschen Regierungen sind weiter geheim.

Wie wir immer wieder betont haben, ist das zionistische Israel eine Todesfalle für das jüdische Volk, in jeder vorstellbaren Weise. Und sie unterdrücken die palästinensischen Massen im Stile der Nazis. Verteidigt die Palästinenser! Für eine Sozialistische Föderation des Nahen Ostens! •

Prozeß in Frankreich wegen HIV-infiziertem Blut

Aids und der mörderische Staat

Bonn deckt Profitgeschäft, während Bluter sterben

Aids hat sich rasant zu einer weltweiten Epidemie entwickelt - als eine Krankheit der Armut und des Elends. Heute werden HIV-Infizierte weltweit auf zwölf Millionen geschätzt, 80 Prozent davon in der „Dritten Welt". Afrika hat jetzt 7,5 Millionen HIV-Infizierte. Die Aids-Pandemie schreit nach internationaler Kooperation der Forschung und nach der massiven Mobilisierung der Ressourcen der Gesellschaft für die Pflege der Kranken und die Entwicklung von Heilmitteln. Aber die Kapitalistenregierung in Bonn möchte, trotz einer heraufziehenden Katastrophe ersten Ranges, am liebsten überhaupt nichts für die Aids-Bekämpfung ausgeben. 1991 waren es lausige 20 Millionen Mark. *400mal* so viel gaben sie aus, um bei der US/NATO-Flächenbombardierung der Bevölkerung des Irak auszuhelfen. In dieser verwesenden kapitalistischen Gesellschaft wird wissenschaftliche Aids-Forschung verhindert durch den staatlichen Kurs bösartiger Vernachlässigung, durch groteske Querelen zwischen Pharmakonzernen und rühm- und prestigegeilen Forschungsteams, und *besonders durch ein System der medizinischen Versorgung, die für Profit betrieben wird.*

In den 80er Jahren gab es in einer Reihe von Ländern einen Ausbruch von HIV-Infektionen unter Blutern. Schon 1983 gab es starke Hinweise darauf, daß Bluter infiziert wurden durch Blutpräparate, die aus Pools von Spendern gewonnen wurden und mit dem HIV-Virus (verantwortlich für Aids) verseucht waren. Dieser Verdacht hätte genügen müssen, um diese Präparate sofort aus dem Verkehr zu ziehen. (Ebenfalls 1983 gab es starke Hinweise und Ende 1984 den Beweis dafür, daß die Hitzesterilisierung der Blutpräparate, wodurch der Virus unwirksam gemacht wird, die Lösung ist.)

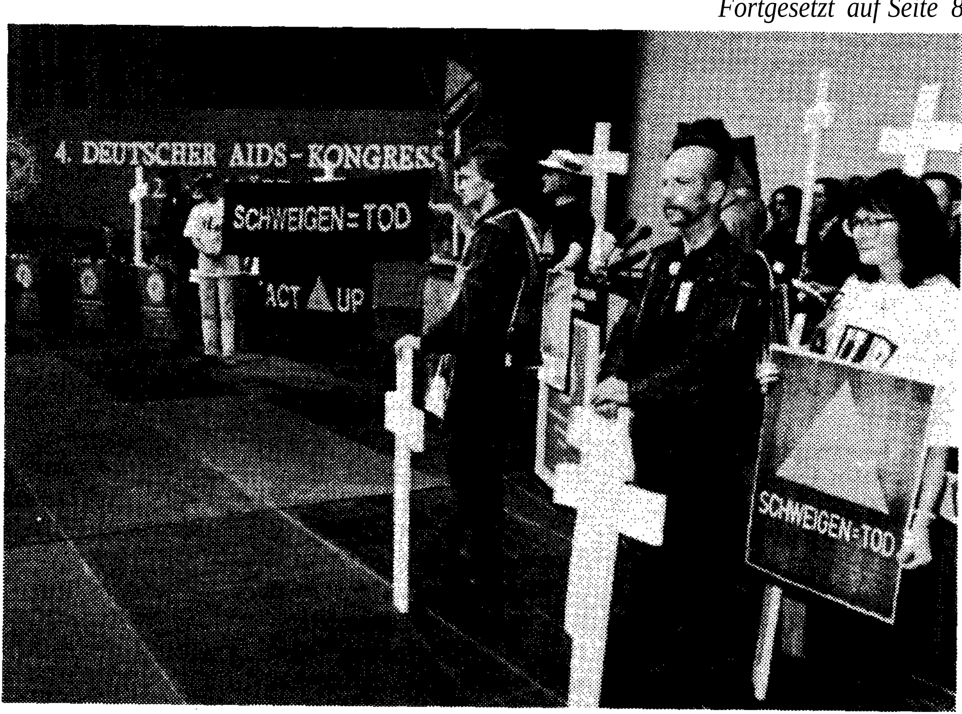
Der internationale Skandal über die Infizierung Tausender Bluter hat die französische Regierung ins Wakkeln gebracht. Aber genau dasselbe mörderische Geschäft wurde jahrelang auch in Deutschland betrieben. Die Hauptverantwortlichen dafür sitzen in der Regierung in Bonn. Politiker (incl. die SPD-„Opposition"), Gesundheitsbeamte, Pharmakonzerne, Krankenkassen sowie manch ein prominenter Bluter-Arzt verdrängten nicht nur die Gefahr, sie vertuschen die Katastrophe und schützen die Schuldigen *bis heute.* Sogar die Zahlen des BGA belegen weitere Infektionen unter Blutern. Hier, wie in Frankreich, müßten die Schuldigen von einem Tribunal ihrer Opfer zur Rechenschaft gezogen werden - besonders die Minister und leitenden Beamten der Regierung, die für die tödliche Gesundheitspolitik verantwortlich sind.

Die Katastrophe für Bluter hier ist *noch größer* als die in Frankreich. *Der Spiegel* berichtete schon 1987 (5. Oktober), daß Experten die HIV-Infizierung unter den etwa 3000 intensiv behandlungsbedürftigen Blutern in Deutschland auf 1500 bis 2200 schätzten. Offiziell wird heute zugegeben, daß 50 Prozent der insgesamt 4000-6000 Hämophilen HIV-infiziert wurden (400-500 sind schon gestorben). Das wahre Ausmaß der Epidemie wird aber systematisch vertuscht. Gegen den Leiter des Bundesgesundheitsamts (BGA) in Berlin sowie gegen Beamte im Bundesgesundheitsministerium wurde 1987 ermittelt - es verlief alles geheimnisvoll im Sande. Obwohl die genaue Chronologie von Fahrlässigkeit, Mitwisserschaft und offener Befürwortung der Weiterverbreitung der verseuchten Produkte bekannt ist, wird heute - mit dem atemberaubenden Hinweis, daß sie in Deutschland *früher als in anderen Ländern* über die Gefahr Bescheid wußten - alles als „unvermeidbar" abgetan!

Es ist eine Lüge. Ein hitzesterilisiertes (deutsches) Produkt, schon *1981* auf dem Markt, war den Kassen zu teuer. Es wurde im Interessenfilz zwischen anderen Herstellern, leitenden ärztlichen Direktoren, Krankenkassen und dem BGA begraben. Ende 1984 schob das BGA die Hitzesterilisierung von Blutkonserven auf einen „späteren Zeitpunkt" hinaus. BGA und Deutsches Rote Kreuz, ein Multi im Blutgeschäft, verhinderten Tests der Blutkonserven, die HIV-positive Blutspenden hätten isolieren können. Plasmahersteller erkannten 1985, daß die verseuchten Präparate tödlich waren. Doch sie wurden nicht eingezogen; sie erschienen weiterhin als verfügbare Arzneimittel in der Roten Liste. Der österreichische Hersteller Immuno AG, neben Bayer einer der weltweit größten Produzenten von Blutplasmaprodukten, hat bis 1988 kontaminierte Produkte in unbekannten Mengen an Indien und Argentinien *(taz,* 23. Juni 1988) verkauft.

Manche Infizierte haben eine lächerlich kleine Abfindung bekommen (allerdings nur gegen Erpressung, daß sie schweigen). Nun sterben aber in unbekannter Zahl ihre inzwischen infizierten Partner, die nicht wußten, daß ihre

Fortgesetzt auf Seite 8



Der Spiegel

ACT UP protestiert auf dem Aids-Kongreß in Wiesbaden. Die Bourgeoisie zwingt HIV-Opfer in die Position der Leprakranken des Mittelalters

Aids...

Fortsetzung von Seite 7

Männer HIV-infiziert waren, bis es zu spät war. Weder die Verantwortlichen noch Versicherungen zahlen ihnen einen Pfennig.

Die Kranken werden von den arroganten Herrschern als „überflüssige Unterklasse" angesehen; sie erleiden kriminelle Vernachlässigung durch den Staat und das ärztliche Establishment und werden von bigotten Fanatikern von ihren Arbeitsplätzen und aus ihren Wohnungen rausgeworfen. Immigranten aus Afrika in Frankreich, und auch türkische Jugendliche in Deutschland, die an Aids erkrankt sind, sind bei der Suche nach Behandlung und Pflege auch noch der rassistischen Hysterie gegen Immigranten ausgesetzt. In den USA, wo es fast 200000 Fälle gegeben hat, breitet sich Aids am schnellsten in den Schwärzen-Gettos und spanischsprachigen Barrios aus, wo es ganze Familien auslöscht. Die US-Regierung gibt pro Kopf der Bevölkerung nur umgerechnet 4 DM für Aids-Bekämpfung aus, während viele Opfer — ohne Krankenversicherung, praktisch ohne ärztliche Betreuung — obdachlos auf der Straße krepieren.

Das BGA schätzt die Zahl der Aids-Kranken in Deutschland heute auf rund 10000. Es gibt hier 70000 bis 80000 HIV-Infizierte. Besonders der Osten ist gefährdet. Zu den bitteren Früchten der kapitalistischen Konterrevolution in der Ex-DDR gehören Massenarbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit. Erscheinungen dieser krankhaften Gesellschaft wie Prostitution und Drogenanwendung breiten sich immer mehr in der Ex-DDR aus, wo Verelendung und Hoffnungslosigkeit um sich greifen. Somit hat die deutsche Bourgeoisie, obwohl es heute noch wenige Erkrankungen im Osten gibt, den Boden für eine lawinenartige Ausbreitung von Aids bereitet. Wir fordern dagegen die Entkriminalisierung des Drogengebrauchs, die kostenlose Verteilung von Kondomen und sauberen Spritzen sowie eine massive Aufklärungskampagne in Fragen der öffentlichen Gesundheit. Um die Zerstörung der Existenz der Werktätigen zu stoppen, muß die organisierte Arbeiterbewegung in Ost und West mobilisiert werden.

Mit dem Anschluß wurde der deformierte Arbeiterstaat DDR zerstört und mit ihm die kostenlose Gesundheitsversorgung für alle, die eine der historischen proletarischen Errungenschaften war, Ergebnis der sozialen Revolution, die 1945 östlich der Elbe durch den Sieg der Roten Armee geschaffen wurde. In der DDR war die Medizin nicht auf Profit aufgebaut. Deshalb wurden auch die Bluter nicht diesem brutalen kapitalistischen Prinzip ausgesetzt, sie wurden nicht mit verseuchten Präparaten vollgepumpt und daher nicht HIV-infiziert. Die Aids-Politik der DDR war bestimmt bürokratisch, doch Aids-Kranke wurden auch nicht auf die Straße geworfen — wie unter dem Kapitalismus, damit sie im eigenen Kot sterben. Die tödlichen Konsequenzen der Medizin im Kapitalismus sind ein Grund mehr, mit diesem ekelhaften System durch proletarische Revolution aufzuräumen.

Nachfolgend veröffentlichen wir einen leicht überarbeiteten Artikel aus der September-Ausgabe von *Le Bolchevik*, der Zeitung unserer französischen Sektion Ligue trotskyste de France.

In Paris liefen vom 22. Juni bis zum 5. August Verhandlungen gegen vier französische Staatsbeamte, die wegen der Verbreitung von HIV-infizierten Blutpräparaten vor Gericht standen; die Urteile sollen am 23. Oktober gesprochen werden. Dieser Prozeß hat nur einen kleinen Zipfel der dikken Decke gelüftet, die das Treiben des französischen Staates und seiner Regierung in der Frage der öffentlichen Gesundheit auf geheimnisvolle Weise zudeckt — wie in fast allen anderen Bereichen.

Doch er hat einiges enthüllt: Nicht nur die Angeklagten sind schuld an den Verbrechen, wegen derer sie angeklagt waren, sowie an weiteren, die ungenannt blieben. Auch viele andere Gesundheitsverantwortliche, hohe Funktionäre und insbesondere die Politiker, die die Regierung heute führen, hätten sich auf der Anklagebank befinden sollen: z. B. Edmond Hervé, Staatssekretär für Gesundheit, Georgina Dufoix, Ministerin für soziale Angelegenheiten und Premierminister Laurent Fabius.

Spätestens seit 1985 wußten sie es. Trotzdem haben sie bis Ende dieses Jahres freiwillig und auf kriminelle Weise das tödliche Blut weiter verbreitet. Professor Jean-Pierre Soulier, Autor des Buches *Transfusion et sida: le droit à la venté* [Bluttransfusion und Aids: das Recht auf die Wahrheit] schätzt, *daß jeden Monat* 100 bis 200 Bluttransfusionsempfänger mit dem Aids-Virus infiziert wurden. Unter den etwa 5000 Blutern in Frankreich sind mindestens 1250 mit dem Virus infiziert, 256 sind vor der Eröffnung des Prozesses gestorben.

Aids und die kapitalistische Welt: Sterben in der Hölle

Die vier, die vor der 16. Strafkammer in Paris standen - Michel Garretta (Direktor des Nationalen Zentrums für Blutübertragung, CNTS), sein Assistent Jean-Pierre Allain, Jacques Roux, Chef des Gesundheitsamtes, und Robert Netter, Generaldirektor des nationalen Labors für Gesundheit, sind nicht einmal wegen Vergiftung angeklagt worden, sondern wegen Lebensmittelbetrug — als ob sie einen gepanschten Wein mit einen Bordeaux-Etikett verkauft hätten! Diese Leute, und all die, die in der Regierung Teil der Verschwörung waren, sind verantwortlich und *schuldig:* Im Namen des kapitalistischen Profitgesetzes haben sie Hunderte und Aberhunderte von Menschen infiziert oder infizieren lassen.

Anfang 1985 war es offensichtlich, daß alle Blutvorräte HIV-verseucht waren. Aber diese Gehilfen des Kapitals haben zuerst abgewartet, daß das Institut Pasteur einen eigenen HIV-Test entwickelt, obwohl die USA bereits im Februar 1985 einen solchen auf den Markt gebracht hatte. Als das Institut Pasteur endlich den eigenen HIV-Test perfekt hatte (er wurde in Deutschland ab April benutzt), mußte man bis Ende Juni auf eine behördliche Genehmigung warten. All dies aus finanziellen Gründen und wegen der internationalen Wirtschaftskonkurrenz. Ab dem 1. August 1985 wurden Blutspender zwangsgetestet.

Dasselbe finstere und kriminelle Szenario lief bei der Inaktivierung des Aids-Virus durch Erhitzen von Blutpräparaten ab. Anfang 1985 haben die USA eine solche Methode eingeführt und benutzt. Man mußte bis August warten, bis die Regierung entschied, daß im *Oktober* dieselbe *(französische)* Methode endlich in Frankreich für Blutvorräte angewandt wurde. Aber es gibt ja noch Groteskeres und Schändlicheres. In einem internen Rundschreiben des CNTS schrieb ein gewisser Gérard Jacquin (er befindet sich nicht auf der Anklagebank): „Dieser Wechsel zum erhitzten Produkt bedeutet natürlich, daß die Vorräte von verseuchten Produkten in ihrer Gesamtheit verteilt werden sollen, bevor erhitzte Ersatzprodukte angeboten werden, und daß man [versucht], sie im Ausland oder auf dem französischen Markt (mit Rabatt) [zu] verkaufen, so daß die Vorräte von nichterhitzten Produkten so schnell wie möglich aufgebraucht werden können" *(Informations ouvrières, 29.* Juli-4. August). Verkäufer des Todes, die einen Rabatt anbieten!

Fortgesetzt auf Seite 21

Polen: Verteidigt HIV-Opfer gegen engstirnige mittelalterliche Fanatiker!

Folgender Artikel wurde aus Platforma Spartakusowców *Nr. 3, Herbst 1992, Zeitung der Spartakusowska Grupa Polski, abgedruckt.*

In den letzten Monaten haben wir ausufernde Angriffe von reaktionären Banden gesehen, die sich besonders gegen die Opfer des HIV-Virus richteten, wie zum Beispiel gegen die Kinder in den Monar-Pflegezentren oder gegen Drogensüchtige in Zentren wie Józefów und Piastów. Diese Menschen sind sehr krank, und sie haben medizinische Behandlung nötig, die ihre Leiden lindern kann, und einen sicheren Ort, wo sie diese Behandlung erhalten können. Aber sie waren wütenden Angriffen von engstirnigen Mobs ausgesetzt, die durch die reaktionären frauenfeindlichen und gegen Homosexuelle gerichteten Tiraden der katholischen Kirche und ihrer Solidarno -Politiker aufgestachelt worden waren. Diese Mobs haben in einer widerlichen Darbietung von mittelalterlichem Denken im 20. Jahrhundert, das durch soziale Frömmelei und katholischen Moralismus erzeugt wird, versucht, die HIV-Opfer in die Position der Leprakranken des Mittelalters zu zwingen. Wegen wiederholter Angriffe waren Kinder nicht in der Lage, in eine Reihe für sie renovierter Häuser einzuziehen, wie zum Beispiel in Józefów und Laski, wo ein Monar-Angestellter verletzt wurde. In einem Zentrum für Drogensüchtige in Piastów wurden eine Psychiaterin und ein Journalist der Zeitung *Warschaus Leben* ebenfalls angegriffen und zusammengeschlagen. Die Kommunalverwaltung in Laski stoppte dann alle Renovierungsarbeiten an diesen dringend benötigten Häusern, was darauf hinauslief, den reaktionären Mobs zum Sieg zu verhelfen. Gerade vor kurzem wurde das Haus, trotz einer 24stündigen Polizeipräsenz, durch Feuer vollständig zerstört. Die Täter hinter diesen brutalen Angriffen schreien nun, daß es der Monar-Führer Marek Kotanski wäre, der „die Gewalt provoziert". Diese Verleumdung findet im Grunde genommen ihren Widerhall in der Erklärung der Sprecherin des Gesundheitsministeriums, Krystyna Sienkiewicz, die ebenfalls Monar für die „Schaffung sozialer Unruhe" und die „Stigmatisierung der Babys" angriff (Sendung des polnischen „Radio für Dich", 17. Juni).

Die Antwort auf die Aids-Krise ist Wissenschaft, nicht Hysterie! Schätzungsweise 10 Millionen Menschen auf der ganzen Welt sind mit dem HIV-Virus infiziert, der die fürchterliche Krankheit Aids auslöst und dessen Diagnose für die überwiegend armen Opfer ein Todesurteil darstellt. Aids ist zunehmend eine Krankheit der Armut geworden, verschlimmert durch systematische Rassen- und Klassenunterdrückung, Arbeitslosigkeit, baufällige Wohnungen und unzulängliche Krankenhäuser. Für die Aids-Opfer wird das Leiden durch die Hysterie verschlimmert, die von reaktionären Frömmlern aufgepeitscht wird, die die Betroffenen oder die Homosexuellen für „schuldig" erklären wegen der Verbreitung der Krankheit. Wie wir heute in Polen erleben, ist die Förderung von reaktionären sozialen Einstellungen, besonders gegen Minderheiten und sogenannte „Randgruppen", der unvermeidliche Partner der kapitalistischen Restauration. Der Erzreaktionär Glemp, der bewußt versucht, diejenigen zu ermutigen, die weitere Angriffe ausführen würden, schimpft herum, Aids sei eine „Sünde, die aus der moralischen Einstellung entspringt", und greift die Einrichtung von Zentren für Aids-Kranke „in bewohnten Gebieten" *(Gazeta Wyborcza,* 17. August) an.

Wir verlangen volle demokratische Rechte für Homosexuelle und verteidigen alle Opfer der reaktionären Verfolgung. Wir fordern, daß international alle erforderlichen Ressourcen der Gesellschaft eingesetzt werden, um eine Heilung oder ein Abwehrmittel gegen die Verwüstungen, die das Aids-Virus der Menschheit zufügt, zu finden und um für eine anständige Behandlung zur Minderung der Leiden der Erkrankten zu sorgen. Wie wir in *Women & Revolution* Nr. 34 schrieben: „Eine Gesundheitsversorgung von guter Qualität für alle liegt objektiv im Bereich des materiell Möglichen, aber nicht im Rahmen des kapitalistischen Systems, das seinen Bürgern noch nicht einmal das Lebensnotwendige geben kann, obwohl die Produktionskapazitäten und die Technologie existieren, um die Hungernden auf dem ganzen Planeten zu ernähren."



Platforma Spartakusowców

Warschau, 1. Mai: Spartakisten für Arbeiteraktion gegen Nazis, gegen Konterrevolution von Jelzin/Walesa/Bush, für Arbeiterverteidigung des Abtreibungsrechts

Anständige Leute sind empört, daß diese Greueltaten geschehen durften. In der Sendung von „Radio für Dich" verurteilte ein Überlebender des Konzentrationslagers Dachau die „unmenschliche" Haltung der Anwohner, und ein Monar-Angestellter aus Laski sagte, er sei zutiefst schokkiert, daß man in einem Land, das den Hitlerismus bereits erlebt hatte, Aufrufe hören konnte: „Verbrennt die Kinder mit HIV". Die unmittelbar gestellte Aufgabe ist die Verteidigung der Monar-Kinder und aller an HIV Leidenden gegen weitere physische Angriffe. Das Vertrauen von Monar darauf, daß die Polizei oder die Staatsanwaltschaft sie verteidigt, ist selbstmörderisch. Diese Polizei ist der Verteidiger der von der katholischen Kirche und Solidarno geführten Konterrevolution, die direkt zu der Eskalation von Reaktion und faschistischen Angriffen geführt hat. Von Monar organisierte Konzerte wie das „Polnische Wembley" werden diese Angriffe nicht stoppen. Was gebraucht wird, sind Verteidigungsgruppen, die sich auf die soziale Macht der organisierten Arbeiterklasse stützen. Kein Vertrauen, keine Illusionen in die Polizei, den bewaffneten Arm des bürgerlichen Staats! Alle klassenbewußten Kämpfer und Verteidiger von demokratischen Rechten müssen zur Verteidigung dieser Menschen zusammenkommen. Jene reaktionären Banden müssen gestoppt werden!«



AP

Moskau, 12. August: Hunderte protestieren auf der Patrice-Lumumba-Universität gegen den Polizeimord an Gideon Chimusoro. Jelzins Konterrevolution brütet Chauvinismus und Antisemitismus. Die Bolschewiki unter Lenin und Trotzki kämpften unerbittlich für die Rechte aller Völker und Nationalitäten

Moskau - Patrice-Lumumba-Universität

Afrikanischer Student von Jelzins Bullen ermordet

Kapitalistische Konterrevolution entfesselt rassistischen Terror

Seit dem Zusammenbruch des Stalinismus und dem „Gegenputsch" von Boris Jelzin im letzten August wird die Sowjetunion von der „ganzen alten Scheiße" der kapitalistischen Gesellschaft geplagt, die an die Oberfläche kommt. Seit Jelzin im Namen des Kapitalismus des „freien Marktes" und des russischen Chauvinismus die Macht ergriffen hat, tobt nationalistisches Blutvergießen.

An der Moskauer Universität der Völkerfreundschaft Patrice Lumumba wurde Gideon Chimusoro, ein 25 Jahre alter Student aus Zimbabwe, in der Nacht des 11. August von einem russischen Polizisten erschossen. Nach dem Mord wurde sofort Miliz auf dem Campus aufgefahren, um den Mörder zu decken. Am nächsten Tag griffen paramilitärische Einheiten der OMON — eine Killer-Elite, die im Februar bei einer Protestdemonstration gegen Jelzin am Tag der sowjetischen Armee zum ersten Mal Blut für die „demokratische" Konterrevolution vergossen hat - brutal eine Studentendemonstration an, die gegen die Ermordung von Chimusoro protestierte. Studenten, die handgemalte Plakate trugen, auf denen stand: „Wir brauchen Polizeischutz, nicht Polizeimörder!", wurden gejagt, in den Bauch getreten und mit Gummiknüppeln verprügelt. Ein Bulle schrie: „Ich werde dich umbringen, du Schwein!"

Die russische Presse „rechtfertigte" den Mord und das Wüten seitens der Polizei mit erfundenen Geschichten über einen Studenten„aufruhr" — Lügen mit dem Ziel, rassistische Angst und Haß gegenüber den afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Studenten an dieser Universität zu erzeugen. Eine schreiende Überschrift in der *Nesavisimaja Gaseta* (13. August) lautete: „Nur Maschinengewehrfeuer konnte die Amokläufer zur Ruhe bringen." *Moskowskij Komsomolets* erfand Geschichten über Schwarze, die Autos und Kioske in Brand gesetzt hätten, und über Studenten, die Möbel, Fernseher und brennende Matratzen aus den Fenstern ihres Wohnheims geworfen hätten. Ein Fernseh-Nachrichtensprecher brachte zum Schluß der Abendnachrichten vom 12. August die Meldung, daß die afrikanischen Studenten „ankündigen, uns morgen alle zu erschießen". Diese unerhörte Lüge war nichts anderes als eine finstere Aufforderung zu einem Pogrom!

Sobald Genossen der Internationalen Kommunistischen Liga in Moskau von dem Bullenmord erfuhren, gingen sie sofort zur Patrice-Lumumba-Universität, um ihre Solidarität mit den Studenten zum Ausdruck zu bringen. Unsere Genossen sahen mit ihren eigenen Augen, was für einen Haufen von Lügen die russischen Presseberichte verbreiteten. Die Kioske waren alle noch da und keiner war verbrannt; die Wohnheime waren in normalem Zustand, die Zimmer voll möbliert. Ein Student aus Jemen, der ein Augenzeuge des Mordes an Chimusoro und des Angriffs von OMON auf die Studenten gewesen war, stellte sich freiwillig zur Verfügung, alles der Presse zu erzählen. Er wurde interviewt. Kurz danach wurde er bei einem nächtlichen Angriff auf sein Wohnheimzimmer brutal angegriffen, seitdem liegt er im Krankenhaus. Eine Stellungnahme, die vom neu gegründeten Koordinationskomitee der Studenten herausgegeben wurde, warnte:

> „Wir werden [die Presse] für alles verantwortlich machen, was einem afrikanischen Studenten in der Zukunft passiert... Wir werden bis zum Ende dafür kämpfen, daß unsere Rechte in diesem Land anerkannt und respektiert werden, wo besonders afrikanische Studenten immer wieder bedroht werden, deren einziges Verbrechen ist, daß sie schwarz sind, anders sind oder einfach nur arm sind."

Am 19. August organisierte das Koordinationskomitee eine Pressekonferenz und lud Genossen von der Internationalen Kommunistischen Liga ein, daran teilzunehmen. Aber der Universitätspräsident griff direkt ein, um uns zum Schweigen zu bringen, sobald unser Genösse den Punkt zur Sprache brachte, daß dieser mörderische Angriff auf die eingewanderten Studenten ein Beispiel ist für den Rassismus und Nationalismus, der von der Kampagne der kon-

terrevolutionären Jelzin-Regierung entfesselt wurde, um den multinationalen sowjetischen Arbeiterstaat zu zerstören. Später versuchte der Universitätspräsident die Miliz dazu zu bewegen, unseren Literaturtisch zu verbieten, unter dem Vorwand, daß „politische Aktivität an der Schule verboten ist". Die Miliz weigerte sich, seine Anordnungen zu befolgen, als wir unseren Stand verteidigten, und sagte: „Wir befolgen keine Gesetze, die rassistische Morde zulassen und politische Aktivitäten verbieten."

Kapitalistische Konterrevolution bedeutet Rassismus und Verelendung

Studenten, die von unseren Genossen an der Patrice-Lumumba-Universität interviewt wurden, beschrieben die drastische Verschlechterung ihrer Lebensverhältnisse während des letzten Jahres. Durch die Zusammenstreichung der Stipendien und die rasanten Preiserhöhungen leben jetzt viele Studenten in erbärmlicher Armut. Aber mehr als alles andere ist es die Explosion von unverhülltem Rassismus, die ihr Leben auf den Kopf gestellt hat. Ausgewählt für ein Studium an einer prestigereichen Universität, die gegründet wurde, um Kader für die Verbündeten der Sowjetunion in der Dritten Welt auszubilden, waren diese Studenten einst geehrte Gäste Moskaus. Heute werden sie ihrer Hautfarbe wegen verunglimpft und fürchten sich davor, überhaupt noch in der Öffentlichkeit aufzutreten.

Ein marokkanischer Student erzählte unseren Genossen: „Ich würde sagen, die Veränderungen fingen 1985 an, als die Perestroika begann. Jetzt ist man als Ausländer nichts mehr wert. Sie denken, man sei der Grund für die Krise. Und sie sagen dies im Namen von »Demokratie'!" Ein jamaikanischer Student erzählte uns, daß man ihn aus öffentlichen Bussen gezerrt hat, auf der Straße und in Hoteleingangshallen angegriffen hat. Selbst hochrangige Diplomaten sind zur Zielscheibe von Angriffen geworden. Godfrey Chanetsa, ein Diplomat aus Zimbabwe, berichtete von rassistischen Sprüchen und Drohungen gegen ihn und seine Familie. Er schloß mit der Bemerkung: „Ich will nicht Russisch lernen, denn je mehr man lernt, um so besser versteht man, was sie sagen" (*Moscow Guardian*, Oktober 1991).

Noch vor ein paar Jahren wären rassistische Ausbrüche auf beinahe einhellige Verachtung gestoßen. Die Sowjetunion war eine zutiefst integrierte Gesellschaft von über 100 Nationen. Schon der Begriff „Nationalismus" wurde als abfällig angesehen. Die bolschewistische Revolution hat das zaristische „Völkergefängnis" — wie Lenin es genannt hat — in eine multinationale Föderation verwandelt. Nur das bolschewistische internationalistische Programm, das allen Völkern volle und gleiche nationale Rechte gewährte, *um die weitestgehende Einheit der Arbeiter aller Nationalitäten sicherzustellen*, machte dies möglich.

Der Verwaltungsapparat des sowjetischen Staates und die bolschewistische Partei wurden jedoch in eine beschränkte nationalistische bürokratische Kaste unter der Führung Stalins verwandelt, der 1923/24 die Macht an sich riß. Stalin hat die wirtschaftliche Basis des neuen Arbeiterstaates nicht umgestürzt, sondern sein Regime konsolidiert, indem er viele befreiende politische Errungenschaften der bolschewistischen Revolution rückgängig machte. Antisemitismus wurde wiederbelebt, um Trotzki als Juden verfolgen zu können; großrussischer Chauvinismus wurde angeheizt, um die Republiken der Minderheiten auf Linie zu halten; der Familienkult wurde restauriert als Instrument, das der Bevölkerung Respekt vor der Autorität einimpfen und die Freiheiten für die Frauen und die Jugend ersticken soll. Die internationalistische Politik der bolschewistischen Revolution wurde mit der „Theorie" des „Sozialismus in einem Lande" rückgängig gemacht — was zu einer bewußten Politik führte, Revolutionen in anderen Ländern abzuwürgen, um den Imperialismus zu besänftigen.

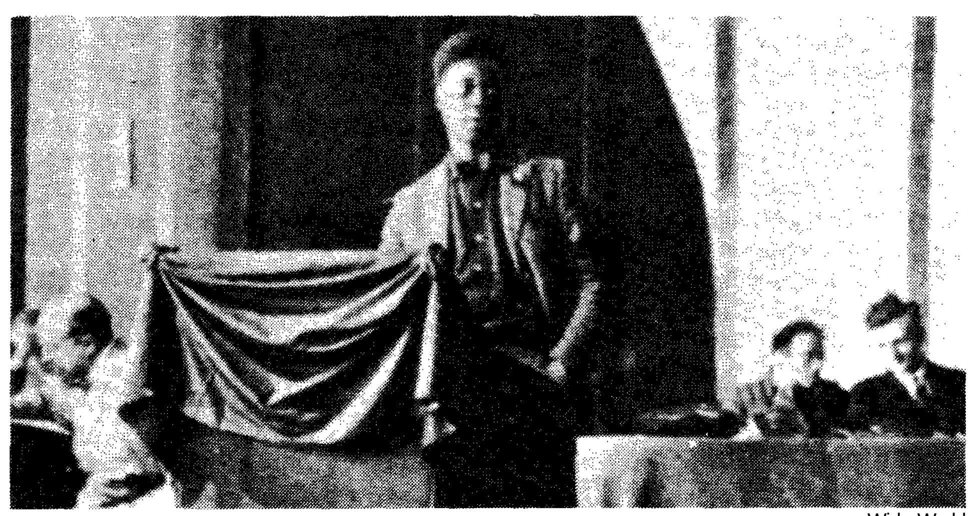
Die endgültige „Besänftigung" des Imperialismus kam mit der Selbstzerstörung der Bürokratie und mit dem Gerangel der Bürokraten von gestern, angeführt von Jelzin und seinen Kumpanen, Teil einer neuen kapitalistischen herrschenden Klasse zu werden. In Osteuropa und der ehemaligen UdSSR haben schwache konterrevolutionäre Regierungen angesichts des Mangels an Kapital dieses durch Rassismus und Nationalismus ersetzt, als Werkzeug zur Zerstörung der deformierten Arbeiterstaaten. „Ethnische Säuberung" ist der Schlachtruf der kapitalistischen restaurativen Kräfte, von den serbischen Chauvinisten und den kroatischen faschistischen Kommandos, die den Vielvölkerstaat Jugoslawien zerstört haben, bis zu den Neo-Nazis, die in der ehemaligen DDR Flüchtlingswohnheime in Brand stecken.

In Moskau nennen sich die Pamjat-Faschisten, denen Jelzin Legitimität verschafft hat, offen „die letzte Hoffnung der weißen Zivilisation". Jelzins „demokratische Intelligenz" ist durchsetzt mit großrussisch-chauvinistischem Rassismus. Eine verbreitete Auffassung unter diesen „Yupskies" ist, daß es gerechtfertigt gewesen sei, Afghanistan aufzugeben, denn „diese Asiaten sind nicht das Blut unserer russischen Jungs wert". *Dies* ist das rassistische Gesicht hinter der Maske von Jelzins „demokratischer" Konterrevolution.

Für proletarisch-politische Revolution!

Unter der Führung der Bolschewik! war die junge Sowjetrepublik ein Leuchtfeuer der Befreiung, besonders für die am meisten unterdrückten Völker der Erde. In einem Land, das das Wort „Pogrom" erfunden hatte, wurde ein Jude, Jakow Swerdlow, der erste Präsident der russischen Republik. Felix Dzierzynski, ein Pole, wurde der Chef der Geheimpolizei. Man stelle sich vergleichsweise Schritte für die Befreiung der Menschheit heute vor: Eine siegreiche amerikanische Arbeiterrevolution setzt einen schwarzen Kommunisten als Präsidenten ein und eine hispanische Frau als Polizeichefin, um die übriggebliebenen Nester von KKK- und Nazi-Abschaum auszuräuchern.

Fortgesetzt auf Seite 23



Wide World

Claude McKay, ein auf Jamaika geborener amerikanischer schwarzer Dichter, spricht auf dem 4. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau 1922, berichtet über seinen herzlichen Empfang im Jungen Arbeiterstaat

Euro-Chaos...

Fortsetzung von Seite 1

und wirtschaftlicher Zusammenarbeit wahrscheinlich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs" *(Wall Street Journal,* 17. September). Vor zweieinhalb Jahren endete die Nachkriegszeit, als die zerfallende sowjetische Bürokratie unter Gorbatschow Ostdeutschland aufgab und damit den Sieg der Roten Armee über das Dritte Reich der Nazis rückgängig machte. Im März 1990 gewann der westdeutsche Kanzler Kohl eine entscheidende Wahl in der DDR mit dem falschen Versprechen, daß die Wiedervereinigung unter der D-Mark sofortigen Wohlstand bringen würde.

Westdeutschland wurde aus einem Kalte-Kriegs-Verbündeten des amerikanischen Imperialismus in ein aggressives Viertes Reich verwandelt, das die Vorherrschaft in Europa anstrebt. Deutschlands Herrscher stellten sich ein D-Mark-Imperium vor, das vom Balkan bis zum Baltikum und von Sibirien bis zur iberischen Halbinsel reicht. Im Sommer 1991 brachte das Bonner Regime durch starken Druck seine EG-Partner dazu, die Unabhängigkeit von Kroatien und Slowenien — traditionell im deutschen Einflußbereich — anzuerkennen, und beschleunigte dadurch das blutige Auseinanderbrechen Jugoslawiens. Ein halbes Jahr später verkündete Kohl in Maastricht triumphierend eine neue Ära der westeuropäischen Einheit, die gekennzeichnet sei durch eine gemeinsame Währung und durch neue, von der amerikanisch dominierten NATO unabhängige Streitkräfte.

Aber seitdem sind die Dinge nicht gut gelaufen für die Herren des Vierten Reichs, die jetzt untereinander und mit dem Rest der Welt im Streit liegen. Das von den Deutschen angezettelte Auseinanderbrechen Jugoslawiens hat zu einem unkontrollierbaren, sich ausweitenden nationalistischen Krieg auf dem Balkan geführt. Die Bestrebungen des Kohl-Regimes, die deutschen Werktätigen dazu zu zwingen, für die Annektion der DDR mehr zu zahlen, provozierte im Mai einen Streik von einer halben Million Arbeiter im Öffentlichen Dienst und Verkehrswesen, der das Land teilweise lahmlegte — der größte Streik seit Gründung der BRD, der mit einem Unentschieden endete. Mörderische Angriffe von Nazi-Skinheads auf Immigranten in Rostock und anderswo verstärkten in ganz Europa die Furcht vor einem starken nationalistischen Deutschland. Und die Hochzinspolitik der Bundesbank verschärfte die Rezession in der westeuropäischen Wirtschaft noch weiter und hat jetzt die Finanzmärkte der Welt ins Chaos gestürzt.

In einer Orgie von imperialistischem Triumphalismus verkündete Bush erst gestern eine „neue Weltordnung", als die Kriegsmaschine der USA den Irak verwüstete. Kohl und der französische Präsident Mitterrand versprachen „Vereinigte Staaten von Europa". Aber das Ende des Kalten Kriegs hat zunehmend Unordnung und zwischenimperialistische Konflikte gebracht. Der Aufstand der schwarzen und spanischsprachigen Armen in Los Angeles im letzten Frühjahr, der deutsche ÖTV-Streik, der Tokioter Börsenkrach und jetzt die Krise der Europäischen Gemeinschaft, all dies weist auf eine wachsende Instabilität in den Zentren des Weltkapitalismus hin. Die unmittelbaren Aussichten sind eine Periode von Unruhen, die zu scharfen Klassenkämpfen führt.

Ein Vorbote ist die Explosion der Wut der Arbeiter in Italien nach der Abwertung der Lira und den verheerenden Austeritätsmaßnahmen, die die italienische Regierung auf Befehl der Frankfurter Bankiers verkündet hat. Hunderttausende Arbeiter sind auf die Piazzas geströmt und haben die Ausverkäufe-Gewerkschaftsführer angeprangert. Und Griechenland, das ärmste Land in der Europäischen Gemeinschaft, wird jetzt von Massenstreiks mit mehr als einer Million Arbeitern, von Busfahrern bis zu Bankangestellten, erschüttert.

Währungsordnung und -Unordnung von Bretton Woods bis Maastricht

Internationale Bankiers verlangen ein System von festen Wechselkursen, damit Schuldnerländer nicht durch Inflationierung und Abwertung ihrer Währung zurückzahlen können. Statt dessen müssen Schuldnerstaaten zahlen, indem sie aus ihrer Arbeiterklasse und anderen Werktätigen realen Reichtum — Marx' Begriff „Mehrwert" — herauspressen. Dieser Befehl der Bankiers war im Goldstandard des Kapitalismus des 19. Jahrhunderts verkörpert. Alle wichtigen nationalen Währungen standen in fester Relation zum Gold, das benutzt wurde, um Ungleichgewichte im Handel auszugleichen. Der Goldstandard wurde durch die inflationäre Explosion vernichtet, die mit dem ersten imperialistischen Weltkrieg von 1914 — 18 einherging, und die Bemühungen, ihn wieder einzuführen, wurden unter den Trümmern der Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren begraben.

Auf der Konferenz von Bretton Woods 1945 nach dem Zweiten Weltkrieg errichtete der siegreiche und vorherrschende Staat des amerikanischen Imperialismus ein internationales Währungssystem, das auf seiner eigenen nationalen Währung beruhte. Der Dollar erhielt einen festen Kurs und konnte zu einem festgesetzten Preis in Gold umgetauscht werden (35 Dollar pro Unze); andere Währungen sollten an den Dollar gekoppelt werden. Die anschließende Schwächung der wirtschaftlichen und politischen Macht der USA in der kapitalistischen Welt, beschleunigt durch die Niederlage im Vietnamkrieg, führte zum Zusammenbruch des Systems von Bretton Woods. 1971 wertete US-Präsident Nixon den Dollar in bezug auf Gold ab und leitete damit eine Periode von internationaler Währungsanarchie ein.

Befreit von der „Disziplin" fester Wechselkurse, finanzierten die kapitalistischen Regierungen ihre Haushaltsdefizite dadurch, daß sie mehr Geld druckten. Handelsbilanzdefizite wurden durch Abwertungen der Währung „ausgeglichen". Die 70er Jahre waren ein Jahrzehnt zunehmender weltweiter Inflation, die von Preissteigerungen bei Öl und anderen natürlichen Rohstoffen angeheizt wurde. Die Bankiers der Welt begannen nach der Wiederherstellung der Währungs„disziplin" zu schreien. Aber der amerikanische Imperialismus war nicht mehr stark genug, um eine solche Disziplin im Weltmaßstab zu erzwingen.

Das westeuropäische Finanzkapital, dominiert von den Frankfurter Bankhäusern, ging daran, ein System fester Wechselkurse auf einer regionalen Basis wiederherzustellen. 1979 gegründet, wurde das Europäische Währungssystem später vom Führer der britischen Tories (Konservative), John Major, als „ein moderner Goldstandard mit der D-Mark als Anker" gepriesen. Formal waren die nationalen Währungen an das sogenannte ECU (Europäische Währungseinheit) gekoppelt, eine künstliche Rechnungseinheit, die praktisch die D-Mark in Verkleidung ist. Mitgliedsstaaten konnten den Wert ihrer Währung in bezug auf das ECU nur innerhalb einer engen Bandbreite verändern.

Die Schaffung des Europäischen Währungssystems war Teil eines allgemeinen Programms in den vorherrschenden kapitalistischen Ländern, die inflationären Verhältnisse der 70er Jahre zu beseitigen. Neue rechtsgerichtete Regime — Thatcher in Britannien, Reagan in den USA, Kohl in Westdeutschland — kamen an die Macht mit dem Versprechen, das Geld zu verknappen und die Regierungsausgaben für Sozialprogramme zu kürzen. Diese deflationäre Politik trug dazu bei, die kapitalistische Welt in die Depression von 1982-83 zu stürzen, als die Arbeitslosigkeit in Nordamerika und Westeuropa den höchsten Stand seit den 30er Jahren erreichte. Die Depression beendete den Boom bei den



Berlin: Flüchtlinge vor der Asylbehörde werden brutal von der Polizei des Vierten Reichs zurückgedrängt. Alle, die es aus der Hölle ihrer Herkunftsländer geschafft haben, hierher zu kommen, haben das Recht, hier zu bleiben. Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

Paul Glaser/Der Tagesspiegel

Rohstoffpreisen, was die armen Länder der Dritten Welt zwingt, ihre Anleihen bei der Wall Street, der City von London und in Frankfurt zu Realzinssätzen zurückzuzahlen, die viel höher sind als zum Zeitpunkt der Aufnahme der Anleihen.

Zu Beginn der 80er Jahre versuchte Frankreich unter dem neuen sozialdemokratischen Regime von Francois Mitterrand zuerst, angesichts der Weltdeflation mit expansiver Steuer- und Währungspolitik wirtschaftlich gegen den Strom zu schwimmen. Der Versuch der französischen Sozialisten mit „Keynesianismus in einem Land" führte zu massiver Kapitalflucht und erzwang eine Reihe von Abwertungen des Franc. 1983 machte das Mitterrand-Regime eine scharfe Kehrtwendung und führt seitdem eine Austeritätspolitik im Namen des „franc fort" (starker Franc) durch, die selbst den hohen Anforderungen von rechten Monetaristen entspricht. Französische Arbeiter haben dafür mit einem Jahrzehnt von Massenarbeitslosigkeit bezahlt, besonders unter jugendlichen und eingewanderten Arbeitern.

Nachdem die Frankfurter Bankiers die französischen Sozialdemokraten gedemütigt hatten - mit Unterstützung der Wall Street —, waren sie in der Lage, die ärmeren Mittelmeerländer der Europäischen Gemeinschaft bei der Stange zu halten. Ein Wirtschaftswissenschaftler bei der Zentralbank Griechenlands bemerkte, daß das Europäische Währungssystem (EWS) „die Politik der zur Inflation neigenden Länder zu einer größeren Disziplin .zwingt". Die herrschenden Klassen Italiens, Spaniens und Portugals akzeptierten die Disziplin des EWS im Austausch gegen die finanzielle Unterstützung durch die D-Mark. Im Prinzip war die Bundesbank verpflichtet, die bestehenden Wechselkurse von Lira, Peseta und Escudo zu verteidigen, und machte dadurch den Süden der Europäischen Gemeinschaft für ausländische Investoren attraktiver.

Bei all der Stimmung von kapitalistischem Triumphalismus über den Aufstieg der Konterrevolution in Osteuropa und der Sowjetunion verkündeten die Herrscher des kapitalistischen Westeuropas ihr Vorhaben, eine gemeinsame Währung einzuführen. Dem Abkommen von Maastricht lagen jedoch *widersprüchliche Programme* zugrunde in bezug darauf, wie eine Währungsunion in der Praxis funktionieren würde. Die französischen und spanischen Sozialdemokraten stellten sich eine europäische Zentralbank vor, die die augenblickliche Macht der Bundesbank abschwächen würde und großzügiger ECUs zur Verfügung stellen würde, um ihre Haushalte- und Zahlungsbilanzdefizite auszugleichen.

Pustekuchen! Die deutschen Bankiers bestehen darauf, daß eine europäische Währungsunion eine Diktatur der Finanziers sein muß, die sich dem knappen Geld verschrieben hat und frei ist von jeglichem Anschein demokratischer oder durch die Bevölkerung ausgeübter Kontrolle. In den Worten des ehemaligen Bundesbankchefs Karl-Otto Pöhl:

> „Wenn wir ein europäisches Währungsregime, haben sollen, dann muß es so gut sein wie z. B. das der Bundesbank. Und eine europäische Zentralbank kann nur dann Preisstabilität erreichen, wenn sie in ihrer Geldpolitik unabhängig ist von den Institutionen und Regierungen der EG" (Alberta M. Sbragia, Herausgeber, *Euro Politics: Institutions and Policymaldng in the ,New' European Community* [Europolitik: Institutionen und politische Entscheidungen in der .neuen' Europäischen Gemeinschaft] - Brookings Institution, 1992)

Pöhls Kollegen haben jetzt das existierende europäische Währungsregime zerstört, noch ehe der Vertrag von Maastricht ratifiziert wurde.

Bundesbank torpediert europäisches Währungssystem

In den 60er Jahren wurde der Gemeinsame Markt von vielen Europäern gesehen als eine amerikanische Verschwörung, um den Kontinent wirtschaftlich zu dominieren. Dies war das Thema des berühmten Buchs *Le défi américain* [Die amerikanische Herausforderung] des französischen Journalisten Jean-Jacques Servan-Schreiber. Heute schreibt der deutsche Publizist Theo Sommer, Chefredakteur der *Zeit,* deren Mitherausgeber der ehemalige sozialdemokratische Kanzler Helmut Schmidt ist, über ein vereinigtes Europa als ein Bollwerk gegen die USA und Japan:

> „Die Gefahr ist nicht gänzlich von der Hand zu weisen, daß die dreiseitige Kooperation Europa-Nordamerika-Japan einer Konfrontation nach drei Seiten Platz macht und an die Stelle der zusammenarbeitenden trilateralen Welt von heute eine Welt dreier zusammenprallender Blöcke tritt ... Ließe sich der fatale Lauf der Dinge jedoch nicht aufhalten, so böte ein einiges, vereintes, vereinigtes Europa den Völkern der Alten Welt wenigstens die beste Chance der Selbstbehauptung." *(Die Zeit,* 25. September)

Fortgesetzt auf Seite 14

Euro-Chaos...

Fortsetzung von Seite 13

Auch Hitler sah in einer Festung Europa die beste Chance der alten Welt zur „Selbstbehauptung".

Die deutsche Wiedervereinigung und der Zusammenbruch der Sowjetmacht haben jedoch keineswegs einer großeuropäischen „Einheit" Auftrieb gegeben, sondern hatten genau den entgegengesetzten Effekt. Diese Entwicklungen verschärften sehr die Interessenkonflikte zwischen den bürgerlichen Nationalstaaten, aus denen die Europäische Gemeinschaft besteht. Während des Kalten Krieges diente Westdeutschland als Zahlmeister des NATO-Bündnisses gegen die Sowjetunion. In einer Erklärung der internationalen Spartacist Tendenz aus dem Jahr 1979, in der wir zum Boykott der Wahlen zum europäischen Pseudoparlament in Straßburg aufriefen, schrieben wir:

> „Die EWG wurde ursprünglich Mitte der fünfziger Jahre als Teil der amerikanisch gelenkten Reorganisation Westeuropas gegen den Sowjetblock gegründet. Washingtoner Politiker waren besorgt darüber, die französische Opposition gegen eine westdeutsche Dominanz Europas könnte zu einer Wiederbelebung der traditionellen Allianz Paris-Moskau führen, in der Art des Stalin-Laval-Paktes 1935. Der Gemeinsame Markt war und bleibt im wesentlichen ein ökonomischer Kompromiß zwischen der französischen und der deutschen herrschenden Klasse im Kontext ihrer politisch/militärischen Allianz gegen die UdSSR." *(Kommunistische Korrespondenz* Nr. 25, Juni 1979)

In den 60er Jahren konnte z. B. der französische Präsident Charles de Gaulle Bonn dazu bringen, bessere wirtschaftliche Bedingungen im Gemeinsamen Markt zu gewähren, indem er drohte, freundlichere Beziehungen zu Moskau einzugehen. Deutschlands ständige hohe Handelsüberschüsse lieferten die finanziellen Mittel dazu, die schwächeren Währungen im EWS zu stützen, etwas Hilfe in die ärmeren Mittelmeerländer zu schleusen und die widerspenstigen französischen Bauern durch die gemeinsame Agrarpolitik zu besänftigen. Aber die deutsche Wiedervereinigung führte zu einer plötzlichen *Umleitung der internationalen Kapitalströme auf Kosten Westeuropas.*

Nach der Demontage der industriellen Basis der ehemaligen DDR mußte Bonn Millionen von verelendeten und arbeitslosen Ostdeutschen Stempelgeld geben. Im letzten Jahr beliefen sich die Regierungstransfers nach Ostdeutschland auf 180 Milliarden D-Mark. Dies lief auf eine gigantische interne Exportsubvention für westdeutsche Hersteller hinaus. Zusätzlich gab Bonn 75 Milliarden Mark zur Unterstützung des konterrevolutionären Jelzin-Regimes in Rußland aus und weitere 105 Milliarden in Osteuropa, um die ehemaligen deformierten Arbeiterstaaten in Neokolonien der Deutschen Bank zu verwandeln.

Deutschlands früher geringe Haushaltsdefizite blähten sich auf 3,5 Prozent des Bruttosozialprodukts auf (vergleichsweise *größer* als das Defizit von Frankreich oder Britannien) und absorbierte 50 Prozent der persönlichen Spareinlagen. Letztes Jahr hatte Deutschland zum ersten Mal seit einem Jahrzehnt ein Defizit in der Handelsbilanz. Der deutsche Publizist Josef Joffe faßte die wirtschaftlichen Konsequenzen der Wiedervereinigung so zusammen: „Massives deficit spending, massive Verschuldung und ein übler Inflationsschub". Wie Joffe witzelte, ist Deutschland ein Junkie geworden, der den Kokainnachschub in der Hand hat.

Nicht jeder in Deutschlands herrschenden Kreisen teilte die Illusion, daß die wirtschaftliche Stärke des Landes groß genug sei, um Europa von Moskau bis Lissabon zu dominieren. Schon 1990 kritisierte die Bundesbank Kohl, daß er bei dem auf Pump erfolgten Aufkauf der DDR zuviel anbiete, und ihr Präsident trat aus Protest zurück. Anschließend erhöhte die Bundesbank die Zinssätze auf einen Nachkriegsrekord, um das Wiedervereinigungsdefizit ohne eine Entwertung der geheiligten D-Mark zu finanzieren. Der Diskontsatz, zu dem die Bundesbank den Geschäftsbanken Kredite gewährt, sprang von 3,5 Prozent im Jahr 1989 auf acht Prozent zu Beginn dieses Jahres. Zur gleichen Zeit verlangte die Bundesbank — unterstützt vom Internationalen Währungsfonds (dem Weltkartell der Banken) —, daß das Kohl-Regime das Haushaltsdefizit auf Kosten der deutschen Werktätigen drastisch reduzieren müsse.

Das deutsche Kapital hat versucht, die wirtschaftliche Überbeanspruchung dadurch zu verringern, daß sie die Ausbeutungsrate ihrer eigenen Arbeiterklasse, organisatorisch das mächtigste Proletariat in Europa, erhöht. Dies führte zum ÖTV-Streik im letzten Frühjahr, der mit einer politischen Niederlage für das Kohl-Regime endete und mit einer wirtschaftlichen Niederlage für die europäischen Bourgeoisien (siehe *Spartakist-Extra,* 25. Mai: „Stürzt die Kohl-Regierung durch Arbeiteraktion").

Nach dem Streik schraubte die Bundesbank die Zinssätze noch höher. Carlo de Benedetti, Vorsitzender von Italiens Olivetti, erklärte, diese Maßnahme habe „das Ziel, die Binnennachfrage zu brechen, Auslandskapital anzuziehen und einen Teil der Kosten der Wiedervereinigung auf Deutschlands Nachbarn abzuwälzen" *(Financial Times* [London], 15. September).

Statt der mutmaßlichen „Lokomotive", die die westeuropäische Wirtschaft vorwärts zieht, wurde Deutschland der große Bremser. Länder mit mehr als zehn Prozent Arbeitslosigkeit wie Italien und Britannien mußten ihre eigenen Zinssätze anheben und damit ihre Wirtschaft weiter runterfahren, um einen massiven Kapitalabfluß nach Frankfurt zu verhindern. „Hohe deutsche Zinsen tun jedem weh", schrie ein britischer Geschäftsmann.

Alle Zentralbanker verachten sich gegenseitig. Aber die Direktoren der Bundesbank tun so, als wären sie die Götter der D-Mark, die über eine gewöhnliche Menschheit herrschen. Deutsche Bankiers und ihre politischen Agenten reagierten auf internationale Beschwerden über die hohen Zinssätze mit herausforderndem Trotz. „Wir können nicht akzeptieren, daß andere uns in der Frage der Zinssätze herumstoßen", war die schnippische Bemerkung eines hohen Beamten im Bonner Finanzministerium *(New York Times,* 22. Juli).

Man muß sich fragen, ob die Mandarine der Bundesbank nicht absichtlich den Maastrichter Vertrag sabotiert haben, aus Angst, die vorgeschlagene Währungsunion werde ihre bürokratische Befehlsgewalt bedrohen und schließlich die finanziellen Aktivposten des deutschen Kapitals abwerten. Es bedurfte keines größeren Verständnisses, um zu sehen, daß die schwindelerregenden deutschen Zinssätze Druck auf die schwächeren Währungen im EWS, wie die Lira und das Pfund, ausüben würden und eine weitverbreitete Opposition gegen eine europäische „Einheit" unter deutscher Vorherrschaft anfachen würden. Das „Nein" zu Maastricht bei der dänischen Volksabstimmung im Juni ließ in den europäischen Hauptstädten Alarmglocken läuten, und Mitterrand setzte seine politische Zukunft beim kürzlichen Referendum in Frankreich aufs Spiel. Als also die deutschen Bankiers dem übrigen Europa sagten, es solle zur Hölle gehen, müssen sie gewußt haben, daß genau das passieren würde.

Die Auflösungserscheinungen begannen im Norden des kapitalistischen Europa. Anfang September wurde die Finnmark abgewertet, und der spekulative Druck ergoß sich über die Grenze nach Schweden. Da Finnland und Schweden keine Mitglieder, sondern nur Satelliten der EG sind, bedrohte das Währungsdurcheinander in Skandinavien das EWS nicht direkt. Italien war jedoch etwas anderes, denn die

Deutschen waren angeblich zur Verteidigung des Wertes der Lira verpflichtet. Nachdem die Bundesbank 24 Milliarden Mark geblecht hatte bei dem Versuch, die spekulativen Haie im Mittelmeer abzuwehren, setzten die Deutschen ihren Verlusten ein Ende. Am 13. September wurde die Lira um sieben Prozent gegenüber der D-Mark *abgewertet.*

Als Beschwichtigung für die internationale Meinung verkündete die Bundesbank — Berichten zufolge nach einem Geheimbesuch von Kohl — die seit langem geforderte Senkung der Zinssätze ... um ein Viertel Prozent. Das war so unverschämt wenig, daß es ein Signal an die internationalen Finanzleute war, daß Italien, Britannien und die anderen Länder auf sich allein gestellt waren. Für die besonders Begriffsstutzigen erklärte Bundesbank-Chef Schlesinger der Wirtschaftspresse unverblümt, daß weitere Währungsangleichungen notwendig seien.



Le Bolchevik

Paris, Januar 1988: Ligue trotskyste de France beteiligt sich an antifaschistischer Einheitsfrontaktion gegen Le Pen

So erhielt die Lira weitere Schläge, und Devisenhändler sowie größere ausländische Investoren in Britannien — z. B. die amerikanischen Versicherungs- und Pensionsfonds — verkauften die Pfunde zu Dumpingpreisen wie verrückt. Die Tory-Regierung von John Major kündigte unter bitteren Beschuldigungen gegen die Deutschen an, daß Britannien seine Mitgliedschaft im EWS aussetzt und das Pfund Sterling abwertet. Es gibt hier eine nette Ironie. Vor ein paar Jahren stellte sich Major gegen Margaret Thatcher und stürzte sie im Namen der besseren Zusammenarbeit innerhalb der EG — d. h. engeren Verbindungen zwischen der Londoner City und den Frankfurter Banken.

Das Europäische Währungssystem — über ein Jahrzehnt lang ein Schlüsselelement in der Finanzordnung des kapitalistischen Europa — ist kaputt. Der ECU ist schon längst tot. Sicher, Kohl und Mitterrand tun so, als ob man das System retten könne und man sogar mit Plänen für eine Währungsunion in einem langsameren Tempo vorangehen könne. Internationale Finanzleute wissen es besser. Ausländische Investoren in Britannien verloren Milliarden, weil sie das EWS für bare Münze nahmen und glaubten, das Pfund sei so gut wie die D-Mark. Wenn im nächsten Monat Kohl, Mitterrand und Major mit ihrem eigenen Blut einen Vertrag unterzeichnen würden, in dem sie schwören, daß D-Mark, Franc und Pfund für immer feste Wechselkurse haben würden, würde es ihnen kein einziger Finanzmensch auf dem ganzen Planeten glauben.

Revolte der Bevölkerung gegen Maastricht

Der Maastrichter Vertrag wurde durch die zunehmenden Interessenkonflikte zwischen den größeren europäischen bürgerlichen Staaten erledigt, unter dem Druck des internationalen Finanzkapitals. Trotzdem erzeugte die Aussicht auf einen europäischen kapitalistischen Superstaat - obwohl in Wirklichkeit *illusorisch* — monatelang erheblichen politischen Aufruhr, polarisierte die öffentliche Meinung und führte zu erbitterten Rissen in den größeren bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien.

Mitterrand, Kohl und die anderen Architekten von Maastricht hatten erwartet, den Vertrag in den verschiedenen Parlamenten ohne große öffentliche Debatte durchdrücken zu können. Nur zwei der kleinsten Länder in der EG, Dänemark und Irland, hatten ursprünglich Volksabstimmungen über die Frage angesetzt, und man nahm an, die Zustimmung sei automatisch.

Doch als die .Tragweite des neuen EG-Vertrages klar wurde, entstand eine Woge von Opposition, die allerlei Unzufriedenheit in der Bevölkerung ausdrückte. Es gibt Angst vor einer deutschen Vorherrschaft in Europa und auch nationale Ichbezogenheit in Deutschland („Wir wollen unsere geliebte D-Mark nicht aufgeben"). Faschisten und rechte Demagogen appellierten an chauvinistische Feindschaft gegen die Einwanderung, die unter Maastricht angeblich liberalisiert werden sollte. Auf der anderen Seite erkannten klassenbewußte Arbeiter, daß die vorgeschlagene Währungsunion darauf abzielte, Löhne und Sozialleistungen niedrig zu halten und zusammenzustreichen. Noch allgemeiner wurde Maastricht zu einem Symbol der arroganten herrschenden Eliten in Europa — die Jet-Set-Banker, Firmenmanager und hohen Regierungsbeamten mit ihren Leibwächtern und Limousinen, die in piekfeinen Hotels leben, wenn sie endlose Runden von EG-Konferenzen abhalten.

„Warum sollte Brüssel unsere Gesetze machen?", war das Hauptargument der siegreichen dänischen Opposition. In Wirklichkeit werden im EG-Hauptquartier in Brüssel keine Gesetze gemacht, sondern nur *Abkommen* zwischen den Mitgliedstaaten, die sie nach Belieben brechen können und auch brechen. Sowohl Rechte (Britanniens Thatcher) als auch Linke (Frankreichs Chevènement) verbreiten die falsche Vorstellung, daß die EG von einer Clique gesichtsloser Bürokraten geleitet wird. Der Ort, an dem in der EG wirklich Politik gemacht wird, ist der Ministerrat, der aus den Außenministern der Mitgliedstaaten besteht. Die Außenminister treffen sich hinter verschlossenen Türen, ohne Presseberichterstattung, und ihre Beratungen dringen nicht an die Öffentlichkeit. Das erlaubt ihnen, die Schuld an der unpopulären Politik auf diese berühmten gesichtslosen Brüsseler Bürokraten zu schieben.

Die EG ist kein Superstaat im Anfangsstadium seiner Entwicklung; sie ist ein *Bündnis* von bürgerlichen Nationalstaaten, die ihre oft widersprüchlichen Interessen ins Gleichgewicht bringen. Wenn diese Interessen ernsthaft aus dem Gleichgewicht geraten, dann zählen EG-Abkommen, EG-Politik und EG-Institutionen überhaupt nichts. Siehe den jetzigen spektakulären Zusammenbruch des EWS.

Selbst die kleinsten Mitgliedstaaten können ihre eigenen Bedingungen aushandeln. Schaut Irland an. Die Dubliner Regierung verlangte, und bekam, eine Sonderregelung, daß

Fortgesetzt auf Seite 16



Paris-Normandie

Streikende bei Renault-Cleon errichten Barrikaden vor dem Werkseingang, um Streikbrecher-Lkws zu stoppen

Euro-Chaos...

Fortsetzung von Seite 15

die EG-Politik nicht Irlands verfassungsmäßiges Abtreibungsverbot außer Kraft setzen könnte. Soviel zu den Bemühungen der Sozialdemokraten und Liberalen, die EG als eine Bastion der „Menschenrechte" darzustellen!

Nach dem dänischen „Nein" erkannten die europäischen Bourgeoisien, daß sie ziemlich massiv politische Schadensbegrenzung machen mußten. So rief Mitterrand, der sich in einem Land, das der Hauptmotor der EG gewesen war, einer komfortablen Zustimmung sicher war, zu einer Volksabstimmung in Frankreich auf. Doch alles, was Mitterrand in diesen Tagen anfaßt, verwandelt sich in Mist. Ein Manöver, daß die EG stützen sollte, trug dazu bei, die existierende Finanzordnung von Westeuropa zu erschüttern.

Noch stärker als in Dänemark traf die Volksabstimmung in Frankreich auf elementare Feindschaft — hauptsächlich von der Arbeiterklasse — gegen das herrschende Establishment. Außerhalb Frankreichs wurde diese Opposition dargestellt als eine Vernarrtheit in die „nationale Souveränität", die geschürt werde durch die Furcht vor einer deutschen Vorherrschaft in einem „vereinigten" Europa. Die ausländischen bürgerlichen Medien spielten die Rolle des Faschisten Le Pen hoch, der herumschimpfte, Frankreich würde durch Maastricht mit Immigranten überflutet. Der Grundtenor der Opposition war jedoch die instinktive Erkenntnis, daß die EG eine Agentur der Pariser Bourse und der Frankfurter Bankiers ist.

Obwohl dies eindeutig Mitterrands Referendum war, führte die konservative bürgerliche Opposition eine Kampagne für die Ratifizierung des EG-Vertrags. Die intellektuelle Elite und Medien-Superstars (Alain Delon, Popsänger Johnny Halliday) wurden von dem sozialistischen Kulturzaren Jack Lang für eine „Ja"-Stimme mobilisiert. Die ganze Schickeria in Frankreich war, bien sûr, für Maastricht.

Mit der Arroganz der Haute Bourgeoisie schrieb der Direktor von *Le Monde,* Jacques Lesourne: „Maastricht scheint für eine Reihe unserer Mitbürger zum Sündenbock für alle unsere Mißstände geworden zu sein und das Referendum zur Gelegenheit für ein großes Dampfablassen." Aber die Männer, die die EG führen, sind keine Sündenböcke; sie beuten wirklich und wahrhaftig die Werktätigen in Frankreich und im übrigen Europa aus und halten sie nieder. Sie sind verantwortlich für die arbeitslosen Stahlarbeiter in Lothringen und Hafenarbeiter in Marseille. Sie sind die Schirmherren der feinen Pariser Restaurants, in denen gettoisierte algerische und marokkanische Jugendliche die Teller waschen und den Fußboden wischen. Das Referendum über Maastricht gab arbeitslosen Stahlarbeitern und nordafrikanischen Tellerwäschern eine kleine Gelegenheit, sich den Herren von Europa zu widersetzen.

Die Ligue trotskyste de France, französische Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga, erklärte:

> „Wir rufen zu einer Nein-Stimme auf ... im Bewußtsein, daß ein Sieg des ‚Nein' dieses arbeiterfeindliche, immigrantenfeindliche und antisowjetische Regime weiter ein bißchen schwächen würde und dadurch eine Bresche schlagen würde, aus der die Arbeiterklasse Vorteil ziehen kann." *(Le Bolchevik* Nr. 120, September)

Mit dem Aufruf zum „Nein" gegen Maastricht unterstrich die LTF die Notwendigkeit einer klassenkämpferischen Opposition gegen den Rassismus, der sich gegen Immigranten richtet, und rief dabei zur Massenmobilisierung auf der Basis der Gewerkschaften auf, um die Faschisten zu zerschlagen, und forderte volle Staatsbürgerrechte für „Immigranten" (auch für die Hunderttausende, die seit Jahrzehnten in Frankreich leben und arbeiten).

Die pseudotrotzkistische Ligue Communiste Révolutionnaire, Anhänger von Ernest Mandel, war für ein „Nein" als ein Druckmittel, um den EG-Vertrag im sozialdemokratischen Geist neu zu verhandeln, und sie gab ein Programm heraus, das nicht einmal von „Sozialismus" spricht, geschweige denn von proletarischer Revolution. Statt dessen fordete die LCR „ein soziales Europa", das „Harmonie von oben schafft, statt Rechte durch die Gesetze des Marktes zu zerschlagen", „ein Europa, das die 35-Stunden-Woche verallgemeinert und auf einen einheitlichen Mindestlohn von tausend ECU hindeutet" *(Dossier Rouge* Nr. 42, Juni). „Eintausend ECU", Eure Majestät, und nichts weniger - das ist es, was diese tapferen Revolutionäre fordern! Doch solange der Kapitalismus bestehen bleibt, werden die Rechte der Werktätigen und der Armen durch den Markt zerschlagen. Das Gerede, die EG in ein „soziales Europa" zu verwandeln, heißt, die Arbeiter mit reformistischen Wunschträumen einzulullen.

Viel schlimmer war die abstentionistische Linie der arbeitertümelnden Philister von Lutte Ouvrière. LO hat es zu seinem Markenzeichen gemacht, den Stimmungen der rückständigen Teile der Arbeiterklasse hinterherzulaufen (was sie oft in unmittelbare Nähe zu rechten Rassisten bringt). Aber diesmal trug ihre Furcht, das Mitterrand-Regime könnte stürzen, den Sieg davon. Da die LO-Kandidaten bei den letzten französischen Wahlen zwei Prozent der Stimmen gekriegt haben, hat ihr Aufruf zur Stimmenthaltung *vielleicht die ausdrückliche Ablehnung des EG-Vertrages verhindert* — was eine entscheidende politische Niederlage für die sozialdemokratischen Lakaien der Pariser Bourse und eine Demütigung für die gesamte bürgerliche Ordnung in Europa gewesen wäre.

Am eindrucksvollsten beim Referendum war die klare und überwältigende Klassentrennung zwischen „Ja" und „Nein", wobei die Arbeiterklasse zu 60 Prozent dagegen

stimmte. *Le Monde* (22. September) hatte die Schlagzeile: „Nur der Rote Gürtel stimmte dagegen" in der Pariser Region. Die Ergebnisse erhellten die Wirtschaftsgeographie des heutigen Frankreichs. Das bürgerliche Paris und die Ski-Urlaubsorte in den Rhone-Alpen stimmten mit „Ja", das wirtschaftliche Notstandsgebiet um Calais im Norden, das unter dem Niedergang seiner traditionellen Schwerindustrie leidet, und der verarmte Hafen von Marseiile stimmten mit „Nein". In einem gewissen Sinn hatte die Opposition schon gewonnen, bevor die Abstimmung durchgeführt wurde. Die Aussicht auf ein „Nein" mündete in die Währungskrise, die den Betrug mit dem Projekt einer wirtschaftlichen und politischen Union des kapitalistischen Europa entlarvte.

Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

In den Tagen der Begeisterung nach Maastricht erklärte Kohl: „Was ich will, sind die Vereinigten Staaten von Europa." Aber selbst Rudolf Augstein, Herausgeber des einflußreichen *Spiegel*, stellte fest, daß dies ohne Krieg nicht möglich ist: „Einen Staat wie im 19. Jahrhundert zu gründen, was Italien, das Deutsche Reich und die USA damals geschafft haben, ist heute und ohne Krieg ein nicht mehr vorstellbares Unterfangen" („L'Europe oui, Maastricht non", 14. September). Natürlich war es auch damals nicht möglich ohne die von Cavour, Bismarck und Lincoln geführten Kriege. Darüber hinaus sind Versuche, ein vereinigtes *kapitalistisches* Europa zu schaffen, von Natur aus reaktionär. Lenin schrieb 1915:

> „Vom Standpunkt der ökonomischen Bedingungen des Imperialismus, d, h. des Kapitalexports und der Aufteilung der Welt durch die fortgeschrittenen' und ‚zivilisierten' Kolonialmächte, sind die Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär...
> Natürlich sind *zeitweilige* Abkommen zwischen den Kapitalisten und zwischen den Mächten möglich. In diesem Sinne sind auch die Vereinigten Staaten von Europa möglich als Abkommen der *europäischen* Kapitalisten... worüber? Lediglich darüber, wie man gemeinsam den Sozialismus in Europa unterdrücken, gemeinsam die geraubten Kolonien *gegen* Japan und Amerika verteidigen könnte..." („Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa", *Werke* Band 21)

Wie allgemein festgestellt worden ist, tendiert die „Welt nach dem Kalten Krieg" zur Bildung von drei bedeutenden Wirtschaftsblöcken: Europa unter deutscher Vorherrschaft, Nordamerika unter Vorherrschaft der USA und Ostasien unter japanischer Vorherrschaft. Kurzfristig wird der Zusammenbruch des Maastricht-Projekts eher für Amerika politisch günstig sein, das die europäischen Bourgeoisien leichter gegeneinander ausspielen kann. Aber selbst wenn der deutsche Imperialismus aus einer Periode des Aufruhrs nach Maastricht gestärkt hervorgeht und eher in der Lage ist, seinen Willen wirtschaftlich (und militärisch) durchzusetzen, würde dies nicht auf eine Ära von Harmonie und Wohlstand hindeuten, sondern auf interimperialistischen Krieg.

Die europäischen Arbeiter befinden sich im Wettlauf mit der Zeit. Die wirtschaftlichen Verhältnisse und die offizielle Politik drängen zu Klassenkämpfen, in denen die Arbeiterbewegung ihre Stärke mobilisieren muß oder mit einer einschneidenden Senkung ihres Lebensstandards rechnen muß. Angriffe der Regierung auf die Gesundheitsversorgung in Deutschland, der endgültige Angriff der Bosse auf die „scala mobile" (gleitende Skala der Löhne zum Ausgleich der Inflation) in Italien und eine konzertierte Offensive zur Zerschlagung der Gewerkschaften in Frankreich sind bereits in Gange. Und in ganz Europa greifen Angriffe auf die immigrierten Bevölkerungsgruppen um sich.

Das größte Hindernis für Arbeiterkämpfe und für die Abwehr von rassistischen Angriffen sind die reformistischen Führungen der Arbeiter-Massenparteien und der Gewerkschaften. Italienische Arbeiterkämpfer haben dies erkannt, so bewarfen sie den führenden Arbeiter-Ausverkäufer Trentin mit Münzen. Doch solche Ausbrüche berechtigter Wut reichen nicht aus — es muß eine wirklich kommunistische Führung auf der Basis eines revolutionären Programms geschmiedet werden.

Die kapitalistische Konterrevolution hat den Völkern Osteuropas unerhörtes Elend und brudermörderischen Nationalismus gebracht. Aber die entstehenden bürgerlichen Staaten, von Walesas Polen bis Milosevics Serbien, sind extrem schwach und zerbrechlich. Das Jelzin-Regime in Rußland, Krawtschuk in der Ukraine usw. reißen die UdSSR auseinander, um die Überreste in Neokolonien von Wall Street, Frankfurt und Tokio zu verwandeln. Um diese Katastrophe zu verhindern, muß die multinationale sowjetische Arbeiterklasse die Kräfte der kapitalistischen Restauration besiegen und die UdSSR auf der Grundlage leninistischer Prinzipien wiederherstellen.

Die Arbeiter Osteuropas stehen nicht nur vor wirtschaftlicher Verelendung, sondern auch vor Kriegen, die von den Imperialisten manipuliert werden und wie sie jetzt auf dem Balkan wüten. Die Arbeiter Westeuropas sehen sich Angriffen auf ihren Lebensstandard ausgesetzt, wo ihre imperialistischen Herrscher, allen voran diejenigen des deutschen Vierten Reichs, sich daranmachen, neokoloniale Regime im Osten zu errichten. Die blutsaugerischen Banken und multinationalen Konzerne müssen durch revolutionären Klassenkampf besiegt und enteignet werden. Nur die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa — auf der Grundlage einer geplanten und gerechten Arbeitsteilung — können für ein anständiges und sicheres Leben für alle Werktätigen sorgen, von den Kohlenbergleuten Sibiriens bis zu den Landarbeitern Portugals.

Nach Workers Vanguard *Nr. 560, 2. Oktober*



AP

Frankfurt, Mai 1992: Der ÖTV-Streik zeigte die Macht der Arbeiter gegen die Folgen der kapitalistischen Wiedervereinigung

„Besseren Kapitalismus" bejahen - Viertes Reich verneinen?

Avanti im Spagat über Wiedervereinigung

Es ist schon ein Hundeleben, ein Anhänger von Ernest Mandels „Vereinigtem" Sekretariat (VS) in Deutschland zu sein. Der französische Matti-Flügel des VS hat 1990 den Vormarsch des Imperialismus in Deutschland und in Osteuropa offen begrüßt; Ernest Mandel sagte „Jein" zur Wiedervereinigung. In Westdeutschland haben sich die Alt-Mandelianer der GIM seit 1986 in der „Vereinigten Sozialistischen Partei" mit Eispickel-Maoisten zusammengeschlossen. Angesichts der beginnenden politischen Revolution in der DDR verboten *alle* Flügel der VSP ihren Mitgliedern jegliche politische Arbeit im Osten, dies sogar noch nach der „Wiedervereinigung". Trotzdem ist eine kleine Gruppe von Mandel-Unterstützern zustande gekommen, die „Gruppe Revolutionäre Sozialistinnen" (GRS). Der Grund für dieses organisatorische Durcheinander liegt in der Nachtrabpolitik, die den Kern des Mandelianertums ausmacht, und die allgemeine Tendenz ist in West- und Ostdeutschland unterschiedlich gewesen. Dagegen ist die SpAD mit *einer* Organisation für die unabhängigen Klasseninteressen des Proletariats eingetreten, die in Ost und West die gleichen sind.

Kürzlich bildete die GRS zusammen mit einigen westdeutschen VSPlern zuerst eine „Arbeitsgemeinschaft", jetzt die „Gruppe Avanti", um sich offen als VS-Gruppe zu bekennen. Jetzt sehen sie sich imstande, ihre eigenen Farben offen zu zeigen. Aber was sind diese Farben — das kommunistische Rot, oder das nationalistische Schwarz-Rot-Gold? Die gleiche „Internationale", die „Jein" zur deutschen Wiedervereinigung gesagt hat, ist im August letzten Jahres auf die Jelzin-Barrikaden geklettert, zusammen mit den Kräften des Kapitalismus (in diesem Fall mit der blau-weiß-roten Fahne des zaristischen Rußland). Dagegen riefen wir auf, den konterrevolutionären Dreck wegzuräumen. Und in Deutschland hat *Avanti* kürzlich Artikel geschrieben, die abstritten, daß es ein Viertes Reich des deutschen Imperialismus gibt, und die für die Einführung eines „besseren Kapitalismus" in Ostdeutschland sind!

Avanti kritisiert die Nachtrabpolitik des VS, das die DDR-Nationalisten der Vereinigten Linken hofieren wollte als „völlig unkritische Unterstützung des linkesten Flügels der Bürgerbewegung" („Eine vorläufige Bilanz unserer Arbeit", Nr. 1/92). Sie vermeiden es aber, die Verantwortung der VS-Führung für „stillschweigendes ad-acta-Legen der revolutionären Perspektive" zu benennen. *Avanti* sah unsere entschlossene Opposition zum Anschluß als „,linken' Popanz" und versuchte vergebens, die Vereinigte Linke „nach links zu drängen". Wir Spartakisten boten der Vereinigten Linken Anfang 1990 bei den Volkskammerwahlen ein Abkommen an, auf der Grundlage eines klaren „Nein" zur kapitalistischen Wiedervereinigung zur gegenseitigen Stimmabgabe aufzurufen. Doch die VL weigerte sich, mit uns zu diskutieren, solange wir uns nicht von der antifaschistischen Treptower Massendemonstration lossagten.

Nun haben sie Gysis/Diestels „Ostbewegung" entdeckt. Obwohl *Avanti* gelegentlich Lippendienste für die Idee des gemeinsamen Klassenkampfes leistet, schwärmt Björn Krüger (Nr. 9/92) für die „moralisch-verbal[e]" Unterstützung der Arbeiter als einer „Kraft, die zumindest in Kommunalparlamenten verankert ist". Ein Musterbeispiel von (kommunal)parlamentarischem Kretinismus! Krügers „Kraft" (die Gystel-Komitees) soll angeblich „eine enorme Wirkung auf das Selbstbewußtsein von Ostdeutschen haben". Wirklich? O-Ton Krüger: „Dennoch ist das Ziel der Komitees nicht die Überwindung der bundesdeutschen Gesellschaftsform, sondern im Gegenteil ihre Einführung: die Komitees sind eine Bewegung von Anschlußopfern für einen besseren Kapitalismus in Ostdeutschland". "

Also, ist die heutige Aufgabe, wie Krüger sagt, der Kampf für den „Aufbau eines entwickelten Kapitalismus in Ostdeutschland"? Krüger predigt Resignation: „Unter den gegebenen beschissenen Voraussetzungen kann es allerdings auch gar nicht anders sein." Sogar manche Menschewiki würden sich schämen, so eine dürftige „Etappentheorie" anzubieten — und noch dazu für das hochentwickelte imperialistische Deutschland! Rundumschlag gegen die sozialen Errungenschaften der ostdeutschen Arbeiter, gegen die Sozialleistungen für die westdeutschen Arbeiter und mörderischer Terror gegen Immigranten und Flüchtlinge, das ist der moderne Kapitalismus des Vierten Reichs!

Dieser Zynismus paßt zu Mandels Kumpanei mit André Brie, dem ausgesprochenen Verfechter der Überlegenheit des Kapitalismus gegenüber der UdSSR und DDR. Und immerhin sitzt Mandels alter Parteifreund Moneta auch im PDS-Vorstand und kümmert sich um den Aufbau der Ost-Betriebsräte, den direkten Organen der Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie. Die Auffassung, daß der Kapitalismus überlegen war, war weitverbreitet unter denjenigen Ostdeutschen, die der DM-Vergiftung zum Opfer fielen, nur um später zur bitteren Realität aufzuwachen. Wir sagten die Wahrheit, die Mandelianer trabten den Illusionen hinterher.

Wie wir gewarnt haben, sind die Komitees von vornherein *gegen den Kampf für die Rechte der Immigranten und Frauen gerichtet* (siehe „Heimatbund der Wiedervereiniger", *Spartakist* Nr. 96). Das ist die Vorbedingung für diese Allianz von Gysi/Diestel, die beide die kapitalistische Wiedervereinigung mit vorangetrieben haben. Der *Avanti-Aitikel* aber lobt die „enorme Wirkung auf das Selbstbewußtsein von Ostdeutschen", obwohl er „Infusionen aus rechten Kreisen" nicht ausschließen will. Doch er versichert uns gleich: Die PDS-Beteiligung steht dagegen. Die PDS aber ruft nach mehr Bullen und zeigt „Verständnis" für den rassistischen Beifall von Rostock!

Die „Ostbewegung" ist nichts anderes als eine *Volksfront*, ein Bündnis mit der Bourgeoisie, das die Interessen der Arbeiter den Interessen der Kapitalisten unterordnet. Wahrscheinlich antwortet Krüger auf unsere unversöhnliche Opposition zu solcher Klassenkollaboration, wenn er schreibt: „Bislang ist keine Fraktion der Bourgeoisie auszumachen, die eine solche Protestbewegung Sponsoren will und damit auch kanalisieren könnte."

Wie tief können die Verfälscher des Trotzkismus noch sinken? Am Beispiel Spaniens schrieb Trotzki 1937 in den „Spanischen Lehren": „Politisch am erstaunlichsten ist die Tatsache, daß es in der spanischen Volksfront im Grunde nicht einmal ein Parallelogramm der Kräfte gab: an der Stelle der Bourgeoisie stand ihr Schatten." Die Bourgeoisie setzte auf Franco; ließ sich aber gleichzeitig vertreten durch ein Häuflein Politiker in der Volksfront, deren Rolle war, „die sozialistische Bewegung der Massen auf dem .republikanischen' Gebiet zu paralysieren, zu zersetzen und dann auch abzuwürgen", wie Trotzki schrieb.

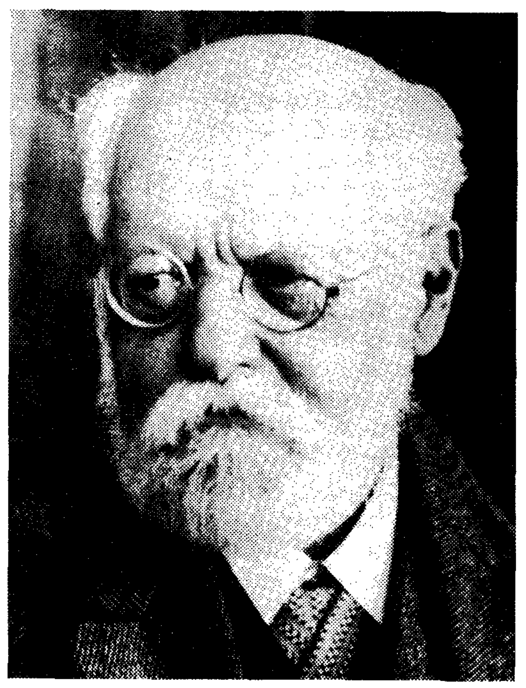
Im *Spartakist* Nr. 96 sagten wir: „Gysi braucht die Volksfront selbst mit dem ostdeutschen Schatten der Bourgeoisie, um zu verhindern, daß die Zehntausenden, die sich als Sozialisten verstehen und noch auf die PDS schauen, bei einer Zuspitzung des Klassenkampfes auf die Alternative einer revolutionären Arbeiterpartei stoßen." Dabei möchte die



Avanti Juli/August 1992

"Kein 4. Reich" - nationaler oder kollektiver Imperialismus

Ein Hurrapatriotismus wie in Britannien im Malwinenkrieg oder den USA im Golfkrieg ist hierzulande genau so undenkbar wie ein Chauvinismus wie in Rußland, Serbien oder Kroatien. Es gibt längst ein anderes Deutschland, das seit 1945 zum Land der Friedensbewegungen geworden - von "ohne uns" (1951/



BPK

Karl Kautskys „Theorie des Ultraimperialismus" ist „eine höchst reaktionäre Vertröstung der Massen auf die Möglichkeit eines dauernden Friedens im Kapitalismus", wie Lenin 1916 sagte. Jetzt predigt H.-J. Schulz die Friedlichkeit des deutschen Imperialismus, leugnet die Existenz des Vierten Reichs

Gruppe Avanti Helfershelfer werden. Die Unterstützung der Volkfront ist ein Brandmal des VS, von Allendes Chile über Mitterrands Frankreich bis zur „Ostbewegung". Wie Trotzki im *Übergangsprogramm* sagte: „Die .Volksfronten' auf der einen Seite — der Faschismus auf der anderen: dies sind die letzten politischen Hilfsmittel des Imperialismus..."

Viertes Reich: Bekämpfen oder beschönigen?

Krügers Etappentheorie ist nur ein dramatischer Ausdruck der Kapitulation vor dem „Tod des Kommunismus". Wenn man an die „Überlegenheit" des Kapitalismus glaubt, dann verneint man die üble Realität des wiedervereinigten Deutschlands. So schreibt Alt-Pabloist Hans-Jürgen Schulz in *Avanti* Nr. 7-8/92, daß es „Kein 4. Reich" gibt - er verneint die Dominanz Deutschlands über Europa und die zwischenimperialistischen Rivalitäten überhaupt. Seine Brille ist so rosa, daß ein Artikel von Max Brym in *Avanti* Nr. 9/92 („Der Hauptfeind steht im eigenen Land") gegen diese „gefährlichen Schlußfolgerungen" polemisiert.

Die Polemik von H.-J. Schulz richtet sich gegen die Spartakist-Arbeiterpartei, denn wir sind diejenigen, die vom Vierten Reich sprechen. Sein Gerede über einen „kollektiven Imperialismus" impliziert nicht nur die fortdauernde US-Vorherrschaft (er ist wahrscheinlich der einzige, der an eine Neue Weltordnung glaubt), es ist geradezu ein Abklatsch von Kautskys „Ultraimperialismus". Und genau wie Kautsky, dessen „Theorie" dazu diente, eine „Friedens"politik zu rechtfertigen, die nicht den kapitalistischen Imperialismus stürzen wollte, rechtfertigt Krüger die Unterstützung der Ostkomitee-Volksfront heute. Wir dagegen ziehen die Klassenlinie, damals und heute.

Gegen Schulz' Behauptung, daß Westdeutschland „seit 1945 zum Land der Friedensbewegungen geworden" sei, beschreibt Brym die intakte Übernahme des Nazi-Apparats in der BRD. Und er fügt, hinzu: „Trotz Friedensbewegung war es möglich, die DDR zu annektieren". Als Grund dafür nennt er, „daß alle ,Ohne-Mich'- und Friedensbewegungen nicht vermochten, Klassenbewußtsein zu entwickeln und entscheidende Teile des Proletariats vom Einfluß der Gewerkschaftsbürokratie bzw. Sozialdemokratie zu lösen". Starker Tobak für einen Pabloisten, aber Brym kann nur bis zu einem bestimmten Punkt gehen, ohne Gefahr zu laufen, als „Sektierer" oder gar „Spartakist" abgestempelt zu werden.

Wen oder was wollte Brym denn „radikalisieren" — EKD, General Bastian und Eppler? Die SPD-geführte „Friedens"bewegung in den 80er Jahren war die Speerspitze des aufsteigenden deutschen Nationalismus in „linker" Färbung, eine ihrer Losungen war die Entwaffnung von DDR und Sowjetunion. Die Sozialdemokratie hielt die Zügel der „Friedens"bewegung fest in der Hand - und die *Mandelianer,* damals in der GIM, haben sich der SPD *unterworfen.* Von der damaligen „BRD-raus-aus-der-NATO'<-Position der GIM bis zu VSP-Guru Winfried Wolfs „Kein *deutsches* Blut für Öl" läuft der Faden einer ununterbrochenen Kapitulation vor deutschem Nationalismus. Wir Spartakisten intervenierten in die „Friedensbewegung mit der Losung: „Verteidigt die Sowjetunion! Nieder mit der NATO!"

Natürlich haßten die H.-J. Schulze und Winfried Wolfs unsere Verteidigung der UdSSR und der DDR wie die Pest, denn sie unterstützten fleißig Eppelmanns „Friedens"bewegung in der DDR. Die DDR wurde nicht „trotz Friedensbewegung" annektiert, wie Brym behauptet; dieselbe SPD-Führung war die Speerspitze der Konterrevolution in der DDR. Genösse Brym muß sich zuerst konkret mit dem Versagen seiner eigenen Organisation auseinandersetzen!

Er würde dann auf den Pabloismus stoßen. Vor vierzig Jahren wurde Ernest Mandel ein Wortführer der revisionistischen Strömung unter der Führung von Michel Pablo, die die Notwendigkeit einer trotzkistischen Partei als revolutionärer Führung leugneten. Danach entdeckten die Anhänger von Pablo/Mandel unzählige „Ersatz"bewegungen für Trotzkismus in einer Reihe von kleinbürgerlichen Kräften, jede getragen von einer „revolutionären Dynamik". Diese Nachtrabpolitik führt zum antisowjetischen Kurs, von der Unterstützung der polnischen Solidarno , der faschistischen estnischen „Waldbrüder" bis zu den Erbfolgern der kroatischen Ustascha und Jelzins Konterrevolution.

Wie wir in „Ernest Mandel vs. revolutionäre Führung" *(Spartakist-Sonderdruck,* 20. Juli 1991) schrieben:

> „Als Trotzkisten wollen wir eine Weltpartei des revolutionären Kampfes aufbauen, einen entscheidenden Faktor dafür, den Ausgang der Geschichte zu *bestimmen...* In Trotzkis Werk, wie in Lenins, werdet ihr keine Spur von der »Methode' des VS finden, den Illusionen des Augenblicks nachzugeben, sondern vielmehr das Bemühen, die wirklichen Interessen des internationalen Proletariats und der unterdrückten Massen zu erkennen und im Kampf zu verkörpern"«

Aids...

Fortsetzung von Seite 8

Wieviele Länder der Dritten Welt haben den HIV-Virus mit dem CNTS-Etikett angeboten bekommen?

Das Verbrechen gegen Blutempfänger und Bluter hat berechtigterweise in Frankreich und international Abscheu und Empörung hervorgerufen. Aber sind sie nicht nur für die „saubere" öffentliche Meinung die *unschuldigen* Opfer? Nur wenige Stimmen erhoben sich gegen das offensichtliche Versagen der Regierung gegenüber der Plage, die Aids darstellt. Frankreich ist im Westen von der Verbreitung des Virus am zweitstärksten erfaßt. Diese Tatsache ist seit mehreren Jahren bekannt — aber geht es hierbei nicht für dieselbe „saubere" öffentliche Meinung um Schwule, Drogenabhängige, Prostituierte und Personen, deren Sexualität nicht auf Monogamie und das Treueversprechen von legitimen Ehepaaren begrenzt ist?

Also, anstatt ein riesiges Forschungsprogramm in Gang zu bringen, das auf internationaler Ebene koordiniert würde (ein solches wissenschaftliches Problem kann man nicht in einem Land lösen), anstatt eine systematische Politik zu verfolgen, um Aids einzudämmen, haben die Mitterrand-Regierungen lieber wiederholt: Beruhigen Sie sich doch, wir kümmern uns um Sie - mit einem Ergebnis, das wir bei den Blutern kennen. Jahr für Jahr verschiebt die Regierung Informationskampagnen für Jugendliche. Letzten Mai widerrief Bérégovoy, der neugebackene Premierminister, eine an Jugendliche gerichtete Kampagne zur Benutzung .von Kondomen, um die erzreaktionäre französische Kirche nicht zu ärgern. Als Beweis einer fehlenden Finanzierung greift man auf milde Gaben der Öffentlichkeit zurück und organisiert am 30. April eine Fernsehsendung „Notfall Aids". Gleichzeitig werden im Namen von Rentabilität und Sparpolitik die Mittel für Forschung regelmäßig gekürzt, die Sozialversicherung soll regelmäßig abgebaut werden.

Mitterrands Verbrechen: von Vichy bis zum verseuchten Blut

Alles deutet darauf hin, daß ein wichtiger Teil der Bourgeoisie in diesem Land denkt, daß Schwule, Drogenabhängige und andere „Abtrünnige" (ohne die Bluter zu nennen) „minderwertig" in einer Gesellschaft seien, wo soziale Bedürfnisse nach der Elle des Profits und der „Konkurrenzfähigkeit" gemessen werden. Hinter den vier, die die Bourgeoisie fallenließ und die nun von der „Justiz" gerichtet wurden, steht ein ganzer Staatsapparat. Dies ist derselbe Staat, an dessen Spitze der sehr katholische und sehr reaktionäre Pétain (der Schlächter des Ersten Weltkrieges) stand, der sich 1940-1944 40000 psychisch Kranker dadurch „entledigte", daß man sie an Hunger und Kälte in psychiatrischen „Heilanstalten" sterben ließ. In einer „Heilanstalt" in Lyon unter der direkten Verwaltung von Vichy zählt man 1940-1944 2000 Hungertote bei 2890 Insassen, obwohl diese Anstalt das größte landwirtschaftliche Gut Frankreichs verwaltete, deren Produkte für den kapitalistischen Markt vorgesehen waren (siehe *le Monde* vom 10. Juni 1987). Soweit uns bekannt ist, wurde keiner der Verantwortlichen für dieses Verbrechen je gerichtet. In Nazideutschland waren es 200000 „Minderwertige" aus psychiatrischen „Heilanstalten", die systematisch u. a. durch Vergasung ausgerottet wurden. Finstere Ironie ist es, daß ein Frankfurter Gericht 1987 zwei „Ärzte" deswegen verurteilt hat... zu vier Jahren Gefängnis — so viel, wie Michel Garretta kriegen könnte.

Zur gleichen Zeit erfahren wir, daß Mitterrand an jedem 11. November einen Blumenstrauß auf das Grab von Pétain niederlegen läßt. Überraschend? Kaum - war nicht derselbe Mitterrand Ende der 30er Jahre Mitglied von Action française, einer faschistischen monarchistischen Liga? Hat er nicht für eine antisemitische Publikation namens *France, revue de l'Etat nouveau* [Frankreich, Zeitung des neuen Staates] geschrieben? Hat Pétain ihm nicht den Orden „Francisque" verliehen? Diese „Ehre" war für 2500 treue Staatsdiener vorbehalten. Ist er nicht nach dem Krieg bei L'Oréal eingetreten, einer als Zuflucht für Kollaborateure bekannten Firma? Es gibt eine Kontinuität unter dem politischen Personal der Bourgeoisie. So durfte ein Mitterrand innerhalb seiner Karriere unter Pétain das Amt eines Beauftragten für Information beim Generalkommissariat für Kriegsgefangene einnehmen (wir wissen, wie wichtig die Kriegsgefangenen in der Propaganda von Vichy waren), im August 1944 übernahm er in der Regierung De Gaulle — der Kontinuität verpflichtet - den Posten des Generalsekretärs für Kriegsgefangene, er ist mehrmals Minister in der Vierten Republik geworden (insbesondere Innenminister und dann während des schmutzigen Algerienkrieges „Justiz"minister) und wurde schließlich von der Fünften Republik gekrönt. Als Trotzkisten haben wir nie die stalinistische Kategorie von „Sozialfaschisten" akzeptiert (die gegen die Sozialdemokraten in den 30er Jahren gerichtet war und die Weigerung rechtfertigte, antifaschistische Einheitsfronten zu organisieren) — aber wenn es eine solche Kategorie doch gäbe, wäre Mitterrand ein Prachtexemplar davon.

Wir haben kein Vertrauen in eine „Justiz", die Kriegsverbrecher wie Papon, Bousquet oder Touvier amnestiert oder versucht, mit allen Mitteln im Namen des „sozialen Friedens" ihren Prozeß zu vermeiden. Wir wissen, daß dieser rassistische bürgerliche Staat - der auf seine „Untertanen" wenig Wert legt und dessen Kontinuität zurückgeht auf die Schlächter der Pariser Kommune 1871; auf die Schlächter von imperialistischen Kriegen, die Juden dieses Landes freiwillig an die Nazi-Gaskammern auslieferten; auf die Mörder der Kolonialkriege; auf die Henker, die Hunderte von Algeriern in den Straßen von Paris im Oktober 1961 ermordeten - daß dieser Staat zerstört und durch eine Arbeiterregierung ersetzt werden muß. Diese allein wird die unzähligen Opfer der unersättlichen Gier des Kapitals rächen.«

Hohenschönhausen...

Fortsetzung von Seite 4

Etwa nach dem Muster von Eisenhüttenstadt, wo der BGS die Flüchtlinge vor der ZASt systematisch abfängt und brutal zusammenschlägt, um sie dann abzuschieben? Gysi behauptet, daß seine Partei als einzige im Bundestag gegen die Abschaffung des Asylrechts auftritt, doch mit der Forderung nach „mehr Polizei" hängt sie sich direkt an die rassistische Bonner Allparteienkoalition an, die den Nazi-Terror schürt. So war der ehemalige Berliner Polizeichef Schertz ein besonderer Liebling der PDS, weil er die eingewanderten Hütchenspieler in der ganzen Stadt hetzte.

In Hohenschönhausen wehrten sich die PDSler dagegen, daß ihre eigene Parteiführung ihren Stadtteil „als .gefährlichen' Bezirk einstufte" (*ND*, 30. September) und deshalb gegen eine Verlegung der ZASt war. Gysi/Brie haben wohl zu sehr dem SPD-Vize Thierse auf den Mund geschaut, der einen Flüchtlingsstopp für die Ex-DDR fordert. Welch ein Hohn für die Tausenden Antifaschisten! Es ist schon grotesk, daß unter dem Stichwort „Schutz der Ausländer" gerade die Immigranten aus einem Bezirk ferngehalten werden sollen, wo die PDS prominent im Bezirksparlament sitzt.

Doch die Bezirksabgeordneten der PDS bieten keine Alternative. Sie forderten seit Anfang September die rassistischen „Brandstifter" des Senats auf, Einwohnerversammlungen durchzuführen, damit die Hohenschönhausener Bevölkerung zuerst auf die Flüchtlinge „vorbereitet" werde! Die ganze Welt konnte zusehen, als die rassistische Allparteienvolksfront diese „Vorbereitung" zuletzt in Rostock-Lichtenhagen vorexerzierte.

Viele PDSler unterstützen Gysis ekelhaften Ruf nach mehr Polizei, weil sie kein Vertrauen in die Arbeiterklasse haben. Mit der kapitalistischen Wiedervereinigung, der Gysi und Modrow zustimmten, sind im Arbeiterbezirk Hohenschönhausen Großbetriebe wie Stern-Radio kaputtgeschlagen und viele eingewanderte Arbeiter abgeschoben worden. Doch wie ein SpAD-Genosse auf der PDS-Versammlung am 2. Oktober in Hohenschönhausen sagte: Erinnert euch an den ÖTV-Streik im letzten Frühjahr, den die BVG-Arbeiter im Nachbarbezirk Lichtenberg gegen den Willen der SPD-Bürokraten in den Osten ausweiteten. Dieser Streik zeigte die Kraft, die Pogrome und rassistischen Terror stoppen kann. Sie muß zur Verteidigung der Immigranten mobilisiert werden. Die PDS-Mitglieder, die gegen die Nazis kämpfen wollen, dürfen nicht den Faschisten in die Hände spielen, sondern müssen mithelfen, die konkrete Verteidigung der eingewanderten Arbeiter zu organisieren!"«

Klaus Croissant...

Fortsetzung von Seite 6

Feldzug, um den Kommunismus zu verteufeln und die Werktätigen in Ost und West einzuschüchtern. Die SPD war das Trojanische Pferd der Konterrevolution in der DDR und verfolgt alle, die in der DDR das „bessere Deutschland" sahen. Croissant kann seine Verhaftung „nur als späte Revanche für die scharfen öffentlichen Angriffe ansehen, die ich als Verteidiger von Gefangenen aus der RAF gegen die bundesdeutsche Justiz erhoben habe".

Diese Hexenjagd geht einher mit der Einschränkung von demokratischen Rechten und mit Forderungen nach massivem Ausbau von Sondervollmachten für Polizei und Gerichte. Der Ruf „Gegen Gewalt" richtet sich immer gegen die Linke, und wer wäre ein besserer Zeitzeuge als Croissant, wenn es darum geht, wie der Kampf gegen „Terrorismus" benutzt wurde zu immer frecher auftretendem Staatsterrorismus gegen Linke, Arbeiter und Verteidiger demokratischer Rechte. Der obszöne Paragraph 129a wird vor allem gegen antifaschistische Demonstranten und Immigranten benutzt. Jetzt soll ein Prozeß gegen die Kurdische Arbeiterpartei PKK in Stammheim eröffnet werden. Wie bei den Massenaktionen von DGB und Studenten 1968 gegen die Notstandsgesetze muß die Arbeiterbewegung gegen den Paragraphen 129a mobilmachen. Weg mit Paragraph 129a!

Wir Spartakisten, die ohne Wenn und Aber gegen die kapitalistische Wiedervereinigung kämpften, sagten, daß die Bourgeoisie von Auschwitz alles vernichten will, was an den Sieg der Roten Armee über das Nazi-Regime erinnert. Ein Schauspiel von Prozeßfolter und Schauprozessen überzieht deshalb ganz Deutschland: vom antifaschistischen Helden Gerhard Bögelein, der in Hamburg zu lebenslanger Haft verurteilt wurde, weil er sich im Krieg zur Roten Armee durchgeschlagen hatte und nach 1945 einem berüchtigten Nazi-Blutrichter den Garaus gemacht haben soll, über ehemalige DDR-Spitzen wie den Meisterspion Markus Wolf bis zu den Grenzschützern. Der Glaskäfig, in dem Erich Mielke sitzen muß bei dem Prozeß, der aufgrund von Nazi-Anklagen gegen ihn geführt wird, wurde direkt den berüchtigten Terrorprozessen gegen Baader-Meinhof abgeguckt. Freiheit für Erich Mielke, Erich Honecker und Heinz Keßler! Hände weg von Markus Wolf!

Zeitgleich mit der Verhaftung von Croissant begann ein neuer monströser Prozeß im SPD-gebauten Stammheim-Knast gegen Unterstützer der RAF, diesmal gegen Peter-Jürgen Boock und Christian Klar (beide bereits zu lebenslanger Haft verurteilt, Klar erhielt sogar fünfmal lebenslänglich!). Die sogenannte Kinkel-Initiative, nach der angeblich mit den Gefangenen der RAF humaner umgegangen werden soll, hat das wahre Gesicht der deutschen Bourgeoisie nicht verhüllen können. Bis heute ist keine Isolationsfolter gegen die Gefangenen abgeschafft und nicht einmal ihre minimale Forderung nach „Zusammenlegung der Gefangenen" erfüllt worden. Weder der Tod der Führung der RAF vor mehr als 15 Jahren noch ihr Auflösungsdokument 1992 stillte den Blutdurst der Hexenjäger.

Klaus Croissant ist wie sein Freund Till Meyer, der sich auch nicht von seiner Position für die DDR distanzieren wollte, Mitglied der PDS Kreuzberg. Zu ihren Gunsten muß gesagt werden, daß die PDS Kreuzberg wenigstens die sofortige Freilassung von Croissant fordert, obwohl sie obszönerweise den BND-Geheimdienst des kapitalistischen Westdeutschland gleichsetzt mit der Stasi des (wenn auch deformierten) *Arbeiterstaates* DDR. Eilfertig erklärte die Fraktionsvorsitzende der PDS im Berliner Abgeordnetenhaus Gesine Lötzsch, daß „die Kreuzberger PDS-Gruppierung untypisch für die Gesamt-PDS" sei. Allerdings, typisch für die PDS ist, daß sie mit der Modrow-Regierung die DDR an die Bourgeoisie verschenkte und ihr Parteivermögen der Treuhand aushändigte und ihre Finanzverantwortlichen der kapitalistischen Polizei und den SPD-Inquisitoren übergab. 1977 schrieben wir bereits unter der Überschrift „Schluß mit der ‚Terroristen'-Hatz! Westdeutsche Linke kapituliert vor der Hexenjagd!" (*Kommunistische Korrespondenz* Nr. 20, November 1977, Vorläuferzeitung des *Spartakist),* daß wir nicht von unserer Position abweichen,

> „die RAF gegenüber dem Wüten der bürgerlichen Repression zu verteidigen. Während wir den individuellen Terror als die Strategie der politischen Verzweiflung, die sie ist, entschieden ablehnen und als eine der mannigfachen, aus der internationalen Führungskrise des Proletariats herrührenden Manifestationen kleinbürgerlicher Frustration bekämpfen, verteidigen wir die gesamte Linke gegen die Angriffe des bürgerlichen Staates."«

Roma und Sinti...

Fortsetzung von Seite 24

Wirtschaft der osteuropäischen Arbeiterstaaten zerstört, jetzt herrschen dort verzweifelte Armut, faschistischer Terror und blutige Pogrome. Der deutsche Kapitalismus schürt mit seinem Drang nach Osten nationalistische Blutbäder.

Das Gesicht einer deutsch-dominierten „Festung Europa" à la Maastricht ist klar. Es heißt: die „Lösung" des „Zigeunerproblems", die staatliche Erfüllung der Rassisten-Forderung „Ausländer raus", soll zuerst in Rumänien geschehen. Unter dem Vorwand, nach dem Zusammenbruch des Stalinismus im „demokratischen" Rumänien würden sie nicht verfolgt, haben nur 0,2 Prozent hier Asyl erhalten. In Rumänien gab es 1991 20—25 blutige Pogrome gegen Roma, in denen ganze Dörfer niedergebrannt wurden. Geplant sind aber solche Abkommen auch mit anderen osteuropäischen Ländern wie Bulgarien und der Tschechoslowakei, wo die großen Roma-Minderheiten heute ebenfalls blutiger Verfolgung ausgesetzt sind.

Ungefähr zwei Millionen Roma leben heute in Rumänien. Im Dritten Reich wurden eine halbe Million Roma und Sinti — wenn sie nicht schon von den rumänischen, kroatischen, albanischen und ungarischen Faschisten umgebracht worden waren — in den Vernichtungslagern ermordet. Die Überlebenden haben keinen Pfennig Wiedergutmachung vom kapitalistischen Weststaat erhalten. Während alle auf dem Gebiet der DDR lebenden Roma und Sinti entschädigt wurden und die Staatsbürgerschaft erhielten, übernahm Bonn die berüchtigte „Zigeunerkartei" der Nazis zur Überwachung der Roma und Sinti im Westen. Für sie hat es nur rassistische polizeiliche Verfolgung und Deportation gegeben. Keine Summen werden die Millionen der Ermordeten wiederbringen oder die Qual wiedergutmachen, die die Nazi-Barbarei brachte. Aber wir fordern zumindest Entschädigung in Milliardenhöhe für die Opfer des Holocaust und ihre Familien.

Die SpAD und ihre westdeutsche Vorläuferorganisation, die Trotzkistische Liga Deutschlands, hat stets die Roma und Sinti verteidigt. Im Oktober 1989 besetzten Sinti und Roma aus Protest gegen Massenabschiebungen die KZ-Gedenkstätte Neuengamme bei Hamburg; SPD-Bürgermeister Voscherau machte Neuengamme durch Polizeigewalt „romafrei". Wir protestierten gegen den Angriff als „eine Bedrohung für jeden anständigen Menschen, denn die Kräfte des mörderischen Terrors werden dadurch gestärkt. Die organisierte Arbeiterbewegung, zusammen mit Immigrantenorganisationen, hat die Macht, die demokratischen Rechte und das Recht auf Leben aller Unterdrückten zu verteidigen. Diese Macht kann und muß mobilisiert werden, um die Abschiebung der Roma und Sinti zu stoppen!"

Die Roma sind der lebendige Beweis dafür, daß es für die Verdammten dieser Erde in dieser unterdrückerischen und ausbeuterischen Gesellschaftsordnung unmöglich ist, auch nur ein bißchen Menschenwürde zu gewinnen. In diesem System, das auf Kapitalismus und Nationalismus basiert, werden die Roma als Volk ohne Nationalstaat gezwungenermaßen Pogromen und Völkermord ausgesetzt. Eine sozialistische Revolution wird notwendig sein, um diesem Volk Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten! Verteidigt die Roma und Sinti! •

Jelzins Bullen...

Fortsetzung von Seite 11

Claude McKay, ein auf Jamaika geborener Dichter, der beim Vierten Kongreß der Komintern (1922) in Moskau sprach, schrieb über den sagenhaften Empfang, den er als Schwarzer in Sowjet-Rußland bekam:

> „Nie in meinem Leben fühlte ich mich stolzer darauf, ein Afrikaner, ein Schwarzer zu sein, darüber gibt es keinen Zweifel... Von Moskau nach Petrograd und von Petrograd nach Moskau ging ich triumphierend von Überraschung zu Überraschung, von einem außergewöhnlichen Fest zum ändern... Ich war der erste Schwarze, der seit der Revolution in Rußland angekommen war, und vielleicht wurde ich ganz allgemein angesehen als ein Vorbote glücklicher Zeiten! Ja, genau das war es. Ich war wie eine schwarze Ikone." *(A Long Way From Home* [Ein langer Weg fort von zu Hause], 1970)

Trotz der Degeneration unter der Führung Stalins war die geplante kollektivierte sowjetische Wirtschaft die Grundlage für eine Gesellschaft, in der Völker verschiedener Rassen und Nationalitäten in relativer Gleichheit lebten. 1935 schickte der berühmte amerikanische Sänger Paul Robeson seinen eigenen Sohn in die Sowjetunion, damit er eine Erziehung bekäme, wo „er nicht die Diskriminierung erleben muß, der sich sein Vater in den Vereinigten Staaten gegenübersah".

Die Bolschewik! sahen die Russische Revolution als ersten Schritt einer We/frevolution. Sie setzten darauf, die proletarische Macht auf Deutschland und den Rest Europas und auch nach Osten auszuweiten. 1921 wurde in Moskau die kommunistische Universität für die Werktätigen des Ostens als Kaderschule für internationalistische Revolutionäre gegründet. In *Memoirs ofa Chinese Revolutionary* [Memoiren eines chinesischen Revolutionärs] erinnert Wang Fan-hsi daran, daß nach der Niederlage der Chinesischen Revolution 1927 - eine Niederlage, besiegelt durch Stalins Befehle, daß die chinesischen Kommunisten ihre Waffen vor der bürgerlich-nationalistischen Kuomintang niederlegten — viele junge Revolutionäre im Exil in Moskau sich in die Dokumente der Linken Opposition vertieften und ihren Weg als trotzkistische Kämpfer für authentischen Kommunismus fortsetzten.

Heute kämpft die Internationale Kommunistische Liga für die Wiederschmiedung einer wirklichen leninistischen trotzkistischen Partei, um die Arbeiterklasse im Kampf für die politische Macht zum Sturz der konterrevolutionären Jelzin-Regierung anzuführen. Der erschreckende Mord an einem Genossen aus Zimbabwe an der Patrice-Lumumba-Universität ist ein weiteres bezeichnendes Beispiel dafür, was der Triumph der Konterrevolution mit sich bringen würde.

Übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 588, 4. September*

KONTAKTADRESSEN

Berlin	SpAD, Postfach 51 0655, 1000 Berlin 51 Telefon: Westberlin 4927866
Halle	SpAD, PSF 855 Halle 4002 Telefon: Halle 2 90 55
Hamburg	SpAD, c/o Verlag Avantgarde Postfach 11 0231, 2000 Hamburg 11 Telefon: (040)323644
Leipzig	SpAD, Postlagernd, Leipzig 7022

SPARTAKIST-TREFFPUNKT

Berlin	Mittwochs von 18.00 bis 20.00 Uhr Linkstreff, Weddingstraße 6 1000 Berlin 65 (U-Bahn Nauener Platz)

SPARTAKIST

Terror an der deutschen Grenze: BGS-Bullen Jagen Roma-Familien. Viertes Reich schließt rassistischen Pakt, plant Massendeportationen zurück In die Hölle von Elend und grausamen Pogromen in Rumänien. Die Arbeiterbewegung muß Roma und SInti verteidigen!



' Die Zeit

Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

Verteidigt die Roma und Sinti!

Nachfolgend drucken wir eine Protesterklärung des Komitees für soziale Verteidigung vom 29. September ab.

Inmitten einer Welle blutiger Pogrome in Ost und West hat das wiedervereinigte deutsche Reich die Massenabschiebung von Zehntausenden aus Osteuropa geflüchteten Roma angekündigt. Am 24. September wurde ein Abkommen zwischen Bonn und Bukarest über die „Rücknahme" von Flüchtlingen unterschrieben, mit oder ohne Identitätspapieren. Ab dem 1. November sollen die Roma, ein Volk ohne Land, die den größten Teil der rumänischen Flüchtlinge bilden, für die staatlich organisierte rassistische Menschenjagd freigegeben werden — zum Transport zurück in die Hölle von Elend und Pogromen. Damit erfüllen die Herrscher des Vierten Reichs die Forderung der Nazibanden, die in dem Rostocker Pogrom die Flüchtlinge, hauptsächlich Roma, tagelang terrorisierten und ihr Wohnheim in Brand steckten. Die Spartakist-Arbeiterpartei und das Komitee für soziale Verteidigung fordern: *Keine einzige Abschiebung! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Verteidigt die Roma und Sinti!*

Das rassistische Bukarester Abkommen ist Teil der Bestrebungen der Bourgeoisie von Auschwitz, ihre Macht wieder über ganz Europa auszuweiten. Letztes Jahr spielte das SPD-regierte Nordrhein-Westfalen den Vorreiter: Tausende von Roma wurden nach Skopje in Jugoslawien „zurückgeführt". Jetzt soll Rumänien zu einem neuen „Protektorat" von Bonn gemacht werden. Die Roma National Union berichtet über deutsche Kredite an Bukarest in Milliardenhöhe, die als Blutgeld für das Abkommen bezahlt werden. Es gibt auch Vorschläge, deutsche Grenzpolizisten zu entsenden, die *von innen* die Grenzen Rumäniens „sichern" und die Flucht vor dem Terror im Lande verhindern sollen. Offensichtlich entspricht dies Bonns Vorstellung über eine „Beseitigung der Fluchtursachen", die eifrig auch von der SPD gefordert wird.

In der „Festung Deutschland" stehen Roma heute im Mittelpunkt der rassistischen Hetze. Alle Parteien haben die rassistische Pogromstimmung in der obszönen Bundestagsdebatte über das Asylrecht mit angefacht. Die SPD-geführten Länder sind bei der Deportation von Roma in der ersten Reihe, Lafontaine ist dabei der Wortführer. Und die PDS führt in den Seiten von *Neues Deutschland* eine schmutzige Hetzkampagne und wirbt für das „Anliegen" eines Lesers, der in einem Brief gegen Roma hetzt: „Von Ausländern verübte kriminelle Handlungen gießen weiteres Wasser auf die Mühlen."

Im März hat Deutschland in der UN-Flüchtlingskommission *allein* gegen einen Antrag gestimmt, der ein Ende aller Formen von Diskriminierung gegen die Roma forderte, sowie Schutz und Sicherheit für Roma und Sinti verlangte, die sich *legal* auf dem Staatsgebiet aufhalten. Vor dem Zusammenbruch des Stalinismus zahlte Bonn ein hübsches Kopfgeld an Ceauþescu, um Rumänen „freizukaufen" — solange es „Deutsche" waren und sie für antikommunistische Propagandazwecke ausgebeutet werden konnten. Doch die kapitalistische Konterrevolution hat die kollektivierte

Fortgesetzt auf Seite 23

Allparteien-Koalition...

Fortsetzung von Seite 5

Asylrechts. Als elementarer Ausdruck von demokratischer Gleichheit kämpfen wir für *volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten,* unabhängig davon, wie sie hierher gekommen sind. Die Forderung nach „Bleiberecht", wie sie von einigen gutmeinenden Liberalen und Antifas aufgestellt wird, ist ein Zweite-Klasse-Recht, eine höfliche Form der Ausgrenzung von „Ausländern" vom „Bürger" und „dem Volk".

Das Nazi-Pogrom in Rostock hat die deutsche Gesellschaft polarisiert, und diese Polarisierung erstreckt sich bis auf PDS und SPD. Die Petersberger Beschlüsse zum Abbau des Asylrechts und für „Blauhelm"-Einsätze der Bundeswehr haben eine Revolte an der SPD-Basis von München bis Hannover ausgelöst. In Hannover am 7. September besetzten 30 Jusos das Präsidium mit der Losung „Rassismus auf Raten — Sozialdemokraten?" In der SPD spricht man von der „größten Austrittswelle seit dem NATO-Doppelbeschluß" *(taz,* 14. September). Aber sich *nur* auf die Erhaltung des Artikels 16 des Grundgesetzes zu stützen, heißt *den rassistischen Status quo zu unterstützen* — mit oder ohne Artikel 16 ist die SPD der Verfechter von „beschleunigten Asylverfahren" und KZ-Sammellagern, während Grüne für Abschiebung nach Quoten sind. Besonders sozialdemokratische Jugendliche, die gegen den Rassismus kämpfen wollen, müssen sich mit einer *revolutionären Perspektive* auseinandersetzen, denn es gibt keinen anderen Weg im Kampf gegen Rassismus und Nazi-Terror.

Die PDS ist vorneweg bei denen, die stärkere Maßnahmen des Staats fordern und an die gleichen Bullen appellieren, die zuschauten, als Skinheads in Eberswalde den angolanischen Arbeiter Amadeu Antonio zu Tode prügelten und später die Teilnehmer eines Gedächtnismarschs für ihn zusammenschlugen. Nach der Schändung der Jüdischen Gedenkstätte in Sachsenhausen forderte die Brandenburger PDS „angemessene Reaktionen des Staates", unterstützt von allen Parteien von CDU bis SPD. Die maoistische MLPD fordert „Verbot aller faschistischen Organisationen", was immer gegen die Linke benutzt wird.

Nach Rostock buhlte die PDS um „Verständnis" für die Rassisten. Jetzt gibt es einen rassistischen Flügel, geführt von Mitgliedern aus der Karl-Marx-Allee in Berlin, der eine heiße Debatte im *Neuen Deutschland* entfacht hat. Laut *Disput* waren bei einer Umfrage „63 Prozent der PDS-Mitglieder für eine Quotierung des Ausländerzuzugs nach Deutschland, 21 Prozent plädieren für radikalen Zuzugsstopp". Die Prozentzahlen in der SPD dürften nicht sehr viel anders aussehen.

Offiziell hält die PDS ihre Forderung für „offene Grenzen sofort und für alle" aufrecht. Doch solange der Imperialismus auf diesem Planeten weiter existiert, wird dies ein frommer Wunsch, oder besser gesagt, eine reaktionäre Utopie bleiben. Doch der aggressive, zerstörerische Charakter des kapitalistischen Imperialismus beruht auf dem historischen Umstand, daß die Erfordernisse des *Weltmarktes* die Schranken dieser nationalen Grenzen *längst* gesprengt haben. Die Abschaffung der Grenzen zwischen Nationalstaaten ist unlöslich verbunden mit *dem Aufbau des Sozialismus auf internationaler Ebene.*

Als Teil unseres Kampfes gegen die kapitalistische Wiedervereinigung, von Rostock bis Moskau, haben Spartakisten für die Mobilisierung der Arbeiterklasse zur Verteidigung von Immigranten gekämpft. Schon Anfang 1990 hat die Modrow-Regierung mit einem chauvinistischen Einkaufsverbot gegen polnische Bürger und sowjetische Soldaten vor dem Ansturm des westdeutschen Imperialismus für Wiedervereinigung kapituliert. Auf die massive ökonomische Destabilisierungskampagne antworteten Modrow & Co. mit einer rassistischen Kampagne gegen Immigranten.

Die machtvolle Einheitsfrontaktion von 250 000 Werktätigen gegen die Schändung des sowjetischen Ehrenmals in Berlin-Treptow im Januar 1990, die von den Spartakisten initiiert und von der SED/PDS aufgegriffen wurde, zeigte die Macht des trotzkistischen Programms, die soziale Macht zu mobilisieren, die notwendig ist, um die Faschisten zu schlagen. Die SED/PDS-Führung sah in dieser machtvollen prosowjetischen Demonstration in Verteidigung der DDR das Gespenst des Bürgerkriegs und ging vor den Imperialisten in die Knie.

SPD/DGB-Bürokratie will Arbeiter mit Sozialpakt knebeln

Die SPD-geführte Bürokratie und die Bourgeoisie sind erschrocken über die soziale Macht, die der ÖTV-Streik entfesselt hat. Sie wissen nur allzu genau, daß alle großen Parteien bei der Bevölkerung allgemein diskreditiert sind, ganz besonders bei den Arbeitern, während scharfe Austeritätspläne und „Sozialabbau" angedroht werden, um den *Drang nach Osten* der Imperialisten zu finanzieren. *Genau deshalb brach die „Sozialpartnerschaft" als erstes zusammen.* Die SPD möchte den „sozialen Konsens" wiederherstellen, auf Basis von Lohnraub und Kahlschlag.

Die Regierung ist zerstritten und verhaßt. Darauf reagiert die SPD mit noch mehr Zugeständnissen an die CDU, um diese Teilung zu überwinden — was jetzt ihre Basis auf die Palme bringt. Hinter dieser Polarisierung steckt die einfache Tatsache, daß die SPD eine *bürgerliche Arbeiterpartei* bleibt, deren soziales Gewicht abhängt von ihrer Kontrolle über die Gewerkschaften. Immigranten sind nicht einfach Opfer, sie sind ein strategischer Bestandteil des Industrieproletariats und ein entscheidender Faktor, zusammen mit den ostdeutschen Arbeitern, um den Würgegriff der SPD zu brechen: Genau deshalb verteidigt sich die Arbeiterklasse selbst, indem sie die Immigranten verteidigt.

Gerade erst haben die Metaller aus Sachsen und Bayern erneut das enorme Potential der Klassenmobilisierung gezeigt, die den Dresdner Flughafen besetzten, um die Schließung des Edelstahlwerks Freital zu verhindern. Sogar eine solche *symbolische* Aktion von drei Stunden reichte, damit sich die Politiker der Bosse vor die Fernsehkameras stürzten mit Versprechungen über gerettete Arbeitsplätze. Diese Macht muß vom lähmenden Reformismus und vom nationalistischen Gift der SPD und ihrer PDS-Trabanten gebrochen werden, indem die Werktätigen und ihre Verbündeten zu einer internationalistischen revolutionären Perspektive gewonnen werden, die ihre Nöte und Aufgaben verbindet mit dem Kampf der Arbeiterklasse für politische Macht. Dafür brauchen wir eine trotzkistische Partei, wie die SpAD sie aufbauen will.

Jetzt ruft die Große Koalition gegen Flüchtlinge nach schärferen Polizeimaßnahmen, sprich mehr V-Männern, staatlich-sanktioniertem Terror und erweiterten Einsatzkommandos im Stil der GSG-9, sowie zu Massenverhaftungen durch sogenannte „Vorbeugehaft". Gegen antifaschistische Demonstranten werden wie in Rostock gigantische Bürgerkriegsmanöver durchgezogen. Gleichzeitig versuchen sie, das Dritte Reich zu glorifizieren, indem sie die V2 in Peenemünde „feiern". Unter der Losung „Vernichtung durch Arbeit" starben über 20000 Zwangsarbeiter aus den KZs für den Bau von Hitlers „Vergeltungs"waffe.

Das Vierte Reich des deutschen Imperialismus bedeutet Rassismus, Elend und Massenarbeitslosigkeit. Es ist dringend notwendig, eine revolutionäre Partei aufzubauen, die die Werktätigen von den sozialdemokratischen Irreführern brechen kann im Kampf für eine Arbeiterregierung, die das Kapital enteignet und die Produktionsmittel in die Hände derjenigen legt, die den Reichtum produzieren.«

Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ A 1664 E

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 99 NOVEMBER/DEZEMBER 1992 50 Pfennig



Spartakist

Berlin, 4. November: Spartakisten demonstrieren gegen Volksfrontillusion, für Arbeiter-Einheitsfrontaktion gegen Nazis

Eier auf Heuchler - Massenempörung gegen Nazi-Terror

Rassistische Volksfront will Asylrecht vernichten

Mit dem Rostocker Pogrom im letzten August sind die faschistischen Angriffe in ganz Deutschland ungeheuer angestiegen, besonders gegen Immigranten. Dies ist Teil der allgemeinen Welle des rassistischen Terrors in Europa, die sich im Vierten Reich des deutschen Imperialismus zuspitzt. Aber in den letzten Wochen sind von Rom über London bis Berlin und Bonn Hunderttausende auf die Straßen geströmt, um gegen Nazi-Terror und Rassismus zu protestieren. In Italien haben die Kämpfe der Jugendlichen und Arbeiter das Land bis an den Rand eines Aufruhrs gebracht. In Deutschland waren allein am 9. November, dem Jahrestag der Reichspogromnacht, in allen Großstädten Zehntausende auf den Straßen, um gegen Nazi-Terror und Antisemitismus zu protestieren.

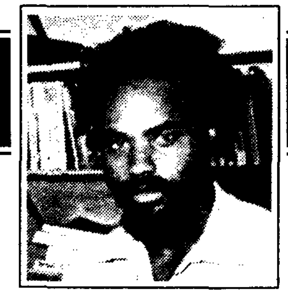
Vor allem Jugendliche haben die Schnauze voll von der rassistischen Hetze und Heuchelei aller Bonner Parteien, die mit ihrem Gerede über die „Würde des Menschen" entschlossen sind, das Asylrecht zu vernichten und Massendeportationen von Zehntausenden Flüchtlingen und Immigranten in Gang zu setzen. Nachdem die rassistische Volksfront mit der Asyldebatte den Nazi-Terror entfacht hat, belohnt sie ihn, indem sie das faschistische Programm der Abschiebungen und Sammellager ausführt. Der Anstieg des blutigen rechten Nationalismus ist das direkte Ergebnis der kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands, gegen die die Spartakist-Arbeiterpartei und die Internationale Kommunistische Liga von Anfang an gekämpft haben. Die SpAD und IKL haben gewarnt, daß die Restauration des Kapitalismus Massenverelendung, mörderische Nazi-Pogrome und blutigen Bürgerkrieg bringen würden. Genau das ist mit dem Zusammenbruch der stalinistischen Herrschaft in der ehemaligen DDR und in ganz Osteuropa passiert und reicht jetzt bis in die ehemalige UdSSR.

Mit dem Kampf gegen rassistischen Terror und die antikommunistische Hexenjagd setzen wir Trotzkisten den

Fortgesetzt auf Seite 21

Stoppt die Nazis durch Arbeiter/Immigrantenmobilisierung!

Aus der Todeszelle: Hier spricht Mumia Abu-Jamal



Greueltaten in Rostock

Es ist ein Jahr vergangen seit den rassistischen Greueltaten von Hoyerswerda, der kleinen ostdeutschen Stadt, in der Rednecks und Skinheads Flüchtlingsunterkünfte niederbrannten, während die Polizei zusah und die Nachbarn applaudierten. Ein Jahr später, und das ganze Deutschland, Ost und West, ist gefangen in einer anwachsenden Periode von Ausländerfeindlichkeit: politische Ausbeutung der Feindschaft gegen Fremde, auf Deutsch „Ausländer" genannt.

Die Bilder aus der Hafenstadt Rostock, Horden von neofaschistischen Jugendlichen, die die Wohnungen von vietnamesischen Familien niederbrennen, während wieder die Bullen danebenstehen und Nachbarn zustimmend klatschen, zeigt, daß Hoyerswerda nichts als ein häßlicher Anfang einer landesweiten Kampagne von nackter rassistischer und flüchtlingsfeindlicher Unterdrückung war.

Politiker, erpicht darauf, ihre Wählerschaft zu vergrößern, haben sich fast ausnahmslos geweigert, das Gemetzel, den Terror und die Brandstiftungen zu verurteilen, und entschieden sich statt dessen dafür, Vorbehalte gegen Flüchtlinge wiederzugeben, wodurch sie dem Brand des fremdenfeindlichen Hasses Nahrung geben. Ihre einzigen Bedenken galten dem deutschen „Image im Ausland", nicht den Nöten der Menschen, der Sicherheit, der persönlichen Unversehrtheit von Familien, die durch Brandlegen in der Nacht terrorisiert werden.

Ein Kommunalpolitiker rechtfertigte das Pogrom, indem er die Flüchtlinge als „zu laut, zu schmutzig und zu faul" herabwürdigte.

Andere haben sich für die Streichung des Artikels 16 des BRD-Grundgesetzes stark gemacht, der Klausel, die das Asylrecht garantiert.

In gewisser Hinsicht ist das Feuerlegen in Rostock ein geistiger Abkömmling von Bitburg, wo der US-Oberbefehlshaber, der damalige Präsident Reagan, vor den Nazi/SS-Toten salutierte und somit der Neonazi-Bewegung in Deutschland imperialistische Legitimität verschaffte. Sein Besuch war ein Vorläufer für die Feiern der Waffen-SS auf dem Kriegsgräberfriedhof in Halbe, südlich von Berlin, im November 1991. Die Regierungsvertreter sagten, sie würden die Versammlung verhindern, aber schließlich taten sie nichts, genau wie in Hoyerswerda und in Rostock.

In Rostock standen nicht nur die Bullen untätig daneben, während faschistoide Mobs eine Unterkunft von Vietnamesen mit Brandsätzen bewarfen, die Feuerwehr machte es kaum besser, weil sie unfähig war, die Flammen der Zerstörung zu ersticken.

Die Unfähigkeit oder der Unwille des Staates zu handeln erstreckte sich jedoch nicht auf deutsche Antifaschisten. Tage später, als sie zu einer Gegendemonstration in Rostock aufriefen, trafen sie auf 4000 Bullen, die mehr als 5000 antifaschistische Demonstranten sieben Stunden lang an Polizei-Kontrollstellen auf den Landstraßen aufhielten.

Die Verzögerung schien jedoch zu ihren Gunsten zu wirken, als mehr als 20 000 Leute von antifaschistischen und autonomen Gruppen, Gewerkschafter, die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), die Grünen, Gruppen von Einwanderern und andere Organisationen am 29. August eine Demonstration durchführten, um die Greueltaten von Rostock anzuprangern.

Dies trotz der verzerrten Presseberichterstattung, die die Antifas als „gewalttätigen linken Mob" darstellte, trotz der Einschüchterung und versuchten Hinderung durch die Polizei, trotz der politischen Verurteilungen, die nur denjenigen zugedacht wurden, die den Mut hatten, sich dem Terrorismus entgegenzustellen, nicht den Terroristen selbst.

Wie die „Antifa"-Bewegung wächst, so wächst auch die Welle von staatlich geschürtem Haß, der die Stadt Kretzin in Brandenburg traf, wo ein weiteres Heim mit Molotow-Cocktails beworfen und niedergebrannt wurde.

In den Straßen und Alleen des wiedervereinigten Deutschlands wird die Zukunft Europas und eines großen Teils der Welt geschmiedet.

Die Zeit wird zeigen, ob es eine Zukunft der Hoffnung sein wird oder eine Zukunft von Pogromen.

24. September

Mumia Abu-Jamal, ehemaliger Black Panther und anerkannter schwarzer Journalist aus Philadelphia, bekannt als die Stimme der Entrechteten, sitzt im Gefängnis in Huntingdon, Pennsylvania, in der Todeszelle. Wegen seiner politischen Ansichten und seiner Unterstützung für die radikale schwarze Organisation MOVE wurde Mumia mit abgekarteten Beschuldigungen angeklagt. Er wird jetzt mit dem Tode bedroht, weil er das rassistische kapitalistische System angreift. Mumias Artikel erscheinen gelegentlich in *Workers Vanguard,* Zeitung unserer Genossen der Spartacist League/U.S., und in vielen anderen Zeitungen.

Das Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) schließt sich der internationalen Kampagne an, die vom Partisan Defense Committee in den USA initiiert wurde, um das Leben von Mumia Abu-Jamal vor der rassistischen amerikanischen Lynchjustiz zu retten. Schreibt an das KfsV: c/o Werner Brand, Postfach 210750, 1000 Berlin 21, Telefon (030)4914548, Fax (030)4911479 oder c/o Bernd Fiedler, Postfach 111748, 2000 Hamburg 11. Wenn ihr direkt Kontakt zu Mumia aufnehmen wollt, schreibt an: Mumia Àbu-Jamal, AM8335, Drawer R, Huntingdon, PA 16652, USA.

SPARTAKIST 

herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEIDEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Marianne Clemens, Renate Dahlhaus, Toralf Endruwert, Reiner Hardy, Alexis Hecht, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes (Produktion), Jan Norden, , Max Schütz (verantwortlicher Redakteur), Fred Zierenberg
VERTRIEB: Michael Jäger

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 3000 Hamburg 74
Erscheint Im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 11 0231, 2000 Hamburg 11, Fax (040)3301 54
Postfach 51 0655, 1000 Berlin 51, Fax (030)4911479
Redaktion Spartakist: Tel. (030) 491 4548, Korrespondenz Ober Verlagsanschritt
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 11988-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 50010060
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 99 November/Dezember 1992

Trotzkisten sagen: Freiheit für Erich Honecker!



Le Bolchevik



Thilo Rückeis/Tagesspiegel

Paris, 7. November (links) und Berlin, 12. November (rechts): Genossen der IKL, die von der DDR bis zur UdSSR gegen die Konterrevolution kämpfte, demonstrieren für die Freilassung von Erich Honecker

Am 13. November startete der antikommunistische Racheprozeß Mes Vierten Reichs gegen den ehemaligen DDR-Staatschef Erich Honecker und fünf andere Repräsentanten des ehemaligen Arbeiterstaates DDR. Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands protestierte zusammen mit dem

Die Verteidigung der DDR war kein Verbrechen, der Ausverkauf war es!

Komitee für soziale Verteidigung vor Beginn dieses obszönen Schauprozesses vor dem Amtsgericht Tiergarten und rief: Schluß mit der antikommunistischen Hexenjagd! Freiheit für Erich Honecker! Der Kundgebung der Spartakisten schlössen sich am Ende auch Unterstützer des „Erich-Honecker-Solidariätskomitees" an. Wie wir in unserer Presseerklärung sagten:

> „Nazi-Pogrome in Rostock, die geplante Massendeportation der Roma und antikommunistische Schauprozesse in Berlin sind die schmutzige Fratze ihrer kapitalistischen Konterrevolution, die Kohl und Engholm mit ihrer Großkundgebung am 8. November übertünchen wollen. Der Honecker-Prozeß ist der Höhepunkt der SPD-geführten Hexenjagd, die sich gegen alles richtet, was an den Sieg der Roten Armee über Nazi-Deutschland und den daraus entstandenen deformierten Arbeiterstaat DDR erinnert. Für das ^Verbrechen', die DDR verteidigt zu haben, hat die SPD-Justizsenatorin Jutta Limbach jetzt Honecker ins Moabiter Gefängnis geworfen, wo der antifaschistische Widerstandskämpfer schon von der Gestapo eingekerkert worden war. Schon die Entscheidung des Amtsgerichts Berlin-Tiergarten, den Prozeß gegen Honecker anzufangen, ist ein Todesurteil für den schwerkranken 80jährigen."

In allen Fernsehnachrichten von ARD, ZDF bis RTL und in internationalen TV-Stationen wie CNN und BBC wurde über den Protest der Trotzkisten berichtet. SAT1 kommentierte am 13. November, „die Spartakisten stehen nicht allein mit ihrem Protest, schließlich sind 43 Prozent der Bundesbürger gegen den Honecker-Prozeß". Fast alle Tageszeitungen erwähnten unsere Demonstration. *Nur Neues Deutschland* und die „alternativ"-antikommunistische *taz* unterschlugen den Protest \yen wundert's, ist doch für sie die Verteidigung des Arbeiterstaats DDR ein Verbrechen, und nicht sein Ausverkauf! Einige linke Gruppen, wie *Avantiy* die wir zum gemeinsamen Protest aufforderten, erklärten „persönlich" ihre Solidarität. Aber gegen die SPD auf die Straße *zu gehen*, ist nicht ihre Sache.

Bereits die zwei stattgefundenen Gerichtstage zeigen die Blutrünstigkeit der Rachejustiz! Der geplante Schauprozeß mußte nach 40 Minuten vertagt werden, da Willi Stoph aufgrund eines Herzanfalls nicht dem antikommunistischen Tribunal vorgeführt werden konnte. Beim zweiten Gerichtstag erlitt der leberkrebskranke Honecker einen Schwächeanfall. Die Anwälte sprechen zu Recht von „Siegerjustiz".

Das Verfahren gegen den kranken Ex-Stasi-Chef Mielke mußte abgetrennt werden, damit er zumindest dem Folterprozeß aufgrund von Anklagen aus der Nazi-Zeit ausgeliefert werden kann. Zeitgleich wird ein monströser Prozeß gegen die Waldheim-Richter angezettelt, weil sie im Arbeiterstaat DDR Nazi-Kriegsverbrecher aburteilten.

Am 7. November protestierten vor der deutschen Botschaft in Paris über 40 Trotzkisten im Block der Ligue Trotskyste de France bei einer Kundgebung von 100 Leuten vor der deutschen Botschaft in Paris, zu der das „Erich-Honecker-Komitee" aufgerufen hatte. Diese Gruppe aus dem Umfeld der Kommunistischen Partei Frankreichs war zwar gegen den kapitalistischen Anschluß der DDR, aber natürlich nur, um den Status quo zu erhalten und politisch die stalinistische Bürokratie zu verteidigen. Deshalb spalteten sie sich sektiererisch vom Protest der Trotzkisten ab.

Die neuen Parteigenossen von Honecker, die KPD, wünschen Erich „Standhaftigkeit", den Prozeß durchzustehen, und möchten vor allem einen größeren Gerichtssaal. Sie fordern nicht einmal seine Freilassung!

Die SPD war der Vorreiter der kapitalistischen Wiedervereinigung. Heute steht sie an der Spitze der Hexenjagd. Die deutsche Bourgeoisie geht gegen die DDR-Repräsentanten und ihre Grenztruppen vor, um die Arbeiterklasse einzuschüchtern.

Und was die Mauer betrifft, muß man dazu die Wahrheit

Fortgesetzt auf Seite 4

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Immigranten berichten über Polizeiterror

HALLE - Heutzutage schauen die Bullen nicht nur weg, wenn es rassistischen Terror gibt, sie sind immer mehr die Täter. Kein Zufall, daß die rassistische Volksfront Nazi-Überfälle ausnutzt, um mehr Polizei — die offizielle Schlägertruppe des kapitalistischen Staates, in der viele Faschisten nisten — zu fordern. Am Morgen des 16. Oktober drangen in Halle 300 Bullen vom Sondereinsatzkommando Sachsen-Anhalt in das Flüchtlingswohnheim in der Grenoblestraße ein. In den Wohnheimgebäuden befinden sich 300 Flüchtlinge aus über 40 Ländern.

Die Polizei kam mit Hunden und brach ohne Warnung ein, als die Bewohner schliefen. Die Bewohner, die aus dem Bett wachgerüttelt wurden, waren nackt oder halbnackt. Ihnen wurde nicht erlaubt, sich anzuziehen oder auf Toilette zu gehen. Besonders Frauen wurden erniedrigenden Untersuchungen an Geschlechtsteilen und am Gesäß ausgesetzt.

Die Ausrede der Polizei lautete Drogen und Waffen. Niemand glaubte das. Die andere Ausrede lautete Anwesenheit von „nicht gemeldeten Personen". Das bezieht sich auf die Flüchtlinge, die zu Besuch kommen und manchmal auf dem Boden schlafen. Sie sind kleineren Wohnheimen zugeteilt, die von Skinhead-Banden angegriffen werden, so daß sie manchmal in der Grenoblestraße Zuflucht suchen.

Am 17. Oktober, Samstag abend nach der Polizei-Razzia, rotteten sich 50 Skinheads zusammen, um das Wohnheim anzugreifen.

Die Flüchtlinge werden ständig von Skinheads und Faschisten schikaniert, häufig werden sie mit dem Messer bedroht und ausgeraubt, nachdem sie ihre geringe Unterstützung erhalten haben. Sie leben in ständiger Angst vor faschistischen Überfällen, Polizei-Razzien und davor, in ihre Heimat geschickt zu werden, was für viele den sicheren Tod oder Gefängnis bedeutet. Jeder eklige rassistische Angriff zeigt, wie nötig es ist, den Kampf für die Verteidigung der Immigranten auf die Straße und vor die Wohnheime zu bringen und dafür die mächtigen Gewerkschaften zusammen mit allen antirassistischen Kräften zu mobilisieren.

Die Spartakist-Arbeiterpartei hielt am 21. Oktober in Halle eine Veranstaltung zum Thema „Arbeiter in Ost und West: Verteidigt Immigranten und Asylrecht" ab. Dabei sprachen auch zwei der Razzia-Opfer.

„Ich will unseren Kollegen etwas erklären, warum so viele Westafrikaner in Europa Asyl beantragen. In meinem Land sind wir jetzt unter einer Militärdiktatur, wo es keine Demokratie gibt. Wenn man in Opposition zur Regierung ist, ist man ein Feind. Sie fangen dich und stellen dich vor Gericht und behalten dich im Gefängnis, solange die Regierung es will. Das ist der Grund, warum man das Land verläßt und versucht, nach Europa zu kommen, einfach um das eigene Leben zu retten. Wir hören, daß Deutschland ein sehr friedlicher Ort ist, wo einen Demokratie erwartet, und das ist der Grund, warum ich in Deutschland Asyl beantrage. Als ich hierher kam, landete ich in Frankfurt, dann wurde ich nach Halle geschickt. Ich kann sagen, die Stadt ist sehr schön, und die meisten, sagen wir 70 Prozent der Leute, sind sehr nett und freundlich. Doch gerade vor kurzem haben wir festgestellt, daß es Gruppen gibt, Nazis, die angefangen haben, unser Haus anzugreifen. Und gerade vor vier Tagen, am 16., kam die Polizei, um uns zu durchsuchen. Sie klopften an die Tür, öffneten sie mit Gewalt, durchsuchten uns und Freunde, und sie nahmen unseren persönlichen Besitz weg. Wenn man einen Asylantrag stellt, hat man kein Recht, sich von einem Landkreis in einen anderen zu bewegen, so ist die Rechtslage. Ich appelliere deshalb an diese Organisation, ob sie helfen kann, damit unsere Freunde uns besuchen kommen können und wir sie in anderen Landkreisen besuchen können."

Der zweite Redner sagte: „Ich freue mich sehr darüber, daß diese Organisation uns eingeladen hat. Meine Erfahrung ist, wenn man in ein Land geht, wo man niemanden kennt, dann muß man die Polizei um Hilfe bitten. Deshalb war die Art und Weise, wie die Polizei in der letzten Woche bei uns zu Hause aufgetaucht ist, sehr schmerzhaft. Es ist gut, daß es Organisationen gibt, die uns verteidigen wollen, denn ich habe, das kann ich sagen, keinerlei Hoffnung, was die Polizei angeht. Als Ausländer haben wir keinerlei Recht, uns zu verteidigen oder zu handeln, deshalb bin ich euch dankbar, weil ich euch mit eurer Organisation gesehen habe, wenn ihr etwas tun könnt, wenn es etwas gibt, wo ihr uns verteidigen könnt."«

Honecker...

Fortsetzung von Seite 3

sagen. Sie war eine bürokratische Maßnahme, um die sozialen Errungenschaften des bürokratisch deformierten Arbeiterstaats zu verteidigen. Deshalb haßte die Bourgeoisie die Mauer, und deshalb verteidigten wir Trotzkisten sie.

Von Mexiko bis Moskau wird viel kommentiert, daß wir Trotzkisten international den Erzstalinisten Honecker verteidigen. Die revolutionäre Arbeiterklasse an der Macht würde ihre eigene Rechnung mit den Stalinisten zu begleichen haben für deren Verbrechen gegen die Arbeiterklasse, einschließlich des Ausverkaufs der DDR. Aber das geht die Bourgeoisie und ihre SPD-Handlanger nichts an. Mit dem Schauprozeß will die Bourgeoisie das Dritte Reich weißwaschen. Die Spartakisten erfüllen die Klassenaufgabe, die Opfer des Rachefeldzuges zu verteidigen.

Zu unseren Forderungen gehörte: Hände weg von Markus Wolf! Er ist wegen „Landesverrat" angeklagt, weil er als DDR-Spionagechef erfolgreich gegen NATO/BRD-Imperialismus gekämpft hat. Die Grenztruppen werden verfolgt, weil sie ihren Arbeiterstaat an der Front verteidigt haben. Jetzt bahnt der BGH-Beschluß zur „Rechtswidrigkeit" des DDR-Grenzgesetzes den Weg für Massenprozesse.

Die Spartakisten riefen auch „Freiheit für den antifaschistischen Helden Gerhard Bögelein", der kürzlich in der SPD-Hochburg Hamburg zu lebenslanger Haft verurteilt wurde, weil er zur Roten Armee übergelaufen war, gegen die Faschisten gekämpft hat und einen Nazi-Kriegsrichter getötet haben soll, der das Blut von über 100 sowjetischen Partisanen und Wehrmachtsoldaten an seinen Händen hatte.

Die Auslieferung Honeckers durch Boris Jelzin war ein Blutopfer von seilen derer, die die ehemalige UdSSR in Massenelend, antisemitische Pogrome und blutige nationalistische Bürgerkriege geführt haben, um selbst die Überreste der UdSSR für die Ausplünderung durch die Deutsche Bank zu öffnen. Doch der konterrevolutionäre Drang der Imperialisten nach Osten stößt heute von Italien bis Deutschland und Polen auf erbitterten Widerstand der Werktätigen und Jugend. Wie wir auf der Kundgebung sagten: Der Stalinismus ist tot, der Kommunismus lebt! Für den Aufbau einer trotzkistischen Partei! •

An alle unsere neuen Leser
Willkommen an Bord!

Spartakist grüßt herzlich unsere neuen Abonnenten! Willkommen zur besten und ehrlichsten internationalistischen und klassenkämpferischen Zeitung, die es in deutscher Sprache gibt. Die erste nationale Abokampagne der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD) hat ihre Quote von 250 Punkten mit 103 Prozent übererfüllt und die Leserschaft der Zeitung um zwei Drittel vergrößert. Unsere Abokampagne hat die große Welle von Empörung gegen den rassistischen Terror in Deutschland und Europa genau getroffen und viele neue Leser mit der Losung „Die Arbeiterbewegung muß Immigranten verteidigen!" gewonnen.

Die obszöne „Asyldebatte" hat linke Strömungen in SPD und PDS gegen ihre Führung in Bewegung gebracht, und einige von euch sind jetzt auch *Spartakist-Abonnenten.* Sucht ihr nach einer Zeitung, die dafür kämpft, breitestmögliche Mobilisierungen gegen Nazi-Terror in Gang zu setzen, die sich auf die Macht der Arbeiter/Immigranten stützen, und den Nährboden der Faschisten durch eine sozialistische Revolution endgültig abzuschaffen, dann habt ihr genau das im *Spartakist* gefunden.

Wir haben in Berlin und Hamburg 21 Punkte an vietnamesische Kollegen verkauft. Wir sind für unsere internationalistische Intervention noch aus DDR-Zeiten bekannt, auch unter Arbeitern, die in Vietnam gegen Pol Pot gekämpft haben und deren Eltern dem amerikanischen Imperialismus eine entscheidende Niederlage bereitet haben. In Rostock kamen vietnamesische Kollegen, die den Pogromen in Lichtenhagen in letzter Minute lebend entkommen waren, mit uns zum Straßenverkauf des *Spartakist.*

In Hamburg und Halle haben Genossen mit besonderem Erfolg Abos bei politischen Veranstaltungen verkauft. Trotz der Semesterferien an den Unis haben Genossen aus allen drei Ortsgruppen über 30 Punkte an Schüler und Studenten verkauft, davon die meisten an Immigranten aus Polen, Vietnam und Afrika. Darüber hinaus gab es allgemein ein großes Interesse an unserer internationalen Presse, insbesondere an *Women and Revolution* sowie an der polnischen *Platforma Spartakusowców* und anderen Publikationen der IKL.

Ein Viertel aller Abos wurde bei antifaschistischen Demos und Arbeiterprotesten verkauft, und überall, vor dem Betriebstor, an der Uni und beim Tür-zu-Tür-Verkauf in den Wohnvierteln, wurde unser Titelseiten-Artikel „Zerschlagt Nazi-Pogrome in Rostock und überall" *(Spartakist* Nr. 97) die treibende Kraft der Abokampagne. Im Berliner Stadtteil Hohenschönhausen verkauften wir 17 Punkte, die meisten davon an Immigranten.

Das Rostocker Nazi-Pogrom war das direkte Ergebnis der Konterrevolution der Bourgeoisie von Auschwitz, die 1990 den deformierten Arbeiterstaat DDR verschlungen hat. Nur *Spartakist* hat ohne Wenn und Aber gegen die kapitalistische Wiedervereinigung gekämpft und vor deren Folgen, faschistischem Terror und Massenelend, besonders für Immigranten und Frauen, gewarnt. Andere „linke" Parteien haben ihre schwarzrotgoldenen Farben gezeigt, als sie den D-Mark-Rausch in unterschiedlichen Raten weiterverkauft haben. Die SpAD hat von Anfang an die SPD-geführte antikommunistische Hexenjagd bekämpft. Besonders unter Immigranten wird *Spartakist* wegen dieses Kampfes geschätzt. In den traditionellen Berliner Immigrantenvierteln Neukölln und Kreuzberg wurden 12 Punkte verkauft.

In den letzten Monaten hat sich unsere Partei mehrmals in exemplarischen Aktionen dafür eingesetzt, vietnamesische und mosambikanische Kollegen durch Arbeitereinheitsfront gegen Nazi-Angriffe zu verteidigen. Als kollektiver Organisator hat der *Spartakist* die Aufgabe, die bewußtesten Arbeiter für das trotzkistische Programm zu gewinnen. Oft hörten wir von Jugendlichen: „Arbeiterklasse? Die gibt's nicht mehr." Doch ein Blick auf den ÖTV-Streik im Mai, der die Kohl-Regierung wie auch die DGB-Bonzen mächtig erschreckt hat, oder nach Italien, wo in jeder Stadt Hunderttausende gegen die Austeritätspläne der Regierung *und gegen* die Gewerkschaftsbürokraten aufgestanden sind, zeigt, daß dies eine rein kapitalistische Lüge ist. Genau wie die Lüge, daß der Zerfall des Stalinismus in Osteuropa und der Sowjetunion den Tod des Kommunismus bedeute.



, Spartakist

26. August: Spartakisten auf Anti-Nazi-Demo in Berlin

Wir kämpfen für die Wiedergeburt der Vierten Internationale, die um die proletarische Macht kämpft, um endgültig dieses brutale kapitalistische System zu beseitigen. Wie Lenin verstehen wir unsere Partei als Volkstribun und kämpfen dafür, alle Unterdrückten dieser Erde vom blutigen Imperialismus zu befreien. Auf den Seiten unserer Zeitung werdet ihr Artikel über die Tragödie von Aids und zur Verteidigung von Homosexuellen finden, gegen Frauenunterdrückung und für das Recht auf Abtreibung, Artikel für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan, über unseren Kampf gegen Jelzins Konterrevolution in der ehemaligen UdSSR, gegen die Einführung des Marktes und die Konterrevolution in Vietnam und vieles mehr. Wir hoffen, daß ihr überzeugt seid, *„Spartakist* ist *meine* Zeitung".

Jetzt ist eine sehr gute Zeit, Kommunist zu werden. Ihr seid herzlich eingeladen, uns besser kennenzulernen und mit uns zu arbeiten. Infos zu Schulungsreihen in Berlin, Halle und Hamburg und unsere Kontaktadressen findet ihr in dieser Ausgabe. Meldet euch, und willkommen an Bord!

An alle Genossen und Sympathisanten, die bei der Abokampagne mitgemacht haben, einen herzlichen Glückwunsch! Wir gratulieren insbesondere Genossin Renate D., die die Abokampagne mit 21 Punkten gewonnen hat. •

Stoppt die Abschiebung der Roma!

Rostock: Weg mit den Anklagen gegen französische Juden!

Nach dem Nazi-Pogrom in Rostock im August wurden am 19. Oktober jüdische Demonstranten von der Polizei angegriffen, 46 von ihnen festgenommen und drei davon eine Woche lang in Untersuchungshaft gehalten. Ihr „Verbrechen": zusammen mit Vertretern des Roma National Congress die Opfer des Nazi-Holocausts geehrt zu haben - sechs Millionen Juden und eine halbe Million Roma und Sinti, die vom Dritten Reich vergast wurden. Damit wollten sie gegen die Pogrome des Vierten Reichs protestieren und gegen seine Vereinbarung mit der rumänischen Regierung, die die Abschiebung von 60 000 Roma ermöglicht.



dpa

Protestaktion französischer Juden gegen Deportation von Roma durch die Bourgeoisie von Auschwitz

Die Führung der etwa hundert Demonstranten, hauptsächlich Juden aus Frankreich, hatten die Nazi-Jäger Serge und Beate Klarsfeld. Letztere ist bekannt dafür, 1966 Nazi-Kanzler Kiesinger im Bundestag geohrfeigt zu haben. Nachdem die Demonstranten einen Skinhead-Provokateur entfernt und ein Banner aus einem Fenster des Rathauses gehängt hatten, griff die Polizei an — dieselbe Polizei, die rasenden Skinhead-Faschisten demonstrativ den Rücken gekehrt hat, als diese im August über hundert vietnamesische eingewanderte Arbeiter beinahe verbrannt haben.

Stadtbeamte entfernten die gerade zuvor angebrachte Gedenktafel, mit der unverschämten Lüge, es habe dort kein rassistisches Pogrom stattgefunden! Zwei Wochen später „begrüßte" ein lokaler CDU-Politiker Ignatz Bubis, den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, mit einem Sperrfeuer von antisemitischem Dreck. Dies war keine „Entgleisung", dies war die häßliche Fratze des Vierten Reichs, wo jüdische Friedhöfe und Mahnmale für die Opfer des Dritten Reichs regelmäßig geschändet werden.

In Wirklichkeit sind die Skinhead-Terroristen nur der inoffizielle Arm des Drangs der deutschen Bourgeoisie, die Geschichte zu „revidieren" — das Dritte Reich zu rehabilitieren und die Erinnerungen an die Millionen Opfer des Nazi-Völkermords und den Sieg der Roten Armee über Hitler zu vernichten. Bei einem Protest vor der deutschen Botschaft in Paris trug Beate Klarsfeld ein Plakat, auf dem stand: „Kohl rehabilitiert die Waffen-SS, verfolgt Roma und Sinti, sperrt Antirassisten ein". Dies bezog sich auf Bitburg 1985, wo die Polizei protestierende jüdische KZ-Überlebende wegschleppte, während Kohl und Reagan vor den Gräbern der Waffen-SS strammstanden.

Jetzt will der Rostocker Staatsanwalt, daß der französische Staat die Verfolgung der jüdischen Demonstranten weiterführt, in der Tradition des Vichy-Regimes. Die aktuelle Welle von antisemitischen Aktionen ist nicht auf Deutschland begrenzt — die obszöne Schändung von jüdischen Gräbern in Carpentras vor zwei Jahren hat die Welt schockiert. Die rassistische Volksfront in Frankreich deportiert en masse schwarze Afrikaner, genauso wie die deutsche Regierung Roma deportiert. An ihrer Spitze steht Mitterrand, ein Mann, der dem alten stalinistischen Schimpfwort „Sozialfaschist" einen wirklichen Inhalt gibt. Er war ein Veteran der faschistischen „Ligue" der 30er Jahre und ehemaliger Beamter der Pétain-Regierung, die mit Begeisterung die Juden seines Landes in die Nazi-Gaskammern schickte. Und der französische bürgerliche Staat hatte seine eigenen Konzentrationslager für Roma und Sinti.

Trotzdem demonstrierte Serge Klarsfeld in Rostock buchstäblich mit der Trikolore um die Schultern! Ein Banner der Demonstranten sagte: „Deutsche, erinnert euch an eure Vergangenheit". Aber die Vergangenheit des französischen Imperialismus ist kaum sauberer. Obwohl die hauptsächlich zionistischen Demonstranten die gesamte deutsche Bevölkerung, die heutige wie die frühere, für die abscheulichen Verbrechen ihrer *herrschenden Klasse* anklagten, hat das Rostocker Pogrom in Wirklichkeit ganz Deutschland polarisiert. Rassistische Angriffe stoßen auf regelmäßige und oft mutige antifaschistische Aktionen. Trotz des Chauvinismus einiger Demonstranten solidarisierten sich einige Rostocker mit dieser Verteidigung von Roma und Sinti.

Unter den zionistischen Demonstranten in Rostock befanden sich Mitglieder der ultrareaktionären Betar, die die Shamir-Faschisten in Israel unterstützt. Wir Trotzkisten, die bei der Rostocker Protestaktion dabei waren, verteidigen sie trotzdem gegen den selbsternannten Nachfolgestaat des Dritten Reichs, als Teil unseres Kampfes, die Arbeiterklasse zu mobilisieren, um volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten zu erkämpfen und den Nazi-Terror zu zertreten, als Teil des revolutionären Kampfes, das deutsche *Kapital* zu stürzen.

Die Logik des Zionismus heißt, den Kampf gegen Antisemitismus in der ganzen Welt aufzugeben, im Namen des Versuchs, eine illusorische Zuflucht in einem *Super-Getto* Israel zu finden. Deswegen sind Zionisten und die deutsche Bourgeoisie gegen das Recht von Juden aus der Ex-UdSSR, nach Deutschland zu immigrieren, wie in den 30er Jahren die Zionisten die Vertreibung der Juden aus den meisten Bereichen der deutschen Gesellschaft durch das Dritte Reich dazu benutzen wollten, die Juden nach Palästina zu kriegen. Die rassistische theokratische zionistische Festung, die auf Vertreibung, Massaker und letztlich *Völkermord* gegen die Palästinenser beruht, ist eine Sackgasse für Juden.

Nur kommunistischer Internationalismus kann Antisemitismus und Rassismus auslöschen. Was die Oktoberrevolution angefangen hat — die Beseitigung von antisemitischer Verfolgung —, wird von einer siegreichen sozialistischen Weltrevolution endgültig durchgeführt, genauso wie sie die Menschheit von allen Formen der Unterdrückung und Ausbeutung befreien wird.«

Stillegungspläne provozieren Regierungskrise

Britischen Bergarbeitern droht Kahlschlag

- **Für Arbeiteraktionskomitees: Stoppt die Zechenschiießungen und regiert das Land!**
- **Schmeißt die Labour-Verräter raus! Keine Koalition!**

LONDON, 25. Oktober - Mehr als eine Viertelmillion Menschen, darunter Zehntausende Bergarbeiter und ihre Familien, gingen heute auf die Straße. Es war die zweite proletarische Massendemonstration in fünf Tagen. Am 13. Oktober hatte John Majors konservative Regierung angekündigt, daß 31 der noch verbliebenen 50 Kohlenbergwerke im Lande geschlossen werden sollten. Das würde die Entlassung von über 30000 Bergarbeitern bedeuten und mindestens 100000 weitere Arbeitsplätze bedrohen. Dies kommt einem Todesurteil für die ökonomisch schon verwüsteten Kohlenreviere gleich. Im Proteststurm, der darauf folgte, mußte der Tory-Führer versprechen, den Tod von 21 Zechen hinauszuzögern, aber über die Zechenschließungen könnte er stürzen.

Im Gegensatz zur Ablenkungstaktik der Massendemonstrationen, „für die Bergarbeiter" Druck auszuüben, würden entschlossene Klassenkampfaktionen die konkrete Möglichkeit bieten für eine proletarische Lösung der Krise des altersschwachen britischen Kapitalismus. Die Bergarbeiter dürfen nicht allein stehen! Wenn andere Schlüsselteile der Arbeiterbewegung mit ihnen in gemeinsame Streikaktion treten, könnten sie das Land zum Stillstand bringen und den Weg zu einem *revolutionären* Kampf um die Arbeitermacht eröffnen. Ein Flugblatt unserer Genossen der Spartacist League/Britain rief dazu auf: „Bergarbeiter, Eisenbahner, Transport- und Kraftwerkarbeiter: Streikt jetzt! Für Arbeiteraktionskomitees: Stoppt die Zechenschließungen und regiert das Land!"

Der massive Angriff auf die Bergarbeiter gehört zum kapitalistischen Austeritätsprogramm im Zusammenhang mit dem Maastricht-Vertrag und sollte die Offensive zum Abschluß bringen, die Margaret Thatcher eröffnet hatte. Doch der Versuch, gegen die Arbeiterklasse „hart durchzugreifen", ist gründlich nach hinten losgegangen. Die Wirtschaft liegt schon in Trümmern, Hunderttausende weitere Arbeitsplätze sollen zerstört werden, und die Arbeitslosigkeit unter Männern ist jetzt höher als jemals seit dem Krieg.

Begleitet von dem Zetern gegen Major und Maastricht, sind die Weichen gestellt für eine „Volksfront", die vom rechten Flügel der Tory-Partei und den Bischöfen der englischen Staatskirche bis zur erbärmlich reformistischen Labour Party reicht, und mit dem Führer der Bergarbeitergewerkschaft NUM, Arthur Scargill, an der Spitze. Einige Monate vor dem Bergarbeiterstreik 1984/85 war Scargillangegriffen worden, weil er zu Recht die polnische gelbe „Gewerkschaft" Solidarno als „antisozialistisch" gebrandmarkt hatte. Torys und Labour/TUC-Bonzen waren hinter Scargill her, weil er sich ihren streikbrecherischen Diktaten nicht beugte.

Doch jetzt appelliert Scargill offen an seine neuen antikommunistischen Blockpartner und vergleicht die Opposition gegen die Major-Regierung mit dem konterrevolutionären Sturz der stalinistischen Regime in Osteuropa und der Sowjetunion: „Wenn die Macht der Menschen Regierungen stürzen kann und die Gesellschaft in Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und der ehemaligen Sowjetunion verändern kann, dann kann sie eine Regierung hier in Britannien zurückweisen, die jegliche Glaubwürdigkeit verloren hat."



Der Spiegel

Protest in London. Spartakisten fordern: Arbeiter von Eisenbahn, Kohle, Transport und Kraftwerken: streikt jetzt!

Das Flugblatt der SL/B warnte: „Labour und ihre Anhänger strengen sich äußerst an, die Empörung der Bevölkerung über die Zechenschließungen auf dem Weg der parlamentarischen Schlichtung zu kanalisieren. Es könnte nicht klarer sein, daß die Labour-Verräter und ihre Irreführer in den Gewerkschaften die Haupthindernisse für den notwendigen Kampf sind, nicht nur gegen eine diskreditierte und erbärmliche Regierung, sondern auch gegen das *kapitalistische System,* das unerbittlich zu der Entindustrialisierung dieser Inseln und zum rachsüchtigen Angriff auf die kämpferischen Bergarbeiter geführt hat."

Im Bergarbeiterstreik vor acht Jahren rief die SL/B auf zu gemeinsamer Streikaktion durch eine „Dreierallianz" der Bergarbeiter, der Hafenarbeiter und der Eisenbahn- und anderen Transportarbeiter, um einen Generalstreik auszulösen. Das hätte das Land dichtgemacht und die Möglichkeit eines revolutionären Kampfes eröffnet mit der Frage: Welche Klasse soll herrschen? Breite Teile der Bevölkerung, besonders in den unterdrückten irischen, asiatischen und schwarzen Stadtteilen, unterstützten die Bergarbeiter in der Hoffnung, die brutale Thatcher-Regierung zu stürzen.

Damals appellierten die diversen pseudorevolutionären Gruppen als gute Labour-Party-Satelliten an die Spitzen des Gewerkschaftsdachverbandes TUC, „einen Generalstreik auszurufen", mit dem Ziel, eine Labour-Regierung ins Amt zu heben - sogar als die TUC-Bürokraten dem Streik in den Rücken fielen. Heute wiederholen sie dieses verräterische Rezept - von Tony Cliffs Socialist Workers Party (hier: SAG) über Workers Power (Arbeitermacht) bis zur kleinen zentristischen Revolutionary Internationalist League. Diese neue Volksfront will den britischen Kapitalismus *retten.* Aber weder eine „renovierte" Tory-Regierung noch eine weitere Labour-Regierung des Arbeiterverrats kann dieses bankrotte System retten. Wenn die britischen Bergarbeiter ihre Existenz und ihre Gemeinden retten wollen, müssen sie ihre klassenkämpferische Erfahrung in den Dienst eines revolutionären Programms stellen. Eine bolschewistische Partei muß im Laufe des scharfen Klassenkampfs geschmiedet werden, die die proletarische Basis von den prokapitalistischen Spitzen der Labour Party abspaltet.

Nach Workers Vanguard *Nr. 562, 30. Oktober*

Arbeiter revoltieren gegen kapitalistische Austerität

Roter heißer Herbst in Italien



La Repubblica

Wütende Arbeiter in Turin schlagen sich mit der Polizei beim Massenaufruhr gegen die neuen kapitalistischen Austeritätsmaßnahmen

Die Welle von massenhaften Arbeiterprotesten gegen das brutale Austeritätspaket, die durch Italien rollt, traf am 2. Oktober Rom. Beinahe 200000 streikende Arbeiter des öffentlichen Dienstes legten die Hauptstadt lahm, als sie auf die riesige Piazza San Giovanni marschierten. Sie waren wütend über das Ausverkaufsabkommen vom 31. Juli zwischen der Regierung, der Wirtschaft und den Gewerkschaftsspitzen, das die Scala mobile, die gleitende Lohnskala, abschaffte.

Wie bei den riesigen Arbeiterkundgebungen in anderen Städten schleuderten kämpferische Arbeiter und Jugendliche Kugellager und Pflastersteine auf die Ausverkaufsführer der Gewerkschaftsverbände CGIL, CISL und UIL. Die Bürokraten wiederum umgaben sich mit einer riesigen, 10000 Mann starken, behelmten Ordnertruppe, die aus den Provinzen herangeschafft worden war, und es gab eine riesige Polizeipräsenz. Als die Menge gegen die Rednerbühne drückte, wo die Gewerkschaftsbürokraten sprachen, bevollmächtigten diese die Polizei zu einem brutalen Sperrfeuer von Tränengas und einem Angriff gegen die Menge. Ein beschämter Gewerkschaftsordner bemerkte: „Die Gewerkschaften waren einmal dazu da, die Arbeiter zu verteidigen, jetzt sind sie hier, um sich gegen die Arbeiter zu verteidigen."

Bertinotti, Führer von „Essere Sindicato" (Eine Gewerkschaft sein), eine Gruppierung, die Rifondazione Comunista (RC) nahesteht, wurde von Panik erfaßt und brüllte: „Hört mit dieser Gewalt irgendwie auf!" RC äußert sich zwar gegen die Verrätereien der CGIL-Spitzen, die das Abkommen vom 31. Juli unterzeichnet haben, doch wenn es hart auf hart kommt, stehen sie auf der Seite der Bürokraten und nicht der empörten Mitglieder.

Unterstützer der Lega Trotskista, der italienischen sympathisierenden Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga, verkauften etwa 120 Exemplare ihrer Zeitung, darunter das Extrablatt zum gegenwärtigen Arbeiteraufruhr, das wir hier abdrucken.

MAILAND, 28. September - Von Mailand im Norden bis Palermo in Sizilien strömen jeden Tag Hunderttausende von Arbeitern, Rentnern und Studenten auf die Straße im Rahmen der größten und militantesten Streikwelle, die Italien seit dem „heißen Herbst" *1969* erschüttert hat. Bei einer Reihe von regionalen Generalstreiks sind in Florenz am 22. September 100000 Menschen auf der zentralen Piazza zusammengeströmt, 150000 in Mailand am 23., weitere Zehntausende in Neapel und Turin am 24. und 25., und mehr als 200000 Rentner gingen in Rom am 26. auf die Straße. Zum ersten Mal seit 1980 schlössen sich 90 Prozent der Arbeiter bei Fiat einem Streik an. Und dies alles waren keine bürokratisch inszenierten Ereignisse, sondern eine explosive Revolte der Arbeiterklasse, die sich nicht nur gegen die Bosse richtet, sondern auch gegen ihre eigenen Ausverkaufsführer.

In Zeitungsüberschriften und Gesprächen taucht immer wieder „la rabbia" auf — die Wut, die sich gegen die brutalen Kürzungen richtet, die Ministerpräsident Giuliano Amato verhängt hat, der der Arbeiterklasse ein Opfer von „Blut und Tränen" aufzwingen will. Ermutigt durch den Zusammenbruch der stalinistischen Herrschaft in Osteuropa und der Sowjetunion und durch das Auseinanderbrechen der einstmals hegemonialen Kommunistischen Partei Italiens (PCI) dachte die Amato-Regierung, daß sie dem kämpferischen italienischen Proletariat endgültig das Rückgrat brechen kann. Statt dessen haben sie ein Feuer angezündet. Und wie die Brände des Volksaufstands in Los Angeles oder die Gewerkschaftsmacht, die sich bei dem jüngsten ÖTV-Streik in Deutschland gezeigt hat, beweisen die roten Fahnen, die über den Plätzen ganz Italiens wehen, daß der kapitalistische Triumphalismus über den „Tod des Kommunismus" den Klassenkampf nicht beendet hat.

In der Tat haben die italienische Bourgeoisie und ihre Helfershelfer in der Arbeiterbewegung offensichtlich die Kontrolle über die Situation verloren. In Florenz wurde am 22. September Bruno Trentin, der Generalsekretär des Gewerkschaftsdachverbandes CGIL von Arbeitern, die

„Ausverkauf und „Verräter" schrien, mit einem Hagel von Eiern, Tomaten, roter Farbe und Schrauben eingedeckt. Die Szene wiederholte sich auf dem Mailänder Domplatz am nächsten Tag, als Arbeiter wertlose, abgewertete Münzen auf Gewerkschaftsredner warfen. Genauso war es auch in Piacenza und Ferrara, während außerdem in Bologna mit Kartoffeln und in Genua mit Steinen geworfen wurde. Die Gewerkschaftsmitglieder waren hellauf empört über die Zustimmung der Gewerkschaftsführer, die Scala mobile abzuschaffen (die automatische Angleichung der Löhne an die Inflation — eine hart erkämpfte Errungenschaft der Klassenschlachten von 1969), im Austausch für das verlogene Versprechen, daß die Lira nicht noch stärker abgewertet wird. Als zusätzliche Beleidigung unterschrieb Trentin den Kuhhandel ausgerechnet am 31. Juli, gerade als die Arbeiter in den Augusturlaub gingen.

Aber am 13. September wertete Amato dennoch die Lira um 7 Prozent gegenüber der D-Mark ab, und drei Tage später fiel sie noch einmal drastisch in der europaweiten Währungskrise. Italien steht am Rande des finanziellen Zusammenbruchs (mehrere europäische Banken weigern sich immer noch, Lira-Geschäfte abzuwickeln). Inzwischen hat die Amato-Regierung nach dem Diktat der Bundesbank in Frankfurt und um Italiens astronomisches Haushaltsdefizit bis zur Erfüllung der Eckwerte des Maastrichter Vertrages zu reduzieren, ein 120-Milliarden-DM-Paket von drastischen Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen verabschiedet. Darin enthalten ist ein Lohn- und Einstellungsstopp im öffentlichen Sektor, die Abschaffung von Leistungen des Gesundheitswesens, wie kostenlose medizinische Versorgung, und gnadenlose Rentenkürzungen. Rentner, deren lebenslanges Schuften den Agnellis und Pirellis Millionengewinne verschafft hat, müssen nun zusehen, wie die galoppierende Inflation ihre Ersparnisse und Renten auffrißt.

Amato zu Hilfe kam der Verrat der Gewerkschaftsführer, die jetzt zu Recht von den Arbeitern verachtet werden. Die Bourgeoisie hat auf der anderen Seite ihren Speichelleckern von der Gewerkschaftsführung ihre volle Solidarität bekundet. Nachdem Trentin aus der Streikversammlung in Florenz herausgebuht worden war, haben Italiens führende Industrielle und Politiker — vom Fiat-Boß Agnelli bis zum „sozialistischen" Ministerpräsidenten Amato — eine Kampagne angefacht, Rifondazione Comunista (RC), die „linke" Abspaltung der untergegangenen PCI, als Gewalttäter zu verleumden. Bei den jüngsten Demonstrationen haben sich militante Arbeiter um die roten Banner von RC geschart. Aber Amando Cossutta, ein Führer von Rifondazione, verdammte die „Gewalt" und appellierte an die Regierung, zur Vernunft zu kommen:

> „Die Parteien der Mehrheit müssen erkennen, wie die Lage ist. Niemand hat die Fabriken unter Kontrolle. Und wenn wir jetzt in der Lage sind, unseren Teil zu leisten, dann ist es jetzt die Zeit für sie, das ihrige zu beginnen. Andernfalls wird innerhalb einer Woche niemand mehr in der Lage sein zu sagen, wie es ausgehen wird." *(La Repubblica,* 25. September)

Italien auf des Messers Schneide

Wie wir im letzten Sommer angesichts der Welle von Mafia-Bombenanschlägen festgestellt hatten, wird Italien von einer weitreichenden wirtschaftlichen und politischen Krise beherrscht (siehe „Italian Capitalists Demand ‚Strong State' " [Italienische Kapitalisten verlangen „starken Staat"], *Workers Vanguard* Nr. 554, 26. Juni). Die Bourgeoisie hat den Reichtum des Landes buchstäblich gestohlen — allein die Politiker bringen schätzungsweise zwischen 10 und 15 Milliarden DM pro Jahr beiseite. Die Autobahnen raus aus Mailand, der Bankenhauptstadt des Landes, sind Freitag nachmittags immer vollgestopft, wenn die Bourgeoisie ihre Tangenti (Bestechungs- und Schutzgelder) über die Grenze auf Schweizer Bankkonten bringt. Korruptionsprozesse mit großem Medienrummel haben die Zellen des Gefängnisses von San Vittore mit Mitgliedern von Mailands mächtigsten Familien gefüllt. Führer von praktisch jeder im Parlament vertretenen Partei, einschließlich der Ex-PCI, stehen unter Anklage. Derweil hat das Land ein jährliches Haushaltsdefizit von beinahe 200 Milliarden DM — rund 11 Prozent des gesamten Bruttosozialprodukts.

Die augenblicklichen dramatischen Ereignisse in Italien sind nicht national isoliert. Bei weitem nicht. Sie sind das direkte Ergebnis der finanziellen Krise, die den Kontinent erschüttert, und des Konfliktes über den Vertrag von Maastricht, was direkt auf die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands zurückgeht. Und das Streben der italienischen Bourgeoisie nach einem „starken Staat" hat Auftrieb bekommen durch den stalinistischen Zusammenbruch seit 1989. Heute ist Italien das schwächste Glied in der Kette des Imperialismus in Westeuropa. Und der Ausgang der Arbeiterkämpfe auf der Halbinsel wird Auswirkungen von Paris bis Moskau haben.

Doch angesichts von Amatos Kürzungen akzeptiert die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), das größte Überbleibsel der PCI, kriecherisch die „Opfer" im Namen der „europäischen Einheit". Aber das Gerede von kapitalistischer „Einheit" Europas ist ein Betrug der Bankiers und bürgerlichen Politiker, der die Verelendung der Werktätigen bedeutet. Diese „Einheit" heißt eine Offensive gegen eingewanderte Arbeiter, die von der kapitalistischen Regierung und von rassistischen Mobs vorangetrieben wird. Und sie ist ein Versuch, einen Handelskrieg gegen die amerikanischen und japanischen imperialistischen Rivalen vorzubereiten. Bei den jüngsten Volksabstimmungen über Maastricht in Irland und Frankreich haben die Sektionen der Internationalen Kommunistischen Liga eine internationalistische Opposition zu einem Europa der Bosse vorgebracht und gleichzeitig den Kampf für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa verfochten, das aus scharfen Klassenkämpfen, so wie sie die italienischen Arbeiter jetzt führen, erwachsen wird.

Mittlerweile werden in den Vorstandsetagen von Mailand und Turin die Rufe nach einer „Notstandsregierung", um „Italien zu retten", lauter. Fiat-Chef Giovanni Agnelli forderte bei einer Sitzung der Europäischen Währungsunion eine „starke Regierung, die unpopuläre Maßnahmen ergreift ... Ausgabenkürzungen, vor allem bei Renten und im Gesundheitswesen" *(La Repubblica,* 27. Mai). Nach einer

Fortgesetzt auf Seite 10

Heißer Herbst in Italien...

Fortsetzung von Seite 9

Regierungskrise, die sich drei Monate hinzog, einigten sie sich schließlich auf das Amato-Kabinett, das trotz seiner schmalen parlamentarischen Basis daran gegangen ist, die Maßnahmen zu verhängen, die Agnelli & Co. gefordert haben. Jetzt, wo die Rufe nach einem Generalstreik auf jeder Piazza und in jeder Fabrik in Italien zu hören sind, kommen die Gewerkschaftsbürokraten von CGIL, CISL und UIL der Bourgeoisie zu Hilfe mit ihrer Politik der „abwechselnden Generalstreiks", Region nach Region, um eine Machtprobe mit der Amato-Regierung zu vermeiden.

Während die Gewerkschaftsführer ihr Bestes tun, um die Streiks zu sabotieren, drückt sich die Opposition von Teilen der Arbeiter innerhalb der Gewerkschaften und in den Fabriken so aus, daß sie die Gewerkschaften verlassen, um der bürokratischen Zwangsjacke zu entfliehen. Diese Unzufriedenheit ist teilweise in die unterschiedlichsten „comitate di base" (Basis-Komitees) kanalisiert worden, die zuerst unter Arbeitern des öffentlichen Dienstes entstanden sind und sich auf die Fabriken ausgebreitet haben, in erster Linie im Alfa-Romeo-Werk von Arese, geführt von militanten Gewerkschaftern, die aus Democrazia Proletaria kommen. Wenn auch die „Cobas" viele der kämpferischsten Teile aufgenommen haben, so haben sie doch durch das Verlassen der Gewerkschaften den Großteil der Arbeiterklasse in den Händen der prokapitalistischen Bürokratie gelassen. Während der Streikversammlung in Mailand am 24. September sind die Cobas von Alfa, nachdem UIL-Führer Veronese fluchtartig die Rednertribüne verlassen hatte, mit nur rund 2000 Arbeitern vom Platz wegmarschiert und haben die Masse zurückgelassen, die daraufhin eher links tönenden Gewerkschaftsbetrügern weiter zuhörten.

Jetzt, wo die Bourgeoisie versucht, die Arbeiterklasse 30 Jahre zurückzuwerfen, ist ein machtvoller Generalstreik notwendig, um die Amato-Regierung und ihre Austeritätspläne zu Fall zu bringen und um wichtige Errungenschaften wie eine tatsächliche Scala mobile wiederherzustellen. Solch ein politischer Massenstreik würde, auch wenn er als defensive Aktion beginnt, unvermeidlich und sehr schnell die Frage aufwerfen: Welche Klasse soll herrschen? Um den Bürokraten entgegenzutreten und um einen Rahmen für die Mobilisierung und Organisierung einer massenhaften Beteiligung sicherzustellen, wäre es notwendig, auf jeder Ebene gewählte Streikkomitees zu bilden. Bei einer scharfen Auseinandersetzung könnten sie sich zu Fabrikräten entwickeln, wie 1920, und zu Sowjets. Solche Organe der Doppelherrschaft müßten Arbeiterverteidigungsgruppen organisieren, in erster Linie, um die Fabriken zu verteidigen und um die Faschisten zu zerschlagen. Dabei könnten sie auch kurzen Prozeß mit den Nazi-Skinheads machen, die schon seit längerem die afrikanischen Immigranten terrorisieren.

Aber der Schlüssel zum Sieg ist eine revolutionäre Führung. Allzu oft - 1920-22, 1943-45,1948,1969 - haben sich die Arbeiter erhoben, Fabrikräte gebildet, Milizen usw., nur um mit ansehen zu müssen, wie mit roten Fahnen wedelnde Reformisten den Kampf ins Leere laufen ließen oder ihn abwürgten, um damit die Bourgeoisie zu retten. Nötig ist eine bolschewistische Partei.

Volksfront gegen Arbeiterrevolte

Mittlerweile versuchen die Herrscher Italiens verzweifelt, einen Ausweg aus ihrer eigenen Führungskrise zu finden, in die sie die Arbeiterproteste geworfen haben. Der „sozialistische" Ministerpräsident Amato (PSI) droht damit, zurückzutreten, wenn seine Kürzungen bei den Sozialleistungen „vom Wege abgebracht werden". Die italienische Bourgeoisie hat aus sich heraus nicht den Zusammenhalt, um mit dem enormen Druck fertig zu werden, der von der tiefen wirtschaftlichen Krise, einem aufgeblasenen Staatsapparat und einer kampfkräftigen Arbeiterklasse erzeugt wird.

Deshalb richten „weitsichtige" Kapitalisten jetzt ihr Augenmerk auf die PDS, damit diese für sie die Kastanien aus dem Feuer holt. Und tatsächlich möchten diese Ex-Kommunisten", die sich jetzt offen als Sozialdemokraten bekennen, am liebsten mit den Blutsaugern der Republikanischen Partei (PRL) und anderen Flügeln der Bourgeoisie eine Regierungskoalition eingehen. Als ersten ' Schritt brachte bei den Wahlen in Mantua eine gemeinsame Listenkandidatur von PDS-PSI-PSDI alle drei Parteien der Zweiten Internationale zusammen. Und in einer Rede vor einer Menge von 100000 in Reggio Emilia erklärte PDS-Führer Achille Occhetto: „Wir sind bereit zu regieren", und forderte „eine Regierung, die die Dinge herumreißt". Occhetto hielt seine Kritik an Amato in Grenzen und forderte wiederholt „Opfer". Austerität? „Heute geben, um morgen zu empfangen", war seine Antwort. PDS in die Regierung? Der christdemokratische Präsident De Mita öffnete die Tür: „Sie haben sich entschlossen, eine Regierungspartei zu sein, durch die Entscheidung der Änderung" ihres Namens (*La Repubblica*, 20./21. September).

Wir Trotzkisten warnen: Wenn die Regierungskoalition in der augenblicklichen Krise ausgeweitet wird, indem Vertreter der PDS aufgenommen werden, dann wird eine solche „Volksfront" ein Instrument des Kapitals gegen die Arbeiterklasse sein. Occhetto würde mithelfen, Amatos drastische Kürzungen durchzudrücken, und die Abschaffung der Scala mobile würde von der Staatsmacht im Namen der Stärkung der „Demokratie" durchgesetzt werden. Vielleicht wird die PDS den Posten des „Justiz"ministers verlangen, so wie Togliatti 1946, damit sie die RC wegen „Terrorismus" vor Gericht bringen können mit dem Vorwurf, sie sei verwickelt in das Werfen von Münzen auf Trentin. Aber die Explosion der Wut der Arbeiter gegen die Gewerkschaftsführer in ganz Norditalien macht klar, daß es zur Beruhigung des Sturmes nicht ausreichen wird, ein paar Reformisten auf Kabinettsposten zu hieven. Eine eiserne Faust wird nötig sein, um die Opposition gegen die kapitalistische Austerität zu brechen, und sie werden wohl auf die Samthandschuhe verzichten.

Verschiedene Pseudotrotzkisten haben als Standardforderung den Ruf nach einer PC-PS-Regierung (Kommunisten und Sozialisten), um dann einen Weg zu finden, den Reformisten trotzdem Unterstützung zu geben, wenn sie sich im Austausch für Ministersessel Teilen der Bourgeoisie anschließen. Aber es sind die Arbeiter, die dafür den Preis



Corriere delia Sera

„Cobas" (Basis-Komitees) rufen zu Kampfdemonstrationen auf, überlassen aber der prokapitalistischen Bürokratie den Großteil der Arbeiter. Die Arbeiter brauchen eine revolutionäre Führung

bezahlen. Die Wahl der Volksfront von Mitterrand in Frankreich war begleitet von einer Welle der Euphorie, Menschenmassen auf den Straßen sangen „la vie en rose", sie brachte aber statt dessen Massenarbeitslosigkeit, rassistische Angriffe auf „Immigranten", den Aufstieg von Le Pens Faschisten und rabiaten Antisowjetismus. Nach dem Zweiten Weltkrieg entwaffnete Togliattis PCI in Italien die Partisanen, verriet die Hoffnungen der Arbeiterklasse auf eine sozialistische Zukunft und ermöglichte damit den Wiederaufbau des Kapitalismus (siehe „Resistance and Betrayal: Italy 1943-45" [Widerstand und Verrat: Italien 1943-45], *Workers Vanguard* Nr. 525,26. April 1991). Selbst außerhalb der Regierung bedeutete Berlinguers „historischer Kompromiß" mit der DC in den 70er Jahren, militante Arbeiter in den Fabriken als „Brigadisti" (Anhänger der Roten Brigaden) zu denunzieren.

Und was Rifondazione Comunista anbelangt, diese langjährigen PCI-Reformisten, die sich nicht nur auf den Verrat von Togliatti, sondern auch den von Berlinguer stützen, streben auch eine Volksfrontregierung an. Sie versuchen, mit den kaum verhüllten Christdemokraten des Netzes gegen Mafia und Korruption, „Rete", mit den Grünen und „den fortgeschrittenen Kräften der katholischen Bewegung" (Stellungnahme der nationalen Führung von RC, 19. September) eine Mini-Volksfront der Opposition aufzubauen. Und bei der jährlichen Festa von RC bekam der Parlamentsführer der PDS D'Alema Beifall, als er eine Allianz von RC und PDS forderte und für einen Generalstreik eintrat für eine „reale Regierung, um die Situation herumzureißen". Aber wie der französische KP-Führer Maurice Thorez gesagt hat, als er 1936 den Generalstreik auf dem Altar der Volksfront ausverkaufte: „Man muß wissen, wie man einen Streik beendet." Und wenn Occhetto, wie der Führer der französischen Sozialisten Léon Blum, vorhat, in der Regierung zu sein, dann wird die RC, wie Thorez, sie von außen unterstützen.

Was Trotzki in den 30er Jahren beschrieben hat, ist heute noch genauso wahr: „Die Volksfronten' auf der einen Seite — der Faschismus auf der anderen: dies sind die letzten politischen Hilfsmittel im Kampf gegen die proletarische Revolution."

Für eine leninistisch-trotzkistische Partei!

In Rifondazione Comunista wiederum findet man alle möglichen Pseudotrotzkisten, erwähnt sei hier besonders die Assoziazione Quarta Internazionale (früher Livio Maitans LCR). Und vergraben innerhalb der AQI kann man sogar vorgebliche Linke wie Franco Grisolia und seine Fraktion für die Trotzkistische Internationale finden, die sich heute linker geben als früher. So zieht Grisolias FTI in Erwägung, „einen Block mit den konservativen' Bürokraten" einzugehen gegen die offenen kapitalistischen Restaurationisten um Jelzin während der Zeit des Moskauer Putsches im August 1991, aber das ist rein theoretisch. Als sich diese Frage vor einem Jahrzehnt in Polen in aller Schärfe gestellt hatte, weigerte sich Grisolias LOR, einen militärischen Block mit der „thermidorianischen Sektion der Bürokratie", die von Jaruzelski repräsentiert wurde, einzugehen, sondern unterstützte statt dessen die prokapitalistische klerikal-nationalistische Solidarno von Walesa. Im Februar 1982 gingen die LOR und LCR in Mailand sogar gemeinsam mit den Christdemokraten auf die Straße, um gegen Jaruzelskis Gegenputsch zu protestieren. Statt eines Blocks mit „konservativen Bürokraten" zogen sie die schwarze Madonna von Cz stochowa und ihre von CIA und Vatikan unterstützten Bewunderer vor.

Von der Forderung, 1981 in Polen die Konterrevolution von Solidarno zu besiegen, über den Kampf ohne Wenn und Aber gegen die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands 1989/90 bis zur Aufforderung an die sowjetischen Arbeiter, 1991 Jelzins konterrevolutionären Abschaum wegzuräumen, ist es die Internationale Kommunistische Liga, die als einzige das revolutionäre trotzkistische Programm der Verteidigung der Errungenschaften der Oktoberrevolution trotz des stalinistischen Verrats aufrechterhält. Und heute betonen wir, daß die italienischen Arbeiter keinen Schatten der PCI von Togliatti und Berlinguer brauchen, sondern eine neue bolschewistische Partei wie die von Lenin und Trotzki.

Die Bilder von Zehntausenden militanten Arbeitern, die auf den Piazzas von Florenz und Mailand zusammenströmten und sich spontan gegen die reformistischen Führer gerichtet haben, aber nicht wissen, in welche Richtung sie gehen sollen, tun einem in der Seele weh. Die Situation in Italien schreit nach revolutionärer Führung. Im *Übergangsprogramm* schreibt Trotzki, „daß die Krise der proletarischen Führung, die zu einer Krise der menschlichen Kultur geworden ist, nur durch die Vierte Internationale gelöst werden kann." Die IKL und ihre italienische Sektion, die Lega Trotskista, versuchen, eine kommunistische Partei aufzubauen, basierend auf den Lehren der historischen Erfahrung der Arbeiterbewegung, der frühen Kommunistischen Internationale, der Internationalen Linken Opposition und Trotzkis Vierter Internationale, die wiedergeschmiedet werden muß als Weltpartei der sozialistischen Revolution.

Übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 560, 2. Oktober*

IKL-Flugblatt in der Ex-UdSSR

Stalinistische Ehemalige: Linker Flügel der nationalistischen Konterrevolution

Im folgenden drucken wir ein Flugblatt ab, das von der Internationalen Kommunistischen Liga auf Russisch zur Verbreitung in der ehemaligen UdSSR produziert wurde.

Für den Kommunismus von Lenin und Trotzki!

Warum haben die Arbeiter sich nicht erhoben?

Es ist nun mehr als ein Jahr her, seit die Kräfte der Konterrevolution, unter der Führung von Boris Jelzin und unter der Anleitung von Washington, die Oberhand gewonnen haben und einen Gewaltmarsch in die Restauration des Kapitalismus gestartet haben. Hunger und Obdachlosigkeit greifen im Land um sich. Rentner stehen am Straßenrand und verkaufen ihre Habseligkeiten, um zu überleben. Tausenden von Fabriken droht die Stillegung. Brudermörderische Kriege toben. Die konterrevolutionäre Kampagne hätte im Keim erstickt werden können, wenn die Arbeiter geschlossen mobilgemacht hätten gegen die Jelzin-Anhänger, gegen die verheerenden Preiserhöhungen im Januar oder gegen die seit Monaten drohende Massenarbeitslosigkeit. Aber dies ist nicht geschehen. Warum? Im Grunde ist dies eine Frage der proletarischen Führung.

Die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) sagte im August 1991, daß eine Mobilisierung von Moskauer Arbeitern den konterrevolutionären Abschaum auf den Barrikaden vor Jelzins Weißem Haus hätte wegfegen müssen. Wir gaben einen dringenden Aufruf heraus: „Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt Jelzins Konterrevolution!" Gleichzeitig versuchte der vermurkste Putsch des GKChP [„Notstandskomitee"], „Perestroika ohne Glasnost" durchzusetzen durch scharfe Unterdrückungsmaßnahmen, um auf Gorbatschows Weg zum Kapitalismus weiterzumachen. Wir stellten ein Programm zur Mobilisierung der Arbeiterklasse im Kampf gegen die restaurationistische Kampagne auf: für unabhängige Arbeiterkomitees in allen Unternehmen, die die Kontrolle über die Produktion ergreifen und dadurch Entlassungen und Privatisierungen verhindern; gegen das Hexenjäger-Verbot der KPdSU; für multinationale Arbeiterverteidigungsgruppen, die Brudermord zwischen den Bevölkerungsgruppen und nationalistische Pogrome verhindern.

Nach der Verhängung von Jelzins „Schockbehandlung" erhoben wir in unserem Flugblatt „Bildet Arbeiter- und Soldatensowjets, um die kapitalistische Restauration zu stoppen!" die Forderung nach Arbeiterkomitees, die mit der Unterstützung von Arbeiterverteidigungsgruppen die Kontrolle über die Lebensmittelverteilung übernehmen. „Es kann keine Rückkehr zum alten Mist des Stalinismus geben", betonten wir. „Aus den gestrigen Stalinisten gingen die heutigen Jelzinisten hervor."

Die ganze Zeit über hat die IKL für eine proletarische politische Revolution gekämpft, die den multinationalen sowjetischen Staat auf der Basis seiner leninistischen



AP

Überreste der stalinistischen Bürokratie nennen sich Patrioten und bilden einen Block mit antisemitischen, russischen Faschisten wie Pamjat

Grundlagen wiederherstellt, die Regierungen der kapitalistischen Restauration von Jelzin, Krawtschuk & Co. rauswirft und durch die Herrschaft von demokratisch gewählten Arbeiter- und Soldatendeputierten ersetzt, und für eine leninistisch-trotzkistische Partei, die den Arbeiterkampf zum Sieg führt. Dadurch führen wir den Kampf der Linken Opposition von Leo Trotzki weiter, für den unzählige Bolschewiki-Internationalisten durch Stalins Mörder den Tod fanden. Das Programm der Linken Opposition war das Programm des bolschewistischen Sieges im Oktober 1917. Der Stalinismus, der auf diesem Programm herumtrampelte, erhielt im August 1991 seinen Todesstoß, aber der Kommunismus von Lenin und Trotzki lebt im internationalen Klassenkampf weiter.

Mit dem Ableben der KPdSU gibt es jetzt mehr Organisationen, als man zählen kann, die sich „kommunistisch" oder „sozialistisch" nennen: die Russische Kommunistische Arbeiterpartei (RKRP) von Viktor Anpilow und General Albert Makaschow, die Kommunistische Allunions-Partei (VKPB) von Nina Andrejewa, die Russische Partei der Kommunisten (RPK) von Anatoli Kryutschkow, die Union der Kommunisten (SK) von Alexej Prigarin, die Sozialistische Partei der Arbeit (SPT) von Roy Medwedew und A. Denisow sowie die Sozialistische Partei der Ukraine (SPU) und auch Boris Kagarlizkis Arbeitspartei (PT). Sie behaupten, bedeutende Kräfte innerhalb der Arbeiterklasse zu vertreten. Doch sie haben noch nicht einmal ansatzweise

den Widerstand der Arbeiterklasse gegen das Wüten der kapitalistischen Restauration organisiert.

Von den „Hardlinern" unter den stalinistischen Überresten wie Anpilow und Andrejewa bis zu Pro-Gorbatschow-Sozialdemokraten wie Medwedew sind diese Organisationen ein Hindernis für den Kampf der multinationalen sowjetischen Arbeiterklasse gewesen. Der Grund: Diese Organisationen setzen die stalinistische Politik des Nationalismus und des Blocks mit bürgerlichen Kräften fort, die der Konterrevolution den Weg geebnet hat. Die Arbeiter haben nicht nur hier, sondern überall auf der ganzen Welt teuer dafür bezahlt.

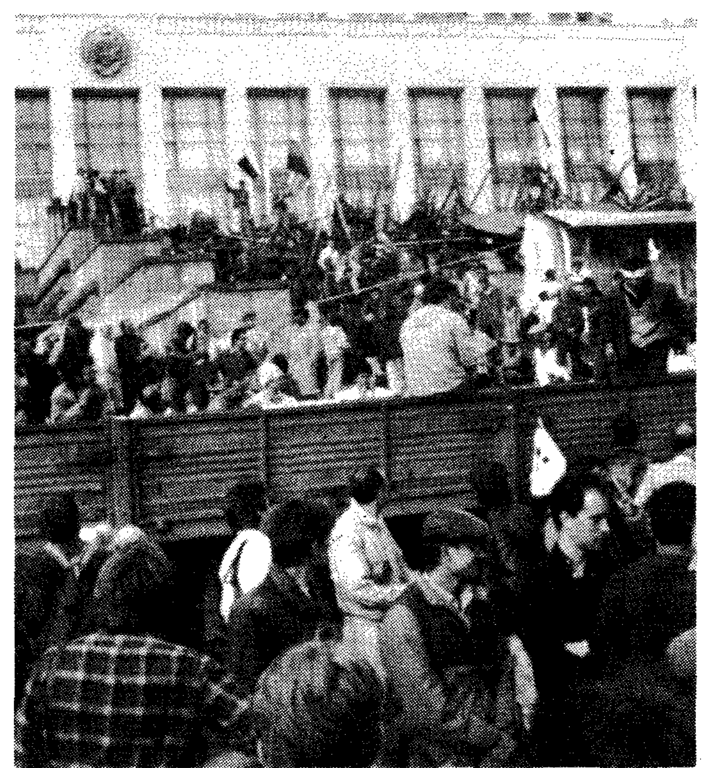
Beinahe sieben Jahrzehnte stalinistischer bürokratischer Herrschaft haben das sowjetische Proletariat politisch gelähmt und atomisiert. Heute helfen die zahlreichen Zerfallsprodukte, die aus dem Zusammenbruch des bankrotten stalinistischen Apparats entstanden sind, bei der Konsolidierung der Konterrevolution, indem sie innerhalb des multinationalen Proletariats Passivität verbreiten und kriminellerweise den Chauvinismus schüren. Allesamt haben sie einen Block gebildet mit reaktionären nationalistischen und anderen prokapitalistischen Elementen, *die nicht weniger auf eine Konterrevolution aus sind als Jelzin.*

„Rot-braune" Koalition: Verrat an der Arbeiterklasse!

An den Demonstrationen von Anpilows RKRP nehmen ständig die faschistische Pamjat und eine Horde von Unterstützern des rabiat antisemitischen Schirinowski teil, gleichzeitig fordert Anpilows *Molnija* (Nr. 39) ihre Leser auf, jenes chauvinistische Schundblatt *Dien,* dessen Liebe Pamjat gilt, zu abonnieren. Die RKRP ist bekannt für ihre abscheuliche „rot-braune" Koalition mit offen großrussischen Chauvinisten wie dem antisemitischen Schriftsteller W. Rasputin und Schirinowski, dem Monarchisten Alexander Newzorow und dem Russischen Nationalsynod (Sobor) von General Alexander Sterligow. Im RKRP-Zentralkomitee sitzt Makaschow, der die Jelzin-Anhänger „Zionisten" nennt und regelmäßig gegen die „Kosmopoliten" wettert — Stalins antisemitisches Kodewort für Juden — und der auch ins Präsidium des Sobor gewählt wurde. Es ist kein Zufall, daß Pamjat die Präsidentschaftskandidatur von Makaschow im Juni 1991 unterstützt hat.

Die Konferenz des Sobor vom 12. Juni in Moskau — an der auch Monarchisten, Faschisten im Schwarzhemd und Kosaken in voller Montur sowie die RKRP teilnahmen — markierte eine wichtige Etappe bei der Stärkung der faschistisch-korporatistischen Kräfte. Der Sobor geiferte, das Jelzin-Regime sei eine „Regierung des nationalen Verrats", die „Russen haßt und Juden liebt". Sterligow ist genauso ein fanatischer Antikommunist wie Jelzin oder Gaidar. Sterligow verurteilt den Kommunismus als „feindlich gegenüber den alten nationalen Traditionen Rußlands ... daher ist es ganz unmöglich, mit Leuten zusammenzuarbeiten, die Träger dieser Ideologie sind". Sowohl Sterligow als auch sein Stellvertreter Ilja Konstantinow, der als Chef der „Allrussischen Versammlung der Werktätigen" herumstolziert, haben sich im August 1991 auf Jelzins Seite geschlagen. Aber während Anpilow gegen Jelzin-freundliche „Demofaschisten" wettert, hindert dies ihn nicht daran, Sterligow die Stiefel zu lecken. Die *Narodnaja Prawda* (Nr. 24) der Leningrader RKRP brachte den vollständigen Text von Sterligows Rede vom 12. Juni vor dem Sobor. *Molnija* (Nr. 40) veröffentlichte eine weitere Rede von Sterligow und bejubelte sie als ein Beispiel für die „intellektuelle Macht der Opposition".

Sterligow/Schirinowski versuchen die russischen Arbeiter mit Chauvinismus zu vergiften, um sie leichter zur kapitalistischen Schlachtbank führen zu können. Und bei ihren



Nogues/Sygma

Den konterrevolutionären Mob auf Jelzins Barrikaden im August 1991 hätte eine Arbeitermobilisierung unter echter kommunistischer Führung wegfegen müssen

Bemühungen helfen ihnen diejenigen, die wie die RKRP an ihrer Seite stehen und obszönerweise rote Fahnen schwenken. Dies ist ein zynisches Verhalten. Anpilow & Co. nennen die Jelzin-Bande „Demofaschisten", um die Einheit mit den „nationalen Patrioten" gegen den westlichen Einfluß zu rechtfertigen. Dies geht zurück auf die angebliche „nationale Einheit" gegen die Nazi-Invasoren 1941, als Stalin die zaristische Parole vom „starken Staat" (Derschawa) wiederbelebte. Welch eine Perversion der Geschichte! Weder Stalins chauvinistische Propaganda für einen „Großen Vaterländischen Krieg" noch das Bündnis mit den „demokratischen Imperialisten" haben die Nazis besiegt, sondern die heldenhaften Leistungen und Opfer des *multinationalen sowjetischen Proletariats.* Die „rot-braune" Koalition spuckt auf die Erinnerung an diesen Kampf.

Die einzige Differenz des Sobor mit Jelzin liegt darin, daß jener eine neue Klasse von kapitalistischen Ausbeutern auf reinrassige Söhne der Rus beschränken will. Konstantinow fordert ein „Rußland, einig und unteilbar; gleiche Rechte für alle Eigentumsformen; eine gemischte Wirtschaft". Sterligow geifert, man dürfe es nicht zulassen, daß Eigentum in die Hände von Juden und Ausländern fällt, sondern es soll nur „denen, deren Vorfahren Rußland aufgebaut haben", zukommen. Mit anderen Worten, er will Rußlands Fabriken, landwirtschaftliche Kollektive, Bergwerke und Ölfelder denen zurückgeben, die in die Fußstapfen der zaristischen Kapitalisten und Gutsbesitzer und des übrigen alten russischen Adels treten würden und die genauso wie Jelzin Diener des Imperialismus wären. In Wirklichkeit diente die zaristische Selbstherrschaft vor 1917 — bei all ihrem reaktionären russischen Nationalismus — als Agentur des westlichen Finanzkapitals, besonders der Pariser Börse, bei der Ausbeutung von Rußlands Werktätigen.

Mittlerweile schließen sich die RKRP und andere jedem finsteren chauvinistischen Kreuzzug an, wie bei Moldawien, und sind damit im Schlepptau der Faschisten und anderer Konterrevolutionäre. Dabei behaupten sie, die russischsprachigen Minderheiten gegen nationalistische Angriffe zu

Fortpeseftt auf Seite 14

vielmehr einen offenen Block mit dem nationalistischeren Flügel der Konterrevolution.

Im wesentlichen nichts anderes ist die Unterstützung, die viele von eben diesen Elementen um die SPU und die SK Krawtschuk gegen den Faschisten Tschornowil gegeben haben als dem „kleineren Übel" bei den Präsidentschaftswahlen in der Ukraine letztes Jahr. Die randalierenden ukrainischen faschistischen Banden sehen keine Notwendigkeit, sich mit der Linken zu „vereinigen". Aber Krawtschuk verwaltet die Restauration des Kapitalismus genauso wie Jelzin, und das wird notwendigerweise in eine faschistische oder bonapartistische Etappe übergehen, damit die Arbeiter zerschlagen werden.

Ist es nicht offensichtlich, daß man nicht gegen die kapitalistische Konterrevolution kämpfen kann, wenn man sich kapitalistischen Kräften anschließt? Die Wahrheit dabei ist, daß keine dieser Organisationen gegen die Wiedereinführung des Kapitalismus ist. Die SPT, SK und RPK unterstützen alle eine „gemischte Wirtschaft", was im Zusammenhang einer wütenden Konterrevolution bedeutet, die kapitalistische Restauration zu unterstützen.

Die RKRP spuckt zwar gelegentlich „linke" Töne gegen die Privatisierung, doch regelmäßig verkündet sie die „Gleichheit aller Eigentumsformen". *Molnija* (Nr. 39) druckt eine Erklärung der „Föderation von Kommunisten der erzieherischen, wissenschaftlichen und schöpferischen Organisationen" ab, die eine „Entstaatlichung" durch die „Errichtung der Selbstverwaltung von Volksbetrieben" fordert. Die gleiche Ausgabe enthält Bemerkungen von Busgalin von der PT, die sich ausdrücklich die prokapitalistische britische Labour Party zum Vorbild nimmt, wo er die „Übertragung des Eigentums auf die Arbeitskollektive" fordert. All dies läuft in der einen oder anderen Form auf Forderungen nach einer illusorischen „Arbeiterprivatisierung" hinaus.

Selbst wenn ein solches System errichtet werden könnte, wäre das Eigentum von Arbeitskollektiven nur ein kurzer Übergang zu neokolonialer kapitalistischer Ausbeutung. Solche Kollektive würden *gegeneinander konkurrieren* unter den Bedingungen von Hyperinflation, völliger Zerrüttung des Versorgungssystems und Massenarbeitslosigkeit. Die meisten Unternehmen würden bankrott gehen, selbst wenn sie die Löhne in den Keller treiben würden. Verzweifelte Arbeiterkollektive müßten dann die Unternehmen an ausländische Investoren oder betuchte Mitglieder der russischen Mafia verkaufen. Selbst in Jugoslawien, wo eine begrenzte „Arbeiterselbstverwaltung" auf der Basis von Staatseigentum existierte, unterminierte dies die Solidarität der Arbeiterklasse, führte auf allen Gebieten zu immer größerer Ungleichheit und vergrößerte die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den einzelnen nationalen Republiken, das bereitete den Boden für das blutige konterrevolutionäre Auseinanderbrechen des Landes.

Wir Trotzkisten sind gegen die reaktionäre Utopie eines „Arbeiterkapitalismus" und treten ein für eine *geplante kollektivierte Wirtschaft unter einer Arbeiterregierung auf der Grundlage von demokratisch gewählten Sowjets.* Wirkliche Sowjets wären Organe des Massenkampfes und der proletarischen Herrschaft anstelle der bürokratischen Apparate unter dem Stalinismus (oder der künstlichen Gebilde der Rumpfstalinisten heute).

Läßt man die „linke" Phrasendrescherei weg, dann ist heute in Rußland die Forderung nach Privatisierung durch „Arbeitskollektive" nichts anderes als das Programm des Industrie-Vertreters Wolski und von Ruzkoi, der gern der starke Mann sein will: daß die Fabrikmanager das Eigentum an den Produktionsmitteln unter einem korporatistischen „starken Staat" übernehmen sollen. Sie verstehen, daß die Restauration des Kapitalismus nicht demokratisch durchgeführt werden kann, sondern die starke Hand eines bonapartistischen, d. h. diktatorischen, Regimes benötigt.



Galpain/Reuters

Kosaken beim Kongreß der Volksdeputierten: Die Nachfahren der zaristischen Stoßtruppen tauchen wieder auf

Die „Russischen Kommunisten" von der RKRP usw. sind in Wirklichkeit die linke Flanke der konterrevolutionären Fraktion von Wolski/Ruzkoi/Sterligow. Als Ruzkoi die Staatsmacht aufmarschieren ließ, um den Streik der Fluglotsen anzugreifen, standen die Stalinisten abseits. Sie rechtfertigen ihre eigene Feindseligkeit gegenüber den Streikenden mit dem Hinweis auf die Tatsache, daß die Führer der „freien Gewerkschaften" für Jelzin sind, obwohl sich diese Gewerkschaften jetzt *gegen* das Jelzin-Regime gestellt haben. Indem sie arroganterweise den Arbeitern die Schuld geben für die Verbrechen ihrer Führung, dienen die Stalinisten nur dazu, diese Arbeiter tiefer in die Arme ihrer reaktionären Führer zu treiben. Und wo haben diese arroganten angeblichen Arbeiterführer von RKRP, Werktätiges Rußland usw. auch nur einen einzigen Streik gegen Jelzins Hungerpolitik geführt?

Die antileninistische Lüge vom „Sozialismus in einem Land"

Hinter der Kapitulation dieser selbsternannten „Kommunisten" vor der nationalistischen Konterrevolution steht ihre Vasallentreue zu Stalins/Bucharins nationalistischer Lüge vom „Sozialismus in einem Land". Lenin schloß seine kurze Ansprache an den Petrograder Sowjet, in der er die Machteroberung der Arbeiter 1917 verkündete, mit den Worten: „Lang lebe die sozialistische Weltrevolution!" Immer wieder hat Lenin — und darin drückte er die Sichtweise aller Marxisten aus — darauf bestanden, daß der Sozialismus nur durch die internationale proletarische Revolution triumphieren könnte. Aber 1923/24 wurde die bolschewistische Partei des Oktober erdrosselt, und das Programm von Lenin wurde über Bord geworfen. Die politische Konterrevolution unter Stalins Führung verwandelte die KPdSU in einen bürokratischen Apparat und hat von da an, im Namen des „Sozialismus in einem Land", eine revolutionäre Gelegenheit nach der anderen verraten - von China über Spanien bis zum Westeuropa der Nachkriegszeit.

Von der RKRP bis zur SPT lassen sich die Ursprünge all der verschiedenen Degenerationsprodukte des Zusammen-

Fangesetzt auf Seite 16



Eine Frau stöbert nach Eßbarem auf der Moskauer Müllkippe. Jelzins Regime der kapitalistischen Restauration hungert sowjetische Werktätige aus

Der Spiegel

Stalinistische Ehemalige...

Fortsetzung von Seite 13

verteidigen. Als Leninisten sind wir gegen *jedes* nationale Privileg *und jeden* Nationalismus. Wenn man in Moldawien entweder die slawische oder die rumänische Seite unterstützt, wird das nur zur Eskalation des Blutvergießens zwischen den ethnischen Gruppen fuhren, den mörderischen Nationalismus weiter entfachen und zu einer endlosen Reihe von kommunalistischen Massakern und Gegenmassakern führen. Seht, was im Kaukasus geschehen ist; und in Jugoslawien wurde der Arbeiterstaat in einem allseitigen nationalistischen Bruderkrieg zerstört!

Nur durch den unerbittlichsten Kampf gegen jede nationale Unterdrückung schuf Lenin die Grundlage für den multinationalen sowjetischen Arbeiterstaat. Während er das Recht auf Selbstbestimmung für alle Nationen anerkannte, war Lenin gegen jeden Nationalismus, sei er auch „noch so sehr .gerecht', ‚sauber', verfeinert und zivilisiert" („Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage", 1913). Er verurteilte jeden Hauch von Antisemitismus oder großrussischem Chauvinismus als Propaganda der Schwarzhunderter. Und nicht nur vor, sondern auch nach dem Oktober. Bei seinem Kampf, den er gemeinsam mit Trotzki über die georgische Frage gegen Stalin und Ordschonikidse führte, schrieb Lenin: „Dem großrussischen Chauvinismus erkläre ich den Kampf auf Leben und Tod" (Oktober 1922).

Doch heute wird der Chauvinismus der Schwarzhunderter, den Lenin so scharf angegriffen hat, von denen propagiert, die fälschlicherweise Anspruch auf seinen Mantel erheben. Eine kürzlich erschienene Ausgabe der Zeitung *Schto Delat* („Was tun") vom Werktätigen Rußland brachte von Jakuschew einen Aufguß der antisemitischen Fälschung „Die Protokolle der Weisen von Zion" durch die zaristische Geheimpolizei. *Molnija* (Nr. 39) verteidigte dann Jakuschew als einen „Führer der Arbeiterbewegung". Die Demonstration bei Ostankino am 12. Juni, zustande gekommen durch die Bemühungen des Werktätigen Rußlands, forderte eine chauvinistische „Russischstunde" im Fernsehen; es war eine Orgie von Chauvinismus und Antisemitismus, dominiert von Sterligow und Schirinowski, mit Plakaten, auf denen stand: „Russisches TV bedeutet TV ohne Juden".

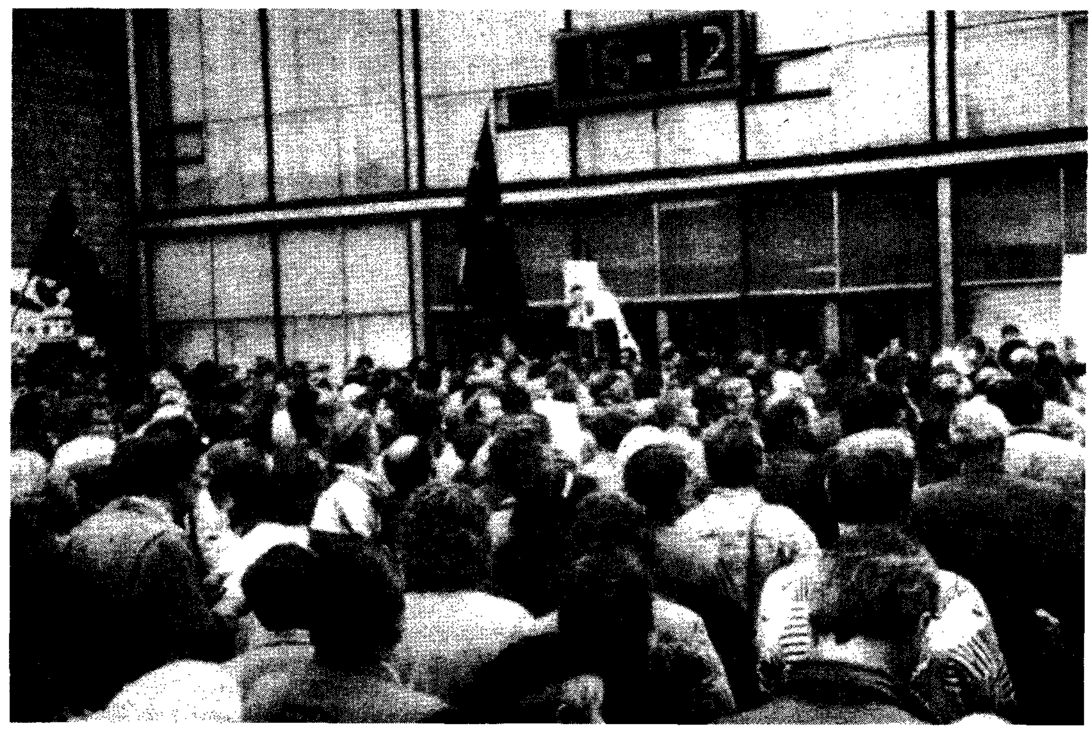
Wie Lenin sagte: „Kto kowo?" (Wer wen?). Elemente der RKRP möchten sich vielleicht in die Tasche lügen, daß sie die Sterligows und Konsorten nur „vorübergehend" benutzen, um den Kampf gegen die Jelzinsche Konterrevolution zu fördern. Andere, wie der RKRPler, dessen Brief in *Glasnost* veröffentlicht wurde, machen sich Sorgen über „zu engen Kontakt mit Nationalpatrioten". Aber Ostankino zeigt, wer wen benutzt. Jeder Block mit diesen reaktionären „Nationalpatrioten", jedes Nachgeben ihnen gegenüber, egal wie viele rote Fahnen mit dabei sind, fördert nur ihr Ziel einer blutigen faschistischen Konterrevolution.

Sich mit Kapitalisten verbünden, um den Kapitalismus zu bekämpfen?

Die Ostankino-Demonstration war so offenkundig reaktionär, daß manche versucht haben, dazu auf Distanz zu gehen. Medwedew und Denisow gaben am 23. Juni sogar eine Pressekonferenz, um zu verkünden, daß „nur ein paar [!] isolierte Provokateure" geschrien hätten: „Schlagt die Juden". Doch die Zeitschrift *Glasnost,* zu deren Redaktion Medwedew und Denisow gehören, lobt den Sobor des antisemitischen Provokateurs Sterligow.

Und die SPT - zusammen mit RKRP, WKPB, RPK und SK — schloß sich solch reaktionären Vereinen an wie dem Sobor, der „Union der Kosaken" und dem „Fonds für die Restaurierung des Schreins von Christus dem Erlöser" und unterschrieb im letzten März die „Erklärung über die Gründung der Vereinigten Opposition", die die „rot-braune" Koalition formalisierte. Diese Erklärung verkündete: „Wir, in Vertretung der ‚linken' und ‚rechten' Opposition, sind zu dem Schluß gekommen, daß die Rettung des Vaterlands nur möglich ist durch gemeinsame Aktionen auf der Basis von Bürgerfrieden und nationalem Vertrauen." Die Erklärung besteht auf der „Unzulässigkeit von Konfrontationen zwischen ‚Weißen' und ‚Roten'".

Dies war mit anderen Worten ein Appell an die Arbeiter, „Klassenfrieden" zu wahren, während die Faschisten ungestraft marschieren und die Konterrevolution triumphierend wütet. Die „rot-braune" Koalition ist nur die groteskeste Form der klassenkollaborationistischen Volksfrontpolitik, die 1935 von Stalin/Dimitroff verkündet wurde. Damals wie heute ordnet die Volksfront die Arbeiterbewegung einem Teil der Bourgeoisie unter. Heute gibt es nicht einmal mehr das alte stalinistische Feigenblatt, das die Unterstützung des „demokratischen" Kapitalismus als eine angebliche Etappe auf dem Weg zum Sozialismus rechtfertigte, sondern es gibt



Moskau, September - Beim Protest der Arbeiter vor der Moskauer Autofabrik ZIL gegen Privatisierung sprach ein IKL-Vertreter

Spartacist

Stalinistische Ehemalige...

Fortsetzung von Seite 15

bruchs der stalinistischen Bürokratie auf dieses bankrotte, verräterische Programm zurückverfolgen. So lehnt der RKRP-„Ideologe" Sergejew die Idee des „internationalen Kollektivismus" ab und behauptet gleichzeitig: „Die Idee des russischen oder, wenn man so will, großrussischen Kollektivismus wird funktionieren". Und Medwedew echot: „Wir müssen ... über den Leninismus sagen, daß der Idee der Weltrevolution zu viel Bedeutung gegeben wurde." Wir müssen über Sergejew, Medwedew und ihresgleichen sagen, daß diejenigen, die die leninistische Perspektive der Weltrevolution zurückweisen, notwendigerweise unfähig sind, gegen die Konterrevolution zu kämpfen.

In der *Verratenen Revolution* erklärte Trotzki, daß selbst ein gesunder revolutionärer Arbeiterstaat dem Druck des imperialistischen Weltmarktes nicht lange entgehen könnte. Die Alternativen: entweder die Förderung der sozialistischen Revolution, die den Kapitalismus international abschafft, oder die Beschwichtigung des Imperialismus im Ausland und die damit einhergehende Rehabilitation der nationalistischen Reaktion im Inland. Die Leninisten-Trotzkisten kämpften für das erstere Programm; Stalin und seine Erben vertraten das letztere. Und als der Bankrott ihres bürokratischen Kommandosystems offenkundig wurde, sahen Stalins Erben keine andere Alternative, als die Entwicklung des Kapitalismus zu akzeptieren.

Gruppe „Arbeiterdemokratie" = Jelzinsche „Demokraten"

Der groteske Charakter der „rot-braunen" Koalition eröffnet für manche die Möglichkeit, eine anscheinend „linke" Alternative anzubieten als Zwischending zum authentischen Leninismus-Trotzkismus. Dies ist die Rolle der Gruppe Arbeiterdemokratie von Sergej Beiz, die mit der britischen Militant-Gruppe verbunden ist. Trotz ihrer ökonomistischen Forderungen und ihrer arbeitertümelnden Rhetorik sind sie *nicht* gegen die kapitalistische Restauration gewesen. Im Gegenteil, im August 1991 haben sie sich *den Kräften der kapitalistischen Restauration angeschlossen,* um mit den übrigen Jelzinschen „Demokraten" das Weiße Haus zu verteidigen. Ebenso standen im August 1991 die Sozialistische Arbeiterunion von Alexej Gusew (verbunden mit der britischen Workers Revolutionary Party von Cliff Slaughter), die Proletarischen Revolutionären Zellen von Dmitri Schwania (verbunden mit der britischen antisowjetischen Socialist Workers Party von Tony Cliff) und Arbeitermacht alle auf der Seite von Jelzin.

Arbeiterdemokratie bejubelt tatsächlich Jelzins konterrevolutionären Gegenputsch als den Beginn des „revolutionären antibürokratischen Prozesses" und verkündet in grotesker Anlehnung an Lenin: „Die Revolution, die der Bourgeoisie die Macht gab, ist vorbei, die nächste Revolution wird die Macht in die Hände der Arbeiter legen." Diese Leute haben nichts zu tun mit Trotzkismus, sondern repräsentieren vielmehr einen Hang zur Stalinophobie. Hinter ihrem Gerede über „demokratischen Sozialismus" steckt die Unterstützung für den gar nicht so demokratischen Kapitalismus gegen den stalinistischen degenerierten Arbeiterstaat. Sie *unterstützten* Lech Walesas Solidarno , die von Vatikan und CIA finanziert wurde, während ihrer Kampagne für die Restauration des Kapitalismus in Polen 1981. Sie begrüßten die Zerstörung der UdSSR und *leugneten* absurderweise, daß „die Liquidierung der UdSSR die Position des Sozialismus in der Welt geschwächt hat" *(Arbeiterdemokratie,* April/ Mai 1992). Sie sind keine Vierten Internationalisten, son-

Schulungen der SpAD

BERLIN

Mittwoch, 2. Dezember, 18.30 Uhr

Hunderttausende gegen Nazi-Terror
Arbeiter/Immigrantenmobilisierung wird Nazis zerschlagen!

Linkstreff, Weddingstraße 6
1000 Berlin 65 (U-Bahnhof Nauener Platz)
Weitere Informationen: (030)4927866

HAMBURG

Sonnabend, 12. Dezember, 15.00 Uhr

Der Zusammenbruch des Stalinismus und die Aufgaben des Trotzkismus

Ort über (040)323644 zu erfragen

dem Sozialdemokraten der Zweiten Internationale: Die Militant-Gruppe in Britannien ist seit vier Jahrzehnten tief innerhalb der proimperialistischen antisowjetischen Labour Party vergraben, der sie auch weiterhin treu bleiben.

Aber im klassischen Stil von Opportunisten stellten sie sich einfach darauf um, der „rot-braunen" Koalition nachzutraben, als sie herausfanden, daß mit dem Hinterherlaufen hinter Jelzinschen „Demokraten" nichts zu gewinnen war. In einem auf der Titelseite abgedruckten Appell an Werktätiges Rußland über den Kampf gegen die Privatisierungen hat *Arbeiterdemokratie* (April/Mai 1992) mit keinem Wort die chauvinistischen Positionen vom Werktätigen Rußland verurteilt — sie haben noch nicht einmal die Wörter „Chauvinismus" oder „Antisemitismus" erwähnt. Jetzt hat Arbeiterdemokratie schließlich ihren Mut zusammengenommen und wenigstens ganz abstrakt gesagt: „Nieder mit Nationalismus und Chauvinismus! Lang lebe der Oktober von Lenin und Trotzki!" Aber was können solche Worte bedeuten, wenn sie von Leuten kommen, die offen auftretende Monarchisten einluden zu einer Diskussion unter „Genossen" auf einer Veranstaltung am 29. August in Moskau und die bei den Barrikaden der Konterrevolution auf der Seite von Jelzin standen?

Für die Wiederschmiedung der Kommunistischen Partei von Lenin und Trotzki!

Es gibt in diesen Tagen viel Gerede über den Wiederaufbau der KPdSU. Doch entscheidend ist die Frage des Programms — eine Kampfstrategie zur Mobilisierung des Proletariats im Kampf für seine eigene Macht. Wir sind für die Wiederherstellung der bolschewistischen Partei von Lenin und Trotzki. Der Entwurf der „Programmatischen Erklärung der 20. Allunionskonferenz der KPdSU", der in der *Prawda* (8. September) veröffentlicht wurde, räumt „Fehlkalkulation in großem Maße, Machtmißbrauch und Verbrechen gegen die Position und sogar das Leben von Menschen" in der Stalin-Ära ein, wie schon Chruschtschow 1956 zugegeben hatte. Aber trotz seiner scharfen Kritik am „Verrat der Gorbatschow-Jakowlew-Gruppe" gibt es keinen Versuch zu erklären, wie es zur Degeneration der bolschewistischen Revolution gekommen ist, und deshalb ist dies nur ein Deckmantel für die Politik, die zu Gorbatschow und Jelzin geführt hat.

Auf der KPdSU-Konferenz selber, die am 10. Oktober stattfand, verteidigte Prigarin, einer der Autoren der *Prawda*-Erklärung, weiterhin einen Block mit den „Patrioten" und forderte eine allumfassende Partei, in der es diejenigen gibt, die „Stalin als Verbrecher" sehen, und diejenigen, die ihn als „Erlöser" sehen, diejenigen, die eine zentralisierte Wirtschaft wollen, und diejenigen, die „Marktsozialismus" bevorzugen. Solch ein kautskyanischer Mischmasch ist ein Rezept für eine sozialdemokratische Partei, die bestenfalls die Arbeiter, über die sie vielleicht Einfluß ausübt, verwirren und desorientieren würde. Was diese ehemaligen Bürokraten über alles fürchten, ist ein klares, revolutionäres Programm.

Sieben Jahrzehnte Stalinismus haben die Konzeption von revolutionärer Führung pervertiert in eine Konzeption von bürokratischem Befehl, was in der Verfassung mit der „führenden Rolle der Partei" festgeschrieben war. Revolutionäre Führung ist der Kampf, die werktätigen Massen von den Irreführern, die bürgerliche und nationalistische Ideologie fördern, zu brechen und sie auf der Grundlage der echten Interessen des internationalen Proletariats zu mobilisieren. Was heute nötig ist, ist die echte Einheit all derer, die den Kommunismus von Lenin und Trotzki auf der Grundlage des bolschewistischen Programms der sozialistischen Weltrevolution anstreben. Das ist der einzige Weg vorwärts.

11. Oktober 1992

Die letzten Sumpfblüten des Vereinigten Sekretariats

Die neuen Anti-Spartakisten

„Wie weiter mit der IV. Internationale?", fragt die neueste deutsche *Inprekorr*. Sie meint damit Ernest Mandels Parodie auf den „Trotzkismus", das „Vereinigte" Sekretariat. *Inprekorr* spekuliert über die „VSP-isierung" des VS. Im Klartext: Aufgebaut auf der Basis von ewiger Nachtrabpolitik, Entrismus und Unterstützung von Volksfronten, ist das VS auf dem kürzesten Weg zum Aussterben. Heute kann es keine „Massenbewegung" finden, der es hinterherlaufen kann, außer der offenen Konterrevolution. Interessierte sollten unser „Combined and Uneven Developments in the USec" in *Workers Vanguard* Nr. 562, 30. Oktober (1,- DM), oder unsere Broschüre *Ernest Mandel vs. revolutionäre Führung* (1,50 DM) vom Juli 1991 zu Rate ziehen.

Als das VS anfing, zusammenzubrechen, tauchte eine neue zentristische Konstellation auf: die „Internationale Trotzkistische Opposition" von Franco Grisolia und Damien Elliott, dem Führer von der JCR-*Egalite*, einer der Jugendorganisationen der französischen Sektion des VS. Wie wir in unserer neuen Broschüre *Die neuen Anti-Spartakisten* (für 1,- DM zu beziehen) schreiben: „Was Elliott, Grisolia & Co. wirklich quält, ist nicht die groteske Verratspolitik des VS, sondern das Gespenst der Spartakist-Politik'." Elliotts Exorzismus-Versuch spiegelt sich wider in dem Text „Real Trotskyist Platform or Spartacist Platform". Dieser Text ist jetzt erhältlich in Englisch (und auch in Französisch) als Nr. 7 in unserer Bulletin-Serie *Hate Trotskyism, Hate the Spartacist League,* zusammen mit unserem „Open Letter to the *JCR-Egalité"* (4,- DM). Die IKL macht die Polemiken unserer „linken" Opponenten zugänglich!



Gesamtpaket DM 5,–

Voran: „Linkes" Feigenblatt am stinkenden Leichnam der SPD

Seit den Pogromen gegen Flüchtlinge in Hoyerswerda und Rostock, die durch die rassistische Hetze *aller* Bonner Parteien vorbereitet wurden, mobilisieren immer breitere Schichten von Jugendlichen gegen den faschistischen Terror. Der Unmut wächst auch in der Basis der sozialdemokratischen Parteien (SPD und PDS), besonders unter der Jugend, zugespitzt durch die Unterstützung der SPD-Führung für die Abschaffung des Artikels 16 des Grundgesetzes.

Im Oktober organisierte „Jugend gegen Rassismus in Europa" (JRE) eine Demonstration in Brüssel, zu der etwa 40 000 antifaschistische Jugendliche aus mehreren Ländern Europas fuhren. Die Hauptorganisatoren der JRE sind aus einer Tendenz um die Zeitung *Militant* in Britannien und *Voran* in Deutschland. Diese Strömung ist bekannt als treue sozialdemokratische „linke Oppositionelle", die ihren Ursprung im Entrismus von angeblichen Trotzkisten in der Labour Party in Britannien hat, geführt von Ted Grant.

Worauf zielt *Militant* ab? Grants Nachfolger als *Militant*-Herausgeber, Peter Taaffe, sagt unverblümt über die „neue Generation": „Da gibt es eine große Wählerschaft draußen, die wir in die Labour- und Gewerkschaftsbewegung hineinziehen können" *(New Statesman*, 27. September 1991).

Zwar hat sich die Mehrheit dieser Gruppe jetzt formal von der Labour Party getrennt und präsentiert sich als die „wirkliche Labour Party", doch sie setzen die gleiche Politik fort. Beide Flügel riefen bei der letzten Wahl zur Stimmabgabe für die Labour Party auf. Nach drei Jahrzehnten Anpassung an die Labour-Parteispitze ist diesen Leuten ihre reformistische Maske ins Gesicht gewachsen, heute versuchen sie, *den Kampf der Jugendlichen gegen faschistischen Tenor zu kanalisieren und zurück in den Schoß der Sozialdemokratie zu führen.*

Aber sind nicht die Seiten von *Voran* voller Kritik an der SPD-Spitze? Betonte der JRE-Aufruf zur Demonstration in Brüssel nicht die Notwendigkeit, die Arbeiter und Gewerkschaftsbewegung zu mobilisieren, um die Faschisten zu stoppen?

Doch während Jusos mit dem Transparent „Rassismus auf Raten: Sozialdemokraten!" mobilisieren und damit drohten, den SPD-Parteitag zu stören, um die Annahme rassistischer Beschlüsse zum Asylrecht zu verhindern, antwortet *Voran* in der November-Ausgabe auf die Frage: „Raus aus der SPD? Nein!"

Ein paar Beispiele, wie diese Politik in der Tat aussieht. Im Programm von JRE-Deutschland wird „kein Vertrauen auf Polizei und Gerichte" gefordert. Aber in *Voran* lesen wir dagegen ihre Losung für *gewerkschaftliche Kontrolle über Polizeieinsätze"* Hier ist das wirkliche, reformistische Programm von *Voran:* die Illusion, daß die Polizei — durch „Druck", Gesetze oder sonst was — in etwas anderes als die Wachhunde der bürgerlichen Ordnung umgewandelt werden kann. Der wirkliche Skandal ist, daß diese Bullen nicht schon lange aus dem DGB rausgeschmissen wurden, wie wir Spartakisten fordern. Diese Streikbrecher und Rassisten haben in der Arbeiterbewegung nichts zu suchen!

Im links klingenden Aufruf für die Brüssel-Demo wird gefordert: „Für ein demokratisches und sozialistisches Europa, wo Bedingungen für Rassismus, Arbeitslosigkeit, Armut und Krieg beseitigt sind". Doch ihr Hauptziel (Extrablatt „10 Jahre Kohl sind genug") ist: „Die einzige Alternative zu einer CDU-Regierung ist eine SPD-Regierung." Alternative? Man braucht sich nur die SPD-Politik in den Hauptfragen anzusehen, wie Rassismus, kapitalistische Austerität, ganz zu schweigen von der kapitalistischen Wiedervereinigung, um zu sehen, daß sich die SPD-Politik heute kaum von CDU/FDP unterscheidet.

Ihre Organisation *ist* die SPD — die Partei von Just, dem Judenmörder von Hitlers Wehrmacht, von Schnoor, Voscherau und Lafontaine, den brutalen Vertreibern von Roma und Sinti, von Mompers Bullenterror gegen die Hausbesetzer der Mainzer Straße in Berlin.

Die „guten alten Zeiten", die es nie gab

Voran versichert uns beruhigend: „Heute ist es auch nicht das erste Mal, daß die Rechten in der Partei den Ton angeben... Vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Polarisierung folgte aber 1969 die Linksentwicklung in der Partei, zusammen mit Masseneintritten und der Belebung der Jusos" (November 1992).

Tatsache ist, daß die Radikalisierung der 68er Generation meistens mit einem formalen Bruch mit der SPD begann (wenn nicht sogar mit einem Ausschluß aus der Sozialdemokratie). Und wie hat die SPD darauf reagiert? Die SPD an der Macht war die Partei des Polizeiterrors und der Terroristenhatz. Die Sozialdemokratie führte die Berufsverbote ein. Unter der SPD wurden die antikommunistischen Unvereinbarkeitsbeschlüsse durchgesetzt.

Noch ein Beispiel der Beschönigung der SPD-Geschichte passierte kürzlich in Leipzig, wo Faschisten in der Juso-Gruppe auftauchten. In einem Protest (auch unterschrieben von der AG „Junge Genossinnen" und VL) in der November-Ausgabe von *Voran* lesen wir: „... was würden alle alten Sozialdemokraten wie Herbert Wehner, Rudolf Breitscheid, Wilhelm Liebknecht, August Bebel und viele andere sagen, wenn sie erfahren müßten, daß einige ihrer Enkel Reichskriegsflaggen in SPD-Büros hängen und die dritte [sie!] Strophe des Deutschlandliedes in ihrem offiziellen Liederbuch propagieren..."

Offenbar verwechseln sie die dritte mit der verbotenen ersten Strophe. SPD-Ebert erhob übrigens 1922 das komplette Lied zur deutschen Hymne. Und Herbert Wehner!? Was hätte wohl dieser wütende Antikommunist und große Verfechter der NATO gesagt? O-Ton Wehner 1982: „Wenn wir uns weiterhin einer Steuerung des Asylproblems versagen, dann werden wir eines Tages von den Wählern, auch unseren eigenen, weggefegt... - wir sind am Ende mitschuldig, wenn faschistische Organisationen aktiv werden" *(taz,* 16. November, zitiert von Münchens Oberbürgermeister und Oberrassist Kronawitter). Was fehlt in dieser seltsamen Aufzählung von Bebel bis Wehner? *Scheidemann und Noske.* Ihre Opfer, *Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg,* gründeten schließlich die KPD.

Warum diese Verfälschung der Geschichte der SPD, diese Beschönigung ihrer Klassenkollaboration und ihres Verrats? Um das Katzengold von einer zukünftigen „Linkswende" der SPD anzubieten. *Voran* vertuscht die wirkliche, grundsätzliche „Rechtswende" der SPD, die nicht mit der Petersberger Klausurtagung und auch nicht mit dem Godesberger Parteitag 1959 anfing, wo die SPD dem Marxismus und Klassenkampf abschwor und sich zu einer „Volkspartei" erklärte. Die SPD beging ihren welthistorischen Verrat 1914, als die SPD-Führung ihre eigene Bourgeoisie im imperialistischen Krieg unterstützte. Seitdem ist die Sozialdemokra-

tie mit ihrem prokapitalistischen Programm der Agent der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung.

Die SpAD will die proletarische Basis dieser Partei zum Kampf für das kommunistische Programm gewinnen, und diesen stinkenden Leichnam endlich begraben. Im Gegensatz dazu hielt sich *Voran* seit Jahrzehnten in der Sozialdemokratie versteckt — die Parteiführung weiß die „Gefahr" durch diese angebliche „linke Opposition" sicherlich zu schätzen...

Voran schwarz-rot-gold

Das Wachstum des faschistischen Terrors ist ein direktes Ergebnis der kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands, die von der SPD und ihren „linken" Helfershelfern wie *Voran* angespornt und kräftig bejubelt wurde. Seit der Oktoberrevolution 1917 sind die sozialdemokratischen Parteien in allen Ländern die Todfeinde dieser ersten Diktatur des Proletariats.

Vorans Politik steht völlig in dieser antikommunistischen Tradition. Als wir im Herbst 1989 vor der Alternative entweder einer proletarisch-politischen Revolution im deformierten Arbeiterstaat DDR oder der verheerenden Zerstörung der DDR durch kapitalistische Restauration standen, übte sich *Voran* — im Wetteifer mit der SPD — in der Verbreitung von antisowjetischen *deutschnationalen* Argumenten: „Nationale Selbstbestimmung heißt nicht nur die Unabhängigkeit des deutschen Volkes von den vier Siegermächten und ihren 700 000 starken Besatzungstruppen..." (Extrablatt, Februar 1990)

Und diese Leute regen sich über die erste Strophe des Deutschlandliedes auf? *Voran* sagte „Russen raus"! Wir dagegen ehren die Rote Armee, die das Naziregime zerschlug, und deren Westkräfte in der DDR 45 Jahre lang die westlichen Grenzen gegen die NATO-Imperialisten verteidigten.

Als im Januar 1990 das Ehrenmal für die gefallenen sowjetischen Soldaten im Berliner Treptower Park geschändet wurde, initiierten wir eine Demonstration, der sich die SED-PDS anschloß, woraufhin 250 000 Antifaschisten mobilisiert wurden, die gegen die Konterrevolution kämpfen wollten. *Voran* ignorierte Treptow und erwähnte die faschistische Gefahr in der DDR zwischen November 1989 und April 1990 überhaupt nicht. Statt dessen bejubelten sie den Skinhead-Ansturm auf die Stasi-Zentrale am 15. Januar! Ihre englische Mutterorganisation *Militant* schloß sich treu der Kampagne der Bourgeoisie an und bezeichnete faschistische Angriffe in der DDR als „Provokationen von SED-Unterstützern" *(Militant,* 12. Januar 1990).

Die Spartakisten kämpften mit allen Kräften für eine proletarisch-politische Revolution in der DDR, für den Aufbau von Arbeiter- und Soldatenräten, um die Planwirtschaft gegen die Imperialisten zu verteidigen, sie aus den Händen der stalinistischen Bürokratie zu nehmen und sie international auszudehnen, für ein rotes Rätedeutschland. Im Gegensatz zur trotzkistischen bedingungslosen Verteidigung der Arbeiterstaaten gegen Imperialismus und interne Konterrevolution unterstützte *Militant/Voran* jede reaktionäre „antistalinistische" Bewegung in einem Arbeiterstaat - von Solidarno in Polen 1981 über die Leipziger Demos Ende 1989 und die SPD-geführte antikommunistische Hexenjagd bis zu den Jelzin-Barrikaden gegen den gescheiterten Putsch in der Sowjetunion im August 1991.

Britannien: Reformismus in Aktion

Wie sieht es aus, wenn sie eine „Chance" haben, ihren Beitrag zur Verwaltung des Kapitalismus zu leisten? Hier müssen wir nach Britannien schauen — wo *Vorans* Mutterorganisation *Militant* tätig ist. Wir werden ein paar Beispiele unterstreichen, über die *Voran* nicht gern Auskunft gibt!

Mitte der 80er Jahre hatte *Militant* die Labour-Mehrheit im Stadtrat von Liverpool. Arbeitslosigkeit in dem überwiegend von Schwarzen bevölkerten Toxteth-Stadtviertel erreichte 80 Prozent. Obwohl 8 Prozent der Stadtbevölkerung Schwarze oder Menschen aus Asien sind, gab es nur weiße Stadtabgeordnete. 1985 hat der von *Militant* geführte Stadtrat während des heldenhaften Bergarbeiterstreiks — statt für einen Generalstreik gegen die Tory-Regierung zu kämpfen - schlicht 31 000 Stadt-Angestellte entlassen!

Der Chauvinismus von *Militant* (wie von *Voran)* ist konsequent — sie unterstützten Thatchers schmutzigen Falkland/Malvinen-Krieg gegen Argentinien und griffen uns an, weil wir für die Niederlage des britischen Imperialismus waren. Ihre Hauptlosung war „Labour Party wählen", und diese stand hundertprozentig hinter der Kriegspolitik. Und sie sind *gegen* unsere Forderung „Britische imperialistische Truppen raus aus Nordirland — sofort und bedingungslos!"

Im einseitigen, blutigen Verwüstungskrieg der US/NATO-Imperialisten gegen Irak hatte die Arbeiterklasse eine Seite; die Unterstützer der Sektionen der IKL marschierten international unter der Losung: „Für die Niederlage der Imperialisten — Verteidigt den Irak!" Bei einer Demonstration gegen den Golfkrieg in Glasgow am 12. Januar 1991 wurden Spartakist-Demonstranten auf Geheiß der Campaign for Nuclear Disarmament (Pazifisten) und der *Militant-Tenûenz* von den Bullen eingekreist, abgeriegelt und mit Verhaftung bedroht; die *Militant-Leule* waren wieder die loyalsten Elemente von Ihrer Majestäts loyalster Opposition.

Jugendliche, die ein Programm suchen, um gegen den faschistischen Terror und für ein Ende des kapitalistischen Systems zu kämpfen, müssen sich mit unserem trotzkistischen Programm auseinandersetzen. Im Bus von Leipzig nach Brüssel zeigten wir das Video „Der Klan reitet nicht in Philly!" — über eine Mobilisierung von Arbeitern und Schwarzen in Philadelphia 1988, initiiert von unseren Genossen des Partisan Defense Committees (brüderliche Organisation des Komitees für soziale Verteidigung in den USA) und der Spartacist League/U.S., die mit wesentlicher Gewerkschaftsunterstützung den Ku Klux Klan stoppte. *Militant hat nirgendwo* gegen die Faschisten mobilisiert.

Wir sagen, nur die Mobilisierung der Macht der Arbeiterklasse und Unterdrückten in Einheitsfrontaktionen, die die Flüchtlinge und Immigranten und ihre Familien verteidigen und die die Köpfe der Faschisten mit dem Bürgersteig bekanntmachen, kann den faschistischen Terror stoppen. Im Gegensatz zu *Voran* kämpft die Spartakist-Arbeiterpartei dafür, weil wir die Perspektive haben, eine bolschewistische Partei aufzubauen und nicht ein „linkes" Feigenblatt für Engholm und Lafontaine.«

KONTAKTADRESSEN

Berlin	SpAD, Postfach 51 0655, 1000 Berlin 51 Telefon: Westberlin 4927866
Halle	SpAD, PSF 855 Malle 4002 Telefon: Halle 2 90 55
Hamburg	SpAD, c/o Verlag Avantgarde Postfach 11 0231, 2000 Hamburg 11 Telefon: (040)323644
Leipzig	SpAD, Postlagernd, Leipzig 7022

SPARTAKIST-TREFFPUNKT

Berlin	Mittwoch von 18.00 bis 20.00 Uhr Linkstreff, Weddingstraße 6 1000 Berlin 65 (U-Bahn Nauener Platz)

Hysterische Hexenjäger des BSA und der Fall Hanne Levien

Mit dem Schauprozeß gegen Erich Honecker ist die SPD-geführte antikommunistische Hexenjagd gegen alles und jedes, was an den deformierten Arbeiterstaat DDR erinnert, an ihrem Siedepunkt angelangt. Der dubiose Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA), der sich groteskerweise als trotzkistisch ausgibt, ist ein besonders wütendes Exemplar in der Meute der Stasi-Hexenjäger. Mit dem Ruf nach „Arbeitertribunalen" will der BSA der Rachejustiz des Vierten Reichs eine „Unke" Flankendekkung geben und die Stasi-Hetze, die ansonsten das Geschäft des Job-Killers Treuhand und der sozialdemokratischen Betriebsräte ist, in die Arbeiterklasse und die Betriebe hineintragen. Unter der Parole „Stalinisten und Stasi raus aus den Betrieben" wollen sie jeglichen Widerstand gegen Entlassungen brechen. Zehntausende Lehrer, Ärzte, Wissenschaftler und Arbeiter wurden damit aus den Betrieben und dem öffentlichen Dienst gefeuert — ganze Betriebe und Institutionen wie die Berliner Charité wurden ganz oder fast zerstört.

Die Spartakist-Arbeiterpartei kämpfte für ein rotes Rätedeutschland und unerbittlich gegen die kapitalistische Wiedervereinigung wie auch gegen den Ausverkauf der DDR durch die Stalinisten. Der einzige Weg, die DDR zu verteidigen, war eine proletarisch-politische Revolution, die auch mit den Stalinisten für ihre wirklichen Verbrechen *gegen* die Arbeiterklasse abgerechnet hätte.

Aber die Zerstörung der DDR wurde im Namen des „Antistalinismus" betrieben. Genau das ist es, was der BSA mit Besessenheit verfolgt. Wir schrieben in *Spartakist* Nr, 97 (September): „Selbst heute, wo es nicht mehr viele Stalinisten gibt, ist die ^Abrechnung mit dem Stalinismus' die Hauptbeschäftigung der BSA-Bluthündchen für Limbach und Lummer". In dem Artikel „Hysterie und offene Lügen" *(Neue Arbeiterpresse,* 30. Oktober) antwortet der BSA mit einer hysterischen Bestätigung dieser Zeilen: Für den BSA — genau wie für den Kommunistenjäger und Richter Bräutigam und die Oberhexenjägerin Limbach — ist „auch heute, nach dem Zusammenbruch der stalinistischen Regime, die politische und historische Abrechnung mit dem Stalinismus die wichtigste und dringendste Aufgabe".

Wie die linksnationalistischen Hexenjäger von der *taz* hat auch der BSA dazu beigetragen, das Klima zu schaffen, in dem sein Mitglied Hanne Levien wegen „politischer Agitation" im Juni 1991 von einer Ostberliner Baumaschinen-Handelsfirma gefeuert wurde. Nachdem der BSA die Niederlassungsleiterin als „alte Stalinistin" angegriffen hatte, war der Fall für ihn ein gefundenes Fressen zu einer weiteren wütenden Kampagne, um „die stalinistischen Gangster zur Rechenschaft zu ziehen". Laut BSA war der „zentrale Punkt" von Hanne Leviens Berufungsklage gegen die Entlassungsentscheidung, „Wirtschaftskader der früheren DDR" als „Stalinisten" bezeichnet zu haben, wie es in der *Neuen Arbeiterpresse* (26. Juni) zu lesen war.

Die Werktätigen in der ehemaligen DDR nehmen es Wendehälsen zu Recht besonders übel, wenn diese brutal die Einführung des Kapitalismus verfolgen. Es ist den BSA-Mannen aber wohl entgangen, daß die Geschäftsführungen und Niederlassungsleitungen der ehemaligen DDR-Betriebe zur Zeit von Hanne Leviens Entlassung alle unter dem Befehl der Treuhand standen, die noch kurz zuvor von dem *SPDler Rohwedder* geleitet wurde. Die *Sozialdemokraten* waren und sind die Manager der kapitalistischen Verwüstung der DDR und die Anführer der Hexenjagd. Die SPD sitzt in den Chefetagen der Gewerkschaften, die jeden Protest gegen Betriebsschließungen abwürgen und ausverkaufen. Und obwohl der BSA heute behauptet, die SPD sei „durch und durch bürgerlich", hat er bei der letzten Bundestagswahl 1990 doch zur Wahl der SPD aufgerufen. Damit hat der BSA seine Politik auf den Punkt gebracht; er ist mitverantwortlich für die Massenarbeitslosigkeit, die auch Hanne Levien und ihre Kollegen traf.

Jetzt will dieser „Bund Sozialdemokratischer Anhänger" seine Hexenjagd rechtfertigen und wirft der SpAD vor, sich „nicht nur auf die Seite der alten Stalinisten, sondern auch der Berliner Justiz" zu stellen. Man muß schon gleichzeitig halluzinieren und schielen, um uns z. B. gleichzeitig in Moabit als „Anwalt der heruntergekommenen und bankrotten stalinistischen Bürokratie" zu sehen und angeblich im Fall Levien auf der Richterbank der Justiz des Vierten Reichs. Die SpAD ist bekannt für die entschiedene Verteidigung aller vom bürgerlichen Staat politisch verfolgten Linken, von der PKK und den RAF-Gefangenen bis zum antifaschistischen Helden Gerhard Bögelein und bis zu Honecker und Markus Wolf.

So hat die SpAD/IKL eine lange Geschichte der kompromißlosen Opposition gegen jede Einmischung des bürgerlichen Staates in die Arbeiterbewegung und gegen Angriffe der Bosse auf die Arbeiter, und deshalb sind wir gegen die Entlassung von Hanne Levien — genauso wie wir Hunderte und Tausende von Kollegen verteidigen, die der BSA als Stalinisten bezeichnen und die er (wie auch Bourgeoisie und Sozialdemokratie) liebend gern aus den Betrieben jagen würde. Die verlogene Verdrehung der Tatsachen wird um so absurder, wenn man sich dagegen die Geschichte der von David North angeführten internationalen Gruppe ansieht, der der BSA angehört. *Sie* haben wiederholt die Gerichte der Bourgeoisie gegen Linke benutzt.

Das jüngste Beispiel ist ihre Beteiligung an der Verfolgung von Mark Curtis, einem Gewerkschafter und Mitglied der Socialist Workers Party in den USA Curtis wurde vom bürgerlichen Staat wegen „sexueller Nötigung" zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt, während er in seinem Betrieb einen Kampf zur Verteidigung von Immigranten führte. Die North-Leute betätigten sich als schmutzige Juniorpartner des FBI, nannten ihn einen Vergewaltiger und schrieben den Text, der fast wörtlich von der Staatsanwaltschaft als Anklageschrift übernommen wurde, um Curtis ins Gefängnis zu werfen (siehe *Workers Vanguard* Nr. 561 vom 16. Oktober, „Free Mark Curtis! Workers League Brokers Frame-Up Operation" [Freiheit für Mark Curtis! Workers League als Makler für abgekartete Sache].

Und mit dem gleichen Ziel greift der BSA in der letzten *Neuen Arbeiterpresse* (13. November) die antifaschistischen Jugendlichen und Autonomen an, die Weizsäcker am 8. November in Berlin mit Eiern und anderen Agrarprodukten bewerten haben, und verdächtigt sie, staatliche Provokateure zu sein: „Wieweit die Steinewerfer und selbst ernannten Revoluzzer dabei selbst von staatlicher Stelle gesteuert sind, ist unklar." Und das, obwohl die Autonomen eine Pressekonferenz dazu abhielten, für die sie jetzt angeklagt werden sollen. Am 8. November wurden 14 Antifaschisten verhaftet, weil sie die Empörung Zehntausender zum Ausdruck brachten.

Wie man sieht, stehen die politischen Banditen des BSA nicht nur bei der antikommunistischen Hexenjagd aufseilen des Klassenfeinds. Das sogenannte „Internationale Komitee" (K), dem der BSA angehört, ließ sich unter Norths Vorgänger Healy den „Kampf gegen den Stalinismus" schon einmal bezahlen. Unter dieser Losung begrüßte das sogenannte „K" des BSA 1979 Saddam Husseins Hinrichtung von 21 Mitgliedern der irakischen Kommunistischen Partei; dafür bekamen sie Millionen Pfund vom baathistischen Diktator und anderen (für eine ausführliche Schilderung der schmutzigen Geschichte des BSA siehe *Spartakist* Nr. 85, April 1991: „Blutgeld des BSA-Führers"). Heute ist dieses Geld ausgetrocknet. Aber ihre Beihilfe zur Konterrevolution in der DDR hat ihnen anscheinend nichts eingebracht — die Konterrevolution entläßt ihre Kinder.»

Rassistische Volksfront...

Fortsetzung von Seite 1

Kampf gegen Konterrevolution fort. Und wir sagen weiterhin die ungeschminkte Wahrheit: Die Nazi-Banden sind nicht „Verirrungen" der bürgerlichen Demokratie, sondern die Hilfstruppen des Kapitals. *Das braune Pack kann letztlich nur durch sozialistische Revolution vernichtet werden, die von einer authentisch kommunistischen Partei geführt wird.* Dies ist die zentrale Lehre, die eine neue Generation von jungen linken Radikalen lernen muß, während sie den Kampf gegen die faschistische Geißel aufnimmt, die zum zweiten Mal in diesem Jahrhundert auf deutschem Boden aufsteigt. Und dies ist das Programm, mit dem die SpAD den Kampf führt, um die Einheitsfront-Arbeiterverteidigung von Immigranten und Flüchtlingen zu organisieren und machtvolle Arbeiter/Immigranten-Mobilisierungen aufzubauen, um die Nazis zu zerschlagen.

Tausende schreien „Heuchelei"

In Berlin holte sich die rassistische-Allparteienkoalition von CDU/FDP/SPD/PDS am 8. November eine kalte Abfuhr, als vor über 300 000 Demonstranten die Rede des Bundespräsidenten Weizsäcker in einem Eier- und Tomatenhagel und im tosenden Pfeifkonzert von Tausenden unterging. Weizsäcker konnte nur hinter einem Heer von Polizeischilden zu Ende sprechen, Bundeskanzler Kohl mußte den Zug nach wenigen Minuten fluchtartig verlassen. Es gab wütende Losungen gegen die „Heuchelei" der Bonner Politiker: „Die Biedermänner sind die Brandstifter", erklärte ein großes Banner, ein anderes lautete: „Rassistische Politiker demonstrieren für deutsche Exporte".

Jetzt verrenken sich Vogel und Engholm dabei, die 300 000 in Berlin als „breites gesellschaftliches Bündnis" für ihre rassistische Asylpolitik „jenseits der CSU" zu benutzen. Doch viele Blöcke bei der Demonstration wollten gegen die rassistischen Bonner Parteien protestieren, darunter auch Jusos und Falken sowie kleinere Gewerkschaftsblöcke von IG Metall und ÖTV. SPD-Chef Engholm wurde in der Karl-Liebknecht-Straße mit Rufen „Mörder, Mörder" empfangen, in Erinnerung an die Rolle der SPD 1919 als Bluthunde bei der Ermordung der KPD-Führer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.

Schon am 4. November gingen in Berlin 20 000 Linke in erklärter Opposition gegen die heuchlerische Weizsäcker-Großkundgebung mit der Losung „Stoppt die rassistische Asyldebatte!" auf die Straße. Dazu aufgerufen hatten Antifa- und Gewerkschaftsgruppen, Immigrantenorganisationen, Jusos und die PDS. Die Berliner ÖTV-Jugend faßte einen Beschluß, den 8. November zu boykottieren. Zum ersten Mal enthielt der Demo-Aufruf auch die Forderung nach vollen Bürgerrechten für alle hier lebenden Menschen - eine Forderung, die bisher nur von der Spartakist-Arbeiterpartei aufgestellt wurde. Das Banner der Spartakisten rief bei der Demo außerdem dazu auf: „Stoppt die Nazis durch Arbeitereinheitsfrontaktion!"

Nach Kohls Drohung über einen „Staatsnotstand" folgte den Eierwürfen am 8. November erneut eine hysterische Kampagne über „Gewalt", bei der sich besonders die grün/alternativ-nationalistische *taz* hervortat. In Berlin nahm die CDU eine Rede der PDS-Abgeordneten Dörre im Abgeordnetenhaus (bei der sie sich entgegen der sonstigen Gewohnheiten der PDS nicht an der „Gewalt-Hetze gegen Linke beteiligte, sondern verbal die Eierwerfer verteidigte und die „Brandstifter" anklagte), zum Anlaß, ein Verbot der PDS zu fordern.

Die große Koalition zur Abschaffung des Asylrechts will mit dieser Hetze eine Verschärfung des Demonstrationsrechts und größere Polizeivollmachten wie Abhöraktionen



Thilo Rückeis/Tagesspiegel

Saubermann des Vierten Reichs - ein schmutziges Geschäft

und Schnellgerichte durchdrücken, die gegen Linke, Arbeiter und Immigranten eingesetzt werden. Dieser Bullenterror findet bereits täglich statt, wie am 12. November in Augsburg, wo 200 Bullen die Asylunterkunft stürmten, die Türen eintraten und die Bewohner stundenlang terrorisierten, weil diese aus Protest gegen die Sozialhilfe-Kürzung drei Tage die Annahme von Lebensmittelpaketen verweigert hatten. Die SpAD ruft zu Arbeitermassenmobilisierungen auf, um gegen diesen Polizeiterror zu protestieren, der sich auch im August gegen die antirassistischen Demonstranten in Rostock und 1990 bei dem Angriff auf die Hausbesetzer in der Mainzer Straße auf das Niveau von Bürgerkriegsmanövern zuspitzte. Und wir fordern: Freiheit für die 14 Antifaschisten vom Lustgarten! Weg mit den Verfahren gegen die autonomen Veranstalter der Pressekonferenz über die Eierwürfe!

PDS: Rassismus „mit kühlem Kopf"

Nur die PDS wollte auf beiden Hochzeiten tanzen, am 4. und am 8. November, und warb für ein „breites demokratisches Bündnis" mit den staatlichen Rassisten: Nachdem Gysi/Modrow die DDR an die Imperialisten verschenkt haben, sorgen sie sich mehr um die „demokratische" Bemäntelung des Vierten Reichs als um die Verteidigung der Flüchtlinge. Wir Spartakisten haben seit langem darauf hingewiesen, daß die PDS mit ihrer Forderung nach mehr Polizei ein Teil der rassistischen Volksfront ist. Und in diesen Novembertagen wurde diese Tatsache vor allen Augen offensichtlich. Am 5. November berichtet *Neues Deutschland* unumwunden, wofür *sie* demonstriert haben: „Jetzt sind auch Polizei und Verfassungsschutz gefordert, ein ebenso deutliches Signal zu setzen". Und am 9. November will *ND* die Wutausbrüche gegen die rassistischen Politiker vom Vortag besänftigen und fordert: „Mit kühlem Kopf über ein Zuwanderungsgesetz reden, das praktische Probleme berücksichtigt". Dieser zynische Aufruf bedeutet, die Forderungen des Nazipacks nach Massenabschiebungen umzusetzen!

Doch nicht nur die Leute, die sich darum rissen, am 8. November mit den Oberrassisten gemeinsam das „Ansehen im Ausland" zu heben, hängen sich an die rassistische Volksfront an. Auch der Demo-Aufruf zum 4. November enthielt kein Wort darüber, *wie* die Pogrome gestoppt und die Flüchtlinge verteidigt werden können. Genau wie die

Fortgesetzt auf Seite 22

Rassistische Volksfront...

Fortsetzung von Seite 21

große Bonner Demonstration vor dem SPD-Parteitag am 14. November hatten die Initiatoren keine vom bürgerlichen Staat und der SPD unabhängige Strategie. Um der heuchlerischen Bonner Rassisten-Riege entgegenzutreten, brauchen wir nicht eine „linkere Volksfront" mit linkeren Losungen, die genauso an den bürgerlichen Staat und die SPD appellieren und Druck ausüben wollen. Sondern wir müssen für die Mobilisierung der Arbeiterklasse kämpfen, unabhängig von der Bourgeoisie.

Jetzt, wo Hunderttausende Antifaschisten auf die Straßen gegangen sind, ist der Zeitpunkt gekommen, durch machtvolle Einheitsfrontaktionen die Faschisten zu zerschlagen — und zwar dort, wo die Nazis ihr blutiges Gewerbe ausüben wollen. Doch dazu müssen die Jugendlichen, die ihren Abscheu gegenüber der rassistischen Volksfront gezeigt haben, für die Klassenperspektive der Mobilisierung der Arbeiterklasse gewonnen werden, die mit ihrem strategischen Bestandteil von eingewanderten Arbeitern die soziale Kraft darstellt, um die Nazis zu zerschlagen. Auch die Autonomen, die z.B. bei dem Rostocker Pogrom mutig die vietnamesischen Arbeiter und ihre Familien gegen das Nazi-Pack verteidigten, müssen von ihrer arbeiterfeindlichen Haltung brechen, wenn sie den Nazi-Terror und den staatlichen Rassismus wirklich stoppen wollen. Die starke Beteiligung von Gewerkschaftsblöcken bei den antifaschistischen Demonstrationen wie auch die Wahl des türkischen Metallers Yilmaz Karabasan in die Führung der IG Metall, gegen den Widerstand Steinkühlers, sind ein deutliches Zeichen für den Kampfwillen der Arbeiter.

Zuletzt hat der mächtige ÖTV-Streik von Millionen Arbeitern im Mai/Juni, der von den Ostberliner BVGlern gegen die Spaltungspolitik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung auf den Osten ausgeweitet wurde und die Kohl-Regierung zum Wackeln brachte, die Kraft der Arbeiterklasse gezeigt. Und wie schon bei den Klassenkämpfen zuvor standen die eingewanderten Arbeiter dabei an vorderster Front. Sie sind nicht der SPD verpflichtet, die den chauvinistischen Dreck in die Arbeiterklasse hineinträgt und die Arbeiter in Ost, West und Immigranten aufspaltet. Um zu gewinnen, brauchen die Arbeiter eine internationalistische revolutionäre Partei, die die Macht der Arbeiterklasse entfesselt im Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit, Rassismus und Antisemitismus, die gegen die antikommunistische Hexenjagd kämpft und Bonns Abschiebegesetze hinwegfegt.

Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Notwendig sind gewerkschaftliche Arbeiterverteidigungsgruppen, die die Wohnheime gegen Nazi-Angriffe schützen. Verteidigt Flüchtlinge und Asylrecht!

Spartakist-Veranstaltungen

Leipzig
Donnerstag, 10. Dezember, 19.00 Uhr
Zerschlagt die Nazi-Pogrome jetzt und überall! Für Einheitsfrontaktionen von Arbeitern und Immigranten!
Kinder- und Jugend-VILLA, Karl-Tauchnrtz-Str. 3

Halle
Mittwoch, 16. Dezember, 18.00 Uhr
Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution
Jägerplatz 14, Erster Stock, O-4020 Halle
Weitere Informationen: (0345)29055

Es ist bemerkenswert, daß viele Jusos und Falken-Gruppen sich an den Protesten gegen faschistischen Terror beteiligten — und explizit gegen die offizielle SPD-Politik. So demonstrierten am Vortag des SPD-Parteitags erneut an die 200000 Menschen in Bonn gegen den Abbau des Asylrechts. „Sozialdemokraten - Rassismus auf Raten" lautete ein Juso-Banner auf der Demo. Aber nicht erst seit Engholms Unterstützung für eine Grundgesetzänderung führt die SPD die schmutzige Abschiebekampagne an, um die Flüchtlinge zu Sündenböcken für Massenarbeitslosigkeit und Wohnungsnot im Vierten Reich zu machen.

Sozialdemokraten — Rassismus in Taten

Seit Jahren errichten SPD-Landesregierungen *in Taten* Sammellager im Stil von KZs und veranstalten Zählappelle, organisieren Massenabschiebungen von Kurden, Roma und Sinti. Während die „Brandstifter" Lafontaine und Rau die Roma hetzen und abschieben, setzen die Nazis deren Wohnheime und Zelte in Brand. Und während in Bonn 200 000 demonstrierten, wurden in der SPD-regierten Stadt München hundert Roma nach Rumänien abgeschoben, als erster Vorstoß des Deportationsabkommens von Innenminister Seiters mit Bukarest, in dem für ein Blutgeld von Millionen DM die Massenabschiebung von Zehntausenden Roma ausgehandelt wurde. Ein weiteres Abkommen wurde mit Bulgarien unterschrieben.

Für Engholm/Lafontaine ist der Abbau des Asylrechts die Eintrittskarte in eine „große Koalition", zusammen mit ihrem Beschluß für weltweiten Bundeswehr-Einsatz (natürlich mit Blauhelmen), um die „Festung Europa" unter der Herrschaft des Vierten Reichs auszubauen. Durch rassistische Hetze daheim soll die Bevölkerung auf die Ambitionen des Imperialismus nach außen eingestimmt werden, für ihren Drang nach Osten. Um Osteuropa und die ehemalige Sowjetunion als Neokolonien ausbeuten zu können, wollen die SPD/DGB-Bonzen die Arbeiter in einen „Sozialpakt" hineinzwängen und deren Kampf gegen die Angriffe der Bourgeoisie auf Löhne, Gesundheitswesen und Arbeitszeit abwürgen. Dabei dient die von der SPD angeführte antikommunistische Hexenjagd zur „moralischen Wiederaufrüstung" des Vierten Reichs durch Rehabilitierung des Dritten.

Wir Spartakisten haben 1989 beim Zusammenbruch der stalinistischen Bürokratie in der DDR für ein rotes Rätedeutschland agitiert und alle Kräfte für eine kämpferische sozialistische Perspektive gegen die kapitalistische Wiedervereinigung eingesetzt. Unser Kampf für eine proletarisch-politische Revolution traf auf breites Interesse unter den Arbeitern, die nach einer sozialistischen Antwort auf die wirtschaftliche und politische Krise in der DDR suchten. Im Januar 1990 warf die antifaschistische Massendemonstration von 250000 gegen die Nazi-Schändung des sowjetischen Ehrenmals im Treptower Park, die von den Spartakisten initiiert und dann von der SED-PDS aufgegriffen wurde, zum ersten Mal die Möglichkeit des organisierten proletarischen Widerstands seitens der Arbeiterbasis der SED-PDS gegen kapitalistische Wiedervereinigung auf. Treptow zeigte die Macht des trotzkistischen Programms und unseres Kampfes für Arbeitereinheitsfront. Doch die ehemaligen Stalinisten erschraken vor dem Gespenst des proletarischen Bürgerkriegs und gingen vor der massiven Hetzkampagne und dem Ansturm der Kapitalisten in die Knie. Dann kam Gorbatschows/Modrows „Deutschland, einig Vaterland", Gysi beschwor eine sanfte Konterrevolution und lullte bei der Währungsunion die Massen mit der Losung 1:1 ein.

Wie wir Spartakisten in unserem Aufruf zur antifaschistischen Demonstration in Treptow warnten:

„Noch ist der wiederaufsteigende Faschismus eine extremistische Randerscheinung. Er würde erneut die ganze Menschheit bedrohen, sobald die ersten Krisen in

einem wiedervereinigten Großdeutschland auftauchen. Heute ist aber die SPD/SDP das Hauptinstrument, ein solches Großdeutschland herbeizuführen. Das vielköpfige faschistische Ungeheuer abzuwürgen heißt, diesem sozialdemokratischen Vordringen Einhalt zu gebieten."

Die Bourgeoisie, die SPD und die PDS waren empört, als wir die Sozialdemokratie als „Trojanisches Pferd der Konterrevolution" bezeichneten, aber das genau war die Wahrheit. Genauso kochen sie heute vor Wut, wenn die SpAD „Hände weg von Honecker" fordert und das Vierte Reich bei seinem richtigen Namen nennt.



Spartakist

Antifaschistischer, prosowjetischer Massenprotest in Treptow, 3. Januar 1990

Der kapitalistische Anschluß der DDR war eine schwere Niederlage für die internationale Arbeiterklasse und hat der Konterrevolution in der ehemaligen Sowjetunion einen riesigen Anschub gegeben. Besonders hat es die Frauen getroffen, die wieder an Kinder, Kirche und Küche gefesselt werden sollen. Aber nach weniger als drei Jahren gibt es jetzt eine tiefe Feindschaft unter den Werktätigen und Jugendlichen gegen die Herrscher des Vierten Reichs. Und mit dem Anschluß der, ostdeutschen Arbeiter, die das höchste sozialistische Bewußtsein Europas hatten und nicht so stark unter der Kontrolle der SPD stehen, an die organisatorisch stärkste Arbeiterklasse Europas haben sich die Kapitalisten vielleicht ihre eigenen Totengräber ins Land geholt.

Als die Nazis am 9. November letzten Jahres, dem Jahrestag der Reichspogromnacht, mit einem Aufmarsch in der Arbeiterstadt Halle drohten, initiierten das Komitee für soziale Verteidigung und die Spartakist-Arbeiterpartei eine Arbeitereinheitsfront, um die Nazis dort zu stoppen, wo sie ihre Provokation starten wollten. Viele empörte Gewerkschafter nahmen den Vorschlag auf und mobilisierten dafür unter Metallern, Chemie-Arbeitern und Eisenbahnern und zwangen so den DGB dazu, für eine wirkliche, machtvolle Arbeitereinheitsfront aufzurufen - die Möglichkeit, die Nazis zu stoppen, war zum Greifen nahe. Doch gerade vor dem Gespenst der organisierten Arbeiterbewegung schreckten die sozialdemokratischen Bürokraten buchstäblich in letzter Minute zurück und verrieten die Aktion. Wenn^die Nazis damals gestoppt worden wären, hätten sie sich in Rostock nicht so dreist zeigen können.

Nachdem die deutsche Bourgeoisie die DDR verschlungen hat, hat sie jetzt Probleme, ihre Eroberung zu verdauen. In Verbindung mit den Ähntausenden von Jugendlichen, die jetzt auf die Straße gehen, ist die Arbeiterklasse die soziale Macht, die mobilisiert werden kann, um die faschistischen Banden zu zerschlagen. Die SpAD kämpft dafür, Arbeiter, Immigranten und Jugendliche für den Aufbau einer bolschewistischen Partei in der Tradition von Lenin und Trotzki zu gewinnen, die als Volkstribun für alle Unterdrückten kämpft, um die sozialistische Revolution zu führen, die die Nazibrut ein für alle Mal zerschlagen wird.»

Massenproteste in Italien...

Fortsetzung von Seite 24

ihre Enkel blieben bis zur Dämmerung auf der Straße und feierten ihren Sieg über die Faschisten. Ein Überlebender von Auschwitz wurde triumphierend in die Luft gehoben und auf der eroberten Faschistenfahne durch die Nachbarschaft getragen. Wie ein Jugendlicher, der an der Aktion teilnahm, sagte: „Es war der schönste Augenblick meines Lebens. Wenn er sterben muß, hoffentlich nicht in den nächsten hundert Jahren, dann wird er wenigstens wissen, daß sich etwas verändert hat *(Corriere delia Sera,* 7. November).

Diese dramatische und militante Selbstverteidigungsaktion elektrisierte antirassistische Kämpfer in ganz Italien. Am 9. November hüpften etwa 25 000 Oberschüler durch die Straßen von Mailand, sie schrien: „Spring, wenn du kein Faschist bist!", und überschütteten das Hauptquartier von Bossis Lombardischer Liga mit Stahlkugeln und Münzen. 60000 strömten durch die Straßen von Rom.

Linke Jugendliche mit dem palästinensischen Keffiyeh-Halstuch hakten sich bei jüdischen Jugendlichen mit dem Yarmulke (Käppchen) unter und befestigten die Nummer 174517 auf ihrem Ärmel - mit dieser Nummer tätowierten die Nazis Primo Levi in Auschwitz. Als Tribut an diesen bemerkenswerten Menschen, einen bekannten italienischen Autor, Überlebenden der Konzentrationslager und antifaschistischen Kämpfer skandierten linke Jugendliche: „Primo Levi lehrte uns! Wir werden den Holocaust nicht vergessen!", und: „Es ist kein Verbrechen, einen Faschisten zu töten!" Führer der italienischen Studentenbewegung verlangen, daß Primo Levis Bücher zur Pflichtlektüre in öffentlichen Schulen gehören.

Unsere Genossen von der Lega Trotskista d'Italia beteiligten sich an den Demonstrationen in Rom und Mailand und trugen Plakate, auf denen stand: „Die proletarische Revolution wird den Holocaust rächen", „Volle Staatsbürgerrechte, für immigrierte Arbeiter" und „Zerschlagt den antisemitischen, immigrantenfeindlichen Terror". Jugendliche schnappten sich begierig Exemplare der LTd'I-Zeitung *Spartaco* und griffen unsere skandierten Losungen auf.

Es gibt heute in Italien eine militante proletarische Opposition gegen Faschismus und kapitalistische Angriffe - *ohne Führung.* Juden und Immigranten sind in der Konfrontation mit den Faschisten allein gelassen worden, während die reformistischen Parteien und die Gewerkschaftsspitzen alles nur mögliche getan haben, um ihre Arbeiterbasis von einer Konfrontation mit den Faschisten *fernzuhalten.* Es ist notwendig, eine echte bolschewistische Partei aufzubauen, die als *Volkstribun* dient und diese Kämpfe zum Sieg führt.

Übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 563, 13. November*

SPARTAKIST

Rom, 9. November - Jüdische Studenten protestieren gemeinsam mit 30000 Gewerkschaftern und Jugendlichen gegen Antisemitismus. Die Arbeiterbewegung wird die Opfer des Holocaust durch proletarische Revolution rächen!



Financial Times

Jüdische Gemeinde jagt Faschisten auseinander

Massenproteste gegen Rassismus in ganz Italien

Zweihunderttausend Arbeiter und Jugendliche sind am 9. November in ganz Italien in 31 Städten auf die Straße gegangen, im Gedenken an den Jahrestag des „Kristallnacht-Pogroms der Nazis 1938 und als Protest gegen die zunehmende Welle von rassistischem Terror im Land. Die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands und der Zusammenbruch des Stalinismus in ganz Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion haben Italien in einen tiefgehenden wirtschaftlichen und politischen Aufruhr gestürzt. „Polarisiert" ist geradezu eine Untertreibung; das Land ist kurz vor dem Bersten.

Ermutigt durch den verblüffenden Wahlerfolg der faschistoiden Lombardischen Liga unter der Führung von Umberto Bossi, eskalieren die Faschisten die rassistische Gewalt gegen Juden und Immigranten im ganzen Land. Die Polizei verschließt bewußt die Augen davor. Letzten Juni in Rom, bei einer Konfrontation von wütenden jüdischen Demonstranten mit einem faschistischen Mob, brüllte ein Polizist: „Sie haben nicht genügend Seife aus den Juden gemacht."

Inzwischen befinden sich die Industriearbeiter und die Oberschüler, ohne irgendeine Führung - in Wirklichkeit *gegen* ihre bestehenden reformistischen Führungen -, jetzt seit beinahe zwei Monaten in vollem Aufruhr. Sie haben dabei eine Stadt nach der anderen durch Generalstreiks lahmgelegt, die sich gegen das brutale Austeritätsprogramm der Regierung richten, das vom Maastricht-Vertrag (d.h. von deutschen Bankiers) diktiert wird. Am 10. Oktober haben die Arbeiter und Studenten Turin dichtgemacht, sie strömten auf die Straße und marschierten zum Rathaus mit Sprechchören „Hier sind wir mit unseren roten Bannern! Umberto Bossi, verpiß dich!"

Nachdem im letzten Monat *50 000* Faschisten ungehindert durch die Straßen von Rom ziehen konnten, waren das alte jüdische Getto und das Afrikanerviertel von Rom übersät mit rassistischen Schmierereien und gelben Davidsternen. Als Antwort darauf — unter Mißachtung der „verantwortungsbewußten" Appelle, doch „die Nazis zu ignorieren" — machten mehrere hundert Jugendliche und Überlebende der Konzentrationslager, bewaffnet mit Eisenstangen und Ketten, am 5. November einen erfolgreichen blitzartigen Überfall auf das Hauptquartier der faschistischen „Movimento Politico Occidentale" (Politische Bewegung des Abendlands). Ein Faschist landete im Krankenhaus, und ein Bulle trug von dem Kampf ein blaues Auge davon.

Die faschistische Fahne wurde von der Wand heruntergerissen und als eine Kriegstrophäe zurück ins jüdische Viertel gebracht. Überlebende der Todeslager, ihre Kinder und

Fortgesetzt auf Seite 23